

Walter | Haas | Kewes | Mangold | Schlicht [Hrsg.]

Umbruch, Druck, Transformation?

Gegenwart und Zukunft des Engagements

Tagungsband zur ZEFFF 2025



Nomos

Die Schriftenreihe „ISZF – Interdisziplinäre Studien zu Freiwilligendiensten und zivilgesellschaftlichem Engagement“ ist eine Plattform zur Veröffentlichung von Forschungsergebnissen rund um Engagementformen, die ohne Erwerbsabsicht ausgeübt werden sowie gemeinwohlorientiert ausgerichtet sind. In der Gesamtheit ihrer Bände steht die Schriftenreihe für eine Vielfalt von Perspektiven aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen auf das Thema Engagement.

ISZF – Interdisziplinäre Studien zu Freiwilligendiensten
und zivilgesellschaftlichem Engagement

herausgegeben von

Dr. Jörn Fischer,
Universität zu Köln, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft /
Cologne Center for Comparative Politics

Benjamin Haas, M.A.
Freiberuflicher Berater und Vorstand von Voluntaris e.V.

Band 15

Andrea Walter | Benjamin Haas | Andreas Kewes
Katharina Mangold | Julia Schlicht [Hrsg.]

Umbruch, Druck, Transformation?

Gegenwart und Zukunft des Engagements

Tagungsband zur ZEFFF 2025



Nomos

Gefördert durch



**Deutsche Stiftung für
Engagement und Ehrenamt**

Herausgeber:innenteam Tagungsband

Prof. Dr. Andrea Walter

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, Fachbereich Allgemeine Verwaltung

Benjamin Haas, M.A.

Freiberuflicher Berater und Vorstand von Voluntaris e.V.

Dr. Andreas Kewes

Deutsche Sporthochschule Köln, Institut für Soziologie und Genderforschung

Dr. Katharina Mangold

Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik

Dr. Julia Schlicht

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt, Forschung und Wissenstransfer

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2025

© Die Autor:innen

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

www.nomos.de

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-2475-9

ISBN (ePDF): 978-3-7489-6028-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748960287>



Onlineversion
Nomos eLibrary

Band 1 der Reihe „Interdisziplinäre Studien zu Freiwilligendiensten“ ist im Verlag
Scientia Bonnensis erschienen, die Bände 2 bis 8 im Kölner Wissenschaftsverlag/
Albers, Peter & Reihlen GbR, Köln.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
------------	---

Engagement und soziale Ungleichheit

Chantal Munsch

Zugangschancen zum freiwilligen Engagement in einer ungleichen Gesellschaft – Perspektiven des Vierten Engagementberichts	17
---	----

Tuuli-Marja Kleiner, Paul Rameder, Georg von Schnurbein, Andreas Kewes, Benjamin Haas

Internationale Perspektiven auf den Vierten Engagementbericht der Bundesregierung: Dokumentation einer Panel-Diskussion	31
---	----

Fabio Best, Sabrina Zajak

Diskriminierung als Schwelle zum zivilgesellschaftlichen Engagement: Eine empirische Analyse	47
--	----

Johanna Treidl, Katharina Batzing, Lilian Bobikiewicz, Janine Dieckmann, Steffen Shah

Die Welt bewegen – Gutes tun – unter Gleichen sein? Zielebenen des Engagements marginalisierter Menschen in Deutschland	63
---	----

Carolin Mauritz, Lydia Mesgina, Elisa Rossi, Winona Hagendorf, Stefan Lerach

Engagement für alle?! Zur Bedeutung des Engagements von marginalisierten Selbstorganisationen für die Engagementstrukturen der Zukunft	77
--	----

Tuuli-Marja Kleiner, Sylvia Keim-Klärner

Engagement zwischen Tradition und Wandel: Geschlechterunterschiede in ländlichen Räumen	99
---	----

Engagement im Kontext von Biografien, Lernen und Bildung

Malica Christ, Behzad Förstl

- Das gallische Dorf in der Engagementlandschaft – wie zivilgesellschaftliche Organisationen im Programm „Menschen stärken Menschen“ eine Brücke zwischen Ehrenamt und Engagement schlagen 113

Bernhard Scholze, Theresa Grüner, Nicole Pötter

- Entwicklungen und Trends der berufsbezogenen Freiwilligenarbeit für junge Zugewanderte infolge der Coronapandemie 125

Peter Schubert, Inger Kühn, Julia Bartel, David Kuhn

- Kompetenzen stärken durch Engagement – Empirische Befunde zu Lernerfahrungen von freiwillig Engagierten 137

Engagementverlauf

Carina Post, Sören Wallrodt, Lutz Thieme, Marco Kratz

- Wahrgenommene Zugangsbarrieren Engagementinteressierter in rheinland-pfälzischen Sportvereinen 153

Svenja C. Schütt, Elisabeth Kals, Bernadette Enders, Laura Pollack, Isabel T. Strubel, Susanne Freund

- Attraktivität des Ehrenamts im Katastrophenschutz: Soziales Miteinander als Schlüssel? 165

Malina Küster

- Engagementabbrüche verstehen und selbstbestimmte Tätigkeiten fördern 177

Engagement und ländliche Räume

Stefanie Kessler, Vivien Dos Anjos

- Herausforderungen für die lokale Demokratie(förderung): Perspektiven und Bewältigungspraktiken zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im ländlichen Raum in Thüringen 191

Sara Lüttich

- Ehrenamt und Alter(n): Neue Formen freiwilligen Engagements
in ländlichen Kommunen und ihre Bedeutung für Caring
Communities 203

Engagement und Jugenden

Kilian Hüfner, Andrea Reichert

- Jugendliches Engagement angesichts von Nicht-Anerkennung
und Frust 219

Ninja Bandow

- Die kleinen Dinge: Ist die Aushandlungs- und Interaktionspraxis in
jugendlichen Peergroups über Musikrezeption schon Engagement? 233

Patrick Leinhos

- Wo kann man sich eigentlich wie engagieren?
Stellenwert des Biographischen in Feldern queeren Engagements 245

Engagement und gesellschaftliche Herausforderungen

Peter Schubert, David Kuhn

- Monitor Unternehmensengagement 2025 – Gesellschaftliches
Engagement von Unternehmen im Wandel 261

Josefa Kny

- Von Krisenbewältigung zu Transformation: Resilienz als
Schlüsselkompetenz zivilgesellschaftlicher Organisationen 283

*Tim Becker, Nuria Catalán, Carola Schaaf-Derichs, Linda Spadolini,
Heinz Stapf-Finé*

- Krise als Chance? Strategien und Handlungspläne zur Stärkung des
freiwilligen Engagements in Krisenzeiten 299

Freiwilligendienste

Babett Rampke, Jürgen Peters

Wie wirkt Freiwilligendienst?

Eine Dokumentation erster empirischer Ergebnisse der Ehemaligen-Studie der Freunde Waldorf 315

Franziska Müller

Das transformative Potential von internationalem freiwilligem Engagement aus biografischer Perspektive 333

Eva Feldmann-Wojtachnia

Das Europäische Solidaritätskorps zwischen Anspruch und Wirklichkeit.
Stärkung von freiwilligem Engagement in Zeiten der Krise 347

Perspektiven auf ein Gesellschaftsjahr

Gerd Placke

Der journalistische Sound der Dienstpflicht-Debatte 365

Holger Backhaus-Maul, Lina Hehl, Klara Kümpfel

Jenseits der Wehrpflicht. Stochern im normativen Nebel eines „Gesellschaftsdienstes“ 377

Jörn Fischer

Zugangshürden senken und Teilhabe ermöglichen: Der Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst 389

Einleitung

Die zweite ZEFFF-Tagung vom 6. bis 7. März 2025 in Berlin stand unter dem Titel „Umbruch, Druck, Transformation? – Gegenwart und Zukunft des Engagements“ und richtete ihren Blick auf die Spannungsfelder, Dynamiken und Zukunftsperspektiven zivilgesellschaftlichen Engagements und der Freiwilligendienste. Der zugehörige *Call for Contributions* war bewusst breit konzipiert und offen formuliert: Er lud Forschende und Praxisakteur:innen ein, Engagement sowohl als Reaktion auf gesellschaftliche Krisen und strukturellen Druck zu betrachten als auch als aktive, transformativische Kraft. Diese thematische Offenheit eröffnete Raum für theoretische Reflexion, empirische Analyse und methodologische Diskussion. Sowohl die Tagung als auch der vorliegende Band ist in Kooperation zwischen dem Voluntaris e. V. und der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt entstanden – in Zusammenarbeit mit der Universität Siegen und dem Förderverein Zivilgesellschaftsforschung e. V.

1. Zentrale Fragen der Tagung und inhaltliche Schwerpunkte des Programms

Drei zentrale Fragen bildeten den roten Faden der zweiten ZEFFF-Tagung: Was prägt das Engagement in der Gegenwart? Welche Mechanismen setzen es unter Druck? Welche Kraft zur Veränderung wohnt ihm inne?

Das Tagungsprogramm griff die Spannbreite dieser Leitfragen auf und machte sie in verschiedenen thematischen Panels sowie durch drei Keynotes sichtbar. Dabei verwirklichte es die Balance zwischen wissenschaftlicher Analyse und praxisnaher Perspektive – ein erklärtes Ziel der ZEFFF-Tagung.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt lag auf den Ergebnissen und Implikationen des Vierten Engagementberichts hinsichtlich ungleicher Zugangschancen zum Engagement. Die Tagung nahm diesen Impuls auf und vertiefte ihn in mehreren Panels, unter anderem zur strukturellen Öffnung von Organisationen, zur Engagementförderung in ländlichen Räumen und zur Rolle institutioneller Rahmenbedingungen. So machten die Beiträge der Tagung die im Vierten Engagementbericht rekonstruierten Zugangsschwellen auf verschiedene Arten und Weisen sichtbar und diskutierbar. Gleichzeitig spiegelten sie die Frage nach der transformativen Kraft des Engagements wider.

2. Erkenntnisse und Implikationen – was die Engagementforschung braucht und stärkt

Beim Community-Talk, dem letzten Programm-Punkt der beiden Tage, fassten die Teilnehmenden die für sie wichtigsten Erkenntnisse der Tagung zusammen und entwickelten Perspektiven für die Engagementforschung.

Zentral war für die Teilnehmenden die Erkenntnis, dass Engagement nicht isoliert betrachtet werden könne, sondern vielmehr in einem engen Zusammenhang mit sozialen, politischen und ökonomischen Fragen stehe. Engagement zeige sich als Spiegel gesellschaftlicher Transformationsprozesse und erfordere nicht zuletzt deshalb interdisziplinäre Perspektiven.

Die Zivilgesellschaft werde zudem zunehmend in ihrer politischen Dimension betrachtet; Engagement werde speziell als Form demokratischer Teilhabe und Gestaltung verstanden, die jenseits institutionalisierter Politik Wirkung entfalten könne.

Mehrfach betont wurde der Bedarf an einer differenzierten Betrachtung von Engagementformen. Klassische Kategorien reichten demnach nicht mehr aus, um die Vielfalt an Teiligungsformaten zu erfassen. Digitale, informelle und hybride Engagementformen würden an Bedeutung gewinnen.

Die Tagung mache deutlich, dass wissenschaftliche Reflexion allein nicht genüge. Es brauche Dialogformate, in denen Forschungs- und Praxisakteur:innen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dies stärke die gesellschaftliche Relevanz und Anschlussfähigkeit der Forschung.

Eine weitere zentrale Erkenntnis der Tagung war: Engagementforschung benötigt Zeit und Raum zur Reflexion. Sie müsse sich erlauben können, grundlegende Fragen zu stellen, anstatt sich ausschließlich auf Anwendungsnähe zu fokussieren. Dabei helfe eine offene und kritische Haltung gegenüber etablierten Begriffen und Normen.

Stärker gefordert wurde auch die Verbindung zur Praxis im Rahmen von Forschungsarbeiten. Partizipative Forschungsansätze, die zivilgesellschaftliche Akteure aktiv einbeziehen, förderten wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse, die auch praktisch anschlussfähig seien.

Förderlich sei zudem eine strukturelle Verankerung der Engagementforschung an Hochschulen und in langfristig angelegten Forschungsverbünden. Es brauche institutionelle Kontinuität, um Themen vertiefend und über längere Zeiträume verfolgen zu können.

Schließlich betonten die Teilnehmenden die Bedeutung von Engagementforschung in ihrer Funktion als kritische Wissenschaft. Engagement-

forschung dürfe Machtverhältnisse nicht nur analysieren, sondern sollte auch Impulse geben, diese zu hinterfragen und zu verändern.

Die Rückmeldungen zur Tagung bestätigen: Der im Call gesetzte Rahmen war tragfähig und inspirierend. Er ermöglichte eine offene, zugleich fokussierte Auseinandersetzung mit Engagement als gesellschaftlichem Möglichkeitsraum – zwischen Systemkritik und Gestaltungspotenzial, zwischen Prekarität und Innovationskraft.

3. Aufbau des Tagungsbandes

Der vorliegende Tagungsband greift diese Vielfalt auf und dokumentiert die Beiträge der Tagung, strukturiert nach ihrem inhaltlichen Fokus. Er liefert fundierte Erkenntnisse und wichtige Impulse, um die Diskussion über die Gegenwart und Zukunft des Engagements weitertragen und vertiefen zu können – in Wissenschaft, Praxis und Politik.

Engagement und soziale Ungleichheit | Die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit im Engagement hat mit dem Vierten Engagementbericht in Wissenschaft und Praxis sichtbar an Fahrt gewonnen. Auf den Bericht beziehen sich der Beitrag von Munsch, der einführend zentrale Erkenntnisse des Vierten Engagementberichts vorstellt, die Dokumentation der internationalen Perspektiven auf den Bericht von Kleiner et al. sowie der Beitrag von Best/Zajak zum empirischen Zusammenhang von Engagement und Diskriminierung. Mit marginalisiertem Engagement im Kontext von Selbstorganisationen befassen sich anschließend die Beiträge von Treidl et al. und Mauritz et al. Treidl et al. systematisieren das Engagement marginalisierter Menschen durch Zielebenen, um seine komplexe Wirkung nachvollziehen zu können. Mauritz et al. befassen sich in ihrem Beitrag mit der Zukunft von Engagement in der Migrations- und (Care-)Arbeitsgesellschaft. Auf Geschlechterungleichheiten im Engagement von Frauen in ländlichen Räumen gehen Kleiner/Keim-Klärner anhand empirischer Daten ein.

Engagement im Kontext von Biografien, Lernen und Bildung | Drei unterschiedliche Foki legen jene Beiträge, die sich mit Engagement in Lern- und Bildungskontexten befassen. Christ/Förstl beschäftigen sich mit der Frage, welche Faktoren langfristiges Engagement in Mentoring-Programmen fördern. Scholze/Grüner/Pötter untersuchen die Unterstützung von Zugewanderten durch Freiwillige am Übergang Schule-Beruf. Schubert et

al. widmen sich in ihrem Beitrag Lernerfahrungen aus Sicht Engagierter und ihrer Organisationen.

Engagementverlauf | Analytisch hat es sich bewährt, zivilgesellschaftliches Engagement nicht als Ganzes zu fassen, sondern seinen Verlauf in unterschiedliche Phasen zu unterteilen, um spezifischere Aussagen über das Phänomen treffen zu können. Welche Fragen sich dabei stellen, zeigen exemplarisch die Beiträge von Post et al. für die Phase vor einem Engagement sowie die beiden Beiträge von Schütt et al. und Küster, die auf die Phase des Vollzugs fokussieren. Die beiden letztgenannten Aufsätze bieten unterschiedliche Blickrichtungen: Schütt et al. fragen, was während des Engagements passieren muss, damit Engagierte bleiben; Küster fragt hingegen, was wohl passiert ist, wenn Engagierte nicht mehr bleiben wollen.

Engagement und ländliche Räume | Verschiedene Facetten des Engagements beleuchten die zwei empirisch angelegten Beiträge zum Engagement in ländlichen Räumen. Kessler/Dos Anjos untersuchen die Bewältigungsstrategien zivilgesellschaftlicher Akteure im ländlichen Raum Thüringens im Angesicht antidemokratischer Entwicklungen. Das Engagement von Senior:innen in ländlichen Räumen steht im Beitrag von Lüttich im Fokus.

Engagement und Jugendlichen | Anhand eigener Daten und mit Hilfe qualitativer Forschungsdesigns zeigen die drei Beiträge von Hüfner/Reichert sowie Bandow und Leinhos, welche Erwartungen Jugendliche und junge Erwachsene an zivilgesellschaftliches Engagement haben. In diesen Beiträgen wird ein Schwerpunkt auf die Anerkennung von Leistungen und Fertigkeiten, aber auch auf das Verhandeln von Identitäten und Zugehörigkeiten gelegt. Statt eine kollektive Erwartung „der Jugend“ an das Engagement abzubilden, bieten diese Beiträge verschiedene Linsen zur Betrachtung der Heterogenität des Engagements in der genannten biografischen Phase.

Engagement und gesellschaftliche Herausforderungen | Engagement und zivilgesellschaftliche Organisationen sind einerseits durch gesellschaftliche Entwicklungen herausgefordert, gleichzeitig können Non-Profit-Organisationen oder Unternehmen jedoch auch zum Umgang mit ihnen beitragen. Der Beitrag von Schubert/Kuhn zeigt auf, wie Unternehmen durch ihr Engagement gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und innovative Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen entwickeln können. Aber auch die organisierte Zivilgesellschaft kann mit Strategien zur Stärkung des freiwilligen Engagements in Krisenzeiten beitragen, wie die Beiträge von Kny und Becker et al. verdeutlichen. Während Kny auf Resilienz als Schlüs-

selkompetenz zivilgesellschaftlicher Organisationen und als Ausgangspunkt für transformative Prozesse eingeht, beschäftigen sich Becker et al. mit der Entwicklung von Strategien zur Stärkung der Resilienz.

Freiwilligendienste | Mit der Wirkung von Freiwilligendiensten und insbesondere mit ihrer Bedeutung im Lebenslauf beschäftigen sich drei Beiträge. Rampke/Peters stellen erste Ergebnisse der Ehemaligen-Studie der Freunde Waldorfs vor und verdeutlichen die Möglichkeit der Berufsorientierung durch den Freiwilligendienst. Müller betont anhand einer biografischen Studie mit internationalen Engagierten die zentrale Bedeutung von Vorerfahrungen und schließt, dass der Freiwilligendienst nicht isoliert betrachtet werden darf. Der Beitrag von Feldmann-Wojtachnia fokussiert auf den Europäischen Freiwilligendienst im „Europäischen Solidaritätskorps“ (EKS) und stellt quantitative wie qualitative Ergebnisse des Forschungsnetzwerks RAY vor, welche die Wirkung von Solidaritätsprojekten beleuchten.

Perspektiven auf ein Gesellschaftsjahr | Die Pflichtdienstdebatte verliert auch mit der neuen Bundesregierung nicht an Aufmerksamkeit. Die drei Beiträge zum Gesellschaftsjahr zeichnen aus unterschiedlichen Perspektiven den Diskurs rund um ein Gesellschaftsjahr nach und fragen nach Pflicht und Freiwilligkeit. Placke rekonstruiert den journalistischen Sound der Debatte und macht auf die Rolle der öffentlichen Medien aufmerksam. Dieser Sound wird insbesondere von männlichen Journalisten und Publizisten der Babyboomer-Generation bestimmt. Backhaus-Maul/Hehl/Kümpfel analysieren die aktuelle Diskussion zum Gesellschaftsjahr anhand der Positionen ausgewählter Akteur:innen aus Parteipolitik, Bundesministerien, Non-Profit-Organisationen und Wissenschaft und schlagen letztlich *Service Learning* im deutschen Bildungssystem als Alternative zum Gesellschaftsdienst vor. Fischer wendet die Debatte um Pflichtdienst und Freiwilligenjahr in seinem Beitrag, indem er sich für einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst stark macht.

Das Herausgeber:innenteam

Engagement und soziale Ungleichheit

Zugangschancen zum freiwilligen Engagement in einer ungleichen Gesellschaft – Perspektiven des Vierten Engagementberichts

Chantal Munsch¹

Zusammenfassung

Um unterschiedliche Zugangschancen zum Engagement verstehen zu können, muss Engagement im Zusammenhang einer durch Ungleichheit geprägten Gesellschaft betrachtet werden. Notwendig ist ein Blick auf die Mechanismen, mit denen soziale Ungleichheit im Engagement reproduziert wird. Dann wird deutlich, dass im Engagement fortlaufend Schwellen überwunden werden müssen – nicht nur beim ersten Eintritt in ein Engagement, sondern auch beim Zugang zu Aufgaben und Positionen oder wenn es darum geht, eine Position in einer Diskussion zu vertreten. Zugangschancen und Schwellen im Engagement stellen sich in Abhängigkeit von der sozialen Position der Engagierten unterschiedlich dar. Der Vierte Engagementbericht plädiert deswegen dafür, diese unterschiedlichen sozialen Positionen in den Blick zu nehmen. Um Zugangschancen gerechter zu gestalten, sollten die Selbstverständlichkeiten und Privilegien reflektiert werden, welche Zugangschancen erschweren.

Schlagwörter

Zugang; Schwellen; Ungleichheit; Perspektiven; Privilegien; Armut; Rassismus; Ableismus

1. Einleitung

Die Grundlage eines jeden Engagementberichts ist ein konkreter Berichtsauftrag, der in der jeweiligen Legislaturperiode von der Bundesregierung formuliert wird. Der Auftrag für den Vierten Engagementbericht lautete, ungleiche Zugangschancen zum freiwilligen Engagement zu analysieren. Der Bericht sollte erklären, wieso bestimmte soziale Gruppen im Engagement unterrepräsentiert sind, und Empfehlungen erarbeiten, wie der Zugang für benachteiligte Gruppen verbessert werden kann. Um diese Fragestellungen bearbeiten zu können, setzt sich der Bericht nicht nur mit

1 Prof. in, Dr. in, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Institut für Sozialpädagogik, Universität Siegen, chantal.munsch@uni-siegen.de.

den Strukturen und Organisationen im Engagement, mit Digitalisierung und Jugendarbeit auseinander, sondern insbesondere auch mit sozialer Ungleichheit, Armut, Rassismus, Ableismus² und Gewalt gegen Engagierte. Er analysiert quantitative Daten (aus dem Freiwilligensurvey 2019 und der 8. Erhebungswelle des Online Access Panel des DeZIM) ebenso wie qualitativ über Gruppendiskussionen und Anhörungen erhobene Erfahrungen von weniger privilegierten Engagierten sowie – mittels eines Gutachtens – die rechtlichen Grundlagen von Engagement. Auf dieser Basis beschreibt der Bericht 13 Schwellen, die den Zugang zum Engagement erschweren, und gibt Empfehlungen zur Reduzierung dieser Schwellen.

Über die verschiedenen Schwerpunktsetzungen seiner einzelnen Kapitel hinweg, entwickelt der Bericht eine Perspektive auf ungleiche Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Diese spezifische Perspektive erlaubt es, ungleiche Zugänge einordnen, verstehen und erklären zu können. Sie in ihren einzelnen Facetten darzustellen und zu erläutern, ist das Anliegen des vorliegenden Beitrags. Zunächst werden jedoch die empirischen Grundlagen des Berichts vorgestellt.

2. Ungleiche Engagementquoten: Sekundärauswertung des Freiwilligensurveys

Grundlegend für die Argumentation des Vierten Engagementberichts ist die Sekundärauswertung der Daten des Freiwilligensurveys 2019. Sie zeigt, wie überaus groß die Unterschiede zwischen den Engagementquoten von unterschiedlichen sozialen Gruppen sind: Die Engagementquote von Menschen mit niedrigem Einkommen (unter 1000 € mtl.) ist mit 19,5 % nicht einmal halb so hoch wie diejenige von Personen mit hohem Einkommen (über 4000 € mtl.) mit 55 %. Ähnlich große Unterschiede sehen wir für den Bildungsabschluss, die Staatsbürgerschaft und auch die Erwerbstätigkeit: Auch hier sind die Engagementquoten der weniger privilegierten Gruppen (ohne Bildungsabschluss, Erwerbstätigkeit oder deutsche Staatsbürgerschaft) nicht einmal halb so hoch wie diejenigen der privilegierten Gruppen (mit Hochschulabschluss, Erwerbstätigkeit oder deutscher Staatsangehörigkeit seit Geburt) (BMFSFJ 2024: 50–52). Diese deutlichen Unter-

2 Ableismus bezeichnet eine strukturelle Diskriminierungsform, die auf der Voraussetzung von bestimmten Fähigkeiten beruht, wodurch Menschen mit Behinderungen systematisch abgewertet und ausgegrenzt werden (Pertsch 2024: 24)

schiede sind in allen Engagementbereichen zu beobachten: in Sport, Religion, Politik, Kultur und Musik, in Schule und Kindergarten, in Freizeit und Geselligkeit (BMFSFJ 2024: 53–95). Deutlich sind die Unterschiede auch hinsichtlich der Fragen, ob sich eine Person ein Engagement zutraut oder ob sie trotz des eigenen Interesses an einem Engagement abgelehnt wurde. Insgesamt berichten nur wenige Personen von einer Ablehnung – die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen sind dabei jedoch erheblich: Personen mit niedrigem Einkommen (< 1000 € mtl.) berichten dreimal so häufig von einer Ablehnung wie Personen mit sehr hohem Einkommen (> 5000 € mtl.). Personen mit niedrigem Bildungsabschluss oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft berichten doppelt so oft von einer Ablehnung wie Personen mit höherem Bildungsabschluss oder mit deutscher Staatsbürgerschaft seit Geburt. Ähnlich deutlich sind die Unterschiede bei der Frage, ob sich jemand ein Engagement zutraut (BMFSFJ 2024: 59–60). Insgesamt zeigen diese Analysen: Die Unterschiede in den Engagementquoten privilegierter und weniger privilegierter³ sozialer Gruppen sind sehr ausgeprägt.

3. Perspektiven auf Engagement

Um die beschriebenen Ungleichheiten einordnen und verstehen zu können, sind theoretische Ansätze und Perspektiven notwendig. Sie beleuchten verschiedene Engagementverständnisse genauso wie die gesellschaftlichen Strukturen, in die Engagement eingebettet ist, und die unterschiedlichen sozialen Positionen von Engagierten.

3.1 Engagement als Mitgestaltung in einer Demokratie

Je nach Engagementverständnis wird die Frage, welche Bedeutung ungleiche Zugangschancen zum Engagement haben, verschieden beantwortet. Die Kommission für den Vierten Engagementbericht begründet die Not-

3 Mit dem Begriff der *weniger privilegierten Engagierten* verweisen wir darauf, dass Privilegien relational zu betrachten sind. Einzelne Personen können in manchen Kontexten und Relationen als privilegiert betrachtet werden, weil sie über mehr Macht, mehr Teilhabe und mehr Ansehen verfügen, in anderen Relationen kann sich ihre Position anders darstellen. Der Bericht nutzt den Begriff der weniger privilegierten Engagierten für eine Gruppe von Menschen, deren soziale Position im Vergleich mit dem Durchschnitt der Menschen in Deutschland deutlich benachteiligt ist (BMFSFJ 2024: 48).

wendigkeit von gleichen Zugangschancen zum Engagement mit der Aushandlung von Interessen in einer Demokratie (Strachwitz et al. 2020: 61–69). Sie versteht Engagement also in erster Linie als *Mitbestimmung und -gestaltung* gesellschaftlicher Teilbereiche. Dies wird an unterschiedlichen Beispielen deutlich: Eltern- und Schüler:innenvertreter:innen reden bei der Gestaltung von Kitas und Schulen mit, in Sportvereinen geht es um Trainingsmethoden und die Gestaltung des Vereinsheimes, in Kunstvereinen wird darüber verhandelt, welche Kunst von welchen sozialen Gruppen gefördert und gezeigt wird, in Kirchengemeinden, Moscheen und Synagogen vermitteln Ehrenamtliche ihr Verständnis von Religion. Die Aufzählung ließe sich lange fortführen. Wenn nun erwerbstätige Engagierte mit hohem Einkommen, hohen Bildungsabschlüssen und mit deutscher Staatsangehörigkeit seit Geburt an dieser Mitbestimmung und -gestaltung im Engagement überproportional beteiligt sind, dann können sie ihre Vorstellungen und Interessen eher umsetzen als soziale Gruppen, die im Engagement weniger vertreten sind. Die Notwendigkeit von gleichen Zugangschancen zum Engagement begründet sich dabei nicht nur demokratie- sondern auch diversitätstheoretisch: Die Verhandlung unterschiedlicher Interessen findet in einer pluralen Gesellschaft statt, in der nicht alle sozialen Gruppen gleiches Ansehen und Einfluss genießen (Benhabib 1999; Chahata/Jagusch 2023; Young 1996).

Von einer solchen demokratie- und diversitätstheoretischen Perspektive unterscheidet sich eine Orientierung am *Nutzen* von Engagement: Mit dem Begriff eines „Wohlfahrtspluralismus“ (Evers/Olk 1996) wird gefordert, dass sich Bürger:innen freiwillig an der Erbringung von Wohlfahrt beteiligen sollen, weil der Sozialstaat eine vollumfängliche Versorgung nicht mehr leisten könne und solle. Engagement wird hier als gesellschaftlich notwendige *Arbeit* verstanden. Aus dieser Perspektive könnte folglich für eine Steigerung der Zahl der Engagierten plädiert werden, weil diese für das Funktionieren des Wohlfahrtsstaates notwendig sei. Eine solche „Indienstnahme“ von Engagement, durch die Lücken im Versorgungssystem ausgeglichen werden sollen, wird jedoch vielfältig kritisiert (van Dyk/Haubner 2021; BMFSFJ o. J.).

In diesem Sinne macht es einen Unterschied, ob freiwilliges Engagement in erster Linie als notwendige *Arbeit* betrachtet wird oder als *Verhandlung unterschiedlicher Interessen* in einer pluralen Gesellschaft. Aus einer demokratie- und diversitätstheoretischen Perspektive sind gleiche Zugangschancen zum Engagement notwendig, damit unterschiedliche soziale Gruppen ihre Vorstellungen und Interessen gleichermaßen einbringen können. Aus

dieser Sicht ist es legitim, wenn sich Menschen nicht engagieren wollen – vorausgesetzt, sie haben die gleiche Chance auf Beteiligung. Wer Engagement hingegen als gesellschaftlich notwendige Arbeit begreift, könnte eine gewisse Pflicht oder zumindest eine Erwünschtheit von Engagement ableiten. Von dieser Vorstellung eines zu leistenden Dienstes distanziert sich die Kommission des Vierten Engagementberichts.

3.2 Zugang und Schwellen

Um die Mechanismen verstehen zu können, die den Zugang zum Engagement erschweren, ist der Begriff der Schwelle hilfreich. Der Begriff macht, in Analogie zum Bild einer Türschwelle, zunächst darauf aufmerksam, dass Schwellen omnipräsent sind: Sie müssen nicht nur beim ersten Eintritt in ein Engagement überwunden werden, sondern auch dann, wenn Engagierte Zugang zu einer neuen Aufgabe oder zu einer relevanten Position bekommen wollen. Schwellen wirken auch im alltäglichen Vollzug des Engagements, etwa bei Diskussionen und Entscheidungsprozessen, wenn Engagierte eine bestimmte Position oder Vorstellung einbringen möchten. In diesem Sinne müssen alle Engagementinteressierten Schwellen überwinden – allerdings werden diese Schwellen von privilegiierteren Personen seltener wahrgenommen und thematisiert. Viele Menschen können sie ohne größere Mühe überwinden. Für Engagierte, die von Armut oder Rassismus betroffen sind, oder für Engagierte mit Behinderungen kann das Überwinden mancher Schwellen jedoch mit einer erheblichen Kraftanstrengung einhergehen. Die reine Präsenz weniger privilegierter Engagierter ist deswegen kein Argument dafür, dass es keine Schwellen gibt – sie ist eher ein Beleg für die Anstrengung, welche diese Engagierten vollbracht haben. Schließlich macht der Begriff der Schwelle deutlich, dass Schwellen nicht einfach beseitigt werden können. Sie gehören, im Bild gesprochen, quasi zur Architektur eines Gebäudes. Was dies in Bezug auf Engagement bedeutet, wird anhand der Beispiele im folgenden Kapitel deutlich.

3.3 Schwellen im Engagement entstehen in einer ungleichen Gesellschaft

Grundlegend für die Analyse von Schwellen, welche den Zugang zum Engagement erschweren, ist die Feststellung, dass diese Schwellen im Zusammenhang einer durch Ungleichheit geprägten Gesellschaft entstehen.

Um ungleiche Zugangschancen verstehen zu können, muss Engagement deswegen in seinen sozialen Zusammenhängen begriffen werden. Der Vierte Engagementbericht nutzt den Begriff des Zugangs deswegen in Anlehnung an die Soziologie der sozialen Ungleichheit: Soziale Ungleichheit im weiteren Sinne, so formuliert es Reinhard Kreckel (2004: 17), „liegt überall dort vor, wo die Möglichkeiten des Zugangs zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren.“ Aus dieser Perspektive erscheint Engagement als soziale Position, die mit Gestaltungsmacht und Handlungsspielräumen einhergeht, und zu der nicht alle sozialen Gruppen gleichermaßen Zugang haben.

Im Folgenden wird anhand von spezifischen Schwellen verdeutlicht, in welcher Weise ungleiche Zugangschancen in sozialer Ungleichheit begründet sind.

Beim ersten Zugang zum Engagement wirkt die Schwelle der ungleichen Ansprache. Wenn Menschen von anderen gefragt werden, ob sie sich engagieren möchten, ist ihr Zugang in ein Engagement wahrscheinlicher, als wenn sie versuchen, sich ohne eine solch einladende Ansprache zu engagieren (Paik/Navarre-Jackson 2011; Müller et al. 2017: 420). Diese Ansprache ist jedoch abhängig vom sozialen Status: Personen mit höherem Bildungsabschluss und Einkommen werden eher für ein Engagement angesprochen (für die USA: Musick/Wilson 2008: 290). Engagementinteressierten werden bestimmte positive oder negative Eigenschaften pauschal zugeschrieben – allein aufgrund ihrer Herkunft, ihres Namens, der Hautfarbe, einer Behinderung, des Berufs oder Erwerbsstatus. Solche Zuschreibungen werden etwa wirkmächtig, wenn Menschen aufgrund ihres Namens kulturelle Differenz zugeschrieben wird und sie auf migrationsspezifische Aufgaben reduziert werden. Zuschreibungen wirken ebenso, wenn Menschen ohne hohen Bildungsabschluss oder mit einer Behinderung anspruchsvolle Aufgaben weniger zugetraut werden. Vorstellungen von typischen oder „passenden“ Engagierten, die durch Klassismus, Rassismus und Ableismus geprägt sind, führen somit dazu, dass manche Menschen in geringerem Maße als mögliche Engagierte wahrgenommen und auch weniger für bedeutsame Aufgaben und Positionen angesprochen werden.

Auch persönliche Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus jenseits des Engagements können als Schwelle beim Zugang zum Engagement wirken: Wenn Engagementinteressierte alltäglichen Rassismus erfahren, wenn sie erleben, dass ihnen mit Stereotypen oder Mikroaggressionen be-

gegnet wird – dann erwarten sie, dass sie solche Erfahrungen auch im Engagement machen werden. Gleichzeitig können Erfahrungen mit Diskriminierung jedoch auch einen Anreiz darstellen, sich zu engagieren, etwa um Diskriminierung zu bekämpfen (BMFSFJ 2024: 249–250).

Im Vollzug des Engagements, d. h. nachdem der erste Zugang gelungen ist, wirken weitere Schwellen: Relevant werden insbesondere unterschiedliche Sprechweisen. In den Anhörungen für den Vierten Engagementbericht haben armutsbetroffene und migrantisierte Engagierte sowie Engagierte mit Behinderung mehrfach betont, dass sie in Engagementkontexten, die ihnen wichtig sind, nicht mitreden können. Grundlegend ist hier zunächst, dass es eine Vielfalt unterschiedlicher Sprechweisen gibt. Über die Art und Weise, wie und worüber eine Person spricht, vermittelt sie gesellschaftliche Positionen und – damit zusammenhängend – auch Sichtweisen auf die Welt (Street 2012: 29). Die unterschiedlichen Sprechweisen sind dabei jedoch nicht gleichwertig. Es gibt dominante Vorstellungen davon, wie in bestimmten Kontexten gesprochen werden soll, „die sich im Interesse sozial oben stehender Schichten stillschweigend gegenüber anderen durchsetzen“ (Grotlüschen et al. 2009: 56). Je nachdem, welche Sprechweise in einer Gruppe dominiert und ob diese Art und Weise zu sprechen einer Person vertraut ist, können Engagierte sich somit entweder leichter an einer Diskussion beteiligen oder sie bleiben still. Je nach Sprechweise werden ihre Beiträge anerkannt und aufgenommen oder übergangen. Diese Art der Ausgrenzung funktioniert (wie bei den meisten Schwellen) weitgehend implizit: Diejenigen, die in der vorausgesetzten Art und Weise sprechen, denken zumeist nicht daran, dass sie Normen reproduzieren, die andere ausgrenzen. Birgit Rommelspacher (1995) hat diese Ausgrenzung durch die Setzung einer Norm mit dem Begriff der Dominanzkultur beschrieben.

Auch die mangelnde Repräsentation bestimmter sozialer Gruppen im Engagement wirkt als Schwelle: Zum einen schildern Engagierte in den Anhörungen und Gruppendiskussionen, dass ihre Themen und Anliegen weniger oder gar nicht als relevant wahrgenommen und aufgegriffen würden. Zum anderen würden die Voraussetzungen, die an das Engagement gestellt würden (etwa in Bezug auf Zeit, Geld und Sprache), nicht gut zu ihrer Lebensrealität passen. Schließlich würden sie sich im Engagement „anders“ fühlen und hätten den Eindruck, die einzigen mit bestimmten Erfahrungen zu sein und nicht richtig dazuzugehören. Um diese Erfahrungen einzuordnen, ist die Unterscheidung zwischen dominanten und marginalisierten Gruppen hilfreich. Dominante Gruppen haben überproportional viel Einfluss sowohl auf die Themen als auch auf die Kultur einer Organisation –

auch wenn sie von der Anzahl ihrer Mitglieder her nicht in der Mehrheit sind (Krell et al. 2018: 7–8). Dadurch ist es ihnen möglich, ihre Themen und ihre Art und Weise des Engagements als Normalität zu etablieren, an der sich andere selbstverständlich zu orientieren haben.

Schließlich wirken auch versteckte Kosten im Engagement als Schwelle für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen. So müssen Fahrtkosten oft vorgestreckt werden und auch soziale Anlässe wie etwa der Kneipenbesuch im Anschluss an eine Sitzung sind mit Kosten verbunden.

Diese Schwellen wirken nicht nur auf der Ebene der individuellen Engagierten, sondern auch auf der Ebene von Organisationen. Diesbezüglich gilt es zu differenzieren zwischen etablierten Organisationen und neuen Organisationen wie etwa Migrant:innenselbstorganisationen bzw. Organisationen von neuen Deutschen oder Organisationen von Menschen mit Behinderungen. Sie haben unterschiedliche personelle und finanzielle Ressourcen, unterschiedlichen Einfluss und unterschiedliche Deutungsmacht, sie verfügen über unterschiedliche Reputation und Netzwerke (Holzscheiter/Krause 2013). Zugang zum Engagement bedeutet aus organisationaler Perspektive etwa Zugang zu Fördermitteln, zu öffentlicher Aufmerksamkeit oder zu Räumen – und auch dieser organisationale Zugang muss im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit verstanden werden.

Deutlich wird: Die skizzierten Schwellen, die Zugangschancen zum Engagement erschweren, entstehen nicht erst im Engagement. Der Vierte Engagementbericht versteht die Reproduktion von sozialer Ungleichheit im Engagement daher nicht in erster Linie als das Ergebnis planvollen Handelns, sondern vielmehr als Ergebnis von gesellschaftlichen Strukturen, die in das Engagement hineinwirken. Diese Strukturen werden in alltäglichen Praktiken im Engagement (z. B. bei der Ansprache, beim Sprechen und Verhandeln) reproduziert. Die Frage, ob Schwellen bewusst hergestellt werden oder nicht intendiert sind, ist dabei schwierig zu beantworten. Einerseits ist davon auszugehen, dass Schwellen bzw. Ausgrenzung nicht zum Konzept und zu den Zielen von engagierten Gruppen und Organisationen gehören. Gleichzeitig kann jedoch nicht negiert werden, dass privilegiere Gruppen durch diese Schwellen auch Vorteile haben, da sie ihre Themen und Vorstellungen im Engagement leichter verwirklichen können.

3.4 Positionen, Perspektiven, Privilegien

Um verstehen zu können, wie ungleiche Zugangschancen im Engagement reproduziert werden, ohne dass privilegiere Gruppen dies wahrnehmen oder thematisieren, bieten sich unterschiedliche theoretische Perspektiven an. Als besonders hilfreich für die Analysen des Vierten Engagementberichts hat sich der Begriff der Privilegien erwiesen, der im Zusammenhang mit feministischen und rassismuskritischen Ansätzen entwickelt wurde. Privilegien, so beschreibt es Ursula Wachendorfer (2001), sind das, was für die meisten – aber eben nicht für alle – Personen selbstverständlich ist. Privilegien zeichnet aus, dass sie meist gar nicht wahrgenommen werden, weil sie als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Für die Betrachtung von Engagement eröffnet dies neue und relevante Perspektiven: Mit der Perspektive auf Privilegien können wir erkennen, dass es nicht selbstverständlich ist, dass Menschen überhaupt als potenziell Engagierte wahrgenommen und angesprochen werden. Es schärft den Blick dafür, dass bestimmte Personen nicht als Engagierte, sondern eher als hilfsbedürftige Klient:innen von Engagement gelesen werden – und gerade nicht als Personen, die einen relevanten Beitrag leisten können. In einer ähnlichen Weise verändert es unsere Perspektive, wenn wir es als ein Privileg wahrnehmen, dass ein Beitrag, den jemand in einer Diskussion äußert, von anderen positiv aufgenommen wird – weil dies eben nicht für alle selbstverständlich ist. Schließlich ist es im Zusammenhang mit Armut als ein Privileg und nicht als Selbstverständlichkeit zu betrachten, wenn man sich den Kaffee nach einem Arbeitstreffen leisten kann.

Der Vierte Engagementbericht macht somit darauf aufmerksam: Engagement geht je nach Position und Perspektive mit verschiedenen Erfahrungen einher. Es macht einen Unterschied, aus welcher Position Engagierte Zugang zum Engagement suchen. Sowohl bei den Anhörungen als auch bei der Auswertung der Gruppendiskussionen wurde sehr deutlich, dass sich die Perspektiven von armuterfahrenen und migrantisierten Engagierten sowie von Engagierten mit Behinderungen deutlich unterscheiden von den Erfahrungen, welche Menschen ohne Diskriminierungserfahrung mit Zugang zum Engagement machen. Während Schwellen aus der Position vieler privilegierterer Menschen selten bemerkt werden und ihnen Mitsprache wie Zugehörigkeit eher selbstverständlich erscheinen, berichten weniger privilegierte Engagierte, wie sie um den Zugang zum Engagement und die Überwindung von Schwellen ringen müssen.

Grundlegend für die Argumentation des Vierten Engagementberichts ist somit ein Verständnis von situiertem Wissen, wie es Donna Haraway (1988) oder Rainer Winter (2010) beschreiben: Es gibt keinen objektiven, archimedischen Punkt, von dem aus man die Welt (bzw. das Engagement) betrachten kann. Vielmehr können wir die Welt (bzw. das Engagement) immer nur von einer bestimmten Position, aus einer bestimmten Perspektive heraus betrachten. Aus jeder Position erhalten wir eine spezifische, notwendigerweise unvollständige Perspektive. Deswegen ist es notwendig, die jeweilige Perspektive zu benennen: Wenn wir verkünden „Hier kann jede:r mitmachen“ – dann sollte deutlich werden, dass diese Perspektive aus einer privilegierteren Position formuliert ist, aus der heraus Schwellen nicht sichtbar sind.

Insgesamt bieten die Sozialwissenschaften eine Reihe von Ansätzen, mit denen analysiert werden kann, wie im Engagement – das proklamiert, für alle Engagierten offen zu sein – Ausgrenzung reproduziert wird, ohne dass dies thematisiert werden muss. Sie seien hier zumindest kurz genannt: Der Ansatz der *critical whiteness* (Wachendorfer 2001) macht darauf aufmerksam, dass der Fokus der Analyse stärker auf der Position und Perspektive der Nicht-Diskriminierten liegen sollte. Diese spezifische und relevante Position bliebe allzu oft unsichtbar und unbeachtet. Mit dem Ansatz der Subjektivierung (Jergus 2020) können wir analysieren, welche Subjektpositionen es in einem Engagementfeld gibt, mit denen sich die Engagierten auseinandersetzen müssen. So analysiert etwa Mira Böing (i. E.), wie im Engagement in einem Stadtteil zwischen bürgerlichen Engagierten und zugezogenen Menschen, die eher Objekt des Engagements werden, unterschieden wird. Unterschiedliche Ansätze sind auch hilfreich, um Differenzierungen im Engagement zu analysieren, etwa als Grenzziehungen (Wimmer 2008), als Positionierungen (Lucius-Hoene/Deppermann 2002; Varga/Munsch 2014) oder mit dem Begriff des *Un/doing Differences* (Hirschauer 2014: 182). Die meisten dieser Ansätze werden noch wenig genutzt, um ungleiche Zugangschancen zum Engagement zu erforschen – im Gegensatz zum Begriff des *Habitus*, der für diese Analyse als recht etabliert gelten kann (Rameder 2015).

4. Fazit: Perspektive auf Mehrheitsgesellschaft statt „Bearbeitung“ von weniger privilegierten Gruppen

Engagement muss im Zusammenhang einer ungleichen Gesellschaft betrachtet werden, um ungleiche Zugangschancen verstehen zu können. Notwendig ist ein Blick auf die Mechanismen, mit denen soziale Ungleichheit im Engagement reproduziert wird. Die nahezu ausschließliche Betonung der positiven Aspekte im Engagement, die Hervorhebung seines Beitrages zur Demokratie, zu Integration und zur Aufrechterhaltung vieler gesellschaftlicher Bereiche macht es jedoch schwer, ungleiche Zugangschancen in den Blick zu nehmen. Ein kritischer Blick auf Engagement ist nach wie vor unüblich und wird allzu oft als Missachtung der geleisteten Arbeit verstanden. Dabei ist er notwendig, um jene Schwellen wahrnehmen zu können, die den Zugang zum Engagement erschweren. Diese Schwellen müssen im Engagement fortlaufend überwunden werden, nicht nur beim ersten Eintritt in ein Engagement, sondern auch beim Zugang zu Aufgaben und Positionen oder wenn es darum geht, eine Position in einer Diskussion zu vertreten. Während sie von privilegierteren Engagierten oft kaum wahrgenommen werden, müssen weniger privilegierte Engagierte zumeist große Anstrengungen unternehmen, um sie zu überwinden. Zugangschancen im Engagement stellen sich somit in Abhängigkeit von der sozialen Position der Engagierten unterschiedlich dar. Der Vierte Engagementbericht plädiert deswegen dafür, diese unterschiedlichen sozialen Positionen in den Blick zu nehmen.

Die Kommission des Vierten Engagementberichts fordert einen Perspektivwechsel: Um Zugangschancen gerechter zu gestalten, sollten nicht in erster Linie die benachteiligten Gruppen mit bestimmten Unterstützungsbedarfen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Vielmehr sollten die Selbstverständlichkeiten und Privilegien wahrgenommen werden, welche Zugangschancen für weniger privilegierte Engagierte erschweren. Mit einer solchen Perspektive auf soziale Ungleichheit geht ein Verzicht auf einfache Lösungen einher: Weil soziale Ungleichheit in komplexen gesellschaftlichen Strukturen reproduziert wird, kann es keine einfachen Projekte geben, mit denen sich gleiche Zugangschancen schnell und komplett herstellen ließen. Gleichwohl – so die These der Kommission – verändert sich die Praxis des Engagements, wenn die Beteiligten um die Schwellen wissen, die im Alltag ihres Engagements wirken.

Literatur

- Benhabib, Seyla (1999): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (o. J.): Engagementstrategie des BMFSFJ. Strategische Ausrichtung der Engagementpolitik. <https://www.bmfsfj.de/re-source/blob/97916/00c72df530ac8e8049bb06305201a307/engagement-strategie-data.pdf> (23.5.2024).
- Böing, Mira (i. E.): Problemdiskurse der sozialen Stadtentwicklung – Eine kritische Ethnografie zur Konstruktion „Südosteuropäische Zuwanderer“. Weinheim.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Bundestagsdrucksache 20/14120. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (8.8.2025).
- Chehata, Yasmine; Jagusch, Birgit (Hrsg.) (2023): Empowerment und Powersharing. Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim.
- Evers, Adalbert; Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus — Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In: Evers, Adalbert; Olk, Thomas (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen, S. 9–60.
- Grotlüschen, Anke; Heinemann, Alisha; Nienkemper, Barbara (2009): Die unterschätzte Macht legitimer Literalität. In: REPORT – Zeitschrift für Weiterbildungsforschung, 32. Jg., Heft 4, S. 55–67, <https://dx.doi.org/10.3278/REP0904W>.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: Feminist Studies, 14. Jg., Heft 3, S. 575–599, <https://doi.org/10.2307/3178066>.
- Hirschauer, Stefan (2014): Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten. In: Zeitschrift für Soziologie, 43. Jg., Heft 3, S. 170–191, <https://doi.org/10.1515/zfsocz-2014-0302>.
- Holzscheiter, Anna; Krause, Monika (2013): Macht und Global Governance – Repräsentationsmacht und feld-spezifische Logiken des Handelns von NRO im transnationalen Raum. In: Stetter, Stephan (Hrsg.): Ordnung und Wandel in der Weltpolitik. Konturen einer Soziologie der Internationalen Beziehungen. Baden-Baden, S. 125–151.
- Jergus, Kerstin (2020): Unaufhörliches Werden und die Grenzen des Selbst. In: Deppe, Ulrike (Hrsg.): Die Arbeit am Selbst. Wiesbaden, S. 105–121.
- Kreckel, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Frankfurt am Main.
- Krell, Gertraude; Ortlieb, Renate; Sieben, Barbara (2018): Gender und Diversity in Organisationen. Grundlegendes zur Chancengleichheit durch Personalpolitik. Wiesbaden.
- Lucius-Hoene, Gabriele; Deppermann, Arnulf (2002): Rekonstruktion narrativer Identität. Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews. Wiesbaden.

- Müller, Doreen; Hameister, Nicole; Lux, Katharina (2017): Anstoß und Motive für das freiwillige Engagement. In: Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden, S. 413–435.
- Musick, Marc A.; Wilson, John (2008): *Volunteers. A social profile*. Bloomington.
- Paik, Anthony; Navarre-Jackson, Layana (2011): Social Networks, Recruitment, and Volunteering: Are Social Capital Effects Conditional on Recruitment? In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 40. Jg., Heft 3, S. 476–496, <https://doi.org/10.1177/0899764009354647>.
- Pertsch, Sebastian (Hrsg.) (2024): *Vielfalt. Das andere Wörterbuch*. Berlin.
- Rameder, Paul (2015): *Die Reproduktion sozialer Ungleichheiten in der Freiwilligenarbeit. Theoretische Perspektiven und empirische Analysen zur sozialen Schließung und Hierarchisierung in der Freiwilligenarbeit*. Frankfurt am Main.
- Rommelspacher, Birgit (1995): *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin.
- Strachwitz, Rupert Graf; Priller, Eckhard; Triebe, Benjamin (2020): *Handbuch Zivilgesellschaft*. Berlin/Boston.
- Street, Brian (2012): New Literacy Studies. In: Grenfell, Michael (Hrsg.): *Language, ethnography, and education. Bridging new literacy studies and Bourdieu*. New York, S. 27–49.
- van Dyk, Silke; Haubner, Tine (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg.
- Varga, Vesna; Munsch, Chantal (2014): Kontextspezifische Positionierungen. Darstellung eines Forschungszugangs und einer Analysestrategie am Fallbeispiel einer Lehrkraft „mit Migrationshintergrund“. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 15. Jg., Heft 3, <https://doi.org/10.17169/fqs-15.3.2071>.
- Wachendorfer, Ursula (2001): Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität. In: Arndt, Susan (Hrsg.): *AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*. Münster, S. 87–101.
- Wilson, John; Musick, Marc A. (1997): Who Cares? Toward an Integrated Theory of Volunteer Work. In: *American Sociological Review*, 62. Jg., Heft 5, S. 694–713.
- Wimmer, Andreas (2008): Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense. In: Kalter, Frank (Hrsg.): *Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderhefte*. Wiesbaden, S. 57–80.
- Winter, Rainer (2010): Ein Plädoyer für kritische Perspektiven in der qualitativen Forschung. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 12. Jg., Heft 1, <https://doi.org/10.17169/fqs-12.1.1583>.
- Young, Iris Marion (1996): *Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy*. In: Benhabib, Seyla (Hrsg.): *Democracy and difference. Contesting the boundaries of the political*. Princeton, S. 120–135.

Internationale Perspektiven auf den Vierten Engagementbericht der Bundesregierung: Dokumentation einer Panel-Diskussion

*Tuuli-Marja Kleiner¹, Paul Rameder², Georg von Schnurbein³,
Andreas Kewes⁴, Benjamin Haas⁵*

Im Anschluss an die Keynote von Prof. Dr. Chantal Munsch, der Vorsitzenden der Kommission zum Vierten Engagementbericht der Bundesregierung, wurde im Rahmen der ZEFF-Tagung 2025 eine Panel-Diskussion durchgeführt, die zentrale Ergebnisse und Herausforderungen des Berichts aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und internationalen Perspektiven beleuchtete. Die Keynote hatte die verschiedenen Perspektiven erörtert, mit denen der Bericht freiwilliges Engagement in den Blick nimmt, sowie die dort herausgearbeiteten Schwellen zum freiwilligen Engagement ins Zentrum gerückt. Die anschließende Diskussion diente dazu, diese Ergebnisse im fachlichen Dialog kritisch zu reflektieren, weiterführende Forschungsperspektiven aufzuzeigen und – wo möglich – länderspezifische Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Mit Kommentaren aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wurde das Thema der sozialen Ungleichheit im Engagementkontext vergleichend eingeordnet und um weiterführende Impulse ergänzt.

Die nachfolgende Dokumentation bündelt die Eingangsstatements der drei externen Diskutant:innen – PD Dr. habil. Tuuli-Marja Kleiner (Braunschweig), Dr. Paul Rameder (Wien), Prof. Dr. Georg von Schnurbein

-
- 1 PD Dr. habil., Thünen Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Wissenschaftliche Oberrätin, t.kleiner@thuenen.de.
 - 2 Dr., Institut für Nonprofit Management und Governance, Wirtschaftsuniversität Wien, Senior Researcher, paul.rameder@wu.ac.at.
 - 3 Prof. Dr., Universität Basel, Professor für Stiftungsmanagement an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und Gründungsdirektor des Center for Philanthropy Studies (CEPS), georg.vonschnurbein@unibas.ch.
 - 4 Dr., Universität Siegen, Geschäftsstelle der Sachverständigenkommission zum Vierten Engagementbericht, Leiter und Wissenschaftlicher Mitarbeiter, andreas.kewes@uni-siegen.de.
 - 5 M. A., Universität Siegen, Geschäftsstelle der Sachverständigenkommission zum Vierten Engagementbericht, Wissenschaftlicher Mitarbeiter (bis März 2025), benjamin.haas@voluntaris.de.

(Basel) – und fasst ihre Gemeinsamkeiten und diversen Schwerpunktsetzungen in einem kurzen Fazit zusammen. Ziel dieser Dokumentation ist es, die Vielschichtigkeit des Themas sichtbar zu machen und Impulse für zukünftige wissenschaftliche Auseinandersetzungen wie auch für die Weiterentwicklung engagementpolitischer Strategien zu geben.

1. Tuuli-Marja Kleiner: Soziale Ungleichheiten und Geschlecht im freiwilligen Engagement ländlicher Räume

Ich begrüße sehr, dass das Thema Ungleichheit im Engagement aufgegriffen wurde. Der Bericht ist umfangreich, behandelt wichtige Themen und zeichnet sich durch eine ausgewogene Analyse aus. Er zeigt deutlich, dass Engagementungleichheit nicht nur ein Schönheitsfehler ist. Ich möchte gerne zwei Aspekte aufgreifen und diese etwas vertiefen, und dabei den Blick auf die ländlichen Räume richten.

Ländliche Gemeinden werden gerne beschrieben als Gemeinden mit einem hohen Grad an sozialem Zusammenhalt (Bindungskräfte) und sozialer Eingebundenheit. Auch wenn dies heute nicht mehr uneingeschränkt zutrifft, hält sich die Vorstellung vom Dorf als einem Ort traditionsbewusster, familiärer Beziehungen mit fließenden Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Leben (Kleiner 2021). Zugleich stehen ländliche Räume häufig vor demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Gemeindezusammenlegungen und der Rückbau staatlicher Infrastruktur führten zur Schließung von Rathäusern und Postfilialen. Es mangelt an Daseinsvorsorge (medizinische Versorgung, Schulen, Nahverkehr, Kultur, Dienstleistungen, Einkaufsmöglichkeiten). Besonders periphere, strukturschwache Regionen leiden zusätzlich unter Finanzmangel, Arbeitskräftemangel und Überalterung (Hauss et al. 2006; Mose 2018).

Vor diesem Hintergrund setzen Politik und Teile der Forschung große Hoffnungen in das Engagement.

1. Vereine und Initiativen übernehmen Aufgaben der Daseinsvorsorge in Bereichen wie Bildung, Kultur, Freizeit und Mobilität und kompensieren so fehlende öffentliche Dienstleistungen.
2. Vereine und Engagement fördern soziale Integration: In peripheren ländlichen Räumen bieten Vereine neben der Kirche häufig die einzige Möglichkeit zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.
3. Freiwilligenorganisationen fungieren als Bindeglied zwischen Bürger:innen und Staat, indem sie Interessen bündeln und an politi-

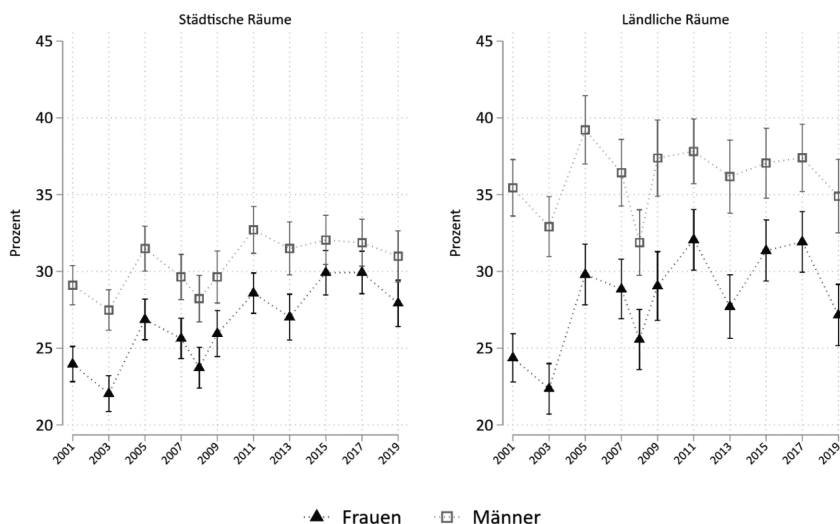
sche Entscheidungsträger:innen herantragen. Sie vermitteln zudem vermeintlich demokratische Kompetenzen wie Kooperationsfähigkeit, friedliche Konfliktlösung und Frustrationstoleranz und sollen so zur Demokratieförderung beitragen (Kleiner/Klärner 2019).

Wenn also über Engagement in ländlichen Räumen gesprochen wird, dann wird es gerne als Erfolgsmodell dargestellt. Es lohnt sich aber, genauer hinzuschauen, denn Engagement hat das Potenzial zur Spaltung bzw. zur Stabilisierung von sozialer Ungleichheit.

Im Engagementbericht heißt es dazu: „Engagementbeteiligung und -bereitschaft: In Bezug auf Geschlechterunterschiede im Engagement hat sich in den letzten Jahren eine Angleichung vollzogen. Waren Männer in der Vergangenheit noch deutlich häufiger engagiert als Frauen, so hat sich dieser Unterschied mittlerweile fast aufgelöst“ (BMFSFJ 2024: 61).

Blicken wir auf die Anteile engagierter Männer und Frauen über die letzten 20 Jahre, dann sehen wir in der Tat, dass das Engagement der Frauen zwar allgemein zugenommen hat und die Geschlechterdifferenzen gesunken sind. Anders sieht es jedoch aus, wenn wir ländliche und nicht-ländliche Regionen getrennt betrachten: Je ländlicher die Regionen, desto ausgeprägter ist nach wie vor der Unterschied zwischen den Geschlechtern. So betrug im Jahr 2019 die Geschlechterdifferenz in der Engagementquote noch immer 8,4 Prozent in sehr ländlichen Räumen, während diese in nicht-ländlichen Räumen nicht mehr nachzuweisen war (Kleiner/Keim-Klärner in diesem Band). Und auch, wenn man nur zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raumtyp unterscheidet, ist die Geschlechterdifferenz mit knapp 7 Prozentpunkten in ländlichen Räumen deutlich (Abbildung 1). Das bedeutet, die ländliche Prägung des Kontextes scheint hier eine „Schwelle“ für Frauen zu sein, sich zu engagieren.

Abbildung 1: Engagement nach Geschlecht in städtischen und ländlichen Räumen (2001–2019)



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP, v.36), 2001–2019. Eigene Berechnungen (gewichtet, N= 241.167).

Lesebeispiel: Im Jahr 2019 engagierten sich 34,9 % der Männer und 27,9 % der Frauen in ländlichen Räumen ehrenamtlich.

Engagementquoten allein verraten noch nichts darüber, ob diese Unterschiede auch systematisch geringere Einflussmöglichkeiten, weniger Status und Deutungsmacht für Frauen bedeuten. Der Bericht zeigt daher auf, dass Leitungs-/Vorstandspositionen in Vereinen, Verbänden, sozialen Diensten vor allem von Männern besetzt sind und diese Geschlechterunterschiede vor allem unter den Älteren zu finden sind und am größten in der Gruppe der über 65-Jährigen (BMFSFJ 2024: 109). Das ist äußerst plausibel. Betrachtet man die Geschlechterunterschiede nach Altersgruppen im Stadt-Land-Vergleich, dann sieht man, dass im Hinblick auf Leitungspositionen allgemein Geschlechterunterschiede mit dem Alter zunehmen. In ländlichen Räumen ist der größte Geschlechterunterschied jedoch nicht unter den Ältesten, sondern in der Gruppe der 50–64-Jährigen zu finden (nicht ausgewiesen).

In dieser Gruppe sind Männer häufiger in Leitungs-/Vorstandspositionen zu finden als Frauen – also in jener Lebensphase, in der viele ihren Karrierehöhepunkt erreicht haben und berufliche Veränderungen seltener

werden. Es zeigt sich also auch hier im ländlichen Raumtyp ein anderes Muster.

Im Ergebnis bedeutet das, Frauen in ländlichen Räumen engagieren sich zwar, aber eher in weniger sichtbaren Rollen. Das heißt, ihre Möglichkeiten zu gestalten und gesellschaftlich Einfluss zu nehmen, sind begrenzter als die der Männer oder auch die der Frauen in den Städten.

Nun ist es aber nicht nur so, dass Ungleichheit nur gefühlt zu langsam zurückgeht. Vielmehr hat die Ungleichheit in anderen Bereichen über die letzten drei Jahrzehnte sogar kräftig zugenommen. Vergleicht man die Engagementquoten verschiedener Berufsklassen, sieht man, dass das Engagement aller Berufsklassen gestiegen ist, aber besonders deutlich bei den höheren Berufsklassen, bestehend aus den sogenannten Wissensarbeiter:innen unserer Dienstleistungsgesellschaft, wie z. B. Anwält:innen, Manager:innen, Think-Tank-Mitarbeiter:innen, Ärzt:innen. D. h. die berufliche Klassenlage wird im Engagement gespiegelt: Je höher die berufliche Klassenlage, desto höher die Engagement-Wahrscheinlichkeit. Schaut man auf die ländlichen Räume, geht die „Schere“ sogar noch deutlicher auseinander als in nicht-ländlichen Räumen (Kleiner 2022).

Damit aber nicht genug, auch die Tätigkeiten sind ungleich verteilt. Nicht nur sind die höheren Klassen häufiger engagiert; sie sind auch deutlich häufiger in Repräsentations- und Leitungspositionen vertreten: Höhere Angestellte üben doppelt so häufig Repräsentations- und Leitungspositionen aus wie Arbeiter:innen oder Angehörige der Verkaufs- und Serviceklasse. Umgekehrt üben Arbeiter:innen etwa doppelt so häufig manuelle Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten aus wie Manager:innen/höhere Angestellte. Dazu gehören Kuchen backen, Getränke verkaufen, Auf- und Abbau oder Fahrdienste (Kleiner 2025).

Kurzum, zivilgesellschaftliches Engagement spielt in ländlichen Räumen eine zentrale Rolle – nicht nur für die Daseinsvorsorge, sondern auch für sozialen Zusammenhalt, Integration und Demokratie. Doch dies als reine Erfolgsgeschichte darzustellen, greift zu kurz. Hohe Engagementquoten allein sind kein Selbstzweck. Wenn Engagement bestehende Ungleichheiten in anderen Bereichen widerspiegelt, oder sogar verstärkt, dann müssen wir uns fragen: Welche Auswirkungen hat das auf sozialen Zusammenhalt und Demokratie? Hier klafft eine Forschungslücke, die geschlossen werden sollte.

Was muss also passieren, damit Engagement nicht nur beliebt ist, sondern auch die sozialen Funktionen erfüllt, die ihm zugeschrieben werden? Vieles wird im Engagementbericht benannt. Dazu gehören v. a. Sensibili-

sierung und Bewusstwerdung für bestehende soziale Hierarchien im Engagement und eine differenzierte Förderpolitik, die soziale Funktionen mitdenkt und Schattenseiten, wie antidemokratische Gruppenaktivitäten, berücksichtigt. Unter diesen Voraussetzungen kann Engagement auch in ländlichen Räumen zu einem Erfolgsmodell für alle werden.

2. Paul Rameder: Zwischen Teilhabeversprechen und Ausschluss – Engagement als Ort sozialer Reproduktion

Der Vierte Engagementbericht der Deutschen Bundesregierung beschäftigt sich mit den Zugangschancen und insbesondere den Zugangsschwellen zum freiwilligen Engagement und ist damit nicht nur für Deutschland, sondern aufgrund der strukturellen Ähnlichkeit des Sektors auch für politische wie organisationale Entscheidungsträger:innen in Österreich von hoher Relevanz und Aktualität.

Aus theoretischer Perspektive greift der Bericht eine zentrale Forderung der internationalen Engagementforschung auf (Hustinx et al. 2022), nicht mehr nur die (fehlende) Ressourcenausstattung von Nicht-Engagierten als Barriere zu betrachten, sondern die Prozesse und Mechanismen der Reproduktion und Produktion von Ungleichheiten im Engagement in den Fokus der empirischen Forschung zu rücken (Meyer/Rameder 2022). Die Forschung zu den positiven Effekten des Engagements für die Freiwilligen selbst hat dazu beigetragen, die Frage des Zugangs und der Schwellen genauer in den Blick zu nehmen. Diese Perspektive ist ein wichtiger Ausgangspunkt. Im Bericht werden bereits drei weitere Perspektiven angesprochen, die in der Freiwilligenforschung als „neues Paradigma“ (Hustinx et al. 2022) vorgeschlagen werden, nämlich, Interaktionen, Macht- und Erkenntnisinteressen in den Blick zu nehmen und aus Ungleichheitsperspektive kritisch zu analysieren. Dabei gilt es Ungleichheiten auf vier Ebenen zu untersuchen und zu reflektieren.

1. Auf der Ebene der individuellen Ressourcenausstattung. Hier gilt es den Blick zu weiten und, wie bereits im Vierten Engagementbericht umgesetzt, unterschiedliche Formen, wie formelles, informelles, episodisches, spontanes, Mikro- bis Nano-Engagement, unterschiedliche Felder bzw. Bereiche, sowie unterschiedliche Hierarchieebenen in den Freiwilligenorganisationen (Meyer/Rameder 2022) gezielt auf ihren Beitrag zu ungleichen gesellschaftlichen Verhältnissen hin zu untersuchen.

2. Auf der Ebene der intersubjektiven Interaktionen und Handlungspraktiken im freiwilligen Engagement (Grubb 2022). Symbolische Formen der Anerkennung und alltägliche Praktiken des „sense-making“ und Prozesse des Ausschlusses in alltäglichen Interaktionen zwischen freiwillig Engagierten, insbesondere dort, wo Menschen in Freiwilligengruppen engagiert sind.
3. Auf Ebene der „Governementalitäten“ stellt sich die Frage, welche individuellen und institutionellen Akteure mit welchen konkreten Interessen die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement beeinflussen. Nicht alle am freiwilligen Engagement beteiligten Akteure sind gleichermaßen in der Lage, die Regeln und Feldgrenzen (Bourdieu 1982; Ramecker 2015) des Engagements mitzugestalten. Dies führt häufig zu einer Verfestigung ungleicher Privilegien und Einflussmöglichkeiten im Engagement.
4. Die vierte und letzte Ebene nimmt die Forschung in die Pflicht, normative Perspektiven auf die soziale Inklusion, positive Effekte etc. in der Freiwilligenforschung zugunsten situativer und sozialkonstruktivistischer Forschungsansätze unter Einbeziehung der globalen Vielfalt des Engagements zurückzustellen, um einen Erkenntnisgewinn abseits bereits ausgetretener Pfade zu ermöglichen.

Aus empirischer Perspektive gilt es, wie im Bericht dargestellt, die Heterogenität des freiwilligen Engagements und insbesondere die feldspezifischen Besonderheiten hervorzuheben, die, in Hinblick auf die Gestaltung von zielgerichteten Maßnahmen, in Bezug auf Schwellen, Zugang und Ungleichheitsreproduktion, besondere Aufmerksamkeit verdienen. So sind in Österreich – wie auch in Deutschland – je nach Engagementfeld die Zugangsschwellen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Regeln der gesellschaftlichen Felder bzw. Subsysteme nicht vor dem freiwilligen Engagement haltmachen, sondern weiterhin, zum Teil abgeschwächt, zum Teil verstärkt, wirksam sind. So ist z. B. das freiwillige Engagement im Sport, in Österreich das Feld mit den zahlenmäßig meisten Freiwilligen, nach wie vor von Personen mit höherem Bildungsgrad, mittlerem bis hohem Einkommen und aktiver Berufstätigkeit geprägt. Das vielfach propagierte Integrationspotenzial des Sports hält zumindest auf der Engagementebene einer empirischen Überprüfung nicht stand. Ehrenamtliche Vorstands- und Präsidiumsfunktionen sind nach wie vor überwiegend von Männern besetzt. In Österreich versucht eine aktuelle Initiative von Sport Austria (2025), *Good-Governance*-Richtlinien in

die Umsetzung zu bringen und damit die Zugangsschwellen zu Vorstandsfunktionen zu senken. Anhand der Zusammensetzung von ehrenamtlichen Leitungsorganen lassen sich die sozialen Ungleichheiten und die Zugangsschwellen zum Engagement wie unter einem Brennglas untersuchen. Neben *Good-Governance*-Richtlinien erscheint es sinnvoll, das Freiwilligenmanagement und die Freiwilligenkoordination für explizite wie implizite Mechanismen der Reproduktion von Zugangsschwellen und damit von Ungleichheit zu sensibilisieren.

Ein weiterer Aspekt, der im Bericht behandelt wird, ist die Schaffung von Engagementräumen für Jugendliche und junge Erwachsene. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland zeigen sich Ungleichheiten nicht nur in der intergenerationalen Reproduktion von Bildungsabschlüssen, sondern auch freiwilliges Engagement wird in hohem Maße „vererbt“. Erfahrungsräume für Kinder und Jugendliche zu schaffen, schulisch durch *Community Service* und *Service Learning*, außerschulisch durch Jugendorganisationen, ist von großer Bedeutung, da bereits bei Studierenden die Selbstselektionseffekte die Sozialisationseffekte, d. h. das transformative Potenzial, überwiegen (Meyer et al. 2019). Konkret bedeutet dies, dass sich vor allem diejenigen Studierenden freiwillig engagieren, die bereits während ihrer Schulzeit freiwillig tätig waren, entsprechende Vorbilder in der Familie und im Bekanntenkreis hatten und bereits besonders prosozial eingestellt sind. Es gilt daher, gezielt Erfahrungsräume und Kontaktmöglichkeiten zu Non-Profit-Organisationen (NPO) und Engagement-Orten zu schaffen, ohne dass damit gleich die Erwartung verbunden ist, sich engagieren zu müssen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass es auch bei den positiven Wirkungen des Engagements sogenannte Dosiseffekte gibt. Konkret bedeutet dies, dass empirisch gesicherte Effekte auf das psychische Wohlbefinden u. a. durch soziale Kontakte, Eingebundenheit, Anerkennung etc. bei Kleinformen (Mikro) und Kleinstformen (Nano) des freiwilligen Engagements nicht zu erwarten sind. Empirische Befunde haben bei umfangreichen und psychisch belastenden freiwilligen Tätigkeiten, analog zur Erwerbsarbeit, Überlastungsdepressionen (Burnout) dokumentiert. Sowohl in der Forschung als auch in den Empfehlungen gilt es, der enormen Vielfalt des freiwilligen Engagements und damit seinen unterschiedlichen Voraussetzungen, Erfahrungen und Wirkungen gerecht zu werden und freiwilliges Engagement nicht normativ, instrumentell und insbesondere pädagogisch zu überfrachten.

3. Georg von Schnurbein: Engagement zwischen Gemeinwohl, Digitalisierung und Organisationsrealität

Die Einladung zur Kommentierung des Vierten Engagementberichts der Bundesregierung erlaubt, zunächst einen Vergleich zur Situation in der Schweiz zu ziehen. Freiwilligenarbeit hat auch in der Schweiz einen sehr hohen Stellenwert. Die regelmäßigen Erhebungen des Freiwilligenmonitors (Lamprecht et al. 2020; die nächste Erhebung wird 2025 publiziert) und des Bundesamts für Statistik bieten eine solide Datengrundlage, um die Entwicklung und gesellschaftliche Bedeutung zu beschreiben. Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren sind Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation. Im Jahr 2020 waren 41 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren formell ehrenamtlich tätig, die informelle Freiwilligenarbeit lag bei 46 Prozent. Freiwillige in der Schweiz wenden pro Monat rund 11,6 Stunden für institutionalisierte (z. B. Mitarbeit im Sportverein) und 14,8 Stunden für informelle Freiwilligenarbeit (z. B. Nachbarschaftshilfe) auf. Der Umfang der Freiwilligenarbeit war über die letzten Jahre weitgehend stabil mit einer leichten Verschiebung von der formellen zur informellen Freiwilligenarbeit (Potluka/von Schnurbein 2025). Der wichtigste Förderer der Freiwilligenarbeit ist die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), die auch den Freiwilligenmonitor initiiert und finanziert hat. Eine staatliche, institutionelle Förderung der Freiwilligenarbeit dagegen ist anders als in Deutschland weitgehend unbekannt. Der Kanton Basel-Stadt ist der einzige Kanton mit einer Freiwilligenkoordinationsstelle in der Verwaltung. Sie unterstützt Freiwilligenorganisationen und zeichnet mit einem Preis mehrmals jährlich Freiwilligenorganisationen aus. Im Kanton Zürich ist zudem die Freiwilligenvermittlung „Benevol“ als staatliche Stelle organisiert, während sie in anderen Kantonen als private NPO arbeitet. Versuche, auf nationaler Ebene eine Förderstelle für Freiwilligenarbeit einzurichten, sind bisher gescheitert. Freiwilligenarbeit wird als persönliches Engagement der Bürger:innen verstanden, das staatliche Leistungen ergänzt, dessen Förderung aber keine Staatsaufgabe ist. Daneben ist insbesondere im Kontext der Freiwilligendienste in Deutschland festzuhalten, dass es in der Schweiz einen obligatorischen Militärdienst von mindestens 245 Dienstofftagen bis zum 30. Lebensjahr für Männer gibt und das politische System auf dem Milizprinzip beruht, d. h. die politischen Ämter als Nebenbeschäftigung oder Ehrenamt ausgeführt werden (Ausnahmen sind Exekutivämter).

Aktuell wird auf nationaler Ebene eine Initiative für einen „Service Citoyen“ diskutiert, die jedoch sowohl im Parlament wie bei der Regierung wenig Anklang fand. In einem Pflichtjahr könnten junge Menschen jeglichen Geschlechts wählen, im Militär, in Zivildienst und Zivilschutz sowie in der Milizverwaltung eine Tätigkeit auszuüben. Während die Regierung vor allem die volkswirtschaftlichen Folgen kritisch beurteilte, wurden im Parlament von rechts Sicherheitsbedenken geäußert, während von links die Einschränkung der Grundrechte durch die Dienstpflicht kritisiert wurde. Sollte das Initiativkomitee ausreichend Unterschriften sammeln können, wird die Initiative trotz der parlamentarischen Kritik zur Volksabstimmung kommen.

Soziale Ungleichheit als übergeordnetes Thema des Vierten Engagementberichts der Bundesregierung ist auch in der Schweiz ein aktuelles gesellschaftliches politisches Thema, gleichwohl ist die Diskrepanz zwischen reich und arm in der Schweiz über die letzten Jahrzehnte stabil geblieben (8,2 Prozent der Bevölkerung werden als arm eingestuft). In der Diskussion um das freiwillige Engagement ist das Thema bisher noch nicht angekommen, weshalb die Erkenntnisse der Engagementberichts auch für die Schweiz nützlich und hilfreich sind, um die gesellschaftspolitische Diskussion, aber auch die wissenschaftliche Beleuchtung zu fördern.

Gerade weil der Bericht ein bisher wenig beleuchtetes Thema behandelt (Hustinx et al. 2022), ist die umfassende und gut dokumentierte Herangehensweise zu begrüßen. Dadurch wurde eine sehr profunde Basis für weitere Forschung und konkrete Umsetzungsmaßnahmen geschaffen. Hervorzuheben sind einerseits die im Bericht erwähnten Spannungsfelder sowie der zentrale Begriff der „Schwelle“.

Die erwähnten Spannungsfelder „Gemeinwohl vs. Eigennutz“, „formelles vs. informelles Engagement“ sowie „Zugangsmöglichkeiten öffentlicher Raum vs. digitaler Raum“ zeigen drei Bereiche auf, die ein Spiegel der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung sind und daher zwangsläufig die Freiwilligenarbeit als gesellschaftliches Allgemeingut betreffen. Im ersten Spannungsfeld geht es um Themen wie angemessene Entschädigung oder den „Spaß- und Eventfaktor“ der Freiwilligenarbeit. Das zweite Spannungsfeld weist auf die Verschiebung des Engagements von formellen, zivilgesellschaftlichen Strukturen hin zu individuellen, weniger strukturierten Einsatzbereichen. Hier stellt sich die Frage, ob dies tatsächlich eine Verschiebung ist, oder ob das informelle Engagement (z. B. Care-Arbeit) in den letzten Jahren eine gesellschaftliche Aufwertung und damit auch mehr Aufmerksamkeit erfahren hat. Das dritte Spannungsfeld betrifft die Digita-

lisierung, die auch vor der Freiwilligenarbeit nicht haltmacht. Engagement im digitalen Raum ist weniger sichtbar und erfordert meist weniger Konstanz, gleichzeitig sind die Beteiligungschancen durch eine neue Ungleichheit gezeichnet, wie der Bericht ausführt. Ohne entsprechende digitale Ausrüstung ist das Engagement nicht möglich.

Der Begriff der „Schwelle“ ist für den Bericht bewusst gewählt und stellt eine innovative und sinnvolle Begriffswahl dar, da die Unsichtbarkeit und Omnipräsenz wesentliche Faktoren für die Existenz der Schwellen sind. Der Begriff verdeutlicht die Problematik sozialer Ungleichheit, dass viele davon nicht betroffen sind und die Schwellen daher kaum wahrnehmen, während für andere Personengruppen diese Schwellen deutliche Hindernisse für ein Engagement sind (z. B. Finanzen, Sprache, Zeit). Die Lösung für das gesellschaftliche Problem ist nicht die Beseitigung der Schwelle (wie man bei einer Barriere oder Hürde denken würde), sondern liegt in der Überwindung, die durch Hilfestellung oder geringfügige Anpassungen möglich ist. Dies erscheint ein wichtiger Aspekt des gewählten Bildes zu sein, denn Schwellen haben ja auch einen Sinn. Der Mitwirkung in einer Organisation muss ein bewusster Entscheid vorausgehen und es muss eine Zustimmung zu den Organisationszielen bestehen.

Die 13 Schwellen und die entsprechenden Handlungsempfehlungen enthalten viele gute Ansätze, die hoffentlich auch von der neuen Bundesregierung weiter unterstützt werden. Gleichzeitig ist vor einer Überfrachtung der NPO zu warnen. Die Suche nach Freiwilligen, Mitgliedern oder Spenden sowie Förderbeiträgen ist für viele Organisationen bereits heute sehr aufwändig. Je mehr zusätzliche Voraussetzungen erfüllt und Nachweise erbracht werden müssen, desto komplexer wird auch das Engagement in einer NPO (Studer/von Schnurbein 2013). Es darf nicht vergessen gehen, dass die Mehrzahl der NPO rein ehrenamtlich geführt werden. Der Forderung nach einem Bürokratieabbau sollte daher gerade bei der Einführung neuer Regelungen besondere Beachtung geschenkt werden. Hinsichtlich des Abbaus der Schwellen sollte der Staat daher eine Priorisierung dort vornehmen, wo er selbst die Hauptverantwortung trägt, das ist bei den Freiwilligendiensten. Hier sollte der Bericht vertiefte Analysen über die Relevanz und die Reduzierung der 13 Schwellen nach sich ziehen.

Die im Bericht erarbeiteten Erkenntnisse sollten Eingang finden in die Forschungsagenda der kommenden Jahre und weiterentwickelt werden. Eine zentrale Fragestellung ist die nach den verschiedenen Formen der Freiwilligenarbeit. Beschleunigt sich der Trend von langfristigen Engagements zu kurzfristigen Einsätzen (episodic volunteering) hat dies weitrei-

chende Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der NPO. Ebenso fehlt nach wie vor ein Verständnis für die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Engagementformen. Führen Kurzeinsätze zu einem Crowding-in oder einem Crowding-out bei langfristigen Engagements? Schließlich stellt sich grundlegend die Frage, ob die bestehenden Organisationsformen noch zeitgemäß sind, oder ob es hier auch Neuentwicklungen braucht, um dem veränderten Verständnis von Engagement, Partizipation und Repräsentation Rechnung zu tragen. In diesem Sinn ist zu wünschen, dass die Ergebnisse des Engagementberichts breite Wahrnehmung und eine entsprechende Umsetzung nach sich ziehen.

4. Andreas Kewes und Benjamin Haas: Zusammenfassung und Ausblick

Die drei im Rahmen der Panel-Diskussion eingebrachten Kommentare aus Deutschland, Österreich und der Schweiz würdigen die Arbeit der Sachverständigenkommission für den Vierten Engagementbericht der Bundesregierung als wichtigen Impuls für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage sozialer Ungleichheiten im freiwilligen Engagement. Im Verlauf der anschließenden Diskussionen machten die Kommentierenden deutlich, dass die für Deutschland beobachteten ungleichen Beteiligungsquoten im freiwilligen Engagement so ähnlich auch in Österreich oder der Schweiz zu beobachten sind und dass sich dieser Befund über die Jahre als ziemlich stabil erweist. Aus unserer Sicht ist es besonders erfreulich, dass zentrale konzeptionelle Weichenstellungen des Berichts – etwa der Fokus auf Zugangsschwellen, die multidimensionale Perspektive auf Ungleichheit oder die Einbeziehung diverser Engagementformen – in allen Kommentaren aufgegriffen und positiv hervorgehoben wurden. Die Diskussionsbeiträge bestätigen damit die Relevanz und Anschlussfähigkeit der Berichtsergebnisse über nationale Kontexte hinaus.

Zugleich zeigen die drei Statements, auf welche unterschiedliche Weise das Thema soziale Ungleichheit in verschiedenen gesellschaftlichen und institutionellen Kontexten bearbeitet wird. Trotz aller Unterschiede lassen sich dabei übergreifende Perspektiven identifizieren: Alle Beiträge unterstreichen, dass Engagement kein sozial neutraler Raum ist, sondern bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten sowohl widerspiegeln als auch verstärken kann. Die Analyse reproduktiver Mechanismen – etwa geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen in ländlichen Räumen (Kleiner), feldspezifischer Zugangshürden im österreichischen Sportsystem (Rameder) oder

struktureller Überforderungen kleiner NPO durch politische Erwartungen (von Schnurbein) – führt dabei zu einer gemeinsamen Mahnung: Engagementpolitik darf nicht von Idealbildern getragen sein, sondern muss soziale Realitäten ernst nehmen und gezielt daran ansetzen, Schwellen abzubauen, Vielfalt zu ermöglichen und Exklusionsdynamiken zu durchbrechen.

Die Diskutant:innen benennen darüber hinaus konkrete Foki für weiterführende Forschung. Besonders hervorgehoben werden:

- die Notwendigkeit, Engagement in ländlichen Räumen genauer zu beobachten und dabei differenzierter als bisher nach Geschlecht, Klasse und Einflussmöglichkeiten zu untersuchen (Kleiner),
- die Analyse von Interaktionen, symbolischen Ausschlüssen und impliziten Machtverhältnissen in Engagementkontexten (Rameder),
- die Wirkungsweise verschiedener Engagementformate und deren Verhältnis zueinander, etwa zwischen episodischem und langfristigem Engagement (von Schnurbein).

Auch hinsichtlich der Rolle des Staates und der Organisationen bestehen gemeinsame Anknüpfungspunkte: Während in Deutschland die Erwartung an staatliche Steuerung hoch ist, zeigen die Vergleiche mit Österreich und insbesondere der Schweiz, dass andere Governance-Modelle möglich, aber keineswegs voraussetzungslos tragfähig sind. Die Diskussion macht deutlich, dass Engagementförderung differenziert gedacht und kontextsensibel gestaltet werden muss.

Aus unserer Sicht ist die Panel-Diskussion ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung des Diskurses über Ungleichheit im Engagement. Sie hat nicht nur zentrale Aspekte des Berichts kritisch reflektiert und weitergedacht, sondern auch länderübergreifende Lernpotenziale aufgezeigt. Wir möchten uns bei allen drei Diskutant:innen herzlich für ihre kritische Würdigung des Vierten Engagementberichts der Bundesregierung bedanken.

Literaturverzeichnis

- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Bundestagsdrucksache 20/14120. <https://dsserver.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (8.8.2025).

- Grubb, Ane (2022): Avoiding Intimacy—An Ethnographic Study of Beneficent Boundaries in Virtual Voluntary Social Work. In: *Voluntas*, 33. Jg., Heft 1, S. 72–82, <https://doi.org/10.1007/s11266-021-00350-w>.
- Hauss, Friedrich; Land, Rainer; Willis, Andreas (2006): Umbruch der Agrarverfassung und Zerfall der ländlichen Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Heft 37, S. 31–38.
- Hustinx, Lesley; Grubb, Ane; Rameder, Paul; Shachar, Itamar Y. (2022): Inequality in volunteering: Building a new research front. In: *Voluntas*, 33. Jg., Heft 1, S. 1–17, <https://doi.org/10.1007/s11266-022-00455-w>.
- Kleiner, Tuuli-Marja (2025): On Good Deeds and the Reproduction of Social Inequality. An Empirical Study on Social Class and Volunteering in Germany. In: *Sociology (im Erscheinen)*.
- Kleiner, Tuuli-Marja; Keim-Klärner, Sylvia (2025): Engagement zwischen Tradition und Wandel: Geschlechterunterschiede in ländlichen Räumen. In: *Voluntaris (im Erscheinen)*.
- Kleiner, Tuuli-Marja (2022): Engagement und Klasse: Die Entwicklung klassenspezifischer Unterschiede im Engagement zwischen 1992 und 2017. In: *Voluntaris Sonderband 2022*, S. 15–33, <https://doi.org/10.5771/9783748928942-15>.
- Kleiner, Tuuli-Marja (2021): Civic participation and social embeddedness: differences between urban and rural communities. In: *International Journal of Community and Social Development*, 3. Jg., Heft 1, S. 45–67, <https://doi.org/10.1177/25166026211002048>.
- Kleiner, Tuuli-Marja; Klärner, Andreas (2019): Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf, Thünen Working Paper 129. https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn061365.pdf (8.8.2025).
- Lamprecht, Markus; Fischer, Adrian; Stamm, Hanspeter (2020): *Freiwilligen-Monitor Schweiz 2020*. Zürich/Bern.
- Meyer, Michael; Neumayr, Michaela; Rameder, Paul (2019): Students' Community Service: Self-Selection and the Effects of Participation. In: *Nonprofit and the Voluntary Sector Quarterly*, 48. Jg., Heft 6, S. 1162–1185, <https://doi.org/10.1177/0899764019848492>.
- Meyer, Michael; Rameder, Paul (2022): Who Is in Charge? Social Inequality in Different Fields of Volunteering. In: *Voluntas*, 33. Jg., Heft 1, S. 18–32, <https://doi.org/10.1007/s11266-020-00313-7>.
- Mose, Ingo (2018): Ländliche Räume. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover, S. 1323–1334.
- Potluka, Oto; von Schnurbein, Georg (2025): Middle class formal volunteering over time: The case of Switzerland (2006–2020). In: *Voluntas*, <https://doi.org/10.1007/s11266-025-00732-4>.
- Rameder, Paul (2015): Die Reproduktion sozialer Ungleichheit in der Freiwilligenarbeit. Empirische Analysen zur sozialen Schließung und Hierarchisierung in der Freiwilligenarbeit. Frankfurt am Main.

Sport Austria (2025): Good Governance. <https://www.sportaustria.at/de/service-center/good-governance/good-governance> (8.8.2025).

Studer, Sibylle; von Schnurbein, Georg (2013): Organizational factors affecting volunteers: A literature review on volunteer coordination. In: *Voluntas*, 24. Jg., Heft 2, S. 403–440, <https://doi.org/10.1007/s11266-012-9268-y>.

Diskriminierung als Schwelle zum zivilgesellschaftlichen Engagement: Eine empirische Analyse

Fabio Best¹, Sabrina Zajak²

Zusammenfassung

Zivilgesellschaftliches Engagement gilt als zentraler Motor für gesellschaftliche Teilhabe und den Abbau sozialer Ungleichheit. Gleichzeitig wird häufig argumentiert, dass insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Engagement stark unterrepräsentiert sind. Dieser Beitrag verfolgt das Ziel, Erklärungsansätze für die (vermeintliche) Unterrepräsentation von Migrant*innen zu liefern. Um diese zu erklären, richten wir den Blick (a) auf eine zu enge Engagementsdefinition, (b) auf Diskriminierungserfahrungen im Engagement und (c) auf Zugangsbarrieren. Auf Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zeigen wir, dass die enge Engagementsdefinition relevante Engagementformen, die insbesondere von Personen mit Migrationshintergrund ausgeübt werden, nur unzulänglich erfasst, dass Diskriminierungserfahrungen im Engagement seltener sind als in anderen Lebensbereichen und dass fehlende Netzwerke im eigenen Umfeld Personen mit Migrationshintergrund vom Engagement abhalten können.

Schlagwörter

Engagement; Diskriminierung; Barrieren; Migrationshintergrund; Diversität

1. Einleitung

Zivilgesellschaftliches Engagement spielt eine zentrale Rolle für gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Empirische Studien zeigen, dass Engagement vielfältige positive Effekte auf die Gesellschaft und die Engagierten selbst hat, darunter auf die Förderung der sozialen Integration, den Erwerb neuer Kompetenzen und die Stärkung des sozialen Kapitals (Wilson/Musick 1997). Insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund stellt es eine wichtige Möglichkeit dar, sich aktiv in soziale Strukturen einzubringen. Dennoch ist der Zugang zu freiwilligem Engagement nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen gegeben. Empirische Studien und Be-

1 DeZIM-Institut, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, best@dezim-institut.de.

2 Prof. Dr., DeZIM-Institut, ehemalige Leiterin Abteilung Konsens & Konflikt, zajak@dezim-institut.de.

richte wie der Vierte Engagementbericht der Bundesregierung zeigen, dass insbesondere benachteiligte Gruppen – darunter Menschen mit Migrationshintergrund oder Frauen – häufiger als andere Barrieren beim Zugang zu Engagementstrukturen erfahren. Diese Barrieren können sowohl individueller als auch struktureller Natur sein und reichen von Zeitmangel über fehlende Netzwerke bis hin zu Diskriminierungserfahrungen.

Vor diesem Hintergrund untersucht der vorliegende Beitrag die Rolle von Diskriminierungserfahrungen und Rekrutierungsnetzwerken als Schwellen zum zivilgesellschaftlichen Engagement. Diskriminierungserfahrungen im Engagement können Personen zu einer Beendigung ihres Engagements bringen und Engagementwillige von der Aufnahme eines Engagements abhalten. Zudem weist die Forschung auf die Bedeutung von Rekrutierungsnetzwerken hin. Außerdem wird ein methodischer Erklärungsansatz untersucht. Nach diesem ist der Befund einer Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund auf eine zu enge Definition von Engagement zurückzuführen. Befunde zeigen etwa, dass Personen mit Migrationshintergrund sich seltener formell in Organisationen, dafür aber häufiger informell u. a. in migrantischen Engagementstrukturen engagieren (DeZIM 2024). Eine US-amerikanische Studie zeigt darüber hinaus, dass wahrgenommene Diskriminierung mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, sich informell für gesellschaftliche Belange zu engagieren (Kim/Steinhilper 2024). Diese Art des Engagements wird als eine Form der Gegenwehr interpretiert – als Versuch, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und der eigenen Stimme Gehör zu verschaffen (Lamont et al. 2016; Rausch et al. 2021).

Nachfolgend werden zunächst der Forschungsstand zu Zugangsbarrieren ins Engagement skizziert und die Bevölkerungsbefragung vorgestellt, die den empirischen Analysen des Beitrags zugrunde liegt. Im Anschluss werden die Ergebnisse der quantitativen Analysen in zwei Schritten präsentiert: Zunächst wird überprüft, ob die Unterrepräsentation von migrantisierten Personen im Engagement auf ein enges Engagementverständnis zurückzuführen ist. In einem zweiten Schritt wird der empirische Gehalt inhaltlicher Erklärungsansätze überprüft, wobei zunächst Diskriminierungserfahrungen im Engagement mit anderen Lebensbereichen verglichen werden, bevor die Effekte von verschiedenen Zugangshürden und Rekrutierungsnetzwerken untersucht werden.

Der vorliegende Beitrag ergänzt die wissenschaftliche Debatte um einen erweiterten Engagementbegriff sowie um Daten zu Diskriminierungserfahrungen im Engagementbereich. Schließlich untersucht er mögliche Zu-

gangsbarrieren zum Engagement, die das häufigere Engagement von Personen ohne Migrationshintergrund in formellen Organisationen erklären können und zu einem besseren Verständnis der Exklusionsmechanismen beitragen.

2. Theoretischer Rahmen: Engagement und Diskriminierung

Zivilgesellschaftliches Engagement wird als wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe verstanden. Empirische Studien zeigen, dass Engagement vielfältige positive Effekte auf die Gesellschaft und die Engagierten selbst hat, darunter auf die Förderung der sozialen Integration, den Erwerb neuer Kompetenzen und die Stärkung des sozialen Kapitals (Wilson/Musick 1997). Gleichzeitig betonen verschiedene Studien ebenso wie der Vierte Engagementbericht der Bundesregierung, dass der Zugang zum Engagement ungleich verteilt ist: Benachteiligte Gruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund oder Frauen berichten häufiger von Barrieren wie Zeitmangel oder fehlenden Netzwerken (Klatt/Walter 2011; Statistisches Bundesamt 2024; BMFSFJ 2024). Aus dieser Perspektive erscheint der Befund plausibel, dass sich Personen mit Migrationshintergrund seltener (formell) engagieren. Wir greifen die Fachdebatte auf und hinterfragen, inwiefern Engagementbegrifflichkeiten auch informelles Engagement berücksichtigen sollten (Jepkens/van Rieën 2025; Krimmer et al. 2022; Schubert 2023), und untersuchen den Einfluss des Engagementverständnisses auf die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Verwendung einer spezifischen Engagementdefinition impliziert immer die Selektion bestimmter Formen von Engagement und den Ausschluss und damit das Unsichtbar-Machen anderer Engagementzugänge. Von dem zweitgenannten Effekt sind gerade marginalisierte und diskriminierungsvulnerable Gruppen betroffen, weshalb dieser Beitrag ein breiteres Engagementverständnis als bspw. der Freiwilligensurvey³ anlegt: So haben wir nicht nur nach Formen des formellen Engagements – etwa in Vereinen

3 Der Freiwilligensurvey definiert freiwilliges Engagement als eine freiwillige, im öffentlichen Raum stattfindende, gemeinschaftlich ausgeübte und gemeinwohlorientierte, nicht auf den materiellen Gewinn ausgerichtete Tätigkeit (Simonson et al. 2022). Das Erhebungsinstrument des Freiwilligensurveys verdeutlicht die Bedeutung der gemeinschaftlichen Ausübung und der Öffentlichkeit der freiwilligen Tätigkeit (Kelle et al. 2021), womit sich die Definition und Erfassung von freiwilligem Engagement im Freiwilligensurvey von unserer Definition und Erfassung unterscheidet.

oder politischen Gremien – gefragt, sondern auch nach sorgendem und gestaltendem informellem Engagement (van Dyk/Haubner 2021). Dadurch ist es uns möglich, den weniger formalisierten Engagementbereich genauer zu erfassen. Unser Engagementverständnis umfasst entsprechend freiwillige, gemeinwohlorientierte Tätigkeiten, die in formellen (z. B. Vereine, politische Organisationen) oder informellen Kontexten (z. B. Nachbarschaftshilfe) stattfinden können (Müller et al. 2017; Scholten/Jepkens 2022).

3. Diskriminierungserfahrungen, fehlende Netzwerke und andere Zugangsbarrieren

Der Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund im Engagement liegen neben den genannten methodischen Selektionseffekten auch inhaltliche Erklärungen zugrunde, die im Zusammenhang mit Diskriminierungserfahrungen stehen. Wir untersuchen Diskriminierung im Engagement und vergleichen sie mit Diskriminierung in anderen Lebensbereichen. Direkte Auswirkungen entstehen, wenn Betroffene im Engagement unmittelbare Diskriminierungserfahrungen machen, etwa durch abwertende Sprache oder gruppendynamische Ausgrenzungen. Sie können dazu führen, dass Betroffene ihr Engagement abbrechen oder gar nicht erst aufnehmen. Indirekte Effekte ergeben sich aus Diskriminierungserfahrungen in anderen Lebensbereichen, die das Selbstbewusstsein der Betroffenen beeinträchtigen und sie davon abhalten können, sich öffentlich zu engagieren (Major/O'Brien 2005).

Eine weitere Form der Diskriminierung zeigt sich in der mangelnden Ansprache potenziell Engagementbereiter: Rekrutierungsnetzwerke sind häufig homogen und schließen marginalisierte Gruppen aus (Müller et al. 2017). Netzwerke spielen eine entscheidende Rolle für den Zugang zum Engagement: Untersuchungen zeigen konsistent, dass Personen ohne bestehende Kontakte zu Engagierten seltener rekrutiert werden und weniger Möglichkeiten haben sich einzubringen (Paik/Navarre-Jackson 2011; Wilson/Musick 1997). Dies betrifft insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund, die häufig über weniger Kontakte zu etablierten Organisationen verfügen und seltener aktiv angesprochen werden (Müller et al. 2017). Gleichzeitig identifiziert die Forschung positive Beispiele: Migrantische Selbstorganisationen bieten niedrigschwellige Zugänge und fördern das Empowerment ihrer Mitglieder durch gezielte Ansprache und Unterstützung (Klevermann/Hradská 2023).

Neben Diskriminierung und fehlenden Rekrutierungsnetzwerken stellen wahrgenommene Zugangsbarrieren einen Erklärungsansatz für die Unterrepräsentation migrantisierter Personen dar. So können fehlende Sprachkenntnisse (Eoto 2022) oder die Sorge vor Diskriminierung (Lamont et al. 2016; Rausch et al. 2021) Hürden für ein formelles Engagement darstellen. Der Freiwilligensurvey zeigt beispielsweise, dass Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft seltener engagiert sind, obwohl die Staatsbürgerschaft – mit wenigen Ausnahmen, die sich auf ehrenamtliche politische Wahlämter beziehen – kein formales Kriterium für Engagement ist. Dies deutet darauf hin, dass eher „unsichtbare“ Hürden bestehen als explizite rechtliche Einschränkungen. Mangelndes Zutrauen in die eigene Kompetenz kann ebenfalls eine Rolle spielen. Die Forschung zur Stigmatisierung zeigt, dass ein geringes Selbstwirksamkeitsempfinden häufig das Ergebnis wiederholter Erfahrungen der Aberkennung von Kompetenzen und Leistungen ist (Major/O’Brien 2005). Gleichzeitig mangelt es vielen Organisationen an aktiven Outreach-Strategien zur gezielten Ansprache marginalisierter Gruppen, wovon insbesondere migrantische Selbstorganisationen betroffen sind (OSZE 2025).

4. Methodik

Zur Untersuchung von Repräsentation, Diskriminierungserfahrungen und Zugangshürden ins Engagement wurden im Rahmen der 8. Erhebungswelle entsprechende Fragen in das DeZIM-Panel integriert. Das DeZIM-Panel ist ein repräsentatives Online-Access-Panel, in dem Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten sind. Hierdurch ermöglicht es im Gegensatz zu zahlreichen nicht migrationsspezifischen Erhebungen differenzierte Analysen für Personen mit und ohne Migrationshintergrund (Dollmann et al. 2023).

Die verwendete 8. Welle des DeZIM-Panels wurde im Spätjahr 2023 erhoben, wobei insgesamt 3.361 Personen an der Befragung teilgenommen haben, von denen 905 einen Migrationshintergrund aufweisen. Der Definition des Statistischen Bundesamts folgend, handelt es sich dabei um Personen, die selbst nicht in Deutschland geboren sind oder bei denen mindestens ein Elternteil außerhalb des Gebiets der heutigen Bundesrepublik geboren ist (Destatis 2009[2007]).

Für den vorliegenden Beitrag erfassen wir freiwillige Tätigkeiten dem breiten Engagementverständnis folgend sehr detailliert. Zu diesem Zweck fragen wir die teilnehmenden Personen in einem ersten Schritt, ob sie ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten ausüben oder sich in Parteien, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen oder an der Kommunalpolitik beteiligen. Diese Tätigkeiten innerhalb eines organisationalen Rahmens bezeichnen wir als formelles Engagement.

Im Anschluss hieran fragen wir die Teilnehmenden, ob sie sich in ihrer Freizeit aktiv für die Veränderung der Gesellschaft eingesetzt haben oder bei Hilfsprojekten oder bei der Beratung oder Betreuung von Menschen außerhalb der eigenen Familie eingesetzt haben. Diese Fragen sind bewusst offen gestellt, um die vielfältigen Zeitspenden, die Menschen in ihrer Freizeit für die Zivilgesellschaft erbringen, abdecken zu können. Für den vorliegenden Beitrag fassen wir diese beiden Engagementformen, die außerhalb von formellen Organisationen erbracht werden können, als informelles Engagement zusammen. Ein erster Blick in die Daten zeigt: Personen, die sich in formellen Organisationen engagieren, bejahen vielfach auch die Fragen zum informellen Engagement. Fragen zum informellen Engagement können somit als inklusiver angesehen werden, da sie sowohl das Engagement abdecken, das im Rahmen von Organisationen erbracht wird, als auch jenes außerhalb eines solchen Organisationsrahmens.

Zur Erfassung und Einordnung verschiedener Diskriminierungserfahrungen nutzen wir eine größere Fragebatterie. Diese deckt neben Diskriminierungserfahrungen bei der Ausübung freiwilliger/ehrenamtlicher Tätigkeiten auch solche ab, die während der Arbeit, bei der Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz sowie im Kontakt mit Ämtern und Behörden gemacht wurden. Der Bezugsrahmen der jeweiligen Fragen ist dabei das zurückliegende Jahr.

Dem *Capability*-Ansatz von Sen (2009) folgend, benötigen Individuen sowohl persönliche Ressourcen (z. B. Zeit, Bildung, soziale Netzwerke) als auch unterstützende strukturelle Rahmenbedingungen (z. B. rechtliche Freiheiten oder gesellschaftliche Anerkennung), um sich engagieren zu können. Hier gibt es direkte Anknüpfungspunkte zu den angestellten Überlegungen bezüglich der Diskriminierung als einer Hürde ins Engagement: Fehlende Ressourcen oder Unterstützungsleistungen können sich für diskriminierungsvulnerable Gruppen besonders negativ auswirken. So können Diskriminierungserfahrungen aus anderen Bereichen dazu führen, dass Schwellen als unüberwindbar wahrgenommen werden, z. B. auf Grund mangelnden Zutrauens.

Auf Grundlage dieser Überlegungen wurden die Teilnehmenden zu fünf potenziellen Hürden befragt, die Menschen von einem Eintritt in das Engagement abhalten können. Auf der individuellen Ebene sind dies die Sorgen vor Anfeindungen oder Gewalt, die Überzeugung, dass Engagement nichts bewirkt, und fehlendes Zutrauen. Auf der strukturellen Ebene haben wir gefragt, ob fehlende Sprachkenntnisse oder eine fehlende Staatsbürgerschaft als Hindernisse für ein eigenes Engagement gesehen werden.

Zuletzt haben wir Rekrutierungsnetzwerke in das Engagement über die Frage erfasst, ob die Teilnehmenden in der Vergangenheit von ihrem Umfeld bereits mit der Bitte zum Engagement kontaktiert worden sind.

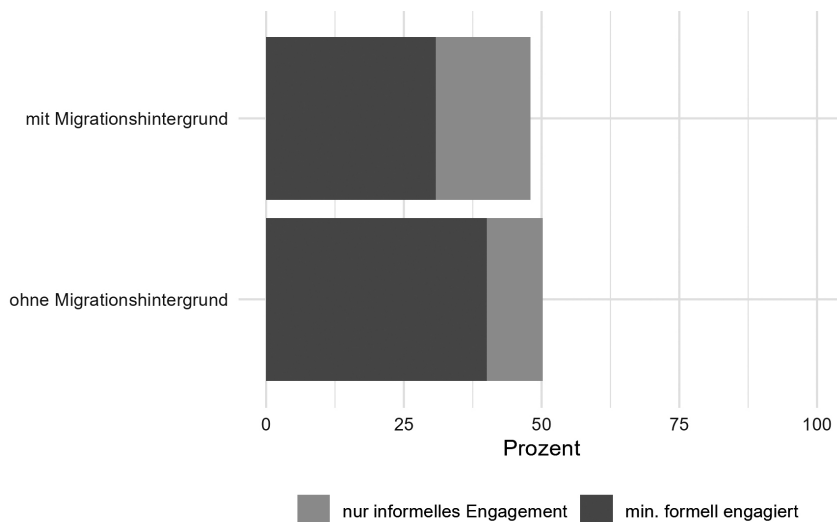
5. Empirische Befunde

5.1 Unterrepräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund im Engagement?

Abbildung 1 zeigt die Anteile von Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich freiwillig engagieren. Dabei zeigt sich zunächst, dass Personen ohne Migrationshintergrund häufiger einem freiwilligen Engagement mit einem festen organisationalen Bezugsrahmen nachgehen: Während 40 % der Befragten ohne Migrationshintergrund angeben, sich in einer Organisation ehrenamtlich zu engagieren, trifft dies nur auf 30 % der Personen mit Migrationshintergrund zu.

Berücksichtigt man zusätzlich informelle Engagementformen – also jene außerhalb von Vereinen, Parteien, Verbänden – verringert sich die Engagement-Lücke zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund auf nur noch 3 Prozentpunkte: Jeder zweite Befragte ohne Migrationshintergrund geht entweder einer formellen oder informellen Engagementtätigkeit nach. Für Befragte mit Migrationshintergrund liegt dieser Anteil mit 47 % nur noch knapp darunter. Dieser Effekt ist vor allem auf das starke informelle Engagement von Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Es scheint dementsprechend nicht so zu sein, dass Personen mit Migrationshintergrund allgemein seltener einer freiwilligen Tätigkeit nachgehen; sie erbringen diese jedoch häufiger in einem informellen Rahmen.

Abbildung 1: Formelles und informelles Engagement von Personen mit und ohne Migrationshintergrund



Quelle: DeZIM-Panel, 8. Welle. Eigene Berechnungen. n=3361.

5.2 Diskriminierungserfahrungen im Engagement

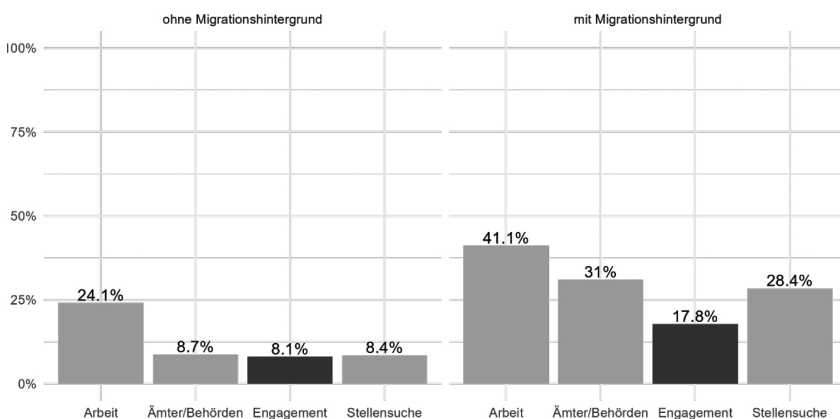
Abbildung 2 zeigt die Anteile der Befragten, die in verschiedenen Lebensbereichen Diskriminierung erfahren haben. Dabei zeigt sich zunächst die wenig überraschende Erkenntnis, dass Personen mit Migrationshintergrund in den vier abgefragten Lebensbereichen häufiger von Diskriminierung berichten als Personen ohne Migrationshintergrund. So berichten 41,1 % bzw. 28,4 % der Befragten mit Migrationshintergrund, auf der Arbeit oder bei der Stellensuche Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. Demgegenüber berichten „nur“ 24,1 % bzw. 8,4 % der Befragten ohne Migrationshintergrund von solchen Erfahrungen.

Auch beim Kontakt mit Ämtern und Behörden berichten Personen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger von Diskriminierungserfahrungen als Personen ohne Migrationshintergrund: Mit 31 % liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die Diskriminierung im Kontakt mit Behörden erlebt haben, fast dreimal so hoch wie jener für Personen ohne Migrationshintergrund.

Generell ist das Arbeitsumfeld besonders stark von Diskriminierungserfahrungen betroffen. Demgegenüber wird im Engagementbereich seltener von Diskriminierung berichtet: Innerhalb der Gruppe der Befragten mit Migrationshintergrund ist der Anteil an Personen mit Diskriminierungserfahrungen mit 17,8 % in diesem Lebensbereich am niedrigsten. Auch innerhalb der Gruppe der Befragten ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil derjenigen, die von Diskriminierung im Engagement berichten, mit etwa 8 % gleichauf mit jenem in den Lebensbereichen „Stellensuche“ und „Kontakt mit Ämtern/Behörden“.

Generell verdeutlichen die Anteile unter den Befragten ohne Migrationshintergrund, dass Diskriminierung entlang verschiedener Merkmale erfahren werden kann und nicht auf den Migrationshintergrund beschränkt ist. Für den Engagementbereich lässt sich festhalten, dass er ebenso wie die anderen Lebensbereiche einen Spiegel der Gesellschaft darstellt – Diskriminierung kann demnach in allen Lebensbereichen auftreten. Zugleich scheinen Diskriminierungserfahrungen im Engagement seltener aufzutreten als in anderen Bereichen. Diese Auffälligkeit könnte mit der Freiwilligkeit der erbrachten Leistung zusammenhängen und auf die flache(re)n Hierarchien im freiwilligen Engagement zurückzuführen sein. Zudem könnte sie darin begründet sein, dass Freiwillige ihre Rolle bis zu einem gewissen Grad selbst gestalten und wählen, mit wem sie zusammenarbeiten möchten (Müller et al. 2017). Mit der Gemeinwohlorientierung des freiwilligen Engagements geht außerdem eine höhere Sensibilität für Diskriminierung einher (Lamont et al. 2016; Pinl 2018).

Abbildung 2: Diskriminierungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund

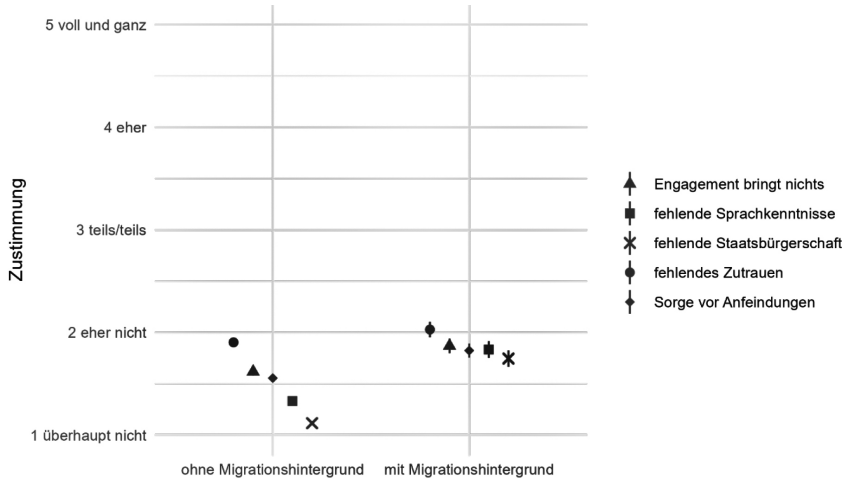


Quelle: DeZIM-Panel, 8. Welle. Eigene Berechnungen. n=3155.

5.3 Wahrgenommene Hürden als Varianten von Diskriminierung

Abbildung 3 verdeutlicht, dass für die meisten Befragten die abgefragten Hürden (Engagement bringt nichts, fehlende Sprachkenntnisse, fehlende Staatsbürgerschaft, fehlendes Zutrauen und Sorge vor Anfeindungen) keine explizite Barriere darstellen. Auf die Frage „Wie sehr trifft der folgende Grund als Hemmnis für freiwillige oder ehrenamtliche Aktivitäten bei Ihnen zu?“ wurde im Schnitt bei allen Hürden mit „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ geantwortet. Von den angegebenen Hürden war es am ehesten das fehlende Zutrauen, welches als Einstiegshemmnis für das eigene Engagement angegeben wurde. Mangelndes Zutrauen kann mit eigenen Diskriminierungserfahrungen im Lebensverlauf im Zusammenhang stehen. Personen können aber auch Diskriminierung antizipieren und deshalb den Zugang zu Organisationen vermeiden, von denen sie annehmen, dass sie nicht für Diskriminierung sensibilisiert sind. Organisationen sollten diese Erfahrungen in ihrem Umgang mit Engagementinteressierten sowie in ihrer Außendarstellung berücksichtigen.

Abbildung 3: Zugangshürden ins freiwillige Engagement

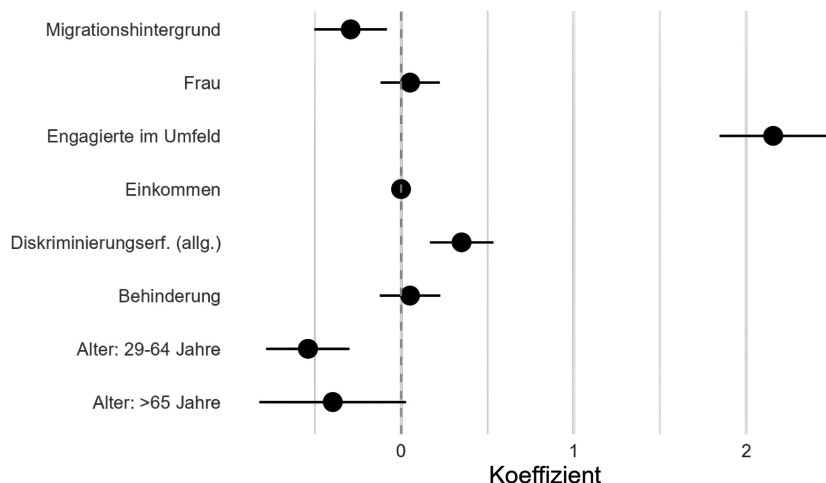


Quelle: DeZIM-Panel, 8. Welle. Eigene Berechnungen. n=3124.

5.4 Rekrutierungsnetzwerke als informelle Ausschlussmechanismen

Auch wenn der Einstieg ins Engagement, beispielsweise im Vergleich zum Arbeitsmarkt, recht niedrigschwellig erscheint, ist die Ansprache von zentraler Bedeutung. Der Zugang zum Engagement erfolgt insbesondere, indem Menschen durch andere für ein Engagement angeworben werden. Studien konnten belegen, dass die Vielfalt der sozialen Bindungen Einfluss auf die Rekrutierung zu freiwilligem Engagement hat und dass Rekrutierung selbst ein wichtiger Prädiktor für das Zustandekommen eines solchen Engagements ist (Paik/Navarre-Jackson 2011; Wilson/Musick 1997). Abbildung 4 zeigt die Ergebnisse einer logistischen Regressionsanalyse. Demnach wirkt sich der Migrationshintergrund negativ auf die Wahrscheinlichkeit aus, aus dem eigenen sozialen Umfeld zum Engagement aufgerufen zu werden. Auffällig ist aber vor allem die zentrale Bedeutung der Netzwerke im Bekanntenkreis für die Wahrscheinlichkeit, für ein Engagement angefragt zu werden – ein Zusammenhang, der auch aus anderen Untersuchungen bekannt ist (Müller et al. 2017). Beziehungen sind für Migrant*innen somit ein wichtiger Faktor, um ihre Repräsentation in Engagementstrukturen zu erhöhen. Persönliche Ansprache ist darüber hinaus eine Möglichkeit, bei der Überwindung von Schwellen zu unterstützen.

Abbildung 4: Determinanten von Rekrutierungsaufrufen



Quelle: DeZIM-Panel, 8. Welle. Eigene Berechnungen. n=2421.

6. Fazit

Unsere Ergebnisse zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund keineswegs generell weniger engagiert sind. Ihr Engagement ist jedoch häufiger informeller Natur – etwa in Form von Hilfsprojekten oder sozialer Unterstützung im eigenen Umfeld. Diese Erkenntnis verdeutlicht die Notwendigkeit, das Verständnis von Engagement zu erweitern, um die Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Beteiligung in Deutschland angemessen abzubilden.

Unsere Analyse zeigt zudem: Individuelle und strukturelle Hürden – wie fehlende Sprachkenntnisse oder mangelndes Zutrauen – liefern nur eine begrenzte Erklärungskraft für die Unterschiede im Engagementverhalten. Vielmehr spielen soziale Netzwerke eine entscheidende Rolle: Personen ohne Zugang zu bestehenden Rekrutierungsnetzwerken werden seltener angesprochen und haben somit geringere Chancen, Teil formeller Engagementstrukturen zu werden. Dieser Befund verweist auf die Bedeutung von Rekrutierungsmechanismen und sozialen Bindungen für den Zugang zum Engagement. Gleichzeitig können ungleich verteilte Netzwerke als strukturelle Barrieren verstanden werden, die bestehende Ungleichheiten im Zugang zum formellen Engagement verstärken.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung haben wichtige Implikationen für Politik und Praxis. Erstens unterstreichen sie die Notwendigkeit einer inklusiveren Definition von Engagement, die informelle Formen stärker als bisher berücksichtigt. Zweitens sollten Organisationen und Institutionen ihre Rekrutierungsstrategien überdenken und gezielt Maßnahmen ergreifen, um marginalisierte Gruppen aktiv anzusprechen und einzubinden. Drittens sollte Diskriminierung im Engagementbereich thematisiert und bekämpft werden – sowohl durch Sensibilisierung innerhalb der Organisationen als auch durch den Abbau institutioneller Barrieren.

Zivilgesellschaftliches Engagement bietet ein enormes Potenzial für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration. Um dieses Potenzial vollständig auszuschöpfen, bedarf es jedoch eines differenzierten Blicks auf die Vielfalt der Engagementformen sowie eines gezielten Abbaus von Zugangsbarrieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren Erfahrungen – gleichermaßen am zivilgesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Literaturverzeichnis

- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Bundestagsdrucksache 20/14120. <https://ds.server.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (8.8.2025).
- Destatis (2009 [2007]): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2005. https://web.archive.org/web/20121117024907/https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220057004.pdf?__blob=publicationFile (23.1.2025).
- DeZIM – Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (2024): Zugangschancen zum freiwilligen Engagement: Ergebnisse der achten Erhebungswelle des DeZIM-Panels. <https://dezim.de/panel-ergebnisse/zugangschancen/> (15.3.2025).
- Dollmann, Jörg; Koenig, Christoph; Meidert, Nadine; Siegel, Melissa; Steinhilper, Elias; Zajak, Sabrina (2023): Das DeZIM-Panel: Ein repräsentatives Online-Access-Panel mit Fokus auf Migration und Integration. In: Methoden, Daten, Analysen, 17. Jg., Heft 1, S. 1–28.
- Eoto, John (2022): Rassismus in Deutschland: Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. Wiesbaden.
- Jepkens, Katja; van Rieën, Anne (2025): Informelles Engagement als Ressource für die Soziale Arbeit. Weinheim.

- Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Schauer, Jennifer; Lejeune, Constanze; Wolf, Tobias; Simonson, Julia; Tesch-Römer, Clemens (2021): Deutscher Freiwilligensurvey 2019. Erhebungsinstrument. Berlin.
- Kim, Jinwoo; Steinhilper, Elias (2025): Diskriminierungserfahrungen und informelles Engagement – Eine empirische Analyse. In: *Equity Research Tufts University*, 12. Jg., Heft 3, S. 261–277, <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2025-3-261>.
- Klatt, Johanna; Walter, Franz (2011): *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*. Bielefeld.
- Klevermann, Nils; Hradská, Iva (2023): Migrant*innenorganisationen in der postmigrantischen Gesellschaft: Selbstorganisierte und dezentrale Bildungsstätten für Empowerment und politische Bildung. In: *Journal für politische Bildung*, 13. Jg., Heft 4, S. 50–53.
- Krimmer, Holger; Bork, Melanie; Markowski, Laura; Gorke, Jakob (2022): *Engagement in Zahlen. Sonderauswertung des Deutschen Freiwilligensurveys 2019*. Berlin.
- Lamont, Michèle; Welburn, Jessica S.; Fleming, Crystal M. (2016): Responses to Discrimination and Social Resilience Under Neoliberalism. In: Lamont, Michèle et al. (Hrsg.): *Getting Respect: Responding to Stigma and Discrimination in the United States, Brazil, and Israel*. Princeton, S. 23–69.
- Major, Brenda; O'Brien, Laurie T. (2005): The Social Psychology of Stigma. In: *Annual Review of Psychology*, 56. Jg., S. 393–421.
- Müller, Thomas; Navarre-Jackson, Laura (2017): Netzwerke und Rekrutierung im freiwilligen Engagement. In: *Voluntaris*, 8. Jg., Heft 2, S. 140–148.
- OSZE (2025): *Förderung von Vielfalt und Inklusion in zivilgesellschaftlichen Organisationen*. Wien.
- Paik, Anthony; Navarre-Jackson, Laura (2011): Social Networks, Recruitment, and Volunteering: Are Social Capital Effects Conditional on Recruitment? In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 40. Jg., Heft 3, S. 476–496.
- Pinl, Claudia (2018): Engagement als Struktur zur Überwindung von Barrieren. In: van Dyk, Silke; Haubner, Tine (Hrsg.): *Inklusion durch Engagement*. Frankfurt am Main, S. 140–148.
- Rausch, Anna; Kim, Jinwoo; Steinhilper, Elias (2021): Diskriminierungserfahrungen und politisches Engagement: Eine Analyse des Zusammenhangs. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 73. Jg., Heft 3, S. 367–391.
- Scherr, Albert; El-Mafaalani, Aladin; Yüksel, Gökçen (2023): *Handbuch Diskriminierung*. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Scholten, Anna; Jepkens, Maria (2022): *Zivilgesellschaftliches Engagement und soziale Teilhabe*. Baden-Baden, <https://doi.org/10.5771/9783748906049>.
- Schubert, Herbert (2023): *Informelles Engagement in der Stadtgesellschaft*. Wiesbaden.
- Sen, Amartya (2009): *The Idea of Justice*. Cambridge.
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (2022): Einleitung: Zwanzig Jahre Deutscher Freiwilligensurvey. In: Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden, S. 11–28.

- Statistisches Bundesamt (2024): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung 2022/2023. Wiesbaden.
- van Dyk, Silke; Haubner, Tine (2021): Community-Kapitalismus. Hamburg.
- van Dyk, Silke; Haubner, Tine; Schönwälder-Kuntze, Tatjana (2016): Engagement als Struktur zur Überwindung von Barrieren. In: Soziologische Revue, 39. Jg., Heft 4, S. 540–556.
- Wagner, Gert G. (2019): Helfen und Reziprozität. Freiwilliges Engagement für Geflüchtete im ländlichen Raum. In: Zeitschrift für Soziologie, 48. Jg., Heft 3, S. 226–241.
- Wilson, John; Musick, Marc (1997): Who Cares? Toward an Integrated Theory of Volunteer Work. In: American Sociological Review, 62. Jg., Heft 5, S. 694–713.

Die Welt bewegen – Gutes tun – unter Gleichen sein?

Zielebenen des Engagements marginalisierter Menschen in Deutschland

Johanna Treidl¹, Katharina Batzing², Lilian Bobikiewicz³, Janine Dieckmann⁴, Steffen Shah⁵

Zusammenfassung

Der Beitrag rückt die Perspektive gesellschaftlich marginalisierter Menschen in den Forschungsfokus. Welche Intentionen verfolgen sie als aktive Akteur*innen in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement? Auf Grundlage einer qualitativen Interviewstudie stellen wir einen innovativen Ansatz vor, der drei Zielebenen von Engagement in Selbstorganisationen unterscheidet. Die Zielebenen und deren Veränderungen werden anhand unterschiedlicher Engagementbiografien analysiert und dargestellt. Dabei wird deutlich, dass das Engagement von Menschen, die gesellschaftliche Marginalisierung und Diskriminierung erleben, auf mehreren Zielebenen gleichzeitig ansetzen kann und nicht linear verläuft. Die Zielebenen erweisen sich als wertvolles Analyseraster, um die Vielfalt des Engagements in seinen komplexen Wirkweisen umfassender nachzuvollziehen.

Schlagwörter

Engagementbiografie; Diskriminierung; Marginalisierung; Ziele; Motive; Wirkung; Selbstorganisation; Community

1. Engagement und Marginalisierung

In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und multipler Krisenereignisse kommt dem zivilgesellschaftlichen Engagement marginalisierter Commu-

-
- 1 Dr., Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Standort Jena, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, johanna.treidl@fgz-risc.de.
 - 2 Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Standort Jena, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Studentische Mitarbeiterin, katharina.batzing@idz-jena.de.
 - 3 Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Standort Jena, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
 - 4 Dr., Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Standort Jena, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Janine.Dieckmann@par-ada.de.
 - 5 Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Standort Jena, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

nities in selbstorganisierten Zusammenhängen eine wachsende Bedeutung zu. Selbstorganisationen wie migrantische oder queere Vereine sind wichtige community-bezogene Anlaufstellen. Sie bieten Unterstützung im Umgang mit Diskriminierungserfahrungen, fungieren als Wissensnetzwerke, vermitteln Alltagsstrategien, können Lobbyarbeit betreiben und ihren Anliegen Gehör im gesellschaftlichen Diskurs verschaffen. Die Rolle marginalisierter Gruppen ist mittlerweile stärker in den Fokus der Engagementforschung gerückt, wobei neben Potenzialen auch Herausforderungen wie Diskriminierung oder die Reproduktion von Ausschlüssen in etablierten Ehrenamtsstrukturen kritisch reflektiert werden (BMFSFJ 2024; Scherr/El-Mafaalani/Yüksel 2017; Meusel 2016; Munsch 2003). Über zivilgesellschaftliches Engagement in Selbstorganisationen und die Perspektive marginalisierter Menschen auf ihr Engagement ist bis auf wenige Ausnahmen (Leinhos 2024; Klotz 2016) jedoch kaum etwas bekannt. Hinzu kommt, dass freiwilliges Engagement gerade in diesem Bereich häufig informell organisiert ist (Dean 2022: 530–532).

Dieser Beitrag widmet sich daher den Perspektiven von Menschen aus marginalisierten Communities. Dabei werden sie als aktive Akteur*innen betrachtet und nicht als passive Rezipient*innen zivilgesellschaftlichen Engagements. Er geht den Fragen nach, welche Ziele und Intentionen sie mit ihrem Engagement in Selbstorganisationen verbinden und wie sich ihr Engagement im biografischen Verlauf verändert hat. In Übereinstimmung mit Pappas (1999: 7) verstehen wir Selbstorganisationen als „eine Gruppe von Menschen [...], die aus einer erlebten Betroffenheit heraus gemeinsame Interessen erkennen, formulieren und für deren Durchsetzung auf konkrete und begrenzte Ziele gemeinsam hinarbeiten, um eine Verbesserung dieser Situation zu erzielen“. Um den heterogenen Charakter dieser Organisationen zu betonen, bei denen es häufig zuerst darum geht entsprechende Strukturen aufzubauen, spricht Schwiertz (2021: 74) auch von „Selbstorganisierungen“. Für die Begründung und Funktion community-bezogener Selbstorganisationen spielt die gemeinsame Erfahrung und Betroffenheit von Marginalisierung und Diskriminierung eine wesentliche Rolle. Gesellschaftliche Marginalisierungs- und Diskriminierungspraktiken erleben Menschen sowohl auf individueller als auch auf institutioneller und struktureller Ebene. Sie sind meist intersektional über verschiedene Diskriminierungsdimensionen hinweg verschränkt (Walgenbach 2012).

Der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002: 86–90) folgend, verstehen wir Engagement als eine freiwillige, meistens kollektive und kooperative Aktivität, die zum Gemeinwohl bei-

trägt und nicht für den persönlichen materiellen Gewinn ausgeführt wird. In unserer Analyse untersuchen wir, was Menschen mit ihrem Engagement in Selbstorganisationen marginalisierter Communities verbinden und wofür sie sich engagieren. Der Analysefokus liegt dabei auf den angestrebten Zielen des Engagements und weniger auf zugrunde liegenden Motiven, wenngleich diese nicht voneinander losgelöst zu betrachten sind. Anders formuliert: Das „Um-zu“ und die mit dem Engagement verbundenen Intentionen und Auswirkungen sind vordergründiger als das „Weil“ im Sinne von Ursachen und Bedürfnissen.

2. Methodisches Vorgehen

Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf einer qualitativen Interviewstudie, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Diversität – Engagement – Zusammenhalt“ am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Standort Jena) durchgeführt wurde. Analysiert wurden 15 leitfadengestützte Interviews mit Personen, die sich in selbstorganisationalen Zusammenhängen ihrer marginalisierten Communities in Deutschland engagieren (siehe Tabelle 1). Bei der Akquise der Interviewpartner*innen mittels öffentlichen Aufrufs wurden gezielt Selbstorganisationen adressiert, die sich für verschiedene Vielfaltsdimensionen einsetzen (u. a. migrantische Organisationen, Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen). Interviewt wurden neun Frauen und sechs Männer im Alter von 22 bis 74 Jahren. Während einige ihr Engagement nebenberuflich und inhaltlich losgelöst von ihrer Lohnarbeit ausüben, gibt es bei anderen deutliche inhaltliche Bezüge zwischen Engagement und ihrer Ausbildung oder beruflichen Qualifikation. Bei manchen hat sich das Engagement mit der Zeit zu einer hauptamtlichen Tätigkeit entwickelt, wohingegen der Großteil sich jedoch unentgeltlich engagiert. Die Interviews wurden zwischen September 2022 und März 2023 in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (NRW), Sachsen und Thüringen durchgeführt, um Engagementerfahrungen aus ost- wie westdeutschen Bundesländern miteinzubeziehen.

Tabelle 1: Interviews nach Bundesland und Community-Bezug der Engagierten⁶

	Migrationsgeschichte, Rassismus	Behinderung	Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung	Anzahl der Interviews
NRW	④ ⑦ ⑫ ⑬ ⑮	⑤	① ④	7
Sachsen	⑧ ⑩ ⑪	② ⑨		5
Thüringen	③ ⑥	⑭	⑭	3

Quelle: eigene Darstellung.

Der Interviewleitfaden enthielt neben offenen, teilweise biografisch-narrativen Fragen zur eigenen Engagement-Geschichte, auch spezifische Fragestellungen zu einzelnen Abläufen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten innerhalb der Selbstorganisation sowie zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Engagements.

Das transkribierte Interviewmaterial wurde softwaregestützt codiert und zusammengefasst (Mayring 2008: 59–74). Als Analysefokus wurden aus diesem ersten Schritt induktiv drei Zielebenen des Engagements in Selbstorganisationen angelegt: a) die individuelle Ebene, b) die Community-Ebene und c) die Gesellschaftsebene (siehe Abschnitt 3). Im zweiten Analyseschritt wurden diese drei Zielebenen im biografischen Verlauf der einzelnen Interviews sequenziert.⁷ Es ergab sich für jede interviewte Person eine rekonstruierte „Engagementbiografie“, in der die Zielebenen chronologisch angeordnet wurden (siehe Abbildung 1). In Anlehnung an Erzberger (2001) führten wir eine explorative Sequenzmusteranalyse durch, um den Prozesscharakter des Engagements mit seinen Zielebenen geordnet darzustellen und Ähnlichkeiten sowie Unterschiede in den biografischen Übergängen und Verläufen zu verdeutlichen.

6 Aufgrund von Intersektionalität können Interviews in mehrere Kategorien fallen. Wir verzichten hier auf die Nennung weiterer Merkmale wie Alter oder Geschlecht, um die Anonymität unserer Interviewpartner*innen zu gewährleisten.

7 Die verschiedenen Zielebenen wurden anhand der detaillierten Beschreibungen unserer Interviewpartner*innen über ihre Aktivitäten und Intentionen klassifiziert. Allerdings war dies nicht immer eindeutig möglich, da manche Aktivitäten (z. B. die Teilnahme an einer Demonstration) gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen wirken können und der Akt allein somit keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Intention zulässt. In diesen Fällen haben wir aus dem Kontext geschlossen, ob es – erläutert am Beispiel der Demonstration – vordergründig um das Sichtbarmachen gesellschaftlicher Problemlagen (Ebene C), um einen Ausdruck der Solidarität mit der Community (Ebene B) oder um eine gute Zeit mit Gleichgesinnten (Ebene A) ging.

3. Zielebenen des Engagements in Selbstorganisationen

Im folgenden Abschnitt werden die drei Zielebenen genauer charakterisiert. Ihnen liegt die zentrale Frage zugrunde, welche Wirkung(en) Menschen, die sich identitäts- und community-bezogen sowie zum Teil aufgrund des Erlebens von Marginalisierung und Diskriminierung engagieren, mit ihrem Engagement erzielen wollen. Aus den Interviews geht hervor, dass nicht jede Wirkung bewusst und intendiert ist, sondern manche Auswirkungen einfach „passieren“ – und dabei Synergieeffekte entstehen, die über verschiedene Zielebenen hinweg wirken können.

Die *individuelle Ebene (Ebene A)* umfasst jene Formen des Engagements, die vordergründig auf Bedarfe der Person selbst abzielen. So engagieren sich Menschen in Selbstorganisationen, um „nicht allein“ zu sein und um ihre spezifischen Erfahrungen mit anderen teilen zu können. Menschen finden in ihrem Engagement einen „Safer Space“, also einen Raum, in dem sie ihre Identität offen leben können, ohne ausgegrenzt oder verletzt zu werden. Eine Frau, die sich in einer Anlaufstelle für Schwarze Menschen in ihrer Stadt engagiert, äußert dies folgendermaßen: *„Also mir selber persönlich bringt es sehr viel, weil ich denke, dass es gut ist. Ich schaffe mir meine Schutzzräume, die ich brauche. Ich schaffe mir meine Austauschräume“* (Int. 8).

Das Engagement auf dieser Ebene dient der individuellen *Regeneration* in einem von Diskriminierung geprägten Alltag. Daneben erzielt das Engagement weitere Wirkungen auf individueller Ebene. Aus Perspektive der Interviewten dient das Engagement u. a. dazu, neue Menschen kennenzulernen, Netzwerke aufzubauen, sich von neuen Ideen und Perspektiven inspirieren zu lassen, die eigene Persönlichkeit weiterzuentwickeln oder Hilfe zu erhalten, das eigene Selbstvertrauen zu stärken und Handlungsfähigkeit zu erlangen.

Eine weitere Ebene ist die *Community-Ebene (Ebene B)*. Auf dieser Zielebene haben Engagierte die Intention, positiv in die Community zu wirken und ihrer Community etwas zu geben oder auch zurückzugeben. Eine engagierte Person, die sich für Menschen mit Behinderung engagiert, drückt es so aus: *„Ich bin nicht nur einfach da. Ich konsumiere nicht nur irgendwas, sondern es gibt auch irgendwas zurück“* (Int. 2).

Ob es sich um Tipps und Ratschläge, ein offenes Ohr für die Sorgen anderer Community-Mitglieder oder die Hilfestellungen bei Anträgen und Begleitung zu Ämtern handelt – diese Zielebene zielt darauf ab, die Gemeinschaft zu stärken. In vielen Fällen wirkt das aktive Engagement inner-

halb einer Community auch als gegenseitiges *Empowerment*. Menschen, die mit ähnlichen Erfahrungen von Marginalisierung und Diskriminierung konfrontiert sind, sollen ermutigt und gestärkt werden. *„Darüber hinaus bin ich hier vor Ort aktiv und vernetze viele Menschen, versuche eben, dass Menschen sich einbringen und einbringen können und die Wege zu öffnen, damit eben die Möglichkeit besteht sich überhaupt zu engagieren“* (Int. 4).

Das Engagement auf Community-Ebene dient daher dem Einsatz und Bereitstellen individueller Ressourcen, um andere marginalisierte Menschen zu fördern.

Die Ziele der dritten Ebene sind auf der *gesamtgesellschaftlichen Ebene* (Ebene C) verortet. Auf dieser Ebene werden die Engagierten in Selbstorganisationen von der Vision angetrieben, die Gesellschaft besser und gerechter zu gestalten. Engagement auf gesellschaftlicher Ebene umfasst Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Es kann auch die Form von politischem Aktivismus oder repräsentativen Funktionen annehmen. Eine interviewte Person drückt ihr Engagementziel wie folgt aus:

Ich dachte einfach okay, bevor einer queeren migrantischen Person wieder etwas Blödes passiert, mache ich quasi die Vorarbeit. Also ich reagiere nicht mehr, sondern ich agiere jetzt, indem ich einfach unterschiedliche Geschichten, unterschiedliche Menschen [öffentlich] vorstelle. [...] Also ich habe das bewusst auf Deutsch gemacht, weil ich vor allem die deutschsprachige Mehrheitsgesellschaft ansprechen wollte damit. (Int. 7)

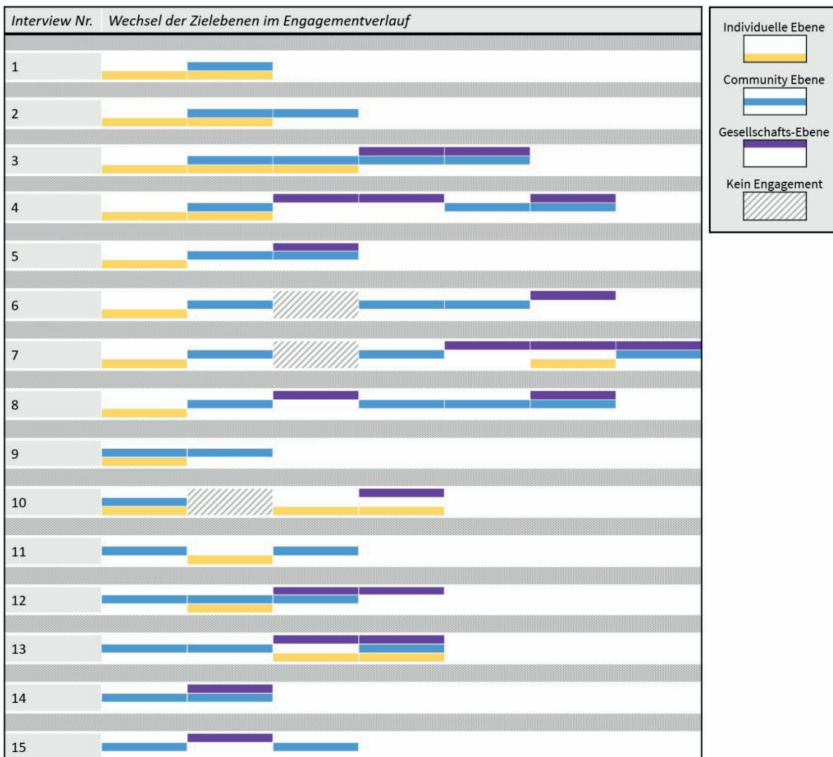
Auf dieser Zielebene des Engagements wollen Menschen etwas bewirken, indem sie ihr „situiertes Wissen“ (Haraway 1988) mit Mitgliedern der Dominanzgesellschaft teilen, um beispielsweise diskriminierende Einstellungen und Praktiken zu verringern. Es geht also um die *Veränderung* gesellschaftlicher Strukturen.

4. Zielebenen im biografischen Verlauf

Zur weiteren Analyse wurden die drei Zielebenen im Engagementverlauf grafisch dargestellt (siehe Abbildung 1). Eine Zeile entspricht der Engagementbiografie einer interviewten Person. Die verschiedenen Farben und Höhenpositionen zeigen die Zielebenen im chronologischen Verlauf an: Individuelle Ebene (Ebene A, gelb, unten), Community-Ebene (Ebene B, blau, mittig) und gesamtgesellschaftliche Ebene (Ebene C, lila, oben). Zu beachten ist, dass die einzelnen Engagementverläufe unterschiedliche Zeit-

dimensionen darstellen. Eine „Engagementeinheit“ (Spalte) kann sowohl für wenige Monate als auch für mehrere Jahre stehen. Kürzer dargestellte Engagementbiografien dürfen nicht als kurzfristigeres Engagement fehlinterpretiert werden. Weiterhin sind die Engagementverläufe nicht synchronisiert. Je nach Alter reichen manche Engagementbiografien bis in die 1960er Jahre zurück, wohingegen andere erst in den 2000er Jahren oder später beginnen.

Abbildung 1: Die Zielebenen des Engagements im biografischen Verlauf



Quelle: eigene Darstellung.

4.1 Die Nicht-Linearität des Engagements

Entgegen unserer ursprünglichen Annahme, dass die Zielebenen des Engagements sich sukzessive von der individuellen zur Community-Ebene und

anschließend zur gesellschaftlichen Ebene weiterentwickeln, veranschaulicht die Grafik deutlich, dass dies nur selten Fall ist. Zwar weisen einige Verläufe eine Tendenz von Ebene A zu Beginn des Engagements hin zur Ebene C in späteren Engagementphasen auf (Int. 1, 2, 3, 5 und 6). In anderen Interviews werden jedoch oszillierende Zielebenen oder gar Brüche im Engagement sichtbar (Int. 4, 7, 8, 11 und 15). Dies verdeutlicht: Engagement verläuft in der gelebten Praxis nicht linear. Ein anschauliches Beispiel ist die Person aus Interview 15. Ihr Engagement begann zum Thema Barrierefreiheit im Rahmen einer Nachbarschaftsinitiative (Ebene B), erlangte zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit und löste politische Debatten aus (Ebene C). Nach einiger Zeit fokussierte sich die Person jedoch wieder auf die Arbeit in und mit ihrer Community (Ebene B).

4.2 Gleichzeitigkeiten des Engagements

Ein weiteres Ergebnis unserer Analysen ist, dass die drei Zielebenen sich nicht gegenseitig ausschließen. Menschen können mit ihrem Engagement gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen wirken. Die Geschichte einer in der Antidiskriminierungsberatung engagierten Person ist ein gutes Beispiel für sich überschneidende Zielebenen (Int. 3). Neben der Unterstützung von diskriminierten Personen beim Verfassen von Beschwerdebriefen, Gesprächen mit einer Ombudsperson zur Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen und der Einleitung rechtlicher Schritte (Ebene B) sind Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zum Empowerment (Ebene C) ein wichtiger Bestandteil ihres Engagements. Dabei ist es nicht immer leicht, eine „gute Balance“ zwischen Community-Arbeit, den repräsentativen Aufgaben und den Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf der individuellen Ebene zu finden, wie eine andere Engagierte aus dem Hochschulkontext anmerkt:

Ja natürlich ist Antidiskriminierungsarbeit irgendwo wichtig und ich freue mich auch bei Workshops teilnehmen zu dürfen, zuzuhören, Neues zu lernen oder eingeladen zu werden, um aus unserer Hochschul-Perspektive zu sprechen. Ich finde das alles wichtig, und das sind auch alles Dinge, die ich gerne mache, wo ich mich gerne engagiere, aber das ist halt trotzdem zugegebenermaßen am Ende des Tages, wenn man keine gute Balance hat, wirklich nicht ohne. (Int. 13)

4.3 Unbewusste und nicht intendierte Effekte des Engagements

Während die meisten Befragten eine klare Vorstellung davon haben, worum es ihnen bei ihrem Engagement geht, weisen manche auf die Tatsache hin, dass sie sich bestimmter „Nebeneffekte“ des eigenen Engagements nicht immer bewusst waren. Dies verdeutlicht die folgende Aussage einer Engagierten: *„Vielleicht kommt das nicht sofort, aber irgendwann merke ich, okay, das ist deshalb entstanden, weil ich mich damals mal dafür eingesetzt habe, und dass ich da Menschen zusammengebracht habe, ja“* (Int. 4).

Selbst in den Fällen, in denen die Interviewten die beabsichtigten Ziele ihrer Aktivitäten klar darlegen, beobachten wir sowohl zeitgleiche als auch zeitversetzte Diskrepanzen zwischen den ursprünglich intendierten und den tatsächlichen Ergebnissen ihres Engagements. In Interview 7 beispielsweise wird von einer Social-Media-Kampagne gegen rassistische, sexualisierte Stereotypen in der Werbung eines Einzelhändlers erzählt. Diese richtete sich zunächst an die gesellschaftliche Ebene (Ebene C), regte aber auch einen Austausch auf Community-Ebene (Ebene B) an, der wiederum den Wunsch der interviewten Person anregte, über persönlichere Fragen des erlebten Rassismus zu sprechen (Ebene A).

5. Diskussion und Fazit

Über Jahrzehnte hinweg hat die Frage, warum sich Menschen freiwillig engagieren, die Engagementforschung angetrieben. Die langwierigen Debatten um selbst- oder fremdgerichtetes Engagement (Kals/Strubel/Güntert 2021) wurden von funktionalistischen Ansätzen wie dem *Volunteer Functions Inventory* (VFI) (Clary u. a. 1998) abgelöst, der eine neue Perspektive in die Egoismus-Altruismus-Diskussion einbrachte und seitdem rege diskutiert und weiterentwickelt wurde (Meijeren/Lubbers/Scheepers 2023; Wilson 2012). Es ist mittlerweile anerkannt, dass freiwilligem Engagement ein Motivpluralismus zugrunde liegt, der neben persönlichen auch soziale und kulturelle Dimensionen einschließt (Shye 2010: 198), und dass intrinsische und extrinsische Motive nicht zwangsläufig in einem Widerspruch zueinanderstehen (Alscher u. a. 2009: 8).

Unser Beitrag knüpft an die genannten Feststellungen an und erweitert sie. Einerseits verdeutlicht unsere Analyse einmal mehr, dass die in der Egoismus-Altruismus-Debatte angelegte Unterscheidung zwischen „selbst“- und „fremdgerichtetem“ Engagement, nicht praktikabel ist, um die Multi-

dimensionalität und Prozesshaftigkeit des Engagements marginalisierter Personen in Selbstorganisationen zu erklären. Gerade im Kontext von Diskriminierung macht es einen gewichtigen Unterschied, ob sich das „fremdgerichtete“ Engagement an die Community als eine aus Marginalisierung heraus entstandene Gemeinschaft oder an die Gesamtgesellschaft richtet. Andererseits erweitert unser Beitrag die Debatte um eine biografiethoretische Perspektive, indem er die Verläufe der Engagementwirkungen in den Blick nimmt. Bei den meisten empirischen Erklärungsansätzen von Engagement handelt es sich um Momentaufnahmen. Wie aus den Engagementbiografien hervorgeht, verändert sich Engagement jedoch im Zeitverlauf – und auch das, was mit ihm bewirkt werden soll. Einige Autor*innen haben diese Veränderungen des Engagements im Lebensverlauf bereits untersucht (Power 2020; Yamashita u. a. 2019; Lancee/Radl 2014), jedoch nicht mit dem Fokus auf das Engagement marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Eine Ausnahme stellt die Forschung von Leinhos (2024) dar, die auf Basis biografischer Interviews mit queeren Personen unterschiedliche Engagementstypen herausarbeitet. Unser Analyseraster mit den drei beschriebenen Zielebenen kann auch für typisierende Ansätze sowie allgemein für die Engagementforschung in Selbstorganisationen einen Mehrwert in Hinblick auf ihre Differenziertheit und Praxisorientierung darstellen.

Das induktiv entwickelte Analyseraster, das drei Zielebenen von Engagement in Selbstorganisationen unterscheidet, trägt zum besseren Verständnis für die Komplexität des Engagements marginalisierter Menschen bei. Die Ergebnisse zeigen, dass die Absichten und Ziele, die Menschen im Laufe ihres Lebens mit ihrem Engagement verbinden, einem Wandel unterliegen. Dabei verläuft das Engagement nur selten linear von der individuellen über die gemeinschaftliche hin zur gesamtgesellschaftlichen Ebene. Vielmehr kann das Engagement auf unterschiedliche Ebenen gleichzeitig gerichtet sein. Zudem können sich die Priorität des eigenen Engagements und daran geknüpfte Intentionen immer wieder verschieben. Das Bewusstsein für diesen Prozesscharakter des Engagements ist wichtig, um Engagement als ein gesellschaftlich eingebettetes Phänomen zu begreifen, das über einzelne, momentane Wirkungs- und Motivlagen hinausgeht. Aus methodischer Sicht können diese von Verschiebungen und Überschneidungen geprägten Dynamiken des Engagements eine Herausforderung darstellen. Gerade hier erweisen sich die drei Zielebenen als nützliche Analysekatoren, um die Komplexität und Gleichzeitigkeit von Zielen erfassen zu können und um community-bezogenes selbstorganisiertes Engagement über die reine Motivlage hinaus in seinem gesellschaftlichen Kontext zu verstehen. Es braucht

zukünftige Forschung, um die Ursachen für Übergänge und Verschiebungen zwischen den Zielebenen vertiefend in den Blick zu nehmen. Von besonderem Interesse sind dabei die Fragen, warum sich Intentionen des Engagements verändern und inwiefern individuelle Erlebnisse, Dynamiken in und zwischen marginalisierten Communities sowie gesamtgesellschaftliche Ereignisse sich auf diese Veränderungen auswirken.

Neben den Motiven und Beweggründen sind in den letzten Jahren auch stärker die gesellschaftlichen Effekte des Engagements in den Fokus gerückt. Beiträge aus der „Third Sector Research“ haben die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements für den demokratischen Zusammenhalt aufgezeigt (Studer/Schnurbein 2013). Auch mitunter kritische Analysen zum Thema Integration durch Engagement (Ambrosini/Artero 2023; Baert/Vujić 2016; Muehlebach 2012) sowie Studien zu den organisationalen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Rahmenbedingungen des Engagements (Mannarini/Pozzi/Marta 2023) lassen sich im Wesentlichen hier einordnen. Unser Artikel setzt mit seinem Fokus auf das Engagement marginalisierter Menschen diese Debatte fort. Er zeigt auf, wie soziale und ökonomische Ungleichheiten als Anstoß für Engagement wirken können (Salamon/Sokolowski/Haddock 2011; Haski-Leventhal/McLeigh 2009) und wie wertvoll dieses Engagement für die gesamte Gesellschaft ist. Denn Menschen, die sich selbst organisieren und deren Engagement im sozialpolitischen Diskurs oftmals als „Identitätspolitik“ (Ashour/Dieckmann 2024) abgetan und abgewertet wird, tragen in bedeutendem Maße dazu bei, gesellschaftliche Transformationsprozesse mitzugestalten, Lücken und Leerstellen der Politik und traditioneller Engagementstrukturen zu füllen sowie letztendlich auch den Zusammenhalt zu stärken.

Literaturverzeichnis

- Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Priller, Eckhard; Speth, Rudolf (2009): Monitor Engagement. Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Ambrosini, Maurizio; Artero, Maurizio (2023): Immigrant Volunteering. A Form of Citizenship from Below. In: *Voluntas*, 34. Jg., Heft 2, S. 252–262, <https://doi.org/10.1007/s11266-022-00454-x>.
- Ashour, Amani; Dieckmann, Janine (2024): Schreckensbild Identitätspolitik? Engagement in Selbstorganisationen im Spannungsfeld zwischen Emanzipation und Stigmatisierung. In: Salheiser, Axel; Alexopoulou, Maria; Meier zu Verl, Christian; Yendell, Alexander (Hrsg.): *Die Grenzen des Zusammenhalts. Wie Inklusion und Exklusion zusammenhängen*. Frankfurt, S. 169–188.

- Baert, Stijn; Vujić, Sunčica (2016): Immigrant Volunteering. A Way out of Labour Market discrimination? In: *Economics Letters*, 146. Jg., S. 95–98, <https://doi.org/10.1016/j.econlet.2016.07.035>.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): *Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement*. Bundestagsdrucksache 20/14120. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (8.8.2025).
- Clary, E. Gil u. a. (1998): Understanding and Assessing the Motivations of Volunteers. A Functional Approach. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 74. Jg., Heft 6, S. 1516–1530.
- Dean, Jon (2022): Informal Volunteering, Inequality, and Illegitimacy. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 51. Jg., Heft 3, S. 527–544, <https://doi.org/10.1177/08997640211034580>.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestagsdrucksache 14/8900. <https://dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf> (9.8.2025).
- Erzberger, Christian (2001): Sequenzmusteranalyse als fallorientierte Analysestrategie. In: Sackmann, Reinhold; Wingens, Matthias (Hrsg.): *Theoretische Konzepte des Lebenslaufs: Übergang – Sequenz – Verlauf*. Weinheim/München, S. 135–162.
- Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies*, 14. Jg., Heft 3, S. 575–599.
- Haski-Leventhal, Debbie; McLeigh, Jill D. (2009): Firefighters Volunteering Beyond Their Duty. An Essential Asset in Rural Communities. In: *Journal of Rural and Community Development*, 4. Jg., Heft 2, S. 80–92.
- Kals, Elisabeth; Strubel, Isabel Theresia; Güntert, Stefan T. (2021): Gemeinsinn und Solidarität: Motivation und Wirkung von Freiwilligenarbeit. In: *Forschung und Praxis*, 45. Jg., Heft 1, S. 14–25, <https://doi.org/10.1515/bfp-2020-0103>.
- Klotz, Sabine (2016): Selbstorganisation von Asylsuchenden – Teilhabeforderungen durch Zuwanderung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29. Jg., Heft 2, S. 60–69.
- Lancee, Bram; Radl, Jonas (2014): Volunteering over the Life Course. In: *Social Forces*, 93. Jg., Heft 2, S. 833–862, <https://doi.org/10.1093/sf/sou090>.
- Leinhos, Patrick (2024): Biographischer Stellenwert queeren Engagements. In: *Voluntaris*, 12. Jg., Heft 2, S. 11–27, <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2024-2-11>.
- Mannarini, Terri; Pozzi, Maura; Marta, Elena (2023): The Perspective of Community Members in the Assessment of the Social Value Generated by Non-profit and Voluntary Organizations. In: *Voluntas*, 35. Jg., Heft 2, S. 326–337, <https://doi.org/10.1007/s11266-023-00596-6>.
- Mayring, Philipp (2008): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim/Basel.
- Meijeren, Maikel; Lubbers, Marcel; Scheepers, Peer (2024): Assessing the 'Why' in Volunteering for Refugees. Exploring Volunteer Motivations. In: *Voluntas*, 35. Jg., Heft 1, S. 129–139, <https://doi.org/10.1007/s11266-023-00574-y>.

- Meusel, Sandra (2016): *Freiwilliges Engagement und soziale Benachteiligung*. Bielefeld.
- Muehlebach, Andrea Karin (2012): *The Moral Neoliberal. Welfare and Citizenship in Italy*. Chicago.
- Munsch, Chantal (Hrsg.) (2003): *Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit*. Weinheim/Basel.
- Nichol, Beth; Wilson, Rob; Rodrigues, Angela; Haighton, Catherine (2024): Exploring the Effects of Volunteering on the Social, Mental, and Physical Health and Well-being of Volunteers. An Umbrella Review. In: *Voluntas*, 35. Jg., Heft 1, S. 97–128, <https://doi.org/10.1007/s11266-023-00573-z>.
- Pappas, Kostas (1999): Anstelle einer Einleitung: Zur Rolle der Migrantenselbstorganisationen am Beispiel der BAGIV. In: Assimenios, Stamatis (Hrsg.): *Aspekte politischer Partizipation von MigrantInnen in Deutschland*. Bonn, S. 7–9.
- Power, Sally (2020): *Civil society through the lifecourse*. Bristol.
- Salamon, Lester M.; Sokolowski, S. Wojciech; Haddock, Megan A. (2011): Measuring the Economic Value of Volunteer Work Globally. Concepts, Estimates and a Roadmap to the Future. In: *Annals of Public and Cooperative Economics*, 82. Jg., Heft 3, S. 217–252, <https://doi.org/10.1111/j.1467-8292.2011.00437.x>.
- Scherr, Albert; El-Mafaalani, Aladin; Yüksel, Emine Gökçen (Hrsg.) (2017): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden.
- Schwartz, Helge (2021): Engagement für Geflüchtete von Geflüchteten. In: *Voluntaris*, 9. Jg., Heft 1, S. 72–85, <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2021-1-72>.
- Shye, Samuel (2010): The Motivation to Volunteer. A Systemic Quality of Life Theory. In: *Social Indicators Research*, 98. Jg., Heft 2, S. 183–200, <https://doi.org/10.1007/s11205-009-9545-3>.
- Studer, Sibylle; Schnurbein, Georg von (2013): Organizational Factors Affecting Volunteers. A Literature Review on Volunteer Coordination. In: *Voluntas*, 24. Jg., Heft 2, S. 403–440, <https://doi.org/10.1007/s11266-012-9268-y>.
- Walgenbach, Katharina (2012): *Intersektionalität – eine Einführung*. <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/walgenbach-einfuehrung/> (8.2.2024).
- Wilson, John (2012): Volunteerism Research. A Review Essay. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 41. Jg., Heft 2, S. 176–212, <https://doi.org/10.1177/0899764011434558>.
- Yamashita, Takashi; Keene, Jennifer R.; Lu, Chi-Jung; Carr, Dawn C. (2019): Underlying Motivations of Volunteering Across Life Stages. A Study of Volunteers in Nonprofit Organizations in Nevada. In: *Journal of Applied Social Psychology*, 38. Jg., Heft 2, S. 207–231, <https://doi.org/10.1177/0733464817701202>.

Engagement für alle?!

Zur Bedeutung des Engagements von marginalisierten Selbstorganisationen für die Engagementstrukturen der Zukunft

Carolyn Mauritz¹, Lydia Mesgina², Elisa Rossi³, Winona Hagendorf⁴,
Stefan Lerach⁵

Zusammenfassung

„Engagement für alle“ wird häufig als Slogan verwendet, um das Bemühen um ein inklusives und diversitätssensibles Engagement zu kennzeichnen. Im Beitrag soll dieser Anspruch u. a. aus der Perspektive von marginalisierten Selbstorganisationen kritisch hinterfragt werden. Entlang zweier Praxisbeispiele von Engagement in marginalisierten Selbstorganisationen – der community-basierten Beratung gegen Rassismus und dem Engagement-Coaching in einer Erwerbsarbeitsloseninitiative – fokussieren wir auf die transformative Kraft marginalisierter Perspektiven als zentrales Instrument für zukünftige Engagementstrukturen. Diese sollten – so unser Plädoyer – zum einen stärker an marginalisierten Perspektiven ausgerichtet sein und zum anderen deutlich machen, dass eine breite gesellschaftliche Beteiligung am Engagement der Zukunft vonnöten ist.

Schlagwörter

Engagement für alle; Teilhabe; marginalisierte Perspektiven; migrantisches Engagement; Erwerbsarbeitslosigkeit und Engagement; kritische Engagementforschung

1. Engagement für alle?

Laut dem Vierten Engagementbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2024) reproduzieren sich im Engagement unterschiedliche Formen von Ungleichheit. Dieser Befund steht im Kontrast zu der viel zitierten Funktion von Engagement, als „Kitt der Gesellschaft“ wirken zu können. In diesem Beitrag

-
- 1 Carolyn Mauritz, Praxis-Postdoc an der Frankfurt University of Applied Sciences/Freiwilligenzentrum Offenbach, carolin.mauritz@fra-uas.de.
 - 2 Lydia Mesgina, Projektmitarbeiterin Projekt Moses Jugend- und Sozialwerk e. V., l.mesgina@projektmoses.de.
 - 3 Elisa Rossi, Projektleitung Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen, rossi@berami.de.
 - 4 Winona Hagendorf, Projektmitarbeiterin Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen – Migrantische Organisationen, hagendorf@berami.de.
 - 5 Stefan Lerach, Geschäftsführung Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis e. V. (WALLI), s.lerach@wali-wetzlar.de.

knüpfen wir daher an die – aus unserer Sicht wenig überraschenden, aber wichtigen – Erkenntnisse des Engagementberichts an und stellen aus der Perspektive marginalisierter Gruppen dar, welche Anknüpfungspunkte auf dem Weg hin zu einem zukünftigen ‚Engagement für alle‘ existieren.

Zentraler Ausgangspunkt unseres Nachdenkens ist dabei der Slogan ‚Engagement für alle‘, der seit einigen Jahren als programmatische Kurzformel innerhalb der Engagementszene(n)⁶ genutzt wird und das Bemühen kennzeichnen soll, Engagement inklusiver und diverser gestalten zu wollen. Dieses Bemühen trägt zu einer Schräglage zwischen Anspruch und Handlungspraxis bei: Zwar wird (diskursiv) der Anspruch formuliert, das Engagement der Zukunft inklusiver gestalten zu wollen. Gleichzeitig wird jedoch sowohl auf der individuellen als auch auf strukturellen Ebenen das Engagement marginalisierter Gruppen ver- und behindert, z. B. durch Nichtanerkennung, das Unsichtbar-Machen und die Hinderung am Zugang zu (finanziellen und anderen) Ressourcen. Die Kernfragen unseres Beitrags lauten daher: Welche Rolle spielen marginalisierte Gruppen und ihre Praxis der Selbstorganisationen im gesellschaftlichen Transformationsprozess zur Überwindung von sozialen Ungleichheiten im Engagement? Welchen Beitrag leisten sie bereits und was kann man von ihnen lernen?

In diesem Sinne wollen wir ‚Engagement für alle‘ zunächst als Frage verstanden wissen: Ist Engagement, wie es sich heute darstellt, wirklich ‚für alle‘? Im Verlauf unseres Beitrages zeigen wir auf, welche Gewinne für alle ein ‚Engagement für alle‘ ermöglichen würde. Wir schließen mit zwei Plädoyers: Erstens sollte ‚Engagement für alle‘ als Aufgabe verstanden und dementsprechend geöffnet werden, sodass die Teilhabe von allen darin möglich wird. Zweitens fordern wir die Beteiligten des organisierten Engagements, darunter zum Beispiel Freiwilligenzentren und weitere institutionalisierte engagementvermittelnde Strukturen auf, das eigene Tun am Anspruch des ‚Engagements für alle‘ zu prüfen, um gemeinsam und gleichberechtigter zukunftsfähige Engagementstrukturen zu gestalten.

Unser theoretischer Rahmen nimmt Bezug auf Überlegungen und Konzepte einer gesellschaftstheoretisch informierten Arbeitssoziologie und ordnet unseren Beitrag in die Debatte um post-migrantische Gesellschaften

6 Als Engagementszenen verstehen wir Akteur*innen aus der Engagementforschung, aber auch Praktiker*innen und Institutionen des Freiwilligenmanagements und der Freiwilligenkoordination. Der Vierte Engagementbericht nutzt die Bezeichnung ‚organisiertes Engagement‘ – wir hingegen sprechen von Szenen, die Zugänge gewähren oder diese verweigern, um den in Teilen ausschließenden Charakter dieser Strukturen für marginalisierte Perspektiven kenntlich zu machen.

ein. Lydia Mesgina, Elisa Rossi und Winona Hagendorf führen im Anschluss ihre Gedanken zu (post-)migrantischen Selbstorganisationen und ihren Dachverbänden als Motoren für gesellschaftliche und sozialpolitische Transformationsprozesse aus. Dabei fokussieren sie den gestalterischen Beitrag von (post-)migrantischen Selbstorganisationen für eine vielfältige, inklusive und diskriminierungskritische Gesellschaft. Auch Stefan Lerach bezieht sich auf die gestaltende Wirkung der Selbstorganisation im Engagement, und zwar entlang seiner Erfahrungen aus einem Projekt der Wetzlarer Arbeitslosen Initiative (WALI) zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von armuterfahrenen Menschen an der Schnittstelle zum ‚traditionellen‘ Ehrenamt. Beide Praxisbeiträge stellen das Erfahrungswissen der beteiligten marginalisierten Akteur*innen ins Zentrum und arbeiten Aspekte der transformativen Kraft heraus, die diesen marginalisierten Perspektiven innewohnt. Im Fazit begründen wir den ‚Mehrwert‘ einer stärkeren Ausrichtung an marginalisierten Perspektiven für die Diskussion um ein zukunfts-fähiges ‚Engagement für alle‘ und zeigen auf, wie alle Engagierten davon profitieren können.

Unser Beitrag bewegt sich zwischen einer theoretisch informierten Beschreibung und Analyse von Engagementpraktiken und dem Anliegen, Theorien des Engagements stärker aus marginalisierten Praktiken zu entwickeln.⁷ Konkret bedeutet das, Schlüsse und Erkenntnisse zu formulieren, die für eine progressive Engagementpolitik von Bedeutung sein können. Die Praxisbeiträge sind damit von zentraler Bedeutung, die weit über illustrierende und/oder exemplarische Beispiele hinausgeht: In ihnen liegt das vorhandene Erfahrungswissen um die Praxis marginalisierter Selbstorganisationen und um ihre Ziele und Programmatiken gebündelt vor.⁸ Es war und ist diese Engagementpraxis, die für unser Interesse an den transforma-

7 Die Unterschiede zwischen unseren Wissensbeständen, Erfahrungen und Schreibstilen begreifen wir als Stärke unseres Autor*innenkollektivs. Unsere eigenen Perspektiven auf das Thema Engagement speisen sich aus persönlichen und arbeitsbezogenen Erfahrungen von und Forschung zu Arbeit und Nicht-Arbeit, sozialer Ungleichheit, Sozialer Arbeit, Armut und Diversität. Im Artikel zeichnen wir die eigenen informellen Bildungsprozesse (Thimmel/Klöckner 2024) ein Stück weit nach: Wir sind z. T. theoretisch informiert in die Debatte um ‚Engagement für alle‘ eingestiegen und durften von und aus der Praxis marginalisierter Perspektiven im Engagement lernen, bzw. konnten theoretische Konzepte und Begriffe mit eigenen Erfahrungen verknüpfen.

8 Wir formulieren dies vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass Erfahrungswissensbestände von Akteur*innen aus der Praxis in wissenschaftlichen Kontexten häufig abgewertet werden bzw. zu illustratorischen Zwecken verwendet und instrumentell genutzt werden.

tiven Perspektiven im Engagementdiskurs den entscheidenden Impuls gab. Aus ihr heraus formulieren wir unser leitendes Interesse: Wie funktioniert Engagement für alle, von allen und was muss sich dafür ändern?

2. Perspektiven auf Engagement

2.1 Engagementverständnis und Analyseperspektiven

Unser Engagementverständnis beruht auf der Annahme, dass Engagement auch (nicht: nur) als Form der Arbeit zu verstehen ist, welche weder in Erwerbs-, noch in Reproduktionsarbeit aufgeht, sondern aus arbeitssoziologischer Sicht einem dritten, eigenständigen Bereich zwischen Erwerbs- und (privater) Reproduktionsarbeit zuzuordnen ist (Mauritz 2020). Im Folgenden verwenden wir daher den Begriff Freiwilligenarbeit und ziehen diesen Begriff jenem des Engagements vor. Diese Perspektive entspricht zum einen am ehesten dem Selbstverständnis der Freiwilligen von dem, was sie tun (Haas et al. 2024; Simonson et al. 2022). Zum anderen streicht die Betonung des Arbeitscharakters im Begriff *Freiwilligenarbeit* die Notwendigkeit heraus, die mit der Freiwilligenarbeit von marginalisierten Selbstorganisationen häufig einhergeht. Zudem kann damit – wie Kapitel 3 zeigt – auch die paradoxe Spannung zwischen dem Arbeits- und dem Nicht-Arbeitscharakter der freiwillig geleisteten Tätigkeit am ehesten gefasst werden.

Unser Freiwilligenarbeitsbegriff ist weit gefasst: Er weist Schnittstellen zur Selbsthilfe und zum politischen Aktivismus auf, ohne zugleich die ‚klassischen‘ Tätigkeiten bzw. Aufgabenprofile und Arbeitspraktiken auszuschließen, die in Ehrenämtern und im bürgerschaftlichen Engagement beheimatet sind. Dies hilft uns, die empirische Breite des Engagements von vielen – wenngleich sicher nicht von allen – in den Blick zu nehmen. Unser Begriffsverständnis zielt damit weniger auf Trennschärfe als auf eine inkludierende Haltung, in der unterschiedliche Spielarten von Engagement in einem relationierenden Modus von ‚sowohl – als auch‘ (nicht: ‚entweder – oder‘) nebeneinander bestehen dürfen.

Mit Bezug auf die Freiwilligenarbeit, die in marginalisierten Selbstorganisationen geleistet wird, stellen wir mithilfe einer subjektorientierten Haltung das Erfahrungswissen der Engagierten um ihre eigene Praxis (inklusive ihre jeweiligen Bedürfnisse und Ansprüche) in den Mittelpunkt. Mithilfe

einer rekonstruierenden, nachvollziehenden Perspektive⁹, mit der wir den Prozess des Zustandekommens von Engagementpraktiken und seinen Rahmenbedingungen in den Fokus rücken, können wir die gesellschaftlichen Strukturen und Herrschaftsmechanismen, die sich in den Rahmenbedingungen und im Handeln von Freiwilligen manifestieren, nachvollziehen und sichtbar machen.

2.2 Einbettung und Anschlüsse

Unsere Frage nach der Teilhabe von allen in Freiwilligenarbeit bezieht sich auf eine Gesellschaft, in der massive und krisengetriebene Umwälzungen stattfinden (Demirović 2011). Wir knüpfen unser Nachdenken über die Teilhabe aller an Freiwilligenarbeit daher erstens an die Debatte um die Transformation von Arbeit und Arbeitsverhältnissen (Dyk/Kessl 2021; Haubner 2021; Haubner/Laufenberg 2022) im Wandel des Sozialstaates und zweitens an die Debatte um die gesellschaftlichen Aushandlungen zwischen dominierenden und marginalisierten Perspektiven in der (Post-)Migrationsgesellschaft (Alisch/Westphal 2023; Mafaalani 2020).

Mit Bezug auf die massive Transformation von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsverständnissen durch KI und in Zeiten von Fachkräftemangel und Care-Krise erlebt Freiwilligenarbeit ein wiederkehrendes Revival als Krisenlöser (Braun 2001). In und mit Freiwilligenarbeit lassen sich Arbeitskräfte-Reservoirs bilden, auf welche bedarfsweise zugegriffen werden kann bzw. in welche überflüssige Arbeitskräfte geschoben werden können (Bacques 1987; 2011). In der Debatte um die arbeitssoziologische Einordnung von Freiwilligenarbeit werden zudem fundamentale gesellschaftliche Fragen aufgeworfen, die auch bei der Frage der Teilhabe aller an Freiwilligenarbeit eine Rolle spielen: Welche Arbeiten sind gesellschaftlich relevant, von wem werden diese gesellschaftlich relevanten Aufgaben geleistet und wie (monetär und/oder auf andere Arten und Weisen) werden sie anerkannt? Innerhalb dieses Debattenhorizonts verstehen wir Engagement auch als Arbeitsform, in der für den Zusammenhalt der Gesellschaft gesorgt wird und die damit auch (nicht: nur) als gesellschaftliche Care-Arbeit im weitesten Sinne verstanden werden kann.

9 Leitend ist hierbei die Frage: ‚Wie wurde Engagement so, wie es jetzt ist?‘.

Mit Bezug auf die gesellschaftlichen Aushandlungen zwischen dominierenden und marginalisierten Positionen¹⁰ gehen wir davon aus, dass in Freiwilligenarbeit nicht nur soziale Ungleichheit als nicht intendierte Strukturfolge reproduziert wird, sondern darin sehr aktiv um die Verteilung von Macht, Zugangschancen und Ressourcen verhandelt und gerungen wird.¹¹ Über unseren herrschaftskritischen Zugang nehmen wir an, dass auch im Feld Engagement und Freiwilligenarbeit das Integrationsparadox wirkt (Mafaalani 2020). Marginalisierte Gruppen erkämpfen und erlangen hierbei sukzessive Plätze am Tisch der Mehrheits- bzw. Dominanzgesellschaft und stoßen damit eine Veränderung der herrschenden Verhältnisse an. Konflikte, die im Zuge dieser Neuverteilung von Ressourcen und Zugangschancen ausgetragen werden müssen, betrachten wir als unvermeidlich: Sie sind kein Zeichen eines gescheiterten Integrationsprozesses, sondern stellen einen Fortschritt in der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen dar.

3. Die transformative Kraft marginalisierten Wissens und marginalisierter Perspektiven

Im Folgenden soll es daher nicht (erneut) darum gehen, wie die Integration von marginalisierten Perspektiven in den bestehenden Engagementdiskurs und seine Debatten gelingen kann. Marginalisierte Perspektiven müssen nicht in den Engagementdiskurs ‚hineingeholt‘, ‚eingeladen‘ oder ‚integriert‘ werden. Marginalisierte Gruppen und ihre Perspektiven auf Freiwilligenarbeit waren immer schon Teil des Diskurses, wurden in diesem jedoch unsichtbar gemacht und von Ressourcen abgeschnitten. Wir ziehen daher einen Umkehrschluss aus den gängigen Debatten und der darin herrschenden Frage nach der Integration von marginalisierten Perspektiven und fragen: Was können das organisierte Engagement bzw. die unterschiedlichen Engagementszenen gewinnen, wenn sie von den Perspektiven marginalisierter Gruppen und ihrem Erfahrungswissen lernen?

10 Als marginalisiert verstehen wir Personen und Gruppen im Kontext dieses Beitrages dann, wenn sie aufgrund von strukturellen Ungleichheits- und Machtverhältnissen nicht Teil der etablierten bzw. institutionalisierten Engagementstrukturen sind und folglich weniger oder keine Zugänge zu Ressourcen dieses Feldes haben.

11 Dies mag banal klingen; im Zuge des affirmativen Engagementdiskurses, der sich gerne willig und bereit für Diversität und Inklusion gibt, erscheint es uns jedoch bedeutsam, auch im Feld der Freiwilligenarbeit Macht- und Herrschaftsverhältnisse als solche zu benennen und zu markieren.

In Anlehnung an die Beispiele der Frauen*-, Arbeiter*innen- und der queeren Bewegung verstehen wir die Perspektiven, Stimmen und Praktiken von marginalisierten Gruppen und ihren Selbstorganisationen als Impulsgeber*innen für gesellschaftliche Transformationsprozesse. Durch die unmittelbare Erfahrung von Ungleichheiten sind Mitglieder marginalisierter Gruppen gezwungen, alternative Praktiken und Lebensweisen zu entwickeln, die wegweisend für alle Gesellschaftsmitglieder sein können. In diesen Praktiken, Erfahrungen und dem Wissen liegt ein transformatives Potenzial, das wir folgend an zwei Beispielen erläutern.

3.1 (Post-)migrantische Selbstorganisationen und community-basierte Beratung

Migrantische Selbstorganisationen (MSO) und ihre Dachverbände sind zentrale Akteur*innen gesellschaftlicher Veränderung. Sie entstanden oft aus der Notwendigkeit heraus, sich gegen strukturelle Benachteiligung zu organisieren, sich gegenseitig zu unterstützen und politische Teilhabe einzufordern (Bostancı/Ilgün-Birhimeoğlu 2024).

Im Folgenden geben wir einen kurzen Abriss der Geschichte (post-)migrantischer Selbstorganisationen in Deutschland und gehen dabei auf ihre Aufgaben, Funktionen und Wirkweisen ein. Dabei benennen wir die Hürden, die sich ihnen innerhalb engagementpolitischer Landschaften stellen. Entlang des Praxisbeispiels der community-basierten Beratung gegen Rassismus im Projekt Moses zeigen wir die transformative Kraft von MSO konkret auf.

3.1.1 Historie und gesellschaftliches Wirken von MSO

MSO in Deutschland sind historisch betrachtet kein neues Phänomen (BMFSFJ 2024: 118); ihre Geschichte reicht weit zurück und ist geprägt von vielfältigen Organisationsformen, Bewegungen und sozialpolitischen Kämpfen. Erste Selbstorganisationen gründeten u. a. polnische und italienische Einwander*innen Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die verschärfte ‚Germanisierungspolitik‘ des preußischen Staates (Kuzevych 2016: 156). Selbstorganisationen von Menschen mit persönlicher oder familiärer Zuwanderungsgeschichte entstanden mit der Anwerbung der sogenannten Gast- und Vertragsarbeiter*innen in der Nachkriegszeit in

Deutschland (Scharenberg 2020). Ab den 1950er und 1960er Jahren wurde das Feld der MSO ausdifferenzierter: Beispielsweise setzten sich verschiedene Gruppen und Einzelpersonen für die Rechte und Belange Schwarzer Menschen in der BRD wie auch der DDR ein.¹²

Gegenwärtig gibt es keine verlässlichen Angaben über die Gesamtanzahl von MSO in Deutschland, da eine quantitative Erhebung nicht unabhängig vom Verständnis einer MSO geschehen kann. Der SVR-Forschungsbereich 2020–2 zählt schätzungsweise 12.400 bis 14.300 aktive migrantische Organisationen (SVR-FB 2020: 6); allerdings geht der Bericht von formalisierten Organisationsformen aus. Somit kann angenommen werden, dass weitaus mehr MSO bestehen, die jedoch weniger formalisiert organisiert sind. Priemer (2018) erfasst beispielsweise mithilfe einer Namensanalyse über 17.500 Vereine mit Migrationsbezug in Deutschland.

Die Landschaft der MSO war und ist vielfältig und komplex: Es gibt sowohl (entwicklungs-)politische, soziale, kulturelle und sportliche als auch religiös orientierte Vereine und Verbände. Einige von ihnen organisieren ihre Mitgliedschaft anhand ihrer ethnischen, regionalen oder nationalen Herkunft. Andere bilden Interessenverbände, die ihren Einfluss in gesellschaftlichen und politischen Debatten und Entscheidungsprozessen geltend machen wollen. Dabei engagieren sie sich für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, für Empowerment und den Kampf gegen Rassismus. MSO und ihre Dachverbände sind daher in der Kontinuität emanzipatorischer Bewegungen – wie die der Arbeiter*innen, Frauen* und Queers – zu verstehen. Sie haben nicht nur soziale und politische Veränderungen angestoßen, sondern auch das Bewusstsein für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung geschärft (Muriel 2024).

(Post-)migrantische Selbstorganisationen, Netzwerke und Vereinigungen werden häufig von Angehörigen der zweiten oder dritten Generation getragen. Sie fordern u. a. ein pluralistisches Verständnis von ‚Deutschsein‘, das auch Personen mit Einwanderungsgeschichte und nicht-weiße Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte einschließt. Damit sind sie wichtige Treiber für gesellschaftliche und sozialpolitische Transformationsprozesse zur Überwindung von Ungleichheiten. Sie beleuchten und benennen gesellschaftliche Strukturen, in denen Diskriminierung und Rassismus wirken, und sie kritisieren Systeme, die ihrem demokratischen Auftrag nicht

12 Ein Beispiel ist die Afro-Deutsche Vereinigung, die in den 1950er Jahren gegründet wurde und sich für die Interessen der in Deutschland lebenden Afrikaner*innen und Afro-Deutschen einsetzt (Heinrich-Böll-Stiftung 2025).

gerecht werden. Sie engagieren sich häufig in der Rolle als Dialogpartner*in für Politik und Verwaltung und sensibilisieren dort für Missstände bzw. arbeiten aktiv an der Entwicklung von Handlungsempfehlungen mit. Sie ermöglichen die politische Mitsprache von marginalisierten Stimmen und Perspektiven und schärfen das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Mit ihren vielfältigen Aufgabenbereichen leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zu einem funktionierenden Wohlfahrtsstaat und einer Gesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglichen will. Sie schaffen Orte für Empowerment und gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere für Zielgruppen, die von den Regelangeboten nicht erreicht werden. Sie ermöglichen politische Mitsprache und unterstützen die Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie in deutsches Recht (Hildebrandt 2005: 12–16). MSO agieren nicht isoliert, sondern in Kooperation miteinander, was häufig zur Gründung von Dachverbänden führt. Im Gegensatz dazu sind sie seltener in Wohlfahrtsverbänden vertreten, was ein Hinweis auf die bestehenden Zugangshürden ist (SVR-FB 2020: 8, 54). MSO erfüllen damit sowohl Integrationsfunktionen (*bonding*) für ihre Mitglieder und Communities als auch eine Brückenfunktion (*bridging*) hin zur Dominanzgesellschaft, sowie Multiplikator*innen- und Vermittlungsfunktionen in Gesellschaft und Kommune vor Ort (SVR-FB 2020: 40).

Blickt man auf die Geschichte und Funktion von MSO haben diese „in Deutschland einen weiten Weg von der Nichtbeachtung bis zur Anerkennung als ein Element des Pluralismus zurückgelegt“ (Thränhardt 2013: 5). Viele MSO kämpfen bis dato gegen strukturelle Benachteiligungen und für die gleichwertige Anerkennung ihrer freiwilligen Arbeit. Nach wie vor haben sie nur einen erschwerten Zugang zu finanziellen Ressourcen; in vielen relevanten fachlichen Gremien, Netzwerken sowie Interessenvertretungen sind sie nicht ausreichend repräsentiert und an relevanten Entscheidungsprozessen folglich nicht beteiligt. Ihre freiwillige Arbeit ist damit auf der einen Seite tragend für einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, zugleich sind sie in ihrer freiwilligen Arbeit von strukturellen Benachteiligungen innerhalb der engagementpolitischen Förderstrukturen betroffen.

3.1.2 Bestehende strukturelle Benachteiligung von MSO im Feld Engagement

Erst mit dem politischen Paradigmenwechsel 2005 und der Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland begann eine gezielte Förderung von MSO in Deutschland. Programme wie die BAMF-Strukturförderung ab 2013 oder das WIR-Landesprogramm in Hessen ab 2005 unterstützten die Professionalisierung und Vernetzung der MSO.

Das Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen¹³ wurde vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration 2017 initiiert, um das freiwillige Engagement in seiner Vielfalt zu stärken. Die Schaffung, Etablierung und Stärkung von landesweiten Strukturen für MSO und Trägern von Lots*innen-Projekten gehört zu seinen Kernaufgaben; damit stellt es ein Beispiel für die Bedeutung politischer Förderung auf dem Weg der Stärkung der Arbeit von MSO dar. In der Verzahnung von WIR-Lots*innenprojekten und der Arbeit für die MSO setzt es sich ein für die Sichtbarkeit und die gleichwertige Anerkennung des freiwilligen Engagements von Menschen mit persönlicher und familiärer Zuwanderungserfahrung.

Auch im Zuge dessen hat das Kompetenzzentrum Vielfalt in den letzten Jahren seine Advocacy-Arbeit verstärkt, um auf strukturelle Benachteiligung im Feld Engagement hinzuweisen. Deutlich wurde dabei, dass eine eigene Interessenvertretung von MSO notwendig ist, um die Reichweite, Sichtbarkeit und Selbstbestimmtheit zu stärken und gleiche Teilhabechancen im Feld Freiwilligenarbeit und Engagement zu erhalten. Derzeit befindet sich die Gründung eines hessischen Dachverbands (post-)migrantischer Selbstorganisationen in Vorbereitung. Ziel ist es, eine Plattform zu schaffen, insbesondere für die Themen, Interessen und Anliegen von Hess*innen mit Zuwanderungserfahrung, die bis dato unbeachtet bleiben. Der Dachverband will sich gleichzeitig aktiv für ein inklusives und demokratisches Miteinander einsetzen, da in einer Gesellschaft, die sich politisch zunehmend nach rechts verschiebt, (post-)migrantische Selbstorganisationen mehr denn je eine starke, gemeinsame Stimme brauchen.

Deutlich wird damit zwar ein allgemeiner politischer Paradigmenwechsel hin zur Akzeptanz von MSO als zugehörig zur deutschen Zivilgesell-

13 Im Kompetenzzentrum Vielfalt Hessen arbeiten die Organisationen LAGFA e. V. (Landesgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Hessen) und beramí e. V. (beramí – berufliche Integration) zusammen. Der Projektträger beramí e. V. ist dabei für die (post-)migrantischen Selbstorganisationen, die LAGFA Hessen für die WIR-Lots*innenprojekte zuständig.

schaft und mit dem Ziel einer Schaffung gleicher Teilhabechancen. Im Bereich der Engagementpolitik steht dieser Paradigmenwechsel jedoch noch aus. Die Praxis und die Erfahrungen der MSO im Feld Engagement zeigen – wie auch der Vierte Engagementbericht bestätigt –, dass noch immer zahlreiche Schwellen für marginalisierte Gruppen in ihrem Engagement existieren.

3.1.3 Die community-basierte Beratung gegen Rassismus durch das Projekt ‚Moses‘

Im Angebot der community-basierten Beratung gegen Rassismus, welche durch den Verein ‚Projekt Moses Jugend- und Sozialwerk e. V.‘ angeboten wird, dokumentiert sich das transformative Potenzial einer MSO. Projekt Moses ist die Trägerstruktur des bundesweiten Modell- und Verbundprojektes ‚Community-basierte Beratung gegen Rassismus‘ (CbB).¹⁴ In diesem arbeiten Dachverbände und Selbstorganisationen zusammen, um Sensibilisierung und Bewusstsein für strukturellen Rassismus und Diskriminierung zu schaffen, sowie Empowerment-Strukturen aufzubauen. In Hessen kooperieren die Frankfurter Vereine ‚Projekt Moses Jugend- und Sozialwerk e. V.‘ und ‚KONE – Förderung des kommunikativen Handelns e. V.‘ im Rahmen des Modellprojekts. Beide Vereine sind Teil der Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Community und gleichzeitig Mitglieder der Steuerungsgruppe zur Gründung des hessischen Dachverbands der MSO.

Die Orientierung am Individuum und an der Gemeinschaft gleichermaßen bildet die Grundlage der Arbeit von Projekt Moses. Der Verein wurde 2006 von engagierten Frankfurter*innen aus der eritreischen Community gegründet, um Menschen eritreischer Herkunft das Ankommen zu erleichtern und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Mittlerweile hat sich Projekt Moses zu einer überkonfessionellen und politisch neutralen Selbstorganisation entwickelt. Der Verein versteht sich als Community-Selbstorganisation und seine Community-Arbeit als eine Form der Gesellschaftsarbeit, die

14 In diesem Modell- und Verbundprojekt (Laufzeit 1.1.2023 bis 31.12.2025) unter Förderung der Antirassismusbeauftragten der Bundesregierung wurden erstmals deutschlandweit 32 Anlauf- und Beratungsstellen sowie Koordinierungsstellen in migrantischen Organisationen eingerichtet. Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) und die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) sind für den Aufbau und Ausbau von Erst- und Verweisberatungsstellen sowie von Koordinierungsstellen in Hessen und Baden-Württemberg zuständig.

sich für selbstbestimmte Empowerment-Räume, Teilhabechancen für alle und ein demokratisches Miteinander einsetzt. Community wird dabei nicht entlang der Zugehörigkeit zu einer ethnischen, nationalen, kulturellen oder religiösen Gruppe verstanden, sondern vielmehr als eine auf gemeinsamen Erfahrungen und Interessen basierte Gemeinschaft.¹⁵ Projekt Moses gelingt es damit, Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, Altersgruppen und sozialen Hintergründen dazu zu motivieren, sich aktiv einzubringen. Die Philosophie hinter der Arbeit von Projekt Moses ist inspiriert von der südafrikanischen Ethik „Ubuntu – Ich bin, weil wir sind!“ (Imafidon 2024). Damit wird eine gemeinschaftliche Haltung gelebt, die auf geteilter Verantwortung, Vertrautheit, Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung basiert. Sie bildet eine Grundlage für die Entwicklung eines community-basierten und diskriminierungskritischen Ansatzes. Dieser stellt die Ressourcen und das Erfahrungswissen von Betroffenen in den Mittelpunkt, die zur Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheiten grundlegend sind. Dieses Verständnis von Community spiegelt sich in der Arbeit von Projekt Moses wider, die durch die Verbindung individueller und gemeinschaftlicher Bedürfnisse eine Plattform für solidarisches und zukunftsorientiertes Engagement schafft.

Das transformative Potenzial des Beratungsangebotes hängt sowohl mit den Prinzipien der Selbstorganisation und des community-basierten Handelns zusammen als auch mit der Übertragbarkeit dieser Prinzipien auf andere Kontexte im Zuge der Professionalisierung der Beratungspraxis. Das Beratungsangebot hat seinen Ursprung in der Community und wird von der Community fortlaufend geprägt. Diskriminierungsbetroffene werden dabei zu Beratenden. Bedürfnisse und Anliegen marginalisierter Communities werden in diesem selbstorganisierten Ansatz in den Vordergrund gerückt (Foroutan et al. 2024: 14). Das zusammengetragene Erfahrungswissen von Menschen mit Diskriminierungserfahrung hat dabei eine zentrale Bedeutung: Menschen verfügen durch die Bewältigung von Diskriminierung und ihr Erfahrungswissen über Ressourcen und Kompetenzen, die u. a. für

15 Im wissenschaftlichen Bericht zur community-basierten Beratung gegen Rassismus vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung wird der Community-Begriff wie folgt formuliert: „Community ist also ein nie abgeschlossener Ort, der von bestimmten Gruppen mit spezifischen Erfahrungen geschaffen wird, aber gleichzeitig Anknüpfungspunkt für andere Menschen und Gruppen mit ihren Erfahrungen. So verstanden ist Community ein Ort der Geborgenheit und des Empowerments, aber zwangsläufig auch ein Ort von stetiger Aushandlung und Spannungsfeldern“ (Foroutan et al. 2024: 13).

die Beratung von anderen Betroffenen genutzt werden können. Aufbauend auf diesen Ressourcen erhalten die Selbstorganisationen und insbesondere die Berater*innen im Rahmen des Projektes fortlaufende Schulungen. Diese unterstützen sie darin, dass an sie gebundene Erfahrungswissen und die durch ihre Erfahrungen strukturierten Kompetenzen zu einem allgemeinen Qualitätsstandard zu erheben und so breit zugänglich zu machen. Die Beratung ist damit zwar in erster Linie aus und für die Community, jedoch weist sie zugleich über ihre eigenen Grenzen und Kontexte hinaus; sie kann folglich auch in anderen, ähnlichen Kontexten angewendet werden.

In der wissenschaftlichen Evaluation des Projektes (Al Hashash et al. 2025) wird empfohlen, die im Zuge der Beratungen erworbene „diskriminierungskritische Kompetenz“ als einen Qualitätsstandard auszuweisen und als Teil der beraterischen Professionalisierung zu verstehen. Dies ist auch Teil einer Ausweitung und Generalisierung des Erfahrungswissens über die eigene Community hinaus und für andere. Zu dieser Kompetenz gehört Wissen über gesellschaftliche Diskriminierungsverhältnisse, angeleitete Selbstreflexion über rassistische Wissensbestände und deren Einfluss auf das beraterische Handeln sowie Wissen über den transgenerationalen Einfluss von Diskriminierung. Folglich könnte dieser Ansatz, in dem das Erfahrungswissen Betroffener grundlegend ist, durch die Praxis und Schulung der Beratung aber verallgemeinerbar wird und damit über sich hinausweist, auch in anderen Bereichen von Engagement und sozialer Arbeit wegweisend sein. Ein Ziel wäre die Etablierung einer Beratungspraxis, die diversitätssensibel und rassismuskritisch ist, die den vielfältigen Erfahrungen gerecht wird und in der alle Stimmen und Erfahrungen wertgeschätzt werden. Auf diesem Wege könnte die gesellschaftliche Anerkennung marginalisierter Gruppen gefördert werden. Die Arbeit von Projekt Moses zeigt daher eindrucksvoll, wie wichtig die Perspektiven und Erfahrungen marginalisierter Gruppen für die Gestaltung von Empowerment-Räumen und für die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe sind.

3.2 Engagement von erwerbsarbeitslosen und armuterfahrenen Menschen

Auch Menschen, die von Armut oder Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen sind, engagieren sich auf vielfältige Weise in der Gesellschaft – oft jedoch auf eine andere Art als es in klassischen Ehrenämtern sichtbar und üblich ist (Gille/Jepkens 2022; Jepkens/Rießen 2024; Scholten/Jepkens 2022). Im Folgenden stellen wir zunächst die ambivalente Positionierung von Er-

werbsarbeitslosen im Feld Engagement und Selbsthilfe dar. Danach gehen wir exemplarisch entlang des Projektes ‚Arbeitslosigkeit und Engagement‘ darauf ein, wie die transformative Kraft der Selbsthilfe Erwerbsarbeitsloser eine trennscharfe Abgrenzung von Arbeit, Nicht-Arbeit und Engagement in Frage stellt.

3.2.1 Zur ambivalenten Position von erwerbsarbeitslosen Engagierten

Auch Erwerbsarbeitslose und armutserfahrene Menschen arbeiten freiwillig. Ihre Freiwilligenarbeit findet häufig im Alltag statt, etwa in Form von Nachbarschaftshilfe, der Betreuung von Kindern oder der Unterstützung älterer Menschen. Diese Formen des Engagements sind informell, aber von großer sozialer Bedeutung.

Die Selbsthilfe ist ein weiterer wichtiger Bereich, in dem sich Menschen in prekären Lebenslagen engagieren – vergleichbar mit den MSO (Streck 2024). In Erwerbsarbeitslosengruppen oder solidarischen Netzwerken leisten sie sich gegenseitige Unterstützung und formulieren politische Forderungen bezüglich ihrer Interessen und Teilhabebestreben. Viele armutsbetroffene und erwerbsarbeitslose Menschen haben jedoch – ebenso wie die MSO – keinen Zugang zu traditionellen Ehrenamtsstrukturen. Die Gründe hierfür sind genauso heterogen wie es die Gruppe der armutsbetroffenen und erwerbsarbeitslosen Menschen selbst ist.

Bedeutsam ist hierbei die ambivalente soziale Position von Erwerbsarbeitslosen und armutsbetroffenen Menschen, die sich gleichermaßen am Rande und im Zentrum des gesellschaftlichen Geschehens befinden: Einerseits ziehen sie sich aufgrund von gesellschaftlicher Stigmatisierung aus dem sozialen Leben zurück und sind damit im ‚gesellschaftlichen Abseits‘. Andererseits stehen sie als Betroffene (die zu Objekten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gemacht wurden) und als Leidtragende stigmatisierender Diskurse im Mittelpunkt. Sie sollen vorrangig in den Arbeitsmarkt integriert werden, ihre Lebensführung entsprechend anpassen und sich mit möglichst geringem Einkommen begnügen, während sie sich zugleich dem Verdacht und Vorwurf ausgesetzt sehen, unverdienten Komfort zu genießen. Als Bürger*innen des politischen Gemeinwesens stehen sie jedoch abseits.

In dieser ambivalenten Position gelingt es Menschen in Armutslagen meist höchstens ansatzweise, sich gemeinsam als Interessengruppe zu organisieren. Sofern sie als Interessengruppe in Erscheinung treten, finden sie nur selten Gehör (Voigtländer 2015: 14).

3.2.2 Das Projekt ‚Arbeitslosigkeit und Engagement‘

Das Projekt ‚Arbeitslosigkeit und Engagement‘ wurde von der Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis e. V. (WALI) in Zusammenarbeit mit dem Freiwilligenzentrum Lahn-Dill e. V. (FWZ) durchgeführt und von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) unterstützt. Ausgangspunkt der beiden Kooperationspartner*innen war die Frage, ob und wie Erwerbsarbeitslose und von Armut betroffene Menschen die sich ihnen innerhalb der Freiwilligenarbeit bietenden Möglichkeiten nutzen bzw. wie Engagementstrukturen für die besagte Zielgruppe zugänglich(er) gestaltet werden können. Ziel dieses Projekts war es, Begegnungen und Berührungspunkte zu schaffen zwischen den traditionellen Akteur*innen der Engagementlandschaft und der Zielgruppe.

In wöchentlichen Treffen wurden zunächst Vertretende von Vereinen und sozialen Einrichtungen in die Wetzlarer Arbeitsloseninitiative eingeladen, um ihre Engagement- und Beteiligungsmöglichkeiten vorzustellen und so Brücken ins Engagement für Erwerbsarbeitslose und Armutserfahrene zu schlagen. Die Projektkonzeption sah vor, das Erfahrungswissen auf Seiten der Erwerbsarbeitslosen und Armutserfahrenen um die Bewältigung von (persönlichen) Krisen als wertvolle Ressource anzuerkennen, zu verstehen und wertzuschätzen. Die Organisationsform der selbstbestimmten Initiative spielte hierbei eine besondere Rolle, da sie Betroffenen die Möglichkeit bot, sich gemeinsam als handelnde und nicht ‚nur‘ reagierende Akteur*innen zusammenzufinden und zu organisieren. Aus dieser Erkenntnis heraus wurden im Verlauf des Projekts die Funktionsstellen der ‚Engagement-Coaches‘ entwickelt. Langzeitarbeitslose und armutsbetroffene Menschen wurden als Engagement-Coaches qualifiziert, um ihr Wissen über und von Freiwilligenarbeit und ihre Erfahrungen, die sie innerhalb der Engagementszenen gemacht hatten, im peer-to-peer Ansatz weiterzugeben. Sie wurden dabei nicht nur zu Motivator*innen und Unterstützer*innen, sondern erhielten auch eine Schlüsselrolle in der Sensibilisierung der Zielgruppe hinsichtlich der Vielfalt an Einsatzmöglichkeiten innerhalb der Freiwilligenarbeit. Zudem konnten sie die Akteur*innen der traditionellen Ehrenamtslandschaft dafür sensibilisieren, welche Chance Erwerbsarbeitslose und Armutserfahrene auch für ihre eigenen Strukturen bieten können.

Im Zuge der wöchentlichen Treffen der Engagement-Coaches mit Vertretenden aus traditionellen Engagementstrukturen wurden Schwellen auf dem Weg ins Engagement schnell sichtbar: Erwerbsarbeitslose und Armutserfahrene reagieren – aufgrund von Angst vor Zurückweisung und

mangelndem Selbstvertrauen – oft nicht auf Engagementangebote bzw. trauen sich selbst nicht zu, aktiv zu werden. Insbesondere die Angst vor Ablehnung stellt ein wesentliches Hindernis dar. Auf der anderen Seite ist die Ansprache der traditionellen Akteur*innen selten auf die Interessen und Bedürfnisse von erwerbsarbeitslosen oder/und armutsbetroffenen Menschen zugeschnitten. Deutlich wurde: Es fehlt eine Mittlerorganisation – wie ein Freiwilligenzentrum oder eine Arbeitsloseninitiative –, die zwischen den traditionellen Engagementstrukturen und der Zielgruppe vermitteln, Erstkontakt begleiten und Vertrauen aufbauen konnte.

Eine weitere Hürde auf dem Weg ins Engagement besteht in der mangelhaften Selbstwirksamkeitserfahrung aufgrund der Erfahrung von stigmatisierenden und ausgrenzenden Praktiken. Es ist daher von zentraler Bedeutung, Interessierte gezielt anzusprechen, sie bei der Aufnahme eines Engagements zu unterstützen und ihnen früh Anerkennung zu zeigen. Die Zusammenarbeit mit und für die Zielgruppe stellt daher für die Vertretenden der traditionellen Engagementstrukturen eine hervorragende Möglichkeit zur Weiterentwicklung der eigenen Organisation dar, beispielsweise hinsichtlich der Themen Ansprache von neuen Freiwilligen und neuen Zielgruppen, Onboarding-Prozesse und Anerkennungskultur.

3.3 Peer-to-peer-Arbeit und Empowerment als transformative Ansätze

Selbstorganisierte Gruppen – wie Arbeitsloseninitiativen, Selbsthilfegruppen oder MSO – stellen einen wichtigen Raum für gegenseitige Unterstützung von Betroffenen dar. Sie fungieren als Orte, an denen rechtliche, psychosoziale und praktische Hilfestellungen – etwa bei der Stellensuche oder im Umgang mit Sozialbehörden – bereitgestellt werden. Hierbei geht es nicht nur darum, auf ökonomische Notlagen zu reagieren; es werden auch soziale Isolation, psychische Belastungen und gesellschaftliche Ausgrenzung adressiert. Neben der Unterstützung bei der unmittelbaren Lebensbewältigung stärken selbstorganisierte Gruppen auch das Selbstbewusstsein der Mitglieder und rufen diese zur Artikulation eigener Bedarfe und Wünsche auf, was wiederum förderlich für die weitere interne Selbstorganisation ist. Betroffene lernen auf Augenhöhe voneinander, tauschen ihre Erfahrungen aus und entwickeln gemeinsame Lösungen, die auch für andere Betroffene Geltung haben. In der Selbstorganisation bündeln sie ihre Erfahrungen und Bedürfnisse, treten als kollektive Stimme auf und können somit (wieder) ein Gegengewicht zu den Strukturen der sie stigma-

tisierenden Dominanzgesellschaft stellen (Rein 2013; Seeck et al. 2023). Der gegenseitige Austausch und das gemeinsame Lernen fördern nicht nur das individuelle Selbstbewusstsein und die Selbstwirksamkeit, sondern tragen auch dazu bei, gesellschaftliche Stigmatisierungen (z. B. bezüglich einer zugeschriebenen Passivität) zu überwinden und die eigene Position als aktive Bürger*innen gegenüber Institutionen zu stärken.

Die Selbsthilfe von Erwerbsarbeitslosen, Armutserfahrenen und MSO ist damit auch als Engagement zu begreifen – sie leistet etwas für die Gesellschaft über die individuellen Interessen und organisationalen Grenzen hinaus. Das transformative Potenzial des Engagements in der Selbsthilfe liegt im peer-to-peer-Ansatz¹⁶ und den darin wirksamen Empowerment-Strategien¹⁷, sowie in einem veränderten Arbeitsverständnis. Im peer-to-peer-Ansatz werden (vormalige) Adressat*innen von Hilfeleistungen als Engagierte anerkannt, ihre Wissensbestände werden wertgeschätzt. In ihrer Selbstorganisation erfahren sie sich als selbstwirksame und kollektiv handlungsfähige Engagierte. Die gesellschaftliche Teilhabe (vormaliger) Adressat*innen von Hilfeleistungen ist dabei nicht das Ziel, sondern gelebter Prozess, in dem diejenigen, die gemeinhin als reparaturbedürftige Mängelwesen stigmatisiert werden, wieder als Akteur*innen für sich selbst und zugleich für andere auftreten. Ihr Engagement unterliegt dabei keinem pädagogisch-therapeutischen Nützlichkeitskalkül (Stichwort: Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt), sondern ist freiwillig und selbstorganisiert gestaltet – genau wie bei erwerbsarbeitsbeschäftigten und nicht-migrantiserten Freiwilligen auch. Die transformative Kraft der Freiwilligenarbeit – in unseren Beispielen konkret von MSO und einer Erwerbsarbeitsloseninitiative – macht damit deutlich, wie gewinnbringend ein verändertes Arbeitsverständnis sein kann, in dem Engagement als Möglichkeitsraum – im kulturellen, sozialen, persönlichkeitsstärkenden oder gesellschaftlichen Sinne – verstanden werden kann. Die in der selbstorganisierten Freiwilligenarbeit geschaffenen Freiheiten hinterfragen damit auch die gängigen Vorstellungen und

-
- 16 Peer-to-peer-Arbeit beschreibt ein kooperatives Unterstützungsmodell, bei dem Menschen mit ähnlichen Erfahrungen einander helfen. Zentrale Elemente dieser Arbeit sind geteilte Lebenserfahrungen, gegenseitiges Vertrauen sowie eine Auflösung traditioneller Helfer-Hilfempfänger-Dynamiken.
- 17 Empowerment bezeichnet in diesem Kontext die Stärkung individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit. Es geht darum, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Lebenssituation selbstbestimmt zu gestalten, Ressourcen zu mobilisieren und gesellschaftliche Teilhabe zu verwirklichen. Dabei wird nicht nur auf Defizite reagiert, sondern auf Ressourcen, Fähigkeiten und Erfahrungen fokussiert.

Normen einer Vollzeit-Erwerbsarbeit als einem gesellschaftlich breit akzeptierten norm- und werteleitenden Standard.

4. Engagement von allen und für alle – in der Zukunft

Die Perspektiven marginalisierter Gruppen und ihrer Selbstorganisationen sind in vielerlei Hinsicht unverzichtbar. Wenn Engagement – wie so häufig konstatiert wird – zum Abbau sozialer Ungleichheit beitragen soll, dann sind die Stimmen marginalisierter Gruppen sowohl relevante Impulsgeber*innen als auch gesellschaftspolitisches Korrektiv. Die Krisenerfahrungen marginalisierter Gruppen und ihr daraus resultierendes Erfahrungswissen müssen als Kompetenzen und Ressourcen verstanden werden, denn beide Praxisbeispiele zeigen: Betroffenenperspektiven haben eine enorme Kraft für die Bewältigung von Krisen und besitzen transformatives Potenzial für die macht- und diskriminierungskritische Entwicklung von Freiwilligenarbeit und Engagement. Die Freiwilligenarbeit marginalisierter Gruppen und die mit ihr einhergehenden Erfahrungen stärken nicht nur die soziale und politische Stellung von Betroffenen und ermöglichen, dass diese ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Sie wirken auch darüber hinaus und langfristig – als Beschleuniger auf dem Weg zu notwendigen strukturellen Veränderungen hin zu einem ernstgemeinten ‚Engagement für alle‘.

Aus Forschungsperspektive wird deutlich, dass das in diesem Beitrag vorgeschlagene arbeitssoziologische, subjektorientierte und mit der Akzeptanz gegenüber Graubereichen versehene Verständnis von Freiwilligenarbeit und Engagement hilfreich ist, um das Phänomen in seiner empirischen Breite zu erfassen. Die macht- und diskriminierungskritischen Perspektiven auf die Engagementstrukturen der Dominanzgesellschaft sind ferner hilfreich, um diese im Hinblick auf ihr Teilhabe-Versprechen kritisch zu be- und hinterfragen.

Mit Blick auf die Praxisbeispiele wurde deutlich, dass marginalisierte Selbstorganisationen eine stärkere Gemeinschaftsorientierung aufweisen. Sie setzen bei der Lösung von Problemen auf das Wissen und die Kraft der Gemeinschaft und setzen sich diesbezüglich von der in manchen Teilen stark individualisierten Engagementszene ab. Dies verweist u. a. auf Forschungslücken zu Engagement in Selbstorganisationen und an den Grenzen zur Selbsthilfe. Desweiteren stellt die Engagementforschung bis dato wenig gesellschaftstheoretische Überlegungen an, beispielsweise hinsichtlich der Fragen, wie genau und warum Engagement zum gesellschaftlichen

Zusammenhalt beiträgt oder wie die Zukunft des Engagements vor dem Horizont einer veränderten Arbeits- und der (Post-)Migrationsgesellschaft aussehen kann.

Aus Praxisperspektive wird deutlich, dass in und mit den bis dato gängigen ‚Definitionen‘ von Engagement und Freiwilligenarbeit das Engagement marginalisierter Gruppen und Selbstorganisationen unsichtbar gemacht wird. Sie werden aufgrund des wenig diversitätssensiblen Engagementverständnisses noch immer in erster Linie als Hilfsbedürftige konzipiert, gedacht und verstanden – und erst in zweiter Linie als ‚potenzielle‘ oder ‚bereits schon‘ Engagierte. Die Konsequenzen dieses begrifflich-diskursiven Ausschlusses sind weitreichend: Er erschwert bzw. verhindert den Zugriff auf Förderstrukturen, Unterstützungsangebote und öffentliche Aufmerksamkeit, da sich weder die marginalisierten Freiwilligen selbst als Förderwürdige sehen, noch sie von denjenigen, die sie ‚fördern‘ wollen und sollten, als solche verstanden werden. Folglich kommt es zu Doppelstandards und Messen mit zweierlei Maß bei der Beurteilung der Motive der Freiwilligen, insbesondere bei der Beurteilung des Grades der Freiwilligkeit: Während nicht-marginalisierte Freiwillige aus ihren privilegierten Positionen einen starken Begriff von Freiwilligkeit als Motiv für ihre Freiwilligenarbeit beschreiben bzw. sich aneignen können, ist dies für marginalisierte Gruppen und ihre Selbstorganisationen kaum möglich. Für sie stellt die Notwendigkeit des Engagements ein gängiges ‚Motiv‘ dar. Engagement entsteht für sie auch aus der Notwendigkeit, für sich als Teil einer betroffenen Community sorgen zu müssen, da wohlfahrtsstaatliche Arrangements nicht greifen oder nicht existent sind.¹⁸

Unser Fazit: Sollen Engagementforschung und Engagementpraxis zukunftsfest in und für die Gesellschaft der Vielen aufgestellt werden, so muss der doppelte Anspruch des Slogans ‚Engagement für alle‘ ernster als bisher genommen werden. Engagement muss dabei nicht nur als Frage von offener Teilhabemöglichkeit diskutiert werden, sondern stellt in demokratischen Gesellschaften und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Vielfachkrisen eine gesamtgesellschaftliche (Wahl-)Pflichtaufgabe aller dar. Für die gemeinsame Bewältigung dieser Krisen werden alle Menschen gebraucht. Engagement und freiwillige Arbeit kann damit nicht mehr nur das Privileg einiger bleiben, sondern wird zur geteilten Aufgabe der Vielen. Dies erfordert nicht nur eine Öffnung und

18 Damit läuft insbesondere das Engagement von marginalisierten Gruppen Gefahr, Lücken des Wohlfahrtsstaates zu schließen (Dyk/Haubner 2021).

Erweiterung, sondern eine grundsätzliche Berücksichtigung der Erfahrungen marginalisierter Gruppen im Engagement. Wohlfahrtsstaatliche und kommunale Strukturen und Träger(verbände) müssen sich darauf vorbereiten, Engagementstrukturen so zu gestalten, dass sich viel mehr Menschen engagieren wollen – und müssen. An dieser Stelle gilt es, sich für den Einbezug der Vielen im ‚Engagement für alle‘ auch auf organisationaler Ebene vorzubereiten. Vor dem Horizont der anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen und der Aufgaben, vor denen die organisierte Zivilgesellschaft steht, erscheint uns dieses Umdenken als alternativlos.

Literaturverzeichnis

- Alisch, Monika; Westphal, Manuela (Hrsg.) (2023): Soziale Nachhaltigkeit in der (Post)Migrationengesellschaft. Gesellschaft und Nachhaltigkeit. Opladen/Berlin/Toronto.
- Backes, Gertrud (1987): Frauen und soziales Ehrenamt: zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe. Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung. Augsburg.
- Backes, Gertrud (2011): Geschlechterdifferenzen im Engagement. In: Olk, Thomas; Hartnuß, Birger (Hrsg.): Handbuch bürgerschaftliches Engagement. Weinheim, S. 65–76.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Bundes-tagsdrucksache 20/14120. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (8.8.2025).
- Bostancı, Seyran; Ilgün-Birhimeoğlu, Emra (2024): Postmigrantische Gesellschaft. Engagement zwischen Antirassismus und Normalisierung. In: Gille, Christoph; Haas, Benjamin; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, S. 161–172, <https://doi.org/10.5771/9783748936497-161>.
- Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement — Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. In: Leviathan, 29. Jg., Heft 1, S. 83–109, <https://doi.org/10.1007/s11578-001-0007-9>.
- Demirović, Alex (Hrsg.) (2011): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V. (2024): Armut in der Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2024.
- Dyk, Silke van; Haubner, Tine (2021): Community-Kapitalismus. Hamburg.
- Dyk, Silke van; Kessl, Fabian (2021): Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. In: WSI-Mitteilungen, 74. Jg. Heft 5, S. 342, <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2021-5-342>.

- Foroutan, Naika; Özvatan, Özgür; Bostancı, Seyran; Stanisławska, Sarah (2024): Abschlussbericht: Fokusgruppenphase „Communitybasierte Beratung gegen Rassismus“. Türkische Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD); Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) (Hrsg.). https://bundeskonferenz-mo.de/wp-content/uploads/2024/12/BIM_BKMO_Community-plus-wissenschaftlicher-Projektbericht.pdf (28.2.25).
- SVR-FB – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2020): Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft. Berlin.
- Gille, Christoph; Jepkens, Katja (Hrsg.) (2022): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement: Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement. Baden-Baden, <https://doi.org/10.5771/9783748928942>.
- Haas, Benjamin; Gille, Christoph; Vetter, Nicole; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut (2024): Zivilgesellschaftliches Engagement. Zur Verortung eines sozialen Phänomens. In: Haas, Benjamin; Gille, Christoph; Vetter, Nicole; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, S. 7–17, <https://doi.org/10.5771/9783748936497-53>.
- Haubner, Tine (2021): Ehrenamt als Arbeit? Zur Aktualisierung einer arbeitssoziologischen Analyse. In: Emunds, Bernhard; Degan, Julian; Habel, Simone; Hagedorn, Jonas (Hrsg.): Freiheit – Gleichheit – Selbstausbeutung. Zur Zukunft der Sorgearbeit in der Dienstleistungsgesellschaft. Marburg, S. 239–264.
- Haubner, Tine; Laufenberg, Mike (2022): Ländliche Armut im Kontext der Reproduktionskrise – Beitrag zu einer intersektionalen Armutsforschung. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 31. Jg., Heft 1, S. 34–47, <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i1.03>.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2025): Schwarze Community in Deutschland. Migrationspolitisches Portal der Heinrich-Böll-Stiftung, <https://heimatkunde.boell.de/de/dossier-schwarze-community-deutschland> (28.02.25).
- Hildebrandt, Cornelia (2005): Emanzipative soziale Bewegungen in Deutschland. Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/RLS-Autoren/Hildebrandt_Cornelia/hildebrandt-emanzipative_Bewegungen.pdf (28.2.25).
- Imafidon, Elvis (2024): Ubuntu. Ein ontologisches und ethisches Konzept für zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. In: Haas, Benjamin; Gille, Christoph; Vetter, Nicole; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, S. 783–792. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-783>.
- Jepkens, Katja; Rießen, Anne Van (2024): Informelles Engagement. Ambivalente Teilhabe: Kaum sichtbar und wenig anerkannt versus leicht zugänglich, selbstorganisiert und sozialräumlich. In: Haas, Benjamin; Gille, Christoph; Vetter, Nicole; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, S. 345–354. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-345>.

- Kuzevych, Nataliya (2016): Migrantenselbstorganisationen in Deutschland: eine empirische Untersuchung der ukrainischen Minderheit am Beispiel der Grossstadt München. Politikwissenschaft. Berlin.
- Mafaalani, Aladin el- (2020): Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln.
- Mauritz, Carolin (2020): Freiwilligenarbeit als Arbeit begreifen. Vorschläge für eine kritische Perspektive. In: *Voluntaris*, 8. Jg., Heft 1, S. 14–40. <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2020-1-14>.
- Muriel, Lucía (2024): Rassismuskritisches Engagement – Ein Beitrag zur Demokratisierung der Zivilgesellschaft. In: Haas, Benjamin; Gille, Christoph; Vetter, Nicole; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Baden-Baden, S. 675–682. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-675>.
- Nationale Armutskonferenz/ nak: Schattenbericht (2025): Armut in Deutschland. Menschenbilder-Schattenbilder-Zukunftsbilder. https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/Presse/nak-Armutsbericht.pdf (9.8.2025).
- Rein, Harald (Hrsg.) (2013): 1982–2012. Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest: Dokumentation, Analyse und Perspektive. Materialien der AG SPAK. Neu-Ulm.
- Rosa Luxemburg Stiftung (2020): Der lange Marsch der Migration. US-IH-Marsch_Migration-web.pdf (28.2.25).
- Scholten, Lisa; Jepkens, Katja (2022): Formalisiertes und informelles Engagement: Chancen und Herausforderungen der Teilhabe spezifischer Engagementformen. In: Gille, Christoph; Jepkens, Katja (Hrsg.): *Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement*. Baden-Baden, S. 104–122, <https://doi.org/10.5771/9783748928942-104>.
- Seeck, Anne; Hanloser, Gerhard; Rein, Harald; Nowak, Peter (2023): *KlassenLos: Sozialer Widerstand von Hartz IV bis zu den Teuerungsprotesten*. Berlin.
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2022): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>.
- Streck, Rebekka (2024): Zwischen Autonomie und Angewiesenheit – am Beispiel des Engagements für eine humane Drogenpolitik. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Baden-Baden, S. 365–372. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-365>.
- Thimmel, Andreas; Klöckner, Luisa (2024): Bildung. Eine Einführung in Theorien und Strukturen non-formaler Bildung im Kontext zivilgesellschaftlichen Engagements. In: Haas, Benjamin; Vetter, Nicole; Brombach, Hartmut; Walter, Andrea; Gille, Christoph (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Baden-Baden, S. 519–528. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-519>.
- Voigtländer, Leiv Eirik (2015): *Armut und Engagement: Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen*. Gesellschaft der Unterschiede. Bielefeld.

Engagement zwischen Tradition und Wandel: Geschlechterunterschiede in ländlichen Räumen

Tuuli-Marja Kleiner¹, Sylvia Keim-Klärner²

Zusammenfassung

Zivilgesellschaftliches Engagement stärkt nicht nur die kommunale Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt, sondern bietet auch wichtige Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe und Integration. Es ist in ländlichen Räumen weit verbreitet, und auch Frauen engagieren sich zunehmend. Dennoch sehen sie sich nach wie vor durch geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen und infrastrukturelle Barrieren eingeschränkt. Die Studie zeigt, dass Frauen seltener formell engagiert sind, insbesondere in sehr ländlichen Regionen. Männer dominieren formelle Organisationen nicht nur zahlenmäßig. In allen Raumtypen übernehmen Frauen deutlich seltener leitende Tätigkeiten, wobei diese geschlechtsspezifische Ungleichheit in sehr ländlichen Gebieten besonders ausgeprägt ist. Daher empfehlen wir eine gezielte Förderung weiblicher Führungskräfte in Freiwilligenorganisationen.

Schlagwörter

Engagement; Geschlechterungleichheit; ländliche Räume

1. Einleitung

Zivilgesellschaftliches Engagement in Vereinen, Verbänden, sozialen Diensten und kirchlich-religiösen Zusammenhängen ist in ländlichen Räumen weit verbreitet, was vielfach als Motor für sozialen Zusammenhalt und eine hohe Lebensqualität vor Ort interpretiert wird. In dünn besiedelten ländlichen Regionen trägt Engagement außerdem zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur bei und ergänzt öffentliche wie private Dienstleistungsangebote. Auf individueller Ebene eröffnet Engagement wichtige Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe und Integration. Darüber hinaus bietet es Chancen, eigene Ideen und Projekte zu verwirklichen, sich in sinnstiftende Tätigkei-

1 PD Dr. habil., Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Akademische Oberrätin, t.kleiner@thuenen.de.

2 Dr., Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, sylvia.keim-klaerner@thuenen.de.

ten einzubringen, tragfähige persönliche Beziehungen zu pflegen und eigene Kompetenzen zu erweitern.

Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind jedoch in gleichem Maße in zivilgesellschaftlichen Organisationen vertreten (Dean 2022), und auch räumliche Unterschiede im Engagement werden beobachtet (Paarlberg et al. 2022). Auffällig sind dabei geschlechtsspezifische Unterschiede im Engagement, die in mehreren Studien in Deutschland, aber auch in anderen Ländern dokumentiert wurden (Plagnol/Huppert 2010; Gil-Lacruz et al. 2019; Mao et al. 2021). Studien zu Geschlechterunterschieden im Engagement in ländlichen Räumen oder Studien, die räumliche Unterschiede differenzierter betrachten, sind indes rar. Dies veranlasst uns, geschlechtsspezifische Unterschiede im Engagement unter Berücksichtigung des räumlichen Kontextes näher zu untersuchen.

2. Hintergrund und Fragestellung

Während lange Zeit galt, dass sich Frauen in Deutschland seltener freiwillig engagieren als Männer, hat sich der Anteil engagierter Frauen in den letzten Jahren jenem engagierter Männer angenähert. Als Ursachen hierfür werden unter anderem eine zunehmende Gleichstellung der Geschlechter, die Bildungsexpansion und die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen angeführt (Simonson et al. 2022).

Allerdings zeigen die Studien zu Geschlechterunterschieden im zivilgesellschaftlichen Engagement auch, dass Ungleichheiten weiterhin fortbestehen. So sind freiwillig übernommene Aufgaben nach wie vor häufig geschlechterstereotyp verteilt. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen westeuropäischen Ländern, engagieren sich Frauen bis heute häufiger in sozialen und gesundheitlichen Bereichen, im Bildungswesen sowie in kirchlich-religiösen Zusammenhängen (Boje et al. 2019). Männer sind hingegen in den Bereichen Freizeit und Sport, Politik und berufliche Interessensvertretung deutlich überrepräsentiert (Meyer/Rameder 2022; Kleiner/Kühn 2023). Darüber hinaus engagieren sich Frauen stärker informell, außerhalb von Vereinen und Verbänden, während Männer sich häufiger in formellen Organisationen einbringen (Meyer/Rameder 2022; Kleiner/Kühn 2023; Healy et al. 2007). Geschlechterstereotypes Engagement ist damit nach wie vor weit verbreitet, auch wenn sich Männer zunehmend auch im sozialen und kirchlichen Bereich engagieren und Frauen im Rahmen eines formellen Engagements freiwillig aktiv sind (Kausmann/Hagen

2022). In ländlichen Räumen sind Geschlechterunterschiede im Engagement besonders ausgeprägt (Kleiner/Burkhardt 2021). Gleichzeitig deuten einzelne Fallstudien auf einen Wandel hin, beispielsweise wenn sich Menschen zunehmend in Bereichen engagieren, die zuvor vom jeweils anderen Geschlecht dominiert wurden und als typisch männlich oder weiblich galten (Oncescu/Giles 2013).

Freiwilligenarbeit wird einerseits als Instrument zur Stärkung und Selbstermächtigung von Frauen betrachtet, da sie Gelegenheiten bietet, eigene Ideen vor Ort zu verwirklichen und öffentliche Anerkennung zu erwerben. Sie gilt damit als Möglichkeit zur Überwindung tradierter Geschlechterrollen. Doch findet andererseits ehrenamtlich geleistete Arbeit weder Niederschlag in einem angemessenen Einkommen noch in entsprechenden Rentenansprüchen und schreibt bei einem männlichen Haupt- oder Alleinverdienermodell Geschlechterungleichheiten fort (Haubner 2020). Daher stellt Engagement für Frauen ein ambivalentes Phänomen dar, das auch zur Reproduktion von Geschlechterungleichheiten beitragen kann. Neben der materiellen Ungleichheit sind in diesem Zusammenhang vor allem der vergleichsweise geringere Einfluss und die eingeschränkte Gestaltungsmacht von Frauen von Bedeutung, da Frauen seltener als Männer in formalen Organisationen engagiert sind und dabei noch seltener leitende Positionen bekleiden. So sind sie seltener aktiv in beruflichen Organisationen, was ihre Chancen verringert, berufliche Netzwerke zu etablieren und ihre Karriere voranzutreiben (Fyall/Gazley 2015). Ebenso zeigt sich eine Unterrepräsentation von Frauen im politischen Bereich, die dazu führt, dass ihre Interessen und Themen in der Politik weniger Gehör finden als die der männlichen Bürgerschaft (Bode 2016). Laut einer EAF-Studie wird in Deutschland nicht einmal jedes zehnte Rathaus von einer Frau regiert (Mahler Walther/Lukoschat 2020). Dabei zeigen internationale Studien, dass Frauen besonders in ländlichen Räumen im politischen Bereich unterrepräsentiert sind (Obinger/Bonk 2022; Bock 2015; Hameister/Tesch-Römer 2017).

Insgesamt lässt sich feststellen: Trotz Anzeichen eines sozialen Wandels – wie etwa dem steigenden Engagement von Frauen und der Zunahme weiblicher Beteiligung in männerdominierten Bereichen – bestehen zahlreiche Ungleichheiten weiter, insbesondere in ländlichen Räumen.

Als Gründe für ein geringeres weibliches Engagement in ländlichen Räumen werden unter anderem eine dominante männliche (politische) Kultur und stärker konservative Geschlechterrollen in ländlichen Räumen angeführt (Bock/Derkzen 2008). Eine geschlechtsspezifische Aufgabenteilung in Partnerschaften sorgt dafür, dass Frauen mehr Zeit als Männer

für Haus- und Sorgearbeiten aufwenden, und entsprechend weniger Spielraum für ein (zusätzliches) Engagement haben. Ein Mangel an wohnortnaher Grundversorgung kann die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Erwerbstätigkeit und Engagement erheblich weiter einschränken (Neu/Nikolic 2013). Besonders problematisch ist ein Mangel an engagierten Frauen in Regionen mit einer alternden Bevölkerung und hohen Abwanderungsraten, da der Pool an potenziellen Engagierten dadurch zusätzlich reduziert wird (Davies et al. 2018).

Die genannten Befunde werfen Fragen auf. Entwickeln sich die Geschlechterunterschiede im Engagement in ländlichen Räumen anders als in städtischen Räumen? Zeichnet sich ein Wandel in der Engagementbeteiligung von Frauen auch in ländlichen Räumen ab?

Bislang fehlt es an empirischer Forschung zu diesen Fragestellungen. Viele Studien zum zivilgesellschaftlichen Engagement betrachten die nationale Ebene oder arbeiten mit ländervergleichenden Ansätzen. Untersuchungen, die kleinräumigere Unterschiede beleuchten, nicht nur im Hinblick auf Geschlechternormen (Scarborough/Sin 2020), sondern auch auf Geschlechterunterschiede im Engagement, sind rar (Clifford 2024).

Um mehr darüber zu erfahren, ob Engagement mit weiblichem Empowerment verbunden ist oder eher Geschlechterstereotype reproduziert, braucht es detaillierte Analysen, beispielsweise der tatsächlichen Tätigkeiten im Engagement. Haben die in früheren Studien festgestellten Geschlechterdifferenzen weiterhin Bestand, wonach männliche Tätigkeitsprofile im Engagement vorwiegend als „organisierend, repräsentierend, führend“ und weibliche als „helfend, betreuend, beratend“ (Gensicke et al. 2005: 262) beschrieben werden? Dabei ist auch nach den Ursachen und Folgen dieser Unterschiede zu fragen: Stehen sie im Zusammenhang mit Statusunterschieden? Inwieweit tragen sie dazu bei, dass Frauen weniger sichtbar sind und weniger Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen und ihre eigenen Interessen durchzusetzen?

Wir adressieren diese Forschungslücke, indem wir das Engagement von Männern und Frauen in verschiedenen Raumtypen analysieren und dabei zwei Fragen nachgehen: (1) *Wie hat sich das Engagement von Männern und Frauen in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt?* (2) *Inwieweit unterscheiden sich Männer und Frauen hinsichtlich der faktischen Tätigkeiten, die sie bei ihrer Freiwilligenarbeit ausüben?*

3. Empirische Analysen I – Ehrenamtliches Engagement im Trend

Zur Untersuchung geschlechtsspezifischer Engagementmuster analysieren wir repräsentative Umfragedaten des Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019) und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP, 2001–2019). Dabei nutzen wir die Raumtypologie des Thünen-Instituts in vereinfachter Form und unterscheiden zwischen sehr ländlichen, eher ländlichen und nicht ländlichen Räumen³.

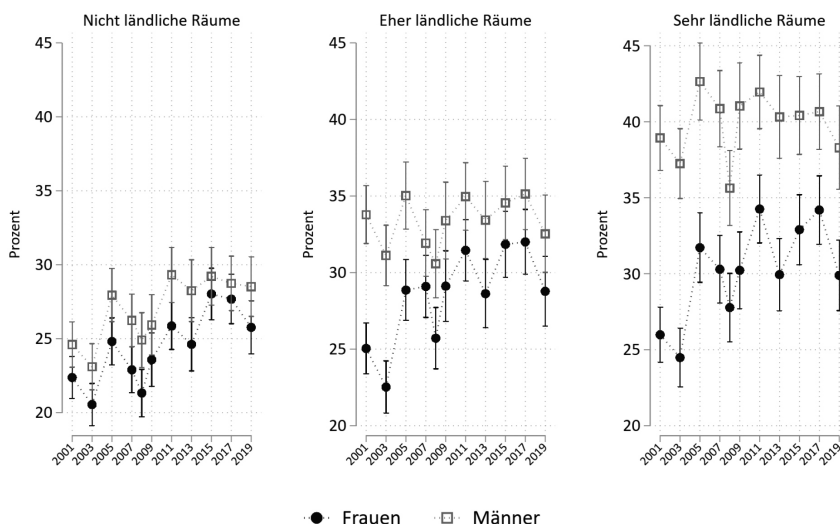
Das SOEP ermöglicht als Panelstudie sowohl die Darstellung personenbezogener Veränderungen als auch jene gesellschaftlicher Trends. Erfasst wird hier das klassische Ehrenamt mit institutioneller Anbindung, das einen Großteil des zivilgesellschaftlichen Engagements ausmacht (SOEP 2021). Die Befragten geben zweijährlich an, ob sie sich in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten engagieren. Die vierstufige Antwortskala wird für die Analyse dichotomisiert (Engagement mindestens selten bis wöchentlich = 1, kein Engagement = 0).

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Anteile engagierter Männer und Frauen über die Zeit (2001–2019). In allen Raumtypen engagieren sich Männer stärker als Frauen, doch die Unterschiede variieren mit dem Grad der Ländlichkeit. In nicht ländlichen Räumen ist die Differenz meist nicht signifikant (die Konfidenzintervalle überlappen sich). In eher ländlichen Räumen sind Männer zu Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahr 2001 noch deutlich engagierter als Frauen; die Anteile nähern sich jedoch im Laufe der Zeit einander an, da das Engagement der Frauen zunimmt, während das der Männer auf gleichbleibendem Niveau bleibt. In sehr ländlichen Räumen nimmt der Unterschied zwischen den Geschlechtern im Zeitverlauf zwar ebenfalls ab, doch bleibt er statistisch signifikant und beträgt im Jahr 2019 noch 8,4 Prozentpunkte: Durchschnittlich engagieren sich hier 38,3 % der Männer und 29,9 % der Frauen. Die ländliche Prägung

3 Die Thünen-Typologie dient der Abgrenzung und Klassifizierung ländlicher Räume, um deren Vielfalt abzubilden. Sie kombiniert zwei Dimensionen: Ländlichkeit und sozioökonomische Lage. Die Ländlichkeit einer Region bemisst sich anhand siedlungsstruktureller Merkmale wie Siedlungsdichte, land- und forstwirtschaftlicher Flächenanteil, Wohnstruktur, Bevölkerungszahl und Entfernung zu großen Zentren. Neben dem „nicht ländlichen“ Raum (Typ 5) unterscheidet die Typologie vier ländliche Raumtypen: zwei „sehr ländliche“ mit guter (Typ 2) bzw. weniger guter sozioökonomischer Lage (Typ 1) sowie zwei „eher ländliche“ mit guter (Typ 3) bzw. weniger guter Lage (Typ 4) (Küpper 2016; Thünen 2025).

des räumlichen Kontextes scheint demnach den Zugang und die Ausübung von Engagement geschlechtsspezifisch zu beeinflussen.

Abbildung 1: Engagement nach Geschlecht und Ländlichkeit (2001–2019)



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP, v.36), 2001–2019. Eigene Berechnungen (gewichtet, N= 241.158).

Lesebeispiel: Im Jahr 2019 engagierten sich 38,3 % der Männer und 29,9 % der Frauen in sehr ländlichen Räumen ehrenamtlich.

4. Empirische Analysen II – Tätigkeiten

Da das SOEP das informelle Engagement weitgehend ausklammert und Frauen sich häufiger informell engagieren, wird zusätzlich der Freiwilligensurvey (FWS) 2014 einbezogen (Hameister et al. 2019). Dieser bildet das komplexe Phänomen Engagement auch jenseits traditioneller, organisationsgebundener Beteiligungsformen ab und erlaubt Aussagen über das Tätigkeitsprofil im Engagement. Damit gibt er uns über das bloße Maß der Beteiligung hinaus noch genauer Auskunft darüber, inwieweit Frauen am zivilgesellschaftlichen Engagement gleichberechtigt teilhaben.

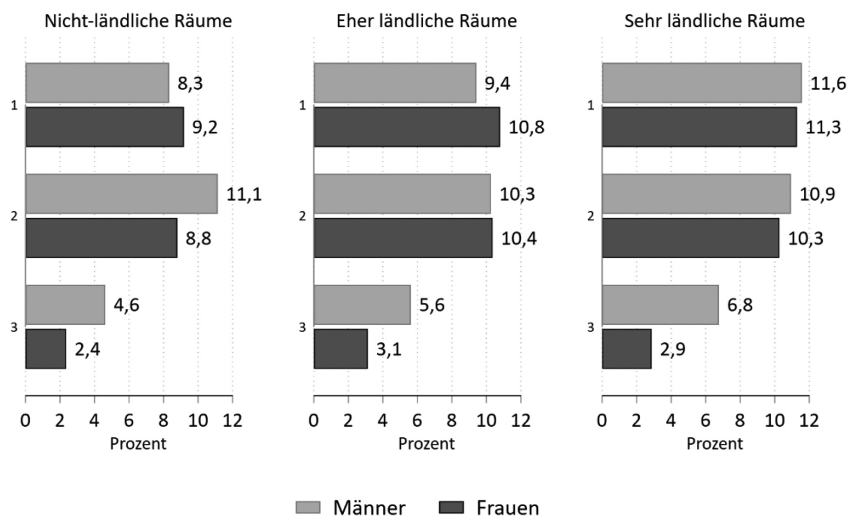
Der FWS enthält drei offene Fragen zur *Art der ausgeübten Tätigkeit*, zum *organisatorischen Kontext des Engagements* sowie zur *Bezeichnung*

dieser Tätigkeit. Diese Informationen ermöglichen Rückschlüsse auf die Tätigkeitsprofile der Befragten und können genutzt werden, um Indikatoren zu entwickeln, die den symbolischen Wert einer Tätigkeit abbilden. Dies wurde in einer früheren Studie umgesetzt. Dabei wurden die offenen Angaben mittels standardisierter Inhaltsanalyse ausgewertet, kategorisiert und für quantitative Analysen aufbereitet, wobei zunächst ein umfassendes Kategoriensystem von Tätigkeitsprofilen entwickelt und anschließend zur Codierung der offenen Antworten verwendet wurde (Kleiner 2022). Auf dieser Basis lassen sich drei bereichsunspezifische Tätigkeitskategorien unterscheiden, die nach dem jeweiligen Prestige hierarchisch angeordnet werden können, welches der Person bei der Ausübung der jeweiligen Tätigkeit wahrscheinlich zukommt (Chan/Goldthorpe 2007: 515)⁴. Diese bereichsunspezifischen Tätigkeitskategorien sind:

- *Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten*, die als einfache Tätigkeiten, die keine spezifischen Qualifikationen erfordern, öffentlich kaum wahrgenommen werden, weshalb sie mit einem eher niedrigen Prestige einhergehen, z. B. der Verkauf von Kuchen und Getränken bei Festen oder Hilfe beim Auf- und Abbau.
- *Organisatorische und administrative Tätigkeiten* im Zusammenhang mit Veranstaltungen, Projekten, Verwaltungsaufgaben und Öffentlichkeitsarbeit. Diese gehen oft mit einer gewissen Sichtbarkeit nach innen und außen einher und verleihen mehr Prestige als Hilfstätigkeiten, da sie bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten voraussetzen und eine längerfristige Verantwortungsübernahme erfordern, z. B. Schatzmeister:in, Webadministrator:in oder Pressesprecher:in.
- *Leitungs- und Repräsentativaufgaben*, die mit einem hohen Grad an Sichtbarkeit und Verantwortung verbunden sind, verleihen am meisten Prestige, wie z. B. Vorsitzende:r, Ehrenvorsitzende:r, Beisitzer:in oder Präsident:in.

4 Wir gehen davon aus, dass die für Berufsklassen entwickelten Kriterien zur Prestigezuschreibung auch auf das Ehrenamt übertragbar sind. Wie Chan und Goldthorpe (2007) zeigen, ist Prestige eng mit der sozialen Wahrnehmung einer Tätigkeit verknüpft, unabhängig davon, ob diese entlohnt wird oder nicht. Da freiwillige Arbeit ebenfalls gesellschaftlich bewertet wird und mit unterschiedlicher Verantwortung, Sichtbarkeit und erforderlicher Qualifikation einhergeht, erscheint eine ähnliche Hierarchisierung plausibel.

Abbildung 2: Tätigkeitstypen nach Geschlecht und Ländlichkeit (2014)



Quelle: Freiwilligensurvey (4. Welle), 2014. Eigene Berechnungen (gewichtet).

Anmerkung: Angaben in Prozent auf Basis $n=12.516$ gültiger Werte. Basis bildet die Gesamtstichprobe der Befragten. Die Balken geben die Anteile der Frauen bzw. Männer in Prozent wieder, die insgesamt in einer der Tätigkeitsformen (1 = allgemeine Hilfstätigkeiten; 2 = organisatorische Tätigkeiten; 3 = Leitungstätigkeiten) engagiert sind.

Abbildung 2 zeigt die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den drei bereichsunspezifischen Tätigkeitsformen (allgemeine Hilfstätigkeiten, organisatorische Tätigkeiten, Leitungstätigkeiten) in Abhängigkeit der Ländlichkeit des Wohnraumes (nicht ländlich, eher ländlich, sehr ländlich). Die Stärke der Geschlechterdifferenz variiert dabei nach Raum- und Tätigkeitstyp. Bei den allgemeinen Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten (Tätigkeit 1) sind die Geschlechterunterschiede in allen drei Raumtypen gering. Frauen übernehmen in nicht ländlichen (9,2 %) und eher ländlichen Räumen (10,8 %) etwas häufiger unterstützende Tätigkeiten als Männer (8,3 % bzw. 9,4 %), in sehr ländlichen Regionen ist das Verhältnis hingegen nahezu ausgeglichen.

In Bezug auf organisatorische Tätigkeiten (2) zeigt sich, dass hier nur in nicht ländlichen Räumen Männer mit 11,1 % signifikant häufiger aktiv sind (Frauen 8,8 %). In eher ländlichen oder sehr ländlichen Räumen finden sich hingegen keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede;

Männer und Frauen übernehmen in ihrer Freizeit gleichermaßen organisatorische und administrative Aufgaben. Folglich ergeben sich auch für diese Tätigkeitsform wenig bemerkenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Verteilung der Leitungstätigkeiten und damit der Führungspositionen (Tätigkeit 3). In allen drei Raumtypen übernehmen Männer signifikant häufiger Leitungsfunktionen als Frauen. Dabei ist der Geschlechterunterschied in sehr ländlichen Räumen am größten. Während das Verhältnis in nicht ländlichen Räumen bei knapp 2:1 liegt (Männer: 4,6 %, Frauen: 2,4 %), zeigt sich in eher ländlichen Regionen ein ähnliches Muster (5,6 % vs. 3,1 %). In sehr ländlichen Räumen ist der Unterschied mit 6,8 % (Männer) gegenüber 2,9 % bei Frauen jedoch noch ausgeprägter. Somit bleibt der Zugang zu Führungspositionen für Frauen in allen Raumtypen begrenzt, in sehr ländlichen Räumen sind Männer jedoch mehr als doppelt so häufig in Leitungsfunktionen freiwillig tätig.

5. Schlussfolgerungen

Die Studie zeigt deutlich, dass sich die geschlechtsspezifische Beteiligung am zivilgesellschaftlichen Engagement in den letzten zwei Jahrzehnten verändert hat, insbesondere in ländlichen Räumen. Während sich der Anteil engagierter Frauen erhöht hat, bleiben strukturelle Ungleichheiten weiterhin bestehen – insbesondere im Hinblick auf Leitungsfunktionen, die nach wie vor überwiegend von Männern wahrgenommen werden. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung, dass Engagement zur Reproduktion von Geschlechterungleichheiten beiträgt: Jene Engagementformen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, gehen mit vergleichsweise wenig Prestige einher. Besonders der geringe Anteil von Frauen in leitenden Tätigkeiten macht deutlich, dass Geschlechterunterschiede auch Statusunterschiede widerspiegeln. Nicht nur, aber besonders in sehr ländlichen Räumen sehen wir, dass sich Frauen zwar zunehmend engagieren, ihr Engagement aber weiterhin weniger sichtbar ist als jenes der Männer und sie ihre Interessen im Vergleich seltener durchsetzen können.

Diese unterschiedlichen Möglichkeiten zur Teilhabe sind nicht allein durch individuelle Präferenzen zu erklären, sondern werden von geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen und infrastrukturellen Gegebenheiten beeinflusst.

Ländliche Räume weisen häufig einen Mangel an unterstützenden Strukturen wie Kinderbetreuung oder Pflegeeinrichtungen auf, was zeitliche

Ressourcen für ein Engagement insbesondere für Frauen einschränkt, die im Rahmen einer traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie stärker in Sorgetätigkeiten eingebunden sind als Männer. Eine unzureichende Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Einkaufsläden oder Apotheken, erschwert ein Engagement in ländlichen Räumen gleich zweifach: Sie ist zum einen ein wesentlicher Grund für engagierte Menschen aus ländlichen Räumen fortzuziehen und ihr Engagement aufzugeben. Zum anderen reduzieren lange Fahrzeiten zeitliche Ressourcen für ein Engagement (Neu/Nikolic 2013; Davies et al. 2018).

Um bestehende Ungleichheit zu überwinden, sind gezielte Maßnahmen erforderlich, die Frauen den Zugang zu sichtbaren und einflussreichen Rollen erleichtern und gleichzeitig strukturelle Hindernisse abbauen – etwa die Förderung weiblicher Führungskräfte in Vereinen und Verbänden sowie ein verstärkter Ausbau von Unterstützungsinfrastrukturen in ländlichen Regionen.

Literaturverzeichnis

- Bock, Bettina B.; Derkzen, Petra (2008): Barriers to women's participation in rural policy making. In: Bock, Bettina B.; Morell, Ildikó Asztalos (Hrsg.): Gender regimes, citizen participation and rural restructuring. Amsterdam, S. 263–281.
- Bock, Bettina B. (2015): Gender mainstreaming and rural development policy; the trivialisation of rural gender issues. In: Gender, Place & Culture, 22. Jg., Heft 5, S. 731–745, <https://doi.org/10.1080/0966369X.2013.879105>.
- Bode, Leticia (2016): Closing the gap: gender parity in political engagement on social media. In: Information, Communication & Society, 20. Jg., Heft 4, S. 587–603, <https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1202302>.
- Boje, Thomas P.; Hermansen, Jonathan; Moberg, Rasmus Juul (2019): Gender and Volunteering in Scandinavia. In: Henriksen, Lars Skov; Strømsnes, Kristin; Svedberg, Lars (Hrsg.): Civic Engagement in Scandinavia. Volunteering, Informal Help and Giving in Denmark, Norway and Sweden. Cham, S. 153–174.
- Chan, Tak Wing; Goldthorpe, John H. (2007): Class and Status: The Conceptual Distinction and its Empirical Relevance. In: American Sociological Review, 72. Jg., Heft 4, S. 512–532.
- Clifford, David (2024): Gender inequalities in unpaid public work: Retention, stratification and segmentation in the volunteer leadership of charities in England and Wales. In: The British journal of sociology, 75. Jg., Heft 2, S. 143–167, <https://doi.org/10.1111/1468-4446.13070>.

- Davies, Amanda; Lockstone-Binney, Leonie; Holmes, Kirsten (2018): Who are the future volunteers in rural places? Understanding the demographic and background characteristics of non-retired rural volunteers, why they volunteer and their future migration intentions. In: *Journal of Rural Studies*, 60. Jg., S. 167–175, <https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2018.04.003>.
- Dean, Jon (2022): Informal Volunteering, Inequality, and Illegitimacy. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 51. Jg., Heft 3, S. 527–544, <https://doi.org/10.1177/08997640211034580>.
- Fyall, Rachel; Gazley, Beth (2015): Applying Social Role Theory to Gender and Volunteering in Professional Associations. In: *Voluntas*, 26. Jg., Heft 1, S. 288–314, <https://doi.org/10.1007/s11266-013-9430-1>.
- Gensicke, Thomas; Picot, Sibylle; Geiss, Sabine (2005): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004*. München.
- Gil-Lacruz, Ana Isabel; Marcuello, Carmen; Saz-Gil, M^a Isabel (2019): Gender differences in European volunteer rates. In: *Journal of Gender Studies*, 28. Jg., Heft 2, S. 127–144, <https://doi.org/10.1080/09589236.2018.1441016>.
- Hameister, Nicole; Kausmann, Corinna; Müller, Doreen (2019): *Deutscher Freiwilligensurvey 2014. Kurzbeschreibung des Scientific Use Files: SUF FWS 2014, Version 1.3*. Berlin.
- Hameister, Nicole; Tesch-Römer, Clemens (2017): Landkreise und kreisfreie Städte: Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Wiesbaden, S. 549–600.
- Haubner, Tine (2020): Die neue „heimliche Ressource der Sozialpolitik“? Soziales Engagement als geschlechterpolitisch ambivalenter Möglichkeitsraum im Community Kapitalismus. In: *ÖZS*, 45. Jg., Heft 4, S. 447–463, <https://doi.org/10.1007/s11614-020-00424-x>.
- Healy, Karen; Haynes, Michele; Hampshire, Anne (2007): Gender, social capital and location: understanding the interactions. In: *International Journal of Social Welfare*, 16. Jg., Heft 2, S. 110–118, <https://doi.org/10.1111/j.1468-2397.2006.00471.x>.
- Kausmann, Corinna; Hagen, Christine (2022): Gesellschaftliche Bereiche des freiwilligen Engagements. In: Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden, S. 95–124.
- Kleiner, Tuuli-Marja (2022): Denn wir wissen nicht, was sie tun. Eine Analyse der Tätigkeiten freiwillig Engagierter in Deutschland auf Basis des Freiwilligensurveys 2014. Thünen Working Paper 196. Braunschweig.
- Kleiner, Tuuli-Marja; Burkhardt, Luise (2021): Ehrenamtliches Engagement: Soziale Gruppen insbesondere in sehr ländlichen Räumen unterschiedlich stark beteiligt. In: *DIW Wochenbericht*, 88. Jg., Heft 35, S. 571–579, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-35-1.
- Kleiner, Tuuli-Marja; Kühn, Marie (2023): Engagement im Spiegel sozialer und räumlicher Ungleichheit. Empirische Analyseergebnisse auf Basis des Deutschen Freiwilligensurveys (2019) und des Sozio-oekonomischen Panels (2001–2019). Thünen Report III. Braunschweig.

- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68. Braunschweig.
- Mahler Walther, Kathrin; Lukoschat, Helga (2020): Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Berlin.
- Mao, Guanlan; Fernandes-Jesus, Maria; Ntontis, Evangelos; Drury, John (2021): What have we learned about COVID-19 volunteering in the UK? A rapid review of the literature. In: BMC public health, 21. Jg., Heft 1, S. 1470, <https://doi.org/10.1186/s12889-021-11390-8>.
- Meyer, Michael; Rameder, Paul (2022): Who Is in Charge? Social Inequality in Different Fields of Volunteering. In: Voluntas, 33. Jg., Heft 1, S. 18–32, <https://doi.org/10.1007/s11266-020-00313-7>.
- Neu, Claudia; Nikolic, Ljubica (2013): TATSÄCHLICH FRAUENPOWER? Das Rollenverständnis und die Erwartungen von Frauen im ländlichen Raum. In: Franke, Silke; Schmid, Susanne (Hrsg.): Frauen im ländlichen Raum, Bd. 88. München, S. 49–61.
- Obinger, Sophie; Bonk, Christiane (2022): Frauen Macht Brandenburg. Daten – Fakten – Handlungsempfehlungen zur politischen Teilhabe von Frauen in Brandenburg. Potsdam.
- Oncescu, Jacquelyn; Giles, Audrey (2013): A rural school's closure: Impacts on volunteers' gender roles. In: Rural Society, 23. Jg., Heft 1, S. 2–19, <https://doi.org/10.5172/rsj.2013.23.1.2>.
- Paarlberg, Laurie E.; Nesbit, Rebecca; Choi, Su Young; Moss, Ryan (2022): The Rural/Urban Volunteering Divide. In: Voluntas, 33. Jg., Heft 1, S. 107–120, <https://doi.org/10.1007/s11266-021-00401-2>.
- Plagnol, Anke C.; Huppert, Felicia A. (2010): Happy to Help? Exploring the Factors Associated with Variations in Rates of Volunteering Across Europe. In: Social Indicators Research, 97. Jg., Heft 2, S. 157–176, <https://doi.org/10.1007/s11205-009-9494-x>.
- Scarborough, William J.; Sin, Ray (2020): Gendered Places: The Dimensions of Local Gender Norms across the United States. In: Gender & Society, 34. Jg., Heft 5, S. 705–735, <https://doi.org/10.1177/0891243220948220>.
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2022): Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>.
- SOEP (2021): Sozio-oekonomisches Panel, Daten der Jahre 1984–2019 (SOEP-Core, v36, EU Edition), <https://doi.org/10.5684/soep.core.v36eu>.
- Thünen (2025): Thünen-Landatlas, Ausgabe 03/09/2025. Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume. Braunschweig. www.landatlas.de (12.9.2025).

Engagement im Kontext von Biografien, Lernen und Bildung

Das gallische Dorf in der Engagementlandschaft – wie zivilgesellschaftliche Organisationen im Programm „Menschen stärken Menschen“ eine Brücke zwischen Ehrenamt und Engagement schlagen

Malica Christ¹, Behzad Förstl²

Zusammenfassung

Während zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend mit sinkenden Mitgliederzahlen und kurzfristigem Engagement konfrontiert sind, erfährt soziales Mentoring trotz seines hochschweligen, langfristigen und organisationsgebundenen Charakters wachsende Bedeutung. Der Beitrag verortet soziales Mentoring am Beispiel des Bundesprogramms „Menschen stärken Menschen“ im Spannungsfeld von klassischem Ehrenamt und neuem, reflexivem Engagement. Dabei wird eine Forschungslücke adressiert: Obwohl Organisationen für die Stiftung und Begleitung von Mentoring-Beziehungen zentral sind, ist die Rolle hauptamtlicher Koordinator*innen bislang wenig untersucht. Der Beitrag arbeitet heraus, dass gerade sie eine Schlüsselfunktion einnehmen, indem sie eine Balance zwischen individueller Flexibilität und organisatorischer Einbindung herstellen. Aus diesen Befunden werden praxisrelevante Strategien des Freiwilligenmanagements abgeleitet, die auch für andere Engagementfelder anschlussfähig sind.

Schlagwörter

Soziales Mentoring; Engagementwandel; Ehrenamt; neues Engagement; Freiwilligenmanagement; Hauptamt

1. Einleitung

Im Rahmen des Bundesprogramms „Menschen stärken Menschen“ (BP-MsM) werden ‚Chancenpat*innenschaften‘ gestiftet, ursprünglich zwischen in Deutschland ansässigen Personen und Geflüchteten, seit 2018 auch herkunftsunabhängig, insbesondere aber nicht ausschließlich mit jungen Menschen in schwierigen Lebenslagen. Insgesamt wurden seit dem Start

1 Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement, Referentin Projekt „Pat*innen, Mentor*innen, Lots*innen“, malica.christ@b-b-e.de.

2 Dr., Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement, Leitung Bereich Netzwerkbetreuung, behzad.foerstl@b-b-e.de.

des Programms 2016 knapp 250.000 Tandems gestiftet. Das zehnjährige Bestehen des Bundesprogramms steht stellvertretend für die zunehmende Bedeutung des sozialen Mentorings als freiwilliger und unentgeltlicher Tätigkeit (Jakob/Schüler 2024; Raitelhuber 2024). Diese zeigt sich auch in der Gründung des Bundesverbands soziales Mentoring. Priemer und Rößler-Prokhorenko formulieren angesichts dieses Erfolgs zu Recht:

Mentoring ist eine anspruchsvolle Form des Engagements, das sowohl von den Engagierten als auch den vermittelnden Organisationen einen hohen Einsatz verlangt. Dies wirft die Frage auf: Warum gelingt es dennoch offenbar gut, Menschen über Mentoring zu einem Engagement zu mobilisieren? (2024: 41)

In diesem Beitrag wollen wir diese Frage für das BP-MsM beantworten, indem wir auf den Beitrag der hauptamtlichen Koordinator*innen fokussieren, die innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen die Pat*innen-schaften umsetzen. Denn obwohl Definitionen von Mentoring eine koordinierende Instanz als charakteristisch für diese Engagementform erachten (Häseler 2023) und Jakob und Schüler (2024: 12–13) die zentrale Rolle der Organisationen für das Zustandekommen der Mentoring-Beziehung und deren weitere Begleitung hervorheben, ist die Rolle der Koordinator*innen wenig erforscht.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Unterscheidung zwischen klassischem Ehrenamt (Förstl/Walter 2024) und neuem Engagement, auf die wir aus Platzgründen nur kurz eingehen. Wir orientieren uns im Folgenden insbesondere an der durch Hustinx und Lammertyn (2023) in Anlehnung an Ulrich Becks (1993) Theorie reflexiver Moderne entwickelten Typologie von kollektivem und reflexivem Engagement. Die Theorie der reflexiven Moderne von Beck besagt, dass die Folgen der Modernisierung zunehmend auf die Gesellschaft einwirken. Insofern bedeutet die gestiegene Freiheit des Individuums durch Aufweichung klassischer Institutionen wie Familie, Religion, soziale Klassen oder auch Arbeitswelt nicht nur mehr Möglichkeiten zur Selbstentfaltung. Ebenso muss das Individuum selbst vermehrt Verantwortung für das eigene Leben und die Gesellschaft übernehmen. Es ist stärker auf sich selbst gestellt, auch was die Risiken betrifft. Ausgehend von dieser differenzierten Perspektive auf Modernisierungsprozesse ist das kollektive Engagement, das Ehrenamt, in erster Linie durch Satzungen, Statuten oder Regelungen fest umrissen. Diese konstituieren es im Wortsinne und legen den Tätigkeits-, Verantwortungs- und auch Wirkungsbereich fest. In diesem Sinne ist es kollektiv orientiert. Das

reflexive Engagement hingegen basiert auf „individuated forms of commitment, in which the focus shifts to the volunteers as an individual actor“ (Hustinx/Lammertyn 2023: 172). Die Engagierten sind hierbei weniger in kollektive respektive kollektivierende Muster eingebettet oder von diesen motiviert. Stattdessen engagieren sie sich selbstbestimmt, entsprechend ihren persönlichen Wünschen und Kompetenzen.

Dies vorausgeschickt legen wir in einem ersten Schritt dar, dass soziales Mentoring im BP-MsM vom Anforderungsprofil her sowohl dem Ehrenamt als auch dem neuen Engagement zuzuordnen ist. In einem zweiten Schritt wenden wir den Blick auf die Koordinator*innen im Rahmen von Pat*innenschaften. Wir zeigen auf, wie die Koordinator*innen zwischen den Ehrenamts- und Engagementdimensionen jonglieren und hierdurch maßgeblich – den hohen Anforderungen zum Trotz – zur Attraktivität von Mentoring beitragen. Abschließend ziehen wir aus dem zuvor diskutierten allgemeine Schlussfolgerungen zur Stärkung des Ehrenamts.

Zur Ausarbeitung des Anforderungsprofils als Ehrenamt und Engagement von sozialem Mentoring wurden die erste und zweite Wirkungsanalyse (BMFSFJ 2017; Gesemann/Höfler/Schwarze 2021) des Bundesprogramms mithilfe von MaxQDA anhand zuvor definierter Kategorien systematisch analysiert. Ergänzend dazu wurden qualitative Daten von Fokusgruppen mit hauptamtlichen Koordinator*innen verschiedener Trägerorganisationen herangezogen, die zwischen 2023 und 2024 im Rahmen des Projekts „Pat*innen, Mentor*innen, Lots*innen: Engagement fördern, Demokratie stärken, gesellschaftlichen Zusammenhalt unterstützen“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagements stattfanden. Insgesamt wurden fünf Fokusgruppen mit jeweils vier bis sechs Teilnehmenden ausgewertet. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte gezielt, um ein möglichst breites Spektrum an Perspektiven aus unterschiedlichen Pat*innenschaftsansätzen und Trägerstrukturen abzubilden. Die Gespräche wurden anhand eines semi-strukturierten Leitfadens moderiert, der zentrale Herausforderungen sowie Gelingensbedingungen der hauptamtlichen Begleitung von Pat*innenschaften thematisierte. Die Fokusgruppen fanden digital statt und wurden zu Dokumentationszwecken aufgezeichnet; die Zusicherung anonymer Auswertung unterstützte dabei eine offene und vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre. Trotz der begrenzten Teilnehmendenzahl ermöglichen die Fokusgruppen durch die Heterogenität der eingebrachten Perspektiven und das gezielte methodische Vorgehen explorative Einsichten.

2. Soziales Mentoring im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“

Soziales Mentoring beschreibt ein Engagement, in dem zwei Menschen freiwillig und unentgeltlich aufeinandertreffen, die sich zuvor nicht oder kaum kannten. Charakteristisch ist der Aufbau einer persönlichen Beziehung, die meist über einen längeren Zeitraum besteht. In Abgrenzung zu Mentoring-Formaten, die etwa in der Wirtschaft etabliert sind, reicht die Beziehung „in den Alltag des Privaten hinein und wird mit Praktiken in Familie, Erwerbstätigkeit, Freizeit, Peerkultur oder Nachbarschaft von Mentor*innen und Mentees verbunden“ (Raithelhuber 2024: 181). Darüber hinaus zeigt sich der ‚soziale‘ Aspekt in der Ausrichtung an dem Unterstützungsbedarf von vulnerablen Zielgruppen.

Im englischsprachigen Raum liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung und der Wirkung des sogenannten ‚Youth Mentoring‘ mit der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen (DuBois et al. 2011; van Dam et al. 2021). Ausgehend vom Alters- und Erfahrungsunterschied zwischen Mentor*in und Mentee sollen klar definierte, meist pädagogische bzw. berufsvorbereitende Ziele erreicht werden. Im Unterschied dazu sind Pat*innenschaften etwa im Kontext des BP-MsM offener gestaltet (Jakob/Schüler 2024: 10–12). So beschreibt Gozzer Pat*innenschaften als Typ des Mentoring, in welcher die Pat*innen als „reliable everyday contacts“ (2024: 167) sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung in verschiedenen alltäglichen Belangen unterstützen.

Der Begriff der ‚Chancenpat*innenschaften‘ umfasst im BP-MsM teils sehr unterschiedliche Modelle und Ansätze des sozialen Mentorings und richtet sich an Zielgruppen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen Unterstützungsbedarfen: In den geförderten Projekten werden beispielsweise Gruppenpat*innenschaften umgesetzt, wobei ein*e Pat*in mehrere Mentees bei den Hausaufgaben unterstützt. Andere Projekte verfolgen einen Peer-to-Peer-Ansatz, nach welchem sich Schüler*innen gleichen Alters im Schulalltag gegenseitig helfen und somit nicht im klassischen Sinne zwischen Pat*in und Mentee unterschieden wird.

Die Begriffe soziales Mentoring und Pat*innenschaften werden in diesem Artikel synonym verwendet, so wie es auch Priemer und Rößler-Prokhorenko (2024: 4) für den deutschsprachigen Raum im Hinblick auf den einschlägigen Forschungsstand als geläufig identifiziert haben.

2.1 Einbindung in organisationale Strukturen als Voraussetzung für Pat*innenschaften als „Ehrenamt“

Aus der Dokumentenanalyse lassen sich insbesondere drei Faktoren identifizieren, die dazu führen, dass Pat*innenschaften dem Anforderungsprofil eines Ehrenamts entsprechen.

Organisationale Einbettung: Die Zielgruppe im Bundesprogramm umfasst insbesondere vulnerable Personen, wie jene mit Fluchterfahrung und seit der Erweiterung der Zielgruppe vor allem junge Menschen in benachteiligten Lebenssituationen. Pat*innenschaften mit diesen beiden Zielgruppen bedürfen einer intensiven Vorbereitung der Mentor*innen und Begleitung der Tandems (Huth 2017: 18; BMFSFJ 2017: 47). Auf Seiten der Mentor*innen als freiwillig und unentgeltlich Tätigen gilt es beispielsweise klare Grenzen zu definieren, Paternalismus entgegenzuwirken, die Engagierten vor zu großer Involvierung zu schützen, aber sie auch für ‚Warnzeichen‘ zu sensibilisieren. Dieser Bedarf an Vorbereitung ist aufgrund der pandemiebedingten Mehrbelastungen insbesondere bei jungen Menschen noch einmal gestiegen (Fokusgruppe V 2024). Um die Vorbereitung zu gewährleisten, sind im Bundesprogramm die Pat*innenschaften eng an die Organisationen gebunden. 93 % (2017) bzw. 94,6 % (2021) der Programträgerorganisationen berichten, dass die Tandems durch Koordinator*innen begleitet werden (BMFSFJ 2017: 48; Gesemann/Höfler/Schwarze 2021: 129), die Teil der jeweiligen Organisation sind und in der Regel hauptamtlich arbeiten.

Strukturierter Matching-Prozess: Bei der Zusammenführung von Pat*innen und Mentees zu einem Tandem wird ein strukturierter Matching-Prozess durch die stiftenden Organisationen umgesetzt. Eine „Passung“ (Jakob/Heinz/Schwalm 2019: 60) ist nachweislich für eine gelingende Pat*innenschaft notwendig. Im Rahmen des Matchings wird darauf geachtet, dass die Kompetenzen der Pat*innen mit den Bedürfnissen der Mentees übereinstimmen – etwa durch einen geringen Altersunterschied und ähnliche Lebenswelten, was zu positiven Beziehungserfahrungen führt (Gesemann/Höfler/Schwarze 2021: 70, 125). Ergänzt wird dieser Prozess bei einigen Organisationen durch eine Zielvereinbarung, die den Rahmen der Pat*innenschaftsbeziehung absteckt (Fokusgruppe V 2024). Ergebnis des Matching-Prozesses kann auch sein, dass eine Pat*innenschaft nicht zustande kommt. Die Mentor*innen können folglich im Kontext des BP-MsM nicht mit ihrer freiwilligen und unentgeltlichen Tätigkeit ‚drauf loslegen‘. Der Matching-Prozess verhindert bewusst ein spontanes Engagement.

*Langfristige und intensive Pat*innenschaftsbeziehung:* Die erste Wirkungsanalyse zum Bundesprogramm zeigt, dass sich 70 % der Tandems mindestens einmal in der Woche persönlich treffen, 50 % gar mehrmals in der Woche und zum Teil täglich über unterschiedliche Kommunikationskanäle in Kontakt stehen (BMFSFJ 2017: 9). Darüber hinaus weisen die Daten darauf hin, dass ein signifikanter Anteil der Beziehungen – über 30 % – auch über den formalen Zeitraum von zwei Jahren hinaus fortbesteht (Gesemann/Höfler/Schwarze 2021: 59). Insbesondere im Kontext der Begleitung von Kindern und Jugendlichen, die oft in Übergangsphasen unterstützt werden, zeigt sich eine nachhaltige Bindung: Häufig begleiten die Pat*innen nach der ersten Phase weitere Mentees (Gesemann/Höfler/Schwarze 2021: 62). Durch die Beständigkeit entwickelt sich eine vertrauensvolle Beziehung, die oftmals als freundschaftlich oder familiär beschrieben wird. Zugleich kann dies nur erreicht werden, wenn die Mentor*innen viel Zeit und anderweitige Ressourcen einbringen, sodass sie ihre freiwillige und unentgeltliche Tätigkeit auch als „Arbeit“ (BMFSFJ 2017: 45) wahrnehmen. Mentoring im Rahmen des BP-MsM geht damit auf Seiten der Mentor*innen mit hohem Aufwand, Anspruch auf Verbindlichkeit und in der Regel längerfristiger Verpflichtung einher.

2.2 „Neues Engagement“ durch Gestaltungsspielräume: Pat*innenschaften ermöglichen eine dezentrale und flexible Umsetzung

Neben den zuvor aufgeführten Merkmalen des Ehrenamts im BP-MsM lassen sich auch Charakteristika des neuen Engagements herausstellen.

Gesellschaftliche Zielsetzung: Die Programmträgerorganisationen im Bundesprogramm verfolgen mit den Pat*innenschaften auch Ziele, die über die individuelle Unterstützung hinaus in die gesamte Gesellschaft wirken, wie die Förderung der Teilhabe von Menschen in benachteiligten Lebenslagen, Bildungsgerechtigkeit und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Gesemann/Höfler/Schwarze 2021: 15). Dies deckt sich mit den Vorstellungen und Wünschen der Mentor*innen: So spielt die externe Wertschätzung durch das soziale Umfeld für etwa die Hälfte der Befragten eine untergeordnete Rolle (BMFSFJ 2017: 29), während der Wunsch, andere Menschen zu unterstützen und aktiv die Gesellschaft mitzugestalten, im Vordergrund steht (BMFSFJ 2017: 28, 69; Gesemann/Höfler/Schwarze 2021: 53). Den Mentor*innen im Bundesprogramm geht es folglich weniger um die Übernahme einer Funktion, wie es im Kontext des Ehrenamts

üblich ist. Sie möchten mit ihrem Engagement etwas über diese Tätigkeit hinaus beitragen.

Dezentrale Umsetzung: Die Tandems organisieren ihre Treffen und Kommunikationswege vorrangig eigenständig und nutzen private Kanäle wie Messenger-Dienste oder Soziale Medien (BMFSFJ 2017: 45). Sie greifen hierfür selten auf Strukturen der stiftenden Organisationen zurück. Hierzu gehört auch, dass Treffen der Tandems an öffentlichen oder privaten Orten außerhalb der stiftenden Organisationen stattfinden (BMFSFJ 2017: 45–46). Sowohl die Orte des Engagements als auch die konkrete Umsetzung sind hiernach im Wesentlichen unabhängig von den stiftenden Organisationen.

Flexible Ausgestaltung: Von den stiftenden Organisationen gibt es sehr offengehaltene bis gar keine Vorgaben zu konkreten Themen und Aktivitäten innerhalb der Pat*innenschaften. Sofern entsprechende Konzepte vorliegen, dienen sie lediglich als Orientierung. Dies bedeutet für das Tandem einen hohen Grad an Gestaltungsfreiheit. Sowohl die Mentees als auch die Mentor*innen haben die Möglichkeit, die Pat*innenschaften nach ihren persönlichen Interessen sowie Kompetenzen auszurichten (BMFSFJ 2017: 18, 43, 86). Für 96 % der Freiwilligen stellt dieser Gestaltungsspielraum einen zentralen Motivationsfaktor dar (BMFSFJ 2017: 53). Diese Flexibilität ermöglicht eine freiwillige und unentgeltliche Tätigkeit, welche im Alltag bzw. in der alltäglichen Umsetzung Spontanität erlaubt und sich flexibel an die individuelle Lebenssituation und individuelle Interessen anpassen lässt.

Priemer und Rößler-Prokhorenko (2024) stellen in ihrer Untersuchung eine Doppelnatur des sozialen Mentorings fest: Dieses umfasst sowohl Charakteristika des Ehrenamts als auch des neuen Engagements. Dieser Befund wird im Kontext von „Menschen stärken Menschen“ bestätigt. Soziales Mentoring im Bundesprogramm vereint sowohl Merkmale eines klassischen Ehrenamts als auch Dynamiken des neuen Engagements.

Wie im nächsten Abschnitt dargelegt wird, tragen insbesondere die hauptamtlichen Koordinator*innen dazu bei, dass der Engagementcharakter für die Mentor*innen in den Vordergrund rückt, während gleichzeitig die hochschwelligten Anforderungen in der Ehrenamtsdimension in den Hintergrund rücken.

3. Spagat zwischen Ehrenamt und neuem Engagement: Die Rolle der Koordinator*innen im Spannungsverhältnis von Struktur und Flexibilität

Koordinator*innen im Bundesprogramm tragen, wie die qualitative Auswertung der Fokusgruppengespräche zeigt, insbesondere durch drei Elemente dazu bei, dass der Engagementcharakter von sozialem Mentoring in den Vordergrund rückt.

Erwartungsmanagement: Das Erwartungsmanagement im Bundesprogramm beginnt bereits mit dem Matching-Prozess. So durchlaufen Pat*innen und Mentees zu Beginn einen Prozess, in dessen Rahmen mittels Fragebögen, digitaler Abfragen, Kennlerngesprächen und/oder Informationsveranstaltungen die Erwartungen an die Pat*innenschaft abgefragt werden (Fokusgruppe II 2024; Fokusgruppe IV 2024). Bei einigen Programmträgern im Bundesprogramm ist darüber hinaus eine Teilnahme an Vorbereitungskursen verpflichtend, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass diese zu einem Rückgang von Abbrüchen der Pat*innenschaften führen (Fokusgruppe V 2024). Der Abgleich der Erwartungen wird fortwährend, wenn auch nicht mehr stets durch standardisierte Abfragen, im Laufe der Pat*innenschaft durchgeführt.

Regelmäßige Kommunikation: Bereits das Erwartungsmanagement geht mit einer regelmäßigen Kommunikation einher. Die Koordinator*innen fungieren auch als Seismografen der Pat*innenschaften. Hierfür stehen sie im regelmäßigen Austausch mit Mentor*innen und Mentees über diverse Kanäle, wie E-Mail, Telefon, Messenger-Dienste oder persönliche Treffen (Fokusgruppe IV 2024). Im Rahmen dieser Kommunikation werden Gespräche gemeinsam im Tandem, aber ebenso einzeln mit den Mentees und Mentor*innen geführt, um einen Eindruck über den ‚Zustand‘ des Tandems zu erhalten. Auch führt der enge Kontakt dazu, Schwierigkeiten oder auftretende Konflikte frühzeitig zu erkennen. Sobald die Koordinator*innen Probleme identifizieren, suchen sie das Gespräch, um gemeinsam Lösungen zu finden (Fokusgruppe III 2024). Die Kontaktaufnahme geht teilweise über eine reine Kontroll- und Begleitfunktion hinaus. Manchmal werden, bei Wahrung aller Grenzen, auch Geburtstagswünsche oder bei Bedarf Genesungswünsche kommuniziert, um Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen (Fokusgruppe I 2023; Fokusgruppe IV 2024).

Individuelle Förderung: Im Rahmen der regelmäßigen Kommunikation sind die Koordinator*innen bestrebt, sowohl die Mentor*innen als auch die Mentees in der Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen zu unterstützen. So unterstreicht ein*e Koordinator*in: „Sie [die Pat*innen] sind ja eigentlich

unser Kapital und das läuft über Schulungen, über Weiterbildung. Sie sollen sich in ihren Skills, in ihren persönlichen Kompetenzen gestärkt fühlen und gefördert fühlen“ (Fokusgruppe V 2024). Die persönliche und enge Begleitung trägt dazu bei, dass die Koordinator*innen die Bedarfe nach Fort- und Weiterbildungen fortlaufend identifizieren und entsprechende Angebote unterbreiten.

Die drei genannten Elemente lassen sich zu einem engmaschigen Freiwilligenmanagement zusammenfassen. Dieses beginnt bereits, bevor die Pat*innenschaft startet, in Form des Erwartungsmanagements. Hierdurch wird Enttäuschungen im Rahmen der Pat*innenschaft vorgebeugt. Im Zuge der Pat*innenschaft sind Koordinator*innen Ansprechpersonen sowohl für die Mentees als auch Mentor*innen, ermöglichen Beratung ähnlich einer Supervision und bringen darüber hinaus auch Wertschätzung zum Ausdruck. Durch diesen engen Austausch können die Koordinator*innen, auf Wunsch der Mentor*innen, Möglichkeiten zur individuellen Weiterentwicklung aufzeigen, um etwa die eigenen Kompetenzen zu stärken. Hierdurch ermöglichen sie einen Mehrwert für die Engagierten, der über das konkrete Engagement hinausgeht.

Das skizzierte engmaschige Freiwilligenmanagement ist ausschlaggebend dafür, dass im Bundesprogramm knapp 250.000 Pat*innenschaften gestiftet wurden. Es führt dazu, dass das hohe Anforderungsprofil von sozialem Mentoring erhalten bleibt. Zugleich eröffnet es Möglichkeiten eines reflexiven Engagements: Die Engagierten werden bei der individuellen Ausgestaltung der Pat*innenschaft unterstützt und ihnen werden Perspektiven der individuellen Weiterentwicklung aufgezeigt.

4. Schluss

4.1 Zusammenfassung

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist eine scheinbar widersprüchliche Einsicht: Einerseits ziehen Individuen in der Spätmoderne reflexives Engagement gegenüber kollektivem vor, weil es Flexibilität, Spontaneität und Selbstbestimmung gewährt, während das Ehrenamt zuvörderst in Satzungen, Verfahren und Regeln eingebettet ist. Gleichzeitig gewinnt soziales Mentoring zunehmend an Bedeutung, obwohl es hochschwellig, zeitintensiv und im Idealfall von langer Dauer ist.

Mit der doppelten Verortung des sozialen Mentorings im Spannungsfeld von klassischem Ehrenamt und neuem Engagement gehen auch potenzielle

Zielkonflikte einher. Insbesondere stellt sich die Frage, wie das notwendige Maß an Struktur, etwa in Form von Matching-Prozessen, mit dem Wunsch der Engagierten nach Flexibilität und individueller Gestaltung in Einklang gebracht werden kann. Während eine zu starke Strukturierung das selbstbestimmte Engagement einschränken könnte, birgt zu viel Freiraum das Risiko von Überforderung, unklaren Erwartungen und negativen Folgen, sowohl für die Mentees als auch für die Pat*innen.

Am Beispiel des BP-MsM haben wir aufgezeigt, wie hauptamtliche Koordinator*innen eine Balance zwischen Freiraum und notwendiger Strukturierung schaffen. Die Koordinator*innen übernehmen hier eine Schlüsselrolle, indem sie zwischen beiden Polen vermitteln: Sie tragen durch Erwartungsmanagement, regelmäßige Kommunikation sowie individuelle Förderung der Engagierten dazu bei, dass der reflexive Charakter des sozialen Mentorings in den Vordergrund rückt und schaffen hierdurch Raum für Spontanität, Flexibilität und Selbstbestimmung im Kontext einer anspruchsvollen freiwilligen und unentgeltlichen Tätigkeit.

4.2 Über den Tellerrand geblickt

Modernisierungsfolgen im Kontext des Engagements beschränken sich nicht ausschließlich auf das Feld des sozialen Mentorings. Auch andere Engagementfelder und die dort aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen sehen sich zunehmend mit dem reflexiven Engagement konfrontiert. Zum Abschluss stellt sich daher die Frage, ob aus dem zuvor diskutierten Einsichten für zivilgesellschaftliche Organisationen in anderen Engagementfeldern abgeleitet werden können, die diese unterstützen, die Balance zwischen kollektivem und reflexivem Engagement zu bewältigen und weiterhin attraktiv zu bleiben. Wir erachten dreierlei für wichtig.

Dezentrale Ausführung und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten: Die Durchführung der freiwilligen und unentgeltlichen Tätigkeit sollte überwiegend außerhalb formaler Organisationsstrukturen erfolgen, sei es in privaten oder öffentlichen Räumen. Dieser dezentrale Ansatz ermöglicht den Engagierten eine hohe Flexibilität, da sie ihr Engagement entsprechend ihrer persönlichen Interessen und aktuellen Lebensphase gestalten können. Durch den Wegfall starrer institutioneller Vorgaben wird eine individuelle Freiheit gefördert, die es den Freiwilligen erlaubt, sich selbstbestimmt einzubringen.

Intensive persönliche Betreuung und regelmäßiger Austausch: Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die langfristige Bindung von Engagierten

ist der persönliche Kontakt, der vor allem durch hauptamtliche Koordinator*innen realisiert werden muss. Diese intensive Begleitung sollte Gespräche, regelmäßige Treffen sowie bedarfsorientierte Beratungsangebote umfassen. Durch den kontinuierlichen Austausch wird Frustration und Überbelastung vorgebeugt; die individuelle Selbstwirksamkeitserfahrung und zugleich das Zugehörigkeitsgefühl zur Organisation werden stattdessen gestärkt.

Individuelle Weiterentwicklungsmöglichkeiten: Ein wesentlicher Aspekt ist die systematische Erfassung und Abstimmung der individuellen Interessen und Kompetenzen der Engagierten. Diese sollten bereits zu Beginn der freiwilligen und unentgeltlichen Tätigkeit identifiziert werden. Die gewonnenen Informationen sollten nicht nur einem Erwartungsmanagement zugutekommen. Vielmehr sollten sie dazu genutzt werden, den freiwillig und unentgeltlich Tätigen passende Weiterentwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Auch in der Spätmoderne kann ein Ehrenamt attraktiv gestaltet werden. Dazu bedarf es jedoch entsprechender Ressourcen. Vor dieser Herausforderung steht die Zivilgesellschaft.

Literaturverzeichnis

- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen: zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. 1. Aufl. Frankfurt/Main.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Wirkungsanalyse des Patenschaftsprogramms im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“. <https://www.bmfsfj.bund.de/resource/blob/117596/ed5f189dae3bf142645cb4b87db14f0e/wirkungsanalyse-des-patenschaftsprogramms-menschen-staerken-menschen-data.pdf> (10.8.2025).
- DuBois, David; Portillo, Nelson; Rhodes, Jean; Silverthorn, Naida; Valentine, Jeffrey (2011): How Effective Are Mentoring Programs for Youth? A Systematic Assessment of the Evidence. In: *Psychological Science in the Public Interest*, 12. Jg., Heft 2, S. 57–91.
- Förstl, Behzad; Walter, Andrea (2024): Ehrenamt. In: Gille, Christoph et al. (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Baden-Baden, S. 289–296.
- Gesemann, Frank; Höfler, Leif Jannis; Schwarze, Kristin (2021): Wirkungsanalyse zum Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ – Abschlussbericht. BMFSFJ (Hrsg.). <https://www.bmfsfj.bund.de/resource/blob/186990/6ca1fd937a2d0a32b8c55cb81913cd1b/wirkungsanalyse-menschen-staerken-menschen-data.pdf> (10.8.2025).
- Giddens, Anthony (1990): *The consequences of modernity*. Cambridge/Oxford.

- Gozzer, Laura (2024): Voluntary mentoring. Relationship-building as urban-ethical practice in Munich. In: Acosta, Raúl (Hrsg.): Urban Ethics As Research Agenda. Outlooks and Tensions on Multidisciplinary Debates. Oxon, S. 167–184.
- Jakob, Gisela; Heinz, Clara; Schwalm, Anne-Marie (2019): Bürgerschaftliches Engagement in Patenschafts- und Mentoringprojekten. Forschungsbericht. Projektlaufzeit: Januar–Dezember 2018. Darmstadt. https://sozarb.h-da.de/fileadmin/documents/Fachbereiche/Soziale_Arbeit/Lehrende/Jakob/Jakob_Forschungsbericht_Patenschaftsprojekt_Web_Version_20190605.pdf (10.8.2025).
- Jakob, Gisela; Schüler, Bernd (2024): Eine neue Kultur des Engagements für junge Menschen: Zur Entwicklung von Patenschaften und Mentoring, ihrer Unterstützung und Erforschung in Deutschland. Einführung und Überblick. In: Jakob, Gisela; Schüler, Bernd (Hrsg.): Patenschaften und Mentoring für Kinder und Jugendliche. Eine neue Kultur des Engagements zur Förderung von Bildung, Teilhabe und Integration. Weinheim/Basel, S. 9–38.
- Häseler, Sarah (2023): Mentoring. In: socialnet Lexikon. <https://www.socialnet.de/lexikon/Mentoring> (27.2.2025).
- Hustinx, Lesley; Lammertyn, Frans (2023): Collective and Reflexive Styles of Volunteering: A Sociological Modernization Perspective. In: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations, 14. Jg., Heft 2, S. 167–187.
- Huth, Susanne (2017): PatInnen, MentorInnen, LotsInnen für Integration – Akteure, Konzepte, Perspektiven. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hrsg.): Arbeitspapiere Nr. 1. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/06_Service/02_Publikationen/2017/2017-bbe-reihe-arbeitspapiere-001.pdf (10.8.2025).
- Priemer, Jana; Rößler-Prokhorenko, Charlotte (2024): Die Zivilgesellschaft als neuer Bildungspartner: Mentoring, Patenschaft und Mediation. WZB Discussion Paper 2024–601. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2024/zz24-601.pdf> (10.8.2025).
- Raithelhuber, Eberhard (2024): Wie kann man soziale Mentoringprogramme sozialpädagogisch beforschen? Soziale Bildung als Perspektive auf eine wachsende Form sozialer Intervention. In: Blumenthal, Sara et al. (Hrsg.): Soziale, informelle und transformative Bildung: Beiträge zur sozialpädagogischen und anthropologischen Bildungsforschung. Norderstedt, S. 179–197.
- van Dam, Levi et al. (2021): Youth Initiated Mentoring: A Meta-analytic Study of a Hybrid Approach to Youth Mentoring. In: Journal of Youth and Adolescence, 50. Jg., Heft 2, S. 219–230.

Datenquellen

- Fokusgruppe I (2023), digital durchgeführt am 28.9.2023.
- Fokusgruppe II (2024), digital durchgeführt am 1.8.2024.
- Fokusgruppe III (2024), digital durchgeführt am 15.8.2024.
- Fokusgruppe IV (2024), digital durchgeführt am 29.8.2024.
- Fokusgruppe V (2024), digital durchgeführt am 12.9.2024.

Entwicklungen und Trends der berufsbezogenen Freiwilligenarbeit für junge Zugewanderte infolge der Coronapandemie

Bernhard Scholze¹, Theresa Grüner², Nicole Pötter³

Zusammenfassung

Freiwilliges Engagement war während der Coronapandemie mit Herausforderungen konfrontiert. Persönliche Begegnungen, die in vielen Engagementfeldern den Wesenskern der Tätigkeit darstellen, waren lange nicht möglich, Organisationen erprobten daher digitale Lösungen. Die bei der berufsbezogenen Unterstützung junger Zugewanderter verbreiteten Mentoring- und Patenschaftsprojekte sind jedoch nur bedingt für eine digitale Umsetzung geeignet, da der persönliche Kontakt für die berufliche und auch soziale Integration kaum zu ersetzen ist. Das Projekt LokU 2.0 untersucht unter anderem, welche pandemiebedingten Herausforderungen Mentoring-Projekte für Zugewanderte am Übergang in Ausbildung und Arbeit zu bewältigen hatten und welche damit einhergehenden Neuerungen das Handlungsfeld nachhaltig prägen. Die vorgestellten Ergebnisse zu (post-)pandemischen Entwicklungen in diesem Engagementfeld basieren auf vier Interviews mit Ehrenamtskoordinator*innen von Mentoring-Projekten in München.

Schlagwörter

freiwilliges Engagement; berufsbezogenes Engagement; berufliche Integration; Coronafolgen; junge Zugewanderte; Digitalisierung

1. Die Coronapandemie als Zäsur für die Freiwilligenarbeit im Feld der berufsbezogenen Unterstützung junger Zugewanderter

Junge Zugewanderte am Übergang in Ausbildung und Arbeit waren besonders stark von den Folgen der Coronapandemie betroffen. Die schulische und berufliche Ausbildung sowie Maßnahmen der Berufsintegration wurden zeitweise ausgesetzt (Kosyakova 2021: 23). In Gemeinschaftsunter-

1 Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, bernhard.scholze@hm.edu.

2 Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, theresa.gruener@hm.edu.

3 Prof. Dr., Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München, Projektleitung LokU 2.0, nicole.poetter@hm.edu.

künften mangelte es oft an Lernräumen mit PCs und Internetzugängen; neben der fehlenden technischen Ausstattung spielten auch unzureichende Medien- und Sprachkompetenzen, Kommunikationsängste in virtuellen Umgebungen und psychische Belastungen eine Rolle (Erler/Prytula 2020; Falkenhain et al. 2021). Wichtige Kontaktpersonen in Beratungsstellen oder im Jobcenter waren zudem nur noch telefonisch oder per E-Mail erreichbar. Junge Zugewanderte wurden vielfach kurz-, aber auch mittelfristig in ihrer Bildungsbiografie und ihren Integrationschancen zurückgeworfen (Stein et al. 2023: 175–177).

Die Unterstützung durch Freiwillige war daher gerade in der Pandemiesituation wichtig, um Bildungserfolge der Zielgruppe zu sichern. Allerdings ging das freiwillige Engagement in der Flüchtlingshilfe während der Pandemie trotz spontaner Hilfsangebote vielerorts zurück (Becker et al. 2024). Gleichzeitig haben sich während der Pandemie innovative Formen des digitalen freiwilligen Engagements etabliert, die sich durch eine niedrigschwellige, dezentrale Teilhabe und digitale Tools auszeichnen (BMFSFJ 2024: 19).

Für die Unterstützung junger Zugewanderter am beruflichen Übergang bestehen lokale Unterstützungsketten in Form von örtlichen Netzwerken mit Kooperationen kommunaler, zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure. Zusammenarbeit im Handlungsfeld besteht etwa zwischen Behörden, Freien Trägern, der Arbeitsverwaltung, Migrant*innenorganisationen, Handwerkskammern und Helfer*innenkreisen. Als wichtiger Teil dieser Netzwerke fungieren freiwillig Engagierte als Brückenbauer*innen für junge Zugewanderte am Übergang Schule-Beruf. Die Bandbreite der berufsbezogenen Unterstützung reicht von Gesprächen über das Ausbildungssystem bis zu konkreter Hilfe, z. B. bei der Prüfungsvorbereitung, der Erstellung von Bewerbungsunterlagen oder der Stellensuche (Grüner/Jost/Pötter 2021). Eine wesentliche Unterstützungsform durch freiwillig Engagierte ist das Mentoring, das im vorliegenden Beitrag im Zentrum stehen soll.

Folgenden Fragen wird anhand von Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt ‚Lokale Unterstützungsketten für junge neu Zugewanderte – Wandel & Potenziale im Zeichen der Corona-Pandemie‘ (LoKU 2.0)⁴ und der Betrachtung von vier Münchener Mentoring-Projekten im beschriebenen Arbeitsfeld nachgegangen:

4 LoKU 2.0 wird vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR; ehemals BMBF) gefördert; Laufzeit: 2/2023–1/2026.

- Wie hat die berufsbezogene Freiwilligenarbeit für junge Zugewanderte in Form des Mentorings auf die pandemiebedingten Herausforderungen reagiert?
- Welche Schwierigkeiten, aber auch welche Chancen gingen damit für die Umsetzung verschiedener Mentoring-Programme sowie die Betreuung der freiwillig Engagierten einher und welche Innovationen prägen das Engagementfeld nachhaltig?

2. Mentoring als Unterstützungsform im Handlungsfeld

Das Mentoring hat als „wirkungsvolles Instrument zur Förderung einzelner Zielgruppen in unterschiedlichen Kontexten“ (Zieris 2023: 31) in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Beim Mentoring werden die Erfahrungen und das Wissen einer erfahrenen Person (Mentor*in) zielorientiert an eine weniger erfahrene Person (Mentee) weitergegeben, charakteristisch ist dabei eine „pädagogische und zugleich asymmetrische Beziehung“ (Jakob/Schüler 2024: 13). Dabei ist ein persönliches, vertrauensvolles Verhältnis zwischen Mentor*in und Mentee eine Gelingensbedingung für eine erfolgreiche Unterstützungsleistung (Jakob/Schüler 2024: 34). Die in diesem Beitrag untersuchten Projekte lassen sich dem ehrenamtlichen, berufs- und ausbildungsbezogenen Mentoring der Integrationsarbeit zuordnen: „Mentor*innen sollen vor allem jungen Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchteten [...] mit geringen Ausbildungschancen den Einstieg in das Berufsleben erleichtern oder überhaupt ermöglichen“ (Priemer/Rößler-Prokhorenko 2024: 7).

Eine tragende Rolle bei der Ausgestaltung der Gelingensbedingungen des Mentorings haben die meist hauptamtlichen Freiwilligenkoordinator*innen: Potenziale liegen vor allem in der Berücksichtigung der persönlichen Passung von Mentor*in und Mentee im Zuge des ‚Matchings‘ sowie in einer zugleich kontinuierlichen und bedarfsbezogenen Begleitung der Tandems (Zieris 2023: 44–45). Besondere Herausforderungen bringen gänzlich oder teilweise digital konzipierte Tandems mit sich, die seit der Coronapandemie an Beliebtheit gewinnen, da gerade „die persönlichen Beziehungen und engen Bindungen [...] wesentliche motivierende Faktoren für die Weiterführung der Hilfestellungen“ (Lauter et al. 2023: 280) darstellen. Bei jungen Zugewanderten sind zudem Ungleichheitsfragen in Bezug auf digitale Ressourcen und Kompetenzen im Auge zu behalten.

Die konzeptionelle Unterscheidung des Mentorings zwischen stärker beziehungsorientierten Ansätzen und eher instrumentellen, auf ein bestimmtes Ziel ausgerichteten Formaten (Schüler 2020) ist relevant für diese Studie. Die hier diskutierten Mentoring-Projekte unterscheiden sich in dieser Hinsicht, was bei der Analyse der Coronafolgen für die Unterstützung der jungen Zugewanderten berücksichtigt wird.

Zu beachten ist außerdem, dass sich die Zielgruppe seit der Pandemie verstärkten Problemlagen gegenübersteht. In einer im Frühjahr 2024 im Forschungsprojekt durchgeführten Online-Befragung mit 180 Akteur*innen lokaler Unterstützungsketten aus deutschen Großstädten⁵ wurde untersucht, in welchen Bereichen junge Zugewanderte am beruflichen Übergang besonders stark unter den Folgen der Pandemie leiden. Von den Teilnehmenden wurden in diesem Zusammenhang vor allem diese Aspekte beschrieben:

- Psychosoziale Probleme (insbes. mentale Gesundheit / soziale Kompetenzen)
- Defizite bei digitaler Medienkompetenz
- Nachholbedarfe bei der berufsbezogenen Sprachförderung
- Verstärkte Lernschwierigkeiten (insbes. Konzentrationsprobleme)

Von Huber et al. (2024) wurde in einer partizipativen Studie mit Geflüchteten aufgezeigt, dass in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte Zugewanderte besonders unter der Isolation und der erlebten Einsamkeit gelitten haben. Die pandemiebedingten Mehrbedarfe der Zielgruppe fordern auch Mentoring-Programme im Arbeitsfeld heraus, entsprechende Strategien im Umgang mit diesen Aspekten zu entwickeln.

3. Methodik

Das Projekt LokU 2.0 nimmt eine Analyse lokaler Unterstützungsketten in der (Post-)Pandemiephase vor und untersucht die Auswirkungen der Pandemie auf die ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Freiwilligenarbeit für junge Zugewanderte zwischen 16 und 26 Jahren. Die in diesem Papier präsentierten Ergebnisse basieren auf vier leitfadengestützten Experteninterviews mit Koordinator*innen von Mentoring-Projekten in diesem

5 Mehr zu Methodik und Ergebnissen ist in einem Working Paper zu lesen (Scholze/Grüner 2024).

Handlungsfeld in München. Deren Ziel war die Reflexion der während der Coronapandemie vorgenommenen Anpassungen der Projekte sowie der daraus hervorgegangenen Innovationen. Sie zeigen folglich auf, wie in diesen Projekten mit der Notsituation umgegangen wurde und wie sich die Pandemiefolgen auf die gegenwärtige Arbeit niederschlagen. Dabei lassen sich die Projekte der interviewten Koordinator*innen, wie in Tabelle 1 dargestellt, zwei Projektformen zuordnen:

*Tabelle 1: Projekte des berufsbezogenen Engagements der interviewten Koordinator*innen*

<i>Projektform A (IP 1, IP 2)</i>	<i>Projektform B (IP 3, IP 4)</i>
Zielgruppe	
<i>Zugewanderte Schüler*innen</i>	<i>Zugewanderte in Ausbildung</i>
Art des Mentorings	
Berufsvorbereitendes, wöchentliches Mentoring an Schulen eher instrumentell / bedarfsorientiert (allgemeinbildend: Abgangsklassen einer Mittelschule, berufsbildend: Berufsintegrationsklassen)	Berufsbezogenes, dyadisches Mentoring stärker beziehungsorientiert ausbildungsbegleitend
Betreungsverhältnis und Dauer	
1:x (je Mentor*in wechselnde Mentees in Einzelcoachings) auf ein Schuljahr begrenzt	1:1 (je Mentor*in 1 Mentee) mittel- bis langfristig angelegt
Aufgabenfeld	
Unterstützung bei Berufsfindung, Bewerbungsprozess und der Vermittlung in Ausbildung oder Praktikum	Ausbildungsbegleitung (Lernhilfe, berufssprachliches Training); teilweise auch Unterstützung bei der Berufsvorbereitung

Quelle: eigene Darstellung.

Die Gegenüberstellung zeigt, dass das Mentoring der Projektform A weniger beziehungs- und stärker bedarfsorientiert organisiert ist als jenes der Projektform B. Dennoch handelt es sich auch hier um Mentoring, da über ein gesamtes Schuljahr regelmäßig, zielgerichtet und prozessorientiert mit einzelnen Schüler*innen gearbeitet und ein gemeinsamer Weg der Berufsvorbereitung bestritten wird. Dabei entstehen auch persönliche Bindungen, wie IP 1 beschreibt: „Also so viel Zuwendung, wie die von einem Mentor kriegen, [...] haben oft viele Schüler gar nicht. Das heißt, die sind natürlich dann auch total beliebt“ (IP 1).

In beiden Projektformen unterstützen Mentor*innen die Mentees berufsbezogen, „indem sie Wissen und Erfahrung teilen“ und „bei der Festlegung von Zielen“ helfen (Priemer/Rößler-Prokhorenko 2024: 7).

4. Empirische Befunde: Der Umgang der Mentoring-Projekte mit der Pandemie

4.1 Adaption und Innovation innerhalb der Mentoring-Programme

Alle Projekte entwickelten aufgrund der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen Online-Unterstützungsformate. Je nach Ansatz der berufsbezogenen Unterstützung durch Mentoring (Tab. 1) traten dabei unterschiedliche Herausforderungen auf.

Berufsvorbereitendes Mentoring an Schulen (Projektform A): Die beiden Projekte, bei denen das Mentoring normalerweise während der Unterrichtszeit in den Schulen stattfindet, setzten eine digitale Betreuung der Schüler*innen um, als deutlich wurde, dass die Schulschließungen anhalten. Gemeinsam mit den Schulen schufen die Projekte zunächst asynchrone Kommunikationswege (Messengerdienste, E-Mails), um den Kontakt zu den Mentees aufrechtzuerhalten. Das synchrone Arbeiten mittels Videokonferenzsystemen war wegen der mangelnden IT-Ausstattung der Schüler*innen zunächst nicht möglich: „Also am Anfang, sagen wir mal so das erste Jahr, waren natürlich erstmal die Probleme, dass einfach überhaupt keine Endgeräte [...] da waren“ (IP 1).

Doch auch nach der Verteilung von Leihgeräten zeigte sich, dass nicht alle Schüler*innen für eine synchrone Betreuung erreichbar waren: „Dann waren natürlich auch trotzdem Endgeräte, dann eins in einem Haushalt mit drei Geschwistern, die er dann teilen musste. [...] Einige Schüler waren zu erreichen, einige eben nicht“ (IP 1). Und: „Die Schüler, die man so digital erreicht, das sind die, die hätten es wahrscheinlich auch allein geschafft, aber die, die es halt wirklich brauchen, die erreicht man nur in Person an der Schule“ (IP 1).

In den Fällen, in denen Videokonferenztools unterstützend zur Anwendung kamen, stießen die Mentor*innen oftmals auf unzureichende digitale Kompetenzen der Mentees: „Medienkompetenz sollte man bei den meisten unserer Schüler nicht voraussetzen. [...] Sie sind es überhaupt nicht gewohnt, Gespräche übers Internet zu führen. Sowas muss trainiert werden“ (IP 2).

Das digitale Mentoring während der Pandemie hat damit nur sehr wenige und dann oft die ohnehin leistungsstärkeren, zugewandten Schüler*innen erreicht. Auch konnte es in qualitativer Hinsicht die persönliche Unterstützung an den Schulen nicht ansatzweise ersetzen. Dies mag auch daran liegen, dass die persönliche Bindung zwischen Mentor*innen und Mentees, auf die eine digitale Betreuung aufbauen sollte, in diesen Projekten nicht so stark ausgeprägt ist wie bei Projektform B. Der eher instrumentellen, bedarfsorientierten Form des schulischen Mentorings in Projektform A fehlte somit das nötige Maß an Verbindlichkeit und Vertrauen.

Was bleibt? Beide Projekte der Projektform A haben das digitale Mentoring nach den Kontaktbeschränkungen wieder eingestellt, da ihre Form der Unterstützung auf den regelmäßigen, persönlichen Kontakt in den Schulen angewiesen ist. Lediglich die asynchrone Kommunikation mit den Schüler*innen (Messengerdienste, E-Mails) wird weiterhin für Absprachen genutzt; vorher beschränkte sich der Kontakt zwischen Mentor*in und Mentee auf die Treffen in den Schulen.

Berufsbezogenes, dyadisches Mentoring (Projektform B): Auch die Projekte der Form B haben ihr Mentoring-Programm während der Kontaktbeschränkungen digitalisiert. Da die dyadischen Tandems, anders als bei Projektform A, durch die Stetigkeit ihrer Beziehung eine hohe Bindungsqualität aufweisen, verlief die Umstellung auf Videokonferenzsysteme meist reibungslos. Die Bereitschaft der Tandems sich der Situation anzunehmen war groß. Nur in Einzelfällen wurde das Mentoring während der Pandemie nicht digital fortgesetzt, weil (meist ältere) Mentor*innen nicht die Bereitschaft hatten, sich darauf einzulassen: „Manche wollten es auch nicht, die haben gesagt, nee, das machen sie nicht, sie machen jetzt, bis sich es wieder verändert, weil sie wollen sich nicht in diese Online-Sachen einarbeiten“ (IP 4).

Als Hürden wurden auch bei Projektform B mangelnde digitale Kompetenzen der Zugewanderten sowie fehlende Endgeräte und Internetzugänge genannt. Diese traten vor allem auf, wenn die Mentees noch in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht waren. Beide Projekte der Form B profitierten jedoch von Laptop-Spenden aus ihrem jeweiligen lokalen Unterstützungsnetzwerk. Als Limitierungen des digitalen Mentorings benennen die Koordinator*innen Sprachbarrieren, eine geringere Verbindlichkeit, Konzentrationsprobleme und den schwierigen Beziehungsaufbau. Exemplarisch hierfür ist folgende Aussage: „Das ist halt dann auch noch mal was anderes, online miteinander zu sprechen, wenn man nicht so richtig

gut Deutsch kann und wie gesagt, dann auch Mimik, Körpersprache zum gewissen Grad fehlt. [...] Das ist schon sehr mühsam“ (IP 3).

Außerdem wurde die Erfahrung gemacht, dass einige berufsbezogene Inhalte digital besser vermittelt werden können als andere. IP 3 gibt an, dass Bewerbungstrainings und Sprachpatenschaften online gut umgesetzt werden konnten, während ausbildungsbegleitendes, intensives Üben schwierig war. IP 4 bekräftigt, dass stark anwendungsbezogene Inhalte sich eher weniger für ein digitales Mentoring angeboten haben.

Was bleibt? Beide Projekte der Form B haben das digitale Mentoring beibehalten, praktiziert wird es jedoch aufgrund hoher Anforderungen – seien sie sprachlich, technisch oder beziehungsbezogen – nur noch in Einzelfällen. Außerdem wünschen sich die meisten jungen Zugewanderten ausdrücklich den persönlichen Kontakt zu den Mentor*innen, das gilt umgekehrt auch für viele Mentor*innen selbst. Dennoch nehmen die Projekte auf Seiten der Freiwilligen ein wachsendes Interesse am digitalen Mentoring wahr. Dies werde dann ermöglicht, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind und beide Parteien dies auch wünschen. Zunehmend werden hybride Mentoring-Modelle umgesetzt, bei denen sich Präsenztreffen und digitale Meetings abwechseln.

4.2 Akquise und Entwicklung der Freiwilligenzahlen

Die Pandemie wirkte sich auf die Anwerbung neuer Freiwilliger und die Zahl der Engagierten bei den untersuchten Projekten unterschiedlich aus, abhängig vom Ansatz des Mentorings.

Berufsvorbereitendes Mentoring an Schulen (Projektform A): Die Akquise von freiwillig Engagierten war bei den schulischen Mentoring-Projekten während der Pandemie stark eingeschränkt, da das für diese Unterstützungsform obligatorische Hospitieren vor Ort lange nicht möglich war und das Mentoring ohnehin nur rudimentär fortgeführt wurde. Beide Projekte hatten daher einen bedeutenden Rückgang der Freiwilligen zu verzeichnen. Einige Engagierte nahmen die pandemiebedingte Auszeit von den persönlichen Kontakten zu den Schüler*innen zum Anlass sich zurückzuziehen. Zusätzlich betroffen waren diese Projekte vom Ausfall der Freiwilligenmessen, da dort bisher viele (insbesondere ältere) Interessent*innen angesprochen wurden. Während IP 1 von einer Stabilisierung der Freiwilligenzahl nach der Pandemie berichtet, sieht IP 2 das Projekt durch den Schwund an Mentor*innen in Gefahr – auch weil das Team schon vor der Pandemie

eher klein war und die Ressourcen für die Akquise dementsprechend gering waren und sind.

Berufsbezogenes, dyadisches Mentoring (Projektform B): Die Projekte des dyadischen Mentorings hatten hingegen keinen pandemiebedingten Rückgang der Freiwilligenzahl zu verzeichnen, da auch während der Pandemie neue Freiwillige akquiriert werden konnten. Dies gelang hauptsächlich, weil sich die Tandems gut ins Digitale überführen ließen und ein persönlicher (Erst-)Kontakt nicht zwingend nötig war. Die oft eher jüngeren, an einem Mentoring interessierten, Freiwilligen wurden gut über Inserate bei Freiwilligenagenturen erreicht. IP 3 berichtet sogar von einem Anstieg, der sich bis heute positiv bemerkbar mache: „Immer, wenn wieder ein Lockdown war [...] haben wir gemerkt, dass sich mehr Leute melden, weil klar, man konnte ja sonst nichts tun. Also viele kamen, die gemeint haben, boah, ich wollte schon so lange was ehrenamtlich machen“ (IP 3).

4.3 Digitalisierung der Freiwilligenkoordination und -betreuung

Alle vier Projekte haben während der Pandemie digitale Formen der Freiwilligenkoordination und -betreuung ausprobiert, von denen sich viele etabliert haben. Dazu zählen: digitale Austauschformate für Engagierte unter Einbezug diverser Tools (z. B. Breakout-Sessions und Whiteboards), digitale Schulungen für Freiwillige etwa zu Themen der Medienkompetenz, digitale Coachings, bei denen erfahrene Mentor*innen neue Freiwillige unterstützen, Begleitung der Freiwilligen via Messengerdienst z. T. mit Gruppenchats. Eine beispielhafte Aussage ist: „Wir haben auch Schulungen gemacht zum Thema Zoom, weil wir einige Ehrenamtliche hatten, [...] die mit Zoom oder mit diesen ganzen Technik-Sachen nichts anfangen konnten, aber sich eingearbeitet haben, also die meisten zumindest“ (IP 4).

Diese aktive Betreuung der Mentor*innen in Bezug auf die Schulung digitaler Kompetenzen erklärt auch, warum die Engagierten, die das Mentoring während der Pandemie aufrechterhielten, kaum Probleme bei der Umstellung auf digitale Formate hatten.

Die Koordinator*innen betonen jedoch auch, dass digitale Anwendungen die persönliche Beziehungsarbeit ergänzen, aber nicht ersetzen konnten. Insbesondere beim Matching der Tandems (Projektform B) werden weiterhin Begegnungen vor Ort bevorzugt, da es den Koordinator*innen schwerfällt, der persönlichen Passung von Mentor*in und Mentee im digitalen Raum nachzuspüren. Aber auch danach ist ein regelmäßiger persönli-

cher Kontakt mit den Engagierten gewünscht, auch aufgrund der Erfahrungen aus Pandemiezeiten: „Und das habe ich gemerkt, dass ich nicht so diese Beziehung zu den Leuten aufbauen konnte, wie ich sonst kann, wenn ich die im persönlichen Gespräch hier bei mir habe“ (IP 4).

5. Diskussion: Die pandemiegetriebene Digitalisierung als Innovationstreiber im Engagementfeld?

Das freiwillige Engagement als wichtiger Bestandteil lokaler Unterstützungsketten im Handlungsfeld der beruflichen Integration von jungen Zugewanderten wurde durch die Coronapandemie empfindlich getroffen. Temporäre Kontaktbeschränkungen und die Ungewissheit über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Regelbetriebs veranlassten die interviewten Koordinator*innen, digitale Lösungen zur Fortführung des Mentorings zu entwickeln, vor allem in Form von Videokonferenzen. Gleichzeitig hat eine enge, persönliche und vertrauensvolle Bindung zwischen Mentor*in und Mentee durch die Pandemie nochmal an Bedeutung gewonnen, weil sich die Bedarfe der jungen Zugewanderten, insbesondere im psychosozialen Bereich, vergrößert haben. Mitgedacht werden muss auch, dass junge Zugewanderte individuell verschiedene digitale Zugänge, Kenntnisse und Ressourcen mitbringen, sodass Ungleichheiten verstärkt werden können. Daher ist im Einzelfall sorgsam abzuwägen, wann digitale Elemente des Mentorings im Handlungsfeld heute und künftig sinnvoll eingesetzt werden können. Dies gilt auch, weil der unmittelbare, persönliche Kontakt zu den Mentor*innen einen hohen Wert nicht nur für die berufliche, sondern auch für die soziale Integration der Mentees hat. Der Regelfall für die Zielgruppe wird daher auch weiterhin die persönliche Betreuung sein, nicht zuletzt, weil dies auch den Wünschen der meisten Engagierten entspricht.

Rein digitales Mentoring hat sich bei den untersuchten Projekten nur für einzelne, dyadisch konzipierte Tandems über die Zeit der Kontaktbeschränkungen hinaus bewährt, dies dann eher im Bereich der Berufsvorbereitung als bei der anwendungsintensiven Ausbildungsbegleitung. Für das Mentoring an Schulen gilt, dass sich digitales Mentoring während der Pandemie nicht bewährt hat, hier erwiesen sich persönliche Begegnungen als unerlässlich. Hauptgründe sind eine geringere Beziehungsorientierung und Verbindlichkeit der eher instrumentell gearteten, berufsvorbereitenden Unterstützung der Schüler*innen; außerdem ist dieses Mentoring stark an den Lernort Schule gebunden. Daraus lässt sich schließen, dass verschie-

dene Projektformen des berufsbezogenen Mentorings für Zugewanderte unterschiedliche digitale Innovationspotenziale aufweisen: Dyadisches, beziehungsorientiertes Mentoring kann vor allem durch die stärkere Fokussierung auf hybride Formate von einer digitalen Flexibilisierung des Angebots profitieren. Das schulische Mentoring, das auf persönliche und immer wieder neu zu initiiierende Kontakte angewiesen ist, bietet kaum Potenzial für digitale Lösungen.

Die Pandemie setzte große Potenziale für die digitale Ansprache und Betreuung der Engagierten frei. Die Effizienz der Freiwilligenarbeit hat in den untersuchten Projekten deutlich zugenommen. Für das fordernde und sensible Engagementfeld des berufsbezogenen Mentorings der Integrationsarbeit ist es jedoch entscheidend, die Reflexion von Erfahrungen der Mentor*innen zu fördern und jederzeit für einen Austausch offen zu sein – basierend auf einem vertrauensvollen, persönlichen Verhältnis.

Literaturverzeichnis

- Becker, Tim; Catalán, Nuria; Schaaf-Derichs, Carola; Spadolini, Linda; Stapf-Finé, Heinz (2024): Strategien und Handlungspläne zum Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie im freiwilligen Engagement. Analyse bestehender Fachliteratur. Berlin.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Engagementstrategie des Bundes. Berlin. <https://www.zukunft-des-engagements.de/wp-content/uploads/2024/12/engagementstrategie-des-bundes-data.pdf> (8.10.2025).
- Erler, Wolfgang; Prytula, Andrea (2020): Der Beitrag des freiwilligen Engagements zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter und die Auswirkungen der Corona-Krise. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 51. Jg., Heft 3, S. 74–82.
- Falkenhain, Mariella et al. (2021): Setback in labour market integration due to the Covid-19 crisis? An explorative insight on forced migrants' vulnerability in Germany. In: European Societies, 23. Jg., Heft 1, S. 448–463.
- Grüner, Theresa; Jost, Kerstin; Pötter, Nicole (2021): Der Beitrag freiwillig Engagierter zur beruflichen Integration von jungen Geflüchteten. In: Hammerschmidt, Peter; Pötter, Nicole; Stecklina, Gerd (Hrsg.): Der lange Sommer der Migration. Die Teilhabechancen der Geflüchteten und die Praxis der Sozialen Arbeit. Weinheim/Basel, S. 89–106.
- Huber, Anna et al. (2024): »But loneliness was my greatest challenge« Geflüchtetenunterkünfte in der Covid-19-Pandemie – Ergebnisse einer partizipativen Peer-Befragung. In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung, 8. Jg., Heft 2, S. 275–292.

- Jakob, Gisela; Schüler, Bernd (2024): Eine neue Kultur des Engagements für junge Menschen: Zur Entwicklung von Patenschaften und Mentoring, ihrer Unterstützung und Erforschung in Deutschland. Einführung und Überblick. In: Jakob, Gisela; Schüler, Bernd (Hrsg.): Patenschaften und Mentoring für Kinder und Jugendliche. Eine neue Kultur des Engagements zur Förderung von Bildung, Teilhabe und Integration. Weinheim/Basel, S. 9–38.
- Kosyakova, Yuliya (2021): Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen. Berlin.
- Lauter, Jan; Morschek, Lorena; Friederich, Hans-Christoph; Nikendei, Christoph (2022): Die Perspektive ehrenamtlicher Helfer*innen bei der Unterstützung von Geflüchteten während der Corona-Pandemie. In: Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung, 6. Jg., Heft 2, S. 266–283.
- Priemer, Jana; Rößler-Prokhorenko, Charlotte (2024): Die Zivilgesellschaft als neuer Bildungspartner: Mentoring, Patenschaft und Mediation. WZB Discussion Paper 2024–601. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2024/zz24-601.pdf> (10.8.2025).
- Scholze, Bernhard; Grüner, Theresa (2024): Zweites Working Paper zum Forschungsprojekt LokU 2.0: Delphi-Befragung mit Netzwerkakteuren lokaler Unterstützungsketten. München. https://opus4.kobv.de/opus4-hm/frontdoor/deliver/index/docId/497/file/LokU_2.0_2_2024.pdf (10.8.2025).
- Schüler, Bernd (2020): Jenseits von Enthusiasmus und Ernüchterung. Patenschaften und Mentoring für Kinder und Jugendliche im Spiegel von Forschungsergebnissen aus 25 Jahren. In: Gesemann, Frank; Nentwig-Gesemann, Iris; Seidel, Alexander; Walther, Bastian (Hrsg.): Engagement für Integration und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, S. 77–108.
- Stein, Margit; Kart, Mehmet; Rusert, Kirsten; Möller, Mechtild (2023): Inklusion in der beruflichen Bildung vor dem Hintergrund der Corona-Krise – Handlungsbedarfe für die Arbeit mit jungen Geflüchteten in der dualen Berufsausbildung. In: Friele, Boris et al. (Hrsg.): Soziale Arbeit und gesellschaftliche Transformation zwischen Exklusion und Inklusion. Wiesbaden, S. 169–183.
- Zieris, Patricia (2023): Freiwilliges Engagement im Kinder- und Jugendmentoring: Eine sozial- und organisationspsychologische Studienreihe. Baden-Baden.

Kompetenzen stärken durch Engagement – Empirische Befunde zu Lernerfahrungen von freiwillig Engagierten

Peter Schubert¹, Inger Kühn², Julia Bartel³, David Kuhn⁴

Zusammenfassung

Dieser Beitrag⁵ untersucht den Kompetenzerwerb durch freiwilliges Engagement anhand eines Mixed-Methods-Ansatzes mit Daten aus dem Deutschen Freiwilligensurvey 2019, dem ZiviZ-Survey 2023 und aus 30 narrativen Interviews. Die Studienergebnisse zeigen die breite Vielfalt im Engagement erworbener Kompetenzen sowie Unterschiede im Kompetenzerwerb nach Engagementfeldern und Alter. Auch Lernpfade – also die Art, wie Kompetenzen erworben werden – unterscheiden sich nach Engagementfeldern. Der Beitrag leitet Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche Organisationen und die Engagementförderung ab: eine zielgruppenspezifische Ansprache, das Sichtbarmachen erworbener Kompetenzen, die Förderung freiwilligen Engagements als Lernort und den Ausbau von Service-Learning-Angeboten.

Schlagwörter

Engagement; Ehrenamt; Kompetenzen; Lernen; Demokratiebildung; Mixed-Methods

1. Einleitung

Freiwilliges Engagement wird in verschiedenen Zusammenhängen als Raum beschrieben, in dem wichtige Kompetenzen und Persönlichkeitsmerkmale entwickelt werden, wie beispielsweise der Erwerb demokratischer Kompetenzen, digitaler Fähigkeiten, sozialer und transformativer Kompetenzen oder die Erfahrung von Selbstwirksamkeit (Düx et al. 2008; Reinders 2009; Costa et al. 2021; Singer-Brodowski/Bui 2023). Lernen findet nicht nur in Organisationen statt, die selbst Bildungsangebote bereitstellen. Auch Sportvereine, Kulturinitiativen oder Umweltbewegungen bieten Gelegenheiten für informelles und non-formales Lernen – selbst dann,

1 Dr., ZiviZ im Stifterverband, Leitung, peter.schubert@stifterverband.de.

2 M. A., ZiviZ im Stifterverband, Programmmanagerin, inger.kuehn@stifterverband.de.

3 M. Sc., ZiviZ im Stifterverband, Programmmanagerin, julia.bartel@stifterverband.de.

4 M. Sc., ZiviZ im Stifterverband, Programmmanager, david.kuhn@stifterverband.de.

5 Der vorliegende Beitrag beruht auf der Studie „Kompetenzen erwerben, Persönlichkeiten entwickeln – Qualitative und quantitative Befunde zu Lernerfahrungen im freiwilligen Engagement“ (Schubert/Kühn/Bartel/Kuhn 2025).

wenn sie keine klassischen Bildungsorganisationen sind. Dennoch fehlt es an aktuellen, belastbaren empirischen Erkenntnissen zu Lernerfahrungen im Engagement: Welche Kompetenzen werden im freiwilligen Engagement erworben? Inwiefern hängen diese Lernerfahrungen vom Engagementfeld ab? Unterscheiden sie sich zwischen jüngeren und älteren Engagierten?

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist gesellschaftlich wie politisch von wachsender Bedeutung. Erstens kann Engagement als Lernraum angesichts wachsender gesellschaftlicher Polarisierung zur Stärkung demokratischer Werte und sozialer Integration beitragen. Zweitens öffnen sich Bildungsinstitutionen zunehmend für Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, wodurch Engagement als Teil eines erweiterten Bildungsverständnisses anerkannt wird (Grande et al. 2024). Drittens haben sich auch die Erwartungen und Ansprüche der Engagierten selbst verändert, neben altruistischen Motiven gewinnt der Gesichtspunkt des persönlichen Nutzens an Bedeutung. Schließlich stehen auch zivilgesellschaftliche Organisationen vor der wachsenden Herausforderung, Engagierte langfristig zu binden und neue Wege zu finden, Menschen die Mehrwerte eines Engagements aufzuzeigen und Engagement anzuerkennen (Simonson et al. 2022; Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023).

Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie, *welche Kompetenzen durch Engagement erworben werden, inwiefern Lernerfahrungen vom Engagementfeld oder der Tätigkeit geprägt werden und ob sich Lernprozesse zwischen jüngeren und älteren Engagierten unterscheiden.*

Als konzeptionelle Grundlage der Studie dient das Kompetenzmodell nach Erpenbeck et al. (1999; 2017). Dieses differenziert vier Kompetenzdimensionen: (1) *Personale Kompetenzen* wie beispielsweise Verantwortungsbereitschaft, Entscheidungsfähigkeit oder die Befähigung, persönliche Grenzen zu setzen; (2) *sozial-kommunikative Kompetenzen*, zu denen Team- und Kommunikationsfähigkeit und auch Empathievermögen zählen; (3) *Aktivitäts- und umsetzungsorientierte Kompetenzen* umfassen beispielsweise Führungskompetenz, Problemlösungs- und Organisationsfähigkeit und (4) *fachlich-methodische Kompetenzen* wie pädagogisches Fachwissen, rechtliche oder administrative Kenntnisse. Gerade im Rahmen der qualitativen Untersuchung auf Grundlage narrativer Interviews wurde dieses Modell als Grundlage herangezogen, um Facetten des Kompetenzerwerbs möglichst breit zu erfassen und zu systematisieren.

2. Methodik und Datengrundlage

Die Studie basiert auf einem Mixed-Methods-Ansatz, der sich auf drei Datenquellen stützt (siehe auch Tabelle 1): den Deutschen Freiwilligensurvey 2019 (FWS), den ZiviZ-Survey 2023 und narrative Interviews mit 30 Engagierten aus zwei Altersgruppen (bis 35 Jahre & ab 65 Jahre) und vier Engagementfeldern (Sport, Bevölkerungsschutz, Soziale Dienste, Flucht & Migration).

Tabelle 1: Datenquellen im Überblick

Freiwilligensurvey 2019 (FWS)	ZiviZ-Survey 2023	Qualitative Interviews
Repräsentative Befragung der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren	Repräsentative Befragung zivilgesellschaftlicher Organisationen	Narrative Interviews mit Engagierten aus den Bereichen Sport, Bevölkerungsschutz, Soziale Dienste, Flucht & Migration; Alter: bis 35 Jahre & ab 65 Jahre
N = 27.762	N = 12.792	N = 30
Wahrnehmung von Lernerfahrungen im Engagement (Fachkenntnisse, soziale Fähigkeiten, persönliche Fähigkeiten)	Wahrnehmung von demokratischen Lernerfahrungen (z. B. Verantwortungsbewusstsein, Konflikt- und Dialogfähigkeit, Offenheit gegenüber kultureller Vielfalt)	Persönliche Wahrnehmung von Lernerfahrungen

Quelle: ZiviZ im Stifterverband; eigene Darstellung.

Im Rahmen der quantitativen Sekundärauswertungen des FWS 2019 und des ZiviZ-Surveys 2023 wurde der wahrgenommene Kompetenzerwerb durch ein Engagement aus zwei Perspektiven betrachtet: Der FWS erfasst wahrgenommene Lernerfahrungen aus Sicht der Engagierten selbst. Es wird erfasst, inwiefern die Engagierten Fachkenntnisse, soziale Fähigkeiten (z. B. Teamfähigkeit, zuhören können) und persönliche Fähigkeiten (z. B. Selbstständigkeit, Zeitmanagement oder Arbeitstechniken) erworben haben. Im ZiviZ-Survey wurden hingegen Führungskräfte gefragt, welche Lernerfahrungen Personen ihrer Einschätzung zufolge sammeln können, wenn sie sich in der Organisation engagieren. Der ZiviZ-Survey fokussierte explizit auf den Erwerb unterschiedlicher demokratischer Kompetenzen mit neun Items in einer Multi-Choice-Abfrage. In Anlehnung an ein Kom-

petenzmodell für demokratische Kultur (Europarat 2016) zählten dazu: (1) Wertschätzung von Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, (2) Wertschätzung der Menschenwürde und der Menschenrechte, (3) Offenheit gegenüber anderen Überzeugungen und Praktiken, (4) Offenheit gegenüber kultureller Vielfalt, (5) Verantwortungsbewusstsein, (6) Bereitschaft zur politischen Beteiligung, (7) Vertrauen in die eigene Fähigkeit, etwas zu bewirken (Selbstwirksamkeit), (8) Konflikt- und Dialogfähigkeit und (9) analytisches und kritisches Denken.

Da das Kompetenzmodell nach Erpenbeck et al. (1999; 2017) in den beiden quantitativen Erhebungsinstrumenten nicht vollständig abgebildet wird, wurden in den narrativen Interviews persönliche Wahrnehmungen von Lernerfahrungen möglichst breit und ergebnisoffen erhoben. Ausgangspunkt bildeten die vier Dimensionen des Modells – personale Kompetenzen, sozial-kommunikative Kompetenzen, Aktivitäts- und Umsetzungskompetenzen sowie fachlich-methodische Kompetenzen. Im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse wurde jede einzelne identifizierte Kompetenz codiert und den vier Dimensionen zugeordnet. Detaillierte Informationen zum methodischen Vorgehen, zur Gesamtliste der identifizierten Kompetenzen und zu weiterführenden Analysen finden sich in Schubert et al. (2025).

3. Kernergebnisse im Überblick

3.1 Unterschiede im Kompetenzerwerb je nach Engagementfeld

In allen drei Datenquellen (FWS, ZiviZ-Survey, Interviews) zeigten sich auffällige Unterschiede im Kompetenzerwerb je nach Engagementfeld. Im FWS 2019 gaben 72 % den Erwerb sozialer Fähigkeiten im Engagement an, 57 % den Erwerb persönlicher Fähigkeiten und 51 % den Erwerb von Fachkenntnissen. Tabelle 2 zeigt die deskriptiven Befunde zu wahrgenommenen Lernerfahrungen im Engagement je nach Engagementfeld. Ergänzt ist in der Tabelle eine Spalte mit dem prozentualen Anteil der Engagierten, die ihr Engagement im jeweiligen Engagementfeld verortet haben.

Der wahrgenommene Erwerb *sozialer Fähigkeiten* bewegt sich in allen Feldern auf hohem Niveau, besonders ausgeprägt ist diese Wahrnehmung jedoch im Bereich Unfall-/Rettungsdienst/Feuerwehr (84 % Zustimmung), in der Jugendarbeit/Erwachsenenbildung (81 %) sowie im Gesundheitsbereich (79 %) und im sozialen Bereich (76 %). Gerade in letzteren Bereichen

sind Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit und Empathie, so z. B. im Rahmen von Betreuung, Pflege oder sozialer Unterstützung, von zentraler Bedeutung.

Der Erwerb *persönlicher Fähigkeiten* wurde ebenfalls häufig wahrgenommen, am häufigsten wiederum im Bereich Unfall-/Rettungsdienst/Feuerwehr (82 %), in dem Eigenverantwortung, Belastbarkeit oder organisatorische Fähigkeiten essenziell sind. Es gibt jedoch auch Bereiche, wie beispielsweise Schule/Kindergarten (44 %) oder Justiz/Kriminalität (44 %), in denen der Erwerb persönlicher Fähigkeiten deutlich seltener genannt wurde.

Zuletzt zeigen sich im FWS große Unterschiede hinsichtlich des Erwerbs von *Fachkenntnissen*. Erwartbar aufgrund des notwendigen Fachwissens und technischen Know-hows erhielt auch hier der Bevölkerungsschutz die höchsten Zustimmungswerte. Ebenfalls häufig wurde der Erwerb von Fachkenntnissen im Bereich Justiz/Kriminalität genannt (76 %), etwa im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten als Schöff:innen. Deutlich seltener berichten Engagierte in den Feldern Schule/Kindergarten (28 %), Kirche/Religion (37 %) sowie Freizeit/Geselligkeit (39 %) von fachlichem Kompetenzerwerb.

Tabelle 2: Lernerfahrungen von Engagierten nach Engagementfeldern

	Anteil Engagementfeld an allen Engagierten ⁶	Lernerfahrungen		
		Fachkenntnisse	Soziale Fähigkeiten	Persönliche Fähigkeiten
Sport und Bewegung	24	54	73	57
Kultur/Musik	13	52	72	60
Sozialer Bereich	13	49	76	59
Schule/Kindergarten	10	28	62	44
Kirche/Religion	9	37	71	53
Freizeit/Geselligkeit	8	39	69	54
Umwelt-/Natur- und Tierschutz	5	65	66	59
Jugendarbeit/Erwachsenenbildung	4	60	81	72

6 Nach zeitaufwändigstem Engagement

	Anteil Engagement- feld an allen Engagierten	Lernerfahrungen		
		Fach- kenntnisse	Soziale Fähigkeiten	Persönliche Fähigkeiten
Unfall-/Rettungs- dienst/Feuerwehr	4	90	84	82
Politik	3	59	70	52
Sonstiges	3	51	68	53
Gesundheitsbereich	2	66	79	67
Berufliche Interes- senvertretung	2	68	74	63
Justiz/Kriminalität	0	76	72	44
<i>Alle Engagierten</i>	<i>100</i>	<i>51</i>	<i>72</i>	<i>57</i>

Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit folgende Fähigkeiten oder Kenntnisse erworben?
Zustimmungsanteile in Prozent

Quelle: ZiviZ-Survey 2023, N=11.283 – 11.429, gewichtet.

Auf Basis des ZiviZ-Surveys lässt sich also festhalten, dass durch ein Engagement vorrangig Verantwortungsbewusstsein und Selbstwirksamkeit erworben werden und dies weitgehend unabhängig vom Engagementfeld. Andere Kompetenzen wie Konflikt- und Dialogfähigkeit, Offenheit gegenüber kultureller Vielfalt oder die Wertschätzung der Menschenwürde und der Menschenrechte stehen hingegen in einigen Engagementfeldern deutlich stärker im Zentrum als in anderen.

Tabelle 3: Lernerfahrungen in zivilgesellschaftlichen Organisationen nach Engagementfeld

	Sport	Kultur	Bildung/ Erziehung	Freizeit/ Geselligkeit	Soziale Dienste	Umwelt-/ Naturschutz	Bevölke- rungsschutz	Internationale Solidarität	Gesamt
Verantwortungs- bewusstsein	75	63	62	70	57	72	82	35	65
Vertrauen in die eigene Fähigkeit, etwas zu bewir- ken (Selbstwirk- samkeit)	58	57	57	54	51	58	64	32	55
Offenheit gegen- über kultureller Vielfalt	23	48	34	24	31	12	8	73	29
Wertschätzung der Menschen- würde und der Menschenrechte	19	19	28	16	67	11	29	69	27
Konflikt- und Dialogfähigkeit	35	22	26	29	25	23	20	4	26
Offenheit gegen- über anderen Überzeugungen und Praktiken	13	13	15	14	13	17	9	18	14
Analytisches und kritisches Den- ken	8	8	11	7	5	16	14	7	10

	Sport	Kultur	Bildung/ Erziehung	Freizeit/ Geselligkeit	Soziale Dienste	Umwelt-/ Naturschutz	Bevölke- rungsschutz	Internationale Solidarität	Gesamt
Wertschätzung von Gerechtig- keit und Recht- staatlichkeit	7	6	10	9	13	10	15	27	10
Bereitschaft zur politischen Be- teiligung	0	4	5	2	5	12	2	14	5

Welche Kompetenzen können Menschen erlernen, die sich bei Ihnen engagieren?
Zustimmungsanteile in Prozent (spaltenweise)

Anmerkung: Die Auswahl der Engagementfelder basiert auf ihrer Häufigkeit innerhalb der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland. Das Feld der Internationalen Solidarität wurde zusätzlich berücksichtigt, da es trotz seiner geringeren Größe besonders interessante Ergebnisse im Hinblick auf Lernerfahrungen aufweist.

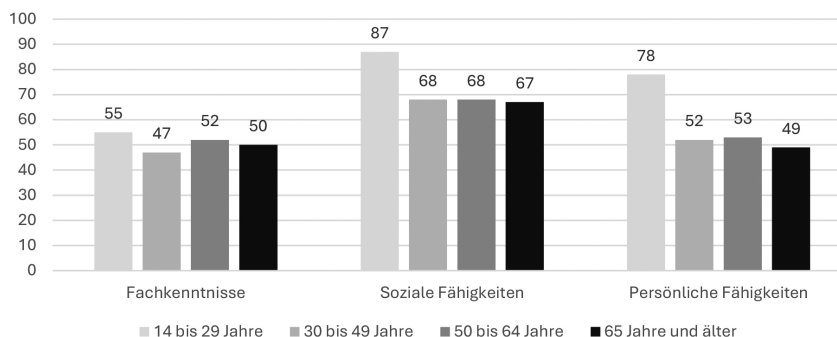
Quelle: ZiviZ-Survey 2023, N=11.283 – 11.429, gewichtet.

Auch in den narrativen Interviews wurde deutlich, dass die Ausprägung und Akzentuierung bestimmter Kompetenzen maßgeblich vom jeweiligen Engagementbereich beeinflusst wird. So ist etwa Teamfähigkeit im allgemeinen Verständnis mit Kollegialität, Unterstützung, Kompromiss- und Kritikfähigkeit verbunden. Im Bevölkerungsschutz hingegen umfasst sie wesentliche zusätzliche Aspekte wie Verlässlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Rollensicherheit und ein starkes Hierarchiebewusstsein, die für den Erfolg eines Einsatzes entscheidend sein können. Kompetenzen stellen folglich keine statischen oder homogenen Kategorien dar, sondern sind das Ergebnis kontextspezifischer Lernprozesse. Ein allgemeiner Ansatz, der Kompetenzen unabhängig vom Engagementfeld betrachtet, wird der Vielfalt und Tiefe der Lernprozesse somit nicht gerecht.

3.2 Alters- und generationsbedingte Unterschiede im wahrgenommenen Kompetenzerwerb

Abbildung 1 zeigt eine Differenzierung des wahrgenommenen Kompetenzerwerbs nach Altersgruppen auf Grundlage des FWS. Dabei zeigt sich, dass jüngere Engagierte häufiger von Lernerfahrungen berichten als ältere. Besonders in den Bereichen der sozialen und persönlichen Fähigkeiten gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. So berichten beispielsweise 87 % der 14- bis 29-Jährigen vom Erwerb sozialer Fähigkeiten, unter den über 65-Jährigen sind es etwa 67 %. Die Unterschiede in den Altersgruppen könnten darauf hindeuten, dass jüngere Menschen Lernerfahrungen bewusster wahrnehmen und eher in der Lage sind, das Erlernte auf konkrete Tätigkeiten zurückzuführen. Den Erwerb von Fachkenntnissen schätzen alle Altersgruppen ähnlich hoch ein.

Abbildung 1: Erworbene Kompetenzen nach Art und Alter der Engagierten



Quelle: Freiwilligensurvey 2019, N=11.896 – 11.910, gewichtet.

Die Altersunterschiede im Kompetenzerwerb wurden auch in den geführten narrativen Interviews deutlich. Bei jüngeren Engagierten stehen persönlichkeitsbildende Lernerfahrungen im Vordergrund, insbesondere durch die Übernahme neuer Aufgaben, etwa als Trainer:in oder Gruppenleiter:in. Diese Rollen fördern Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen und tragen zur Entwicklung eines stabilen Selbstbildes bei. Die Bedeutung des Kompetenzerwerbs zeigt sich auch dadurch, dass im FWS 72 % der 14- bis 29-Jährigen „Qualifikationen erwerben“ als Motiv ihres Engagements benennen, während es bei den über 65-Jährigen nur 39 % sind. Für ältere Engagierte steht neben dem Einbringen ihrer Expertise und Berufserfahrungen die Beschäftigung mit neuen Themenfeldern und Methodenwissen im Vordergrund. Zudem bietet ihr Engagement Gelegenheit, sich mit digitalen Techniken und modernen Kommunikationsformen vertraut zu machen.

Weiterführende Analysen der Interviews legen nahe, dass sich die vorab festgestellten Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Engagierten nicht lediglich mit der jeweiligen Lebensphase begründen, sondern sich hier ferner auch ein generationaler Wandel bzw. Wertewandel zeigt. In der Wahrnehmung der Lernerfahrungen spiegeln sich unterschiedliche Werthaltungen wider: Während ältere Engagierte auch unter hoher Belastung selten Aufgaben ablehnen und ein starkes Pflichtbewusstsein zeigen, achten jüngere Freiwillige deutlich (selbst-)bewusster auf ihre persönlichen Ressourcen und ziehen bei Bedarf deutlichere Grenzen. „Grenzen zu setzen“ wurde unter jüngeren Engagierten als bewusste Lernerfahrung mehrfach thematisiert. Dem traditionellen Verantwortungsverständnis der älteren

Generation steht damit ein selbstbestimmtes Streben nach Work-Life-Balance aufseiten der Jüngeren gegenüber. Auch im Umgang mit dem eigenen Kompetenzerwerb zeigen sich Unterschiede: Während älteren Engagierten die Abstraktion ihrer Lernerfahrungen auf eine Kompetenzebene häufig schwerfällt, verfügen jüngere Engagierte über ein ausgeprägteres Bewusstsein für Lernprozesse und verknüpfen ihre Erfahrungen gezielt mit dem Erwerb bestimmter Fähigkeiten.

4. Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, dass freiwilliges Engagement ein wertvoller Lern- und Erfahrungsraum ist. Um dieses Potenzial besser zu nutzen, braucht es gezielte Maßnahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, engagementfördernden Einrichtungen und der Politik. Im Folgenden werden eigene Implikationen der Studie skizziert.

Ansprache zielgruppenspezifisch gestalten: Unterschiedliche Altersgruppen verfolgen im freiwilligen Engagement unterschiedliche Ziele. Jüngere Engagierte suchen häufiger persönliche Entwicklung und neue Erfahrungen, Ältere möchten ihr Wissen einbringen und ihre Kompetenzen erweitern, etwa im Umgang mit digitalen Technologien. Eine passgenaue Ansprache und altersentsprechende Möglichkeiten eines Engagements können dessen Attraktivität erhöhen.

Kompetenzen sichtbar machen und anerkennen: Das Sichtbarmachen informell erworbener Fähigkeiten kann gerade auf jüngere Engagierte motivierend und wertschätzend wirken. Kompetenzbilanzen oder Zertifikate bieten eine Möglichkeit, individuelle Stärken zu reflektieren und zu dokumentieren. Etwaige Nachweise könnten in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern oder Berufsverbänden entwickelt und anerkannt werden.

Demokratische Lernräume schaffen: Damit Engagement noch häufiger Lernraum für demokratische Kompetenzen wird, sollten Organisationen Strukturen schaffen, die Dialog, Toleranz und Meinungsvielfalt ermöglichen. Schulungen zu Themen wie Konfliktmanagement oder diskriminierungssensibler Kommunikation fördern diese Lernprozesse. Wichtig ist zudem eine kritische Reflexion der eigenen Organisationsstruktur, um Zugangsbarrieren abzubauen.

Weiterbildung systematisch fördern: Neben dem Lernen in der Praxis sind strukturierte Lernangebote unerlässlich, insbesondere bei komplexen Tätigkeiten. Schulungen, Coachings und Einarbeitungsprogramme sollten

fester Bestandteil der Engagementpraxis sein. Peer-to-Peer-Ansätze wie Buddy-Systeme in Organisationen könnten einen zusätzlichen Reflexionsraum schaffen und eine unterstützende Lernkultur fördern.

Öffentliche Sichtbarkeit von Kompetenzerwerb erhöhen: Politik und engagementfördernde Einrichtungen sollten den Kompetenzerwerb im Engagement stärker kommunizieren. Zertifikate, Erfahrungsberichte und Kampagnen können die gesellschaftliche Bedeutung und persönlichen Vorteile von freiwilligem Engagement sichtbar machen.

Zukunftskompetenzen gezielt fördern: Digitale Fähigkeiten, Kreativität, Problemlösungskompetenz und Resilienz gewinnen zunehmend an Bedeutung. Spezielle Programme, auch in Kooperation mit Unternehmen, könnten den Erwerb dieser Kompetenzen unterstützen. Die Politik ist gefordert, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um etwa KI-gestütztes Arbeiten als Lernfeld auch im freiwilligen Engagement zu etablieren.

Zusammenarbeit mit Schulen ausbauen: Service Learning und Ganztagsangebote bieten die Chance, jungen Menschen frühzeitig Engagementerfahrungen zu ermöglichen. Eine enge Kooperation zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kann soziale Teilhabe stärken und Bildungsungleichheiten abbauen. Digitale Plattformen und regionale Netzwerke könnten den Austausch fördern und das schulische Lernen durch gesellschaftliches Engagement ergänzen.

5. Limitationen und Ausblick auf künftige Forschung

Die Studie liefert Einblicke in den Kompetenzerwerb durch freiwilliges Engagement, stößt jedoch methodisch an Grenzen. Informelle Lernprozesse sind oft unbewusst, kontextabhängig und schwer systematisch messbar. Zwar erlaubt die narrative Interviewmethode einen Zugang zu subjektiven Lernerfahrungen, doch bleibt deren eindeutige Zuordnung zu erworbenen Kompetenzen eine Herausforderung. Zudem erschwert die retrospektive Erhebung eine klare Abgrenzung zwischen bereits vorhandenen und durch Engagement erworbenen Kompetenzen. Auch die Zusammensetzung der Stichprobe wirkt einschränkend: Sowohl im ZiviZ-Survey als auch in den Interviews lag der Fokus auf Engagierten in Leitungsfunktionen. Dies verzerrt gegebenenfalls das Bild möglicher Lernprozesse, da andere Rollen mit weniger Verantwortung seltener berücksichtigt wurden.

Künftige Studien sollten verstärkt auf Längsschnittdesigns setzen, um Kompetenzentwicklungen im Zeitverlauf genauer zu erfassen und kausale

Zusammenhänge belastbar zu analysieren. Besonders sinnvoll wäre eine Anbindung an bestehende Panels wie das Nationale Bildungspanel. Zudem ist mehr Forschung zur Rolle von Engagement als Lernraum für demokratische Kompetenzen erforderlich. Zukünftige Untersuchungen sollten analysieren, welche Strukturen und Praktiken förderlich für Toleranz, Dialogfähigkeit und Konfliktlösung sind und in welchen Kontexten gegenteilige Effekte auftreten. Hierzu sind insbesondere Studien auf Ebene der Organisationen notwendig, die gezielte Interventionen wie Reflexionsformate oder dialogorientierte Methoden evaluieren.

Literaturverzeichnis

- Costa, Jana; Loos, Katharina; Bömmel, Nadja; Kroh, Jacqueline (2022): Erfassung freiwilligen Engagements im nationalen Bildungspanel. NEPS Survey Paper, Nr. 99. https://www.lifbi.de/Portals/2/NEPS%20Survey%20Papers/NEPS-Survey-Paper_IC.pdf (10.8.2025).
- Deutsches Jugendinstitut (2006): Kompetenzliste. Liste möglicher Kompetenzen und was darunter zu verstehen ist. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/5_kompetenznachweis/KB_Kompetenzliste_281206.pdf (10.8.2025).
- Düx, Wiebken; Prein, Gerald; Sass, Erich; Tully, Claus (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. Wiesbaden.
- Erpenbeck, John; Heyse, Volker; Höhn, Gerhard (1999): Die Kompetenzbiographie. Strategien der Kompetenzentwicklung durch selbstorganisiertes Lernen und multimediale Kommunikation. Münster/New York/München/Berlin.
- Erpenbeck, John; Rosenstiel, Lutz von; Grote, Sven; Sauter, Werner (2017): Handbuch Kompetenzmessung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis. Stuttgart.
- Europarat (2016): Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. <https://rm.coe.int/16806ccc0b> (10.8.2025).
- Grande, Edgar; Priemer, Jana; Rößler-Prokhorenko, Charlotte; Sohrabi, Sara; Süß, Sabine (2024): Zivilgesellschaft macht Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 37. Jg., Heft 4, S. 475–484, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-2001> (10.8.2025).
- Schubert, Peter; Kuhn, David; Tahmaz, Birthe (2023): Der ZiviZ-Survey 2023. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken. Berlin. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_hauptbericht.pdf (10.8.2025).

- Schubert, Peter; Kühn, Inger; Bartel, Julia; Kuhn, David (2025): Kompetenzen erwerben, Persönlichkeit entwickeln: Qualitative und quantitative Befunde zu Lernerfahrungen im freiwilligen Engagement. Berlin. <https://doi.org/10.5281/zenodo.15010482> (11.8.2025).
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (2022): Einleitung. Zwanzig Jahre Deutscher Freiwilligensurvey. In: Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden, S. 11–28.
- Singer-Brodowski, Mandy; Thao My, Inga (2023): Zwischen politischem Protest und Selbsttransformation. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven auf Fridays for Future. In: Pollex, Jan; Soßdorf, Anna (Hrsg.): *Fridays for Future. Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung*. Wiesbaden, S. 65–86.

Engagementverlauf

Wahrgenommene Zugangsbarrieren Engagementinteressierter in rheinland-pfälzischen Sportvereinen

Carina Post¹, Sören Wallrodt², Lutz Thieme³, Marco Kratz⁴

Zusammenfassung

Das Ehrenamt ist ein wesentlicher Bestandteil des organisierten Sports, dabei berichten Vereine regelmäßig von Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen. Wenig untersucht ist, wie potenzielle Ehrenamtliche die Situation von Vereinen und ihre Ehrenamtskommunikation wahrnehmen. Vor diesem Hintergrund wurde eine qualitative Befragung durchgeführt, um Einflussfaktoren und Barrieren für einen Einstieg ins Ehrenamt zu identifizieren.

Die Ergebnisse zeigen, dass einige Mitglieder durchaus Interesse an einem Ehrenamt haben, dieses aber nicht aktiv kommunizieren und auf eine Ansprache durch den Verein warten. Gleichzeitig bleibt die vereinsseitige Kommunikation über Ehrenamtsmöglichkeiten unspezifisch, was potenzielle Engagierte abschreckt. Dies unterstreicht die Notwendigkeit gezielter Kommunikationsstrategien, um Ehrenamtliche frühzeitig und strukturiert einzubinden.

Schlagwörter

Ehrenamtsgewinnung; Barrieren; Kommunikation; Sportverein

1. Einleitung

Ehrenamtliches Engagement im Sinne unentgeltlicher Vereinsarbeit ist essenziell für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Sportvereinen. Zugleich berichten diese jedoch von teils existenzbedrohenden Problemen der Ehrenamtsgewinnung und -bindung (Breuer/Feiler 2025). Vorhersagemodelle zu ehrenamtlichem Engagement stützen sich auf demografische,

1 Institut für Sportmanagement und sportmedizinische Technik, Hochschule Koblenz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, post@hs-koblenz.de.

2 Dr., Institut für Sportmanagement und sportmedizinische Technik, Hochschule Koblenz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, wallrodt@hs-koblenz.de.

3 Prof., Institut für Sportmanagement und sportmedizinische Technik, Hochschule Koblenz, thieme@hs-koblenz.de.

4 Institut für Sportmanagement und sportmedizinische Technik, Hochschule Koblenz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, kratzl@hs-koblenz.de.

ökonomische, soziologische und psychologische Indikatoren, beispielweise Geschlecht, Elternschaft oder Humankapital (Hallmann 2015).

Vorliegende Forschungsarbeiten fokussieren die Zufriedenheit, Motivation oder Qualifikationen Engagierter und untersuchen auch die Passung zwischen Motiven und Nutzenerfahrungen (*Match Quality*) (Arriagada/Karnick 2021; Braun/Sielschott/Burmann 2022; Schlesinger/Klenk/Nagel 2014; Behrens u. a. 2018). Der Einstieg ins Ehrenamt im Sport ist bislang hingegen wenig untersucht. Als mögliche Wege in das ehrenamtliche Engagement kommen ein Hineinwachsen in das Ehrenamt, eine spezifische Ansprache oder Eigeninitiative in Betracht (Stamer 2014), wobei existierende Studien den Einstieg in das Ehrenamt oft rein retrospektiv betrachten. Im beruflichen Kontext dienen Stellenbeschreibungen und Bewerbungsgespräche zur Ermittlung der Passung zwischen Person und Arbeit. Im Ehrenamt hingegen sind Aufgabenbeschreibungen selten vorhanden, auf formelle Gespräche wird aufgrund des hohen Aufwands sowie des akuten Ehrenamtsbedarfs meist verzichtet (Digel 1997: 45–46).

Diese Studie untersucht den Ehrenamtsbedarf, den interessierte Vereinsmitglieder im Verein wahrnehmen, sowie die Kommunikation zwischen potenziellen Ehrenamtlichen und Vereinen. Damit setzt die Untersuchung am Anfang des Matchingprozesses an und widmet sich folgenden forschungsleitenden Fragen:

- Wie konstruieren potenzielle Ehrenamtliche den subjektiv wahrgenommenen Ehrenamtsbedarf der Sportvereine?
- Welche der subjektiven Konstruktionen wirken als Ehrenamtsbarrieren, welche als -förderer?

Ein besonderes Augenmerk gilt damit der Frage, welche Barrieren und fördernden Faktoren im Vorfeld einer Ehrenamtsrekrutierung wahrgenommen werden.

2. Stand der Forschung

2.1 Ressourcen

Der Ressourcentheorie folgend können organisationale Ressourcen definiert werden, die notwendig für eine erfolgreiche Vereinsführung sind (Seippel u. a. 2020; Hall u. a. 2003). Beim Organizational Capacity Ansatz (OCA) stehen Kapazitäten im Vordergrund, die die Fähigkeit umfassen,

etwas zu produzieren oder zu leisten, und damit als Fähigkeit zur Nutzung von Ressourcen (Hall u. a. 2003) verstanden werden können. Der OCA teilt die Kapazitäten eines Vereins in fünf Ressourcendimensionen ein, die in Summe Vereine als Organisationen beschreiben: Human-, Finanz-, Netzwerk-, Infrastruktur- sowie Planungs- und Entwicklungsressourcen. Ein Vorteil der Ressourcentheorie ist, dass sie die größten- und sportartunabhängige Betrachtung verschiedener (Sport-)Vereine sowie die Identifikation von Engpässen oder Stärken ermöglicht (Hall u. a. 2003). Die Anwendung des OCA führte – teilweise in abgewandelter Form – mehrfach zur Hervorhebung der Humanressourcen, die als entscheidend für die Erreichung der Vereinsziele identifiziert werden (Post 2022). Unter Humanressourcen wird dabei zumeist ehrenamtliches Engagement verstanden, obgleich auch die Partizipation von Mitgliedern (z. B. bei Mitgliederversammlungen) als Humanressource gelten kann.

2.2 Ehrenamt als Problem

Verschiedene Studien problematisieren die Rolle des Ehrenamts im Sport. So sprechen Braun u. a. (2022) davon, dass es zwischen 2014 und 2019 einen Rückgang von einer Millionen Ehrenamtlichen im Sport gab. Auch der Freiwilligensurvey beschreibt einen Rückgang des prozentualen Anteils der im Sport engagierten Bevölkerung (Kausmann/Hagen 2021). Gleichsam nennen Sportvereine in verschiedenen Befragungen die Gewinnung und Bindung von Ehrenamtlichen als größtes Problem (Breuer/Feiler 2025; Thieme/Liebetreu/Wallrodt 2017).

Die Rolle des Ehrenamts und die Gewinnung Ehrenamtlicher werden bereits viele Jahre in Wissenschaft und Medien als Problem diskutiert (Wurzbacher 1962; Braun/Sielschott/Burmann 2022). Bislang bleiben größere Auswirkungen dieser Debatten auf die Mitglieder- und Vereinszahlen allerdings aus. So ist die Zahl der Vereine seit 2008 um 5,3 Prozent gesunken, der Anteil der Mitgliedschaften an der Bevölkerung blieb jedoch mit 33 Prozent in den vergangenen Jahren stabil (DOSB 2023). Es ist denkbar, dass vor allem aktive Ehrenamtliche die Problematik im (eigenen) Ehrenamt (unbewusst) übertreiben, um den Fokus auf die Relevanz des Themas zu legen (Thieme/Liebetreu/Wallrodt 2017). Dies kann widersprüchliche Effekte zur Folge haben: Einerseits kann es den eigenen Wert für den Verein unterstreichen oder politische Interventionen das Ehrenamt betreffend initiieren. Andererseits kann es eine negative Wahrnehmung des Ehren-

amts durch potenzielle Interessierte fördern. So könnte die Kommunikation von Überforderung im Ehrenamt und ausbleibender Engagementbereitschaft dazu führen, dass potenzielle Ehrenamtliche abgeschreckt werden und kein Ehrenamt aufnehmen. In diesem Fall fänden bestehende Ehrenamtliche keine Nachfolge und es läge eine selbsterfüllende Prophezeiung vor (Merton 1948).

2.3 Gewinnung Ehrenamtlicher

Die Relevanz des Ehrenamts, die Motivation der Ehrenamtlichen, ihre Zufriedenheit und Qualifikation sind oft Gegenstand (wissenschaftlicher) Befragungen unter ehrenamtlich Engagierten und Nicht-Engagierten. Der Abgleich zwischen Motiven und Nutzenerfahrungen (*Match Quality*; Behrens u. a. 2018) dient dabei der Annäherung an die Passung zwischen Verein und Person und beeinflusst insbesondere die Bindung an das Ehrenamt. Die Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeiten ist in diesen wissenschaftlichen Studien meist nur in Teilen abgedeckt, da die Befragungen primär aktive oder ehemalige Engagierte einbeziehen. Personen, die nicht zum Verein gefunden haben oder sich im Matchingprozess befinden, sind bislang nur selten Gegenstand aktueller Forschung.

Zur Erklärung der Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeiten werden u. a. Rational-Choice-Ansätze herangezogen, nach denen eine positive Nutzen-erwartung unter Berücksichtigung von Opportunitätskosten zu ehrenamtlichem Engagement führen kann (Wallrodt/Thieme 2023). Diese Erwartung ist mit der subjektiven Wahrnehmung des erwarteten Nutzens verknüpft, die zu einer Verzerrung der Realität beitragen kann. Die persönliche Ansprache scheint für die Ehrenamtsgewinnung entscheidend zu sein (Freeman 1997), jedoch ist unklar, nach welchen Regeln Personen angesprochen werden.

Außerhalb der sportwissenschaftlichen Forschung werden die Konzepte *Volunteerability* (individuelle Bereitschaft, Fähigkeit und Verfügbarkeit, ehrenamtlich aktiv zu werden/sein), *Recruitability* (organisationale Fähigkeit, Ehrenamtliche zu gewinnen) und *Engageability* (Fähigkeit von Organisationen, Ehrenamtliche zu motivieren und binden) verwendet (Arnon/Almog-Bar/Cnaan 2023; Haski-Leventhal u. a. 2018). Die *Engageability* basiert dabei auf den Werten, Strukturen, dem Management, den Ressourcen und den unterstützenden Verbindungen einer Organisation.

Die Ursachen für den Erfolg oder Misserfolg des Matchingprozesses können somit auf individueller und/oder organisationaler Ebene liegen. Darüber hinaus finden Southby u. a. (2019) Barrieren, die ein Ehrenamt einschränken oder verhindern und auf struktureller, institutioneller oder persönlicher Ebene liegen – z. B. soziale Ungleichheit, fehlende Zeit oder fehlende Ansprache.

Angesichts der von Vereinsvertreter:innen wahrgenommenen Herausforderungen im Bereich Humanressourcen (Breuer/Feiler 2025: 56) ist die Akquise von Ehrenamtlichen ein zentraler Aspekt der Vereinsarbeit. Eine direkte Ansprache mit gezielten Informationen, unterstützende vereinsinterne Strukturen (z. B. ein systematisches Ehrenamtsmanagement) sowie eine Passung zwischen individuellen und organisationsgebundenen Werten begünstigen die Aufnahme ehrenamtlichen Engagements im Sportverein (Arriagada/Karnick 2021: 146; Arnon/Almog-Bar/Cnaan 2023: 1636). Welche Informationen bei den an einem Ehrenamt interessierten Vereinsmitgliedern ankommen, wie die Vereinsstrukturen wahrgenommen werden und welche weiteren Faktoren den Einstieg ins Ehrenamt beeinflussen, wird in diesem Paper untersucht.

3. Methode

Da bislang wenig Wissen über den Einstieg ins Ehrenamt im Sport vorliegt, nutzt die vorliegende Untersuchung eine qualitative Vorgehensweise (Edmondson/Mcmanus 2007). Für einen ersten Zugriff umfasst sie jegliche Engagementmöglichkeiten in Sportvereinen, um einen Überblick über die verschiedenen Voraussetzungen für einen Einstieg ins Ehrenamt und die von den Interessierten erwarteten Aufwände zu erhalten. Dafür wurden teilstrukturierte Leitfadeninterviews mit Mitgliedern von Sportvereinen durchgeführt, die in einer Mitgliederbefragung Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit bekundet hatten.

Bei dieser Mitgliederbefragung der Sportbünde in Rheinland-Pfalz (RLP) im Frühjahr 2023 gaben 1.290 Personen an, (vielleicht) an einem Ehrenamt interessiert zu sein. 219 der Interessierten hatten in der Befragung Kontaktdaten und Kompetenzbereiche zur Übermittlung an die jeweiligen Vereine hinterlassen. Diese Personen wurden zu einer qualitativen Befragung eingeladen. Zwischen März und April 2024 fanden 17 Interviews sowohl per Telefon als auch in Zoom-Meetings statt, welche zwischen 9 und 34 Minuten dauerten.

Der aus der Literatur abgeleitete Interviewleitfaden enthielt die Themen sozio-demografische Angaben, Sportverein, Motivation, Kontakt zum Verein, Wünsche an ein Ehrenamt und Erwartungen an den Verein. Mayring (2019) folgend wurde eine strukturierte Inhaltsanalyse der Interviews durchgeführt. Nach der Transkription der Interviews mithilfe von MAXQDA wurden die anonymisierten Transkripte anhand eines Kodierleitfadens strukturiert analysiert. Das Kodiersystem beruht auf dem Interviewleitfaden und enthält die Oberkategorien Angaben zur Person, Angaben zum Verein, Einschätzung Vereinssituation, Kommunikation des Vereins, Beziehung zum Verein, aktuelle Ehrenamtssituation und zukünftiges Ehrenamt. Die Kodierung erfolgte durch zwei unabhängige Personen, die bei voneinander abweichenden Kodierungen eine dritte Person hinzuzogen.

4. Ergebnisse

Befragt wurden zehn Frauen und sieben Männer aus zwölf Sportvereinen. Die Personen sind größtenteils im Gesundheits- und Fitnesssport aktiv, die Dauer ihrer Vereinszugehörigkeit reicht von zwei bis 70 Jahren. Die empfundene Zugänglichkeit des Vereins für die Interviewten stellt sich ebenso heterogen dar. Auffällig ist, dass die Vernetzung zwischen Mitglied und Verein in ländlichen Strukturen ausgeprägter als im urbanen Raum ist. Im ländlichen Raum gilt: *„Der örtliche Verein [...] das ist fast nachbarschaftlich“* (Person 2, Z.25). Im urbanen Kontext äußert eine interviewte Person hingegen: *„Wenn man da als komplett Außenstehender hinkommt, ist das schon schwierig“* (P1, Z.49).

Die Befragten eint jedoch eine Sozialisation im Sport, die sich insbesondere im ländlichen Raum auf den jeweiligen Verein bezieht.

4.1 Motivation zum Ehrenamt

Die befragten Personen nennen bezüglich eines potenziellen zukünftigen Engagements Motive altruistischer Natur. Diese basieren auf eigenen Erfahrungen, die sie an Vereinsmitglieder und die Gesellschaft weitergeben möchten: *„Außerdem finde ich es immer gut sich für andere zu engagieren, weil ich glaube, das fehlt ein bisschen unserer Gesellschaft“* (P8, Z.13). Egois-

tische Motive werden ebenfalls genannt: „*Es muss mir Spaß machen*“ (P13, Z.23).

Auffällig ist darüber hinaus, dass die Befragten neben übergeordneten Motiven, die generell auf Ehrenamt zu beziehen sind, keine konkreten Erwartungen an bestimmte Ehrenamtsmöglichkeiten im Sport kommunizieren.

4.2 Subjektiv wahrgenommener Ehrenamtsbedarf

Einen konkreten Ehrenamtsbedarf im eigenen Verein schildert nur eine Person: „*Der Verein [hätte] sonst zugemacht [...]. Es waren zwei Leute, die aus dem Vorstand raus sind und die Lücken mussten aufgefüllt werden*“ (P6, Z.25).

Während in vielen Fällen unspezifisch auf diverse ehrenamtliche Positionen Bezug genommen wird, sind zwei Befragte der Ansicht, dass im Verein zum Zeitpunkt des Interviews nicht nach ehrenamtlichem Engagement gesucht wird: „*Ich kann mir nur vorstellen, dass sie momentan einfach keinen Bedarf haben. Aber da kann ich auch falsch liegen*“ (P3, Z.35).

Ehrenamt scheint demnach eher aus Notwendigkeit, etwa zur Aufrechterhaltung des Vereins, zu erfolgen.

4.3 Ehrenamtsbarrieren

Die von den Personen wahrgenommenen Barrieren und Hindernisse in Bezug auf Ehrenamt sind sowohl institutioneller als auch individueller Natur. Insbesondere die *Volunteerability* beschreibenden Faktoren Bereitschaft, Fähigkeit oder Verfügbarkeit scheinen bei einigen Personen ein Ehrenamt zu verhindern. So fehlen teilweise ein deutlich kommuniziertes Interesse an einem Ehrenamt und die dafür notwendige Zeit oder es scheint ein grundsätzliches Unwissen über Möglichkeiten des Ehrenamts im Verein vorzuliegen. Dies könnte auf fehlendes Interesse hinweisen, naheliegender erscheint jedoch, dass die *Recruitability* der Sportvereine, insbesondere im Hinblick auf Strukturen und Strategien zur Ehrenamtsgewinnung, unzureichend ausgebildet ist.

Ne, ich bin auch nicht von meiner Seite aus an [den Verein] herangetreten. (P17, Z.27)

Also dadurch, dass ich mich bislang relativ wenig mit Vereinsleben beschäftigt habe, [...] weiß ich zum Teil noch gar nicht, was es da für Möglichkeiten gibt. (P1, Z.25)

Mir fehlt halt einfach nur die Zeit. (P7, Z.17)

4.4 Kommunikation

Die qualitative Befragung zeigt, dass eine (systematisierte) Ansprache der Interessenten nur selten stattfindet. Zwei Befragte berichten von einer ehrenamtsbezogenen Kommunikation, die auch direkt auf die Mitgliederbefragung der Sportbünde zurückzuführen ist:

Und dann hat [der Beisitzer] mir halt ein paar Sachen geschrieben, was da für Vakanzen wären. Eventuell Jugendleiter, Trainer [...] oder eine Stellvertretervakanz. (P7, Z.33)

Daraufhin kam vor zwei Monaten der Vorsitzende nochmal auf mich zu und hat gefragt, ob ich noch Interesse hätte. Und dann kamen wir wieder ins Gespräch. (P10, Z.23)

Darüber hinaus stehen drei Personen dauerhaft in engem Kontakt zu handelnden Personen im Verein. In diesen Fällen ist keine konkrete Ansprache erfolgt, die Personen sind jedoch grundsätzlich über Vereinsinterna informiert und der Verein hat im Gegenzug einen Einblick in das Ehrenamtsinteresse der Befragten: *„Und im Zuge [eines Vereinstreffens] kam auch unser Präsident schon mal auf mich zu und meinte, dass ich mich da gemeldet hätte. Und dass sie aber das Ehrenamt jetzt noch nicht so richtig [...] weiter angegangen sind“ (P14, Z.15).*

Insgesamt berichten jedoch 13 der 17 Personen, dass es trotz Übermittlung der ehrenamtsbezogenen Kontaktdaten keine Kontaktaufnahme durch den Verein gab: *„Bisher nicht“ (P16, Z.23).* *„Da ist jetzt konkret nichts passiert“ (P2, Z.16).*

4.5 Ehrenamtsübernahme

Von den 17 interviewten Personen sind zwei zum Zeitpunkt der Befragung ehrenamtlich im Sportverein aktiv, eine weitere steht in konkreten Ver-

handlungen bzgl. einer Trainingsübernahme. Hervorzuheben ist, dass zwei der drei Personen von einer aktiven Kommunikation mit dem Verein berichten. Lediglich in einem Fall (Person 6) berichtet die interviewte Person von keiner aktiven Kommunikation, sondern von einem Hineinwachsen in das Amt: „Ich werde dann im erweiterten Vorstand [...] die Aufgaben lösen“ (P6, Z.42). „Ja, also ich bin ja noch ganz frisch [im Vorstand]“ (P11, Z.27).

Bei den nicht kontaktierten Personen zeigt sich, dass ihr Interesse an einem Ehrenamt unspezifisch blieb oder geworden ist. Sechs Personen äußern grundsätzliches Interesse an einem Gespräch mit dem Verein, während die zweite Hälfte der Interviewten das Interesse verloren hat oder keinen Nutzen in Gesprächen sieht: „Ja, der Verein kann mich gerne [...] kontaktieren“ (P4, Z.24). „Ja, aber ich dränge mich jetzt nicht nach vorne und ich schreie jetzt nicht hurra, wenn der Verein mich anruft“ (P5, Z.38).

Den Vereinsmitgliedern wurden weder projektorientierte Engagements noch niedrigschwellige Einstiegsformate, wie beispielsweise Mentoring, angeboten.

Die subjektive Wahrnehmung des Ehrenamtsbedarfs in Sportvereinen variiert zwischen dringendem Bedarf und fehlender Notwendigkeit und ist maßgeblich durch individuelle Erfahrungen sowie die Vereinskommunikation geprägt. Während unklare Strukturen und fehlende Ansprache hemmend wirken, begünstigen gezielte Kontaktaufnahmen und persönliche Vereinsbindung die Bereitschaft zum Engagement.

5. Diskussion

Die Untersuchung zeigt, dass die Vereinsmitglieder selten einen Bedarf an ehrenamtlichem Engagement seitens des Vereins wahrnehmen. Überdies haben die ehrenamtsinteressierten Vereinsmitglieder häufig nur unklare Vorstellungen von einem möglichen eigenen Engagement. Sie kommunizieren das eigene Interesse an ehrenamtlichem Engagement gegenüber dem Verein meist unspezifisch, obgleich sie Fähigkeiten benennen, die den Verein in der eigenen Wahrnehmung weiterbringen könnten.

Offen bleibt, was den Eintritt ins Ehrenamt stärker erschwert: die fehlende Kommunikation über tatsächliche oder vermeintliche Bedarfe seitens des Vereins oder das unspezifische Interesse der Befragten. Es bleibt festzuhalten, dass es ein- aber auch beidseitige Kommunikationsdefizite geben kann. Ebenso können die Ehrenamtsinteressierten Mitglieder in Vereinen sein, in denen keine tatsächliche Nachfrage nach ehrenamtlicher Tätigkeit

besteht oder bestehende Engagierte mit ihren Aufgaben derart ausgelastet sind, dass keine aktive Nachfolgesuche erfolgt.

Die Befunde bestätigen: Diverse Hindernisse und Barrieren individueller und institutioneller Art können den Eintritt in ein Ehrenamt beschränken. Die Konstrukte *Recruitability*, *Engageability* und *Volunteerability* scheinen Prozesse zu beschreiben, die spezifische, wechselseitige Kommunikation über Bedarfe und individuelle Möglichkeiten erfordern. Diese werden jedoch vielfach nicht initiiert, sodass Engagementpotenziale ungenutzt bleiben. Die Ergebnisse deuten außerdem darauf hin, dass potenzielle Engagierte eine konkrete Bedarfslage oder Entscheidungssituation benötigen, um sich aktiv für oder gegen ein Ehrenamt im Verein positionieren zu können. Es finden sich jedoch keine Hinweise darauf, dass die Problematisierung des Ehrenamts durch aktive Ehrenamtliche im Verein von potenziellen Engagierten als Barriere wahrgenommen wird.

Von 17 Personen wurden lediglich zwei aufgrund der Weiterleitung der Kontaktdaten der ehrenamtlich Interessierten an den Verein auf ein Engagement angesprochen. Drei Personen waren ohnehin regelmäßig mit dem Verein im Gespräch, zwölf Personen haben nichts vom eigenen Verein gehört. Aus Sicht der Interessierten liegt der Fokus der Vereinsarbeit offenbar (noch) nicht auf der gezielten Ansprache potenzieller Ehrenamtlicher. Diesbezüglich ist zu bedenken, dass nach Feiler und Breuer (2023) nur 8 Prozent der Vereine eine für Freiwilligenmanagement zuständige Person benennen.

Die befragten Interessierten hingegen möchten ihr potenzielles Engagement möglichst flexibel halten und feste Verpflichtungen vermeiden. Die qualitative Befragung zeigt: Ein Ehrenamt scheint für die Befragten zwar theoretisch, aber aufgrund von mangelnder Zeit oder mangelndem Wissen nicht praktisch umsetzbar zu sein – selbst dann, wenn sie aktiv Interesse signalisiert haben.

Ein potenzieller Einfluss der Sportart auf ehrenamtliches Engagement konnte nicht systematisch erfasst werden, da die Befragten nur selten olympische Sportarten und/oder Teamsport vertreten. Die Befragten nennen außerdem keine Migrationshintergründe oder weitere strukturelle Barrieren nach Southby u. a. (2019), sodass in den Interviews nur persönliche und institutionelle Barrieren bestätigt wurden. Qualitative Studien erfassen subjektive Wahrnehmungen der Befragten, die von der im Verein wahrgenommenen Realität abweichen können. Zukünftige Studien sollten diese Wahrnehmung mit der Ressourcensituation im Verein und dessen Perspektive abgleichen, um ein ganzheitlicheres Bild zu erhalten. Außerdem könnten

durch sportart- und strukturübergreifende Betrachtungen von Sportvereinen und ihren Mitgliedern differenzierte Typologien von Ehrenamtsinteressierten identifiziert werden.

Literaturverzeichnis

- Arnon, Liora; Almog-Bar, Michal; Cnaan, Ram A. (2023): Volunteer Engageability: A Conceptual Framework. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 52. Jg., Heft 6, S. 1633–1659.
- Arriagada, Céline; Karnick, Nora (2021): Motive für freiwilliges Engagement, Beendigungsgründe, Hinderungsgründe und Engagementbereitschaft. In: Simonson, Julia et al. (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligen-survey 2019. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement*. Wiesbaden, S. 125–150.
- Behrens, Christoph; Emrich, Eike; Hämmerle, Martin; Pierdzioch, Christian (2018): Match quality, crowding out, and crowding in: empirical evidence for German sports clubs. In: *European Journal for Sport and Society*, 15. Jg., Heft 1, S. 78–95.
- Braun, Sebastian; Sielschott, Stephan; Burrmann, Ulrike (2022): *Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement im Sport. Sportbezogene Sonderauswertung der „Deutschen Freiwilligensurveys“ von 2014 bis 2019*. Bonn.
- Breuer, Christoph; Feiler, Svenja (2025): Sportvereine in Deutschland: Ergebnisse aus der 9. Welle des Sportentwicklungsberichts. Sportentwicklungsbericht für Deutschland 2023–2025 – Teil 1. https://www.bisp.de/SharedDocs/Downloads/Publikationen/Publikationssuche_SEB/SEB_23-25.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (27.8.2025).
- Digel, Helmut (1997): *Probleme und Perspektiven der Sportentwicklung. Dargestellt am Beispiel der Leichtathletik*. Aachen.
- DOSB (2023): Bestandserhebung 2023. Fassung vom 1.11.2023. https://cdn.dosb.de/user_upload/www.dosb.de/uber_uns/Bestandserhebung/Bestandserhebung_2023.pdf (27.8.2025).
- Edmondson, Amy C.; Mcmanus, Stacy E. (2007): Methodological fit in management field research. In: *The Academy of Management Review*, 32. Jg., Heft 4, S. 1246–1264, <https://doi.org/10.5465/amr.2007.26586086>.
- Feiler, Svenja; Breuer, Christoph (2023): Deutschland: Sportvereine als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft. In: Nagel, Siegfried et al. (Hrsg.): *Funktionen von Sportvereinen in europäischen Gesellschaften. Eine länderübergreifende vergleichende Studie*. Cham, S. 133–165.
- Freeman, Richard (1997): Working for Nothing: The Supply of Volunteer Labor. In: *Journal of Labor Economics*, 15. Jg., Heft 1, S. 140–166.
- Hall, Michael et al. (2003): *The Capacity to serve. A qualitative study of the challenges facing Canada's nonprofit and voluntary organizations*. Toronto.
- Hallmann, Kirstin (2015): Modelling the decision to volunteer in organised sports. In: *Sport Management Review*, 18. Jg., Heft 3, S. 448–463.

- Haski-Leventhal, Debbie; Meijs, Lucas C.P.M.; Lockstone-Binney, Leonie; Holmes, Kirsten; Oppenheimer, Melanie (2018): Measuring Volunteerability and the Capacity to Volunteer among Non-volunteers: Implications for Social Policy. In: *Social Policy & Administration*, 52. Jg., Heft 5, S. 1139–1167, <https://doi.org/10.1111/spol.12342>.
- Kausmann, Corinna; Hagen, Christine (2021): Gesellschaftliche Bereiche des freiwilligen Engagements. In: Simonson, Julia et al. (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement*. Wiesbaden, S. 95–124.
- Mayring, Philipp (2019): Qualitative Inhaltsanalyse – Abgrenzungen, Spielarten, Weiterentwicklungen. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 20. Jg., Heft 3, <https://doi.org/10.17169/fqs-20.3.3343>.
- Post, Carina (2022): Approaching predictors of success for sports clubs by applying the organizational capacity framework. In: *German Journal of Exercise and Sport Research*, 53. Jg., S. 315–324, <https://doi.org/10.1007/s12662-022-00865-4>.
- Schlesinger, Torsten; Klenk, Christoffer; Nagel, Siegfried (2014): *Freiwillige Mitarbeit im Sportverein. Analyse individueller Faktoren und organisationaler Entscheidungen*. Zürich.
- Seippel, Ørnulf et al. (2020): In Troubled Water? European Sports Clubs: Their Problems, Capacities and Opportunities. In: *Journal of Global Sport Management*, 8. Jg., Heft 1, S. 203–225, <https://doi.org/10.1080/24704067.2020.1806493>.
- Southby, Kris; South, Jane; Bagnall, Anne-Marie (2019): A Rapid Review of Barriers to Volunteering for Potentially Disadvantaged Groups and Implications for Health Inequalities. In: *Voluntas*, 30. Jg., Heft 5, S. 907–920.
- Stamer, Katja (2014): Förderung ehrenamtlichen Engagements in Sportvereinen. <https://hss-opus.ub.ruhr-uni-bochum.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/3734/file/diss.pdf> (27.8.2025).
- Thieme, Lutz; Liebetreu, Thore; Wallrodt, Sören (2017): Gewinnung und Bindung von Vorständen im Sportverein. In: *German Journal of Exercise and Sport Research*, 47. Jg., Heft 2, S. 133–148.
- Wallrodt, Sören; Thieme, Lutz (2023): The Opportunity Costs of Volunteering: Evidence From Germany. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 52. Jg., Heft 5, S. 1169–1190, <https://doi.org/10.1177/08997640221129579>.
- Wurzbacher, Gerhard (1962): Der Verein in der freien Gesellschaft. In: DOSB (Hrsg.): *Der Verein als Träger der deutschen Turn- und Sportbewegung. Grundsatzreferate des DSB-Bundestages*. Frankfurt/Main, S. 5–16.

Attraktivität des Ehrenamts im Katastrophenschutz: Soziales Miteinander als Schlüssel?

Svenja C. Schütt¹, Elisabeth Kals², Bernadette Enders³, Laura Pollack⁴,
Isabel T. Strubel⁵, Susanne Freund⁶

Zusammenfassung

Die Studie, basierend auf dem Forschungsprojekt *Stärkung des Ehrenamts im Katastrophenschutz Nordrhein-Westfalen*⁷ (Kals et al. 2020), untersucht die Attraktivität des Ehrenamts im Katastrophenschutz. Die Freude an der Tätigkeit steht dabei im Mittelpunkt, wobei sich zeigt, dass positive zwischenmenschliche Beziehungen und das persönliche Miteinander der Engagierten entscheidend für diese Freude und die langfristige Bindung von Ehrenamtlichen im Katastrophenschutz sind. Um das Ehrenamt nachhaltig zu stärken, sind gemeinschaftsfördernde Maßnahmen und organisatorische Transformationen wichtig. Die Studie liefert praxisnahe Impulse, um das Engagement im Katastrophenschutz durch gezielte Maßnahmen langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln.

Schlagwörter

Ehrenamt; Katastrophenschutz; Bereitschaften; Anreize; Barrieren

-
- 1 Dr., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Professur für Sozial- und Organisationspsychologie, svenja.schuett@ku.de.
 - 2 Prof. Dr., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Inhaberin der Professur für Sozial- und Organisationspsychologie, elisabeth.kals@ku.de.
 - 3 Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Sozial- und Organisationspsychologie.
 - 4 Dr., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Sozial- und Organisationspsychologie.
 - 5 PD Dr., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Privatdozentin an der Professur für Sozial- und Organisationspsychologie, isabel.strubel@ku.de.
 - 6 Dr., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Sozial- und Organisationspsychologie.
 - 7 Wir danken dem Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen für die finanzielle Förderung der Studie und die wertvolle Zusammenarbeit.

1. Einleitung

Der Katastrophenschutz ist eine der zentralen Säulen des Bevölkerungsschutzes und spielt eine entscheidende Rolle in der Gefahrenabwehr, etwa bei Naturkatastrophen (Deutscher Bundestag 2023). Ehrenamtliche Kräfte leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag. Die sieben im Katastrophenschutz NRW anerkannten Hilfsorganisationen mit rund 100.000 ehrenamtlichen Kräften sind der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Malteser Hilfsdienst (MHD) sowie das Technische Hilfswerk (THW) als Bundeseinrichtung und der Verband der Feuerwehren NRW (VdF) (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2025).

Dieser Beitrag hat zum Ziel, die Motivationslage und Herausforderungen aktiver ehrenamtlicher Kräfte im Katastrophenschutz zu ergründen und darauf basierend zu analysieren, wie das Ehrenamt gestärkt und zukunftsfähig gestaltet werden kann. Zudem werden erste Impulse reflektiert, inwiefern diese Befunde in anderen Ehrenamtsbereichen genutzt werden können.

2. Erklärungsmodelle zu Anreizen und Barrieren im Ehrenamt des Katastrophenschutzes

Die Motivation hinter einem Ehrenamt ist ein Schlüsselfaktor für die Gewinnung und Bindung freiwillig Engagierter (Chacón et al. 2017). Zur Erklärung dieser Motivation hat sich der funktionale Ansatz etabliert (Clary et al. 1998; Clary/Snyder 1999; Oostlander/Güntert/Wehner 2015). Er identifiziert multiple psychologische Funktionen, die bei der Ausübung einer Freiwilligentätigkeit wirksam werden. Diese Funktionen spiegeln individuelle Bedürfnisse wider und wirken als Motive für freiwilliges Engagement. Dabei kann dieselbe Freiwilligentätigkeit unterschiedliche Motive bei verschiedenen Personen erfüllen und gleichzeitig mehrere Motive einer einzelnen Person ansprechen (Snyder/Clary/Stukas 2001).

Sechs grundlegende Motive für freiwillige Tätigkeiten unterscheidet das *Volunteer Functions Inventory (VFI)* nach Clary et al. (1998)⁸:

8 Das VFI ist ein empirisch fundiertes Messinstrument, dessen Dimensionierung in der psychologischen Freiwilligenforschung etabliert ist.

- *Erfahrungsfunktion*: Sammeln praktischer Erfahrung und Anwendung von Wissen
- *Karrierefunktion*: Erwerb von Fähigkeiten und Kontakten für den Beruf
- *Schutzfunktion*: Entlastung von Schuldgefühlen und negativen Emotionen
- *Selbstwerterhöhungsfunktion*: Stärkung des Selbstwertgefühls
- *Soziale Anpassungsfunktion*: Anpassung an soziale Erwartungen und Einbindung in eine Bezugsgruppe
- *Wertefunktion*: Ausdruck altruistischer und humanistischer Werte

Die Passung zwischen den individuellen Motiven der Engagierten und den Merkmalen der freiwilligen Tätigkeit ist laut Clary et al. (1998) ein entscheidender Faktor für die Zufriedenheit und das Commitment gegenüber dem Engagement und prägt das Anreizsystem für ein Engagement.

Neben dem VFI erfassen die *Skalen der Einstellungsstruktur ehrenamtlicher Helfer* (Bierhoff/Schülken/Hoof 2007) verschiedene Anreize und Ziele ehrenamtlicher Kräfte. Dazu gehören soziale Bindung, Selbsterfahrung, soziale Verantwortung, politische Verantwortung, Selbstwert/Anerkennung, soziale Beeinflussung, Berufsausgleich und Karriere.

Die Autor:innen beider Ansätze verweisen auf die Notwendigkeit einer Erweiterung der Motive und Ziele abhängig vom Engagementkontext (Clary et al. 1998), etwa um die Erlebnissuche im Katastrophenschutz (Kals et al. 2016).

Zugangsschwellen und erlebte Barrieren beim Engagement gewinnen wissenschaftlich an Bedeutung. Sie finden insbesondere Beachtung, um Engagementabbrüche zu erklären, die trotz erfüllter Motive erfolgen. Unzulängliche organisationale Rahmenbedingungen, Tätigkeitsmerkmale, situative Faktoren sowie (Un-)Gerechtigkeitserfahrungen können das Engagement erschweren. Sie moderieren den Zusammenhang zwischen Motivation, Intention und tatsächlichem Verhalten (Strubel/Schütt/Kals 2024). Eine systematische Kategorisierung dieser Barrieren fehlt bislang jedoch im wissenschaftlichen Diskurs.

Der aktuelle Forschungsstand zu den Anreizen und wahrgenommenen Barrieren im Ehrenamt zeigt, dass die Engagementbereitschaft in Deutschland insgesamt hoch ausgeprägt ist (Arriagada/Karnick 2022). Altruistische und wertorientierte Motive stehen als treibende Kräfte im Vordergrund (Zhou/Kodama Muscente 2023): Engagierte möchten anderen helfen und einen gesellschaftlichen Beitrag leisten (Kietzmann et al. 2015; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024; Wendekamm/Matzke 2015).

Bereichsspezifisch für den Katastrophenschutz zeigen sich die Motive, im Katastrophenfall vorbereitet zu sein und Hilfe leisten zu können (Gluns/Pinkert 2012). Auch soziale Faktoren wie Gemeinschaft und Kameradschaft sind wichtig (ASB e. V. 2024; Kietzmann et al. 2015; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024). Neben diesen altruistischen Motiven sind auch stärker selbstbezogene Anreize wie Wertschätzung und Anerkennung sowie Identitätsstiftung und Gestaltungsfreiräume relevant (ASB e. V. 2024; Freund/Kals 2017). Zudem erweisen sich Möglichkeiten zur persönlichen und kompetenzbezogenen Entwicklung als reizvoll (Freund/Kals 2017; Kietzmann et al. 2015; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024).

Zu den stärksten Herausforderungen im Ehrenamt des Katastrophenschutzes gehören der hohe Zeitaufwand und die Vereinbarkeit mit dem Berufs- und Privatleben (Kietzmann et al. 2015; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024; Wendekamm/Matzke 2015). Unzureichende Anerkennung seitens der Bevölkerung und Politik sowie mangelndes Verständnis seitens der Arbeitgebenden (Freund/Kals 2017; Kietzmann et al. 2015; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024), starre organisatorische Strukturen (Koß/Penkert/Vehling 2017) und zwischenmenschliche Konflikte (Kietzmann et al. 2015; Lechner/Freund/Kals 2015) sind weitere Hemmnisse. Zudem können hohe Qualifizierungsstandards (Hielscher/Nock 2014; Kietzmann 2013), körperliche Anforderungen und psychosoziale Belastungen das Engagement erschweren (Helmerichs et al. 2016; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024).

Der aktuelle Forschungsstand gibt einen ersten Eindruck über die Vielschichtigkeit eines Ehrenamts im Katastrophenschutz. Vor diesem Hintergrund zielt die vorliegende Studie darauf ab, die Erkenntnisse über zentrale Anreize und Barrieren im Katastrophenschutz am Beispiel NRW durch Beantwortung folgender Fragestellungen zu vertiefen:

Was sind die zentralen Anreize und Barrieren im Ehrenamt des Katastrophenschutzes? Welche Anreize und Barrieren stehen im engen Zusammenhang mit der Engagementbereitschaft und Freude im Ehrenamt?

Basierend auf den theoretischen Annahmen wird davon ausgegangen, dass der Katastrophenschutz durch multiple Anreize charakterisiert ist. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Herausforderungen und Barrieren eher im geringeren Maße erlebt werden. Ebenso stehen die konkreten Beweggründe für die Bereitschaft zur Fortführung des Engagements im Zentrum dieser Studie. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Freude an der Tätigkeit als zentralen Faktor gerichtet, denn sie scheint in besonderem Maße mit vielfältigen Anreizen und niedrig ausgeprägten Barrieren zusammenzuhängen (Kietzmann/Kehl/Schmidt 2014).

3. Methodik und Stichprobe

Die Studie basiert auf Online-Befragungen von aktiven Ehrenamtlichen aus dem gesamten Katastrophenschutz unter Verwendung validierter Messinstrumente der Ehrenamtsforschung und früherer Studienerkenntnisse (Kals et al. 2020). An der Hauptstudie nahmen 8.499 Ehrenamtliche der sieben Hilfsorganisationen in NRW teil (84,5 % männlich, 15,2 % weiblich, 0,3 % divers). Etwa die Hälfte (50,5 %) gehörte zur Basis, d. h. war ohne Führungsaufgabe, 40,8 % waren Führungskräfte und 8,8 % anderweitig engagiert. Die Stichprobe ist hinsichtlich des Geschlechts, Alters und Migrationshintergrunds demografisch annähernd repräsentativ für den Katastrophenschutz in NRW.

4. Zusammenfassung der Befunde

Die Ergebnisse zeigen, dass Ehrenamtliche im Katastrophenschutz NRW ihre Tätigkeit mit Freude ausüben. Sie haben eine hohe Bereitschaft, sich weiterhin zu engagieren und gleichzeitig eine geringe Absicht, das Ehrenamt zu reduzieren oder gar zu beenden. Diesen Befund bestätigt auch die durchschnittliche Engagementdauer von 17 Jahren. Das Erleben von Freude ist dabei erwartungsgemäß ein zentraler Faktor, der stark positiv mit den Fortführungsabsichten und stark negativ mit Reduktionsabsichten verknüpft ist.

Hauptanreize für das Engagement sind die Möglichkeit, zu helfen, das Erleben von Sinn, der Erwerb von Notfallkompetenzen, das Sammeln praktischer Erfahrungen und die soziale Einbindung. Weitere Anreize – wie Einflussnahme auf andere, Selbstwerterhöhung oder Traditionsbewahrung – spielen zwar eine wichtige, aber nachgeordnete Rolle. Karrierevorteile und materielle Anreize sind kaum relevant. Die Freude steht dabei im stärksten Zusammenhang mit sozialer Eingebundenheit und Sinnerleben.

Obwohl die Engagierten insgesamt wenige Herausforderungen berichten, variieren die wahrgenommenen Barrieren individuell sehr stark. Am belastendsten werden mangelnde Anerkennung, berufliche Unvereinbarkeit und hohe zeitliche Anforderungen erlebt. Allerdings stehen interne Konflikte und organisatorische Hürden, wie starre Strukturen und hoher Zeitaufwand, im deutlichen Zusammenhang mit geringerer Freude am Ehrenamt und höheren Reduktionsabsichten.

5. Diskussion der Ergebnisse

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen deutlich, dass das Erleben von Freude eine zentrale Rolle für die langfristige Engagementbereitschaft im Katastrophenschutz spielt. Insbesondere das Gemeinschaftsgefühl und das Erleben von Sinnhaftigkeit tragen dazu bei, dass Ehrenamtliche motiviert bleiben. Die Bedeutung dieser Anreize deckt sich mit bisherigen Erkenntnissen (Gluns/Pinkert 2012; Kietzmann et al. 2015; Kietzmann/Kehl/Schmidt 2014; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024).

Die Ergebnisse bestätigen auch den funktionalen Ansatz von Clary et al. (1998), wonach vielfältige Anreize ein Ehrenamt attraktiv machen. Besonders bedeutsam sind zwei Motive: helfen zu wollen (Kietzmann et al. 2015; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024) und Sinnhaftigkeit zu erleben (Hoof/Schnell 2009; Kietzmann/Kehl/Schmidt 2014). Beide sind im Katastrophenschutz NRW durch seine gesellschaftliche Relevanz besonders wichtig (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2025). Gleichzeitig kann eine mangelnde Wertschätzung durch gesellschaftliche Akteure wie Arbeitgebende oder Kommunen das Engagement beeinträchtigen (Freund/Kals 2017; Kietzmann et al. 2015; Rosenkranz/Görtler/Buchner 2024).

Weitere hemmende Faktoren sind vor allem der hohe Zeitaufwand und die starren Organisationsstrukturen (Kietzmann et al. 2015; Koß/Penkert/Vehling 2017), die sich negativ auf die Freude an der Tätigkeit auswirken (Freund 2020). Zudem erschweren gerade diese Faktoren die Vereinbarkeit eines Engagements mit den Anforderungen anderer Lebensbereiche (van Schie/Güntert/Wehner 2015).

Schließlich können Konflikte das Ehrenamt gefährden (Kals 2021; Kietzmann et al. 2015; Lechner/Freund/Kals 2015). Auch wenn in dieser Studie kaum Konflikte berichtet werden, sind gerade Beziehungs- und Gerechtigkeitskonflikte (Thiel 2021) für viele Ehrenamtliche der Hauptgrund für einen Rückzug – besonders für Jüngere (Kals et al. 2020). Dabei gilt zu beachten, dass Ehrenamtliche ökonomisch nicht abhängig sind und somit ein Ausstieg aus dem Engagement leichter als bei bezahlten Tätigkeiten ist (Kals/Thiel/Freund 2019).

Zusammengenommen bestätigen die Befunde das integrative Modell sozialen Engagements (Strubel/Schütt/Kals 2024), das ein Grundmodell für verschiedene Engagementbereiche darstellt. Sie untermauern den motivationalen Kern des Ehrenamts in verschiedenen Kontexten (Omoto/Snyder 2002) und bekräftigen: Von besonderer Bedeutung für ein langfristiges En-

gement ist das positive Gemeinschaftserleben. Neben zwischenmenschlichen Barrieren wie erlebten Konflikten hemmen vor allem starre Organisationsstrukturen und ein hoher Zeitaufwand die Engagementbereitschaft.

Zukünftige Transformationen der Organisationen des Katastrophenschutzes sollten sich darauf konzentrieren, diese Barrieren zu reduzieren, um die Attraktivität des Ehrenamts langfristig zu sichern. Dabei ist die Integration neuer, niedrigschwelliger Engagementformen wie projektbezogener Einsätze oder der Einbezug von Spontanhelfenden wichtig, um auch zukünftig gut aufgestellt zu bleiben (Freund 2020). Multiplikator:innen innerhalb der Hilfsorganisationen könnten ein wirksames Mittel zur Stärkung der Organisationsstrukturen und der Gemeinschaft darstellen (Blümel/Lehmann 2018; Hafen 2012). Sie könnten das Potenzial besitzen, als sog. *Change Agents* organisationale Veränderungen von innen heraus zu begleiten.

6. Zukünftige Forschungsaufgaben

Für ein vertieftes Verständnis der motivationalen Prozesse im Katastrophenschutz sind Längsschnittstudien erforderlich – gerade, weil das Ehrenamt hier oft über viele Jahre ausgeübt wird. Die Engagementforschung sollte daher verstärkt Drittmittelgeber zur Förderung solcher Studien anregen, um folgende Fragen zu klären: Wie verändert sich das Engagement im Zeitverlauf? Verändern sich die Motive und Bewertungen von Barrieren? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen dem Ehrenamt im Katastrophenschutz und anderen Engagementkontexten? Schließlich legen theoretische Modelle nahe, dass Organisationen die motivationalen Anreize für Engagementwillige kontextabhängig anpassen sollten – diese Annahme sollte an größeren Stichproben empirisch überprüft werden.

Auch die tatsächlichen Auswirkungen struktureller Transformationen sollten tiefergehend untersucht werden: Tragen sie zur Senkung von Abbruchquoten und Steigerung von Mitgliederzahlen bei? Gibt es diesbezüglich Unterschiede zwischen den Hilfsorganisationen? Besonders aufschlussreich wäre in diesem Zusammenhang eine Kontaktaufnahme zu Abbrecher:innen, um deren Erfahrungen zu erfragen. So könnte eine fundierte Grundlage für ausstehende Systematisierungen von Barrieren erarbeitet werden, die neue Perspektiven für die Weiterentwicklung des Ehrenamts eröffnet. Es sollten zudem Untersuchungen in anderen Bundesländern oder

sogar bundesweit erfolgen, um die Generalisierbarkeit der Ergebnisse zu überprüfen.

Ein besonderer Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der Rolle von zuvor erwähnten Multiplikator:innen: Inwieweit können diese tatsächlich zur Stärkung des Ehrenamts beitragen? Welche strukturellen Bedingungen sind notwendig, damit sie ihr Wirkungspotenzial voll entfalten können?

7. Fazit

Der Katastrophenschutz in NRW verdeutlicht, dass soziale Bindung und gemeinschaftliches Handeln Voraussetzungen für langfristiges Engagement darstellen. Um die Zukunftsfähigkeit dieses Bereichs zu sichern, sind der Abbau struktureller Schwellen sowie der Ausbau flexibler und niedrigschwelliger Beteiligungsmöglichkeiten erforderlich. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Diversität stellt sich zudem die Frage, wie eine breitere Repräsentation im Ehrenamt des Katastrophenschutzes erreicht werden kann. Dies erfordert vertiefte Forschung zu Zugangswegen bzw. -schwellen und dem Zugehörigkeitsempfinden bislang unterrepräsentierter Gruppen.

Als Beispiel für gelingende Bindungspotenziale im Ehrenamt liefert der Katastrophenschutz wichtige Erkenntnisse für andere zivilgesellschaftliche Bereiche. Die gezielte Förderung von Gemeinschaft und die Anpassung organisatorischer Rahmenbedingungen sind dabei zentrale Ansatzpunkte zur Stärkung nachhaltiger Engagementstrukturen.

Literaturverzeichnis

- Arbeiter-Samariter-Bund e. V. (2024): Engagement fördern, Zukunft gestalten. Eine gemeinsame Initiative des ASB-Bundesverbandes und der Landesverbände NRW, Bayern und Sachsen. https://www.asb-bayern.de/application/files/4317/3339/0351/ASB_Engagement_Broschuere_Print_WEB_final.pdf (5.2.2025).
- Bierhoff, Hans-Werner; Schülken, Theo; Hoof, Matthias (2007): Skalen der Einstellungsstruktur ehrenamtlicher Helfer (SEEH). In: Zeitschrift für Personalpsychologie, 6. Jg, Heft 1, S. 12–27, <https://doi.org/10.1026/1617-6391.6.1.12>.
- Blümel, Stephan; Lehmann, Frank (2018): Zielgruppen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden. Köln, S. 1028–1032.

- Chacón, Fernando; Gutiérrez, Gema; Sauto, Verónica; Vecina, María Luisa; Pérez, Alfonso (2017): Volunteer Functions Inventory: A systematic review. In: *Psicothema*, 29. Jg., Heft 3, S. 306–316, <https://doi.org/10.7334/psicothema2016.371>.
- Clary, E. Gil et al. (1998): Understanding and assessing the motivations of volunteers: A functional approach. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 74. Jg., Heft 6, S. 1516–1530, <https://doi.org/10.1037//0022-3514.74.6.1516>.
- Clary, E. Gil; Snyder, Mark (1999): The motivations to volunteer: Theoretical and practical considerations. In: *Current Directions in Psychological Science*, 8. Jg., Heft 5, S. 156–159, <https://doi.org/10.1111/1467-8721.00037>.
- Deutscher Bundestag (2023): Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2020 bis 2022. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/063/2006300.pdf> (5.2.2025).
- Freund, Susanne (2020): Organisationsentwicklung in Freiwilligenorganisationen. Psychologische Modellbildung und Evaluation von Veränderungsbereitschaft und Engagement im Transformationsprozess. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-28789-4>.
- Freund, Susanne; Kals, Elisabeth (2017): Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren in NRW. Evaluation der Pilotprojekte der AG 1 „Der Mensch in der Freiwilligen Feuerwehr“. Abschlussbericht. https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/Evaluationsbericht_Pilotprojekte_Der_Mensch_in_der_Freiwilligen_Feuerwehr.pdf (7.2.2025).
- Gluns, Danielle; Pinkert, Claudia (2012): MigrantInnen als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/Zielgruppe_Migranten.pdf (7.2.2025).
- Hafen, Martin (2012): Mediatoren, Multiplikatorinnen, Mentoren, Drehpunkt- und Schlüsselpersonen in Prävention und Gesundheitsförderung. In: *Prävention: Zeitschrift für Gesundheitsförderung*, 35. Jg., Heft 3, S. 66–71.
- Helmerichs, Jutta; Karutz, Harald; Gengenbach, Oliver; Richwin, Rike (2016): Psychosoziale Herausforderungen im Feuerwehrdienst. Belastungen senken – Schutz stärken. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/NOAH/psychosoziale-herausforderungen-im-feuerwehrdienst.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (25.2.2025).
- Hielscher, Volker; Nock, Lukas (2014): Perspektiven des Ehrenamtes im Zivil- und Katastrophenschutz. Metaanalyse und Handlungsempfehlungen. iso-Report Nr. 3. https://www.iso-institut.de/wp-content/uploads/2018/11/iso-report_Nr.3_Hielscher_u._Nock_Ehrenamt_Katastrophenschutz_2014.pdf (8.2.2025).
- Hoof, Matthias; Schnell, Tatjana (2009): Sinnvolles Engagement. Zur Sinnfindung im Kontext der Freiwilligenarbeit. In: *Wege zum Menschen*, 61. Jg., Heft 5, S. 403–488.
- Kals, Elisabeth (2021): Erwartungen, Enttäuschungen und Reflexion. In: *Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt* (Hrsg.): *Begeistert engagiert: Menschen gewinnen und motivieren*. Bonn, S. 32–35.
- Kals, Elisabeth; Freund, Susanne; Enders, Bernadette; Schütt, Svenja Christina (2020): Stärkung des Ehrenamts im Katastrophenschutz Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht. https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/20-10-27%20KU%20Abschlussbericht%20gesamt_final.pdf (26.2.2025).

- Kals, Elisabeth; Strubel, Isabel Theresia; Vaganian, Lusine; Güntert, Stefan; Wehner, Theo (2016): Freiwilligenarbeit und Erwerbsarbeit am Beispiel der Feuerwehr: Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. In: *Wirtschaftspsychologie*, 18. Jg., Heft 2, S. 67–79.
- Kals, Elisabeth; Thiel, Kathrin; Freund, Susanne (2019): *Handbuch zur Konfliktlösung im Ehrenamt*. Stuttgart.
- Kietzmann, Diana (2013): Motive Freiwilliger – Besonderheiten im Katastrophenschutz? https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/bis_2017/2013/nl04_gastbeitrag_kietzmann.pdf (7.2.2025).
- Kietzmann, Diana; Bischoff, Marie; Schinköth, Michaela; Schmidt, Silke (2015): Motivationale Aspekte ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz. http://www.feuerwehr.de/news/o/11352/Inka_Abschlussbericht_EMAUG_final.pdf (7.2.2025).
- Kietzmann, Diana; Kehl, Doris; Schmidt, Silke (2014): Ehrenamtliche gewinnen und halten – Gründe für eine Aufnahme und Motive für eine langfristige Aufrechterhaltung eines Engagements im Krisenmanagement und Katastrophenschutz. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/bis_2017/2014/NL10_Gastbeitrag_Kietzmann_Kehl_Schmidt.pdf (7.2.2025).
- Koß, Christina; Penkert, Berthold; Vehling, Heike (2017): FEUERWEHRENSACHE. Förderung des Ehrenamtes der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht. https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/IM_Feuerwehraabschlussbericht_0.pdf (7.2.2025).
- Lauwe, Peter et al. (2017): Verhinderung und Vorbereitung. In: Karutz, Harald; Geier, Wolfram; Mitschke, Thomas (Hrsg.): *Bevölkerungsschutz. Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis*. Berlin/Heidelberg, S. 129–216, https://doi.org/10.1007/978-3-662-44635-5_5.
- Lechner, Lisa; Freund, Susanne; Kals, Elisabeth (2015): Management von Konflikten bei der Freiwilligen Feuerwehr Nordrhein-Westfalen. https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/Management_von_Konflikten_bei_der_Freiwilligen_Feuerwehr.pdf (7.2.2025).
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2025): Hilfe in Ausnahmesituationen. <https://www.im.nrw/themen/gefahrenabwehr/katastrophenschutz> (10.2.2025).
- Omoto, Allen M.; Snyder, Mark (2002): Considerations of Community. In: *American Behavioral Scientist*, 45. Jg., Heft 5, S. 846–867. <https://doi.org/10.1177/0002764202045005007>.
- Oostlander, Jeannette; Güntert, Stefan; Wehner, Theo (2015): Motive für Freiwilligenarbeit – der funktionale Ansatz am Beispiel eines generationenübergreifenden Projekts. In: Wehner, Theo; Güntert, Stefan (Hrsg.): *Psychologie der Freiwilligenarbeit. Motivation, Gestaltung und Organisation*. Berlin/Heidelberg, S. 59–76, https://doi.org/10.1007/978-3-642-55295-3_4.
- Rosenkranz, Doris; Görtler, Edmund; Buchner, Enya (2024): Wer löscht morgen? Engagement und Freiwillige Feuerwehr. Weinheim, <https://doi.org/10.3262/978-3-7799-8737-6>.

- Arriagada, Celine, Karnick, Nora (2022): Motive für freiwilliges Engagement, Beendigungsgründe, Hinderungsgründe und Engagementbereitschaft. In: Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement*. Wiesbaden, S. 125–149, https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9_7.
- Snyder, Mark; Clary, E. Gil; Stukas, Arthur (2001). Ehrenamtlichkeit: Ein funktionaler Ansatz. In: *Journal für Psychologie*, 9. Jg., Heft 3, S. 15–35. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-28290>.
- Strubel, Isabel Theresia; Schütt, Svenja Christina; Kals, Elisabeth (2024): Soziale Engagements. In: Genkova, Petia (Hrsg.): *Handbuch Globale Kompetenz. Grundlagen – Herausforderungen – Krisen*. Wiesbaden, S. 1063–1076, https://doi.org/10.1007/978-3-658-30555-0_74.
- Thiel, Kathrin (2021): Organisation, Motivation und Konflikte in der Freiwilligenarbeit. Eine organisationspsychologische Analyse freiwilligen Engagements in Non-Profit-Organisationen. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36185-3>.
- van Schie, Susan; Güntert, Stefan; Wehner, Theo (2015): Gestaltung von Aufgaben und organisationalen Rahmenbedingungen in der Freiwilligenarbeit. In: Wehner, Theo; Güntert, Stefan (Hrsg.): *Psychologie der Freiwilligenarbeit*. Berlin/Heidelberg, S. 131–149, https://doi.org/10.1007/978-3-642-55295-3_8.
- Wendekamm, Michaela; Matzke, Malte (2015): Das Ehrenamt im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. In: Lange, Hans-Jürgen; Gusy, Christoph (Hrsg.): *Kooperation im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz*. Wiesbaden, S. 289–304, https://doi.org/10.1007/978-3-658-07151-6_7.
- Zhou, Steven; Kodama Muscente, Kailee (2023): Meta-analysis of volunteer motives using the Volunteer Functions Inventory to predict volunteer satisfaction, commitment, and behavior. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 52. Jg., Heft 5, S. 1331–1356, <https://doi.org/10.1177/08997640221129540>.

Engagementabbrüche verstehen und selbstbestimmte Tätigkeiten fördern

Malina Küster¹

Zusammenfassung

Im Beitrag werden Zwischenergebnisse einer qualitativen Studie zu Abbrüchen bürger-schaftlichen Engagements vorgestellt. Der theoretische Ansatzpunkt der Studie ist eine soziologische Engagementtheorie rund um die Kategorie des Eigensinns. Der Beitrag zielt darauf ab, Engagementabbrüche zu verstehen und Rückschlüsse zu ziehen, wie selbstbestimmte Tätigkeiten von Engagierten bei der Ausführung von Engagements gefördert werden können. Die dieser Analyse zugrunde liegende Idee ist: Wenn selbstbestimmte Tätigkeiten langfristig bei den Engagierten ausbleiben, kommt es zu Engagementabbrüchen, die Auswirkungen sowohl für ehemalige Engagierte als auch für die Organisationen und Gemeinschaften haben. Im Rahmen einer Grounded-Theory-Studie wurden autobiografisch-narrative Interviews mit ehemals Engagierten aus verschiedenen Engagementfeldern durchgeführt. Anhand eines ausgewählten Fallbeispiels werden die wesentlichen Aspekte der Engagementtheorie erläutert und veranschaulicht, wie ein Engagementabbruch verlaufen kann.

Schlagwörter

Engagementabbrüche; Eigensinn; ehemalige Engagierte; selbstbestimmte Tätigkeiten; Grounded Theory

1. Einführung

Die nähere Betrachtung unterschiedlicher Engagementbereiche zeigt, dass Engagementverläufe auch mit einem vorzeitigen Abbruch enden können. Engagementabbrüche wirken sich auf individueller, organisationaler und gesellschaftlicher Ebene aus. Für die Engagierten selbst kann der Wegfall der sozialen Teilhabe psychosoziale Belastungen, den Verlust sozialer Netzwerke oder eine Verringerung des subjektiven Wohlbefindens bedeuten. Organisationen und Gemeinschaften sehen sich wiederum mit dem Verlust wichtiger personeller Ressourcen konfrontiert, was die Umsetzung ihrer Ziele und Angebote beeinträchtigen kann. Auf gesellschaftlicher Ebene

1 M. A., Fakultät Management, Soziale Arbeit, Bauen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, HAWK Holzminden, malina.kuester@hawk.de.

beeinflussen Engagementabbrüche zentrale Bereiche wie die soziale Inklusion, das solidarische Zusammenleben und die demokratische Teilhabe.

In diesem Beitrag werden Zwischenergebnisse einer qualitativen Studie vorgestellt, die sich mit dem Verlauf von Engagementabbrüchen und seinen Auswirkungen beschäftigt. Die Untersuchung lässt sich in den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs zum bürgerschaftlichen Engagement einordnen und baut auf zentralen Erkenntnissen der bisherigen Engagementforschung auf (Rüger 2023; Arriagada/Karnick 2022; Rüger/Engel/Haßelbusch 2022; Kewes/Munsch 2020; Corsten/Krug 2010; Corsten/Kauppert/Rosa 2008; Haski-Leventhal/Bargal 2008). Bisherige Studien zeigen auf, wie der Einstieg in bürgerschaftliches Engagement erfolgt, welche Motive und Beweggründe diesem zugrunde liegen, was Engagierte während des Engagements zufriedenstellt und welche Bedingungen zur Beendigung von Engagements führen können.

Ein besonderer Fokus dieses Beitrags liegt auf dem Zusammenhang zwischen dem Eigensinn der Engagierten und dem Verlauf von Engagementabbrüchen. Damit knüpft er an vorliegende Studien zur Bedeutung des Eigensinns für die Ausübung bürgerschaftlichen Engagements an (Rüger 2023; Kewes/Munsch 2020; Corsten/Krug 2010; Corsten/Kauppert/Rosa 2008). Ziel der Analyse ist es, darzustellen und aufzuzeigen, warum es für die Förderung und nachhaltige Stabilisierung von Engagement unerlässlich ist, die Bedeutung des Eigensinns stärker als bisher in den Blick zu nehmen und selbstbestimmte Tätigkeiten zu fördern.

Die Datengrundlage der qualitativen Studie sind autobiografisch-narrative Interviews (Schütze 1983; Rosenthal 2002). Zum Interviewsample gehören ehemalige Engagierte unterschiedlichen Geschlechtes und Alters. Darüber hinaus variieren die Lebensumstände der Interviewten, beispielsweise hinsichtlich ihrer familiären Situation und Bildung. Es wurden Personen aus den Engagementfeldern der Flüchtlingshilfe, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Heimatverein, Musik- und Sportverein sowie einem Bürgerbusprojekt befragt. Die unterschiedlichen Engagementfelder zeichnen sich durch verschiedene Ausprägungen in Bezug auf Formalisierungsgrad, Beständigkeit beziehungsweise Tradition und Zweckorientierung aus. Der Feldzugang erfolgte durch sogenannte *Gatekeeper* oder Schlüsselpersonen, die einen Zugang zum Engagementbereich ermöglicht haben.

Methodisch wurde während der Interviews im Sinne von Schütze (1983) und Rosenthal (2002) vorgegangen (Schütze 1983: 285; Rosenthal 2002: 204–207). Die Auswertung der Interviews erfolgte im Sinne der Grounded Theory mithilfe des Kodierverfahrens nach Strauss und Cor-

bin (1996). Im Rahmen dieses Ansatzes wurden im offenen Kodieren zunächst relevante Textstellen identifiziert und Kategorien gebildet. Anschließend wurden beim axialen Kodieren Beziehungen zwischen diesen Kategorien sowie deren Eigenschaften und Dimensionen herausgearbeitet. Im abschließenden selektiven Kodieren wurden die zentralen Kategorien zusammengestellt. Ziel dieses Vorgehens ist es, schrittweise eine theoretisch fundierte, empirisch abgeleitete Theorie zu entwickeln, die das untersuchte Phänomen umfassend beschreibt und erläutert (Strauss/Corbin 1996: 43–118).

Der Beitrag führt zunächst in die soziologische Engagementtheorie von Krug und Corsten (2010) ein, die den Eigensinn eines Menschen beim bürgerschaftlichen Engagement in den Vordergrund stellt. Nachfolgend wird das Phänomen der Engagementabbrüche beleuchtet, indem Zwischenergebnisse der qualitativen Studie erläutert und mit der vorgestellten Theorie verknüpft werden. Die wesentlichen Aspekte dieser Darstellung werden im Anschluss anhand eines Fallbeispiels präsentiert und mit Originalzitaten aus einem Interview untermauert. So veranschaulicht der Beitrag, wie ein Engagementabbruch verlaufen kann. Zum Abschluss folgen eine Zusammenfassung sowie ein Fazit.

2. Eine Engagementtheorie rund um die Kategorie Eigensinn

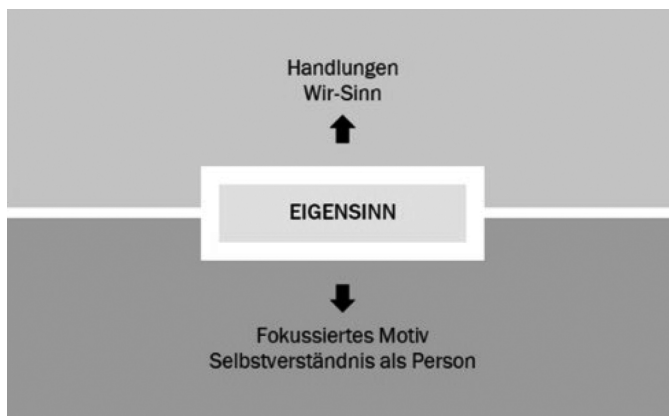
Im Hinblick auf die individuellen Beweggründe von bürgerschaftlich Engagierten wird oft auf allgemeine Motive verwiesen, die Menschen zu bürgerschaftlichem Engagement bewegen. Beispielsweise wird in der quantitativen Engagementforschung darauf hingewiesen, dass Menschen sich engagieren, um Freude an der Tätigkeit zu erleben, um anderen Menschen zu helfen oder weil sie einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten möchten (Arriagada/Karnick 2022: 125–136).

Mehrere Untersuchungen weisen jedoch darauf hin, dass es differenzierte (Handlungs-)Orientierungen sind, die Individuen zur Aufnahme bürgerschaftlichen Engagements veranlassen und deren Verhalten sowie die Ausgestaltung ihrer Tätigkeiten innerhalb des Engagements maßgeblich beeinflussen (Rüger 2023; Krug/Corsten 2010; Corsten/Kauppert/Rosa 2008). Bürgerschaftliches Engagement anhand verallgemeinerter Motive wie „helfen wollen“ oder „Spaß haben“ erklären zu wollen, ist zwar nachvollziehbar, aber unzureichend differenziert.

Krug und Corsten (2010) subsumieren die unterschiedlichen Orientierungen unter dem Begriff des Eigensinns. Unter Eigensinn wird die Selbstbestimmung eines Menschen verstanden (Krug/Corsten 2010: 43). Dieser ergibt sich als Ergebnis eines unbewusst ablaufenden Entscheidungsprozesses. Gegenstand dieses Entscheidungsprozesses sind die Fragen, wer man generell sein möchte und welche Handlungen man im Alltag gerne erleben möchte (Krug/Corsten 2010: 44).

Daran anknüpfend veranschaulicht Rüger (2023) den Eigensinn anhand von zwei Ebenen (siehe Abbildung 1): zum einen eine situative, auf bestimmte Handlungen ausgerichtete Ebene und zum anderen eine lebensgeschichtliche, auf sich selbst bzw. die eigene Lebensführung bezogene Ebene (Rüger 2023: 23–24).

Abbildung 1: Ebenen des Eigensinns



Quelle: Rüger (2023: 24).

Die situative Ebene beschreibt den Sinn für eine spezifische soziale Praxis. Dabei stehen die Handlungen, die die Person erleben möchte, im Fokus. Diese Ebene wird von Krug und Corsten (2010) auch als Wir-Sinn bezeichnet und bezieht sich auf die Sensibilität eines Menschen für eine besondere Form der sozialen Praxis (Krug/Corsten 2010: 43). Jeder Mensch ist auf die situative Ebene ausgerichtet und hat das Bedürfnis, bestimmte soziale Handlungen zu erleben. Die Vorsilbe „Wir-“ umfasst, dass der Wir-Sinn auf Handlungen ausgerichtet ist, die mit anderen Menschen zusammenhängen und gemeinsam mit ihnen oder nur von ihnen ausgeübt werden (Corsten/Kauppert/Rosa 2008: 32–34). Die lebensgeschichtliche Ebene be-

schreibt das Selbstverständnis als Person und wird als fokussiertes Motiv betitelt. Es kann als eine Art Festlegung des Menschen verstanden werden, worum es im Leben eigentlich gehen sollte und wer man eigentlich sein möchte (Krug/Corsten 2010: 44).

Das Besondere am Eigensinn ist, dass er sich im Laufe der Biografie eines Menschen vor dem Hintergrund besonders freudvoller oder leidvoller Erlebnisse entwickelt (Rüger/Engel/Haßelbusch 2022: 92–93). Der Eigensinn wird somit nicht nur selbst aktiv bestimmt, sondern ist auch immer von den Sozialisationsbedingungen abhängig (Krug/Corsten 2010: 44). Durch die Aufschichtung zahlreicher Erfahrungen im Laufe des Lebens bildet sich der Eigensinn relativ fest heraus und ist dann nicht mehr ohne Weiteres veränderbar (Corsten/Kauppert/Rosa 2008: 226).

Bei der Ausführung bürgerschaftlichen Engagements ist der Eigensinn zentral, denn bürgerschaftliches Engagement resultiert aus einem bestimmten Zusammenspiel aus dem Wir-Sinn und dem fokussierten Motiv eines Menschen. Darüber hinaus sind die subjektive Wahrnehmung der Umwelt sowie die Überzeugung, im Rahmen des eigenen Engagements eigensinnige Handlungen realisieren zu können, von Bedeutung (Corsten/Kauppert/Rosa 2008: 222–231). Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, möchten während ihres Engagements eigensinnige Handlungen erleben (Corsten/Kauppert/Rosa 2008: 32–43). „Die entsprechenden Handlungen können daher als Schlüssel zur Verwirklichung des Eigensinns von Menschen bezeichnet werden“ (Rüger 2023: 31). Dadurch, dass der Eigensinn den Menschen allerdings in der Regel nicht bewusst ist, können Engagierte nicht explizit benennen, welche Handlungen sie im Rahmen eines Engagements anstreben (Corsten/Kauppert/Rosa 2008: 33).

3. Engagementabbrüche

Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, möchten während ihres Engagements auf eine ganz bestimmte Art und Weise handeln oder behandelt werden (Corsten/Kauppert/Rosa 2008: 32–34). Werden die angestrebten Handlungen dauerhaft nicht erlebt, kommt es zu einem den Eigensinn betreffenden Konflikt, der zum Engagementabbruch führt. Neben Wut und Ärger kann das bei den Betroffenen auch Frustration und Trauer auslösen. Die eigensinnigen Handlungen sind für die engagierte Person so wichtig, dass ihr Ausbleiben den Eindruck vermittelt, nicht so leben oder sein zu können, wie man eigentlich gerne möchte (Rüger 2023: 28–29; Kewes/

Munsch 2020: 48). Diese Erkenntnisse der Engagementforschung spiegeln sich in den Ergebnissen der vorliegenden Studie wider, wie im Folgenden weiter ausgeführt wird.

In allen im Rahmen der Studie untersuchten Fällen lässt sich im Verlauf des bürgerschaftlichen Engagements das Auftreten eines eigensinnbezogenen Konflikts feststellen. Die Auslöser dieser Konflikte sind vielfältig: Sie können aus der Interaktion mit anderen Engagierten, Fachkräften und Adressat*innen des Engagements entstehen, aber auch auf organisationsbezogene Strukturen oder Angehörige des privaten Umfelds zurückzuführen sein. Der eigensinnbetreffende Konflikt kann als Ursache eines Engagementabbruchprozesses des Engagementabbruchs verstanden werden. In einigen Fällen wird zudem deutlich, dass der Prozess des Abbruchs durch eine veränderte Lebenslage (beispielsweise gesundheitliche Veränderungen) bedingt wird.

Der Umgang mit der Entscheidung, ein Engagement abzubrechen, verläuft zwar in allen Fällen prozessual, er variiert jedoch von Person zu Person hinsichtlich verschiedener Faktoren (zum Beispiel hinsichtlich des Zeitraumes bis zum finalen Abbruch oder der Offenheit im Umgang mit der Entscheidung). Die Emotionalität ist allerdings in allen untersuchten Abbruchprozessen ein prägender Faktor. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass die angestrebten Handlungen einen hohen biografischen Stellenwert aufweisen und keine Person ohne Weiteres darauf verzichten möchte (Rüger 2023; Kewes/Munsch 2020). Im Verlauf aller Abbruchprozesse finden unterschiedliche Interaktionen und Aushandlungsprozesse statt. Manche Engagierte versuchen beispielsweise noch, Veränderungen der Situation zu erzielen, damit die eigensinnigen Handlungen doch noch erlebt werden können. Andere wiederum suchen im privaten Umfeld eine Bestätigung dafür, dass sie mit dem Engagementabbruch das „Richtige“ tun.

In Prozessen des Engagementabbruchs wird der eigensinnbetreffende Konflikt von allen Engagierten als negativ wahrgenommen. Der Engagementabbruch an sich kann hingegen rückblickend von ehemals Engagierten sowohl positiv als auch negativ bewertet werden: Einige Interviewte erzählen in diesem Zusammenhang, dass sie sich nach dem Abbruch erleichtert und befreit gefühlt haben. Andere hingegen sprechen davon, dass sie ihre Lebensaufgabe verloren haben oder dass der Abbruch für sie eine bittere Enttäuschung ist. Ein Engagementabbruch kann dazu führen, dass die ehemals Engagierten eine moralische oder psychosoziale Krise erleiden. Mitunter ist vielleicht auch ein Verlust von bislang positiv bewerteten sozialen Beziehungen zu verzeichnen. Konflikte, die während des Engagements

entstanden sind, werden teilweise nicht gelöst und begleiten die ehemals Engagierten auch nach dem Engagementabbruch. Die Organisationen und Gemeinschaften ihrerseits verlieren durch Engagementabbrüche Beiträge zu ihren gemeinnützigen Zwecken.

Das zentrale Zwischenergebnis der qualitativen Studie ist: Die Engagementtheorie rund um die Kategorie des Eigensinns stellt ein hilfreiches Mittel dar, um Prozesse des Engagementabbruchs aufzudecken und zu verstehen.

4. Ein Fallbeispiel: Frau Wagner

Zur Illustration und empirischen Fundierung des dargestellten Zwischenergebnisses wird eine exemplarisch aus dem Interviewsample ausgewählte Fallstudie vorgestellt. Bei diesem Fall handelt es sich um die Darstellung von Frau Wagner. Sämtliche personenbezogenen Informationen wurden anonymisiert. Frau Wagner ist im Jahr 1972 geboren und hat drei Kinder. Ihre Engagementbiografie bezieht sich auf unterschiedliche Felder und weist verschiedene Verläufe auf. Neben der Abbildung eines Prozesses des Engagementabbruchs illustriert das Fallbeispiel von Frau Wagner, welche Auswirkungen ein Engagementabbruch mit sich bringen kann. Die Analyse des Interviews bezieht sich auf ihre ehemalige Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe.

Im Interviewverlauf erzählt Frau Wagner mit Blick auf ihre Lebensgeschichte immer wieder von Handlungen, bei denen sie etwas für andere Personen organisieren konnte. Sie bewertet diese Handlungen dann als positiv, wenn sie für die Organisation auch Resonanz erfährt. Die nachfolgend ausgewählten Sequenzen zeigen exemplarisch, welche Handlungen entsprechend ihres Eigensinns von Bedeutung sind.

Ah ich hab da, machs ja auch übrigens schon ähm, hab schon dreimal so ein Kreativmarkt organisiert. (Zeile: 671–672)

Is zwar ne Menge Arbeit das zu organisieren, aber ich freu mich dann, wenn es läuft. (Zeile: 687–688)

Und das macht mir dann total Spaß, so was zu organisieren, ne? [...] Und wenn das dann gelingt und ja, das macht mir Spaß. (Zeile: 678–682)

Daraus lässt sich ableiten, dass die Handlungen von Frau Wagner während eines Engagements immer dann ihrem Eigensinn entsprechen, wenn sie etwas für andere Menschen organisieren kann und die Organisation

auch angenommen wird. Der Eigensinn von Frau Wagner hat somit einen entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung ihres Engagements. Da es Menschen in der Regel jedoch nicht bewusst ist, welche Handlungen sie im Rahmen ihres Eigensinnes anstreben, kann auch Frau Wagner nicht konkret formulieren, welche Erfahrungen sie erleben möchte.

Die nachfolgenden Sequenzen zeigen, dass Frau Wagner im Verlauf ihres Engagements in der Flüchtlingshilfe mehrfach die Erfahrung macht, dass die von ihr betreute Familie nicht wie von ihr gewünscht auf ihre Organisation reagiert. Folglich erfährt Frau Wagner auch nicht die Resonanz, die sie im Zuge der Organisation anstrebt. Die dem Eigensinn entsprechenden angestrebten Handlungen, die für die Ausführung ihres Engagements von hoher Bedeutung sind, bleiben demzufolge aus.

Ja, die Kinder hatt ich dann ähm, als das mit dem Unterricht bei denen immer nicht so klappte, hab ich gesagt: ‚Mittwochnachmittachs bei mir zu Hause um die und die Uhrzeit‘ (klopft mehrmals auf Tisch oder Ähnliches). Die Uhrzeit kam ran, manchmal kam der Hamid, der Sohn, und manchmal NICH. Dann hab ich hinterher telefoniert. Ich hatte auch ne Handynummer. Dann war man Einkaufen gefahren. Dann war dies, dann war das. Dann war keiner erreichbar. (Zeile: 813–819)

Ja, das is dann so was, wie zum Beispiel man hat äh n Termin gemacht, wann man zum Fahrrad-Aussuchen fährt und man denkt, der Termin is jetzt für die ganze Familie klar und die Mutter hat n Kaffeekränzchen. Und komm n nich (Zeile: 1156–1158)

Dadurch, dass die angestrebten Handlungen langfristig ausbleiben, wird der Eigensinn von Frau Wagner nicht erfüllt. Frau Wagner ist unzufrieden und es kommt zu Abbruchgedanken. Die nächsten Sequenzen zeigen: Frau Wagner ist zunehmend frustriert und empfindet die Situation als belastend. Die angestrebten Handlungen sind für sie so wichtig, dass ihre Erkenntnis, diese nicht erleben zu können, ihr den Eindruck vermittelt, nicht so leben oder sein zu können, wie sie eigentlich sein möchte.

Naja, es hat mich äh im Kopf ziemlich beschäftigt so ähm. (2) Ja und auch eben nachts, wenn ich so gemerkt hab, da sind so Probleme, die ich irgendwie nicht lösen kann. (Zeile: 1006–1008)

und wie sehr mich das dann beschäftigt hat (Mhm.) und auch nich grade zufriedengestellt hat. (Zeile: 1017–1019)

Also mich hats einfach so sehr beschäftigt, dass ich so gemerkt hab: ‚Mehr geht nich.‘ (Zeile: 1000–1001)

Und ähm ich bin eigentlich ja so n=so n Mensch, wenn ich mich engagiere, dann meistens mit Haut und Haaren und dann ähm lass ich das auch nich so schnell sein, aber da wars so wirklich, dass ich gedacht hab: ‚Es geht jetzt über meine Grenze‘ und bei allem, was ich sonst so mache, kommt ja irgendwie auch was zurück, ähm was mir Freude macht. Oder die Leute nehmen dran teil oder es entsteht irgendwas Tolles. Und da war das so, es=es nimmt mir so viel Energie. Und ähm (1) ich seh keine Fortschritte. (Zeile: 1061–1067)

Der Abbruchprozess wird dadurch bestärkt, dass Frau Wagner den Eindruck hat, dass die Adressat*innen ihres Engagements auch zukünftig nicht wie gewünscht auf ihre Organisation reagieren werden. Kurz gesagt: Frau Wagner entscheidet sich für einen Engagementabbruch, weil ihr Eigensinn nicht erfüllt wird.

Der Prozess des Abbruchs verläuft bei ihr eher schleichend. Ihre Entscheidung kommuniziert sie nicht, vielmehr zieht sich sie aus dem Engagementfeld zurück. Gegenüber den Adressat*innen formuliert sie Ausreden als Grund für ihr Fernbleiben, die auf äußere Umstände verweisen. Die Flüchtlingskoordinatorin informiert sie einige Zeit später in einem zufälligen Gespräch über ihre Entscheidung.

Und noch dazu hat mich das auch nachts beschäftigt und dann hab ich gedacht: ‚Nee, das irgendwie schaff ich so nich.‘ (1) Und es gab dann auch mal so die Situation, wo mir schon klar war: ‚Also ich muss das jetzt hier irgendwie mal ähm beenden oder abbrechen.‘ (Zeile: 849–852)

Und dann hab ich für mich einfach beschlossen, dass das jetzt äh an Hilfe von meiner Seite genug war. (Zeile: 872–873)

Manchmal, wenn man sich dann zufällig traf, hab ich gesagt: ‚Ich hab keine Zeit mehr. Ich muss arbeiten.‘ (Zeile: 933)

Aber ähm ich hab wirklich nie gesagt: ‚So, ihr Lieben, ich komm jetzt nich mehr.‘ (Mhm.) Das hab ich nich gemacht. Ich bin einfach nich mehr hingefahren. (Zeile: 1187–1188)

Frau Wagner hinterfragt ihre Entscheidung des Engagementabbruchs. Zwischenzeitlich weist sie Anzeichen einer moralischen Krise auf, ihre Emotionen waren durch Gewissensbisse geprägt. Ein Engagement in der Flüchtlingshilfe kommt für sie zukünftig nicht mehr infrage. Sie engagiert sich seither im hiesigen Schützenverein.

In=inzwischen steh ich da drüber, aber es war echt ne lange Zeit, wo ich gedacht hab: ‚Oh, ob das so in Ordnung is? Ich fahr da jetzt einfach nich mehr hin.‘ (Zeile: 1220–1221)

Also ich hab ähm, ich hab kein schlechtes Gewissen mehr. Das is vorbei. Also ich denke, ich hab äh wirklich ähm n paar Monate getan, was ich konnte. So gut ich es konnte. (Zeile: 1229–1231)

Aber der Wunsch, da wieder einzusteigen bei mir, der is nich mehr da. (Zeile: 1105–1106)

5. Zusammenfassung und Fazit

Menschen engagieren sich bürgerschaftlich, um ihrem Eigensinn entsprechend zu handeln. So können sie die Person zu sein, die sie gerne sein möchten. Bürgerschaftliches Engagement trägt zur Gestaltung der eigenen Biografie bei und ist zutiefst selbstbestimmt. Welche Handlungen Menschen während ihres bürgerschaftlichen Engagements anstreben, variiert daher von Person zu Person. Können engagierte Menschen im Laufe ihres Engagements nicht die von ihnen angestrebten Handlungen erleben, kommt es zu den eigensinnbetreffenden Konflikten, die zu Engagementabbrüchen führen können.

Ein Engagementabbruch lässt sich daher als Konsequenz eines nicht mehr erfüllten Eigensinns verstehen. Die Art und Weise, wie mit dem eigensinnbetreffenden Konflikt umgegangen wird, prägt unterschiedliche Prozesse des Engagementabbruchs. Engagementabbrüche haben nachteilige Auswirkungen auf individueller, organisationaler und gesellschaftlicher Ebene. Einige Fälle zeigen auf der individuellen Ebene auf, dass die entsprechenden Prozesse durch eine frühzeitige Kooperation mit entsprechendem Fachpersonal mindestens weniger invasiv verlaufen wären. Diese könnte in Form von professionellen Rücksprachemöglichkeiten durch Beratung, Begleitung wie auch Nachsorge erfolgen.

Die vorgestellten Erkenntnisse haben Implikationen für die Engagementpraxis: Angesichts der Bedeutung von eigensinnbetreffenden Konflikten für Engagementabbrüche sollten selbstbestimmte Tätigkeiten von Engagierten gefördert werden. Im Rahmen einer eigensinnorientierten Engagementförderung sollten Engagierte so unterstützt werden, dass sie die von ihnen angestrebten Handlungen entsprechend ihres Eigensinns erleben können. Dieses Vorgehen würde dazu beitragen, dass Engagierte weder funktionalisiert noch instrumentalisiert werden (Rüger 2023: 109–112; En-

gel/Rüger/Schneider 2019: 362–367). Beispielsweise könnte zu Beginn eines Engagements ein spezielles Gesprächsverfahren angewandt werden, das den Eigensinn von Interessierten sichtbar macht. So ließen sich individuell passende Handlungen für verschiedene Personen finden (Rüger 2023: 121–160). Eine eigensinnorientierte Engagementförderung bewirkt folglich, dass Engagementabbrüche verhindert werden. Sie stellt die Weichen für ein langfristiges Engagement, indem selbstbestimmte Handlungen gefördert werden.

Literaturverzeichnis

- Arriagada, Céline; Karnick, Nora (2022): Motive für freiwilliges Engagement, Beendigungsgründe, Hindergründe und Engagementbereitschaft. In: Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden, S. 125–149, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>.
- Corsten, Michael; Kauppert, Michael; Rosa, Hartmut (2008): *Quellen bürgerschaftlichen Engagements. Die biographische Entwicklung von Wir-Sinn und fokussierten Motiven*. Wiesbaden.
- Engel, Alexandra; Rüger, David; Schneider, Jessica (2019): Freiwilligenorientierte Engagementförderung. Vom Eigensinn ausgehen. In: *Soziale Arbeit*, 68. Jg., Heft 10, S. 362–367.
- Haski-Leventhal, Debbie; Bargal, David (2008): The volunteer stages and transitions model. Organizational socialization of volunteers. In: *Human Relations*, 61. Jg., Heft 1, S. 67–102.
- Kewes, Andreas; Munsch, Chantal (2020): Engagement im Feld der Wohlfahrt zwischen Resonanz und Widerspruch. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33. Jg., Heft 1, S. 37–50.
- Krug, Melanie; Corsten, Michael (2010): Sind Nicht-Engagierte nicht eigensinnig? In: Pilch-Ortega, Angela; Felbinger, Andrea; Mikula, Regina; Egger, Rudolf (Hrsg.): *Macht – Eigensinn – Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe*. Wiesbaden, S. 41–61.
- Rüger, David (2023): *Für eigensinnige Erfahrungen sorgen. Maßnahmen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements*. Weinheim/Basel.
- Rüger, David; Engel, Alexandra; Haßelbusch, Malina (2022): „Ich war eigentlich mit dem, was ich gemacht habe, zufrieden.“ Eine Grounded Theory zu zufriedenstellendem Engagement. In: Gille, Christoph; Jepkens, Katja (Hrsg.): *Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Sonderband Voluntaris*, S. 85–103.
- Rosenthal, Gabriele (2002): Biographisch-narrative Gesprächsführung: Zu den Bedingungen heilsamen Erzählens im Forschungs- und Beratungskontext In: *Psychotherapie und Sozialwissenschaft*, 3. Jg., Heft 4, S. 204–227.

- Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis, 13. Jg., Heft 3, S. 283–293.
- Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

Engagement und ländliche Räume

Herausforderungen für die lokale Demokratie(förderung): Perspektiven und Bewältigungspraktiken zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im ländlichen Raum in Thüringen

Stefanie Kessler¹, Vivien Dos Anjos²

Zusammenfassung

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Thüringen erleben politisch unsichere Zeiten und einen Rechtsruck, der durch die Landtagswahlen 2024 breite Aufmerksamkeit erlangte. Dennoch gibt es Menschen, die sich für die Demokratie engagieren. In diesem Beitrag nehmen wir ihre Perspektive in den Blick und untersuchen, welchen Herausforderungen zivilgesellschaftliche Akteur:innen im ländlichen Raum Thüringens gegenüberstehen und wie sie damit umgehen. Wir beziehen uns auf Ergebnisse einer Situations- und Ressourcenanalyse für Demokratie im Altenburger Land aus 2024. Ergänzend wurden im Februar 2025 im Rahmen einer zweiten Erhebungswelle zwei weitere Gruppendiskussionen mit denselben Teilnehmenden durchgeführt, um Veränderungen und neue Herausforderungen nach den Landtagswahlen 2024 zu erfassen. Die Daten zeigen: Zivilgesellschaftliche Akteur:innen gehen manche Herausforderungen (wie die Spaltung der Gesellschaft oder die Beteiligung junger Menschen) bereits an, anderen stehen sie jedoch ohnmächtig gegenüber.

Schlagwörter

Demokratie; Zivilgesellschaft; Ländlicher Raum; Thüringen; Engagement; Rechtsruck

1. Einleitung

Natürlich können wir noch viel tun. [...] Aber wir wissen auch, dass die Probleme eigentlich viel länger und viel tiefer liegen. [...] Wir brauchen [...] vor allem erst mal die Leute, die, die auch den Mund weiterhin aufmachen. (GD2025, P.37³)

1 Prof. Dr., IU Internationale Hochschule, Professorin für Soziale Arbeit im Dualen Studium, stefanie.kessler@iu.org.

2 IU Internationalen Hochschule, Studentische Mitarbeiterin, vivien.dosanjos@iu.org.

3 Mit der Abkürzung GD2025 bzw. GD2024 erfolgt eine Zuordnung zur Datenerhebung durch Gruppendiskussionen in 2024 oder 2025; P. steht für Person, von der das Zitat stammt. Die beteiligten Personen wurden nummerisch erfasst.

Man muss auch permanent überlegen, wie man Zielrichtung Taktik, wenn man gegen Rechtspopulismus vorgehen will wie man das noch mal neu ausrichtet. (GD2025, P.32)

Vertreter:innen der organisierten Zivilgesellschaft in Thüringen sehen sich mit einem zunehmend herausfordernden politischen Klima konfrontiert. Der gesellschaftliche Rechtsruck, der mit den Landtagswahlen 2024 bundesweit Aufmerksamkeit erregte, verstärkt den Druck auf lokale demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement. Im Zuge einer Analyse zu Demokratie für die *Partnerschaft für Demokratie im Altenburger Land* (Kessler et al. 2024) untersuchten wir, wie Engagierte vor Ort die Situation bewerten, mit welchen Herausforderungen lokale Demokratie konfrontiert ist und welche Strategien zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Umgang mit demokratiegefährdenden Entwicklungen verfolgen.

Lokale Demokratie verstehen wir gemäß Oehler (2021) sowohl als die kommunal verfasste repräsentative Demokratie als auch als „zivilgesellschaftliche und basisdemokratische Prozesse sowie damit zusammenhängende Akteure und Öffentlichkeiten“ (Oehler 2021: 10). Sie ist dynamisch als Prozess zu verstehen, der sich unter dem Handeln beteiligter Akteur:innen fortlaufend verändert – eine „Demokratie im Werden“ (Rosanvallon 2010: 280).

Die vorangestellten Zitate zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zeigen, dass Rechtspopulismus und -extremismus im Landkreis seit längerem bestehende Herausforderungen darstellen, denen sich die Zivilgesellschaft mit großem Engagement stellt. Dieses Engagement ist jedoch zunehmend von Erschöpfung, Frustration und Unsicherheit geprägt. Strategien zur Demokratieförderung müssen daher kontinuierlich überprüft und angepasst werden, um wirksam zu bleiben. Der Beitrag basiert auf der Situations- und Ressourcenanalyse von 2024 sowie einer ergänzenden Nacherhebung aus dem Jahr 2025. Im Fokus steht das Altenburger Land als ländlich geprägter Sozialraum. Nach einer Darstellung des Forschungsdesigns werden zentrale Ergebnisse vorgestellt und im Anschluss im Kontext aktueller Forschungsliteratur diskutiert.

2. Forschungsdesign

Im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie (PfD) Altenburger Land erstellten wir im Jahr 2024 eine Situations- und Ressourcenanalyse zur lokalen Demokratie (Kessler et al. 2024), um die Ausgangslage vor Ort

zu erfassen und darauf aufbauend gezielte Maßnahmen zur Förderung demokratischer Strukturen und Teilhabe zu entwickeln.

Für die Studie wurden acht leitfadengestützte Gruppendiskussionen (Przyborski/Wohlrab-Sahra 2021) und fünf Stadtpaziergänge mit situativen Gesprächen mit Bürger:innen⁴ (Ehmayer-Rosinak o. D.) in der Zeit von April bis Juni 2024 durchgeführt. Diese wurden um zwei Gruppendiskussionen ergänzt, an denen engagierte Personen im Februar 2025 erneut teilnahmen. Das Sample umfasst zivilgesellschaftliche Realgruppen sowie strukturidentische Gruppen: die Steuerungsgruppe der Pfd, Aktive aus Kirchengemeinden und Sportvereinen, Jugendgruppen, engagierte Bürger:innen, Sozialarbeitende und Lokalpolitiker:innen (Kessler et al. 2024). Die meisten Teilnehmenden kannten sich zuvor, nicht alle arbeiteten jedoch zusammen. Als Grundlage für die Gruppendiskussionen und die Stadtpaziergänge dienten Fragen nach dem Verständnis und Erfahren von Demokratie, nach den wahrgenommenen Herausforderungen und deren (potenzieller) Bearbeitung. Auch wurden Stärken und Ressourcen betrachtet, die zur Stärkung lokaler Demokratie beitragen (Kessler et al. 2024). In der Nacherhebung wurde nach Veränderungen gefragt und nach neuen Herausforderungen, die sich infolge der Landtagswahlen 2024 ergeben haben. Die Daten wurden entlang einer inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse ausgewertet (Kuckartz/Rädiker 2022).

3. Fallbeispiel Altenburger Land: Angehen von Herausforderungen für die lokale Demokratie

Vor allem in ländlichen Gegenden mit schwacher Infrastruktur in Ostdeutschland erhalten rechte Parteien, wie die AfD⁵, hohe Zustimmungswerte bei Wahlen. Das Altenburger Land ist eine dieser betroffenen Regionen. Hier gewann die AfD in den letzten Jahren Stimmen von Wähler:innen hinzu. Während der Landtagswahl 2024 erhielt die AfD in einigen ländlichen Gemeinden im Landkreis sogar eine Mehrheit der Stimmen.

Gemäß der Typisierung des Thünen-Instituts ist der Landkreis als eher ländlich mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage klassifiziert (Kleiner/Burkhardt 2021: 573). Das Altenburger Land gehört damit zu

4 Auf diese wird im Folgenden kein Bezug genommen; der Fokus liegt auf den zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen.

5 Neben ihr bewerten zivilgesellschaftliche Akteur:innen vor Ort auch die kommunalpolitisch aktive Partei „Starke Heimat“ als rechtspopulistisch.

den Regionen mit nur sehr gering ausgeprägtem Engagement. In noch ländlicheren Gebieten ist das Engagement dagegen höher und auch stabiler – begründet durch einen stärkeren sozialen Zusammenhalt aufgrund der Abgeschiedenheit der Region (Kleiner/Burkhardt 2021: 575). Die lokalen Akteur:innen selbst differenzieren zwischen der Stadt Altenburg und dem umliegenden ländlichen Raum sowie zwischen einem strukturschwächeren Norden und einem -stärkeren Süden des Landkreises.

Die hohen Stimmenanteile der AfD bei den Landtagswahlen 2024 bedeuten im Umkehrschluss jedoch auch, dass nicht alle Menschen im Altenburger Land rechte Parteien wählen. Es gibt also auch hier Bürger:innen, die die lokale Demokratie befürworten und unterstützen. Im Folgenden gehen wir auf das Demokratieverständnis dieser zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ein, beleuchten die von ihnen wahrgenommenen demokratiegefährdenden Herausforderungen und zeigen sowohl vollzogene als auch potenzielle Praktiken zur Demokratieförderung auf.

3.1 Demokratieverständnis

Am Ende ist es ja doch die beste Demokratie, die wir hier haben. [...] Die wir bisher überhaupt hatten. (GD2024, P.27)

Demokratie wird als alternativlose und wegweisende Ordnung verstanden – eine Einschätzung, die durch Erfahrungen mit dem politischen System der DDR geprägt ist. Das Demokratieverständnis der beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen umfasst zentrale Werte wie Toleranz und Respekt gegenüber anderen Menschen und ihren Meinungen, Dialogbereitschaft und Diskussionskultur. Auch das aktive Mitgestalten des Gemeinwesens und die Übernahme von Verantwortung gelten als demokratische Praktiken. Demokratie wird dabei nicht nur im Rahmen der Kommunalpolitik, sondern auch im Alltag gelebt – etwa im Vereinswesen, in Kirchengemeinden, in Begegnungsstätten oder im Personalrat.

Aus Sicht zivilgesellschaftlicher Akteur:innen wird eine gewisse Differenz zum Demokratieverständnis von (nicht engagierten) Bürger:innen deutlich: Während repräsentative Demokratie von Letzteren grundsätzlich geschätzt werde, bestehe zugleich die Erwartung, dass sämtliche Interessen gleichrangig berücksichtigt würden. In fast allen Gruppendiskussionen wird die Sorge um den Erhalt der bestehenden Demokratie deutlich. Nach Wahrnehmung der Teilnehmenden gelingt es der aktuellen Demokratie nicht, alle Menschen einzubeziehen.

In den Gruppendiskussionen der Nacherhebung verdichtet sich die Beobachtung, dass (nicht engagierte) Bürger:innen zentrale demokratische Prinzipien – wie Kompromissfähigkeit und Eigenverantwortung – nicht ausreichend verinnerlicht hätten:

Es ist, als ob sie nicht gelernt hätten, wie politisches System funktioniert, dass das auf Kompromisse ausgelegt ist, dass man, dass man eigenverantwortlich handeln kann, dafür auch Verantwortung übernehmen muss, dass es aber staatliche Stütze gibt, aber dass nicht der Staat immer kommt, wenn was schief läuft oder der Staat die immer was wegnehmen will, wenn was gut läuft, sondern dass es ein Gesamtkonzept ist. (GD2025, P.37)

Aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sehen Bürger:innen den Staat in der Verantwortung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme. In der Nacherhebung zeichnen sich aber auch innerhalb der zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen Spannungen im Demokratieverständnis ab – etwa hinsichtlich der Ausprägung des Wunsches nach einem stringenteren Vorgehen der Zivilgesellschaft oder der Kritik an langwierigen Aushandlungsprozessen.

3.2 Herausforderungen für die lokale Demokratie

In der Situations- und Ressourcenanalyse konnten acht Herausforderungen identifiziert werden (Kessler et al. 2024: 7–22). Unter Einbezug der Gespräche aus der Nacherhebung werden diese im Folgenden verdichtet dargestellt.

Anknüpfend an das wahrgenommene Demokratieverständnis der Bürger:innen kritisieren Teilnehmende deren Unzufriedenheit und ihr mangelndes Engagement im gesellschaftlichen Zusammenleben. Zwar werde sich viel beschwert, Probleme jedoch selten selbst aktiv angegangen. Engagierte sehen eine geringe Bereitschaft, sich für demokratische Werte einzusetzen, und nehmen zugleich Resignation und Ängste wahr. Daran schließt eine spürbare Demokratie- und Politikverdrossenheit an. Eine Ursache dafür sehen die Teilnehmenden darin, dass politische Entscheidungen nicht den Interessen der Bevölkerung gerecht werden. Bereits bei Jugendlichen stellen sie nur ein geringes Engagement und ein Desinteresse an Politik fest, das auf fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten und mangelnde Wirksamkeitserfahrungen zurückgeführt wird. Junge Bürger:innen lernten entsprechend, dass sie nichts verändern könnten.

Besorgt sind die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen über die Zustimmung zu rechtsextremen Parteien, insbesondere zur AfD, sowie über deren Präsenz in der Öffentlichkeit und in politischen Gremien. Zustimmung zu antidemokratischen Positionen fänden sich in allen Sozialräumen; dennoch wird sie besonders in „*besser situierten Wohngegenden*“ als „*schockierend*“ (GD2025, P.20) erlebt. Die Sichtbarkeit durch Wahlplakate und Präsenz in Gremien vermittele vor allem den Menschen in ländlichen Regionen ein Gefühl von Beachtung und Bedeutung.

In der Nacherhebung merken die Teilnehmenden an, dass sich demokratische Prozesse in der Kommunalpolitik durch die starke Präsenz der AfD verändern: „*die Debatten, [...] die Stimmen, [sind] extrem rauer geworden*“ (GD2025, P.32). Dies gehe einher mit einer verbalen Entgrenzung und Normalisierung von rechtsextremen, rassistischen und intoleranten Aussagen, z. B. in Form von „*Alltagsrassismus*“ (GD2024, P.20). Auch im öffentlichen Raum sei Fremdenfeindlichkeit zunehmend sichtbar (GD2025, P.31).

Bestärkt würden diese Positionen durch einen eingeschränkten Zugang zu sachlichen Informationen. Die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen kritisieren besonders das lokale, kostenlose Anzeigenblatt, in dem rechtspopulistische Positionen und Falschinformationen verbreitet werden. Gerade ältere Menschen und Bewohner:innen der sehr ländlichen Gegenden nutzen jedoch primär das Anzeigenblatt als Informationsquelle, entsprechend wird es als „*ziemlich meinungsmachend*“ (GD2025, P.37) wahrgenommen.

Die lesen [...] unser lokales Propagandablatt und dann werden diese Themen durchgehehelt, [...] Stammtisch oder die Nachbarschaftsrunde, von der wird genau das thematisiert. Oder ist keiner da, der das relativiert oder Gegenargument bringt? Dieser selbstverstärkende Faktor ist wie eine Echokammer. (GD2025, P.30)

Obwohl die Zivilgesellschaft hierüber breit informierte, fände das Anzeigenblatt noch immer eine hohe Verbreitung und Wirtschaftsunternehmen würden darin weiter für sich werben.

Problematisch daran ist, dass sich die Menschen nicht anderweitig informieren, sondern nur gegenseitig bestärken. Auch digitale Medien werden von den Teilnehmenden als „*maßgeblich von rechts vereinnahmt*“ (G2024, P.5) betrachtet. Hier fände sich „*[e]ine [...] gewaltige Flut an Fake News, gegen die man kaum ankommt*“ (GD2024, P.29).

Rechtsextreme Positionen würden zunehmend offen zur Schau gestellt, insbesondere von Jugendlichen, die ihre Haltung durch ihr Äußeres bekunden: „*Springerstiefel, weiße Schnürsenkel, enge Jeans, Blousons, Haare,*

kurz geschoren“ (GD2025, P.30). Nach Ansicht der Teilnehmenden hat die Normalisierung solcher Positionen auch mit der behördlichen Duldung und Akzeptanz der seit der Coronapandemie unangemeldet stattfindenden Montagsdemonstrationen in Altenburg sowie der Radikalisierung der „Spaziergänger“ zu tun. Dabei würden „Hass und Häme“ (GD2025, P.30) verbreitet – offensichtliche Verstöße laut der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen jedoch nicht geahndet.

Diese Entwicklungen spürten besonders vulnerable Gruppen, wie u. a. Menschen mit Migrationsgeschichte; auch Transpersonen erleben die Veränderung deutlich: *„[M]eine Partnerin arbeitet mit Transpersonen [...] Und die haben Angst. Also die nehmen durchaus alle wahr, dass sich, dass sich da was verändert hat, also dass es nicht mehr so unbeschwert möglich ist, [...] man selbst zu sein“* (GD2025, P.20).

Insbesondere in der Nacherhebung zeigt sich, dass die Zivilgesellschaft an ihre Belastungsgrenzen stößt. Engagierte berichten von Erschöpfung und wachsender Ohnmacht angesichts des politischen und gesellschaftlichen Klimas: *„Akku ist schon ziemlich leer“* und *„viel Frustration, viel Überforderung, Unverständnis und Müdigkeit“* prägen ihren Alltag (GD2025, P.30, 37). Die Unsicherheit, wie weiterhin wirksam gehandelt werden kann, führt zu Verzweiflung: *„Und da ist so langsam macht sich so eine Ohnmacht und Verzweiflung breit, weil was jetzt eigentlich noch tun?“* (GD2025, P.37).

Auf der Landesebene dominieren Hilflosigkeit und Kritik an unzureichender finanzieller Förderung, hohem bürokratischen Aufwand sowie mangelnder Nachhaltigkeit meist befristeter Projekte. Zudem nehmen Angriffe und Bedrohungen gegenüber Engagierten, Politiker:innen und Minderheiten zu. Neben Sachbeschädigungen und verbalen Attacken berichten Betroffene von direkten Drohungen:

So ein Typ [...] lässt seinen Hund [...] provokant auf mein Grundstück laufen und geht mich dann blöd an als links grün versifftes Arschloch und droht mir dann. Ja, wenn AfD dann ist, seid ihr sowieso weg. [...] Die Leute [...] wissen also wer ich bin. (GD2025, P.37)

3.3 Umgang mit zentralen Herausforderungen

Trotz des in der Zivilgesellschaft vorherrschenden Krisenempfindens schildern die Teilnehmenden zahlreiche Praktiken und Strategien zur Bearbeitung der Herausforderungen, vor denen die lokale Demokratie im Landkreis steht. Deutlich wird vor allem ein persistenter Gestaltungswille trotz

der Erschöpfung und Rückschläge: *„Was macht das mit dem Engagement? Natürlich ist man ausgelaugt. Man ist wütend am Ende des Tages. Und dann steht man am nächsten Tag wieder auf, denkt Okay, los, aufrappeln“* (GD2025, P.37).

Der zunehmenden Passivität in Teilen der Bevölkerung begegnen Engagierte mit einem gezielten Einsatz für demokratische Werte, Vielfalt und Integration. Es gehe darum, bestehendes Engagement sichtbar zu machen und Räume für positives Miteinander zu schaffen – auch im Kleinen: *„Vielleicht sind es nur kleine Pflänzchen, aber es sind ja welche da. Es ist Kultur da. Es sind Leute da, die sich wirklich für Vielfalt, für Demokratie, für Integration, für ein gutes Miteinander einsetzen, dass das auch wahrgenommen wird“* (GD2024, P. 12).

Zentral ist dabei der Versuch, demokratische Alternativen zum Rechtsruck aufzuzeigen. Austauschformate sollen gesellschaftliche Gräben überbrücken und eine Gesprächskultur fördern, bei der Differenz nicht zur Spaltung führen muss.

Beteiligungsprojekte wie eine aktivierende Bürger:innenbefragung und Ortsteilbeiräte zielen auf die Selbstwirksamkeit und nachhaltige Beteiligung ab: *„[I]m Endeffekt ja dieses Miteinander zu lernen und dann auch festzustellen. Aha, ich kann ja was auf die Beine stellen“* (GD2024, P.14).

Auch die Einbindung junger Menschen in Vereine und Institutionen wird als zukunftsweisend hervorgehoben. Ein Engagement in schulischen und außerschulischen Strukturen vermittele demokratische Prinzipien und stärke das Verantwortungsgefühl. Solche Erfahrungen haben nach Ansicht der Teilnehmenden eine nachhaltige Wirkung: *„Und das sind oft auch Jugendliche, die dann später bei uns sich engagieren, weil die so ein bisschen intensiveren Eindruck bekommen haben, als man es jetzt schafft“* (GD2024, P.9). Die Teilnehmenden kritisieren jedoch, dass die bestehenden Angebote nicht ausreichend seien. Sie fordern mehr schulgebundene Projekte sowie digitale Formate ein.

Engagierte setzen auf politische Bildungsangebote wie Planspiele und Informationsveranstaltungen, um demokratische Prozesse verständlicher zu machen. Sie wünschen sich verstärkte Aufklärung über Rechtspopulismus – auch für Erwachsene – und möchten lernen, auf demokratiefeindliche Aussagen souverän zu reagieren.

Von der lokalen Politik wird eine deutlichere Positionierung gegen Rechtsextremismus sowie mehr Transparenz verlangt. Die Teilnehmenden fordern, dass kritische Themen offensiv vermittelt und Beteiligungsmöglichkeiten frühzeitiger geschaffen werden. Angesichts kursierender Desin-

formation wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, *„die gegen den Rechtspopulismus in den lokalen Medien vorgehen will“* (GD2025, P.32). Infolgedessen verzichten Kirchen und Vereine zunehmend darauf, eigene Inhalte im dominierenden, rechtspopulistisch gefärbten Anzeigenblatt zu publizieren und setzen verstärkt auf soziale Medien oder eigene Zeitungsausgaben. Vorgeschlagen werden zudem medienpädagogische Angebote zur Adressierung von rechtspopulistischer Propaganda und Falschinformationen in den Medien.

Trotz der empfundenen Belastung hält das aktive demokratische Engagement an. Die Personen mit *„[einer] klare[n] demokratische[n] Orientierung“* (GD2024, P.35) sollten aus Sicht der Teilnehmenden gestärkt und geschult werden. Großveranstaltungen und Demonstrationen werden als Mittel für *„Empowerment“* (GD2025, P.37) verstanden und dienen zugleich der Darstellung demokratischer Haltung im öffentlichen Raum. Die Solidarität mit vulnerablen Gruppen und das Sichtbarmachen von Vielfalt sind ebenfalls zentrale Anliegen.

Eine besondere Bedeutung messen Engagierte der Vernetzung bei – sowohl lokal, etwa durch regelmäßige Austauschrunden, als auch überregional, wie beim Treffen *„Weltoffenes Thüringen“*. Diese Kontakte wirkten ermutigend und bestärkten das eigene Engagement. Immer wieder werden *„Leuchtturmorte“* (GD2025, P.30) hervorgehoben, die als Zeichen funktionierender lokaler Demokratie gelten. Beispiele wie aktive Kirchengemeinden oder ein *„gut funktionierende[r] Ortsteilrat“* (GD2025, P.28) zeigten auf, wie niederschwellige und flexible Beteiligungsformen Vertrauen in Demokratie und Politiker:innen stärken können.

Gleichzeitig wird deutlich, dass städtische Konzepte nicht einfach auf ländliche Räume übertragbar sind. Lösungen müssen im Dialog mit den Menschen vor Ort entwickelt werden: *„[D]a müssen wir vor Ort [...] zu den Leuten gehen und mit den Leuten sprechen und eine Beziehungsebene aufbauen und um dann wirklich was bewirken zu können“* (GD2025, P.30).

4. Diskussion der Ergebnisse

Der Blick auf die von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen wahrgenommenen Herausforderungen der lokalen Demokratie(förderung) im thüringischen Landkreis Altenburger Land und auf ihre Umgangspraktiken bietet – unter der Lupe betrachtet – eine große Welt im Kleinen und offenbart Problemlagen, die in ähnlicher Weise allgemein in der (ostdeutschen) Ge-

sellschaft zu finden sind. Die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen registrieren dabei eine Differenz zwischen ihrem eigenen Demokratieverständnis und jenem der Bürger:innen. Sie selbst verstehen Demokratie vor allem als gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, der auf Vielfalt, Interessenskonflikten und Kompromissentscheidungen beruht. Bei vielen Bürger:innen beobachten sie jedoch ein Demokratieverständnis, das jenem der Beschreibung von Mau (2024) ähnelt: ein Demokratieideal, das stark an die Idee des „Volkswillens“ angelehnt und mit der Erwartung verbunden ist, dass die eigenen Interessen unmittelbar und direkt vertreten werden. Diese Erwartung wird jedoch in einer parlamentarischen Demokratie mit ihren zeitaufwendigen Verfahren zur Aushandlung von Interessen und den häufig damit verbundenen Kompromissen nicht immer erfüllt. In der Folge ergibt sich eine Unzufriedenheit mit der realen Politik und der repräsentativen Demokratie im Allgemeinen. Mau attestiert Ostdeutschen in diesem Zusammenhang ein problematisches Verhältnis zur politischen Partizipation: Sie haben nur eine schwache Bindung an Parteien und nehmen an vorpolitischen Räumen wie Vereinen, Kirchen oder Gewerkschaften zu wenig teil.

Rechte Gruppierungen und Strukturen breiten sich vor allem da aus, wo „zivilgesellschaftliche Gegenpositionen besonders schwach entwickelt sind und besonders stark unter Legitimationsdruck stehen“ (Dietrich/Schumacher 2022: 183). Zugleich gilt eine starke demokratische Zivilgesellschaft als probates Mittel gegen Einflussnahmen von rechts (Quent 2019). Der von uns untersuchte Landkreis verzeichnet gemäß der Typisierung des Thünen-Instituts als eher ländliche Region mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage nur ein geringes Engagement der Bürger:innen (Kleiner/Burkhardt 2021: 573). Die Zivilgesellschaft ist folglich schwach ausgeprägt. Hinzu kommt, dass sich die wenigen Engagierten zunehmend unter Druck fühlen. Sie erleben eine angstbesetzte Atmosphäre, in der sich Menschen mit demokratischer Haltung zurückziehen. Damit besteht die Gefahr, dass sich die Normalisierung rechter Positionen in Politik und Öffentlichkeit fortsetzt. Die zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen setzen dem ihr Engagement entgegen. Rechte Positionen zu ignorieren – eine Strategie, die lange Zeit vertreten wurde – ist in diesem Kontext keine Option; sie wird im Gegenteil als Gefahr wahrgenommen. Dies bestätigt sich auch in den Einschätzungen praxisnaher Beratungsstrukturen (Bundesverband Mobile Beratung 2023).

In der demokratietheoretischen Debatte wird angenommen, dass eine funktionierende lokale Demokratie, die auf aktiver Teilhabe basiert, eine zentrale präventive Wirkung gegen Rechtsextremismus entfalten kann

(Geißel/Newton 2012). Wenn Lokalpolitiker:innen auf die Interessen ihrer Bürger:innen vor Ort eingehen und es schaffen, diese als aktiv Gestaltende in das Gemeinwesen einzubinden und damit politische Partizipation zu stärken, dann wird reale Demokratie für Bürger:innen erfahrbar (Klein/Edge 2023).

Im Diskurs wird zudem die Bedeutung politischer Bildung als zentrales Instrument zur Demokratiestärkung in ländlichen Räumen betont (SRLE 2024: 9). Gemeinsam mit den Bürger:innen sollte ein „Verständnis über Entscheidungsprozesse und Zuständigkeiten erarbeitet und transparent kommuniziert werden“ (Klein/Edge 2023). Wichtig ist es daher, Menschen vor Ort einen medialen Zugang zu Informationen aus Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik zu verschaffen. Wenn das zentrale Medium jedoch eher rechtspopulistisch gefärbt ist – wie im Fallbeispiel – und tendenziell Falschinformationen vermittelt, ist dies für die Akteur:innen vergleichsweise schwerer, da sie zusätzlich eigene Ressourcen in die Erstellung und Verbreitung von Informationen einbringen müssen.

Mit Bildungsangeboten und sachlicher Informationsvermittlung können jedoch nur diejenigen erreicht werden, die offen und nicht bereits überzeugt von rechten Positionen sind. Entsprechend schwierig ist es mit Menschen zu arbeiten, die sich nur über ‚rechte‘ Medien informieren und sich in einem Umfeld bewegen, indem man sich gegenseitig bestärkt, jedoch nicht kritisch hinterfragt. Hier zeigt sich, dass die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen selbst ratlos sind und Qualifizierungsbedarf haben – ein Befund, der sich auch im Diskurs zu ländlichen Räumen widerspiegelt, in dem der Umgang mit rechten Medien und fehlender objektiver Berichterstattung bislang kaum thematisiert wird.

Literaturverzeichnis

- Bundesverband Mobile Beratung (2023): Jahresrückblick 2023. Wie Rechtsextremismus näher rückt – und was dagegen hilft. Dresden.
- Dietrich, Kai; Schumacher, Nils (2022): „Eigensinn“ zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen. Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland. In: Mullis, Daniel; Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld, S. 183–200.
- Ehmayer-Rosinak, Cornelia (o. D.): Empirischer Stadtpaziergang – ESP. <https://stadtpsychologie.at/empirischer-spaziergang> (27.8.2024).
- Geißel, Brigitte; Newton, Kenneth (2012): Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise? London.

- Kessler, Stefanie; Fuß, Aline; Dos Anjos, Vivien (2024): Projektbericht: Stärken- und Ressourcenanalyse zu Demokratie im Altenburger Land. https://www.lap-altenburgerland.de/files/projektbericht_staerken-___ressourcenanalyse_altenburger_land_09.09.24.pdf (4.2.2025).
- Klein, Markus; Edge, Joana-Eve (2023): Stütze der Demokratie unter Druck. Kommunalpolitische Herausforderungen am Beispiel Brandenburg. <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/520013/stuetze-der-demokratie-unter-druck/> (27.2.2025).
- Kleiner, Tuuli-Maria; Burkhardt, Luise (2021): Ehrenamtliches Engagement: Soziale Gruppen insbesondere in sehr ländlichen Räumen unterschiedlich stark beteiligt. In: DIW Wochenbericht, Heft 35, S. 571–579.
- Kuckartz, Udo; Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 5. Auflage. Weinheim/Basel.
- Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Frankfurt am Main.
- Oehler, Patrick (2021): Abschlussbericht. Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie – Zusammenhänge und Perspektiven aus der Sicht Sozialer Arbeit. Berlin.
- Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2021): Gruppendiskussionen. In: Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch. 5. Auflage. Berlin/Boston, S. 118–135.
- Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Hamburg.
- Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2024): Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Demokratiegefährdung. Berlin.

Ehrenamt und Alter(n): Neue Formen freiwilligen Engagements in ländlichen Kommunen und ihre Bedeutung für Caring Communities

Sara Lüttich¹

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels untersucht der Beitrag neue Formen freiwilligen Engagements älterer Menschen in ländlichen Kommunen und deren Bedeutung für *Caring Communities*. Ziel ist es, empirisch zu analysieren, welche Rolle Senior:innen bei der Gestaltung des Ehrenamts spielen und wie diese Praktiken an Konzepte relationaler Sorge anschlussfähig sind. Grundlage ist die qualitative Studie „GemEINSAMKEIT im Alter“ (n=104) in Laubach mit Interviews, Gruppengesprächen und Beobachtungen. Ergebnisse zeigen: Ältere verfügen über gewachsenes Beziehungskapital und sind zentrale Akteur:innen lokal verankerter Sorgebeziehungen. Es entstehen episodische, alltagsnahe und informelle Engagementformen wie Nachbarschaftshilfen, mobile Dienste oder generationenübergreifende Treffpunkte. Sie unterscheiden sich von Vereinsstrukturen durch ihren „bandenartigen Charakter“. Herausforderungen sind infrastrukturelle Defizite, Überforderung, Bürokratie und Fragmentierung. Engagementbasierte Sorgepraktiken können tragfähige Bausteine für *Caring Communities* sein, wenn kommunalpolitisch gefördert und nicht als Ersatz staatlicher Verantwortung missverstanden.

Schlagwörter

Ehrenamt und Engagement; ländlicher Raum; Alter(n); *Caring Community*; demografischer Wandel; soziale Teilhabe; kommunale Strukturen

1. Das Prinzip der Sorge im Ehrenamt und Engagement

„Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus zugleich und unsere Stadt [...] denn einzig bei uns heißt einer, der daran gar keinen Teil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter“ (Perikles, zit. nach Landmann 2002: 111). Diese dem antiken Autor Perikles zugeschriebene Aussage wirkt angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen – insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahlen 2025 – bemerkenswert aktuell. Sowohl die athenische Demokratie als auch die

1 M. A., Institut für Soziologie, Universität Gießen, sara.luttich@posteo.de.

gegenwärtige Gesellschaft in Deutschland sind auf das aktive Engagement ihrer Bürger:innen angewiesen. Die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwesen bildet das Fundament demokratischer Strukturen (Vorländer 2017).

In diesem Kontext gewinnt das Prinzip der Verantwortung zunehmend an Bedeutung, indem es das Eintreten für das Gemeinwohl über individuelle Interessen hinaus betont und damit dem Konzept der *Caring Community* entspricht. In diesem Zusammenhang wird Sorge (*care*) als vorausschauende, einfühlsame Übernahme von Verantwortung für das eigene und das Wohlergehen anderer verstanden – eine Idee, die bereits Camus (1942) hervorhob. Dabei ist es essenziell, Sorge nicht auf eine rein funktionale Dienstleistung oder eine technokratische Sozialorganisation zu reduzieren. Vielmehr berührt sie grundlegende Fragen der Lebensgestaltung sowie des sozialen und gesellschaftlichen Miteinanders. Obwohl der Begriff historisch kontrovers diskutiert wurde – etwa als Rückschritt zu Familiarismus und Deprofessionalisierung (Tronto 1993) – erfährt er aktuell eine Neuinterpretation, die sowohl unmittelbare soziale Beziehungen („Nahraum“) als auch gesellschaftliche und politische Verantwortung („Fernraum“) umfasst (Blinkert/Klie 2008). Diese Verknüpfung individueller und kollektiver Verantwortungsdimensionen trägt wesentlich zur Reflexion und Gestaltung des sozialen Zusammenlebens bei. Gerade im Kontext des infrastrukturellen Wandels und des Rückzugs staatlicher Daseinsvorsorge, insbesondere in ländlichen Räumen, kommt freiwilligem, ehrenamtlichem und bürger-schaftlichem Engagement eine zentrale Rolle zu.

Dieser Text verwendet die Begriffe freiwilliges, ehrenamtliches und bürger-schaftliches Engagement weitgehend synonym – in Anlehnung an das zeitgenössische Verständnis, das Engagement als freiwillig, unentgeltlich und gemeinwohlorientiert begreift (BMFSFJ 2024a: 14). Dabei ist zu beachten, dass insbesondere der Begriff Ehrenamt historisch auch staatlich veranlasste Formen der Indienstnahme bezeichnete, etwa in kommunalen oder richterlichen Funktionen. Aktuell engagieren sich rund 28,8 Millionen Menschen in Deutschland – etwa 39,7 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren. Zentrale Beweggründe sind Freude an der Tätigkeit, der Wunsch zu helfen, das Streben nach Sinn und sozialer Austausch (BMFSFJ 2024a: 7, 16).

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der Rolle älterer Menschen im Ehrenamt und den Herausforderungen des demografischen Wandels für das freiwillige Engagement auseinander. Die Analyse basiert auf Ergebnissen der achtmonatigen Studie *GemeINSAMKEIT im Alter. Herausforderungen*,

Bedarfe und Potentiale betagter Menschen in Laubach, Lkr. Gießen, gefördert von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), der Stadtwald-Stiftung Laubach und dem Landkreis Gießen („Smartes Gießener Land“). Die zentralen Fragestellungen dieses Beitrags lauten:

- Welche Rolle spielen Senior:innen bei der Gestaltung des Ehrenamts in ländlichen Regionen?
- Welche theoretische Anschlussfähigkeit weisen Konzepte wie die *Caring Community* im Hinblick auf die empirischen Ergebnisse auf?

Methodische Grundlage bilden qualitative semi-strukturierte Einzel- und Gruppen-Interviews mit Senior:innen (> 65 Jahre) und Einwohner:innen Laubachs (n=91), Expert:innen-Interviews (institutionelle Perspektive, n=13) sowie teilnehmende Beobachtungen (Teilnahme an Senior:innen-nachmittagen, Senior:innenbeiratssitzungen, Angebote für Senior:innen, wie „Tanzen im Sitzen“, an der Männer-Laufgruppe Freienseen u. v. m.).

2. „Neue“ Engagementformen und die Rolle von Senior:innen am Beispiel der ländlichen Kommune Laubach

Welche neuen Formen des Engagements im ländlichen Raum Früchte tragen können und welche Rolle Senior:innen vor dem Hintergrund des Konzepts einer *Caring Community* spielen, zeigt sich exemplarisch an der Kommune Laubach im Landkreis Gießen, einem Mittelzentrum mit etwa 9.800 Einwohner:innen (Stand 10/2024). Mit einem Durchschnittsalter von 47,1 Jahren und einer prognostizierten Alterung von über 40 % der Bevölkerung bis 2035 steht Laubach vor erheblichen demografischen Herausforderungen (Wegweiser Kommune 2022). Dazu zählen die Abwanderung junger Menschen, Fachkräftemangel im Pflegebereich und eine starke Abhängigkeit vom Individualverkehr. Diese Herausforderungen schränken soziale Teilhabe ein. Die Kommune umfasst die Kernstadt sowie acht seit den 1970er Jahren eingemeindete Dörfer mit unterschiedlichen sozialen, dörflich-kulturellen Mentalitäten und topografischen Gegebenheiten. Dies führt zu divergenten (sozial)räumlichen Orientierungen und Engagementmustern, u. a. zur Nutzung der Vereinsstrukturen angrenzender Dörfer, was je nach Stadtteil zu einer geringeren Identifikation mit den kommunalen Strukturen der Kernstadt Laubach führt. Obwohl kommunale Mobilitätsangebote wie der (kostenlose) Bürgerbus existieren, sind diese für viele nicht ausreichend praktikabel oder bekannt. Zumindest auf dem Papier

weist Laubach eine starke Vereinslandschaft auf, jedoch sind Angebote und Initiativen häufig nicht allen Bürger:innen bekannt.

Die Interviews mit den Senior:innen weisen auf einen starken Wunsch nach sozialen Begegnungen und Austausch hin, auch im Kontext ehrenamtlicher Tätigkeiten. Die Ausgestaltung des Engagements variiert dabei je nach individueller Lebenssituation: Während einige nach einem aktiven Berufsleben ihre familiären Verpflichtungen (Betreuung der Enkel) in den Vordergrund stellen, nutzen andere – etwa nach dem Verlust eines Partners – das Ehrenamt als Möglichkeit zur Neuorientierung. Mit abnehmender Mobilität, gesundheitlichen Einschränkungen und „Bürokratie-Fatigue“ durch digitale Verwaltungsprozesse bevorzugen viele niedrigschwellige Engagementformen, die sich flexibel in den Alltag integrieren lassen. Als Reaktion auf den demografischen Wandel lassen sich verstärkt alltagsunterstützende Engagementformen beobachten, die sich von klassisch freizeitorientierten Aktivitäten abgrenzen. So berichtet ein älterer Laubacher:

Ein Kollege von mir macht so Nachbarschaftshilfe. Beim Stammtisch erzählt er, wer wann wohin fährt und Leute im Alltag unterstützt – Einkäufe, Begleitung. Der organisiert das, ist ein ehemaliger Polizeibeamter, jetzt Rentner, hat sogar eine Rikscha besorgt, mit der er ältere Leute herumfährt. [...]

Wir hatten Glück: Die Frau S., schon 94, hatte eine polnische Haushaltshilfe – günstiger als ein Dienst, aber trotzdem teuer. Dann traf ich zufällig eine Bekannte aus dem Tennisverein, erzählte ihr davon, und sie meinte: ‚Eigentlich mach ich das nicht, aber ich schau mal.‘ Jetzt kommt sie zwei Mal im Monat, hilft beim Putzen, Einkaufen, unterstützt, wo’s nötig ist. Weil es größtenteils ehrenamtlich ist und sie flexibel, können wir uns das leisten. (1_AH_12.24)

Eine Pfarrerin beobachtet:

Was die Leute eher brauchen, sind kleine, freiwillige Aufgaben, die man oft gar nicht als Ehrenamt bezeichnet – aber gemeinwohlorientiert sind. Zum Beispiel hat früher jemand im (...) Weg morgens geschaut, ob die ältere Nachbarin gut durch die Nacht gekommen ist, die Mülltonnen rausgestellt oder die Zeitung reingelegt. Das sind Formen von Nachbarschaftshilfe – niederschwellig, ohne große Sachleistungen oder Bezahlung. (EX_WE_09.24)

Ein gravierendes Problem stellt dabei die *erodierende Öffentlichkeit* dar: Der Rückgang institutionalisierter Strukturen führt dazu, dass viele Initia-

tiven in den privaten Raum verlagert werden und somit an Sichtbarkeit verlieren. Dieses Phänomen wird verstärkt durch die zunehmende Individualisierung der Lebensstile, einschließlich der Digitalisierung und einem „Cocooning“ (dt. Verpuppung). Zusammengenommen schwächen diese Prozesse das kollektive Bewusstsein und das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Ob man Zeit hat, hängt oft davon ab, wie wichtig einem etwas ist. Bei den Jüngeren – etwa zwischen 20 und 40 – merkt man aber, dass sich Mediennutzung und Lebensgewohnheiten stark verändert haben. Viele leben eher in digitalen Welten als in der physischen Gemeinschaft. Früher gab es weniger Alternativen, wir waren mehr draußen und gemeinsam aktiv. Heute ist das Angebot größer – und das Verhalten anders. Auch das Zurückziehen ins Private, dieses ‚Cocooning‘, hat zugenommen, verstärkt durch Corona. Viele engagieren sich noch, aber eher im Privaten als öffentlich. (2_AH_10.2024)

Das Engagement älterer Menschen ist in ein komplexes Wechselspiel aus strukturellen Rahmenbedingungen und individuellen Handlungsmotiven eingebettet. Demografische Veränderungen und die Abwanderung jüngerer Menschen schwächen soziale Netzwerke und erschweren die Bildung stabiler ehrenamtlicher Strukturen. Stereotype Wahrnehmungen und soziale Distanzierungsmechanismen hemmen zudem die Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten. In Laubach zeigt sich eine ambivalente Haltung gegenüber Zugezogenen: Einerseits besteht Offenheit, andererseits gibt es Vorbehalte, besonders gegenüber neuen Akteur:innen im Vereinswesen: „Eine aus der Stadt, so eine Zugezogene, hat geglaubt, sie könne sich direkt in die Vereinsstrukturen einmischen! [empörter Ausruf]“ (29_LAU_09.24).

Trotz dieser Herausforderungen existieren zahlreiche neue Initiativen, die maßgeblich durch Einzelpersonen – sogenannte „Zugpferde“ – getragen werden. Während diese Akteur:innen das soziale Leben der Kommune bereichern, kann ihre dominante Rolle zu interpersonellen Spannungen führen, etwa in Form von Neid oder Missgunst. Dies erschwert wiederum die nachhaltige Implementierung neuer Engagementformen.

Die Einstellung älterer Menschen zum Ehrenamt ließe sich – in Anlehnung an psychologische Konzepte – als *bipolare Existenzproblematik* beschreiben. Einerseits besteht eine nostalgische Rückbesinnung auf Zeiten, in denen gemeinschaftliches Engagement selbstverständlich war und gesellschaftliche Anerkennung genoss. Andererseits fehlt häufig die Bereitschaft, weiterhin Zeit und Energie für ehrenamtliche Tätigkeiten zu investieren. Viele Senior:innen empfinden eine „Erschöpfung nach langjährigem Enga-

gement“ oder sehen sich mit Angeboten konfrontiert, die ihren aktuellen Bedürfnissen nicht entsprechen. Diese Spannungen manifestieren sich in gegensätzlichen Erwartungen an Engagement: zwischen „Eigensinn“ und „Gemeinsinn“, „Kontinuität“ und „Diskontinuität“ sowie „Verbindlichkeit“ und „Unverbindlichkeit“. Hinzu kommt die Frage nach der Nachhaltigkeit ehrenamtlicher Strukturen, da viele Projekte nur temporär bestehen und langfristige personelle wie finanzielle Absicherung fehlt. Während traditionelle Vereinsstrukturen in der Vergangenheit Verlässlichkeit und soziale Stabilität boten, können neue Engagementformen diese Funktion – vor allem in Zeiten von Fragmentierung und Desintegration – nur bedingt übernehmen.

Zur Anpassung an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen haben sich alternative Engagementformen etabliert, die auch auf informelle, alltagsnahe und flexible Beteiligung setzen. Diese Formate können dem Rückgang öffentlicher Begegnungsräume entgegenwirken und fördern gemeinschaftliches Handeln durch niedrigschwellige, interaktive Aktivitäten. Darüber hinaus scheint es einen Bedarf an Engagementformen mit „bandenartigem Charakter“ (EX_FR_02.25) zu geben, wie es ein ehemaliger Pfarrer und „Zugpferd“ vieler lokaler Initiativen in einem Stadtteil Laubachs ausdrückt. Diese ermöglichen zugleich Identifikation durch enge soziale Beziehungen, agieren aber gemeinwohlorientiert und verteilen Verantwortung auf mehrere Schultern statt einer (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Engagementformen in Laubach mit „bandenartigem Charakter“



Quelle: eigene Darstellung

Gleichzeitig zeigt sich, dass nicht alle „neuen“ Engagementinitiativen langfristig tragfähig sind. Mitfahrbänke in Laubach als ergänzende Mobilitätsangebote scheiterten an mangelnder Nutzung, befeuert durch die skeptische und vorsichtige Haltung gegenüber Fremden (*„Man hat gelernt nicht zu Fremden ins Auto einzusteigen...“* (3_LAU_09.24). Projektbezogene ehrenamtliche Unterstützungsangebote für die Flüchtlingsunterkunft in einem Laubacher Stadtteil konnten aufgrund zu hoher Fluktuation der Geflüchteten und mangelnder Identifikation mit dem Dorf als dauerhafter Bleibe keine langfristigen, interkulturellen Beziehungen etablieren. Ehrenamtliches Engagement braucht also nicht allein innovative und „neue“ Ideen, sondern auch verlässliche Rahmenbedingungen und langfristige institutionelle Unterstützung.

3. Das Kapital älterer Menschen als Nährboden lokaler Engagementstrukturen

Angesichts des demografischen Wandels in ländlichen Regionen bedarf es einer Neubewertung der Rolle älterer Menschen: Sie sind keine passiven Empfänger:innen von Fürsorge, sondern tragende Säulen einer sorgenden Gemeinschaft im Sinne der *Caring Community*. In Laubach zeigt sich, dass viele Senior:innen über ein langjährig gewachsenes soziales Netzwerk verfügen, das sie zu zentralen Bezugspersonen und Brückenbauer:innen innerhalb der Kommune macht. Eine 78-jährige Interviewpartnerin bringt dies auf den Punkt:

Wenn bei uns jemand Hilfe braucht, dann weiß man, wen man fragen kann. Das hat sich über Jahre aufgebaut – dann macht man das einfach, ohne erst einmal was zu beantragen. Das dauert dann wieder so lange und es ist so viel Papierkram oder man muss einen Termin lange im Voraus buchen. Meinen Nachbarn frag´ ich einfach – zack, noch am gleichen Tag hilft er mir im Garten. Oder er ruft jemanden an, den er kennt, wenn er nicht kann. [...] Vertrauen und Bekanntheit muss erst wachsen und das kann man nicht einfach so schnell buchen oder jemand kommt und führt sich auf, als wüsste er, wie es hier läuft. (12_WET_12.24)

Dieses soziale Kapital ermöglicht nicht nur spontane Hilfeleistungen, sondern strukturiert auch neue Formen freiwilligen Engagements jenseits klassischer Vereinslogiken – etwa im Rahmen von Nachbarschaftstreffs, Fahrdiensten oder generationenübergreifenden Erzählcafés.

Zugleich zeigt sich die Bedeutung ökonomischen Kapitals, etwa durch private Räume, die als Orte sozialer Begegnung fungieren. Ein Gesprächspartner, 74 Jahre alt, berichtet in einer Gruppendiskussion: *„Naja, seit die Kneipe geschlossen hat bei uns im Dorf, treffen wir uns immer bei mir daheim weiter privat zum Fußballgucken. Manchmal rotieren wir auch und machen das abwechselnd bei einem von uns“* (9_MUE_1.25).

Solche (nicht immer) informellen, selbstinitiierten Räume wirken als „Dritte Orte“ (*Third Spaces*) (Yarin/Scott 2025), die in peripheren Stadtteilen fehlen oder nicht in jeder Kommune gewährleistet werden können. Auch in digitaler Hinsicht übernehmen ältere Engagierte zentrale Vermittlungsrollen, wie eine 70-jährige Teilnehmerin sagt:

Ich helfe meiner Nachbarin beim Handy und beim Onlinebanking – wir lernen das voneinander – oder mein Sohn hilft uns. Das klappt besser als wenn mir das so von außen aufgezwungen wird. Man spricht dieselbe Sprache. Und ich fühl’ mich nicht so dumm. (18_RUP_11.24)

Symbolisches Kapital – etwa in Form von lokaler Anerkennung, Reputation und moralischer Autorität – erweist sich ebenfalls als wirkmächtig. Wie eine Ehrenamtliche formuliert: *„Wenn Herr H. anruft und was vorschlägt, dann kommen die Leute. Der hat hier sein Leben lang was gemacht, dem hört man zu. Dem vertrauen die Leute im Ort“* (3_LAU_09.24).

Diese sozial und historisch gewachsenen Vertrauensbeziehungen bilden die Grundlage für das, was in der Studie als „bandenartiger Charakter“ beschrieben wurde: ein Engagementstil, der auf Vertrautheit, affektiver Nähe und geteilter Verantwortung basiert – nicht auf formaler Organisation oder bürokratischen Verfahren.

Gleichzeitig wird deutlich: Wo solche Strukturen wegbrechen, drohen Fragmentierung, Rückzug oder Resignation. Eine ältere Teilnehmerin bringt diese Entwicklung nachdenklich auf den Punkt:

Manchmal hab’ ich das Gefühl, alles zerbricht – vor allem der Zusammenhalt. Es fehlt an Leuten, die sich kümmern wollen. Und dann alles, was grad in der Welt passiert. Ich schau schon keine Nachrichten mehr, weil nur noch Krieg und Klimakrise und die Wirtschaft ist auch am Boden. Ich hab’ das Gefühl, ich werd’ nicht mehr gebraucht. Aber ich kann noch so viel machen. Bloß nur so „Alte Leute“-Kram will ich auch nicht. Ich muss ja nicht so behandelt werden, als wäre ich gleich tot. Dann bleibe ich lieber für mich. (24_MUE_12.24)

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollten altersbezogene Vorstellungen neu gedacht werden: weg von einer Defizitperspektive hin zu einer Anerkennung von Alter als sozialer Ressource. Senior:innen sind Träger:innen von Beziehungskapital, Alltagswissen und lokalem Gedächtnis – sie können Veränderungen moderieren, Identität stiften und Zusammenhalt gestalten.

4. *Sorgebeziehungen im Wandel: Der bandenartige Charakter des Engagements und seine Anschlussfähigkeit an das Konzept der Caring Community*

Das Konzept der *Caring Community* begreift Sorge als relational eingebettete Praxis, die auf Gegenseitigkeit, moralischer Verantwortung und sozialer Nähe beruht. Unterstützung entsteht hier aus alltäglichen Beziehungen, die durch Vertrautheit, Wiederholung und affektive Resonanz getragen werden. Gerade unter den Bedingungen des demografischen Wandels – insbesondere in ländlichen Räumen, in denen öffentliche Infrastruktur rückgebaut und Versorgungsbedarfe komplexer werden – gewinnen diese informellen Formen des Miteinanders an Bedeutung.

Die empirischen Befunde aus Laubach illustrieren eindrücklich, wie tragfähige Sorgebeziehungen im lokalen Kontext entstehen: In Formaten wie dem Erzählcafé, den Begleitdiensten oder dem gemeinschaftlichen Mittagstisch entwickeln sich Engagementformen, die durch biografische Nähe, niedrigschwellige Begegnung und eine geteilte Alltagswelt geprägt sind. Diese Praktiken beruhen nicht auf institutionellen Programmen, sondern auf persönlichem Wissen umeinander, generationsübergreifender Verantwortung und situativ gewachsenen Routinen. Eine Interviewpartnerin bringt dies pointiert auf den Begriff: „*Wir helfen uns einfach – weil wir uns kennen. Das ist kein Ehrenamt im klassischen Sinne*“ (1_AH_12.24).

Dieses Beziehungsgefüge lässt sich analytisch als *bandenartiger Charakter* fassen – ein Begriff, der auf eine spezifische Qualität sozialen Engagements verweist: dichte, verlässliche, affektiv grundierte Netzwerke, die informell organisiert und lokal verankert sind (Taló 2024: 7). Sie funktionieren jenseits formaler Mitgliedschaftslogiken und lassen sich weder zentral steuern noch beliebig übertragen. Der *bandenartige Charakter* beschreibt damit eine Form von Sorggemeinschaft, die durch freiwillige, nicht kalkulierbare, aber hoch wirksame Beziehungen getragen wird – und gerade

darin eine Anschlussfähigkeit an das Konzept der *Caring Community* entfaltet.

Zentral für das Entstehen solcher Strukturen sind ältere Menschen. Ihre langjährige sozialräumliche Verankerung, ihr biografisch gewachsenes Beziehungskapital sowie ihre alltagspraktische Kompetenz machen sie zu tragenden Säulen lokaler Sorgeskulturen. Als vertraute Bezugspersonen agieren sie nicht nur unterstützend, sondern auch strukturierend: Sie stabilisieren soziale Gefüge, vermitteln zwischen Generationen und bieten Orientierung in einem sich wandelnden Gemeinwesen. Ihr Engagement ist nicht projektlogisch, sondern beziehungslogisch motiviert – weniger durch Zieldefinition als durch situative Verfügbarkeit, Verlässlichkeit und Verbundenheit. Im Sinne von Youngs Konzept der *vernetzten Verantwortung* (2006) wird Verantwortung in Laubach nicht individualisiert, sondern relational geteilt. Gerade in peripheren Stadtteilen, in denen staatliche Angebote zurückgehen, übernehmen ältere Engagierte zentrale Funktionen sozialer Infrastruktur – nicht qua Funktion, sondern aufgrund sozialer Nähe. Sie kompensieren strukturelle Lücken, ohne diese zu institutionalisieren, und ermöglichen Teilhabe durch Vertrautheit. Diese Formen des Engagements sind Ausdruck einer sich wandelnden Engagementkultur, in der klassische Vereinslogiken zunehmend durch flexible, beziehungsbasierte, alltagsnahe Formen ergänzt werden. Der *bandenartige Charakter* ist dabei nicht nur eine Beschreibung sozialer Praxis, sondern verweist auf eine konzeptionelle Schlüsselkomponente von *Caring Communities*: Sie leben von Verlässlichkeit, affektiver Resonanz und geteiltem Verantwortungsbewusstsein – und entstehen dort, wo soziale Räume überschaubar und Beziehungen verdichtet sind sowie Engagement kulturell verankert ist.

Gleichzeitig zeigen die Befunde aus Laubach, dass diese Strukturen physische Bedingungen benötigen: Nähe, Erreichbarkeit und Begegnung sind elementar. Ohne geeignete Orte – wie Treffpunkte im Quartier oder gemeinschaftlich nutzbare Räume – bleibt Sorgebeziehung fragmentiert. Mobilität ist in diesem Zusammenhang kein infrastrukturelles Detail, sondern Voraussetzung für Teilhabe. Sie entscheidet mit darüber, ob *Caring Communities* entstehen oder sozialräumlich blockiert bleiben.

5. Fazit

Freiwilliges Engagement älterer Menschen in ländlichen Räumen verändert sich – weg von klassischen Vereinslogiken, hin zu alltagsnahen, bezie-

hungsbasierten Formaten. Diese neuen Strukturen sind oft flexibel, niedrigschwellig und informell, stoßen jedoch auf strukturelle Hürden: Ein Mangel an Treffpunkten, begrenzte Mobilität, digitale Exklusion und bürokratische Hindernisse erschweren Teilhabe. Die Potenziale älterer Menschen werden bislang häufig unterschätzt. Das Engagement älterer Menschen sollte nicht als ergänzende Ressource, sondern als konstitutives Element zivilgesellschaftlicher Infrastruktur verstanden werden. Ihre Rolle geht über funktionale Hilfeleistungen hinaus: Sie gestalten soziale Räume aktiv mit, stabilisieren Alltagsbeziehungen und tragen wesentlich zur sozialen Kohäsion bei. Damit wird deutlich: Der bandenartige Charakter des Engagements ist nicht nur empirisch belegbar, sondern theoretisch anschlussfähig – an Konzepte relationaler Sorge, geteilter Verantwortung und eine Ethik des Miteinanders. Die *Caring Community* ist insofern keine abstrakte Vision, sondern in Teilen bereits gelebte Realität, deren Potenzial sich jedoch nur entfalten kann, wenn die politischen, sozialen und räumlichen Rahmenbedingungen entsprechend gefördert werden.

Während zivilgesellschaftliche Akteure soziale Beziehungen pflegen und Sorgepraktiken lokal verankern, liegt es in der Verantwortung der Kommunalpolitik, die strukturellen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Sie trägt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung tragfähiger Infrastrukturen, die freiwilliges Engagement in ländlichen Räumen ermöglichen und unterstützen. Dabei gilt: Ehrenamt kann und darf den Sozialstaat nicht ersetzen – wohl aber ergänzen, indem es soziale Bindung stärkt und lokale Resilienz fördert. Um Selbsttätigkeit und Teilhabe zu erleichtern, sind bürokratische Hürden abzubauen, quartiersnahe Treffpunkte zu fördern und niedrigschwellige Zugänge zu schaffen.

Zugleich bedarf es eines Perspektivwechsels in der Wahrnehmung älterer Menschen: Statt sie vorrangig als „Versorgungsbedürftige“ zu adressieren, sollten sie als aktive Träger:innen sozialen Wissens, Beziehungskapitals und solidarischer Praktiken anerkannt werden. Nur durch die strategische Einbindung neuer, flexibler und alltagsnaher Engagementformen lässt sich das Ehrenamt als stabilisierender Faktor im ländlichen Raum langfristig sichern. Ohne die Stärkung lokaler Netzwerke droht ein fortschreitender Rückbau freiwilliger Strukturen – mit erheblichen Folgen für Teilhabe, soziale Kohäsion und Daseinsvorsorge. Eine *Caring Community* entsteht nicht beiläufig, sondern erfordert politische Gestaltung, strukturelle Ermöglichung und gesellschaftliche Anerkennung.

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (2023): Digitalisierung und freiwilliges Engagement: Chancen und Herausforderungen. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BS_t/Publikationen/GrauePublikationen/Digitalisierung_braucht_Engagement.pdf (11.8.2025).
- BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2025): Ehrenamtliches Engagement in ländlichen Regionen. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/forschung-ehrenamt.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (11.8.2025).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2023a): Freiwilliges Engagement in Deutschland. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/freiwilliges-engagement-in-deutschland-fueller-freiwilligensurvey-data.pdf> (11.8.2025).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2023b): Freiwilliges Engagement älterer Menschen: Potenziale und Herausforderungen. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/95006/c66b5e6ada835dbdafc7dd2e57a5839f/prm-24447-sr-band-184-data.pdf> (11.8.2025).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024a): Engagementstrategie des Bundes. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/251452/ac00fb8963654019ae158f9ae7d7efa6/engagementstrategie-des-bundes-data.pdf> (11.8.2025).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024b): Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/strategie-gegen-einsamkeit> (11.8.2025).
- Camus, Albert (1942): *Le mythe de Sisyphe*. Paris.
- KAS – Konrad-Adenauer-Stiftung (2015): Politisches Bildungsforum Rheinland-Pfalz. Politische Bildung in Rheinland-Pfalz. Die PFALZalternde Gesellschaft und die Antwort der Politik. <https://www.kas.de/de/web/rp/veranstaltungsberichte/detail/-/content/die-alternde-gesellschaft-und-die-antwort-der-politik> (11.8.2025).
- Landmann, Georg Peter (Hrsg.) (2002): Thukydides: Geschichte des Peloponnesischen Krieges (Buch II 37 und 40, S. 111 ff.). Düsseldorf.
- Schulz-Nieswandt, Frank; Köstler, Michael (2011): Die Motivation zum Ehrenamt: Theoretische und empirische Perspektiven. Wiesbaden.
- Steinhoff, Paula; Ellwardt, Lea; Wermeyer, Maya (2025): Well-being in Middle-Aged and Older Adults Who Volunteer: a Qualitative Network Analysis. In: *Aging & Mental Health*, 29. Jg., Heft 2, S. 343–351, <https://doi.org/10.1080/13607863.2024.2393250>.
- Taló, Cosimo (2024): Modelling and Measuring Local Community Engagement (LCE). In: *Social Indicators Research*, 173. Jg., Heft 2, S.1 – 24, <http://dx.doi.org/10.1007/s11205-024-03350-7>.
- Tronto, Joan C. (1993): *Moral Boundaries: A Political Argument for an Ethic of Care*. New York.

Vorländer, Hans (2017): Demokratie – Geschichte eines Begriffs. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/demokratie-332/248541/demokratie-geschichte-eines-begriffs/> (11.8.2025).

Yarin, Sophie; Scott, Cydney (2025): Why is Everybody Talking about “Third Places” Right Now? It’s a space intended for socializing that’s neither work nor home. So what makes a third place so important? Boston University. <https://www.bu.edu/articles/2025/what-are-third-places/> (11.8.2025).

Engagement und Jugenden

Jugendliches Engagement angesichts von Nicht-Anerkennung und Frust

Kilian Hüfner¹, Andrea Reichert²

Zusammenfassung

Engagement ermöglicht Teilhabe und Mitgestaltung, insbesondere für junge Menschen. Der Beitrag zeigt jedoch, dass Anerkennung keine Selbstverständlichkeit ist: Anhand von Gruppendiskussionen wird herausgearbeitet, wie Jugendliche ihr Engagement vor dem Hintergrund fehlender Anerkennung erleben. Im Rückgriff auf Honneths Anerkennungstheorie wird deutlich, dass fehlende soziale Wertschätzung und politische Responsivität nicht nur die Stabilität von Engagement gefährden, sondern auch zentrale Voraussetzungen für die politische Subjektwerdung junger Menschen untergraben. Der Beitrag plädiert dafür, auch informelle Engagementformen ernst zu nehmen und fragt, unter welchen Bedingungen gesellschaftliche Anerkennung als tragende Ressource jugendlichen Engagements wirksam werden kann.

Schlagwörter

Engagement; Anerkennung; gesellschaftliche Teilhabe Jugendlicher; politische Partizipation

1. Einleitung

Für Jugendliche bietet Engagement die Möglichkeit, gesellschaftliche Teilhabe zu erproben und soziale Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig zeigt sich, dass nicht alle Engagementformen gleichermaßen anerkannt werden: Bestehende Ordnungen prägen, was als legitimer Beitrag gilt und was unsichtbar bleibt (Simonson et al. 2022; Gille 2024). Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag, welche Rolle Anerkennung im Engagement junger Menschen spielt. Erleben Individuen durch Anerkennung Wertschätzung und Unterstützung, erfahren sie im Umkehrschluss durch das Ausbleiben von Anerkennung Formen von Missachtung, Beschämung, Ausgrenzung und Selektion (Röhr/Ricken 2020: 513). Der Fokus des Bei-

-
- 1 M. A., Zentrum für Schul- und Bildungsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, kilian.huefner@zsb.uni-halle.de.
 - 2 B. A., Zentrum für Schul- und Bildungsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wissenschaftliche Hilfskraft, andrea.reichert@student.uni-halle.de.

trags liegt daher auf den Erfahrungen Jugendlicher, deren Engagement wenig oder keine Anerkennung durch gesellschaftliche Akteur:innen findet. Der Beitrag fragt nach den Konsequenzen mangelnder Anerkennung für die Partizipation der Jugendlichen und ihr Verhältnis zu Politik und Gesellschaft.

Zur Beantwortung dieser Fragen werden zwei Gruppendiskussionen mit Jugendlichen rekonstruiert, eine mit einer Skatergruppe, die andere mit Aktivist:innen der Fridays-for-Future-Bewegung. Diese stammen aus dem DFG-Projekt *Politische Orientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Spannungsfeld von Familie und Peers*³, das politische Sozialisationsprozesse untersucht. Im Zentrum stehen die Engagementpraktiken der Jugendlichen sowie ihre Erfahrungen mit (Nicht-)Anerkennung.

2. Engagement und Anerkennung

In Anlehnung an die Definition des Deutschen Bundestages (2002: 333) lässt sich Engagement als freiwilliges, gemeinwohlorientiertes und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtetes Handeln verstehen. Dazu zählen sowohl klassisches Ehrenamt als auch Formen kurzfristiger oder informeller Hilfe. Mit Fromm und Rosenkranz (2019) lassen sich auch nicht-institutionalisierte, selbstorganisierte Tätigkeiten im sozialen Nahraum als Engagement fassen. Damit wird Engagement als vielschichtige Praxis gesellschaftlicher Teilhabe sichtbar, die über formale Strukturen hinausreicht.

Gleichwohl findet Engagement häufig in Organisationen wie Vereinen, Verbänden und Initiativen statt, in denen sich Menschen mit ähnlichen Zielen und Vorstellungen zusammenschließen. In der Folge sind diese Strukturen häufig milieuhomogen und können ausschließend wirken. Besonders von diesen Ausschlüssen betroffen sind diejenigen, die im Alltag ohnehin soziale Benachteiligung und wenig gesellschaftliche Teilhabechancen erleben. In diesen Fällen spiegelt Engagement bestehende gesellschaftliche Hierarchien und Ausschlüsse nicht nur, sondern reproduziert sie auch (Munsch 2007). Zudem bleibt das Engagement sozial benachteiligter Men-

3 Die Konzeption und Umsetzung des Forschungsprojekts erfolgen unter der Leitung von Prof. Dr. Cathleen Grunert, Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger und Dr. Katja Ludwig. An der Durchführung und Auswertung des empirischen Materials war Marco Schott als wissenschaftlicher Mitarbeiter beteiligt. Unterstützt wird das Projekt zudem durch die studentischen Hilfskräfte Artur Pethke, Johanna Schultheiss, Marie Zocher und Tabea Weber.

schen in vielen Fällen unsichtbar, da die öffentliche Debatte – und auch die wissenschaftliche Forschung – v. a. institutionalisierte Formen fokussiert. Solidarische Netzwerke in Familien, Nachbarschaften oder Freundeskreisen, die verstärkt in benachteiligten Stadtteilen anzutreffen sind, werden oftmals nicht als bürgerschaftliches Engagement anerkannt (Munsch 2007).

Anerkennung bezeichnet generell die „positive Bewertung eines Individuums oder seiner Handlungen durch die soziale Umwelt“ (Reinhold 2000: 16). Auch Honneth (1994) geht davon aus, dass in modernen Gesellschaften positive Selbstbeziehungen und soziale Mitgliedschaft von intersubjektiver Anerkennung individueller Bedürfnisse sowie des eigenen Beitrags zum Gemeinwesen abhängen. In Anlehnung an Habermas zeigt Honneth (2004), dass Anerkennung sowohl Motivation als auch Grundvoraussetzung sozialer Kommunikation und Partizipation ist. Hierbei unterscheidet er drei Formen der Anerkennung: Liebe, Recht und soziale Wertschätzung. Diese beziehen sich auf unterschiedliche Sphären gesellschaftlicher Reproduktion – Nahbeziehungen, Rechtsordnung sowie Leistungs- und Wertegemeinschaft – und wirken sich auf je eigene Dimensionen des Selbstverhältnisses aus: Selbstvertrauen, Selbstachtung und Selbstschätzung (Honneth 1994; Schütz 2023). Die Herausbildung eines stabilen Selbstverhältnisses setzt voraus, dass alle drei Formen der Anerkennung gesellschaftlich gewährleistet sind.

Anerkennungsforderungen artikulieren sich in einem „Kampf um Anerkennung“, wenn sich Betroffene als ungerecht behandelt und in ihrem sozialen Wert gemindert erleben (Balzer 2014). In diesem Zusammenhang beschreibt Taylor (1993: 14) Nicht-Anerkennung gar als eine Erfahrung, die unmittelbar „Leiden verursacht“. Da Menschen nicht dazu in der Lage sind, auf Missachtung und Ausgrenzung dauerhaft ‚neutral‘ zu reagieren, entstehen aus individuellen Erfahrungen des Nicht-Anerkennens Widerständigkeiten (Honneth 1994: 263). In diesem Zusammenhang versteht Honneth Gesellschaft als eine institutionalisierte Anerkennungsordnung, in der soziale Kämpfe um Sichtbarkeit, Wertschätzung und Teilhabe als zentrale Triebkräfte sozialen Wandels fungieren.

Anerkennung ist insofern nicht nur eine individuelle Erfahrung, sondern eng in gesellschaftliche Machtstrukturen und normative Ordnungen eingebettet. Honneth (2004) betont, dass diese Strukturen auch darüber entscheiden, wer bzw. wessen Praktiken gesellschaftliche Sichtbarkeit erlangen und wer davon ausgeschlossen bleibt. Mit Blick auf Engagement sind aus dieser Perspektive besonders Praktiken von Ausschlüssen betroffen, die von dominanten Akteur:innen als nicht dem Allgemeinwohl dienlich oder

als unkonformistisch eingestuft werden. In solchen Fällen kommt es zu einer Marginalisierung oder „Verunsichtbarung“ dieser Praktiken (Walther 2023: 29).

Diese Prozesse der Verunsichtbarung betreffen insbesondere Jugendliche, deren Engagementpraktiken nicht etablierten normativen Vorstellungen entsprechen. Vor allem Jugendliche, deren Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und aktiven Mitgestaltung durch bestehende Strukturen sozialer Ungleichheit eingeschränkt sind, erleben häufig mangelnde Anerkennung oder gar Missachtung ihrer Selbstbestimmungsäußerungen. Dies führt dazu, dass sie seltener positive Erfahrungen darin sammeln, etwas in ihrem Lebensumfeld zu verändern oder für sich zu erreichen (Schwanenflügel 2015: 270). Diese Erfahrungen von Nicht-Anerkennung können sich langfristig auf das Selbstbild und die gesellschaftliche Teilhabe auswirken. Es ist davon auszugehen, dass einige Jugendliche trotz fehlender Anerkennung versuchen, alternative Formen des Engagements zu verfolgen, während sich andere wiederum aus gesellschaftlichen Beteiligungsprozessen zurückziehen. Ob und wie sich Jugendliche engagieren, hängt somit nicht nur von deren Motivation, sondern wesentlich von Anerkennungsbedingungen ab.

Anerkennung besitzt somit eine doppelte Bedeutung für die Engagementpraktiken von jungen Menschen: Einerseits legen machtvoll, diskursive und häufig institutionalisierte Prozesse der Anerkennung fest, welche Engagementpraktiken innerhalb einer Gesellschaft als legitime Formen der Teilhabe und Teilnahme anerkannt werden. Andererseits entwickeln junge Menschen, basierend auf ihren Erfahrungen mit der Anerkennung ihrer Engagementpraktiken, unterschiedliche Vorstellungen von sich selbst als Teil dieser Gesellschaft. Diese Relation zwischen gesellschaftlichen Anerkennungsstrukturen und persönlichen Erfahrungen verdeutlicht, dass Engagement nicht allein eine Frage des Wollens oder der individuellen Motivation ist. Vielmehr hängt die Möglichkeit, sich zu engagieren, auch von strukturellen Bedingungen ab. Diese legen fest, welche Formen des Engagements sichtbar werden und welche marginalisiert bleiben. Zugleich ist das Verhältnis zwischen Engagement und Anerkennung ambivalent. Gerade Protestformen können sich aus Erfahrungen von Nicht-Anerkennung speisen und darin eine eigene Stabilität entfalten. Erfährt solcher Protest jedoch rasch öffentliche Zustimmung, droht symbolische Vereinnahmung, ohne strukturelle Veränderungen nach sich zu ziehen. Anerkennung ist damit nicht nur Ermöglichungsbedingung, sondern kann auch zur Entpolitisierung beitragen.

3. Erfahrungen Jugendlicher mit Nicht-Anerkennung im Engagement

Ausgehend von den theoretischen Überlegungen richtet sich der Blick nun auf die Frage, wie Jugendliche Anerkennung im Kontext ihres Engagements erfahren – oder eben nicht – und welche Bedeutung diese Erfahrungen für ihr Verhältnis zu Gesellschaft und politischer Teilhabe haben. Im Zentrum stehen zwei Gruppendiskussionen mit Jugendlichen, deren Engagementformen sich in ihrer Struktur, Reichweite und Sichtbarkeit deutlich unterscheiden: eine informell agierende Skatergruppe sowie eine organisierte Fridays-for-Future-Ortsgruppe. Die Analyse zielt darauf, die jeweiligen Engagementpraktiken sowie die damit verbundenen Erfahrungen von (Nicht-)Anerkennung im sozialen Nahraum und darüber hinaus rekonstruktiv zu erfassen.

Der Beitrag stützt sich auf Daten aus dem DFG-geförderten Forschungsprojekt *Politische Orientierungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Spannungsfeld von Familie und Peers*, das politische Sozialisationsprozesse in ihrer relationalen Einbettung zwischen Peergruppen und familialen Interaktionsräumen untersucht. In einer ersten Erhebungsphase wurden 26 Gruppendiskussionen mit jugendlichen Gruppen geführt. Das Sampling orientierte sich an zwei Achsen – dem Grad der Formalisierung und dem Ausmaß gesellschaftlich-politischer Bezugnahme –, um ein breites Spektrum an jugendlichen Vergemeinschaftungsformen und politischen Orientierungen abzubilden. Die hier vorgestellten Fälle wurden kontrastiv aus diesem Sample ausgewählt.

Die Gruppendiskussionen wurden nach dem von Bohnsack (2021) vorgeschlagenen Verfahren mit offenem Stimulus und leitfragengestütztem Nachfrageteil geführt und mit der Dokumentarischen Methode ausgewertet. Diese erlaubt es, über ein zweistufiges interpretatives Verfahren in den Erzählungen die kollektiven und milieuspezifischen Orientierungen der Gruppen zu rekonstruieren (Grunert 2022: 341). Im Kontext der Untersuchung politischer Orientierungen konnten auch Erzählungen über Engagement- und Partizipationspraktiken rekonstruiert werden, die Rückschlüsse auf damit verbundene Erfahrungen der (Nicht-)Anerkennung zulassen.

3.1 „Es ging einfach darum, dass wir vielleicht mal ein bisschen Ansehen kriegen“ – die Skater

Die Gruppe der Skater setzt sich aus Jugendlichen zusammen, die sich regelmäßig auf einem Skateplatz in einem sozial marginalisierten Stadtteil

treffen. Die meisten stammen aus prekären familialen Verhältnissen und verfügen über vergleichsweise niedrige Schulabschlüsse. Ihr Engagement äußert sich in informellen Praktiken wie der Pflege des Skateplatzes und der Unterstützung Jüngerer bei Reparaturen oder dem Erlernen neuer Tricks. Obwohl diese Tätigkeiten soziale Verantwortung und lokale Verwurzelung widerspiegeln, erfährt die Gruppe außerhalb der eigenen Peer-group kaum Anerkennung für ihr Engagement. Das Skaten fungiert als identitätsstiftender und sozialer Raum, in dem Unterstützung, Respekt und Egalität zentrale Werte darstellen. Dennoch bleibt diese Engagementpraxis gesellschaftlich weitgehend unsichtbar. Dies zeigt sich besonders in zwei zentralen Erfahrungen: dem Jugendengagementpreis und dem Versuch der Mit- und Umgestaltung des Skateplatzes.

Die Gruppe hatte sich mit ihrem Einsatz für den Skateplatz für einen Jugendengagementpreis beworben, erhielt jedoch trotz Einladung zur Preisverleihung keine Auszeichnung. Die Jugendlichen interpretieren dies als Ausdruck mangelnder gesellschaftlicher Wertschätzung für ihre Form des Engagements. Jonas schildert die Veranstaltung als eine, bei der sie sich als Gruppe *„fehl am Platz gefühlt“* (GD Skater, Z. 295) haben. Er kritisiert, dass vor allem *„linksversifft“* (GD Skater, Z. 347) – ein Terminus des rechten Populismus – Themen im Vordergrund standen, während ihr eigener *„Bereich“* (Z. 348) ignoriert wurde: *„Aber im Endeffekt, wir müssen ja nicht mal Erster werden, aber es ging einfach darum, dass wir vielleicht mal ein bisschen Ansehen kriegen“* (GD Skater, Z. 356–357). Diese Erfahrung verweist auf Vorstellungen der Jugendlichen darüber, welche Formen des Engagements gesellschaftlich anerkannt werden und welche unsichtbar bleiben.

Darüber hinaus ist die Gruppe aktiv in die Instandhaltung und Gestaltung des Skateplatzes involviert, hat jedoch keine offiziellen Mitspracherechte. Mehrere Versuche, mit der Stadtverwaltung in den Dialog zu treten und Bedarfe anzumelden, blieben erfolglos. Dies führt vor dem Hintergrund der eigenen Lebensrealität zu einer wachsenden Distanz und zunehmendem Misstrauen gegenüber politischen Strukturen. Insbesondere Jonas und Alex, die Hauptsprecher der Gruppe, äußern wiederholt eine ‚die-darüber‘-Kritik und ein tiefes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen, in denen sie keine Personen repräsentiert sehen, die ihre lebensweltlichen Erfahrungen teilen. Besonders prägnant wird dies in rechtspopulistischen Aussagen wie *„Deutschland schafft sich ab“* (GD Skater, Z. 941), die sie im Zusammenhang mit ihrer Wahrnehmung eines ineffektiven Rechts- und Staatssystems verwenden. Auch wenn solche Aussagen, die von allen in

der Gruppe getätigt oder bestätigt werden, klare Bezüge zu rechtspopulistischen Diskursen aufweisen, so scheinen sie eher Ausdruck eines affektiven Protests zu sein, der sich aus alltäglichen Erfahrungen von Missachtung, Ausgrenzung und Entwertung speist. Die Äußerungen fungieren als symbolische Artikulationsform einer gefühlten Ungleichbehandlung, ohne dass diese Positionen ideologisch gefestigt sind.

Der Staat wird von der Gruppe grundsätzlich als Ordnungsmacht anerkannt, zugleich aber als überfordert und inaktiv erlebt – dies gilt auch in Bezug auf die Polizei, die vor dem Hintergrund von Problemen vor Ort als untätig beschrieben wird. Diese Wahrnehmung führt zu kollektiv geteilten Gefühlen von Machtlosigkeit und Frustration über das politische System. Die sich dokumentierende demokratieskeptische Haltung der Gruppe ist nicht nur ein Ausdruck individueller Enttäuschung, sondern verweist auf einen strukturellen Zusammenhang zwischen mangelnden Anerkennungserfahrungen, prekären Lebensverhältnissen und eingeschränkten Teilhabechancen.

Die Gruppendiskussion der Skatergruppe verdeutlicht, wie informelles Engagement in marginalisierten sozialen Räumen häufig unsichtbar bleibt und nicht als gesellschaftlich relevantes Handeln gesehen wird (Walther 2023). Zwar erfahren die Jugendlichen innerhalb ihrer Peergroup und im sozialen Nahfeld des Skateplatzes Anerkennung, was zur Folge hat, dass das Engagement der Gruppe zumindest aufrechterhalten wird. Soziale Wertschätzung (Honneth 1994) im gesellschaftlichen Kontext bleibt ihnen jedoch weitgehend verwehrt – und das, obwohl ihre Engagementpraktiken zentrale Elemente sozialer Verantwortung enthalten. Diese fehlende Anerkennung berührt nicht nur die gesellschaftliche Sichtbarkeit, sondern auch ihr Selbstverhältnis: Die wiederholte Nichtbeachtung durch Institutionen und politische Entscheidungsträger:innen erschüttert die Erfahrung, gehört zu werden, und untergräbt die Erwartung, durch Engagement etwas bewirken zu können. Die politische Frustration lässt sich als Ausdruck eines subjektiven Leidens an fehlender Anerkennung deuten, das sich in Affekten wie Wut, Resignation und symbolischer Selbstaufwertung äußert. Ihre Kritik verweist auf gesellschaftliche Anerkennungsstrukturen und auf das Erleben, mit ihrem Engagement außerhalb dieser zu stehen.

3.2 „Jede Demo ist für uns schon so ein kleiner Erfolgsmoment wenn wir sehen okay wir haben noch Rückhalt irgendwo in der Gesellschaft“ – Fridays for Future (FFF)

Die FFF-Gruppe besteht aus drei Jugendlichen aus Mittelschichtsfamilien, die sich in einer lokalen Ortsgruppe engagieren. Ihr Engagement zeichnet sich durch Eigeninitiative und Selbstorganisation aus, wobei regelmäßige (Online-)Treffen und die Planung von Protestaktionen zentrale Praktiken sind. Die Gruppe ist in Strukturen eingebunden, die ihnen ermöglichen, sich sowohl lokal als auch als Teil einer globalen Bewegung zu engagieren. So erfährt die Gruppe in bestimmten Momenten Formen gesellschaftlicher Anerkennung, etwa durch mediale Sichtbarkeit, Rückhalt durch Elterninitiativen oder lokale Unterstützungsnetzwerke. Gleichzeitig bleibt diese oft symbolisch und unverbindlich.

Zugleich machen die Jugendlichen trotz ihrer kontinuierlichen Aktivitäten auch Erfahrungen von Nicht-Anerkennung ihres Engagements. Besonders im schulischen Umfeld berichten sie von mangelnder Wertschätzung für ihr Engagement und sogar dem Verbot für FFF zu werben:

[I]ch würd auch sagen dass Schule bisschen so unterdrückt was man sozusagen hier für Fridays for Future macht also zum Beispiel auch an meiner Schule ähm unser Schulleiter hat uns verboten Plakate aufzuhängen oder Sticker [...] man ist fast schon gezwungen das so n bisschen zu verstecken //I: hm// und auch im Unterricht hat man wenig Ansatzpunkte um über Klima zu reden oder (.) dass man sich als Klasse irgendwie mal über was informiert oder w- zu nem Streik geht. (GD FFF, Z. 887–893)

Die geschilderte Erfahrung verweist auf eine institutionelle Delegitimierung des Engagements, insbesondere durch subtile Praktiken der Unsichtbarmachung im Raum Schule. Die Jugendlichen erleben, dass ihre politische Praxis nicht in schulische Anerkennungslogiken integriert wird, sondern ihnen gar entgegensteht. Ihr Engagement wird damit schulisch nicht nur nicht unterstützt, sondern geradezu abgewertet – ein deutlicher Widerspruch zum Anspruch auf Schule als demokratischem Lernort. Damit zeigt sich eine weitere Facette symbolischer Missachtung, die auf strukturelle Ausschlüsse innerhalb alltäglicher Institutionen verweist und den Jugendlichen das Gefühl vermittelt, ihr Engagement „verstecken“ zu müssen.

Ein wiederkehrendes Thema ist die Ignoranz politischer Entscheidungsträger:innen gegenüber den Forderungen der Bewegung. Die Jugendlichen schildern, dass sie trotz Protesten und Forderungskatalogen politisch kaum

wahrgenommen werden. So werden ihre Anliegen zwar gehört, aber letztendlich nicht ernstgenommen. Diese Erfahrungen verweisen auf eine zentrale Spannung im Anerkennungsgeschehen: Sichtbarkeit bedeutet nicht automatisch Wirksamkeit. In dieser Diskrepanz zwischen symbolischer und substanzieller Anerkennung verdichtet sich ein spezifisches Anerkennungsdefizit, das die Selbstbeziehung der Jugendlichen irritiert und ihr politisches Handeln herausfordert.

Anders als die Skater, die aufgrund fehlender Anerkennung ein Gefühl von Ohnmacht gegenüber politisch-institutioneller Macht entwickeln, reagiert die FFF-Gruppe mit Widerstand: Sie zieht sich nicht zurück, sondern intensiviert ihren Protest, organisiert weiterhin Demonstrationen und sucht gezielt öffentliche Aufmerksamkeit, um politischen Druck auszuüben. Diese widerständige Praxis geht einher mit einer reflektierten Skepsis gegenüber politischen Institutionen und Akteur:innen. Die Jugendlichen äußern wiederholt Zweifel daran, dass politisch Verantwortliche tatsächlich bereit sind, weitreichende Veränderungen umzusetzen:

[D]as ist auch so eine große Hürde für viele vor allem auch in der Politik weil wenn man jetzt sagt okay [Name der Stadt] wird eine autofreie Stadt dann verliert man halt eben seine Wähler und das ist für so einen Bürgermeister bestimmt auch nicht das was er sich @vorstellt@. (GD FFF, Z. 769–772)

Hier artikuliert sich ein kritisch-politisches Bewusstsein, das politische Entscheidungsprozesse als interessengeleitet und blockiert wahrnimmt. Die Jugendlichen zeichnen ein Bild von Politiker:innen, die nicht dem Gemeinwohl verpflichtet sind, sondern dem eigenen Machterhalt – ein Vorwurf, der ihre Entschlossenheit zur politischen Selbstermächtigung weiter verstärkt. Die Jugendlichen sehen sich als politische Akteur:innen, die nicht nur Forderungen stellen, sondern aktiv versuchen, gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.

Die FFF-Gruppe verkörpert ein anderes Verhältnis zur Erfahrung fehlender Anerkennung: Die fehlende Anerkennung im sozialen Nahraum der Schule und lokalen Politik mündet hier nicht in einem Rückzug, sondern in einer Forcierung der Proteste. Dadurch wird deutlich, dass der Umgang mit fehlender Anerkennung auch von der jeweiligen Gruppenkultur, den Möglichkeiten der Vergemeinschaftung sowie der Milieueinbindung abhängt. Umweltaktivismus ist – das zeigt sich auch in diesem Fall – besonders in bildungsorientierten Familien verbreitet: Während Umweltbesorgnis milieuübergreifend ist, engagieren sich Menschen mit höheren

Bildungsabschlüssen stärker politisch und kennen die Spielregeln des Politikbetriebs besser (Kewes et al. 2025: 103). Die FFF-Jugendlichen erleben trotz Frustrationen immer wieder Momente der kollektiven Bestärkung, die es ihnen ermöglichen, ihr Engagement aufrechtzuerhalten und weiter für ihre Anliegen zu kämpfen.

Dabei zeigt sich eine doppelte Dynamik von Anerkennung und Missachtung. Einerseits erfahren die Jugendlichen durch gemeinsame Aktionen, gelingende Organisation und Resonanz im sozialen Umfeld bedeutsame Formen von Anerkennung, die zur Ausbildung einer politischen Identität und einer reflektierten Beziehung zum eigenen Handeln beitragen. Diese Erfahrungen stärken ihr Selbstverständnis als politische Subjekte und stützen ihr kontinuierliches Engagement. Andererseits stoßen sie dort an Grenzen, wo ihre Anliegen von politischen Institutionen ignoriert oder vereinnahmt werden. Anerkennung schlägt in diesen Kontexten in symbolische Entwertung um: Die Jugendlichen erleben, dass ihr Engagement zwar öffentlich sichtbar, aber politisch nicht wirkmächtig ist. Diese Kluft verweist auf selektive Anerkennungsordnungen, in denen bestimmte Formen jugendlichen Engagements zwar toleriert werden, ihre Anliegen aber nicht ernsthaft in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. In dieser Ambivalenz wird deutlich, dass die Stabilität von Engagement nicht nur von persönlicher Überzeugung abhängt, sondern wesentlich durch gesellschaftliche und politische Anerkennungsbedingungen getragen wird.

4. Diskussion und Fazit

Jugendliches Engagement zeigt sich in beiden Fällen nicht nur als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe, sondern ist eng mit Erfahrungen von (Nicht-)Anerkennung verknüpft. Die Jugendlichen erhoffen sich durch ihr Engagement Sichtbarkeit, Einfluss und Anerkennung, sind jedoch nicht selten mit Missachtung, Ignoranz oder institutioneller Gleichgültigkeit konfrontiert. Engagement ist kein neutraler Erfahrungsraum, sondern auch Ort gesellschaftlicher Zumutungen, Asymmetrien und Entwertungen.

Im Anschluss an Honneths Anerkennungstheorie lässt sich differenzieren, dass die Jugendlichen in ihren jeweiligen Kontexten unterschiedliche Anerkennungsformen adressieren und jeweils spezifisch scheitern. Die Skater streben primär nach sozialer Wertschätzung für ihr Engagement im Nahraum. Diese bleibt jedoch aus: Ihr Engagement wird nicht als legitimer gesellschaftlicher Beitrag anerkannt, sondern bleibt unsichtbar. Die FFF-Ju-

gendlichen dagegen artikulieren ihr Engagement stärker im politischen Raum und erwarten eine Form institutioneller Bestätigung. Sie zielen auf die Ebene rechtlicher und moralischer Anerkennung, erfahren aber auch hier eine Kluft zwischen öffentlicher Sichtbarkeit und realer Wirksamkeit. In beiden Fällen fehlen letztlich gesellschaftliche Resonanzräume, die das Engagement anerkennen und politisch rückbinden.

Diese Anerkennungsdefizite bilden nicht nur individuelle Enttäuschungserfahrungen, sondern können – wie bei der Skatergruppe – den Zugang zur politischen Subjektwerdung erschweren. Wenn Jugendlichen die Rückmeldung versagt bleibt, dass ihr Handeln zählt, wird ihnen nicht nur symbolisches Kapital entzogen. Ihnen wird eine zentrale Voraussetzung vorenthalten, um sich als politische Subjekte konstituieren zu können. Engagement bedarf daher nicht nur persönlicher Motivation, sondern auch institutioneller Rahmenbedingungen, die Resonanz erzeugen, Sichtbarkeit sichern und vielfältige Anerkennungsformen ermöglichen. Gerade informelle Engagementpraktiken laufen Gefahr, in öffentlichen Diskursen nicht als solche erkannt oder abgewertet zu werden – obwohl sie für die Jugendlichen biografisch und sozial bedeutsam sind.

Zudem wird deutlich, dass Engagement nicht nur als bereichernd erlebt wird, sondern Verletzbarkeit beinhaltet (Kewes et al. 2025: 173). Vor dem Hintergrund, dass Engagierte Orte oder Themen verändern wollen, die ihnen viel bedeuten, kann fehlende Anerkennung „Leiden“ (Taylor 1993) in Form von Enttäuschung und Frustration verursachen. Für zukünftige Forschung stellen sich damit zwei Fragen: Unter welchen Bedingungen gelingt Anerkennung im Kontext jugendlichen Engagements und welche institutionellen, kulturellen oder sozialen Voraussetzungen sind dafür notwendig? Zudem wäre zu untersuchen, wie Jugendliche jenseits formalisierter Beteiligungsangebote eigene Anerkennungsräume schaffen. Schließlich wirft der Beitrag die grundsätzliche Frage auf, ob und wie demokratische Gesellschaften bereit sind, jugendliches Engagement nicht nur symbolisch zu affirmieren, sondern auch strukturell ernst zu nehmen.

Literaturverzeichnis

- Balzer, Nicole (2014): Spuren der Anerkennung. Studien zu einer sozial- und erziehungswissenschaftlichen Kategorie. Wiesbaden.
- Bohnsack, Ralf (2021): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 10. Aufl. Opladen/Toronto.

- Deutscher Bundestag (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf> (1.3.2025).
- Fromm, Sabine; Rosenkranz, Doris (2019): Unterstützung in der Nachbarschaft. Struktur und Potenzial für gesellschaftliche Kohäsion. Wiesbaden.
- Funk, Christian; Scholten, Lisa (2022): Engagementprofile in formalisierten und informellen Settings. In: Gille, Christoph; Jepkens, Katja (Hrsg.): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Voluntaris Sonderband. Baden-Baden, S. 123–138.
- Gille, Christoph (2024): Ungleichheit und Ausschlüsse. Engagement als Ausdruck und Treiber gesellschaftlicher Ungleichheit. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, S. 147–160.
- Grunert, Cathleen (2022): Qualitative Forschungsmethoden in der Kindheits- und Jugendforschung. In: Krüger, Heinz-Hermann; Grunert, Cathleen; Ludwig, Katja (Hrsg.): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung. Wiesbaden, S. 321–361.
- Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/Main.
- Honneth, Axel (2004): Antworten auf die Beiträge der Kolloquiumsteilnehmer. In: Halbig, Christoph; Quante, Michael (Hrsg.): Axel Honneth: Sozialphilosophie zwischen Kritik und Anerkennung. Münster, S. 99–121.
- Kausmann, Corinna; Kelle, Nadiya; Simonson, Julia (2021): In welchen Formen engagieren sich Menschen? Typisierung des freiwilligen Engagements in Deutschland. In: Voluntaris, 9. Jg., Heft 2, S. 263–279.
- Kewes, Andreas; Müller, Moritz; Munsch, Chantal (2025): Engagement im Zwiespalt. Erfahrungen ehemaliger Engagierter in Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Sportvereinen und Umweltinitiativen. Weinheim/Basel.
- Munsch, Chantal (2007): Bürgerschaftliches Engagement und soziale Ausgrenzung. In: Lallinger, Manfred; Rieger, Günter (Hrsg.): Repolitisierung Sozialer Arbeit. Rottenburg-Stuttgart, S. 121–132.
- Reinhold, Gerd (2000): Soziologie-Lexikon. München.
- Röhr, Henning; Ricken, Norbert (2020): Anerkennung. In: Weiß, Gabriele; Zirfas, Jörg (Hrsg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungsphilosophie. Wiesbaden, S. 513–526.
- Schütz, Julia (2023): Soziale Anerkennung. <https://www.socialnet.de/lexikon/Soziale-Anerkennung> (10.7.2025).
- Schwanenflügel, Larissa von (2015): Partizipationsbiographien Jugendlicher: zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit. Wiesbaden.
- Simonson, Julia; Nadiya Kelle; Corinna Kausmann; Clemens Tesch-Römer (Hrsg.) (2022): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>.
- Taylor, Charles (1993): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Frankfurt/Main.

Walther, Andreas (2023): Politisierung und Partizipation im Jugendalter als relationale Übergangspraxis im Kontext des Politischen. In: Dahmen, Stephan; Demir, Zeynep; Ertugrul, Baris; Kloss, Daniela; Ritter, Bettina (Hrsg.): Politisierung von Jugend. Weinheim/Basel, S. 24–43.

Die kleinen Dinge: Ist die Aushandlungs- und Interaktionspraxis in jugendlichen Peergroups über Musikrezeption schon Engagement?

Ninja Bandow¹

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht, ob alltägliche Aushandlungsprozesse in jugendlichen Peergroups über Musikrezeption bereits als engagiertes Handeln verstanden werden können. Ausgehend von einem weiten Engagementbegriff fokussiert die Analyse auf „stille Engagementformen“ in informellen Kontexten. Anhand einer qualitativen Studie mit 12 Gruppendiskussionen junger Rap-Rezipient*innen werden deren Aushandlungsprozesse mittels dokumentarischer Methode analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass beim Sprechen über Musikgeschmack bereits gesellschaftspolitische Normen und Werte verhandelt werden. Die entwickelte sinngenetische Typenbildung identifiziert vier verschiedene Relationierungspraktiken zur (Um-)Welt, von denen zwei exemplarisch vorgestellt werden. In der Rezeption zeigen sich Teilhabe und Mitgestaltung an sozialer Welt, welche die Auslotung der Grenzen des Engagementbegriffs anregen können.

Schlagwörter

Jugendkultur; Musikrezeption; Peergroups; Aushandlungsprozesse; politische Sozialisation

1. Einleitung²

Der Begriff des Engagements wird oft normativ gefasst, indem ein stark ausgeprägter Öffentlichkeitsbezug als Voraussetzung für die Anerkennung des Engagements betont wird. Diese enge Definition wird zunehmend kritisiert, da sie „stille Engagementformen“ (Klee 2010: 74), etwa in kleinen Gemeinschaften wie Peergroups oder in nachbarschaftlichen Kontexten, unsichtbar macht (Klie et al. 2016: 44). Dieser Beitrag verdeutlicht anhand von eigenem empirischem Material, wie relevant alltägliche Aushandlungsprozesse sind und inwiefern durch die unterschiedlichen Bezugnahmen zur

1 M. A., Zentrum für Schul- und Bildungsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, wissenschaftliche Mitarbeiterin, ninja.bandow@zsb.uni-halle.de.

2 Ich danke Andreas Kewes für die konstruktiven Hinweise und wertvollen Anregungen zur Überarbeitung dieses Beitrags.

sozialen Umwelt gemeinsame Anfänge zum Handeln und Sprechen gesetzt werden (Arendt 2008: 33). Im Zentrum steht dabei die konkrete Frage, ob bereits Musikrezeption eine Form von Engagement sein kann.

Der Beitrag stellt Zwischenergebnisse meines Dissertationsprojekts zur Musikrezeption junger Erwachsener vor. In diesem soll das normative Verständnis von dem, was Engagement ist und was als legitime Form von Engagement gilt, auf empirischer Basis neu ausgelotet werden. Das Projekt schließt an bereits bestehende Arbeiten zu jugendkulturellen Ausdrucksformen an, welche künstlerisch-ästhetische Weltzugänge als Teil der Zivilgesellschaft und somit auch als demokratischen und politischen Lernort begreifen (Klee 2010; Mengilli 2023; Wächter 2011). Es beleuchtet die Relevanz von Musikrezeption für die politische Sozialisation im Jugendalter.

Das in diesem Beitrag reflektierte empirische Material zeigt, dass junge Erwachsene bereits beim Sprechen über Geschmackspräferenzen (gesellschaftspolitische) Normen und Werte verhandeln. Die rekonstruktiven Ergebnisse der Studie verweisen darauf, dass sich in dem Ringen um Deutungen konstituierende Elemente symbolischer Ordnung dokumentieren. Diese Auslotung der Grenzen des Normativen in unserer Vorstellung über Engagement diskutiert der Beitrag vor dem Hintergrund der Trennung politischer Handlungsfelder (Marchart 2013). Seine Ergebnisse können für eine Debatte um Normativitäten beim Engagementbegriff fruchtbar gemacht werden, denn sie verdeutlichen, dass jegliche Aushandlung ein Teilhaben und Mitgestalten von Welt ist (Arendt 2008).

2. Engagiertes Alltagshandeln in jugendkulturellen Kontexten

Die Engagementdefinition der Enquete-Kommission bezeichnet Engagement als Tätigkeiten „die freiwillig, unentgeltlich oder gegen geringe Aufwandsentschädigung, öffentlich und gemeinschaftlich ausgeübt werden sowie gemeinwohlorientiert sind“ (Pohlgeers 2021: 7). Diese Ansammlung von Attributen macht das Verstehen des Begriffs Engagement nicht leichter, denn auch sie müssen ausgedeutet werden (Gille et al. 2024). Unscheinbare Praktiken in Peergroups oder nachbarschaftlichen Kontexten bleiben hier weitgehend unbeachtet (Klie et al. 2016: 44). Hinzu kommt, dass sich insbesondere marginalisierte Gruppen häufig in informellen Kontexten engagieren. Ein (zu) enger Politik- und Engagementbegriff privilegiert bestimmte Formen des Engagements und führt gleichzeitig zur Unsichtbarkeit anderer Formen. Nicht nur jugendkulturelle Praktiken, sondern auch

Interaktionspraktiken als „Grundeinheiten der sozialen Ordnung“ (Lenz/Hettlage 2022: 12, Sp. 1) bilden einen zentralen Anknüpfungspunkt für informelle Kontexte von Engagement.

In Anschluss an den Dritten Engagementbericht (BMBFSJ 2020) stellt Grunert (2022) digitale Handlungspraktiken, wie das Liken von Beiträgen auf Social Media, als legitime Möglichkeiten der Bezugnahme auf politische und gesellschaftliche Themen heraus. In Bezug auf Margetts et al. (2015) benennt sie diese Praktiken als „tiny acts“ (politischer) Partizipation (Grunert 2022: 77). Sie verweist damit auf ein weites Verständnis von Partizipation, das sich auch in Studien zur politischen Sozialisation im Jugendalter wiederfindet (Nohl 2022; Wächter 2011). Partizipation wäre in diesem Sinne bereits engagiertes Handeln, weil es eine sorgende Haltung (Caring) der handelnden Akteur*innen bezüglich ihres direkten sozialen Umfeldes oder auch der anonymen sozialen Umgebung z. B. in Online-Communities bedeuten kann. Entsprechend arbeitet auch Bücken (2024) heraus, dass ‚Caring‘ und Engagement eng miteinander verbunden sind.

Politische Theoretiker*innen wie Marchart (2013) kritisieren eine rigide Trennung politischer Handlungsfelder. Marchart nimmt dabei Anschluss an französische Theoretiker*innen wie Lefort und Gauchet (1990). Diese führen neben dem Begriff ‚der Politik‘ als institutionalisierter Ebene des Politischen auch ‚das Politische‘ ein. Das Politische meint politisches (Alltags-)Handeln, welches gleichsam konstituierende Momente der Gesellschaft impliziert. Die Argumentation für einen weiten Politikbegriff zeigt sich dabei homolog zu jener für den Begriff des Engagements.

Eine Brücke zu einem weiten Engagementverständnis können auch die Theorien Hannah Arendts (2008) sein. Politisch sei, wenn Menschen in Aushandlung treten und gemeinsam Bedeutung schaffen (Arendt 2008). Gerade informelle, alltägliche Aushandlungsprozesse sind unter dieser Definition zentral für eine lebendige und wehrhafte Demokratie. Unabhängig davon, dass politische Sozialisation und auch Engagement nicht erst in formalen Settings stattfinden, werden gerade in Peerkontexten wichtige Fähigkeiten entwickelt, welche auf der Aushandlung in einer Gruppe fußen. Die Peergroup erscheint dabei als Raum, in dem das Einnehmen unterschiedlicher Perspektiven erprobt, Argumentationsfähigkeit eingeübt und auch Selbstwirksamkeit erfahren werden kann (Rieker 2020). Die Partizipation in peerkulturellen Zusammenhängen ist somit ein wichtiger Raum für Engagement.

3. Forschungsdesign

Das übergreifende Dissertationsvorhaben beleuchtet die Relevanz von Musikrezeption für die politische Sozialisation im Jugendalter. Im vorliegenden Beitrag fokussiere ich die „tiny acts“ des Politischen und auch des Engagements. Diese werden im Diskurs über die Grenzen des Engagementbegriffs in ihrer Bedeutung abgewertet bzw. auch als unpolitisch beschrieben, obwohl ihr Einfluss auf den alltäglichen Austausch und somit auch die tägliche Herstellung von Bedeutungen enorm ist. Die nachfolgende Analyse betrachtet nicht (nur) die textliche Ebene der Musiktitel, sondern nimmt den Zusammenhang zwischen Habitus und Musikrezeption in ihrem interaktiven Aushandeln von Normen und Werten, welche in Bewertungen und Geschmacksurteilen liegen, in den Fokus. Diese Aushandlungen „in actu“ bedürfen eines „lebensweltlich-orientierten“ Engagementbegriffs.

Im Rahmen einer qualitativ-rekonstruktiven Studie wurden 12 Gruppendiskussionen mit jugendlichen Peergroups aus Deutschland geführt, die Rapmusik hören. Dabei wurden die Jugendlichen in offenen, leitfadengestützten Gruppendiskussionen gebeten, eine Playlist mit ihren präferierten Musiktiteln aufzustellen und diese zu diskutieren. Das empirische Material wurde mittels dokumentarischer Methode (Bohnsack 2021) ausgewertet. Die Peergroups wurden teils über Rap-/HipHop-Konzerte und Festivals akquiriert. Gut die Hälfte des Samples wurde aufgrund der Coronabeschränkungen online in thematisch nahen Foren oder auf Social Media angeworben.

Das Ergebnis der Analyse ist eine sinngenetische Typenbildung der Musikrezeption, welche die Normierungen des Alltags (Amling 2015: 290) in Peergroups untermalt und die unterschiedlichen Spielarten des Weltbezugs behandelt. Darüber hinaus fokussiert die Typenbildung alltägliche Aushandlungen in Peergroups und deren Interaktionen. Die kollektive Hervorbringung von Geschmacksurteilen und Distinktionen (Bourdieu 1982: 201), so ein Ergebnis der Studie, bildet eine zentrale Grundlage für die Versicherung über Normen und Werte. Damit verweist sie auf die Ausübung symbolischer Gewalt und symbolische Grenzziehungen (Berli 2014: 91).

4. Empirische Ergebnisse

In einem ersten Schritt wurden die zentralen Orientierungen der jugendlichen Peergroups in drei Dimensionen kategorisiert: Musikpraxis (insbe-

sondere Musikrezeptionspraxis), politische Orientierungen und Interaktionspraxis. Die übergreifende Frage „Was ist relevant beim Musikhören?“ ermöglicht Rückschlüsse auf Präferenzen und Positionierungspraktiken. Bei der Musikrezeption stehen Geschmacksurteile im Zentrum, die eng mit dem Habitus verbunden sind. Die politischen Orientierungen umfassen Aspekte der Weltanschauung und geben Antworten auf gesellschaftliche Gestaltungsfragen. Neben dem relationalen Bezugsrahmen (Ich-Bezug, Gemeinschaftsbezug, vielfältige und ideologische Bezugsräume) wird besonders die Diskursorganisation fokussiert. Im Anschluss an Arendt (2008) werden der Aushandlungsprozess und das Sich-Positionieren als Teile der politischen Orientierung untersucht.

Zentral für die Analyse waren dabei die Eingangspassagen der Gruppendiskussionen, in denen kollektiv bindende Entscheidungen am Beispiel des Playlistentwurfs getroffen werden sollten. Dabei verweist die Gruppeninteraktion auf die Primordialität³ der Sozialisation (Bohnsack 2021: 89). Der Aushandlungsprozess, welcher auf den Stimulus folgt, entfaltet eine organisierte Praxis, die in der Basistypik fokussiert wird und neben den Vergleichsdimensionen der politischen Orientierungen und der Musik(rezeptions)praxis die Basis für die komparative Analyse bildet. Das Tertium Comparationis – das Verhältnis zur Welt und die Aushandlung zwischen Normen und eigenen Werten – bildet die Grundlage für die Basistypik.

4.1 Sinngenetische Typenbildung: Kollektive Orientierungsrahmen⁴ im Spiegel der Aushandlung musikalisch-politischer Selbst-Welt-Bezüge

Der Vergleich der Fälle vor dem Hintergrund des Tertium Comparationis – der Wege der Herstellung von Beziehung zur (sozialen Um-)Welt – macht deutlich: Das Muster des Ins-Verhältnis-Setzens verläuft homolog über die Dimensionen Musikrezeption, politische Praxis und Interaktionspraxis. Im weiteren Abstraktionsprozess der sinngenetischen Typenbildung zeigen sich vier Typen, die Aufschluss über den Zusammenhang zwischen der

3 Primordialität meint hierbei die Betonung konjunktiver Erfahrungsräume und ihrer Bedeutung für Sozialisation im Gegensatz zu Wissensformen, die auf der kommunikativen Ebene vorliegen.

4 Der Begriff des kollektiven Orientierungsrahmens verweist auf ein geteiltes, implizites Wissen, welches Wahrnehmung, Deuten und Handeln strukturiert. Der Begriff verweist auf eine über den Einzelfall hinausgehende habitualisierte Praxis, die sich in gemeinsamen Erfahrungswelten ausdrückt (Bohnsack 2017: 54–56.).

Rezeptionspraxis von Rap-Hörenden und ihrer Politisierung geben. Im Folgenden werden zwei Typen exemplarisch vorgestellt.

Typ 1: ICH – konkurrierend-singuläre Relationierungspraxis zur (Um-)Welt

Der Typ ICH verfolgt eine konkurrierend-singuläre Relationierungspraxis zur (Um-)Welt, wobei die Musikrezeption durch eine kognitiv-reflexive Handlungspraxis geprägt ist. Hierbei dokumentieren sich auch Lernorientierungen, die sich durch die Arbeit an sich selbst manifestieren. Aushandlungsprozesse erfolgen überwiegend in inkludierenden Modi, sind jedoch oft parallel und vor allem antithetisch geprägt. Die antithetische Diskursorganisation verweist auf singuläre Einstellungen, die gegeneinander verhandelt werden (müssen). Dabei werden eigene Entwürfe denen der anderen entgegengestellt (Konkurrenz). Dies zeigt sich beispielhaft in der Eingangssequenz des Falls Dattel⁵:

Aw: mmh:: (.) denn müssen wir uns jetzt absprechen ne?

Bw: nö müssen wa nich w-wir sind ja zusammen; das is=ja ne playlist die wir beide erstellen also mal was von dir, was von mir,

Aw: okay (.) wer fängt an?

Bw: du vemut ich wenn du direkt was (.) ausm fff hast

(Fall Dattel Z. 5–10)

Die musikalischen Orientierungsweisen des ICH-Typs zeigen einen emotional-singulären (Fall Dattel) oder einen technokratischen (Fall Apfel) Zugang. Beide stabilisieren Selbstentwürfe gegen gesellschaftliche Normen und werden als widerständige Praxis mit besonderem Musikgeschmack inszeniert. Der kognitiv-reflexive Zugang und das betonte Kontextwissen lassen eine selbstbezogene Lernorientierung erkennen. Da die Musiktitel als wertkongruent wahrgenommen werden, fungiert Musik als geschützter Fluchtraum für eine harmonische Selbstentfaltung abseits normativer Ansprüche.

Aw: [...] also ich arbeite selber auch im büro und les am tag gefühlt bestimmt (.) 100 bis 200 mails telefonier 60 mal und so und ich merk das (.) dass das auch schon an mir zehrt und da will ich dann den vibe haben dass ich jetzt sage das ist jetzt wirklich ne bewusste

5 Da sich die Typenbildung noch in einem Stadium der Bearbeitung befindet, werden Bezeichnungen für die Fälle verwendet, welche noch nicht auf thematische Bezüge verweisen. Dies soll voreilige theoretische Schlüsse im Abstraktionsprozess kontrollieren.

entscheidung ich hau jetzt ne kassette rein, ich hör die wirklich von vorne bis hinten durch anstatt dass ich (.) auf youtube mir jetzt fünf tabs aufmache und mir dann überlege 'ach nee ich will lieber das lied hörn' und das macht dich ja wahnsinnig (.) ne also man züchtet sich ja gefühlt adhs an (.)

(Fall Apfel Z. 286–296)

Auch in den politischen Orientierungsmodi zeigt sich eine individualisierte Orientierung des Lernens. In Auswahl- und Entscheidungsprozessen werden individuelle Positionen konturiert, die als Gruppenkonzept im Sinne einer Collage fungieren. Im Fall Dattel steigert sich dieses Singularitätsmotiv zu einem konkurrierenden diskursiven Handeln. Fallübergreifend zeigt sich die Unterstützung ausgewählter ‚Untergrund-Künstler*innen‘ durch finanzielle und ideelle Mittel. Dies verdeutlicht den Rückzug in den jugendkulturell geprägten Mikrokosmos, da andere Formen des Engagements fehlen und das Außen als überfordernd empfunden wird. Das erworbene Wissen über Musik wird abstrahiert und zur Aufwertung der eigenen Situation als Lebensphilosophie zur positiven Überwindung von Hindernissen herangezogen. Musik wirkt als verbindendes Element in bedeutsamen Beziehungen und unterstützt bei der Bewältigung von Alltagsaufgaben und Krisen, indem sie dem als fremd erlebten Außen ausgleichend entgegengesetzt wird.

Typ 4: UNIVERSAL – universalistisch-widerständige Relationierungspraxis zur (Um-)Welt

Im Typ UNIVERSAL fällt die Musikrezeptionspraxis der Gruppen mit Gesellschaftskritik zusammen. Das kritisch-reflexive politische Selbstverständnis der Gruppen verdeutlicht sich in zahlreichen Passagen, in denen Gesellschaft und Strukturen besprochen werden. Im Kontrast dazu gibt es nur wenige Passagen, in denen persönliche Erzählungen preisgegeben werden. Diese makrostrukturelle Bezugnahme zur (Um-)Welt zeigt sich als übergreifende Handlungspraxis in den Modi der Musikorientierungen, der politischen Orientierungen und in der (Diskurs-)Organisation:

Am: ja dann lass doch lass doch (.) hier (.) Die Welt geht unter von K.I.Z nehmen; (.) is schon cool

Cm: also (.) auf jeden fall haben wir den viel gehört (.) also ich würd schon sagen dass der (2) irgendwie ne geschichte hat

Bm: das war ja auch so=n hype (2) @aber gut@

Am: ja und? das war doch=n guter song, (3)

Bm: okay @(.)@

Cm: joa (.)

Bm: einigen wir uns da drauf?

Cm: joa also von-

Bm: sollen wir das nochmal in den Chat reinschreiben?

(Fall Ananas Z. 116–127)

Die musikalischen Orientierungsweisen des Typs UNIVERSAL zeigen eine gesellschaftskritische Musikrezeption als erweiterte Ausdrucksform des politischen Selbstverständnisses. Die Musikrezeption erweitert die Handlungspraxis und wird als widerständiger Raum beschrieben, in dem Widersprüche zwischen politisch problematischen Texten und dem eigenen politisch korrekten Selbstverständnis verhandelt werden. Die Gruppen verfügen über ein breites Wissen über ‚Untergrund-Rap‘, grenzen sich vom Mainstream ab und unterscheiden klar zwischen deutschem und englischsprachigem Rap.

Cm: ja (.) und es hat auf jeden fall noch diese (.) tendenz in den den letzten jahren dass sich irgendwie mehr rapgruppen die extrem groß sind irgendwie zusammenraufen (.) und gemeinsam so ein (.) ja keine Ahnung so krass krassen indi-vibe kreieren den die dann gegen so eine gegen große große label-labelproduktion irgendwie arbeiten [...]

(Fall Grapefruit [Z. 397–402] über 102 Boyz & BHZ-Bier)

Die politischen Orientierungsmuster zeigen einen starken Bezug zur strukturellen Ebene der Gesellschaft. Nur in wenigen Fällen wird eine aktive politische Praxis durch Partei-/Gewerkschaftsmitgliedschaft oder Teilnahme an Demonstrationen beschrieben. Die wenigen Ich-Erzählungen verdeutlichen den übergreifenden Bezug der Handlungspraxis – es wird für alle gedacht, während das Selbst von kämpferischen Motiven für gesellschaftliche Veränderung geprägt ist. Vorschläge werden lange bis zum Konsens ausdifferenziert, was auf eine basisdemokratische Grundorientierung hindeutet.

Af: kunst kann quasi die perspektive verändern (...) aber halt auch erst mal aufzeigen (.) mehr oder weniger

Cm: ja und mehr muss es halt (.) vielleicht aber auch in dem moment nicht

Bm: kunst klagt halt an (2) also das ist wirklich ein punkt (.) den so kunst einfach- ja gut doch kunst klagt an (...) ich weiß nicht, ob es so ein cooler track wäre, wenn mir jemand einfach nur die ganzen vorteile

von bedingungslosem grundeinkommen einfach sagt(.) genau das ist auch so das ding

Cm: also es wäre auch als mega wack wenn irgendwie leute sagen würden „oh ja, wir brauchen unbedingt unser zwei grad klimaziel, was wir erreichen müssen“ ((gesungen))

(Grapefruit Z. 1880–1894)

Die Organisation des Diskurses ist kämpferisch und weltbezogen, mit anti-thetischen und differenzierenden Sequenzen, die in der Regel im Konsens enden. Die Aushandlung erscheint enthusiastisch mit gegenseitigem Interesse an den Meinungen der anderen. Niemand sticht als Expert*in heraus; der Diskurs verläuft gleichberechtigt. Eine Besonderheit ist die humorvoll-ironische Kommunikationsstrategie bei Irritationen, die den konjunktiven Erfahrungsraum verdeutlicht. Kritik wird offen diskutiert und angenommen. Trotz unterschiedlicher Themen zeigen die Gruppen ähnliche humoristische Umgangsformen, Weltperspektiven und eine abstrakte Diskussebene über gesellschaftliche Zusammenhänge statt Selbstreferenz.

5. Diskussion und theoretische Rückbindung

Das musikfokussierte Erhebungssetting der dargelegten Studie verfolgt zunächst die Frage, wie sich junge Erwachsene auf Rap beziehen. Die komparative Analyse und der Abstraktionsprozess der sinngenetischen Typenbildung verdeutlichen, dass der Habitus der Forschungspartner*innen handlungsleitende Orientierungen in Bezug auf Musik, auf politische Praxis und auch auf die Interaktionspraxis strukturiert. In diesem Zusammenhang konnte gezeigt werden: Musik(-rezeption) erfüllt verschiedene Funktionen für die Hörenden. In Bezug auf das vorliegende Sample beschreiben die Forschungspartner*innen auf kommunikativer Ebene Veränderungen in ihren Handlungen, die durch die Auseinandersetzung mit Musik(-kultur) angestoßen wurden.

Im Rahmen des vorliegenden Samples werden aber nicht, wie oft diskutiert (Baier und Grimm 2022), problematische Haltungen – wie Antisemitismus, Rassismus, Sexismus usw. – hervorgerufen. Anstöße durch Musikrezeption formen sich eher im Rahmen des bereits konstituierten Habitus. Haltungen werden weiter ausgeformt, dabei werden vor allem auch positive Bezüge zu den musikalischen Inhalten hergestellt. Dies kann in Anschluss an Thomsen (2019) eher als Verschiebung des Orientierungs-

gehalts betrachtet werden und nicht als Veränderung von Orientierungen per se.

Jugendkulturelle Zusammenschlüsse sind wichtige Räume für politische Auseinandersetzungen. Sowohl die Aushandlung von Normen und Werten in der Interaktion der Gruppe als auch die Bezugnahme zur Gesellschaft sind explizit politisch. Peerkulturelle Kontexte als Orte von Zusammenkünften sind somit auch Orte des Engagements. Über das Ringen von Deutungsmacht und das kollektive Hervorbringen von Geschmacksurteilen (re-)konstituiert sich nicht nur symbolische Ordnung, es wird symbolische Gewalt verhandelt und auch in Interaktion angewendet.

Dieser Beitrag plädiert für die Erweiterung des bisherigen Verständnisses politischer Sozialisation und des Engagements. Eine zu starke Trennung politischer Sphären verengt Möglichkeitsräume von Menschen und bringt verschiedene Ausprägungen von Engagement in ein hierarchisches Verhältnis. Was als gemeinnützig gilt, ist dynamisch zu sehen (Gille et al. 2024: 65–66). Theoretische Ansätze wie der von Nohl (2022), der sich auf die Politikdefinition von Nassehi (2003) stützt und Prozesse als politisch definiert, die eine kollektiv bindende Entscheidung hervorbringen, inkludieren die Betrachtung von Peergroups und ihren Aushandlungsprozessen. Auch die theoretischen Überlegungen von Arendt, Lefort und Marchart zum Begriff des Politischen stellen eine wichtige Erweiterung unseres Verständnisses von politischem Handeln und seiner konstituierenden Funktion für den gesellschaftlichen Raum dar. Dieses konstituierende Moment kann auch in Bezug auf den Engagementbegriff fruchtbar gemacht werden. Hierbei sollten Alltagspraktiken wie die untersuchten Interaktionsprozesse in Peergroups oder auch das „schlichte“ Rezipieren von Musik nicht marginalisiert, sondern mitgedacht werden – auf diese Weise lassen sich Begrifflichkeiten schärfen und Vorannahmen prüfen.

Politische Gleichheit ist ein wichtiger demokratischer Grundpfeiler (Allen 2020) und auch Engagementformen sollten vor dem Hintergrund einer gelebten Demokratie in ihrer Wertigkeit nicht in eine Hierarchie gebracht werden. Politik ist nach Arendt (2008) keine Selbstverständlichkeit und nicht der Naturzustand des Menschen. Vielmehr lebt Demokratie von Aushandlungsprozessen, auch solchen, die zunächst banal erscheinen.

Literaturverzeichnis

Allen, Danielle S. (2020): Politische Gleichheit. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2017. Berlin.

- Amling, Steffen (2015). *Peergroups und Zugehörigkeit*. Wiesbaden.
- Arendt, Hannah (2008). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. 7. Aufl. München.
- Baier, Jakob; Grimm, Marc (Hrsg.) (2022): *Antisemitismus in Jugendkulturen. Erscheinungsformen und Gegenstrategien*. Frankfurt.
- Berli, Oliver (2014): *Grenzenlos guter Geschmack. Die feinen Unterschiede des Musikhörens*. Bielefeld.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): *Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Dritter Engagementbericht. Bundestagsdrucksache 19/19320*. <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zen-trale-ergebnisse-monitor-data.pdf> (12.8.2025).
- Bohnsack, Ralf (2017): *Praxeologische Wissenssoziologie*. Opladen.
- Bohnsack, Ralf (2021): *Praxeologische Wissenssoziologie*. In: *Zeitschrift für qualitative Forschung*, 22. Jg., Heft 1, S. 87–106, <https://doi.org/10.3224/zqf.v22i1.08>.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main.
- Bücker, Teresa (2022). *Alle_Zeit. Eine Frage von Macht und Freiheit*. Berlin.
- Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): (2024). *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste*. Baden-Baden.
- Grunert, Cathleen (2022): „Tiny acts of political participation“. Zum Wandel politischer Partizipationsformen Jugendlicher in der (post-)digitalen Gesellschaft. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 68. Jg., Heft 1, S. 73–94, <https://doi.org/10.25656/01:29279>.
- Klee, Andreas (Hrsg.) (2010): *Politische Kommunikation im städtischen Raum am Beispiel Graffiti*. Wiesbaden.
- Klie, Thomas; Klie, Anna; Marzluff, Silke (2016): *Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung; zentrale Ergebnisse*. <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/115588/53875422c913358b78f183996cb43eaf/zweiter-engagementbericht-2016-engagementmonitor-2016-data.pdf> (12.8.2025).
- Lefort, Claude; Gauchet, Marcel (1990): *Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen*. In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt am Main, S. 89–122.
- Lenz, Karl; Hettlage, Robert (Hrsg.) (2022): *Goffman-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Berlin.
- Marchart, Oliver (2013): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin.
- Mengilli, Yağmur (2023): *Chillen als jugendkulturelle Praxis*. Wiesbaden.
- Nassehi, Armin (Hrsg.) (2003): *Der Begriff des Politischen*. Baden-Baden.
- Nohl, Arnd-Michael (2022): *Politische Sozialisation, Protest und Populismus. Erkundungen am Rande der repräsentativen Demokratie*. Weinheim.
- Pohlgeers, Elisabeth (Hrsg.) (2021): *Begeistert engagiert. Menschen gewinnen und motivieren*. Berlin.

- Rieker, Peter (2020): Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse in Peergroups Jugendlicher. In: Gesellschaft – Individuum – Sozialisation, 1. Jg., Heft 1, <https://doi.org/10.26043/GISo.2020.1.3>.
- Thomsen, Sarah (2019): Bildung in Protestbewegungen. Empirische Phasentypiken und normativitäts- und bildungstheoretische Reflexionen. Wiesbaden.
- Wächter, Natalia (2011): Partizipation und Jugendkultur. Zum Widerstandscharakter von Jugendkultur am Beispiel von SkateborderInnen und HausbesetzerInnen. In: Pohl, Axel (Hrsg.): Jugend als Akteurin sozialen Wandels. Veränderte Übergangsverläufe, strukturelle Barrieren und Bewältigungsstrategien. Weinheim, S. 263–286.

Wo kann man sich eigentlich wie engagieren?

Stellenwert des Biographischen in Feldern queeren Engagements

Patrick Leinhos¹

Zusammenfassung

Dieser Beitrag geht der Frage nach, inwiefern Anforderungen verschiedener Engagementfelder dortige Handlungsmöglichkeiten junger Erwachsener beeinflussen. Die Rekonstruktionen narrativer Interviews mit der dokumentarischen Methode offenbaren unterschiedliche Ausgestaltungen queeren Engagements. Das Tertium Comparationis bezieht sich dabei auf den Stellenwert des Biographischen – also darauf, wie junge Erwachsene ihre jeweiligen biographischen Themen, persönliche Belange oder Persönlichkeitsmerkmale in ihr Engagementhandeln einfließen lassen (können) bzw. diese darin zur Entfaltung kommen (können). Dabei kann ein systematischer Zusammenhang mit den jeweiligen Engagementfeldern – institutionalisierte politische Kontexte, Vereinsarbeit und Safe Spaces sowie queere Bildungsarbeit – und deren kontextspezifischen Ansprüchen und Erwartungen rekonstruiert werden.

Schlagwörter

Biographie; queer; Politik; Vereine; Bildungsarbeit

1. Einleitung

Freiwilligenberichte zeigen, dass knapp die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (je nach Operationalisierung im Alter von 14 bis 25 bzw. 29 Jahren) engagiert sind. Für verschiedene Felder wurde untersucht, welche Altersgruppen und Geschlechter sich wo und wie stark engagieren (Kausmann et al. 2017; Simonson et al. 2022). Ungleiche Engagementquoten folgen aus „ungleichen Zugangs- und Beteiligungschancen“ (Enquete-Kommission 2002: 48). Diese ergeben sich aus dem Zusammenspiel von Handlungspraktiken, Hintergründen, Ressourcen, Einstellungen und Motiven der Akteur*innen einerseits sowie gesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsstrukturen, den Rahmenbedingungen und sozialen Erwartungen der Engagementfelder andererseits. Der Einfluss und die Logiken unterschiedlicher Engagementfelder, wie sie bspw. Kewes et al. (2025) anhand

1 Institut für Pädagogik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Patrick.Leinhos@paedagogik.uni-halle.de.

von Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Sportvereinen und Umweltinitiativen rekonstruieren, werden jedoch mit Fokus auf unterschiedliche Organisationsformen bisher kaum erforscht. Für geschlechter- und sexualitätspolitisches Engagement gibt es keinerlei Ergebnisse.

Daher fokussiert dieser Beitrag am Beispiel queeren Engagements Anforderungen verschiedener Engagementfelder und fragt nicht nur, wo sich junge Erwachsene queer engagieren (können), sondern auch und vor allem, wie sie es können. Die zugrundeliegende Promotionsstudie zu queerm Engagement im jungen Erwachsenenalter (Leinhos 2024) untersucht Akteur*innen u. a. in politischen Kontexten, Vereinsarbeit sowie queerer Bildungsarbeit und fokussiert damit eher formale Formen queeren Engagements. Dazu wurden insgesamt zwölf biographische Interviews mit jungen Erwachsenen² geführt, die sich freiwillig gegen Diskriminierung und für (die Anerkennung von) Vielfalt engagieren, um Wechselverhältnisse zwischen ihren Biographien und ihrem Engagement zu analysieren. Aus diesen Analysen mit der dokumentarischen Methode (Bohnsack 2021b) werden hier der Umgang der Akteur*innen queeren Engagements mit den Anforderungen verschiedener Engagementfelder sowie die Bedeutung dieser institutionalisierten Anforderungsstrukturen für die Handlungspraxis fokussiert.

2. Stellenwert des Biographischen in unterschiedlichen Engagementfeldern

Engagementfelder können mit der Bourdieu'schen (1998) Perspektive als ‚Mikrokosmen‘ und ‚soziale Welten‘ gefasst werden, in denen in (Herrschafts-)Beziehungen miteinander verbundene Akteur*innen in ihrem Handeln auf spezifische Regelungen verwiesen sind und sie zugleich (re-)produzieren. Zum einen sind dies externe Regelungen und „Zwänge des Makrokosmos“ (Bourdieu 1998: 18) wie Gesetze, regulatorische Rahmenbedingungen oder Feldsinnerfüllungserwartungen. Zum anderen sind dies spezifische soziale Regelungen innerhalb eines Feldes, das durch Akteur*innen „und die objektiven Beziehungen zwischen ihnen“ (Bourdieu 1998: 20) konstituiert ist. Es ist die Stellung in dieser Struktur der Beziehungen, die Handlungsweisen ermöglicht oder begrenzt. In methodologischer

2 Die Interviewten befinden sich im Alter von fast 18 bis Mitte 20. Um deren Positionalität zwischen gesteigerter Autonomie und gesellschaftlichen Anforderungen zu erfassen, verwende ich den Begriff „junge Erwachsene“ (Rietzke/Galuske 2008).

Perspektive einer praxeologischen Wissenssoziologie (Bohnsack 2021a) kann die Logik sozialer Felder mit dem Begriff des Erfahrungsraumes erfasst werden. Erfahrungsräume konstituieren sich im Wechselverhältnis der Handlungspraxis der Akteur*innen und der Erwartungshaltungen, Ansprüche, Vorstellungen über ‚richtiges‘ Handeln und Rahmenbedingungen des jeweiligen Feldes.

Dieses Verhältnis von Handlungspraxis und feldspezifischen Rahmenbedingungen ist in den Interviews mit queer Engagierten unterschiedlich ausgestaltet. In Erfahrungen, die die Engagierten im jeweiligen Feld ihres Engagements gemacht haben, haben sie ein Wissen erworben, das die weitere Handlungspraxis fundiert und welches mit der dokumentarischen Methode rekonstruiert werden kann. In der Art und Weise, wie die jungen Erwachsenen ihr Engagement darstellen, dokumentieren sich die ihrer Handlungspraxis zugrundeliegenden Wissensbestände ebenso wie die durch die jeweiligen Felder bedingten Möglichkeiten und Grenzen des Engagements – hier im Hinblick auf (Un-)Möglichkeiten biographischer Involvierung. Methodisch gesprochen: In einer sinngenetischen Typenbildung werden drei Umgangsweisen des Einbringens biographischer Aspekte und der eigenen Persönlichkeit rekonstruiert. Zudem offenbart eine soziogenetische Interpretation einen systematischen Zusammenhang dieser Umgangsweisen mit dem jeweiligen Engagementfeld.

2.1 Abgrenzung gegenüber der Politisierung von Biographie, Persönlichem, Geschlechtlichkeit, Sexualität und Körperlichkeit

Ein erster Typus der Bedeutung des Biographischen im queeren Engagement dokumentiert sich in Darstellungen, die Persönliches und Engagementaktivitäten voneinander trennen.

Mira bspw. ist Vorsitzende einer queeren Arbeitsgruppe einer Partei. Ihr Engagement zielt auf die Bündelung von Interessen und das Schaffen von Mehrheiten, um Ziele durchsetzen und Themen platzieren zu können (Fokussierungsmetapher: den „*Ladn irgendwie zusamm haltn*“). In einem ent-emotionalisierten, rationalen und praktisch orientierten Modus konzentriert sie sich reflektiert auf die Sache und auf Inhalte. Homolog dazu dokumentiert sich Miras Abgrenzung von der Einbringung persönlicher und emotionaler Aspekte ins Engagement in einer Beschreibung eines Kollegen:

[U]:nd er war kein Revoluzzer, aber er war auf jedn Fall- also er is letztendlich bisschn zu nem Störenfried gewordn, in der Arbeitsgruppe 1 Partei 3, weil=er ähm (.) er=seine Emotionalität un vieles Andere nicht so kontrolliert hat dass=es öffentlichkeits-wirksam hilfreich war sondern im Gegenteil es hat uns geschadet. (Mira)

Mira erachtet die Einbeziehung persönlicher Aspekte als hinderlich, da eine übermäßige Betonung biographischer Elemente und der damit verbundenen Emotionalität die Bearbeitung des eigentlichen Themas erschwere und die Öffentlichkeitswirksamkeit beeinträchtigt. Zudem erschwere eine Vielzahl individueller Besonderheiten die Zusammenarbeit im Team und die Entwicklung mehrheitlich getragener Standpunkte: „[I]ch muss schon sogn es war sehr schwierig viele Egos sehr viele (.) [schnaubt] war nicht einfach zusamm zu arbeitn“ (Mira).

In ähnlicher Weise zeigt sich dies bei Jasmin, die ihr Engagement vor allem durch persönliche Gespräche mit Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen gestaltet. In der Thematisierung eines Gewaltverbrechens abstrahiert Jasmin persönliche Erfahrungen, analysiert strukturelle Missstände und formuliert allgemeine Forderungen.

[D]as Ding is halt ich hab (.) ähm: glaub ich so=n paar (1) Ziele so Sachen die (1) schön wärn (3) ähm: (.) die sin natürlich auch irgendwie immer weiterentwickeln also ich weiß nich (3) naja wie gesagt ich hab ja vorhin erwähnt dass irgendwie schön (.) wäre wenn man irgendwie ne intensivere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der LSBTI Community irgendwie forcieren würde damit zum Beispiel der Umgang mit solchen Hassverbrechen (2) irgendwie n bisschen (2) also damit der irgendwie besser wird. (Jasmin)

Personenbezogene Aspekte können zu politischen Inhalten, Forderungen und Themen werden, wenn sie von der individuellen Ebene losgelöst und in einen allgemeinen Kontext überführt werden. Gleichzeitig möchte Jasmin als Person mit ihren individuellen Eigenschaften, Hintergründen und ihrer Persönlichkeit nicht politisiert werden und in den öffentlichen Fokus geraten.

[D]eswegen war vielleicht auch so dieses Ding dass ich irgendwie dachte oar ich (.) will nich irgendwie (2) politisiert (1) werden in meinem Dasein also ich will nich irgendwie (3) irgendwelche Awareness Aktionen durchführen als Transperson das is so (1) boar ne (1) ne (1) also das war nie irgendwie so mein (.) mein Medium. (Jasmin)

Ähnlich ist es bei Lino, der ebenfalls einer queeren Arbeitsgruppe einer Partei vorsitzt. Im Interview sowie im Engagement verzichtet er auf eine Selbstexponierung und expliziert an keiner Stelle den queeren Bezug seines Engagements. Seine Homosexualität solle nicht (über-)betont und Sexualität dürfe nicht zum Politikum werden. Homolog zu Mira grenzt er sich von emotionalisiertem Politikhandeln ab. Beide reflektieren beobachtete emotional aufgeladene Situationen in politischen Handlungsfeldern vor dem Hintergrund biographiebezogener Erklärungsmuster.

[U]nd dementsprechend ihre Wut die sie in ihrer Prägung erfahren haben durch Diskriminierung, auf ihre heutige politische (.) äh:m ihr heutiges politisches Engagement übertragen. und das manchmal unreflektiert weil man kann natürlich (.) in Rage ganz anders Argumente vorbringen als wenn man ruhig (.) diskutiert. [...] und da sieht man auch auf Bundesebene dass die auch häufig den Tränen nah sind, wenn sie ihre politischen Forderungen einbringen. (Lino)

Die unreflektierte Übertragung persönlicher Befindlichkeiten und Emotionalität in politisches Handeln sei hinderlich für die dortige Arbeit.

Biographische Aspekte und Erfahrungen liefern zwar auch für politische Handlungsfelder einen thematischen Input, rahmen Handeln und fundieren Zielstellungen. Die Aktiven in oder an institutionalisierten politischen Bereichen grenzen sich jedoch übergreifend von der Politisierung ihrer Biographie, Erfahrungen und Hintergründe ab und verwehren sich einer personalisierten Involvierung. Persönliche Befindlichkeiten, Belange, Eigenschaften und Emotionalität werden kontrolliert, kontextentsprechend eingehegt und den Zielen angepasst. Alle Fälle fokussieren die thematische Arbeit an der Sache und empfinden das Einbringen persönlicher Belange in Prozesse politischen Engagements als hinderlich für gemeinsame Zielstellungen.

Soziogenetisch dokumentiert sich der Bezug auf institutionalisierte politische Felder. Zu den sich darin entfaltenden Erwartungshaltungen stehen die jungen Erwachsenen in Diskrepanz. Die politische Dimension queeren Engagements umfasst das Einbringen queerer Interessen sowie die Sensibilisierung für queere Inhalte in Parteien, Gewerkschaften und Gesetzgebungsprozessen. Innerhalb dieser Kontexte fungieren die Engagierten als Ansprechpersonen und zielen darauf ab, die Lebensbedingungen queerer Personen über rechtliche Aspekte und Richtlinien zu verbessern. Dazu gehört der Versuch, für diversitätssensible Forderungen Mehrheiten zu schaffen, aufzuklären und Akteur*innen zu vernetzen.

Der Stellenwert der einzelnen Person, der Biographie und von biographischen Aspekten im politischen Handlungsfeld ist sehr zentral (Leinhos/Helwig 2024). Nicht nur theoretische Überlegungen von bspw. Weber (1919/2016: 5) verweisen darauf, dass entweder personengebundene ‚Autorität‘, ‚persönliche Gnadengabe‘ oder ‚Legalität‘ zur Herrschaft legitimiert. Auch die Tatsache, dass zumeist einzelne Personen zur Wahl stehen, rückt deren Hintergründe, Biographien und persönliche Aspekte in den Fokus. Sichtbarkeit und Vergemeinschaftung pluraler und diverser Lebensrealitäten erhöhen nicht nur die Legitimität einer Demokratie (Kühnel/Willems 2017: 7), sondern das Gefühl möglicher Einflussnahme versöhnt Menschen auch mit den Entscheidungen politischer Gremien (Klatt 2012). Dazu muss medial eine quasi-persönliche Beziehung zwischen Bürger*innen und Politiker*innen aufgebaut werden. Die Erfüllung der Norm der Authentizität (Geimer/Amling 2019) der Regierenden bzw. zu wählenden Personen kann „die Regierten mit dem Regiertwerden“ (Hitzler 1992: 216) versöhnen. Mediale Darstellungen über Politiker*innen fokussieren daher oft das persönliche Leben, die Biographie und biographische Aspekte von politisch Engagierten.

Davon grenzen sich die queer engagierten Fälle, die in institutionalisiert politischen Bereichen aktiv sind, jedoch stark ab. Obwohl im Feld des Politischen kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden, ist der Stellenwert der Persönlichkeit und der Biographie der jeweils Repräsentierenden derart erhöht, dass politisch Engagierte oft mit ihren persönlichen Aspekten und Belangen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Dies steht jedoch im Gegensatz dazu, was queer engagierte junge Erwachsene in ihren Interviews als ihre Art und Weise des Engagements formulieren – sie wollen an der Sache arbeiten und Einzelschicksale zu einer gemeinsamen Position verbinden, sie wollen ihr Selbst nicht politisiert wissen und sie wollen nicht als Individuen mit ihrer Biographie für ein Thema stehen.

2.2 Instrumentalisierung des Biographischen für mehr Sichtbarkeit und die Etablierung von Safe Spaces

Ein weiterer typisierbarer Modus, wie Biographisches im queeren Engagement relevant werden kann, ist das reflexive Instrumentalisieren personenbezogener Aspekte.

Dieser Typus dokumentiert sich stellvertretend bei Noah, der in einem Sexualaufklärungsprojekt engagiert ist. Bei der Beschreibung eines Berei-

ches seines Engagements betont er, wie wichtig die Übereinstimmung der Identitätskategorien von Engagierten in den Projekten und der Zielgruppe ist.

[F]ür die Partyprävention is halt schon wär=s schon wär=s besser wenn man eigentlich halt schwule Männer dabei hätte [...] weil die oftmals sich besser in den Kontexten auskenn und ähm also grad so (2) m- man merkt oftmals dass klar die Leute die jetzt in der Verein 7 landen und da irgendwie arbeiten die: sind super offen und so aber so ne so ne äh Schwulenparty die halt dezidiert als solche ausgeschrieben da schrecken dann die meisten doch noch mal vor zurück. (Noah)

Geteiltes Wissen über Räume und Handlungsweisen erleichtere den Zugang zur Zielgruppe. Fehle dieses Wissen, gefährde das die Ziele, oder die Engagierten könnten sich in diesen Kontexten fremd fühlen. Persönliche Aspekte und biographische Verbürgung bestimmter Identitätskategorien werden somit gezielt für die Zielerreichung ‚genutzt‘.

Ähnliches dokumentiert sich in Malinas Darstellung einer Vorstandswahl in einem queeren Verein, in dem sie aktiv ist.

[Ä]hm ging=s darum n Vorstand zu wähl [...] und dann kam irgendwann das eine Moment auf von dolle s n bisschen schwierig grade weil es sind halt nur Männer vielleicht wollen wir irgendwie noch ne Quotenfrau ähm der Posten ist dann irgendwie mir zugefalln weil ich halt grad da war [...] und inzwischen denk ich mir so oh Gott wa: es is so das is halt richtig richtig problematisch dass irgendwie die Frauen in queeren Kontexten nich sichtbar genug sind um auch an solchen Machtpositionen wie Vorstände zu komm n ähm das war halt auch auf jeden Fall n krasser Moment. (Malina)

Malina berichtet, dass nach einer Reflexion der Zielstellungen und der Außenwirksamkeit des Vereins die identitätskategoriale Repräsentation von Vielfalt in dessen Strukturen nicht gewährleistet gewesen sei. Malina übernimmt die fehlende Position, setzt sich für die Sichtbarkeit von Frauen ein, kritisiert aber zugleich die strukturelle Unterrepräsentation von Frauen. Seitens des Vereins werden auch hier Identitätskategorien für die Arbeit an spezifischen Zielen in Wert gesetzt.

In den von mir geführten Interviews spielen die Dimensionen Geschlecht, sexuelle Orientierung und Alter eine zentrale Rolle. Deren Relevanz soll zwar im queeren Engagement theoretisch hinterfragt und dekonstruiert werden, sie prägen dennoch die jeweiligen Erfahrungswelten,

begründen spezifische Interessen und Zielsetzungen und werden zugleich als Motiv für die Zuweisung bzw. Besetzung von Positionen und Aufgabenbereichen reifiziert.

Beide Darstellungen basieren auf der Vorstellung, dass die Zugehörigkeit zu einer identitätsbezogenen Gruppe mit dazugehörigen Erfahrungen verbunden ist. Darüber werden dann Handlungsstrategien legitimiert. Bspw. sind auch Safe Spaces entlang identitätskategorialer Ein- und Ausschlüsse organisiert, um einen Austausch über geteilte Erfahrungen zu ermöglichen. Queertheoretisch fundierte Engagementfelder befinden sich hier in einem kontroversen Widerspruch (Groß 2017: 6–7): Einerseits werden Identitätspolitikern machtheoretisch kritisiert, andererseits sind sie Basis emanzipatorischer Bewegungen. Es ist unmöglich, etwas zu irritieren, ohne es zu markieren (Hartmann 2017: 177). Die Herausforderung besteht darin, Strukturen zu kritisieren oder zu verändern, ohne sie zu kategorisieren (Villa 2007: 182). So werden biographische Zuschreibungen in queeren Kontexten mitunter „strategisch identitätspolitisch eingesetzt“ (Schuster 2016: 149), etwa um die Sichtbarkeit queerer Lebensbedingungen und -verhältnisse, eine vielfältige Repräsentation oder sichere Räume zu gewährleisten. Die hier präsentierten Falldarstellungen und deren Handlungsweisen dokumentieren also eine Kongruenz zu den feldspezifischen Anforderungsstrukturen.

2.3 Pädagogisierung von Biographien im Engagement in Aufklärungsprojekten und Bildungsarbeit

Im dritten Typus steht der affirmative Bezug auf Biographisches im queeren Engagement im Fokus. Die Ganzheitlichkeit der Person und ihrer Biographie sowie ihr Auftreten, ihre Eigenschaften und Haltungen nehmen in diesem Modus einen zentralen Stellenwert ein. Dies dokumentiert sich sowohl auf biographischer Ebene als auch im Engagement.

Auf biographischer Ebene thematisiert bspw. Finn nach Ausgrenzungserfahrungen im Peer- und Schulkontext aufgrund seiner Homosexualität, wie er im Theater einen Umgang mit seinem Outing findet. In überspitzten Rollen macht er im übertragenen Sinne sich selbst zum Gegenstand und schafft so Sichtbarkeit für vielfältige L(i)ebensweisen. Vic hingegen klärt durch persönliche Gespräche und Interviews über ihre Sexualität und über Vielfalt auf und sensibilisiert ihr schulisches Umfeld: *„[W]ar ich quasi meine gesamte Schulzeit über die offizielle geoutete Lesbe an der Schule*

hab auch für (.) das ein oder andere Facharbeitsinterview zum Thema ist Homosexualität vererbbar hergehalten :)“ (Vic).

Diese Beispiele verdeutlichen den Stellenwert der eigenen Person für das Moment der Aufklärung und die Sichtbarmachung von Vielfalt.

Diese Momente sind homolog zu Darstellungen des Engagements in queeren Bildungsprojekten. Lukas liefert eine der umfassendsten Darstellungen des Ablaufs queerer Bildungsprojekte.

[Ä]hm das Schulprojekt ist ähm is im Prinzip Antidiskriminierungsarbeit Bildungsarbeit ähm die wir machen wir gehen an Bildungseinrichtungen [...] und sprechen mit den Kids über ähm sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentität [...] ähm genau und der Kern dieses Projektes is halt so=n bisschen dass die teamenden Personen sich alle selbst als nich heterosexuell identifizieren und zum Teil als trans identifizieren ähm sodass sie quasi dass die Schülerinnen und Schüler mit den Personen mit denen wir hier gerade sprechen auch direkt im Prinzip in Kontakt kommen und wir sind alle in der Regel unter 27 das heißt wir sind wir befinden uns rein alters-technisch, näher an den Schülerinnen und Schülern dran als zum Beispiel ihre Lehrerinnen Lehrerinnen und Lehrer ähm ähm was halt einfach so=n bisschen naja ich glaub so Hemmungen Schwellen so=n bisschen auch aufheben soll dass man irgendwie miteinander eher in Kontakt kommt über irgendwelche Sachen sprich die grade irgendwie so anliegen genau und ein jedes Projekt hat am Ende ne Fragerunde wo die Schülerinnen und Schüler uns anonyme Fragen stellen können auch sehr biographische Fragen äh sehr private Fragen ähm und die kommen dann auch also die sind halt so mega interessiert was denn halt irgendwie so unsere Lebens-läufe angeht ähm ja zum einen halt wie gesagt sehr private Fragen aber auch sehr sehr allgemeine Fragen zu Themen Sexualität auch ganz viel ähm wo echt so Handlungs- oder halt auch so Unwissen besteht so=n bisschen ähm das kommt halt alles da so dann immer wieder so=n bisschen raus und ähm genau wie gesagt es geht halt einfach darum Kontakt herzustellen Vorurteile abzubauen Leute kennenzulernen und zu sagen naja es gibt nicht irgendwie die Schwulen sondern ähm hier sitzen welche im Raum und äh wir schnacken miteinander und ähm ja verbringen halt irgendwie ne coole Zeit in den Projekten und das ist quasi der Inhalt davon genau. (Lukas)

Mit den Biographien der Teamenden, ihren Erfahrungen, ihrer Person und ihren persönlichen Belangen werden Ziele der Bildungsprojekte bearbeitet: Abbau von Diskriminierung, Sensibilisierung, Empowerment, Aufklärung und Informationsweitergabe über vielfältige L(i)ebensweisen sowie deren

Sichtbarmachung. Personenbezogene Aspekte dienen dabei als Bildungsan-
stöße und -anlässe, Bildungsgegenstände und -inhalte sowie Bildungsme-
dien und -methoden. Dabei spielt die Ganzheitlichkeit der Biographie,
der Person, der Erfahrungen und Kontexte eine zentrale Rolle. Die Kon-
zeptionen der Bildungsangebote bei den untersuchten Fällen setzen eben-
falls auf den Bildungsimpuls durch biographische Aspekte. Sie basieren
auf der Prämisse, dass Menschen mit bestimmten identitätsbezogenen Zu-
schreibungen und Eigenschaften Inhalte an Teilnehmende vermitteln. Die
Ähnlichkeit der Teamenden zu den Teilnehmenden – zumeist altersbezo-
gen – wird dabei über eine Kontakthypothese (Allport 1954) und einen
Peer-Education-Ansatz betont, wie Finn darstellt.

*[D]as Schulprojekt von dem Verein 5 funktioniert so dass Personen [atmet]
in die Schulklassen gehen und sich mehrheitlich selbst irgendwie als queer
verstehn genau wir ham lesbische Personen bisexuelle Personen asexuelle
Personen und oder trans Personen ähm mit im Team ich hoff ich hab
nichts vergessen schwule Personen auch genau die in die Schule gehen und
so mit der Kontakthypothese und mit nem Peereducationansatz versuchen
ähm Personen zu empowern die sich vielleicht selbst so definieren äh
Wissen zu vermitteln und Diskriminierung abzubauen und Stereotype zu
bearbeiten. (Finn)*

Damit dokumentiert sich eine Kongruenz zwischen Handlungsweisen der
Akteur*innen und Anforderungen des Handlungsfeldes. Darin angewand-
te biographische Methoden zielen darauf, aus Biographien Erkenntnisse
gewinnen und lernen zu können (Behrens/Reichling 2023; Pinto 2023).
Biographisches wird als Hintergrund, Lernfeld, Gegenstand, aber auch
als Bildungsziel relevant. Theoretische Referenzen wie das Konzept der
,Biographizität‘ (Alheit 1996) verknüpfen eigene Erfahrungen mit sozialen
Kontexten. Auch Bezüge zu ,Oral History‘ werden aufgerufen, wenn es
um das Lernen aus (historischen) biographischen Darstellungen geht, um
zu erfahren, dass alle Menschen „selbst Teil der Geschichte sind und so-
mit auch zu Veränderungsprozessen beitragen können“ (Pinto 2023: 1111).
Die Zielgruppe soll durch das „Erzählen aus der Biografie und von per-
sönlichen Erfahrungen der Aufklärenden“ (Timmermanns 2003: 79) ihren
Horizont erweitern und von Menschen lernen, mit denen sie sich identi-
fizieren kann und/oder die diese Erfahrungen authentisch und glaubwürdig
preisgegeben können (Timmermanns 2003: 81). Durch das Teilen privater
Erfahrungen (Pinto 2023: 1118) können „gemeinsame Suchbewegungen“
(Behrens/Reichling 2023: 1125) und Denkprozesse auf einer emotionalen

Ebene angestoßen werden. Das wird durch die Nähe der Teamenden zu den Teilnehmenden erleichtert. Die Teamenden spielen eine große „Rolle für das Öffnen von Trans- und queeren Räumen und das Schaffen einer vertrauens- und respektvollen Atmosphäre“ (Krämer 2013: 137). Ihr Aussehen, Verhalten und ihre Persönlichkeit beeinflussen den Verlauf von Bildungsprozessen und Workshops (Timmermanns 2003). Diese konzeptionellen Aspekte werden von den jungen Erwachsenen, die in derartigen Bildungsprojekten engagiert sind, ebenso und auch bruchlos – ohne einschränkende oder kritische Bezugnahme – wiedergegeben, wie sich am Beispiel Lukas zeigt.

3. Beeinflussung des Engagements und biographischer Involvierung durch Anforderungen von Engagementfeldern

Die handlungspraktische Involvierung des Biographischen, persönlicher Aspekte und der Persönlichkeit im queeren Engagement unterscheidet sich je nach Engagementfeld. So findet sich in institutionalisierten politischen Engagementfeldern eine Abgrenzung gegenüber der Politisierung des Biographischen. Im Feld der Vereinsarbeit und der Schaffung von Safe Spaces finden sich partielle Instrumentalisierungen und in der queeren Bildungsarbeit kommt es zu einer Pädagogisierung der Ganzheitlichkeit des Biographischen. Diese typisierbaren Modi werden gerahmt durch die Anforderungen der verschiedenen Felder mit je unterschiedlichen Intentionen und Wirkungsbereichen. Die Felder queeren Engagements – Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die Schaffung von Safe Spaces sowie politische Interessenvertretung – haben sich sukzessive institutionalisiert. Diese Strukturen sind aus einer erkannten (biographischen) Notwendigkeit heraus entstanden und müssen in gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten eingebunden werden. Dementsprechend gibt es Vereine, partei- oder gewerkschaftliche Gruppierungen, digitales und individuelles Engagement, teilweise am Rande etablierter Institutionen (Leinhos 2024: 24).

In steter, situativer Auseinandersetzung mit den jeweiligen Organisationsformen werden die Anforderungen, die sich in ihnen entfalten, und somit die strukturellen Rahmenbedingungen immer wieder handlungspraktisch neu hervorgebracht, aktualisiert und ggf. partiell verschoben. Auch wenn hier Fälle untersucht wurden, die aktiv engagiert sind und sich den Erwartungen der Räume gefügt haben, verweist die Heterogenität der Modi auf spezifische sozialisatorische Wirkungen der Felder. In Vereins- und

Verbandsarbeit, Schaffung von Safe Spaces sowie in queerer Bildungsarbeit konnte eine Übereinstimmung der dargestellten Handlungsweisen mit den Anforderungsstrukturen rekonstruiert werden. Diese Felder eröffnen die Möglichkeit des je spezifischen Einbringens biographischer Aspekte. Im Engagementfeld institutionalisierter Politik erscheinen die sozialisatorischen Effekte rigider. Auch die von Amling und Geimer (2016) bei erwachsenen Personen rekonstruierten Umgangsstrategien mit Normen politischen Handelns in der Inszenierung einer persönlichen Passformigkeit zum politischen Feld, Gewöhnung an Feldanforderungen oder der Trennung von Privatem und Politischen lassen auf die sozialisatorischen Effekte politischer Handlungsfelder schließen. In den rekonstruierten Spannungen zwischen Handlungsmodi der Akteur*innen und den institutionalisierten Anforderungsstrukturen politischer Handlungsfelder offenbaren sich jedoch auch Transformationspotenziale der jeweiligen Felder durch einen biographischen Impetus (Leinhos/Helwig 2024: 342–343).

Auffällig bezüglich der hier rekonstruierten Anforderungen ist jedoch, dass andere Akteur*innen, die Bourdieu (1998) als Konstituens sozialer Felder markiert, nicht als norm(durch)setzende Instanzen thematisiert werden, sondern lediglich als Abgrenzungsfolie. Die Anforderungen sind also derart institutionalisiert, dass sie implizit als Anrufungen und/oder Distinktionsfolie sozialer Passung funktionieren. Ein zu bearbeitendes Desiderat dieses Befunds wäre zu fragen, wie die Auseinandersetzungen mit Erwartungen an das Engagement und des Engagements in informellen Settings handlungspraktisch bearbeitet werden und ob soziale Aushandlungen dort eine stärkere Rolle spielen. Nichtsdestotrotz zeigt die vorliegende Untersuchung queeren Engagements zweierlei: Einerseits richten, ähnlich wie Kewes et al. (2025) betonen, die jeweiligen Engagementfelder bestimmte Erwartungen und Ansprüche an die Engagierten. Andererseits treten erste und weiter zu verfolgende Hinweise zutage, wie bzw. mit welchen Aspekten unterschiedliche Organisationsformen – politische Gremien oder Vereine – auf jeweils spezifische Weise Engagementhandeln normieren und Passung einfordern. Diesbezüglich kann konstatiert werden: Je institutionalisierter die Engagementfelder und je näher sie an gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten sind, desto eher sind sozialisatorische Anpassungsprozesse vonnöten und desto weniger Handlungsspielraum gibt es bei der Gestaltung der Kontexte durch junge Erwachsene selbst. Biographische Involvierung wird zwar in allen Feldern auf unterschiedliche Weise, aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlicher Intensität erwartet, die Akteur*innen nehmen aber auf verschiedene Weisen darauf Bezug.

Literaturverzeichnis

- Alheit, Peter (1996): „Biographizität“ als Lernpotential. Konzeptionelle Überlegungen zum biographischen Ansatz in der Erwachsenenbildung. In: Krüger, Heinz-Hermann; Marotzki, Winfried (Hrsg.): *Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung*. Wiesbaden, S. 276–307, https://doi.org/10.1007/978-3-663-09430-2_14.
- Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Oxford.
- Amling, Steffen; Geimer, Alexander (2016): Techniken des Selbst in der Politik – Ansatzpunkte einer dokumentarischen Subjektivierungsanalyse. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 17. Jg., Heft 3, <https://doi.org/10.17169/fqs-17.3.2630>.
- Behrens, Heide; Reichling, Norbert (2023): „Das Private ist Politisch“. Biographiearbeit und politische Bildung. In: Nittel, Dieter; von Felden, Heide; Mendel, Meron (Hrsg.): *Handbuch Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung und Biographiearbeit*. Weinheim, S. 1123–1136.
- Bohnsack, Ralf (2021a): Praxeologische Wissenssoziologie. In: *Zeitschrift für Qualitative Forschung*, 22. Jg., Heft 1, S. 87–105, <https://doi.org/10.3224/zqf.v22i1.0>.
- Bohnsack, Ralf (2021b): *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*. Opladen/Toronto, <https://doi.org/10.36198/9783838587851>.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Konstanz.
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestagsdrucksache 14/8900. <https://dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf> (9.8.2025).
- Geimer, Alexander; Amling, Steffen (2019): “Be authentic”: Authenticity Norms in German Politics and Self-Idealizations of Members of the Bundestag. In: *The Qualitative Report (TQR)*, 24. Jg., Heft 6, S. 1287–1308, <https://doi.org/10.46743/2160-3715/2019.3716>.
- Groß, Melanie (2017): Queer-feministischer Aktivismus: politisch-praktische Interventionen in heteronormative Verhältnisse. In: Kortendiek, Beate; Riegraf, Birgit; Sabisch, Katja (Hrsg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden, S. 1–9, https://doi.org/10.1007/978-3-658-12500-4_106-1.
- Hartmann, Jutta (2017): Perspektiven queerer Bildungsarbeit. In: Behrens, Christoph; Zittlau, Andrea (Hrsg.): *Queer-Feministische Perspektiven auf Wissen(schaft)*. Rostock, S. 163–186, <https://doi.org/10.25595/281>.
- Hitzler, Ronald (1992): Die mediale Selbstinszenierung von Politikern. Eine personalisierte Form der „Staatsrepräsentation“. In: Gauger, Jörg-Dieter; Stagl, Justin (Hrsg.): *Staatsrepräsentation*. Berlin, S. 205–222.
- Kausmann, Corinna; Simonson, Julia; Hameister, Nicole (2017): *Freiwilliges Engagement junger Menschen. Sonderauswertungen des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys*. Berlin.
- Kewes, Andreas; Müller, Moritz; Munsch, Chantal (2025): *Engagement im Zwiespalt. Erfahrungen ehemaliger Engagierter in Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Sportvereinen und Umweltinitiativen*. Weinheim.

- Klatt, Johanna (2012): Partizipation. Ein erstrebenswertes Ziel politischer Bildung? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62. Jg., Heft 46–47, S. 3–9.
- Krämer, Judith (2013): Queere Perspektiven in der geschlechterreflektierenden Bildungsarbeit mit Jugendlichen. In: Ernstson, Sven; Meyer, Christine (Hrsg.): *Praxis geschlechtersensibler und interkultureller Bildung*. Wiesbaden, S. 117–142, https://doi.org/10.1007/978-3-531-19799-9_8.
- Kühnel, Wolfgang; Willems, Helmut (2017): Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): *Politisches Engagement im Jugendalter. Zwischen Beteiligung, Protest und Gewalt*. Weinheim, S. 7–15.
- Leinhos, Patrick (2024): Biographischer Stellenwert queeren Engagements. In: *Voluntaris*, 12. Jg., Heft 2, S. 11–27, <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2024-2-11>.
- Leinhos, Patrick; Helwig, Tina (2024): Geht's um Inhalte oder geht's um Personen? Positionierungen junger Erwachsener zu Erwartungshaltungen an ihr politisches Handeln. In: Bock, Karin et al. (Hrsg.): *Pädagogische Institutionen des Jugendalters in der Krise*. Wiesbaden, S. 327–345, https://doi.org/10.1007/978-3-658-43602-5_16.
- Pinto, Olan Scott (2023): Pädagogisches Verstehen und biographische Methode in der außerschulischen Bildungsarbeit. In: Nittel, Dieter; von Felden, Heide; Mendel, Meron (Hrsg.): *Handbuch Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung und Biographiearbeit*. Weinheim, S. 1109–1122.
- Rietzke, Tim; Galuske, Michael (Hrsg.) (2008): *Lebensalter und soziale Arbeit. Band 4: Junges Erwachsenenalter*. Baltmannsweiler.
- Schuster, Nina (2016): Ethnografische Zugänge zu einem queeren Raumkonzept. In: Paul, Barbara; Tietz, Lüder (Hrsg.): *Queer as ... – Kritische Heteronormativitätsforschung aus interdisziplinärer Perspektive*. Bielefeld, S. 147–168, <https://doi.org/10.1515/9783839432495-008>.
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2022): *Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement*. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>.
- Timmermanns, Stefan (2003): *Keine Angst, die beißen nicht! Evaluation schwul-lesbischer Aufklärungsprojekte in Schulen*. Aachen.
- Villa, Paula-Irene (2007): Kritik der Identität, Kritik der Normalisierung – Positionen von Queer Theory. In: Hieber, Lutz; Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Images von Gewicht*. Bielefeld, S. 165–190, <https://doi.org/10.14361/9783839405048-005>.
- Weber, Max (1919/2016): *Politik als Beruf*. Berlin.

Engagement und gesellschaftliche Herausforderungen

Monitor Unternehmensengagement 2025 – Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen im Wandel

Peter Schubert¹, David Kuhn²

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag untersucht auf Basis des *Monitors Unternehmensengagement 2025* das gesellschaftliche Engagement von über 4.400 Unternehmen in Deutschland. Die Ergebnisse zeigen, dass kleine Unternehmen ihr Engagement in den vergangenen Jahren tendenziell reduziert haben. Größere Unternehmen setzen häufiger eigene Engagementprojekte um und betrachten Unternehmensengagement zunehmend als Instrument zur Bindung von Beschäftigten und zur Stärkung ihrer Attraktivität als Arbeitgebende. Zudem bekennen sich viele Unternehmen zu demokratischen Werten, bleiben aber mit Blick auf konkrete Maßnahmen der Demokratieförderung zurückhaltend. Abschließend formuliert der Beitrag einige Handlungsempfehlungen für Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik, um Unternehmensengagement und seine Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern.

Schlagwörter

Unternehmensengagement; Corporate Social Responsibility; Demokratieförderung; Nachhaltigkeit; Wirtschaft

1. Einleitung

Im Jahr 2024 schlossen sich zahlreiche Unternehmen in Deutschland infolge der Demokratieproteste Bündnissen an, um für demokratische Werte einzustehen. Zudem haben Unternehmen in den vergangenen Jahren umfänglich bei der Bewältigung der vielfältigen Krisen unterstützt, sei es durch Spenden für Hilfsorganisationen, logistische Unterstützung oder Freiwilligenprogramme für Beschäftigte (Lenssen et al. 2022). Diese verschiedenen Maßnahmen lassen sich allesamt als *Unternehmensengagement* beschreiben – gemeinwohlorientierte Aktivitäten von Unternehmen, die über ihr Kerngeschäft und gesetzliche Vorgaben hinausgehen. Dazu gehören Spenden, freiwilliges Engagement von Beschäftigten, eigene Projekte oder auch gesellschaftspolitische Positionierungen. Allerdings steht Unter-

1 Dr., ZiviZ im Stifterverband, Leitung, peter.schubert@stifterverband.de.

2 ZiviZ im Stifterverband, Programmmanager, david.kuhn@stifterverband.de.

nehmensengagement zunehmend unter Druck. Steigende Kosten und konjunkturelle Schwächen belasten viele Unternehmen finanziell. Zudem zeigt sich in den USA bereits, dass Unternehmen sich zunehmend bei ihrem Engagement für demokratische Werte zurückhalten – ein Trend, der sich angesichts des europaweiten Erstarkens rechter Parteien auch in Deutschland abzeichnen könnte.

Unter Großunternehmen wurde gesellschaftliches Engagement in den vergangenen Jahren zunehmend strategisch verankert: Eine Analyse der DAX-40-Unternehmen zeigt eine stärkere Verknüpfung mit Nachhaltigkeitsstrategien und Unternehmensbereichen wie Human Resources, Marketing und Forschung (Seberich et al. 2024). Während die Entwicklung bei Großunternehmen gut dokumentiert ist, fehlen umfassende Erkenntnisse für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Der Corporate Citizenship Survey (CC-Survey) 2018 zeigte bereits, dass viele Unternehmen ihr Engagement nicht öffentlich kommunizieren und dennoch auf vielfältige Weise – besonders in strukturschwachen Regionen – zur Gestaltung von Sozialräumen beitragen (Labigne et al. 2018).

Vor diesem Hintergrund untersucht der vorliegende Beitrag das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen in Deutschland auf Grundlage neuer Daten des Monitors Unternehmensengagement 2025. Dargestellt werden Umfang, Formen und Mehrwerte des Engagements kleinerer, mittlerer und großer Unternehmen.

2. Methodik und Datengrundlage

Der Monitor Unternehmensengagement 2025 wurde entwickelt, um eine neue Datenbasis mit vergleichbarer Qualität zur Erhebung des CC-Survey 2018 (Labigne et al. 2018) zu schaffen. Als Grundgesamtheit wurden alle Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten in Deutschland betrachtet. Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten wurden, wie bereits im CC-Survey 2018, aus der Betrachtung ausgeschlossen, da hier die Grenzen zwischen individueller Philanthropie und institutionalisiertem Engagement fließend sind. Zur Beschaffung der Adressen wurde die Firmendatenbank von Dun & Bradstreet genutzt, die Profile zu sämtlichen kleinen, mittleren und großen Unternehmen enthält und den strukturierten Zugang zu Adressdaten ermöglicht. Aus dieser Datenbank wurde eine Stichprobe von 125.000 kleinen, mittleren und großen Unternehmen in Deutschland gezogen. Die Schichtung erfolgte nach Unternehmensgröße

und Bundesland. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass Auswertungen auf Ebene einzelner Bundesländer möglich sind. Große und mittlere Unternehmen wurden überproportional einbezogen, um Unterschiede nach Unternehmensgröße differenziert analysieren zu können.

Die Erhebung wurde als Online-Befragung durchgeführt, wobei die 125.000 Unternehmen sowohl postalisch als auch im Anschluss per E-Mail zur Teilnahme mit einem personalisierten Zugangscode eingeladen wurden. Bei kleinen und mittleren Unternehmen wurde die Geschäftsführung adressiert. Bei Großunternehmen wurde hingegen differenziert geprüft, ob Ansprechpersonen in den Bereichen Corporate Social Responsibility (CSR), Nachhaltigkeit, Kommunikation oder Marketing vorlagen. Nur wenn keine entsprechenden Ansprechpersonen vorhanden waren, wurde die Geschäftsführung adressiert. Der Fragebogen wurde in Rücksprache mit Expertinnen und Experten im Feld des Unternehmensengagements entwickelt und vor dem Einsatz getestet. Die Feldphase erstreckte sich über sechs Wochen vom 4. November bis 20. Dezember 2024. Von den 125.000 Unternehmen waren 830 Adressen unzustellbar, sodass sich der tatsächlich erreichte Stichprobenumfang auf 124.170 Unternehmen reduzierte.

Von den kontaktierten Unternehmen gingen 5.528 Rückmeldungen ein, was einer Bruttorecklaufquote von 4,4 % entspricht. Nach Datenbereinigung, bei der unvollständige oder nicht verwertbare Antworten entfernt wurden, verblieben 4.431 vollständig ausgefüllte Fragebögen. Die bereinigte Netto-Rücklaufquote lag damit bei 3,6 %. Um die Daten der Verteilung von Unternehmen in der Grundgesamtheit anzunähern, wurde der Datensatz nach Unternehmensgröße sowie nach Bundesländern gewichtet. Die Gewichtung basiert auf Daten des statistischen Unternehmensregisters und gleicht Verzerrungen aus, die insbesondere durch die überproportionale Einbeziehung größerer Unternehmen entstehen.

Tabelle 1 zeigt zentrale Stichprobenmerkmale des Monitors Unternehmensengagements und des CC-Survey im Vergleich. Trotz des geringeren Rücklaufs in der aktuellen Befragungswelle zeigen sich keine substanziellen Unterschiede in der Verteilung. Kleine, mittlere und große Unternehmen sind in etwa in gleichen Anteilen im Datensatz vertreten. Dies gilt ebenso für die siedlungsstrukturelle Verteilung der Unternehmen nach Gemeindegröße sowie die Branchenzusammensetzung. Vor diesem Hintergrund ist von einer guten Vergleichbarkeit im Zeitverlauf auszugehen. Wie bereits beim CC-Survey 2018 ist jedoch ein Selbstselektionseffekt nicht auszuschließen: Unternehmen, die sich bereits gesellschaftlich engagieren, nehmen mit höherer Wahrscheinlichkeit an einer Befragung zu diesem Thema

teil. Dies kann zu einer Überschätzung des Engagementniveaus führen, da weniger engagierte Unternehmen möglicherweise unterrepräsentiert sind.

Tabelle 1. Übersicht zu den Stichproben

	2018		2025	
	N	Prozent	N	Prozent
<i>Beschäftigte</i>				
Bis 49 Beschäftigte	3.753	52	2.276	51
50–249 Beschäftigte	2.564	35	1.440	33
250 und mehr Beschäftigte	964	13	715	16
<i>Gemeindegröße</i>				
Kleine Gemeinde (bis 4.999 Einw.)	813	12	548	13
Kleinstadt (5.000 bis 19.999 Einw.)	1.581	24	1.159	27
Mittelstadt (20.000 bis 99.999 Einw.)	1.881	28	1.214	28
Großstadt (100.000 und mehr Einw.)	2.434	36	1.377	32
<i>Branche</i>				
Bauwirtschaft	688	10	575	13
Bergbau/Metall	148	2	95	2
Chemie/Pharma	174	2	115	3
Sonstige Dienstleistungsbranche	935	13	438	10
Elektrotechnik	322	4	250	6
Energie/Wasser	178	2	126	3
Nahrungsmittelindustrie	168	2	91	2
Bildung/Weiterbildung	40	1	43	1
Finanzen/Versicherung	159	2	156	4
Gastgewerbe/Einzelhandel	206	3	107	2
Gesundheit/Sozialwesen	386	5	183	4
Grundstücks-/Wohnungswesen	144	2	120	3
Handel	887	12	365	8
Information/Kommunikation	333	5	243	6
Fahrzeugbau/Zulieferer	191	3	62	1
Kunst/Unterhaltung/Erholung	58	1	33	1

Land-/Forstwirtschaft	61	1	54	1
Maschinenbau	392	5	286	7
Verkehr/Logistik/Transport	410	6	187	4
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	374	5	247	6
Sonstiges	1020	14	655	15

Quellen: CC-Survey 2018; Monitor Unternehmensengagement 2025, ungewichtet.

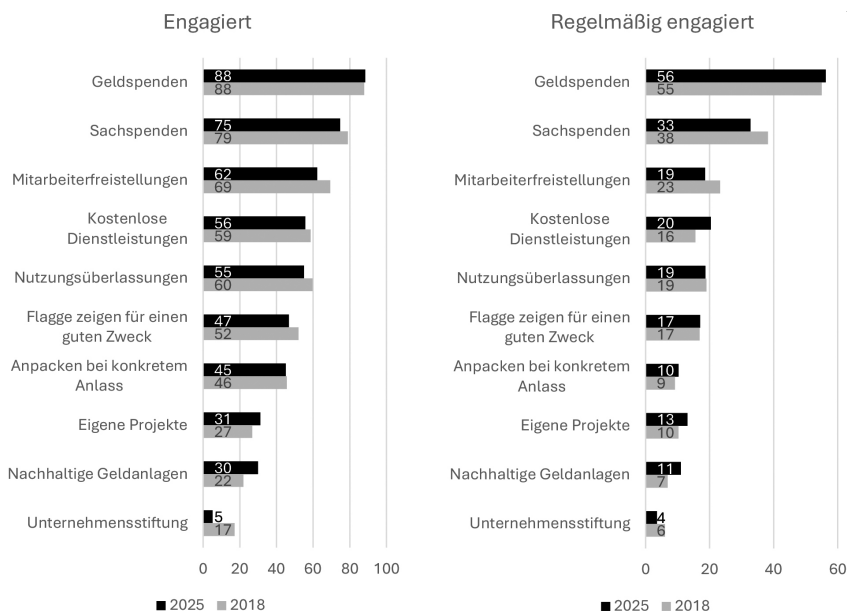
3. Ergebnisse

3.1 Umfang und Formen des Unternehmensengagements

Im Monitor Unternehmensengagement 2025 werden zehn typische Formen des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen erfasst. Die Befragung orientiert sich an den bereits 2018 erhobenen Engagementformen, um Zeitreihenvergleiche zu ermöglichen. Wie schon 2018 ist die Geldspende die häufigste Engagementform (88 %, siehe Abbildung 1 links). Auf Platz zwei und drei folgen Sachspenden (75 %) und die Freistellung von Beschäftigten für gemeinnützige Zwecke (62 %), jeweils mit etwas geringeren Anteilen als noch im Jahr 2018. Mehr als jedes zweite Unternehmen engagiert sich zudem durch kostenlose Dienstleistungen (56 %) oder Nutzungsüberlassungen (zum Beispiel Räume, Fahrzeuge, Technik, Software) (55 %). Ein Anstieg zeigt sich im Vergleich zu 2018 bei eigenen Engagementprojekten (31 % gegenüber 27 % im Jahr 2018) und nachhaltigen Geldanlagen (30 % gegenüber 22 % 2018). Deutlich an Beliebtheit eingebüßt hat das Engagement über Unternehmensstiftungen (5 % gegenüber 17 % im Jahr 2018). Auch das „Flagge zeigen für den guten Zweck“, bei dem vor dem Hintergrund der zunehmenden Positionierungen von Unternehmen für demokratische Werte ein Anstieg zu vermuten gewesen wäre, hat an Beliebtheit eingebüßt (47 % im Jahr 2025 vs. 52 % im Jahr 2018).

Abbildung 1 zeigt zudem (rechts), wie viele Unternehmen sich in den jeweiligen Formen *regelmäßig*, jenseits von Einzelfällen, engagieren. Die Verschiebungen im Zeitverlauf ähneln jenen zum Engagement insgesamt (links). Etwas häufiger Teil eines regelmäßigen Engagements sind jedoch inzwischen kostenlose Dienstleistungen. Dazu zählen zum Beispiel pro-bono-Beratung oder Unterstützung durch Beschäftigte in ihrem Fachgebiet.

Abbildung 1: Engagementformen im Zeitverlauf



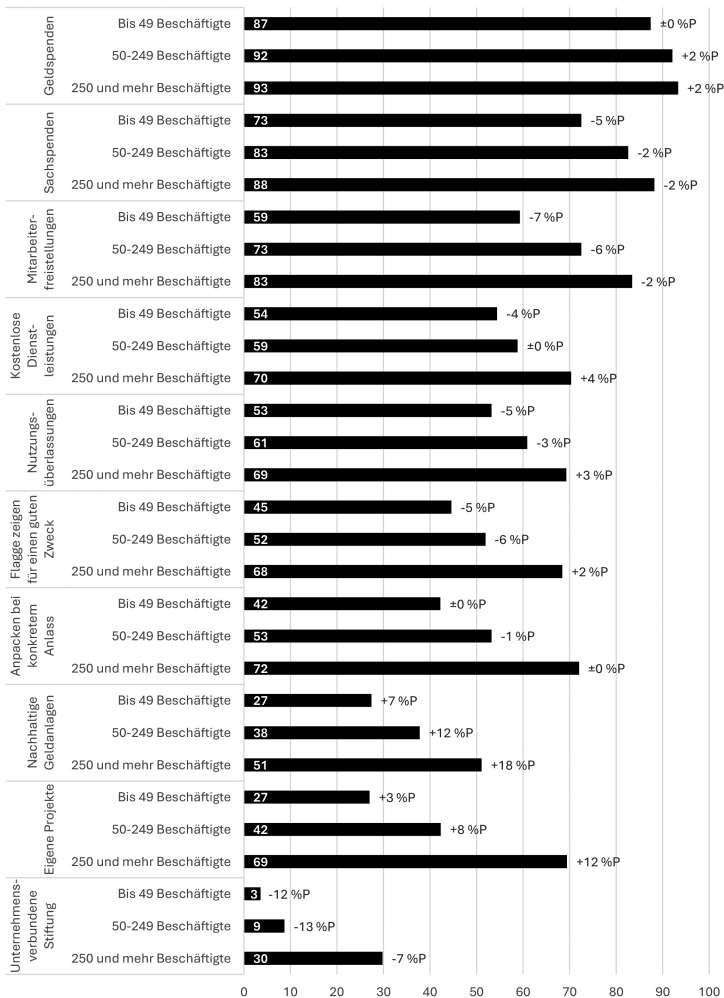
Hat sich Ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren auf die folgenden Arten gesellschaftlich engagiert?

Zustimmungsanteile in Prozent

Quellen: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 4.001 – 4.329; CC-Survey 2018, N = 6.791 – 7.165, gewichtet.

Wie bereits der CC-Survey 2018 zeigte, variiert das gesellschaftliche Engagement deutlich je nach Unternehmensgröße. Die Balken in Abbildung 2 stellen die Zustimmungsteile zu verschiedenen Engagementformen differenziert nach Beschäftigtenzahl dar. Während Geldspenden unabhängig von der Unternehmensgröße weit verbreitet sind, zeigen sich bei anderen Engagementformen klare Unterschiede.

Abbildung 2: Engagementformen nach Unternehmensgröße und im Zeitverlauf



Hat sich Ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren auf die folgenden Arten gesellschaftlich engagiert?

Zustimmungsanteile in Prozent

Quellen: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 4.001 – 4.329; CC-Survey 2018, N = 6.791 – 7.165, gewichtet.

Anmerkung: Die Angaben am Ende der Balken geben die Differenz in Prozentpunkten zwischen 2018 und 2025 wieder.

Besonders ausgeprägt sind diese bei der Umsetzung eigener Engagementprojekte (69 % bei großen Unternehmen gegenüber 42 % bei mittleren und 27 % bei kleinen Unternehmen) sowie bei der Freistellung von Beschäftigten für Engagement (83 % bei großen Unternehmen, 73 % bei mittleren und 59 % bei kleinen Unternehmen).

In Abbildung 2 wird auch die Entwicklung der Engagementformen nach Unternehmensgröße seit 2018 sichtbar. Große Unternehmen setzen verstärkt auf nachhaltige Geldanlagen und eigene Projekte, während unternehmensverbundene Stiftungen an Bedeutung verlieren. Die übrigen Engagementformen bleiben weitgehend stabil. Mittlere Unternehmen folgen ähnlichen Mustern: Nachhaltige Geldanlagen und eigene Projekte nehmen zu, während traditionelle Spendenformen wie Sachspenden und Geldspenden kaum Veränderungen zeigen. Gleichzeitig sinkt die Bereitschaft zur Freistellung von Beschäftigten für Engagement und das „Flagge zeigen für den guten Zweck“. Bei kleinen Unternehmen ist der Rückgang der Freistellungen für Engagement besonders ausgeprägt. Deutliche Verluste zeigen sich zudem bei unternehmensverbundenen Stiftungen und Nutzungsüberlassungen. Auch das öffentliche Bekenntnis zu gesellschaftlichen Anliegen nimmt ab. Gleichzeitig gibt es leichte Zuwächse bei nachhaltigen Geldanlagen und eigenen Projekten.

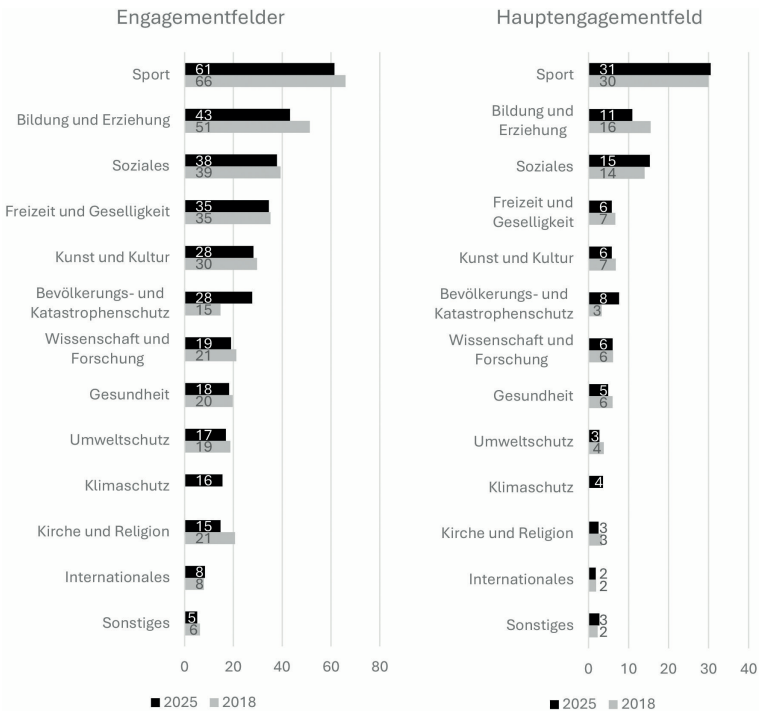
3.2 Bereiche des Unternehmensengagements

Unternehmen engagieren sich in zahlreichen Bereichen, von Sport und Bildung bis zu sozialem Engagement und Umweltschutz. Mit 61 % Zustimmung ist der Sport weiterhin das populärste Engagementfeld für Unternehmen, gefolgt von Bildung und Erziehung mit 43 % (siehe Abbildung 3 links). Dahinter folgen die Bereiche Soziales (38 %), Freizeit und Geselligkeit (34 %) sowie Kunst und Kultur (28 %).

Besonders auffällig ist die starke Zunahme des Engagements im Bevölkerungsschutz. Waren laut CC-Survey 2018 lediglich 15 % der Unternehmen in diesem Bereich engagiert, so sind es in der aktuellen Befragungswelle 28 %. Diese Entwicklung lässt sich unter anderem durch die in den letzten Jahren zunehmende Häufigkeit und Intensität von Krisen erklären, die die Bedeutung von Katastrophenschutz und Krisenbewältigung stärker in den Fokus gerückt haben. Dies scheint auf Kosten eines Engagements in anderen Feldern gegangen zu sein, insbesondere dem Bereich Bildung und Erziehung, für den ein Rückgang von 51 auf 43 % festzustellen ist. Neu

erfasst wurde erstmals in der aktuellen Erhebungswelle das Engagement im Bereich des Klimaschutzes. Im CC-Survey 2018 war das Klimaschutzengagement noch unter Umweltschutz subsumiert (damals 19 %). In der neuen Befragung gaben nun 16 % der Unternehmen ein Engagement im Klimaschutz an, 17 % im Umweltschutz. Insgesamt gaben 24 % an, in mindestens einem der beiden Bereiche aktiv zu sein, ein deutlicher Zuwachs gegenüber über den 19 % im Jahr 2018.

Abbildung 3: Engagementbereiche im Zeitverlauf



In welchen Bereichen hat sich Ihr Unternehmen in den vergangenen drei Jahren engagiert? (links)

In welchem Bereich hat sich Ihr Unternehmen in den vergangenen drei Jahren überwiegend engagiert? (rechts)

Zustimmungsanteile in Prozent

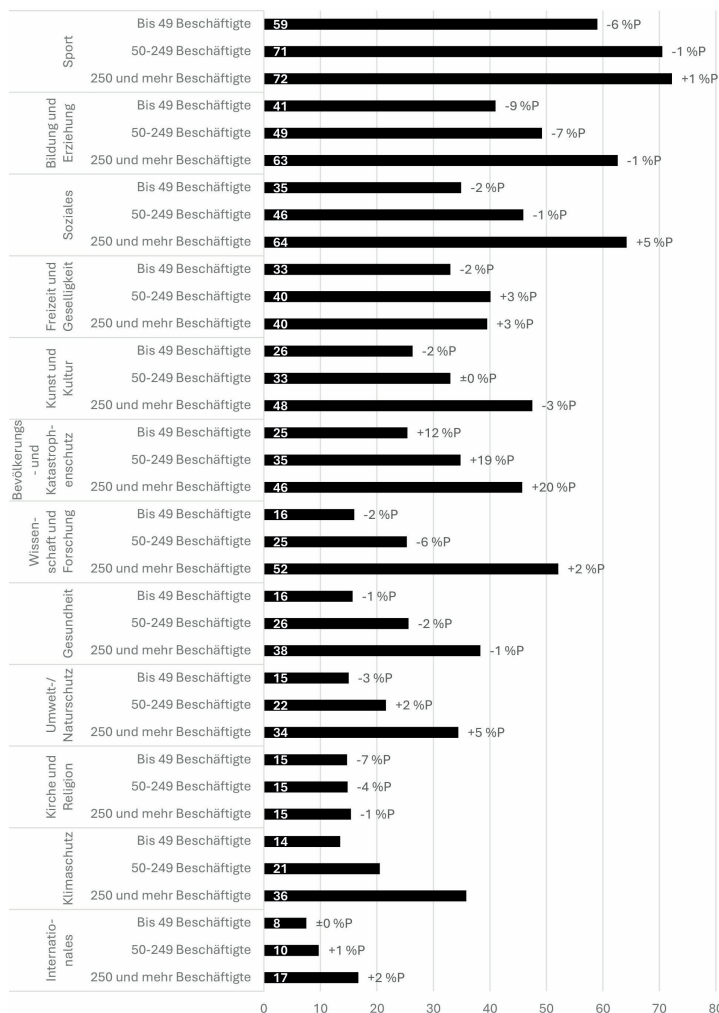
Quellen: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 4.263; CC-Survey 2018, N = 6.782, gewichtet.

Anmerkung: Klimaschutz wurde als neue Kategorie im Jahr 2025 ergänzt.

Abbildung 4 zeigt deutliche Unterschiede in den Engagementfeldern je nach Unternehmensgröße. Der Sport ist über alle Unternehmensgrößen hinweg das populärste Engagementfeld, mit leicht höheren Zustimmungsteilen bei mittleren und großen Unternehmen. Größere Unternehmen engagieren sich insgesamt breiter und sind besonders stark in den Bereichen Soziales (64 %), Bildung und Erziehung (63 %) sowie Wissenschaft und Forschung (52 %) vertreten. Kleinere Unternehmen hingegen konzentrieren sich eher auf Sport (59 %), Soziales (35 %) und Freizeit und Geselligkeit (33 %). Klimaschutz gewinnt vor allem bei großen Unternehmen an Bedeutung (36 %), während kleinere Unternehmen in dem Bereich seltener aktiv sind.

Abbildung 4 zeigt zudem die jeweilige Veränderung in Prozentpunkten seit 2018. Besonders auffällig ist der deutliche Anstieg des Engagements im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz über alle Unternehmensgrößen hinweg: Der Anteil engagierter Unternehmen stieg bei kleinen Unternehmen um 12, bei mittleren um 19 und bei großen Unternehmen um 20 Prozentpunkte. Gleichzeitig ist das Engagement im Bildungsbereich insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen rückläufig, was darauf hindeutet, dass gerade unter diesen Unternehmen Ressourcen verstärkt in akute gesellschaftliche Herausforderungen umgeschichtet werden. Bei Großunternehmen ist ein vergleichbarer Rückgang im Bildungsengagement nicht festzustellen.

Abbildung 4: Bereiche nach Unternehmensgröße und im Zeitverlauf



In welchen Bereichen hat sich Ihr Unternehmen in den vergangenen drei Jahren engagiert?

Zustimmungsanteile in Prozent

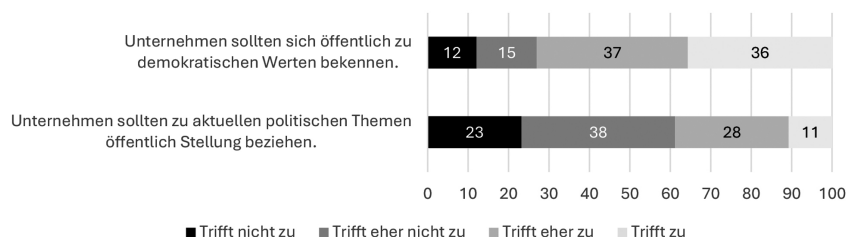
Quellen: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 4.263; CC-Survey 2018, N = 6.782, gewichtet.

Anmerkung: Klimaschutz wurde als neue Kategorie im Jahr 2025 ergänzt. Die Angaben am Ende der Balken geben die Differenz in Prozentpunkten zwischen 2018 und 2025.

3.3 Engagement für Demokratie

In den vergangenen Jahren haben Unternehmen verstärkt die Förderung demokratischer Werte in den Fokus ihres gesellschaftlichen Engagements gerückt (Bergmann/Diermeier 2024). Abbildung 5 zeigt, knapp drei Viertel der Unternehmen sind der Ansicht, dass sich Unternehmen öffentlich zu demokratischen Werten bekennen sollten. Gleichzeitig stimmen nur 39 % (eher) zu, dass Unternehmen auch zu aktuellen politischen Themen Stellung beziehen sollten. Dies zeigt, dass die grundsätzliche Unterstützung demokratischer Werte hoch ist, die Bereitschaft zu expliziten politischen Äußerungen jedoch deutlich geringer ausfällt.

Abbildung 5: Einschätzungen zu Unternehmensengagement für demokratische Werte



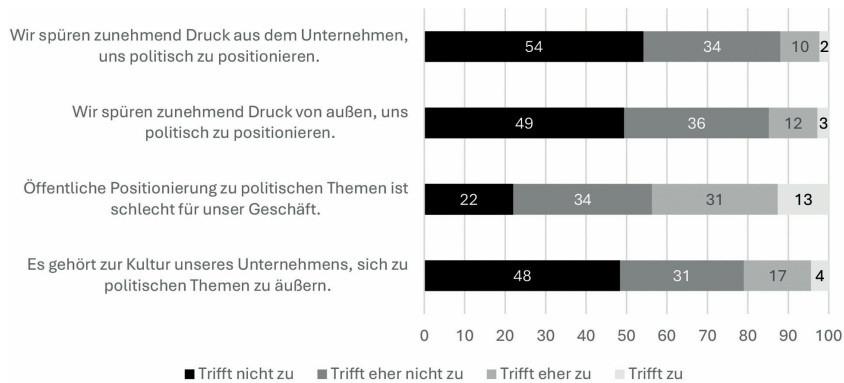
Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
Anteile in Prozent

Quelle: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 3.874 – 3.888, gewichtet.

Während sich die Aussagen in Abbildung 5 auf die allgemeine Rolle von Unternehmen beziehen, thematisiert Abbildung 6 explizit die Wahrnehmung im eigenen Unternehmen. Die Ergebnisse zeigen, dass der direkte Druck zur politischen Positionierung vergleichsweise gering ist: Nur 12 % der Unternehmen verspüren internen Druck, sich politisch zu äußern, 15 % nehmen äußeren Druck wahr. Gleichzeitig zeigt sich eine deutliche Skepsis gegenüber politischer Positionierung: 44 % der Unternehmen sind der Meinung, dass öffentliche Stellungnahmen zu politischen Themen ihrem Geschäft schaden könnten. Demgegenüber betrachten lediglich 21 % politische Äußerungen als festen Bestandteil ihrer Unternehmenskultur. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass viele Unternehmen zwar demokratische

Werte unterstützen, jedoch Zurückhaltung zeigen, wenn es um explizite politische Positionierungen geht.

Abbildung 6: Einschätzungen zu Unternehmensengagement für demokratische Werte aus Sicht des eigenen Unternehmens



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Anteile in Prozent

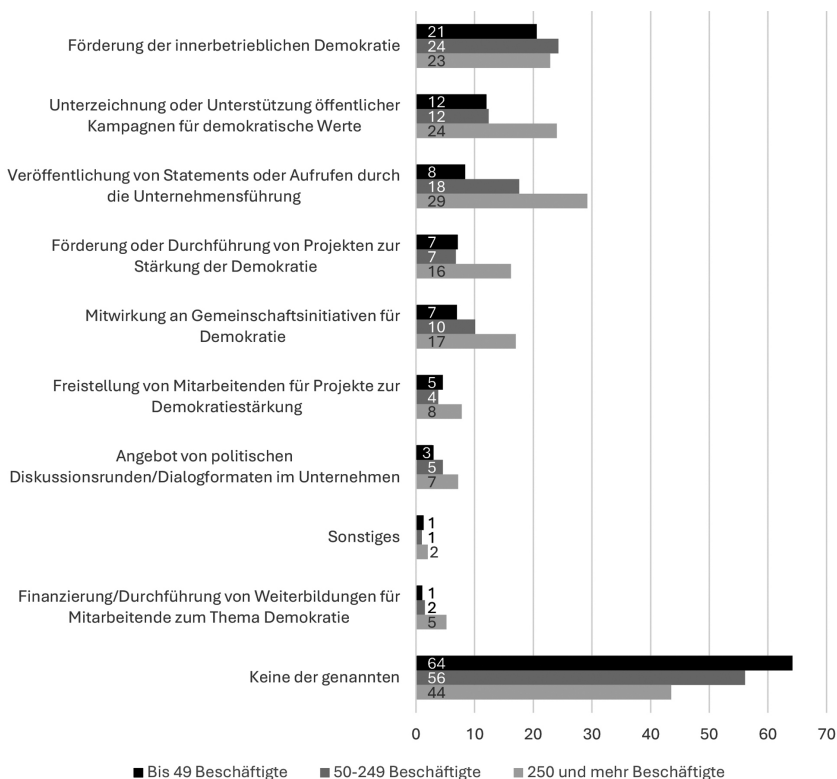
Quelle: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 3.837 – 3.883, gewichtet.

Unternehmen engagieren sich auf unterschiedliche Weise für die Stärkung demokratischer Werte, wobei jedoch viele Unternehmen keine entsprechenden Maßnahmen ergreifen. So gibt eine Mehrheit von 62 % an, in den vergangenen zwölf Monaten keine der abgefragten Formen des Demokratieengagements (siehe Abbildung 7) umgesetzt zu haben. Größere Unternehmen engagieren sich häufiger für demokratische Werte als kleinere Betriebe: Während 64 % der kleinen Unternehmen (bis 49 Beschäftigte) keine der abgefragten Maßnahmen ergreifen, sinkt dieser Anteil bei mittleren Unternehmen (50–249 Beschäftigte) auf 56 % und bei großen Unternehmen (ab 250 Beschäftigte) auf 44 %.

Die Förderung innerbetrieblicher Demokratie ist über alle Unternehmensgrößen hinweg relativ konstant. Bei anderen Formen des Engagements zeigt sich jedoch eine deutliche Zunahme mit steigender Unternehmensgröße. So unterstützen 24 % der Großunternehmen öffentliche Kampagnen für demokratische Werte, während es bei kleinen und mittleren Unternehmen nur jeweils 12 % sind. Auch die Veröffentlichung von Statements durch die Unternehmensführung nimmt mit der Unternehmensgröße zu: Während nur 8 % der kleinen Unternehmen solche Statements

abgeben, sind es bei mittleren Betrieben 18 % und bei Großunternehmen 29 %. Ähnliche Muster zeigen sich bei der aktiven Mitwirkung an Demokratieinitiativen sowie bei der Freistellung von Beschäftigten für demokratische Projekte, die in großen Unternehmen häufiger praktiziert werden. Bildungsangebote zum Thema Demokratie bleiben dagegen in allen Unternehmensgrößen eine Randerscheinung, mit maximal 5 % der Unternehmen, die entsprechende Weiterbildungen anbieten.

Abbildung 7: Engagement für demokratische Werte



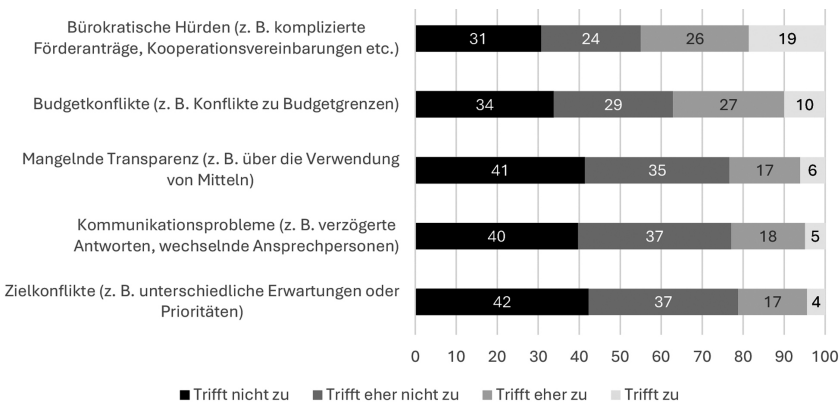
Hat sich Ihr Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten auf einer oder mehrere der folgenden Arten für die Stärkung demokratischer Werte in der Gesellschaft eingesetzt? Zustimmungsanteile in Prozent

Quelle: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 4.022 – 4.024, gewichtet.

3.4 Zusammenarbeit mit anderen

Unternehmen sind bei der Umsetzung ihres Engagements im Regelfall auf andere Akteure – häufig zivilgesellschaftliche Organisationen – angewiesen. Lokale Vereine sind der mit Abstand häufigste Kooperationspartner: 59 % der Unternehmen arbeiten mit ihnen zusammen. Auch Wohlfahrtsverbände spielen mit 22 % eine bedeutende Rolle. Weitere relevante Partner sind Stiftungen (14 %), andere Unternehmen oder Unternehmensverbände (13 %) sowie staatliche Einrichtungen (12 %). Weniger häufig erfolgen Kooperationen mit Freiwilligen- und Ehrenamtsagenturen (10 %) oder internationalen Nichtregierungsorganisationen (9 %). 21 % der Unternehmen geben an, mit keiner der genannten Organisationen zu kooperieren. Die enge Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen ist wenig überraschend, da sich nahezu drei Viertel der Unternehmen primär auf kommunaler Ebene engagieren.

Abbildung 8: Herausforderungen im Rahmen von Kooperationen



Inwiefern begegnen Ihnen in der Zusammenarbeit mit anderen die folgenden Herausforderungen?

Zustimmungsanteile in Prozent

Quelle: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 3.109 – 3.155, gewichtet.

Die Zusammenarbeit im Rahmen des Unternehmensengagements ist mit verschiedenen Herausforderungen verbunden, die in Abbildung 8 dargestellt sind. 45 % der Unternehmen stimmen (eher) zu, dass bürokratische Anforderungen – wie etwa komplizierte Förderanträge oder aufwendi-

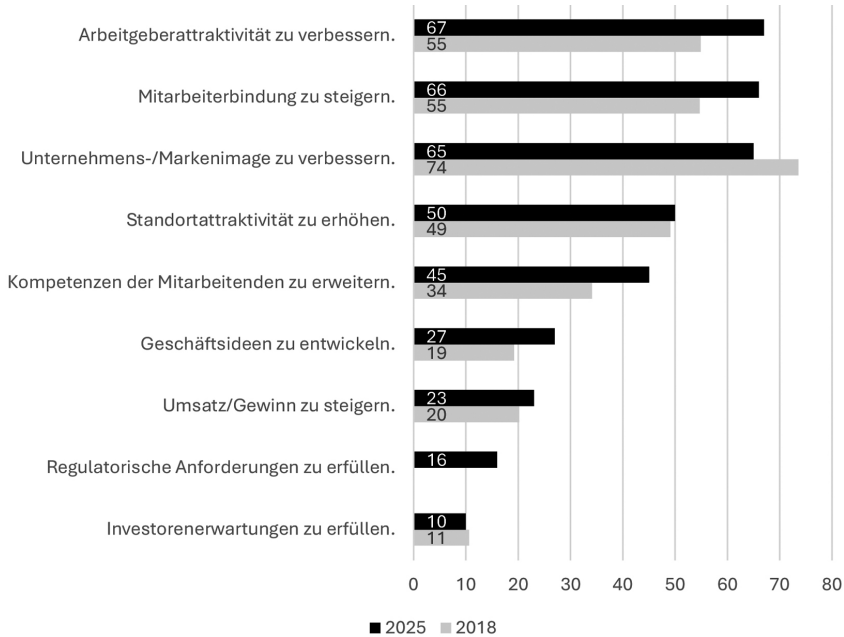
ge Kooperationsvereinbarungen – eine Herausforderung darstellen. Auch Budgetkonflikte werden von 37 % der Unternehmen als Herausforderung wahrgenommen. Mangelnde Transparenz, insbesondere in Bezug auf die Verwendung von Mitteln, sehen 23 % der Unternehmen als Herausforderung. Kommunikationsprobleme, wie verzögerte Antworten oder wechselnde Ansprechpersonen, werden ebenfalls von 23 % als Schwierigkeit wahrgenommen.

3.5 Mehrwerte des Engagements

Unternehmen begründen ihr Engagement neben der Stärkung des Markenimages besonders häufig mit der Verbesserung ihrer Attraktivität als Arbeitgebende und der Steigerung der Bindung von Mitarbeitenden (Abbildung 9). Die Verbesserung des Unternehmens- und Markenimage bleibt mit 65 % ein weiterer zentraler Mehrwert. Im Vergleich zu 2018 ist dieser Wert jedoch leicht gesunken. Ein direkter Vergleich ist allerdings nur bedingt möglich, da das entsprechende Item damals noch als „Guten Ruf / Marke schützen“ formuliert war. Auffällig ist zudem der gestiegene wirtschaftliche Nutzen: 27 % der Unternehmen sehen in ihrem Engagement eine Möglichkeit, neue Geschäftsideen zu entwickeln – ein deutlicher Anstieg.

Große Unternehmen betrachten die Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität und die Steigerung der Mitarbeiterbindung besonders häufig als zentrale Mehrwerte (siehe Abbildung 10). Auch das Unternehmens- und Markenimage ist mit 85 % ein wichtiger Faktor. Mittlere Unternehmen zeigen ähnliche Muster, jedoch mit leicht geringeren Werten: 80 % sehen die Arbeitgeberattraktivität als Vorteil, 78 % die Mitarbeiterbindung und 76 % das Markenimage. Kleine Unternehmen bewerten diese Aspekte zwar etwas seltener als zentrale Mehrwerte, aber weiterhin auf hohem Niveau: 62 % nennen die Arbeitgeberattraktivität und Mitarbeiterbindung als wesentliche Gründe für ihr Engagement.

Abbildung 9: Mehrwerte des Unternehmensengagements im Zeitverlauf



Worin liegt der Mehrwert des gesellschaftlichen Engagements für Ihr Unternehmen selbst?
 „Durch unser gesellschaftliches Engagement zielen wir darauf ab...“
 „Stimme (voll) zu“ in Prozent

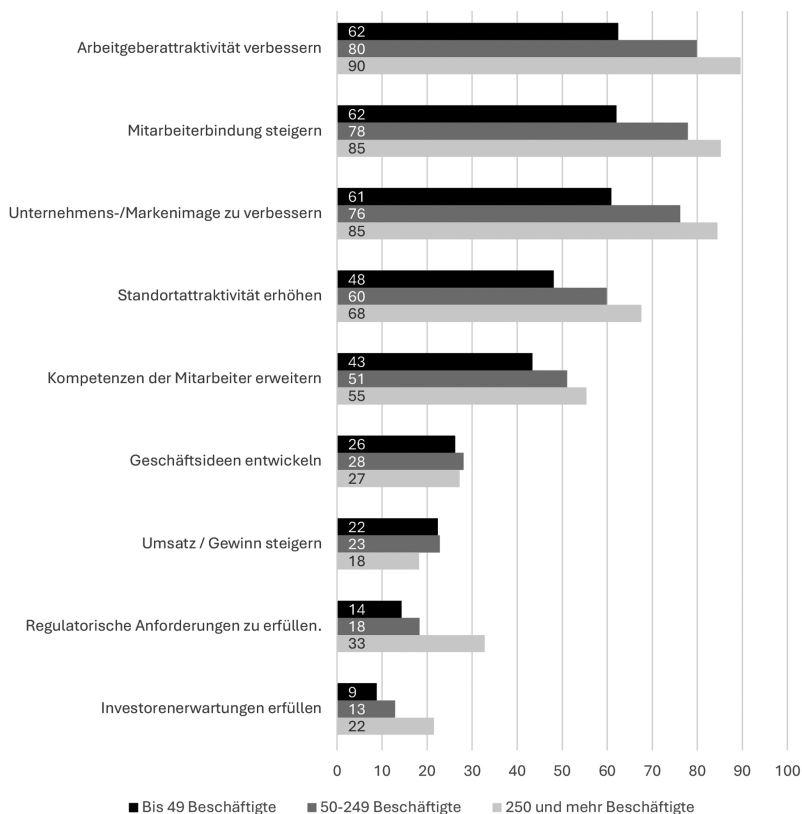
Quellen: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 3.509 – 3.650; CC-Survey 2018, N = 5.851 – 6.272, gewichtet.

Anmerkung: „Regulatorische Anforderungen zu erfüllen“ wurde im Jahr 2025 neu als Item aufgenommen. Das Item „Unternehmens-/Markenimage“ war 2018 etwas anders formuliert und hieß „Guten Ruf / Marke schützen“.

Die wachsende Bedeutung personalbezogener Mehrwerte zeigt sich unabhängig von der Unternehmensgröße. Die Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität wird im Vergleich zu den Zahlen aus 2018 häufiger als zentraler Mehrwert genannt – mit einem Anstieg von 13 Prozentpunkten bei kleinen Unternehmen, 9 Prozentpunkten bei mittleren und 8 Prozentpunkten bei großen Unternehmen. Auch die Bedeutung der Mitarbeiterbindung ist in allen Größenklassen um 10 bis 11 Prozentpunkte gestiegen. Ebenso wird die Erweiterung der Kompetenzen der Beschäftigten zunehmend als Vorteil wahrgenommen, mit einem Zuwachs von 10 bis 14 Prozentpunkten.

Die positive Wirkung des Engagements auf das Unternehmens- und Markenimage wird von kleinen Unternehmen inzwischen seltener wahrgenommen (-11 Prozentpunkte), während die Veränderungen bei mittleren und großen Unternehmen im Vergleich zu 2018 nur gering ausfallen.

Abbildung 10: Mehrwerte des Unternehmensengagements nach Unternehmensgröße



Worin liegt der Mehrwert des gesellschaftlichen Engagements für Ihr Unternehmen selbst?
„Stimme (voll) zu“ in Prozent

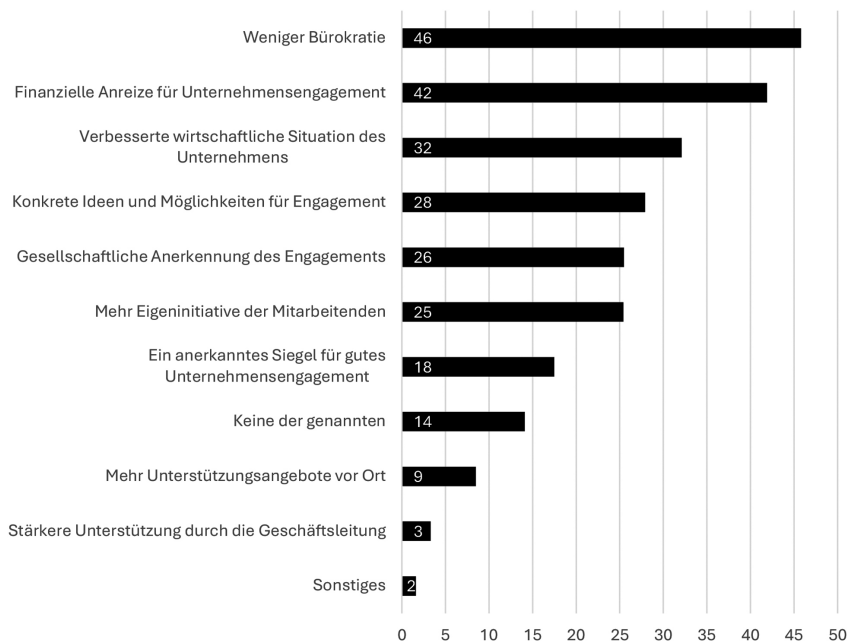
Quellen: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 3.509 – 3.650; CC-Survey 2018, N = 5.851 – 6.272, gewichtet.

Anmerkung: „Regulatorische Anforderungen zu erfüllen“ wurde im Jahr 2025 neu als Item aufgenommen.

3.6 Rahmenbedingungen

Unternehmen sehen insbesondere eine Reduktion bürokratischer Hürden (46 % Zustimmung) als wichtige Voraussetzung für ein noch intensiveres gesellschaftliches Engagement (Abbildung 11), finanzielle Anreize für Unternehmensengagement und eine verbesserte wirtschaftliche Situation des Unternehmens folgen als weitere zentrale Faktoren. Dabei ist zu beachten, dass Unternehmen mit der Forderung nach weniger Bürokratie möglicherweise nicht nur spezifische administrative Hürden im Bereich Engagement ansprechen, sondern auch allgemeine bürokratische Belastungen im Unternehmensalltag. Ein Indiz dafür, dass sich Bürokratiehemmnisse jedoch auch konkret auf gesellschaftliches Engagement beziehen, ergibt sich aus einem anderen Befund: Knapp die Hälfte der Unternehmen stimmen zu, dass es insbesondere bei Kooperationen im Engagement zu bürokratischen Hürden kommt. Dies deutet darauf hin, dass beispielsweise Genehmigungsverfahren, Versicherungsfragen, Fördermittelanträge oder Berichtsanforderungen als Hemmnisse wahrgenommen werden. Eine Entlastung in diesen Bereichen könnte daher ein wichtiger Hebel sein, um Engagementaktivitäten zu erleichtern.

Abbildung 11: Verbesserungswünsche



Was könnte Ihrem Unternehmen helfen, sich künftig noch stärker gesellschaftlich zu engagieren?

Zustimmungsanteile in Prozent

Quelle: Monitor Unternehmensengagement 2025, N = 3.563, gewichtet.

4. Fazit und Handlungsempfehlungen

Der *Monitor Unternehmensengagement 2025* zeigt, dass klassische Formen wie Geld- und Sachspenden sowie die Freistellung von Beschäftigten in den vergangenen Jahren tendenziell rückläufig sind. Engagement gewinnt hingegen als Instrument der Personalpolitik an Bedeutung, insbesondere zur langfristigen Bindung von Beschäftigten an das Unternehmen. Zudem bekennen sich viele Unternehmen zu demokratischen Werten, bleiben mit Blick auf konkrete Maßnahmen der politischen Positionierung und der Demokratieförderung jedoch zurückhaltend, da sie wirtschaftliche Risiken fürchten.

Als Implikationen der Befunde lassen sich folgende Punkte festhalten:

Unternehmen sollten ihr gesellschaftliches Engagement stärker strategisch mit Personal- und Nachhaltigkeitszielen verknüpfen, klare Schwerpunkte setzen und durch langfristige Kooperationen mit der Zivilgesellschaft Glaubwürdigkeit aufbauen. Eine transparente Kommunikation des Engagements – intern wie extern – fördert Mitarbeiterbindung und stärkt das Unternehmensimage. Gleichzeitig muss das Engagement mit den internen Werten und Strukturen im Einklang stehen, um Glaubwürdigkeitsverluste zu vermeiden.

Zivilgesellschaftliche Akteure sollten Unternehmen gezielt als Partner für die Lösung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen ansprechen und gemeinsam nachhaltige Initiativen entwickeln. Besonders im Bereich Demokratieförderung können Unternehmen durch Bildungsangebote und interne Sensibilisierungsmaßnahmen stärker eingebunden werden. Zudem sollten Organisationen Unternehmen dabei unterstützen, die Wirkung ihres Engagements systematisch zu messen und ihre strategische Ausrichtung zu verbessern.

Die Politik sollte steuerliche Anreize und Förderprogramme ausbauen, um gesellschaftliches Engagement von Unternehmen zu erleichtern – etwa durch eine Umsatzsteuerbefreiung für Sachspenden. Bürokratische Hürden für Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren müssen abgebaut und Förderanträge vereinfacht werden. Zudem sind staatlich geförderte Plattformen sinnvoll, um Unternehmen, Zivilgesellschaft und öffentliche Institutionen besser zu vernetzen und sektorübergreifende Zusammenarbeit zu stärken.

Literaturverzeichnis

- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias (2024): AfD: Unternehmen sehen hohes Risiko – Alternative fällt durch. IW-Kurzbericht Nr. 29. Institut der deutschen Wirtschaft. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-Unternehmensbefragung-Risiken-AfD.pdf (10.8.2025).
- Labigne, Anaël; Gilroy, Patrick; Kononykhina, Olga; Hollmann, Detlef; Schilcher, Christian; Riess, Birgit (2018): Bessere Daten für besseres Unternehmensengagement. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/cc-survey_2018.pdf (24.7.25).
- Lenssen, Joris-Johann; Gerber, Luisa Sophie; Kononykhina, Olga; Geyik, Melike (2022): Die Zukunft gemeinsam gestalten: Monitor Unternehmensengagement 2022. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/monitor_unternehmensengagement_2022.pdf (24.7.25).

Seberich, Michael; Schröder, Karenina; Fiedle, Julia (2024): Corporate Citizenship: Vom philanthropischen Außenseiter zum Kompetenzzentrum in nachhaltigen Unternehmen. Wider Sense. https://widersense.org/content/uploads/2024/04/wider_sense_dax_studie_2024_digital_de-1.pdf (24.7.25).

Von Krisenbewältigung zu Transformation: Resilienz als Schlüsselkompetenz zivilgesellschaftlicher Organisationen

Josefa Kny¹

Zusammenfassung

Die Zivilgesellschaft spielt eine zentrale Rolle im Umgang mit Krisen. Ihre Resilienz ist entscheidend, um handlungsfähig zu bleiben und gesellschaftliche Transformation zu fördern. Die Anwendung des Resilienzkonzepts auf zivilgesellschaftliche Organisationen ist bisher wenig erforscht. Dieser Beitrag untersucht, wie Non-Profit-Organisationen ihre Resilienz stärken können. Er kombiniert die Entwicklung einer Definition organisationaler Resilienz mit einer Umfrage unter 200 Organisationen in Deutschland. Die Ergebnisse zeigen, dass die Stärken vor allem in einer starken Wertebasis und sozialem Zusammenhalt liegen. Schwächen bestehen in der Umsetzung resilienzorientierter Führungs- und Strukturkonzepte sowie im Lernen aus Krisen und der Vorbereitung auf künftige Krisen. Ungenügende materielle Ressourcen wirken resilienzschwächend. Der Beitrag liefert relevante Erkenntnisse zur Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen und zeigt auf, wie Resilienz durch gezielte Ressourcenstärkung verbessert werden kann.

Schlagwörter

Resilienz; Resilienzstärkung; Zivilgesellschaft; Organisation; Transformation; Krise; Krisenbewältigung; Kompetenzen

1. Einleitung: Krise, Zivilgesellschaft und Resilienz

Ob Pandemie, Klimakrise oder geopolitische Unsicherheiten – zivilgesellschaftliche Organisationen sind nicht nur von Krisen betroffen, sondern spielen auch eine zentrale Rolle in deren Bewältigung. Ihre Resilienz, also die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen und daraus gestärkt hervorzugehen, ist daher gesellschaftlich relevant. Die zunehmende Komplexität und Dynamik gesellschaftlicher Krisen erfordert eine systematische Untersuchung der Resilienzfaktoren von Organisationen. Ziel dieses Beitrags ist es, praxisnahe Erkenntnisse zur Resilienzstärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen bereitzustellen.

1 Dr., betterplace lab, Forscherin & Kommunikatorin, josefa.kny@betterplace-lab.org.

Krisen sind in der modernen Gesellschaft allgegenwärtig. Sie sind diskursive, gesellschaftlich konstruierte Phänomene, deren Definition abhängig von historischen und kulturellen Kontexten variiert (Nünning 2013). Steg (2020) beschreibt Krisen als nicht intendierte Abweichungen von der Normalität, die in einer Zuspitzung von Entscheidungsphasen enden, deren Ausgang offen ist. Krisen schaffen so Momente der Unsicherheit und offenen zugleich Fehlentwicklungen und die Notwendigkeit neuer Handlungsansätze. Diese Momente der Entscheidung können zu positiven Wendungen oder zu Katastrophen führen. Oft wird eine Krise erst im Nachhinein als solche erkannt, wenn ihre Folgen wirken. In der empirischen Erhebung wurde bewusst auf einen Bezug zu konkreten Krisen verzichtet, um den Befragten zu ermöglichen, selbst zu definieren, was für ihre Organisation als „Krise“ verstanden werden kann – dazu mehr im Ergebnisteil.

Beim Umgang mit Krisen spielt die Zivilgesellschaft eine wesentliche Rolle. Sie umfasst eine Bandbreite an Engagement in Vereinen, Verbänden sowie (unorganisierten und spontanen) Initiativen und sozialen Bewegungen (BMZ 2022). Sie kann die Auswirkungen von Krisen durch die Fähigkeit dämpfen, schnell Hilfe zu mobilisieren und Unterstützungsangebote zu schaffen. Dies hat sich etwa während der sogenannten „Geflüchtetenkrise“ und des Lockdowns aufgrund der Coronapandemie gezeigt (Hutter et al. 2021). Zugleich ist die Zivilgesellschaft selbst von Krisen betroffen, etwa durch einen Rückgang des Engagements und finanzielle Unsicherheiten. Gerade kleinere Organisationen, die auf Ehrenamtliche und Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen angewiesen sind, sind stark betroffen (Schubert et al. 2023). Zudem sehen sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen zunehmend politischer Bedrängnis ausgesetzt, etwa durch rechtsextreme Gruppen und die Bedrohung des Gemeinnützigkeitsstatus (Sommer/Ratzmann 2022). Diese Entwicklungen lassen sich als Teil des globalen Trends des „shrinking space for civil society“ verstehen, wobei auch in Deutschland eine negative Entwicklung zu beobachten ist (Narsee et al. 2023: 156). Insgesamt ist die Zivilgesellschaft gefordert, ihre Handlungsfähigkeit zu bewahren, um auch in Krisenzeiten zur gesellschaftlichen Vielfalt und Transformation beitragen zu können. Das Konzept der Resilienz lässt sich als ein Schlüssel zur Bewältigung dieser Herausforderungen verstehen.

Der Begriff der Resilienz hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen (Schneider 2022). Ursprünglich aus der Werkstoffkunde stammend, hat sich das Konzept in der Psychologie und Ökosystemforschung fortentwickelt und wird mittlerweile auch in der Organisations- und Transformationsforschung diskutiert (Hoffmann 2017; Genzsch et al. 2022). Resili-

enz ist – allgemein definiert – die Fähigkeit eines Systems, adäquat auf Rückschläge zu reagieren, indem es sich an neue Rahmenbedingungen anpasst, sich also kontinuierlich fortentwickelt (Block et al. 2021). So ist Resilienz nicht nur die Widerstandsfähigkeit gegen Krisen, sondern umfasst auch die Fähigkeit zur Anpassung, Selbsterneuerung und Krisenprävention (Großklaus 2022). Es geht damit nicht nur um ein bloßes ‚Zurückfedern‘ (bounce back) nach Krisen, sondern auch ein ‚Vorwärtsfedern‘ (bounce forward), das transformative Potenziale beinhaltet (Doppelt 2023). Entsprechend wird Resilienz als ein Ergebnis gesellschaftlicher Bedingungen verstanden, die gestaltbar sind und durch kollektives Handeln aktiv verändert werden können (Amo-Agyemang 2021).

Zugleich wird Resilienz nicht als universelle Fähigkeit betrachtet, sondern ist abhängig vom Kontext – unterschiedliche Systeme sind unterschiedlich resilient gegenüber verschiedenen Krisen (Hoffmann 2017). Die Entwicklung von Resilienz hängt dabei von diversen Ressourcen ab, die teils vorhanden sind, teils erlernt werden müssen (Soucek et al. 2016). Auf diesen Grundlagen baut unsere Entwicklung einer praxisorientierten Definition von Resilienz für zivilgesellschaftliche Organisationen auf.

2. Methodisches Vorgehen

Die Studie, die diesem Beitrag zugrunde liegt, basiert auf einer Analyse des Forschungsstands zur organisationalen Resilienz unter Berücksichtigung von 32 Quellen (u. a. aus Psychologie, Soziologie, Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaften) (Peters et al. 2024).² Ziel war es, resilienzfördernde Ressourcen für zivilgesellschaftliche Organisationen zu identifizieren. Aus rund 200 erfassten Begriffen wurden durch inhaltliche Konsolidierung 25 zentrale Resilienzressourcen abgeleitet und in fünf Clustern gebündelt.

Um die Wirkung und Verteilung dieser Ressourcen in der Zivilgesellschaft zu untersuchen, wurde eine Befragung mittels Online-Fragebogen

2 Dieser Beitrag basiert auf der Studie „Nicht kleinzukrisen! Was die Zivilgesellschaft resilient macht“, ein zentrales Ergebnis des Projekts „Die resiliente Zivilgesellschaft“, gefördert von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (2023–2024). Die Autorin dankt ihren Kolleg*innen – Stephan Peters, dem Hauptautor der zugrundeliegenden Studie, Franka Scheffel, die sowohl für das Gelingen der Studie als auch für diesen Beitrag eine enorme Unterstützung war, und Angela Ullrich für ihre Expertise für die empirische Auswertung.

durchgeführt. Im Detail zielte diese darauf ab, belastbare Anhaltspunkte darüber zu gewinnen, wie es um die Resilienz der Organisationen steht, was ihre Stärken und Schwächen sind und welche Entwicklungspotenziale sich daraus ableiten lassen. Der Fragebogen umfasste 52 Items mit Skalenfragen, Auswahlfragen und offenen Fragen. Die Skalenfragen basierten auf einer sechsstufigen Skala (1 = „trifft voll und ganz zu“ bis 6 = „trifft gar nicht zu“) analog zum Schulnotensystem. Offene Fragen ermöglichten qualitative Einblicke in konkrete Krisenerfahrungen, während Auswahlfragen die strukturellen Merkmale der Organisationen erfassten.

Die Stichprobe der Studie bestand aus 202 Organisationen und umfasste in ausgewogener Weise Akteur*innen, die hauptamtlich (49 %) oder ehrenamtlich (51 %) in einer Organisation tätig sind. Die teilnehmenden Organisationen verteilten sich auf diverse Rechtsformen, wobei eingetragene Vereine mit 83,4 % dominierten, gefolgt von gGmbHs und gAGs (7,6 %). Die vertretenen Organisationen verteilten sich breit über verschiedene Wirkungsbereiche, wobei die Felder „Bildung und Erziehung“ (24,3 %) sowie „Wohlfahrt, soziale Dienste und Inklusion“ (19,8 %) hervorstachen. Hinsichtlich ihrer finanziellen Ausstattung sind 25,5 % der Organisationen klein (Jahresbudget <20.000 €), 29,1 % mittelgroß (20.000 – 100.000 €) und 45,4 % groß (>100.000 €). Die Haupteinnahmequellen umfassten Spenden, öffentliche Fördermittel sowie Zuwendungen von Stiftungen oder anderen Organisationen.

Verglichen mit ZiviZ-Erhebungen (Schubert et al. 2023) sind größere Organisationen mit höherer finanzieller Ausstattung und mehr ehrenamtlich Engagierten in der Stichprobe überrepräsentiert. Daraus lässt sich schließen, dass sich vor allem Organisationen mit einem höheren Maß an Etablierung und Professionalität an der Umfrage beteiligt haben. Dies könnte darauf hindeuten, dass das Sample eher resilientere Organisationen erfasst, was sich in den Ergebnissen jedoch nicht bestätigt.

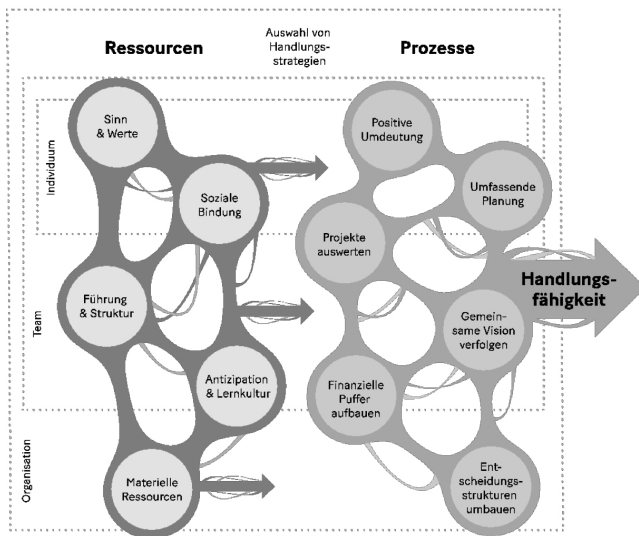
3. Konzeptentwicklung: Resilienz in zivilgesellschaftlichen Organisationen

Unter Organisationen werden soziale Gebilde mit einer formalen Struktur verstanden, die ein spezifisches Ziel verfolgen (Kieser/Walgenbach 2010). Hoffmann (2017) beschreibt sie als multidimensionale soziale Systeme, die von losen Gruppen bis zu komplexen hierarchischen Verbänden reichen. Im Hinblick auf die Anwendbarkeit des Resilienzkonzepts auf Organisationen und ihre Ebenen, kann auf verschiedene Systembegriffe zurückgegrif-

fen werden: So lassen sich Individuen als psychologische Systeme und Organisationen als spezifische Formen sozialer Systeme verstehen (Gilan et al. 2022). Dabei werden Interdependenzen deutlich: Individuen entwickeln Resilienz durch positive Anpassung an belastende Ereignisse, wobei ihre sozialen Kontexte eine zentrale Rolle spielen (Leipold/Greve 2009). Während organisationale Resilienz in der Forschung vornehmlich im Unternehmenskontext untersucht wird, bleibt der Non-Profit-Bereich bislang weitgehend unbeachtet. Studien über Gemeinschaften und Individuen ermöglichen allerdings hilfreiche Ableitungen (Hoffmann 2017). Entsprechend definiert unsere Studie organisationale Resilienz angelehnt an Hoffmann (2017) sowie Roth et al. (2021) wie folgt:

Organisationale Resilienz ist die erlernbare Fähigkeit einer Organisation, einen Umgang mit Krisen zu finden, um langfristig handlungsfähig zu bleiben. Eine resiliente Organisation ist auf Grundlage ihrer jeweiligen Ressourcen auf den Ebenen der einzelnen Personen (individuell), deren Zusammenwirken (intersubjektiv) sowie der Organisation selbst (strukturell) imstande, kontextspezifische Handlungsstrategien auszuwählen, um mit der jeweiligen Krise umzugehen.

Abbildung 1: Ressourcen und Prozesse organisationaler Resilienz



Quelle: Peters et al. (2024: 27), angelehnt an Soucek et al. (2016).

Auf Basis von Peters et al. (2024) lässt sich ein Set an Ressourcen identifizieren, das für die Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen als besonders förderlich betrachtet werden kann. Dieses umfasst sowohl materielle Faktoren (wie finanzielle Puffer oder Infrastrukturen) als auch immaterielle Aspekte (wie Kommunikationsflüsse oder Netzwerke). Die Verfügbarkeit dieser Ressourcen beeinflusst die Handlungsmöglichkeiten der Organisationen und damit ihre Fähigkeit zur Krisenanpassung.

Die Resilienzressourcen lassen sich in fünf Cluster unterteilen: *Sinn & Werte*, *Soziale Bindung*, *Führung & Struktur*, *Antizipation & Lernkultur* sowie *Materielle Ressourcen*. Sie umfassen Fähigkeiten, Praktiken und Rahmenbedingungen, die individuell sowie intersubjektiv wirksam sind und bis zu einem gewissen Grad erlernbar oder zu erarbeiten sind. Dabei ist wichtig zu betonen: Diese Kategorisierung versteht sich als Ausgangspunkt für die Reflexion und Stärkung resilienzfördernder Faktoren in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Aufgrund deren Komplexität und Heterogenität ist eine kontextspezifische Betrachtung notwendig, die lokales Wissen einbezieht (Amo-Agyemang 2021). Geeignete Maßnahmen zu identifizieren und anzupassen, muss daher stets auf Ebene der jeweiligen Organisation in der Praxis erfolgen.

Abbildung 2: Übersicht der Resilienzressourcen-Cluster



Quelle: Peters et al. (2024: 37).

Dieser Beitrag legt im Folgenden einen Fokus auf die empirischen Erkenntnisse, weshalb wir hier auf Definitionen der einzelnen Resilienzressourcen verzichten. Sie lassen sich in der zugrunde liegenden Studie nachlesen (Peters et al. 2024).

4. Empirische Erkenntnisse

Ausgangspunkt der Analyse ist die Frage, welche Krisen die befragten Organisationen in der Vergangenheit zu bewältigen hatten und welche Krisenentwicklungen sie antizipieren.

In den letzten Jahren sahen sich alle befragten Organisationen mit diversen Krisen konfrontiert, die sowohl auf externe als auch interne Faktoren zurückgingen. Als bedeutendste externe Krise wurde die Coronapandemie genannt (25,8 % der Nennungen in der Freitextabfrage). Intern standen primär fehlende finanzielle Mittel (15,7 %) im Fokus. Fluktuation und personelle Abgänge (11,8 %), gerade in Leitungspositionen, stellten eine weitere Herausforderung dar, ebenso wie Mitgliederschwund und Fachkräfte- und Mitarbeitermangel (8,5 %). Diese Faktoren trugen wiederum zu Arbeitsüberlastung (7,5 %) und zwischenmenschlichen Konflikten innerhalb der Organisationen (6,2 %) bei.

Dennoch bewerten die befragten Organisationsvertreter*innen ihre grundsätzliche Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, mit einem Mittelwert von 2,3 – also der Schulnote „Zwei minus“ – als tendenziell positiv. Rund die Hälfte der Organisationsvertreter*innen (50,7 %) schätzt ihre Krisenbewältigung als gut ein, jeweils knapp ein Fünftel (18,7 %) als sehr gut oder befriedigend. Ein uneinheitliches Bild zeigt sich bei der Analyse unterschiedlicher Phasen der Krisenbewältigung. So wird die Aufarbeitung vergangener Krisen mit einem Mittelwert von 3,1 bereits kritischer gesehen. Noch pessimistischer fällt die Selbsteinschätzung hinsichtlich der Vorbereitung auf künftige Krisen aus, die im Durchschnitt mit 3,3 bewertet wird.

Mit Blick auf die einzelnen Cluster der Resilienzressourcen ergibt sich ein umfassendes Bild der Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen, das nachfolgend aufgeschlüsselt wird.

4.1 Sinn & Werte

Das übergeordnete Ziel (Purpose) einer Organisation bildet eine zentrale Basis für ihre Resilienz. Zwar zeigen Studien, dass gesellschaftliche

Relevanz im zivilgesellschaftlichen Sektor als Sinnquelle dient; sie reicht jedoch nicht zwangsläufig aus, um ein starkes individuelles Sinnerleben zu garantieren (Hardering 2020). Gerade in Krisen droht der Blick auf den Purpose verloren zu gehen, weshalb Organisationen aktiv für die Vergegenwärtigung von Sinn und Werten sorgen müssen (Wellmann 2022). Der Stärkung der organisationalen Resilienz dient eine gefestigte Wertekultur, die Orientierung in Krisen bietet und Selbstwirksamkeit, Optimismus und Experimentierfreude fördert (Zehrer/Raich 2022). Eine resiliente Organisation ermutigt ihre Mitglieder, auch in Unsicherheit handlungsfähig zu bleiben, neue Lösungen zu erproben und Vertrauen in die eigene Wirksamkeit zu behalten. Wie spiegelt sich dies in den Umfrageergebnissen wider? Das Cluster *Sinn & Werte* wurde mit durchschnittlich 2,3 am besten bewertet. Besonders hoch eingeschätzt wurden eine gemeinsame Vision und wertebasierte Entscheidungen (Mittelwert je 1,9). Auch Optimismus und Selbstwirksamkeit (Mittelwert je 2,3) wurden positiv bewertet, wohingegen die Lösungsorientierung mit einem Mittelwert von 3,4 deutlich abfiel. Die Organisationen beschäftigen sich also oft erst dann mit Problemen, wenn diese schon akut sind. Gut bewertet wird ebenfalls die Experimentierfreudigkeit (Mittelwert 2,1), die von Organisationen mit einer sehr guten Krisenbewältigung sogar durchschnittlich mit 1,3 bewertet wurde. Kreativität stellt somit eine Schlüsselressource für Resilienz dar.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die Relevanz einer wertegeleiteten Organisationskultur für die Krisenbewältigung. Eine starke gemeinsame Vision und gelebte Werte unterstützen nicht nur die individuelle Motivation, sondern tragen auch zur organisationalen Resilienz bei.

4.2 Soziale Bindung

Die Resilienz von Organisationen hängt maßgeblich von der Stärke ihrer sozialen Bindungen im Innen und Außen ab (Schäfers/Kopp 2006). Resilienzfördernde Strukturen können auf drei Ebenen betrachtet werden: Auf der Mikroebene stärken unterstützende Beziehungen die individuelle Resilienz, während auf der Mesoebene ein wertschätzendes Teamklima und ein stabiler Informationsfluss entscheidend sind (Drössler et al. 2016; Silbernagl 2021). Auf der Makroebene führt ein starkes Wir-Bewusstsein dazu, dass Organisationen als geschlossene Einheit gegenüber externen Krisen auftreten (Hoffmann 2017). Neben der internen spielt auch die externe Vernetzung eine zentrale Rolle. So lassen sich Ressourcen bündeln, Wis-

sensbestände austauschen und Handlungsstrategien abstimmen, was gerade in akuten Krisen die Resilienz stärkt (betterplace lab 2022). Voraussetzung dafür ist eine kontinuierliche Netzwerkpflege (Heller et al. 2019).

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass das Cluster *Soziale Bindung* mit durchschnittlich 2,5 insgesamt etwas schwächer bewertet wird als *Sinn & Werte*. Positiv fallen das Wir-Bewusstsein (Mittelwert 2,0) und eine Kultur des respektvollen Miteinanders (Mittelwert 2,1) auf. Die Vernetzung mit anderen Organisationen wird mit durchschnittlich 2,4 als noch gut eingeschätzt. Die schwächsten Bewertungen erhalten hingegen die interne Vernetzung (Mittelwert 3,1) und Solidarität (Mittelwert 3,0). Studien zeigen, dass ein solidarisches Arbeitsklima vor allem dann realisiert wird, wenn ausreichend Kapazitäten zur gegenseitigen Unterstützung vorhanden sind (Weggen 2016). In Krisensituationen hingegen steigt der Druck, wodurch Entlastung durch andere schwerer zugänglich ist.

Die Ergebnisse zeigen: Soziale Bindungen sind für die organisationale Resilienz essenziell, erfordern jedoch gerade in Zeiten hoher Belastung gezielte Stärkung. Gewicht sollte besonders auf eine verbesserte interne Vernetzung und solidarische Strukturen gelegt werden.

4.3 Führung & Struktur

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass das Cluster *Führung & Struktur* mit durchschnittlich 2,8 nur ein befriedigendes Niveau aufweist, also schwächer als *Sinn & Werte* und *Soziale Bindung* abschneidet. Zwar werden die Aspekte Eigenverantwortung (Mittelwert 2,3) und adaptive Führung (Mittelwert 2,4) positiv bewertet, die dezentrale Entscheidungsfindung mit durchschnittlich 3,8 jedoch auffällig schwächer. Dies weist darauf hin, dass Entscheidungsprozesse oft in den Händen weniger Personen verbleiben, was ein flexibles Anpassen einschränkt. Flexibilität in der Führung ist eine zentrale Herausforderung, gerade in Krisensituationen, in denen schnelle Entscheidungen nötig sind (Hoffmann 2017). Eine ausgewogene Balance zwischen stabilen Strukturen und flexiblen Führungsformen erscheint daher als resilienzstärkend.

Ein weiterer kritischer Aspekt ist der Ressourcenzugang. Während der Informationsfluss innerhalb der Organisationen als gut bewertet wird (Mittelwert 2,2), gestaltet sich die kurzfristige Aktivierung von Engagierten schwierig (Mittelwert 3,5). Dies korrespondiert mit den Herausforderungen

von Mitgliederschwund und knappen finanziellen Ressourcen, wie sie anderswo in der Umfrage thematisiert wurden.

Besonders auffällig ist die geringe Diversität – mit einer Bewertung von durchschnittlich 3,5 weist sie den schwächsten Wert des Clusters auf. Fast ein Viertel der Organisationen (23,6 %) gibt an, Diversität in der Teamzusammenstellung kaum oder gar nicht zu berücksichtigen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund von Erkenntnissen bedenklich, nach denen Diversität durch die Einbindung unterschiedlicher Perspektiven und Erfahrungen die organisationale Resilienz stärken kann (Duchek et al. 2020).

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Organisationen ein gewisses Maß an Eigenverantwortung und flexibler Führung aufweisen. Um ihre Resilienz weiter zu stärken, bedarf ihre Führungskultur einer Weiterentwicklung hin zu stärker verteilten Entscheidungsstrukturen und einer bewussteren Berücksichtigung von Vielfalt.

4.4 Antizipation und Lernkultur

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass das Cluster *Antizipation & Lernkultur* mit einem Mittelwert von 2,7 unterdurchschnittlich bewertet wurde. Defizite bestehen besonders beim systematischen Aufarbeiten vergangener Krisen und beim Fördern einer Lernkultur, etwa durch Fort- und Weiterbildung (Mittelwert 3,1). Fehleranalyse und Mehrperspektivität sind in vielen Organisationen wenig etabliert.

Die Unsicherheitstoleranz wurde mit durchschnittlich 2,2 recht gut bewertet. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sind durch unsichere Finanzierungsbedingungen an Ungewissheit gewöhnt und verfügen über adaptive Strukturen, die ihnen helfen, auch in unübersichtlichen Situationen fokussiert zu agieren. Ihre durchschnittliche Offenheit für Neues (2,4) deutet darauf hin: Die Bereitschaft zur Weiterentwicklung ist da, doch oft fehlen Ressourcen und Zeit für eine systematische Umsetzung. Die Notwendigkeit, stets mit knappen Ressourcen auf Krisen zu reagieren, erschwert es, aus Erfahrungen zu lernen und vorausschauende Maßnahmen zu etablieren. Zudem verhindert der externe und interne Erwartungsdruck, finanzielle Mittel direkt in operative Tätigkeiten, statt in Organisationsentwicklung zu investieren – und damit langfristige Resilienz (Benning et al. 2022).

Um zivilgesellschaftliche Organisationen zukunftsfähiger zu machen, bedarf es einer gezielten Förderung ihrer Lernkultur und Antizipationsfähigkeit und einer Reduktion des unmittelbaren Ressourcendrucks.

4.5 Materielle Ressourcen

Die Untersuchung zeigt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ihre materiellen Ressourcen insgesamt als unzureichend bewerten (Mittelwert 3,5). Gerade die Finanzsituation (Mittelwert 3,7) und langfristige Planungssicherheit (Mittelwert 3,9) werden negativ eingeschätzt. Auch die räumlich-sachliche Ausstattung wird mit durchschnittlich 3,0 nur als befriedigend bewertet.

Deutlich wird, dass Organisationen mit einer besseren finanziellen Ausstattung tendenziell auch in anderen Clustern höhere Werte aufweisen. Dennoch bleibt die Finanzierung eine zentrale Herausforderung: 15,7 % der befragten Organisationen haben bereits Krisen aufgrund finanzieller Unsicherheiten erlebt und 29,1 % befürchten solche Krisen zukünftig.

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die Wahrnehmung einer strukturellen Unterfinanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und verdeutlichen die Notwendigkeit langfristiger finanzieller Absicherung. Ein ausreichender finanzieller Puffer könnte nicht nur die akute Krisenbewältigung erleichtern, sondern auch vorausschauende Investitionen in die organisatorische Resilienz ermöglichen.

4.6 Resilienz-Score

Die Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde in einem Resilienz-Score zusammengefasst, der den Mittelwert von 34 Items berechnet. Dieses quantitative Vorgehen ermöglicht nur eine Annäherung an das Konzept der Resilienz, das qualitativ, multidimensional und kontextsensitiv ist. Der Resilienz-Score unserer Stichprobe lag bei durchschnittlich 2,7 (Schulnote „Drei plus“). Es zeigte sich eine breite Streuung von 1,3 bis 5,2. Rund 48,5 % der Organisationen erzielten Werte im „guten“ Bereich, während mehr als ein Drittel im Bereich „befriedigend“ lagen.

Unterschiede in den Resilienz-Scores lassen sich besonders bezogen auf die Organisationsgröße identifizieren. Kleine und mittelgroße Organisationen schnitten durchschnittlich besser ab als größere. Dies lässt sich

möglicherweise durch Unterschiede in bestimmten Resilienzressourcen erklären: Kleinere Organisationen zeichnen sich durch eine stärkere Sinn- und Werteorientierung sowie eine ausgeprägtere Lernkultur aus. Mitttelgroße Organisationen bewerten ihre Führung am besten, größere Organisationen am schlechtesten. Auch die soziale Bindung scheint besonders stark in mittelgroßen Organisationen ausgeprägt zu sein. Die Mittelwerte und Streuungen der Resilienz-Scores bieten eine erste Orientierung für künftige Erhebungen und vergleichende Analysen.

5. Fazit

Der Beitrag untersucht die Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen. Er zeigt: Die Fähigkeit, mit Krisen umzugehen, setzt sich aus verschiedenen Ressourcen zusammen, die gestärkt werden können. Die identifizierten Cluster *Sinn & Werte*, *Soziale Bindung*, *Führung & Struktur*, *Antizipation & Lernkultur* und *Materielle Ressourcen* bieten Ansatzpunkte für die gezielte Weiterentwicklung organisationaler Resilienz.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Resilienz der befragten Organisationen im Durchschnitt als *voll befriedigend* eingestuft wird (Mittelwert des Resilienz-Scores 2,7). Stärken liegen in einem ausgeprägten Sinn- und Werteverständnis sowie in belastbaren sozialen Beziehungen. Die Verteilung von Führungsverantwortung und Entscheidungskompetenzen erweist sich hingegen als schwieriger. Defizite zeigen sich auch im Etablieren einer Lernkultur, die ermöglicht, aus vergangenen Krisen zu lernen oder sich frühzeitig mit zukünftigen zu befassen. Eine starke Belastung der Organisationen durch aktuelle Herausforderungen und eingeschränkte finanzielle Ressourcen erschwert die systematische Beschäftigung mit diesen Themen. Alle Organisationen rechnen in Zukunft mit zunehmendem Druck und weiteren Krisen, vor allem aufgrund von Finanzierungsproblemen, Personalmangel und Mitgliederschwind – diese Faktoren erschweren die Vorbereitung auf kommende Krisen. Sektorstärkende Maßnahmen sind daher dringend notwendig.

Für die Zukunft werden neben einer Ausweitung der Stichprobe auf ein repräsentatives Maß vertiefende Forschungsfragen vorgeschlagen, welche die organisationale Resilienz in verschiedenen Wirkungsfeldern fokussieren. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen bereits über eine krisenbewusste und zukunftsgerichtete Haltung, die für kommende Herausforderungen wichtig ist. Resilienz ist daher weniger eine Frage der

Begrifflichkeit als vielmehr eine Frage der praktischen Umsetzung einer langfristigen, veränderungsmutigen Haltung.

Literaturverzeichnis

- Amo-Agyemang, Charles (2021): Decolonising the Discourse on Resilience. In: *International Journal of African Renaissance Studies – Multi-, Inter- and Transdisciplinarity*, 16. Jg., Heft 1, S. 4–30, <https://doi.org/10.1080/18186874.2021.1962725>.
- Benning, Laura; Gerber, Luisa; Krimmer, Holger; Schubert, Peter; Tahmaz, Birthe (2022): Zivilgesellschaftliches Engagement im Jahr 2031. https://www.ziviz.de/sites/ziviz/files/zivilgesellschaftliches_engagement_im_jahr_2031.pdf (12.8.2025).
- betterplace lab (2022): betterplace co:lab Handbuch.
- Block, Judith et al. (2021): *Zukunftskraft Resilienz. Gewappnet für die Zeit der Krisen*. Frankfurt am Main.
- BMZ (2022): Zivilgesellschaft. <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976> (20.2.2025).
- Bünder, Peter (2020): Krise. <https://www.carl-auer.de/magazin/systemisches-lexikon/krise> (20.2.2025).
- Doppelt, Bob (2023): Preventing and healing climate traumas. A guide to building resilience and hope in communities. New York, <https://doi.org/10.4324/9781003262442>.
- Drössler, Stephanie et al. (2016): Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt – Soziale Beziehungen. www.baua.de/psychische-gesundheit (20.2.2025).
- Duchek, Stephanie; Raetz, Sebastian; Scheuch, Ianina (2020): The role of diversity in organizational resilience: a theoretical framework. In: *Business Research*, 13. Jg, S. 387–423, <https://doi.org/10.1007/s40685-019-0084-8>.
- Genzsch, Madeleine; Janho, Nural; Kell, Raphaela (2022): Regionale Resilienzentwicklung und das Ideal der Partizipation. In: Pechlaner, Harald (Hrsg.): *Resilienz als Strategie in Region, Destination und Unternehmen*. Wiesbaden, S. 425–453, https://doi.org/10.1007/978-3-658-37296-5_15.
- Gilan, Donya; Helmreich, Isabella; Himbert, Marie; Hahad, Omar (2022): Wirkzusammenhänge zwischen individueller und kollektiver Resilienzförderung. In: Pechlaner, Harald (Hrsg.): *Resilienz als Strategie in Region, Destination und Unternehmen*. Wiesbaden, S. 71–91, https://doi.org/10.1007/978-3-658-37296-5_3.
- Großklaus, Mathias (2022): Vom Modewort zum transformativen Hebel: Wie die Konjunktur des Resilienzbegriffs für die digitalökologische Transformation genutzt werden kann. https://codina-transformation.de/wp-content/uploads/CODINA_Positionspapier-1I_Transformative-Resilienz.pdf (12.8.2025).
- Hardering, Friederike (2020): Gesellschaftliche Vorstellungen sinnvoller Arbeit und individuelles Sinnerleben in der Arbeitswelt. <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/250330235/ergebnisse> (20.2.2025).
- Heller, Jutta et al. (2019): Messung organisationaler Resilienz: Zentrale Elemente, Schutz- und Risikofaktoren. In: Heller, Jutta (Hrsg.): *Resilienz für die VUCA-Welt*. Wiesbaden, S. 133–139, https://doi.org/10.1007/978-3-658-21044-1_9.

- Hoffmann, Gregor P. (2017): Organisationale Resilienz. Berlin/Heidelberg.
- Hutter, Swen et al. (2021): Deutschlands Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie. Eine Befragung von Vereinen und Initiativen. https://publications.rifs-potsdam.de/rest/items/item_6001116_10/component/file_6001117/content (12.8.2025).
- Kieser, Alfred; Walgenbach, Peter (2010): Organisation. München.
- Leipold, Bernhard; Greve, Werner (2009): Resilience: A conceptual bridge between coping and development. In: *European Psychologist*, 14. Jg., Heft 1, S. 40–50, <https://doi.org/10.1027/1016-9040.14.1.40>.
- Luthmann, Timo (2019): Politisch aktiv sein und bleiben. Handbuch Nachhaltiger Aktivismus. Münster.
- Narsee, Aarti et al. (2023): Fighting for Democratic Empowerment and Resilience: Civic Space Report 2023. <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2023/03/Civic-Space-Report-2023-European-Civic-Forum.pdf> (12.8.2025).
- Nünning, Ansgar (2013): D. In: Nünning, Ansgar (Hrsg.): Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie. Stuttgart, S. 118–153, https://doi.org/10.1007/978-3-476-05349-7_4.
- Peters, Stephan; Kny, Josefa; Scheffel, Franka; Ullrich, Angela (2024): Nicht klein-zukrisen! Was die Zivilgesellschaft resilient macht. <https://www.betterplace-lab.org/studie-organisationale-resilienz> (20.2.2025).
- Roth, Florian; Warnke, Philine; Niessen, Pia; Edler, Jakob (2021): Systemische Resilienz: Einsichten aus der Innovationsforschung. Perspektiven-Policy Brief. Karlsruhe.
- Schäfers, Bernhard; Kopp, Johannes (2006): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden.
- Schneider, Martin (2022): Jenseits von palliativen Strategien. Zum Zusammenhang von Krisenbewältigung, Transformation und Resilienz. In: Pechlaner, Harald (Hrsg.): Resilienz als Strategie in Region, Destination und Unternehmen. Wiesbaden, S. 3–31, https://doi.org/10.1007/978-3-658-37296-5_1.
- Schubert, Peter; Tahmaz, Birthe; Krimmer, Holger (2023): Zivilgesellschaft in Krisenzeiten: Politisch aktiv mit geschwächten Fundamenten. Berlin.
- Silbernagl, Carolin (2021): Das neue Normal. Was die Zivilgesellschaft aus der Corona-Krise mitnimmt. <https://so-geht-digital.de/wp-content/uploads/2019/02/APIAbschluss.pdf> (20.2.2025).
- Sommer, Moritz; Ratzmann, Nora (2022): Bedrohte Zivilgesellschaft. Berlin.
- Soucek, Roman; Ziegler, Michael; Schlett, Christian; Pauls, Nina (2016): Resilienz im Arbeitsleben – Eine inhaltliche Differenzierung von Resilienz auf den Ebenen von Individuen, Teams und Organisationen. In: Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie, 47. Jg., S. 131–137, <https://doi.org/10.1007/s11612-016-0314-x>.
- Steg, Joris (2020): Was heißt eigentlich Krise? In: *Soziologie*, 49. Jg, Heft 4, S. 423–435.
- Wellmann, Holger (2022): Arbeit transformieren durch sinnstiftende Unternehmenskulturen. https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008320 (20.2.2025).

Zehrer, Anita; Raich, Frieda (2022): Employer Branding in Familienunternehmen – Besonderheiten zur Etablierung einer attraktiven Arbeitgebermarke in familiengeführten touristischen Unternehmen. In: Bieger, Thomas; Beritelli, Pietro; Laesser, Christian (Hrsg.): Krisenbewältigung und digitale Innovationen im alpinen Tourismus. Berlin, S. 159–169, <https://doi.org/10.37307/b.978-3-503-20916-3.12>.

Krise als Chance?

Strategien und Handlungspläne zur Stärkung des freiwilligen Engagements in Krisenzeiten

Tim Becker¹, Nuria Catalán², Carola Schaaf-Derichs³, Linda Spadolini⁴, Heinz Stapf-Finé⁵

Zusammenfassung

Die Auswirkungen der Coronapandemie und anderer Krisen auf die Gesellschaft sind bisher unzureichend erforscht und aufgearbeitet, was insbesondere im Feld des freiwilligen Engagements deutlich wird. Eine Analyse der Krisenbewältigung kann eine wertvolle Grundlage für die zukünftige Förderung, fachliche Ausrichtung sowie infrastrukturelle Unterstützung von freiwilligem Engagement sein. Dies ist in Zeiten zunehmender Polykrisen umso relevanter. Das Forschungsprojekt „Krise als Chance?“ untersucht die Bereiche Flucht und Migration sowie Wohnungslosenhilfe in Berlin. Der vorliegende Beitrag präsentiert eine Auswahl von Zwischenergebnissen, mit dem Fokus auf drei Themenbereiche, die mit der Entwicklung von Krisenresilienz verknüpft sind: die Rolle hauptamtlicher Freiwilligenkoordination, die Bedeutung von Vernetzung und Austauschformaten sowie die Kompetenzentwicklung und Weiterbildung von freiwillig Engagierten.

Schlagwörter

Krise; Zivilgesellschaft; Engagement; Resilienz; Freiwilligenkoordination; Vernetzung; Kompetenzen

1. Einleitung

Gefördert von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin untersucht das Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung – ein An-Institut der Alice Salomon Hochschule – die Auswirkungen der Coronapandemie

-
- 1 Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung, tim.becker@socialeurope.net.
 - 2 Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, projekt@socialeurope.net.
 - 3 Freie Organisations- und Managementberaterin, schaaf-derichs@ngo-coaching.de.
 - 4 Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, projekt@socialeurope.net.
 - 5 Prof. Dr., Alice Salomon Hochschule Berlin, Direktor Europa-Institut für Sozial- und Gesundheitsforschung, stapf-fine@ash-berlin.eu.

und der nachfolgenden Krisen (Fluchtbewegung aus der Ukraine, Inflation, politischer Rechtsruck) auf das freiwillige Engagement in den Bereichen Flucht/Migration und Wohnungslosenhilfe in Berlin.

Im Rahmen der Untersuchung wurden zwischen Juni 2024 und Februar 2025 insgesamt 40 qualitative, leitfadengestützte Einzel- und Gruppeninterviews durchgeführt. Es nahmen 34 Freiwillige und 19 Expert:innen teil, darunter Ehrenamtskoordinator:innen sowie Leiter:innen von Einrichtungen, Projekten und Freiwilligenagenturen. Die Teilnehmer:innen und Multiplikator:innen wurden Anfang 2024 auf Berliner Veranstaltungen im Bereich des freiwilligen Engagements und auf Freiwilligenbörsen gewonnen. Unterstützung bei der Gewinnung von Teilnehmer:innen kam auch von einzelnen Verbänden und dem „Beratungsforum Engagement für Geflüchtete“ der Landesfreiwilligenagentur Berlin. Die Interviews wurden nach der qualitativen Inhaltsanalyse von Meuser und Nagel (2022) ausgewertet.

Das Projekt verfolgt einen Civic-Science-Ansatz (Bäckstrand 2003), der Forschung mit den von sozialen Phänomenen betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht Forschung über die Menschen. Daher wurde das Projektdesign in enger Kooperation mit der Praxispartnerin Landesfreiwilligenagentur Berlin entworfen. Der Leitfaden wurde in Diskussionen mit Koordinator:innen von Freiwilligen entwickelt. Eine Reihe von Interviews wurde nach entsprechender Schulung durch Koordinator:innen selbst vorgenommen. Die gewonnenen Ergebnisse wurden mit den Teilnehmenden der Interviews kommunikativ validiert.

Diesem Ansatz folgend startete das Projekt mit einer alltagswissenschaftlichen Definition von gesellschaftlichen Krisen, die Einfluss auf freiwilliges Engagement haben. Am meisten erwähnt haben die Befragten neben der Coronapandemie, die im Mittelpunkt der Betrachtungen stand: die Fluchtbewegung aus der Ukraine, Inflation / steigende Armut und Krise der Demokratie / politischer Rechtsruck.

Der für die Interviews entwickelte Leitfaden stützt sich auf eine Definition von organisationaler Resilienz (in Anlehnung an Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2016), die sich am Ablauf einer krisenhaften Störung orientiert:

- *Antizipation*: Vorhersehen von möglichen Störungen
- *Abpuffern*: Eingreifen nach der Störungswirkung aber vor der vollständigen Wirkungsentfaltung
- *Anpassung*: Handhaben einer akut entfalteten Störungswirkung

- *Erholung*: Handlungen, die die Funktionalität einer Organisation nach deren Beeinträchtigung durch eine Störung/Schwankung wiederherstellen sollen
- *Lernen*: Anpassen von Organisation und Prozessen nach Abklingen der Störungswirkung

Im vorliegenden Beitrag werden die Zwischenergebnisse dreier Themenbereiche zusammengefasst, die für die ZEFF-Tagung 2025 ausgewählt wurden. Der Fokus der Analyse liegt dabei insbesondere auf Aussagen, die sich auf die Folgen zweier Krisen beziehen: die Coronapandemie und die Fluchtbewegung aus der Ukraine. Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden bereits eine Literaturanalyse (Becker et al. 2024) sowie eine Broschüre (Europa-Institut 2024a) veröffentlicht. Der Abschlussbericht wird im Logos-Verlag Berlin unter dem Titel „Krise als Chance? Strategien und Handlungspläne zum Aufbau resilienter Strukturen im freiwilligen Engagement“ erscheinen.

2. Hauptamtliche tragen zur Krisenfestigkeit bei

2.1 Freiwillige wünschen sich mehr Unterstützungssysteme

Im Rahmen der qualitativen Interviews berichteten Freiwillige und Freiwilligenkoordinator:innen und -manager:innen von ihren größten Herausforderungen während der Coronapandemie. Dabei äußerten mehrere Engagierte den Wunsch nach stärkerer Begleitung durch Beratungs- und Unterstützungssysteme. Auch erachteten sie Austauschformate unter den Freiwilligen, wie beispielsweise kollegiale Beratung, in diesem Zusammenhang als wichtig.

Die Freiwilligen, die während der Pandemie die Möglichkeit hatten, von hauptamtlichen Beschäftigten betreut zu werden, empfanden dies als einen unterstützenden Faktor, der die Bewältigung der akuten Krisensituationen erleichterte: „In jeder Hinsicht hatte ich Unterstützung von dem Team [...] in keiner Hinsicht habe ich mich alleine gefühlt oder im Stich gelassen“ (FW06, Abs. 50).

In Situationen, in denen diese Unterstützung nicht zur Verfügung stand, zeigten sich die Freiwilligen teilweise überfordert. Beispielsweise waren nach den Berichten mehrerer Interviewpartner:innen viele Bewohner:innen in Gemeinschaftsunterkünften (GU) von Einsamkeit betroffen und brauchten daher eine verstärkte Seelsorge. Dies belastete wiederum auch

die Freiwilligen zusätzlich: „Sie rufen dich an, reden mit dir, erzählen ihre Probleme. Und danach bleibt das bei dir. Man versucht all das abzubauen, aber wir haben keine Angebote für solche Sachen [Supervision] gehabt“ (FW14, Abs. 191).

Die Aufrechterhaltung der Motivation und des Kontakts zu den Engagierten in der ersten Phase der Pandemie wurde von den Freiwilligenkoordinator:innen und -manager:innen als eine der signifikantesten Herausforderungen für die Organisationen identifiziert. Wo Aktivitäten teilweise oder komplett eingestellt werden mussten, versuchten die Organisationen den Kontakt zu den Engagierten über Handys und soziale Apps, sowie durch Online-Treffen und Veranstaltungen aufrechtzuerhalten. Es wurde betont, dass Personen, die sich aufgrund der Pandemie nicht aktiv beteiligen konnten, nicht vernachlässigt werden sollten.

2.2 Hauptamtliche als Resilienzfaktor

Mehrere Interviewteilnehmer:innen identifizierten die Verfügbarkeit hauptamtlichen Personals als wesentlichen Faktor für die Resilienz von Organisationen. In Phasen, in denen Engagierte nicht verfügbar waren, sorgten hauptamtliche Mitarbeitende für eine gewisse Kontinuität, die eine effizientere Reaktion und Anpassung an Krisen ermöglichte.

Laut den Befragten erforderte die Bewältigung der Coronapandemie zusätzliche Kapazitäten und personelle Ressourcen sowie eine hohe Anpassungsfähigkeit der hauptamtlichen Mitarbeiter:innen. Zu Beginn der Pandemie übernahmen sie viele Tätigkeiten der Freiwilligen, die aufgrund der Zugehörigkeit zu Risikogruppen oder aus Angst vor Ansteckung nicht eingesetzt werden konnten, und hielten den Kontakt zu Freiwilligen und Zielgruppen aufrecht. Später unterstützten sie die Freiwilligen bei digitalen Verfahren und neu entstandenen Aktivitäten und pflegten bzw. erweiterten ihre Netzwerke und Kooperationen. Zudem bemühten sich die Hauptamtlichen um die Sicherung der Existenz der Organisationen, indem sie sich um Finanzierungsanträge kümmerten.

Sowohl zu Beginn der Coronapandemie als auch am Anfang der Fluchtbewegung aus der Ukraine stieg die Engagementbereitschaft. Aufkommende Krisensituationen motivieren viele Menschen dazu, aktiv zu werden und in konkreten Notlagen zu helfen. Unter diesen sind auch jene, die sich erstmals engagieren und neue Erfahrungen sammeln möchten.

Um von diesen „Welle[n] der Hilfsbereitschaft“ (E15, Abs. 89) zu profitieren, ist eine angemessene Anzahl an Hauptamtlichen erforderlich: „Wenn man ausreichende Personalressourcen [hat, um] mit Ehrenamtlichen zu arbeiten, das ist für mich wirklich der Schlüssel, um resilient aufgestellt zu sein“ (E15, Abs. 124).

Eine Freiwilligenmanagerin erwähnte, dass insbesondere in Krisenzeiten die Notwendigkeit einer koordinierenden Person besteht:

„Also da braucht es natürlich Menschen, die sagen, guck mal, da kannst du das machen, da könntest du dich einbringen, was liegt dir, was ist das, was du machen möchtest? Wenn man das nicht an der Stelle koordiniert, ist man das Engagement ganz schnell wieder los.“ (E05, Abs. 196)

Mehrere Befragte erwähnten die hohe Personalfuktuation im sozialen Bereich, in deren Folge die in Krisenzeiten gemachten Lernerfahrungen nicht langfristig genutzt werden können. Sie wiesen darauf hin, dass es eine Herausforderung darstelle, die verfügbaren hauptamtlichen Stellen zu besetzen. Als mögliche Gründe dafür wurden der Fachkräftemangel sowie die anspruchsvolle Arbeit von Freiwilligenkoordinator:innen genannt.

Die Aufgabe der Ehrenamtskoordination wird in den Bereichen der Migrations- und Wohnungslosenhilfe unterschiedlich wahrgenommen und umgesetzt. Infolge der Zuwanderungsbewegung 2015–2016 gewann die Koordination freiwillig Engagierter in Integrationsprogrammen und GU zunehmend an Bedeutung, sodass die Berliner Verwaltung entsprechende Ehrenamtskoordinationsstellen einrichtete (Landesfreiwilligenagentur Berlin 2018: 1). Für Unterkünfte und Tageseinrichtungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe wurden bislang keine vergleichbaren Maßnahmen ergriffen. Ein vom Berliner Senat 2023–2024 gefördertes Modellprojekt verdeutlichte jedoch den Bedarf und die signifikanten Vorteile hauptamtlicher Koordinationsstellen im Bereich der Wohnungslosenhilfe (Europa-Institut 2024b).

2.3 Die Bedeutung spontanen Engagements in frühen Krisenphasen

Das informelle Engagement einzelner Menschen und Initiativen hat durch seine hohe Anpassungsfähigkeit und Flexibilität zur Resilienz der Zivilgesellschaft in Krisenzeiten beigetragen (Hutter et al. 2021: 19, 21; Krimmer et al. 2020: 5). Die große Menge an spontan Engagierten in den ersten Tagen nach dem Angriff auf die Ukraine wurde von den Befragten als zentral für

die Bewältigung dieser Krisenphase bezeichnet. Eine signifikante Anzahl von Freiwilligen organisierte sich über soziale Medien und stellte erste Versorgungsleistungen bereit. Ohne diese unverzügliche und informelle Welle an Hilfsbereitschaft wären viele der akuten Bedürfnisse ungedeckt geblieben: „Sonst wären die Leute einfach nachts auf der Straße erfroren“ (E12, Abs. 164).

Obwohl die Organisationen und die Verwaltung auf die Situation schnell reagierten, dauerte es laut der Aussagen mehrerer befragter Freiwilligenkoordinator:innen und -manager:innen einige Tage oder Wochen, bis die Infrastruktur zur Deckung der Grundbedürfnisse der geflüchteten Ukrainer:innen zur Verfügung stand. Im Zuge der Übertragung von Verantwortlichkeiten an Organisationen (Betreuung und Unterstützung der Ankommenden, Weitervermittlung an andere Organisationen/Behörden, Transport, Unterbringung) erfüllten hauptamtliche Mitarbeiter:innen eine zentrale Funktion in der Gewinnung des Vertrauens der spontan Engagierten und der Koordination einer hohen Anzahl an Freiwilligen.

„Also auch das ist nochmal wichtig, dieses spontane Engagement so aufzunehmen und zu begleiten [...], dass den Menschen auch dann so gedankt wird, dass sie das gute Gefühl haben, sie haben was Tolles getan. Weil die brauchen wir in der nächsten Krise wieder, weil wir wissen, Verwaltung, Behörden und auch große Wohlfahrtsträger schaffen es nicht so schnell, innerhalb von wenigen Stunden hunderte Menschen am Bahnhof zu begrüßen.“ (E11, Abs. 104)

3. Vernetzung, Austausch und Mitgestaltung haben eine zentrale Bedeutung in Krisenzeiten

3.1 Austauschformate fördern: Mehr Vernetzung für nachhaltiges Engagement, während und nach Krisen

Während des Lockdowns der Coronapandemie setzten viele der befragten Organisationen im Bereich Flucht und Migration Videokonferenzen ein, um den Austausch zu fördern und Freiwillige effektiv einzubinden. Die Verlagerung ins Digitale ermöglichte es, trotz sozialer Einschränkungen weiterhin auf Augenhöhe zu kommunizieren, die Erwartungen der Freiwilligen besser zu verstehen und mehr Teilnehmende in den Austausch zu integrieren. Jedoch führte die Umstellung auf digitale Formate zu einer erhöhten Frequenz von Netzwerk-Treffen, die wiederum den Arbeitsaufwand

erhöhte. Obwohl die Freiwilligenkoordinator:innen und -manager:innen diese Treffen während der Lockdown-Phasen als sehr nützlich empfanden, wurden sie mit dem Ende der Coronapandemie nicht mehr mit der gleichen Intensität fortgeführt und teilweise durch Hybrid- und Präsenzformate ersetzt. Der kontinuierliche Kontakt zu den Freiwilligen wurde von den befragten Expert:innen als sehr wertvoll erachtet. Wo regelmäßige Austauschformate beibehalten wurden, berichteten sie von einer verbesserten Organisation und Teamarbeit in der Erholungsphase nach der Coronapandemie.

Einige Befragte berichteten von internen Online-Freiwilligenrunden, in denen ein Austausch über die Herausforderungen der Coronapandemie erfolgte. Aus ihrer Sicht stärkte dieses Format die Freiwilligen, indem es Reflexionsräume für die Entwicklung kreativer Lösungen schuf. Mehrere Koordinator:innen und Freiwillige bestätigten diese Relevanz interner Online-Freiwilligenrunden, darunter auch diejenigen, die das Format bislang nicht genutzt haben, sich seine Implementierung aber wünschen.

3.2 Netzwerke als stabiler Faktor

Die befragten Freiwilligen und Freiwilligenkoordinator:innen bewerteten die Entstehung neuer Netzwerke und die Einführung von Info-E-Mails als positiv, da sie zusätzliche Unterstützungsstrukturen schufen und die Zusammenarbeit verbesserten. In Organisationen mit kontinuierlichem Austausch zeigte sich nach Beendigung der Maßnahmen im Rahmen der Coronapandemie eine verbesserte Struktur und Organisation.

Im Gegensatz dazu berichteten mehrere Befragte aus der Wohnungshilfe von einem anderen Szenario: Während des Lockdowns wurden keine neuen Netzwerke aufgebaut, sondern lediglich bestehende Kontakte gepflegt. Als Gründe wurden von den Freiwilligenkoordinator:innen vor allem die späten Arbeitszeiten und die hohe Belastung genannt, die zu fehlenden Kapazitäten für Netzwerkarbeit führten.

Während der Coronapandemie, so äußerten es viele der befragten Freiwilligenkoordinator:innen und -manager:innen, hätten sich viele Berliner Ämter nicht als verlässliche Kooperationspartner erwiesen. Anstatt den Austausch über existenzielle Themen für die Zielgruppe zu fördern, hätten die Behörden Sprechstunden eingestellt und nur wenige digitale Lösungen angeboten. Es wäre aus Sicht der befragten Expert:innen wünschenswert gewesen, wenn beispielsweise das Jobcenter, das Sozialamt oder die Aus-

länderbehörde weiterhin uneingeschränkt erreichbar gewesen wären, um Menschen helfen zu können.

Es wurde mehrfach die Idee einer organisationsübergreifenden Datenbank geäußert, die die Akuthilfe und gezielte Weiterleitung von Hilfsanfragen erleichtern könnte. Als Verwaltungsinstrument wäre sie besonders nützlich, insbesondere dann, wenn Ämter schwer erreichbar sind.

3.3 Ambivalenz zwischen Systemrelevanz und Beteiligung

Einige der befragten Freiwilligen wiesen auf einen Widerspruch hin: Sie seien einerseits als systemrelevant eingestuft worden, andererseits hätten ihre Bedürfnisse und Ideen kaum Berücksichtigung gefunden. Dies habe dazu geführt, dass manche Freiwillige die Hoffnung verloren hätten, dass Entscheidungsträger:innen ihren Anliegen Beachtung schenken würden. Bis heute, so die Aussagen in den Interviews, fehle ein gesellschaftlicher Diskurs sowie eine umfassende Aufarbeitung der Coronapandemie und der Rolle der Zivilgesellschaft in ihr: „Statt zu fragen, was braucht ihr, womit können wir euch noch unterstützen? Und dafür dann Geld auszugeben, statt uns mit Masken zu überschütten“ (E05, Abs. 75–76).

Als Beispiel für die mangelnde Berücksichtigung der Perspektive der sozialen Organisationen wurde mehrfach genannt, dass viele Freiwillige vor verschlossenen Türen der Geflüchteten-Unterkünfte gestanden hätten. Diese hätten bereits in der Akutphase unter bestimmten Bedingungen helfen können, wenn die Organisationen stärker in die Entwicklung der Maßnahmen einbezogen gewesen wären.

4. Kompetenzentwicklung als Schlüssel zu Resilienz

Während die Bedeutung des Erwerbs digitaler Kompetenzen bereits ausführlich in anderen Publikationen diskutiert wurde, liegt der Fokus im abschließenden Kapitel dieses Beitrags auf der Kompetenz des Lernens aus Krisen. Diese fand im öffentlichen Diskurs bisher weniger Beachtung.

4.1 Überforderung freiwillig Engagierter in Krisensituationen

Die freiwillig Engagierten sahen sich besonders in akuten Krisensituationen großen Anforderungen ausgesetzt, was in einigen Fällen zu Überfor-

derung führte. Die Befragten berichteten beispielsweise, dass sie schnell Verantwortung übernehmen mussten, was häufig mit Verunsicherung und Erschöpfung einherging. Aufgrund fehlender Abgrenzung von Verantwortlichkeiten übernahmen die Freiwilligen teils Aufgaben, die normalerweise von hauptamtlich Angestellten erledigt werden. Diese Erfahrung verstärkte den Wunsch nach einer klaren Definition und Weiterentwicklung des Rollenprofils von Freiwilligen:

„Also da wurden Aufgaben gemacht, die eigentlich Hauptamtliche machen sollten. Oder früher hatten wir auch immer die Devise, es soll nicht [den] Arbeitsplatz ersetzen, sondern immer zusätzlich sein. Und das hat sich in der Krise halt doch teilweise enorm verschoben gehabt.“ (E07, Abs. 162)

Auch wenn das Engagement in Krisensituationen die freiwillig Engagierten teils an ihre Grenzen brachte, führten gerade diese herausfordernden Situationen zu einem Kompetenzgewinn. Die befragten Freiwilligen betonten, dass dieser sie nachhaltig für ihr weiteres Engagement stärkte. So hätten sich insbesondere ihre Sensibilisierung für die Hintergründe der Zielgruppe, die zwischenmenschliche Kommunikation sowie die Organisationsfähigkeit verbessert. Auch sprachliche Kompetenzen, insbesondere Deutschkenntnisse, entwickelten sich bei einigen Freiwilligen durch ihr Engagement schnell weiter.

4.2 Kritik an einer Professionalisierung des freiwilligen Engagements

Die Schilderungen von anspruchsvollen Aufgaben und der Übernahme von Verantwortung durch freiwillig Engagierte – insbesondere in Krisensituationen – rücken die Frage nach einer möglichen Professionalisierung bzw. einer verstärkten Förderung des freiwilligen Engagements in den Fokus. Eine befragte Person auf Koordinationsebene merkte an, dass Weiterbildungen, die Freiwillige krisensicherer aufstellen sollen, schwierig umzusetzen seien. Jede Krise folge einer eigenen Logik, wie beispielsweise die Coronapandemie im Vergleich zum Angriffskrieg auf die Ukraine, was eine einheitliche Schulung erschwere. Zudem gestalte sich die Weiterbildung freiwillig Engagierter herausfordernder im Vergleich zu jener der Hauptamtlichen, weil sie diese in ihrer Freizeit absolvieren müssen: „Fortbildung für Ehrenamtliche ist eine tricky Sache, weil die in der Regel sowieso nur begrenzte zeitliche Ressourcen haben [...]. Und wenn man ihnen dann mit

irgendwelchen Fortbildungen um die Ecke kommt, muss es sehr attraktiv sein“ (E12, Abs. 139).

Einige Engagierte empfinden eine große Kluft zwischen Theorie und Praxis und halten Weiterbildungen innerhalb ihres Tätigkeitsfeldes für wenig sinnvoll. Andere hingegen sehen in Weiterbildungsseminaren einen großen Mehrwert:

„Ich hatte ein Deeskalationsseminar. Das fand ich sehr, sehr hilfreich. [...] Das war nicht online, das war praktisch. [...] Da haben wir gelernt, wie man Menschen anspricht, die Drogen konsumiert haben, die alkoholisiert sind, die nicht bei Sinnen sind, die eventuell schizophren sind, worauf wir achten müssen.“ (FW22, Abs. 34)

Die Aussagen verdeutlichen, wie unterschiedlich die Perspektiven auf Weiterbildungen für Freiwillige sein können, und rücken die Frage in den Fokus, wie entsprechende Schulungen sinnvoll implementiert werden können.

4.3 Unterschiedliche Wahrnehmung und Nutzung von Weiterbildungsangeboten

Während einige Befragte bemängeln, dass es nicht genügend Weiterbildungsformate gibt, berichten andere davon, dass solche Angebote für Freiwillige in ihren Organisationen bereits erfolgreich etabliert wurden. Dennoch blieben die Nachfrage und Nutzung teils sehr gering. In einer der Organisationen ist eine Weiterbildung Voraussetzung für ein regelmäßiges Engagement mit bestimmten Zielgruppen. Themen wie Deeskalation, Drogenkonsum, Waffenbesitz, psychische Erkrankungen sowie Lücken im Sozialstaat stehen dabei im Mittelpunkt. Bestehende Weiterbildungsmaßnahmen haben somit einen klaren Praxisbezug und sollen Freiwillige darauf vorbereiten, herausfordernde Situationen zu bewältigen sowie sich selbst sowohl psychisch als auch physisch zu schützen. Bei der Frage nach bestehenden Weiterbildungen und potenziellen Wünschen für spezifische Lernfelder nannten die befragten Expert:innen und Freiwilligen eine Vielzahl relevanter Themen. Zu den genannten Lernfeldern gehören unter anderem Asylrecht, Online-Engagement, interkulturelle Sensibilität, Dialogfähigkeit sowie ein Basiskurs zur Freiwilligenkoordination.

Im Interview mit zwei Personen in Leitungsfunktion wurde betont, dass die Weiterbildungen für Hauptamtliche gleichermaßen für freiwillig

Engagierte zugänglich sein sollten. Besonders für Personen in einer rein ehrenamtlichen Koordinationsfunktion sei ein entsprechendes „Toolkit“ von großem Nutzen. Mehrere Koordinator:innen und Leitungskräfte äußerten in den Gesprächen den Wunsch nach einer effektiveren Umsetzung und gezielten Bewerbung von Weiterbildungsangeboten. Dabei sahen sie sich selbst in der Verantwortung, den Mehrwert dieser Schulungen an die freiwillig Engagierten weiterzuvermitteln: „Der Mehrwert für dich besteht darin, dass das, was du hier lernst in diesem Workshop, in allen Lebensbereichen anwenden kannst, eine Resilienz für dich erzeugen kannst, möglicherweise besser und verbindender kommunizieren kannst, in Krisensituationen noch mal anders reflektieren kannst“ (E11, Abs. 120).

4.4 Priorisierung der Förderung und Vermittlung von Weiterbildungen

Ein signifikanter Teil der befragten Freiwilligen äußerte keine Weiterbildungswünsche und sah auch keinen Bedarf für solche Angebote. Dieser Befund weist auf einen Verbesserungsbedarf bei der Vermittlung des Mehrwerts dieser Bildungsangebote hin. Laut einer Leitungsperson sei es besonders wichtig, einen niedrigschwelligen Zugang zu entsprechenden Angeboten zu schaffen, damit Freiwillige diese auch wahrnehmen.

Ebenfalls erscheint es sinnvoll, bereits erfolgreich implementierte Weiterbildungsformate als Beispiele guter Praxis organisationsübergreifend weiterzugeben und anzubieten. So könnte mehr Einheitlichkeit und Transparenz geschaffen werden. Eine umfassendere Vermittlung dieser Angebote, die den vielseitigen Nutzen für Freiwillige stärker betont, könnte sich positiv auf die Teilnehmendenzahlen auswirken.

Ob praxisbezogene Fähigkeiten, die Stärkung der persönlichen Resilienz oder die Erweiterung des Lebenslaufs um weitere Kompetenzen – Weiterbildungen bieten Freiwilligen vielseitige Vorteile. Weiterbildungsangebote und die damit möglicherweise einhergehende Professionalisierung sollten auch im Hinblick auf potenzielle Aufstiegschancen, beziehungsweise auf einen möglichen Übergang ins Hauptamt betrachtet werden. Die befragten Personen aus dem Management- und Leitungsbereich sahen im zivilgesellschaftlichen Sektor einen Mangel an Personen, die ehrenamtliche Vorstandsarbeit leisten, weshalb sie bereits Maßnahmen zur Gewinnung diskutierten. Aus dieser Perspektive könnte eine größere fachliche Sicherheit, die durch die Teilnahme an Bildungsangeboten gewonnen wird, die Bereitschaft erhöhen, verantwortungsvolle Positionen zu übernehmen.

5. Fazit

Obwohl sich das Forschungsprojekt „Krise als Chance?“ auf die Erfahrungen und Strategien des freiwilligen Sektors in Krisenzeiten konzentriert, spiegeln viele der in den Interviews genannten Punkte Herausforderungen allgemeiner Natur wider, die in Krisenzeiten lediglich besonders deutlich hervortreten. Beispiele hierfür sind der Mangel an hauptamtlichem Personal und Freiwilligenkoordination, die zunehmende Flexibilisierung des Engagements, sowie der Bedarf an Qualifizierungen. Aus den Aussagen in den qualitativen Interviews lässt sich ableiten, dass Organisationen, die in „normalen“ Zeiten über eine gute personelle Ausstattung verfügen, bspw. über Freiwilligenmanagement und -koordination, auch besser auf Krisen reagieren können. Mehrfach wurde die Befürchtung geäußert, dass die Bedarfe der Zielgruppen in den Bereichen Flucht/Migration und Wohnungslosenhilfe durch die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen weiter steigen werden. Die Verschärfung der Asylpolitik, Inflation, Budgetkürzungen im Sozialbereich sowie die weltweite politische Instabilität machen den Einsatz der Zivilgesellschaft wichtiger denn je.

Aus den Erkenntnissen der Interviews lassen sich Strategien zur allgemeinen Stärkung des freiwilligen Engagements ableiten. Die (Weiter-)Förderung hauptamtlicher Freiwilligenkoordinationsstellen ist von entscheidender Bedeutung – sowohl im Bereich Flucht und Migration als auch in der Wohnungslosenhilfe, wo diese derzeit (noch) nicht finanziert werden. Durch Freiwilligenkoordination kann u. a. eine bessere Betreuung bzw. ein stärkerer Beziehungsaufbau zu den Freiwilligen erreicht werden, was wiederum Auswirkungen auf deren Motivation und Wirksamkeit zu Krisenzeiten hat. Die zentrale Rolle des informellen Engagements in den ersten Krisenphasen, die sich in den Interviews zeigt, sollte besser anerkannt und unterstützt werden.

Informelle Austauschprozesse unter Freiwilligen sowie Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Organisationen wurden als signifikante Faktoren für die Bewältigung von Krisen identifiziert. Die für die Zielgruppen zuständigen Behörden sollten sich dabei als ein aktiver Partner des Netzwerks verstehen und eine gute Erreichbarkeit auch in Krisenzeiten gewährleisten. Im Sinne einer gelungenen Krisenreaktion sollte auch die verstärkte Partizipation der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen gewährleistet werden, ebenso wie strukturierte Verweisungsmechanismen, die eine gezieltere Unterstützung der Zielgruppen und der Freiwilligen ermöglichen.

Der Austausch mit Freiwilligen, Koordinator:innen und Leitungsverantwortlichen zeigt: Weiterbildungsformate bieten sowohl für Freiwillige als auch für hauptamtlich Mitarbeitende ein großes Potenzial zur Stärkung von Resilienz. Allerdings werden sie sehr unterschiedlich wahrgenommen und genutzt. Weiterbildungen bieten vielseitige Vorteile – von dem Erlernen praxisnaher Fähigkeiten bis hin zu Karrierechancen im Hauptamt. Um die Teilnahme an Bildungsangeboten zu steigern, muss der Mehrwert dieser Angebote klarer vermittelt und der Zugang niedrigschwelliger gestaltet werden. Erfolgreiche Weiterbildungsformate sollten organisationsübergreifend als „Good Practices“ weitergegeben werden, um den zivilgesellschaftlichen Sektor strukturierter und somit widerstandsfähiger zu gestalten.

Literaturverzeichnis

- Bäckstrand, Karin (2003): Civic Science for Sustainability: Reframing the Role of Experts, Policy-Makers and Citizens in Environmental Governance. In: *Global Environmental Politics*, 3. Jg., Heft 4, S. 24–41, <https://doi.org/10.1162/152638003322757916>.
- Becker, Tim; Catalán, Nuria; Schaaf-Derichs, Carola; Spadolini, Linda; Stapf-Finé, Heinz (2024): Strategien und Handlungspläne zum Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie im freiwilligen Engagement. Analyse bestehender Fachliteratur. Berlin, <https://doi.org/10.58123/aliceopen-639>.
- Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (2016): Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt – Organisationale Resilienz, <https://doi.org/10.21934/baua:bericht20160713/5>.
- Europa-Institut (2024a): Krise als Chance? Strategien und Handlungspläne zum Abbau pandemiebedingter Probleme im Zugang zu freiwilligem Engagement. Zusammenfassung des Zwischenberichts zur Literaturanalyse. <https://www.socialeurope.net/projekte/> (14.8.2025).
- Europa-Institut (2024b): Ergebnisdokumentation – Zwischenauswertung des Modellprojekts „Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe“. https://www.social-europe.net/app/download/8273059964/Ergebnisdokumentation_1.4.pdf?t=1739033126 (14.8.2025).
- Hutter, Swen et al. (2021): Deutschlands Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie. Eine Befragung von Vereinen und Initiativen. III.2021. Berlin.
- Krimmer, Holger; Bork, Magdalena; Markowski, Lydia; Gorke, Johanna (2020): Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. https://www.ziviz.de/medien/freiwilliges_engagement_corona-krise (14.8.2025).

- Landesfreiwilligenagentur Berlin (2018): Handbuch Freiwilligenkoordination in Unterkünften für Geflüchtete. Landesfreiwilligenagentur Berlin e. V. <https://beratungsforum-engagement.berlin/handbuch-freiwilligenkoordination-2017/> (14.8.2025).
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2002): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Wiesbaden, S. 71–93, https://doi.org/10.1007/978-3-322-93270-9_3.

Freiwilligendienste

Wie wirkt Freiwilligendienst?

Eine Dokumentation erster empirischer Ergebnisse der Ehemaligen-Studie der Freunde Waldorf

Babett Rampke¹, Jürgen Peters²

Zusammenfassung

Die Studie befragt ehemalige Freiwillige der „Freunde Waldorf“ nach deren für sie rückblickend wichtigsten Erfahrungen im Freiwilligendienst. Dieser Beitrag fokussiert sich auf die Auswirkungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene, insbesondere die spätere Berufswahl, Bedeutung für die persönliche Entwicklung, Veränderung der Engagementbereitschaft und des politischen und gesellschaftlichen Interesses. Die Ergebnisse deuten auf einen hohen Impact auf die Berufsorientierung hin. Die Selbsteinschätzung der ehemaligen Freiwilligen zeigt einen sehr hohen Einfluss des Freiwilligendienstes auf die persönliche Entwicklung sowie verschiedene gesellschaftlich relevante Werte. Die Rückmeldungen der befragten Ehemaligen unterstreichen die transformative Kraft der Freiwilligendienste auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene.

Schlagwörter

Freiwilligendienst; Engagement; Erfahrungen; Berufsorientierung; Persönlichkeitsentwicklung; Biografie; Junge Erwachsene

1. Einleitung

Die hier vorgestellte Untersuchung ging von der Fragestellung aus, welche Erfahrungen junge Menschen in den letzten 30 Jahren in einem von den Freunden der Erziehungskunst Rudolf Steiners e. V. (Freunde Waldorf) vermittelten Freiwilligendienst (FWD) gemacht haben und welche Auswirkungen diese haben. Die Alumni wurden gebeten, die Bedeutung ihres Dienstes auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene nachträglich zu beurteilen. Den Fragen wurde in zehn Interviews und einem Online-Fragebogen, der von knapp 1.600 ehemaligen Freiwilligen

1 MSocSc, Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e. V., b.rampke@freunde-waldorf.de.

2 Dr., Alanus Hochschule, Lehrkraft für besondere Aufgaben im Fachbereich Bildungswissenschaft, juergen.peters@alanus.edu.

beantwortet wurde, nachgegangen. Dieser Beitrag präsentiert eine erste Dokumentation der Ergebnisse mit Fokus auf die Auswirkungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene, insbesondere die spätere Berufswahl, Bedeutung für die persönliche Entwicklung, Veränderung der Engagementbereitschaft und des politischen und gesellschaftlichen Interesses.

Die Ergebnisse deuten auf einen hohen Impact des FWD auf die Berufsorientierung hin. Ferner zeigt die Selbsteinschätzung der ehemaligen Freiwilligen einen sehr hohen Einfluss des FWD auf die persönliche Entwicklung sowie verschiedene gesellschaftlich relevante Werte. Die Rückmeldungen der befragten Ehemaligen unterstreichen die transformative Kraft der Freiwilligendienste auf individueller, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene. Der Tagungsbeitrag erfolgt in der Phase der Studiauswertung, vor der Publikation der Gesamtergebnisse. Die Einordnung der Ergebnisse in Bezug auf andere Freiwilligendienst-Studien und weitere Ergebnisse können erst in der noch folgenden Publikation erschöpfend diskutiert werden.

2. Design und methodisches Vorgehen

Die „Freunde-Studie“ wurde vom Freiwilligendienstträger Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e. V. (Freunde Waldorf) beauftragt und von Dr. Jürgen Peters (Alanus Hochschule) durchgeführt. Die Freunde Waldorf bieten seit 30 Jahren Auslandsfreiwilligendienste (Outgoing) in diversen gängigen Programmen an, seit 2006 auch Incoming-Dienste und seit 2011 Inlands-FWD. Die Studie ermöglicht daher Rückschlüsse auf die Wirkung der FWD über viele Jahre und über die verschiedenen Dienstformen.

Für die Studie wurden zehn Leitfadeninterviews mit ehemaligen Freiwilligen geführt, die transkribiert und nach Mayring (2000) inhaltsanalytisch aufgeschlüsselt wurden. Die Ergebnisse und weitere Gespräche mit Expert*innen flossen in die Entwicklung eines Fragebogens ein, der 146 geschlossene Fragen und 19 offene beziehungsweise halboffene Fragen enthielt. Nach einem Pretest und erneuter Überarbeitung des Fragebogens lief die Online-Erhebung von Juli bis November 2024 und erbrachte 1.596 auswertbare Datensätze.

Die Grundgesamtheit der über die Freunde Waldorf entsendeten Freiwilligen beträgt gut 40.000 ehemalige Freiwillige. Davon wurden aufgrund von Einschränkungen durch die Verfügbarkeit und datenschutzrechtliche Verwendbarkeit von Adressdaten ca. 17.000 per E-Mail zum Ausfüllen des Fragebogens angeschrieben. Darüber hinaus wurden die Teilnehmenden

gebeten, den Fragebogen mit ehemaligen Mitfreiwilligen zu teilen. Auch öffentliche Plattformen wurden zur Verbreitung genutzt.

Die erhobenen Datensätze wurden quantitativ ausgewertet. Neben der deskriptiven Analyse kamen vor allem Gruppendifferenzierungen zum Einsatz, bei denen die Erfahrungen der Incoming-Ehemaligen, Outgoing-Ehemaligen und der ehemaligen Inlandsdienstleistenden verglichen wurden.

3. Gesamtstichprobe – wer wurde erreicht?

1.098 (68,8 %) Fragebögen entfielen auf die Gruppe „Outgoing“. Diese schließt die bei den Freunden Waldorf zu verschiedenen Zeiten angebotenen Dienstformate ‚Anderer Dienst im Ausland‘, Weltwärts, Internationaler Jugendfreiwilligendienst und Europäisches Solidaritätskorps ein. Weitere 363 (22,7 %) Fragebögen gehören zur Gruppe „Inland“ (Freiwilliges Soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst) und 145 (9,1 %) zur Gruppe „Incoming“³ (Weltwärts Süd-Nord, Bundesfreiwilligendienst).

72,8 % der Befragten der gesamten Stichprobe sind nach eigener Aussage weiblichen Geschlechts, 22,5 % männlich und 1,4 % haben sich der Gruppe inter/divers zugeordnet. 26,8 % der Befragten haben den überwiegenden Teil ihrer Schulzeit eine Waldorfschule besucht und 82,5 % haben den FWD mit einem Abitur angetreten (92,3 % im Outgoing, 71,9 % im Inland). 7,8 % hatten beim Eintritt in den FWD bereits ein Studium abgeschlossen. Es handelt sich daher insgesamt um eine Gruppe mit großer Bildungsaffinität, wie es auch aus den Freiwilligendiensten insgesamt bekannt ist (Engels/Huth 2016; Fischer 2016).

Die meisten der Ehemaligen (78,8 %) haben den FWD direkt im Anschluss an die Schulzeit begonnen, wobei die überwiegende Zahl der Befragten ihren Dienst in einem Alter zwischen 18 und 22 Jahren angetreten haben. Vereinzelt gibt es aber auch Befragte, die bis Mitte ihrer 50er Jahre in den Freiwilligendienst eingetreten sind.

83,8 % der Befragten haben ihren FWD innerhalb der letzten 10 Jahre absolviert. Für den Zeitraum davor nimmt die Anzahl der Teilnehmenden schnell ab, was die Möglichkeiten einschränkt, die Antworten von Freiwilligen aus weiter zurückliegenden Zeiten mit denen der Gegenwart zu vergleichen. Der zeitliche Abstand zum FWD betrug bei den Outgoing-Freiwilli-

3 Da acht Personen zwei FWDs absolviert haben, ergibt die Summe der drei Gruppen eine größere Gesamtzahl.

gen im Mittel 6,4 Jahre (SD = 4,2 Jahre), für die Inlandsdienstleistenden liegt der Mittelwert bei 4,9 Jahren (SD = 3,1). Und schließlich liegt der FWD bei den ehemaligen Incomer*innen zum Zeitpunkt der Erhebung im Mittel 6,1 Jahre (SD = 5,0 Jahre) zurück.

Die meisten Freiwilligen sind in pädagogisch-sozialtherapeutischen Arbeitsfeldern tätig gewesen: 52,7 % ordneten sich dabei der Pädagogik zu, 50,8 % der Sozialtherapie bzw. Förderpädagogik. Weitere 8,2 % gaben ein ökologisches Einsatzfeld an (hierbei waren Mehrfachnennungen möglich). Seltener treten auf: administrative oder entwicklungspolitische Aufgaben, hauswirtschaftliche oder hausmeisterliche Tätigkeiten, medizinische Einsatzfelder, Arbeiten in Nichtregierungsorganisationen oder in künstlerisch-kulturellen Aufgabenbereichen.

Mit N=145 ist die Teilstichprobe der Incomer*innen nicht sehr groß, daher können die Ergebnisse für diese Gruppe eher als Tendenzen gewertet werden und wir fokussieren an dieser Stelle auf einen Vergleich der In- und Auslandsdienstleistenden.

4. Berufliche Auswirkungen

Mit Blick auf die Auswirkungen des FWD auf die Berufswege lassen sich zwei Aspekte unterscheiden: der direkte Einfluss durch die Wahl eines Berufs aus dem FWD heraus, sowie die gewonnenen (Fach-)Kenntnisse, Fähigkeiten und ein Bewusstsein derselben.

4.1 Ergriffene Berufe

Ein Überblick über die aktuellen beruflichen Tätigkeiten der Befragten wurde durch eine offene Frage nach der Ausbildung und der aktuellen Tätigkeit gewonnen. Wurde noch keine berufliche Tätigkeit aufgenommen, dann wurde die Branche des aktuellen Ausbildungsgangs dafür eingesetzt. Ein Vergleich mit den Angaben des Statistischen Bundesamts für sozialversicherungspflichtige Berufe 2024 (Destatis 2024) zeigt deutliche Abweichungen vom Bundesdurchschnitt.

Mehr als die Hälfte der befragten ehemaligen Freiwilligen übt zurzeit einen Beruf im Bereich „Soziales, Lehre und Gesundheit“ aus (54,5 % der ehemaligen Outgoing-Freiwilligen, 63,2 % der Inlandsdienstleistenden), wogegen im Bundesdurchschnitt nur 19,2 % in diesem Bereich tätig sind.

Auch der Bereich der „Geisteswissenschaften und Kultur“ weicht mit 14,0 % (Outgoing) bzw. 6,7 % (Inland) deutlich vom Bundesdurchschnitt (2,8 %) ab. Auf der anderen Seite sind die Bereiche „Verwaltung“, „Produktion und Fertigung“, „Logistik“ und „kaufmännische Dienstleistungen“ unter den Ehemaligen deutlich unterrepräsentiert, was auch auf den wesentlichen höheren Anteil an Abiturient*innen und Akademiker*innen unter ihnen zurückzuführen ist. In den Bereichen „Naturwissenschaft und Informatik“ sowie „Bauwesen/Handwerk“ findet sich kein allzu großer Unterschied zum Bundesvergleich.

Tabelle 1: Berufsbereiche

Berufsbereich	Anzahl	Prozent	BRD 2024 in Prozent
Soziales, Lehre und Erziehung	358	34,3	19,2
Förderpädagogik	86	8,2	-
Lehrkräfte	112	10,7	-
Soziale Arbeit	101	9,7	-
Kindheitspädagogik	45	4,3	-
Waldorfpädagogik	28	2,7	-
Gesundheit, Therapien, Pflege	211	20,2	Enthalten in „Soziales und Lehre“
Geistes- und Wirtschaftswissenschaften; Kultur, Kunst und Medien	146	14,0	2,8
Naturwissenschaft und Informatik	60	5,8	4,6
Bauwesen, Architektur, Handwerk, Technik, Ingenieurwesen	58	5,6	6,0
Land-/Forstwirtschaft, Gartenbau, Ökologie	52	5,0	1,5
Unternehmensorganisation, Buchhaltung, Recht und Verwaltung	50	4,8	20,5
Sonstiges / Studium ohne Angabe	38	3,6	-
Kaufmännische Dienstleistungen	20	1,9	11,5
Unternehmer Freiberufler, Projektmanagement	20	1,9	-
Verkehr, Raumplanung, Logistik, Schutz, Sicherheit	20	1,9	13,2
Eltern, Elternzeit, Hausfrau/-mann	5	0,5	-
Produktion und Fertigung	2	0,2	20,2

Quelle: eigene Darstellung, Destatis 2024.

Betrachten wir die große Gruppe im Bereich „Soziales, Lehre und Gesundheit“ näher, finden sich im pädagogisch-sozialen Bereich (Lehre, Erziehung, Förderpädagogik, Soziale Arbeit) 34,3 % der Outgoing-Ehemaligen und 51,9 % der Inlandsehemaligen wieder. Im Bereich Gesundheit (Medizin, Pflege, Therapie) sind 20,2 % der Outgoing-Ehemaligen und 11,3 % der Inlandsehemaligen tätig.

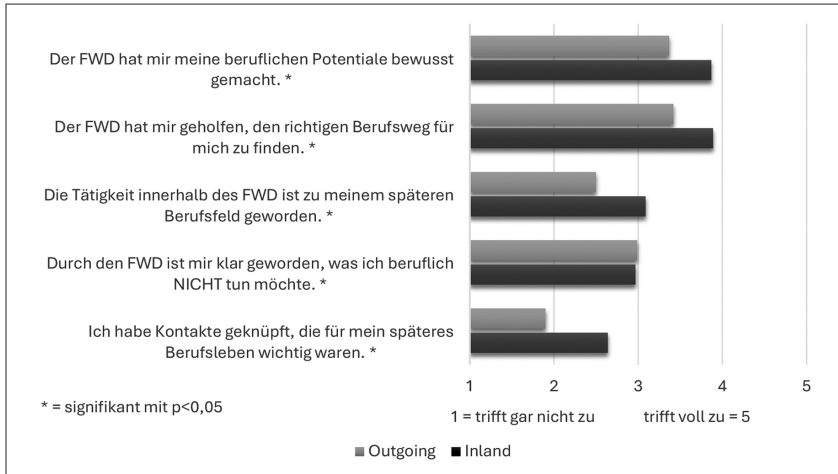
Diese überrepräsentierten Berufe des sozialen Sektors entsprechen auch dem größten Teil der Einsatzplätze im Freiwilligendienst. Es ist davon auszugehen, dass die Freiwilligen bereits zum Zeitpunkt der Entscheidung für einen FWD eine Affinität zu den angebotenen Einsatzbereichen aufwiesen. Es erscheint plausibel, dass sich die Freiwilligen nicht nur für einen solchen Arbeitsbereich im Freiwilligendienst entschieden haben, sondern bereits zuvor überdurchschnittlich engagiert und bildungsnah waren (zur notwendigen biografischen Kontextualisierung der Auswirkungen des FWD siehe auch den Beitrag von Müller/Kiegelmann in diesem Band). Dennoch liegt es nahe, dass der FWD eine unterstützende Bedeutung für die Fachkräftegewinnung im sozialen Sektor hat. Daher fokussiert der nächste Abschnitt auf die Frage nach dem Einfluss des FWD auf den Berufsweg.

4.2 Berufsorientierung

Die Ehemaligen bestätigen, dass der FWD im Allgemeinen einen großen Einfluss auf ihren Berufsweg hatte. Abbildung 1 zeigt die Mittelwerte der Zustimmung beider Gruppen zu den Aussagen auf einer 5-teiligen Skala und vergleicht die Gruppenunterschiede mittels eines t-Tests. Bei etwas weniger als der Hälfte der Outgoing-Ehemaligen und fast zwei Drittel der Inlandsehemaligen ist die Tätigkeit innerhalb des Freiwilligendienstes immerhin direkt oder teilweise zum späteren Berufsfeld geworden (Zustimmungswerte 3, 4 und 5). Jede*r dritte Inlandsehemalige stimmt an dieser Stelle voll zu. Etwa ein Drittel der Inlandsehemaligen gibt an, durch den FWD für das spätere Berufsleben wichtige Kontakte geknüpft zu haben, was einen Hinweis darauf gibt, dass einige Ehemalige später auch in ihrer Einsatzstelle (oder bei dem Träger) oder in enger Verbindung zu ihr arbeiten. Einige Ehemalige bringen aber auch zum Ausdruck, dass der FWD ihnen verdeutlicht hat, was sie beruflich nicht tun möchten – es bleibt aber

unklar, ob sich diese Fälle tatsächlich auf die konkrete Tätigkeit im FWD beziehen.

Abbildung 1: Berufsorientierung (Mittelwerte)



Quelle: eigene Darstellung.

Größer ist die Zustimmung noch bei der allgemeinen Berufsorientierung. Über die Hälfte der Outgoing-Ehemaligen und zwei Drittel der Inlandsehemaligen stimmen voll oder eher zu, dass der FWD ihnen geholfen habe, den richtigen Berufsweg zu finden. Ganz ähnliche Angaben machen die Ehemaligen dazu, dass der Freiwilligendienst ihnen ihre beruflichen Potentiale bewusstgemacht habe.

So geben nur 14,2 % der Befragten an, eine Ausbildung oder ein Studium abgebrochen zu haben – während das deutschlandweit im Bachelor und in der Berufsausbildung bis zu 30 % betrifft (Uhly/Neises 2023; Heublein/Hutsch/Schelzer 2022). Dies deutet eine Tendenz zur Orientierungsleistung des Freiwilligendienstes an. Auch der erlernte Umgang mit Herausforderungen und größeres Selbstbewusstsein könnten hier eine Rolle spielen (siehe nächster Abschnitt). Um diesen auch volkswirtschaftlich relevanten Nutzen des Freiwilligendienstes abschließend bewerten zu können, bräuchte es aber weiterführende Untersuchungen.

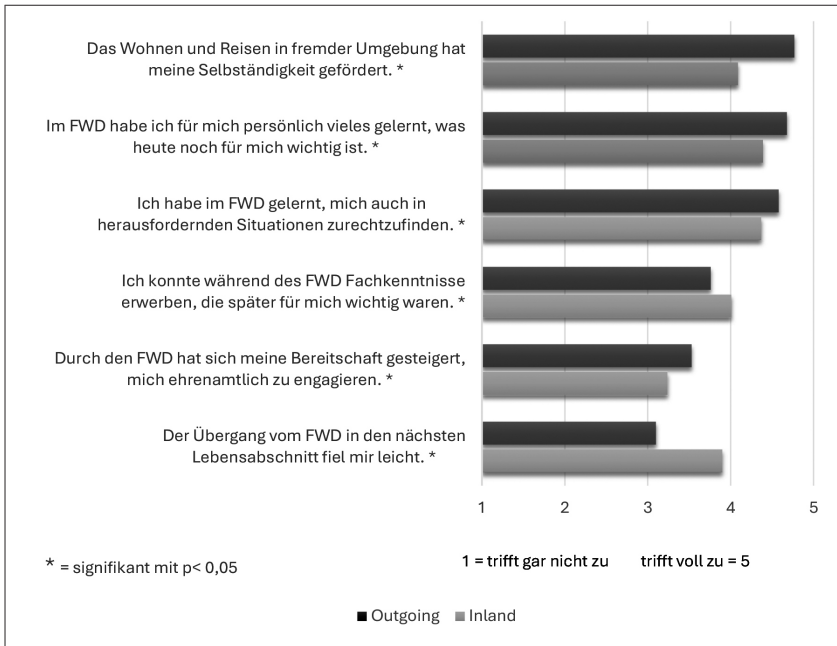
Es zeigt sich: Der FWD unterstützt die Berufsorientierung im sozialen Bereich, aber auch darüber hinaus (Engels/Huth 2016). Auch wenn die starke Ausprägung der sozialen Berufe unter den Ehemaligen nicht aus-

schließlich dem FWD zugerechnet werden kann, zeigt sich in ihren Angaben dennoch die starke Bedeutung des FWD für ihren späteren Berufsweg – sowohl in Form einer Orientierung als auch über das Bewusstwerden der eigenen Potenziale. Letzteres steht sicherlich auch im Zusammenhang mit den weiteren Qualitäten, die der FWD aus Sicht der Ehemaligen fördert. Diesen Auswirkungen auf die persönliche Entwicklung wenden wir uns im folgenden Abschnitt zu.

5. Auswirkungen auf die persönliche Entwicklung

Ein größerer Abschnitt des Fragebogens befasst sich mit der Frage, inwiefern der FWD nach Einschätzung der Ehemaligen ihre persönliche Entwicklung und einzelne Eigenschaften und Werte beeinflusst hat. Hier gilt zu beachten, dass Entwicklungsschritte hin zu den abgefragten Eigenschaften, z. B. Selbstständigkeit, im Jugendalter generell im Mittelpunkt stehen. Es ist daher – insbesondere ohne Kontrollgruppe – schwer, die Effekte des Freiwilligendienstes zu isolieren (Fischer 2011: 59). Dennoch stellen auch andere Studien fest, dass ehemalige Freiwillige gerade die persönliche Entwicklung im Freiwilligendienst als sehr positiv bewerten (Engels/Huth 2016). In der vorliegenden Studie geben die ehemaligen Freiwilligen eine Selbsteinschätzung ab, inwiefern der Freiwilligendienst zur Entwicklung der entsprechenden Qualitäten beigetragen hat. Auch wenn diese Selbsteinschätzung keinen Rückschluss erlaubt, ob diese Entwicklung nur durch den Freiwilligendienst möglich gewesen ist, lässt sie sich als Hinweis darauf interpretieren, welche Bedeutung die Teilnehmenden selbst dem FWD zuschreiben.

Abbildung 2: Persönliche Entwicklung (Mittelwerte)



Quelle: eigene Darstellung.

Die Ehemaligen konnten ihre Zustimmung und Ablehnung zu verschiedenen Aussagen geben, die in allgemeiner Art und Weise formulieren, inwiefern der FWD die Entwicklung der – in der Regel – jungen Erwachsenen beeinflusst hat. So stimmen viele der Befragten zu, dass sie im Freiwilligenjahr persönlich vieles gelernt haben, das heute noch für sie wichtig ist. Dabei fällt die Zustimmung bei den Outgoing-Ehemaligen etwas stärker aus als bei den Inlandsehemaligen. Gleichzeitig geben die Inlandsehemaligen in deutlich stärkerem Maße an, wichtige Fachkenntnisse erworben zu haben.

Besonders hohe Zustimmungswerte finden sich bei den Outgoing-Freiwilligen in Bezug darauf, dass sie durch eigenständiges Wohnen und Reisen in neuer Umgebung bzw. einem fremden Land Selbstständigkeit gewinnen konnten. Aber auch die Inlandsehemaligen stimmen der Aussage mit großer Mehrheit zu – auch sie gingen im FWD-Alltag große Schritte in Richtung Unabhängigkeit. Beide Gruppen stimmen außerdem mehrheitlich zu, im FWD gelernt zu haben, sich in herausfordernden Situationen zurechtzufinden. Eine Herausforderung wartete auf viele Freiwillige auch

direkt nach dem Freiwilligendienst: Nur etwa die Hälfte gibt an, dass ihnen der Übergang in den nächsten Lebensabschnitt leichtfiel. Insbesondere die Outgoing-Ehemaligen gingen zunächst durch eine Orientierungsphase.

Anschließend wurden die Ehemaligen befragt, wie sie selbst den Einfluss des FWD auf verschiedene Eigenschaften einschätzen. Hier zeigt sich ein recht einheitliches und deutliches Bild: Mit Blick auf nahezu alle abgefragten Qualitäten attestiert sich eine deutliche Mehrheit der Befragten eine positive Entwicklung. So geben sie an, insbesondere an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung sowie der Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme gewonnen zu haben. Dabei bewerten Outgoing-Ehemalige den Einfluss des FWD jeweils etwas höher als die Inlandsehemaligen. Die Ehemaligen berichten auch von einer Zunahme der Kommunikationsfähigkeit und ihrer Fähigkeit zur Kooperation im Team, sowie der Bereitschaft, auch unangenehme Aufgaben zu übernehmen.

Die selbstzugeschriebene Weltoffenheit nimmt erwartungsgemäß insbesondere bei den Outgoing-Ehemaligen stark zu, aber auch bei den Inlandsehemaligen zeigt sich eine deutliche Zunahme. Etwas geringer fällt der Zugewinn an Zuversicht aus, wobei noch immer eine deutliche Mehrheit von einer „ziemlichen“ oder „starken“ Entwicklung berichtet.

Die Ehemaligen stimmen weniger stark zu, dass sie gelernt hätten, sich in gesunder Weise abzugrenzen oder sich zurückzunehmen – hier berichtet etwa jede*r Dritte, dass der FWD diesbezüglich nur „etwas“ Einfluss hatte, etwa die Hälfte spricht von „stärkerem“ Einfluss. Hier liegt die Zustimmung bei den Inlandsehemaligen etwas höher als bei den Outgoing-Ehemaligen.

Insgesamt zeigt sich: Ehemalige schreiben dem Freiwilligenjahr für die verschiedenen Aspekte der Persönlichkeitsbildung eine große Bedeutung zu. Nach eigener Einschätzung üben sich die Freiwilligen im FWD in Selbstständigkeit und meistern Herausforderungen. Sie gewinnen damit an Selbstvertrauen, Resilienz und Verantwortungsbewusstsein. Die Untersuchung zeigt, dass wesentliche „Soft Skills“, die (nicht nur) eine spätere Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern – wie beispielsweise Eigenständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Kommunikations- und Teamfähigkeit –, im FWD besonders gefördert werden.

6. Auswirkungen auf gesellschaftliche Einflussnahme

Die beschriebenen Weiterentwicklungen persönlicher Qualitäten und die erfolgreiche berufliche Orientierung sind an sich bereits gesellschaftlich

relevante Effekte des FWD. In der „Freunde-Studie“ standen jedoch weitere gesellschaftliche Auswirkungen des FWD im Fokus. Allgemein bestätigt gut die Hälfte der Ehemaligen, dass sich ihre persönlichen Werte durch den Freiwilligendienst verändert haben – eine Auswertung der offenen Antworten zu der Frage, welche Veränderungen hier konkret gemeint sind, steht noch aus. Wie bereits beschrieben, berichten die ehemaligen Freiwilligen auch von einer deutlichen Zunahme ihrer Weltoffenheit. Die Ehemaligen geben auch an, dass sie durch den FWD mehr Verständnis für kulturelle Diversität gewonnen haben (90,9 % im Outgoing, 74,5 % im Inland). 3 von 4 Ehemaligen geben zudem an, durch den FWD ein verstärktes Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen zu haben. Immerhin jede*r zweite Ehemalige setzt sich in Folge des FWD mehr für gesellschaftliche Belange ein.

Wie in Abbildung 2 gezeigt, steigt die Bereitschaft der Ehemaligen, sich auch weiterhin zu engagieren, im Mittel leicht. Schon vor dem Freiwilligendienst engagiert sich knapp die Hälfte von ihnen, nach dem Freiwilligendienst sind es mit etwa 60 % sogar noch etwas mehr Ehemalige.

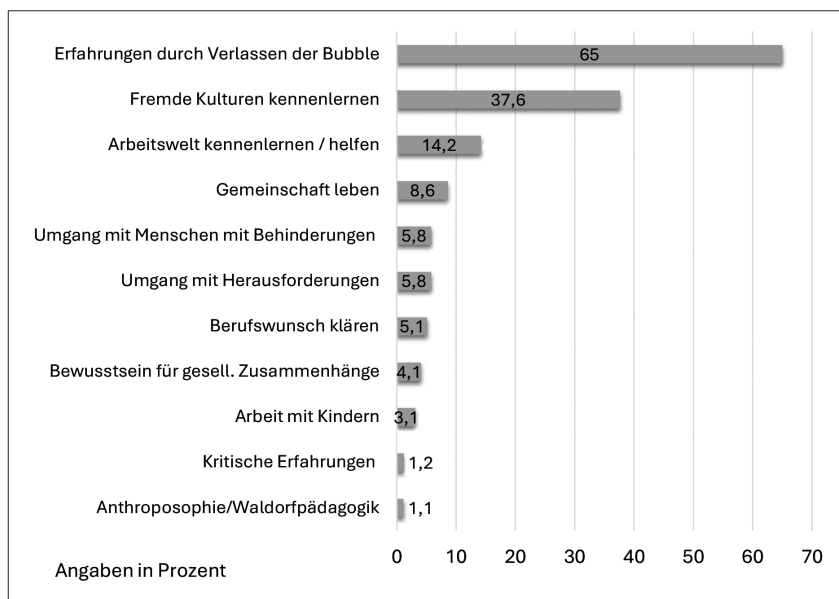
Der FWD nimmt somit insbesondere auf die Wahrnehmung und das Interesse an der Gesellschaft positiven Einfluss. Und auch wenn es darum geht, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, scheint der FWD einen positiven Einfluss auszuüben.

7. Die wichtigste Erfahrung

Die erste Frage im Fragebogen war eine offene Frage und lautete: „Was war aus heutiger Sicht die wichtigste Erfahrung, die Du während Deines Freiwilligendienstes (FWD) gemacht hast?“. Die Eröffnungsfrage wurde von etwa 90 % der Teilnehmenden beantwortet und unterstreicht die individuelle Bedeutung des FWD für den Lebensweg und die Entwicklung der ehemaligen Freiwilligen.

Die Antworten wurden nach den drei Gruppen Outgoing, Inland und Incoming differenziert, inhaltsanalytisch ausgewertet und kategorisiert. Die einzelnen Antworten wurden nach semantisch unterscheidbaren Aussagen differenziert und konnten dadurch aus mehreren Nennungen bestehen. Für die quantitative Gewichtung der einzelnen Kategorien wurde jeweils die Anzahl der Nennungen durch die Anzahl der Antwortenden dividiert.

Abbildung 3: Kategorisierung der wichtigsten Erfahrungen der Outgoing-Ehemaligen



Quelle: eigene Darstellung.

Aus der Übersicht in Abbildung 3 wird deutlich, dass zwei Drittel der Outgoing-Ehemaligen das Verlassen der eigenen „Bubble“ als wichtigste Erfahrung ansehen. Damit ist auch einbezogen, in einer fremden Umgebung, ohne die Unterstützung von Freund*innen und Familie, allein zurecht zu kommen sowie Selbsterfahrungen zu machen und Selbstwirksamkeit zu erleben:

Einfach mal weg zu sein von allem, was bis dahin gewohnt war und so richtig aus der Komfortzone herauszugehen. Dazu zählen dann eben auch Dinge wie andere Menschen körperlich pflegen, mit vielen Leuten eng zusammen zu wohnen- und arbeiten, eine andere Sprache sprechen. Die Horizonterweiterung und das Rauskommen aus der eigenen Blase war für mich das Wertvollste, dadurch konnte ich nochmal abchecken, ob die Leute, mit denen ich schon 18 Jahre verbracht hatte, eigentlich so

das Leben führen, wie ich es auch möchte oder ob es da nicht noch was anderes, für mich besseres gibt :) (W035)⁴

Aus den Antworten der Ehemaligen wird deutlich, dass das Einleben in eine bis dahin völlig unbekannte Umgebung im Auslandsdienst auf vielfältige Weise zur persönlichen Entwicklung beiträgt. Die Ehemaligen geben an, dadurch Selbstständigkeit und Selbstvertrauen gewonnen zu haben. Das Kennenlernen des „Neuen“ beschreiben manche als wichtigen Schritt zur Selbsterkenntnis und einer Beheimatung in sich selbst. Darüber hinaus berichten Ehemalige durch das Zurechtkommen und die Begegnungen in der Fremde auch von einem gestiegenen Vertrauen in Menschlichkeit und von einem stärkeren Bewusstsein für die Mitgestaltung der Gesellschaft.

Die Ehemaligen beschreiben eine Erweiterung ihrer Perspektive, wodurch auch das Heimatland unter einem anderen Blick erscheint. Dazu gehören das Wertschätzen der Lebensumstände in Deutschland genauso wie ein kritischer Blick auf manche Werte und eine eurozentristische Welt-sicht. Insgesamt betonen die Ehemaligen häufig, durch den FWD neue Perspektiven wertschätzen gelernt zu haben. Das zeigt sich auch darin, dass in rund 38 % der Antworten der Outgoing-Ehemaligen das Kennenlernen einer fremden Kultur die wichtigste Erfahrung war, worin auch die Themen Begegnung, Wertewandel und Naturerfahrungen eingeschlossen sind:

Meine wichtigsten Erfahrungen beziehen sich auf Erkenntnisse über kulturelle Unterschiede und Brücken zu den unterschiedlichsten Menschen auf der Welt, die zu einem deutlich gesteigerten interkulturellen Verständnis und verbesserter Kommunikation beitragen. Wie leben Menschen, nach welchen Werten orientieren sie ihr Handeln, was treibt sie an und macht sie glücklich – mein Horizont zu derartigen Fragen hat sich mit dem Freiwilligendienst massiv und nachhaltig erweitert. (W072)

Die Ehemaligen, die einen Freiwilligendienst in Deutschland gemacht haben, heben andere Aspekte als wichtigste Erfahrung hervor – aber auch hier wird das Verlassen der Komfortzone am häufigsten genannt, wie in Abbildung 4 zu sehen ist.

Bei einem Inlandsdienst geht es hierbei nicht, wie im Ausland, um neue Kulturen und Sprachen. Dennoch ist die neue Rolle in der Arbeitswelt allgemein, und häufig die Art der Aufgaben, ein Verlassen der Komfortzone für die Freiwilligen. Hierbei werden insbesondere Tätigkeiten in der Pflege

4 WO xx = Wichtigste Erfahrung Outgoer, Zitat interne Nummer xx

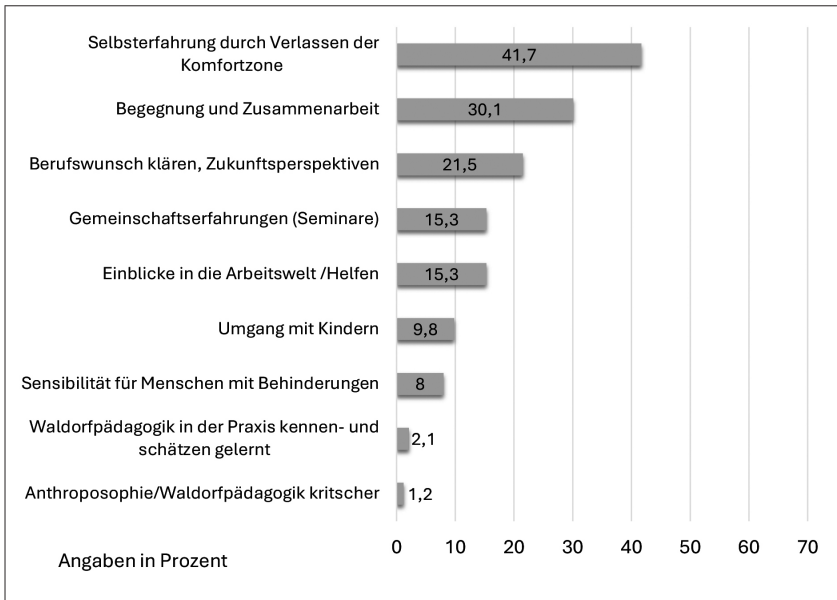
und in der Begleitung von Menschen mit Behinderungen als neue Erfahrungen genannt. Die Ehemaligen berichten diesbezüglich von neuen Perspektiven und einem verstärkten Gefühl der Selbstwirksamkeit. Besonders häufig beobachten die Ehemaligen einen Zugewinn an Selbstständigkeit, ob durch neue Aufgaben und Herausforderungen oder auch durch das gleichzeitige Verlassen des Elternhauses: „Ich bin für den FWD von zuhause ausgezogen. Daher zählen die Begegnungen mit neuen Menschen und das selbst neu Position finden in einer neuen Umgebung zu den wichtigen Erfahrungen für mich in dieser Zeit“ (WIL17).⁵

Bei etwa einem Drittel der Inlandsehemaligen hat die wichtigste Erfahrung einen Bezug zu Begegnung und Zusammenarbeit. Auch hier schätzen die Ehemaligen häufig die neuen Perspektiven, die gerade in der Begegnung mit Menschen – Mitarbeitenden wie auch Anvertrauten – gewonnen werden konnten. Dabei wird sowohl der Umgang mit bisher unbekannten, neuen Personen benannt, als auch der Wert der engen Zusammenarbeit im Team. Wertschätzung und Selbstwirksamkeitserfahrungen in der Arbeit am anderen Menschen werden ebenfalls als wichtige Erfahrungen benannt. Manche Ehemalige heben hervor, dass ihnen Begegnungen im FWD wichtige Qualitäten aufgezeigt haben:

Die wichtigste Erfahrung meines Freiwilligendienstes war, wie zentral Teamarbeit und zwischenmenschliche Beziehungen sind. Eine besondere Herausforderung hat mir verdeutlicht, wie wertvoll Empathie, Geduld und gutes Zuhören im Umgang mit anderen Menschen sind. Diese Zeit hat mich nicht nur fachlich, sondern auch persönlich geprägt. (WIL57)

5 WILxx = Wichtigste Erfahrung Inland, Zitat interne Nummer xx.

Abbildung 4: Kategorisierung der wichtigsten Erfahrungen der Inlandsehemaligen



Quelle: eigene Darstellung.

Mehr als jede*r fünfte Ehemalige betont als wichtigste Erfahrung die Klärung des Berufswunsches. Dabei wurden teilweise allgemeine Erfahrungen gesammelt, aber auch neue Berufsfelder entdeckt. Manche Ehemalige berichten, dass sich der Berufswunsch durch die Erfahrungen im FWD konkretisiert oder auch verändert hat, also deutlich geworden ist, was nicht infrage kommt oder aber was besser passt. Die Antworten lassen eine große Zufriedenheit erkennen, wenn das Jahr Klarheit für die berufliche Ausrichtung bringen konnte.

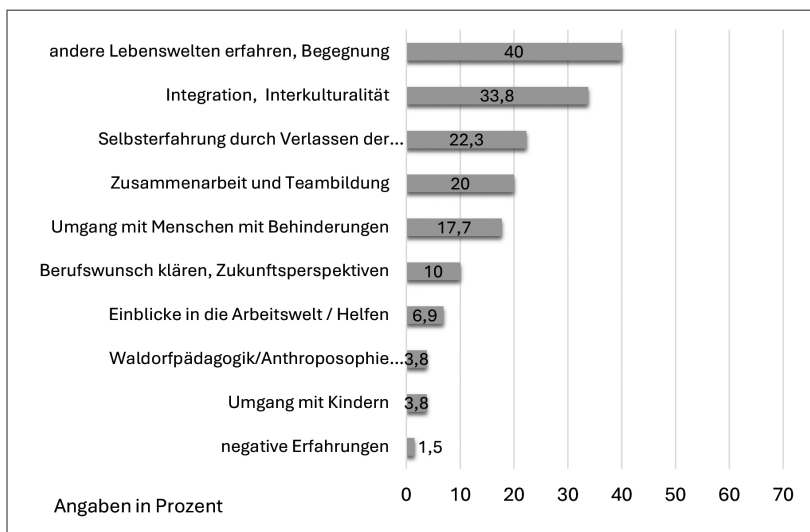
Während häufig auf die Umgebung der Einsatzstelle oder allgemeine Erfahrungen Bezug genommen wird, benennt jede*r Siebte speziell die Gemeinschaftserfahrungen in den Seminaren und mit Mitfreiwilligen als wichtigste Erfahrung. Diese wurden als intensiv und prägend beschrieben und betonen den Wert der Bildungsarbeit für die persönliche Entwicklung.

Bei dieser qualitativen Eröffnungsfrage wollen wir auch der Erfahrung der Incoming-Ehemaligen Raum geben. Mit 130 Antworten haben 90 % der Befragten die Eröffnungsfrage beantwortet. Auch die Ehemaligen im

Incoming-Freiwilligendienst (Abb. 5) berichten vor allem von prägenden Erfahrungen durch den Einblick in neue Lebenswelten, insbesondere aber in der Begegnung mit anderen Menschen.

Das Jahr hat mir ermöglicht, neue Wege für die Zukunft zu entdecken, meine Ausbildung zu vertiefen und neue kulturelle Aktivitäten kennenzulernen. Ich hatte die Gelegenheit, viele interessante Menschen zu treffen und neue Freundschaften zu schließen. Diese Erfahrungen haben mich persönlich bereichert und meine Perspektiven erweitert. Ich freue mich darauf, die neuen Erkenntnisse und Beziehungen in meinem weiteren Lebensweg zu integrieren. (WIL60)

Abbildung 5: Kategorisierung der wichtigsten Erfahrung der Incoming-Ehemaligen



Quelle: eigene Darstellung.

Die Incoming-Ehemaligen betonen neben der Bedeutung des Kennenlernens eines neuen Landes und einer neuen Arbeitsumgebung auch jene von Begegnungen mit den Mitfreiwilligen aus verschiedenen Ländern und des Voneinander-Lernens auf den begleitenden Seminaren. So schätzt etwa ein Drittel der Incoming-Ehemaligen den interkulturellen Aspekt des Freiwilligendienstes als wichtigste Erfahrung. Gut jede*r Fünfte erwähnt eine Bereicherung durch Herausforderungen und Unbekanntes. Auch Teamarbeit

und die häufig neue Erfahrung in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen werden als besonders wichtig hervorgehoben.

Die Antworten der ehemaligen Freiwilligen aus allen Bereichen zeigen, dass es meist nicht eine bestimmte Begebenheit war, die den Freiwilligen als wichtigste Erfahrung in Erinnerung geblieben ist. Vielmehr ist es das Verlassen der bekannten Umgebung und die Summe der Begegnungen und Herausforderungen, die zu einer Vielzahl von besonderen, lange wirkenden Erfahrungen führte. Das Leben und Tätigsein im neuen Umfeld und im speziellen Setting des FWD sind für die Freiwilligen auch langfristig bedeutsam. So konnte die überwiegende Mehrheit der Ehemaligen klar benennen, welche oft persönlichkeitsbildende Erfahrung der FWD für sie war.

8. Fazit

Die Jubiläumsstudie der Freunde Waldorf zeigt: Ehemalige Freiwillige sehen den FWD mehrheitlich als sehr bedeutsam für den eigenen Lebensweg an. Als wichtigste Erfahrungen nennen sie – abhängig vom Einsatz im Inland oder im Ausland – das Verlassen der eigenen bekannten Blase bzw. der Komfortzone, das Erleben von fremden Kulturen und Lebenswelten sowie die Begegnung mit (neuen) Menschen. Insgesamt zeigt sich eine deutliche Wirkung des FWD auf die persönliche Entwicklung der Freiwilligen, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung wichtiger Kompetenzen sowie dem Zugewinn an Selbstständigkeit. Der FWD beeinflusst darüber hinaus die Berufsorientierung positiv, insbesondere zugunsten des sozialen Sektors. Ehemalige interessieren sich für die Gesellschaft und setzen sich noch stärker für diese ein als schon zuvor. Ehemalige Freiwillige gehen somit offener, zielstrebig und ausgestattet mit wichtigen persönlichen Kompetenzen in die folgenden Lebensabschnitte.

Mit der Auswertung der vielen Antworten auf die (halb-)offenen Fragen im Fragebogen wollen wir in einer künftigen Publikation weiter untersuchen, inwiefern diese Auswirkungen dem FWD direkt zuzuordnen sind und welche Aspekte des FWD von den Ehemaligen als besonders wichtig eingeschätzt werden. Die vorliegenden Ergebnisse sind sowohl aus der wissenschaftlichen Perspektive der Wirkungsforschung als auch als Rückmeldung für die praktische Arbeit hoch interessant – sie stellen jedoch kein Plädoyer für die Ver zweckung der Freiwilligendienste dar. Die Erfahrung in der Praxis legt vielmehr nahe: Die beschriebenen Wirkungen treten gerade

deshalb ein, weil der Freiwilligendienst ein zunächst relativ erwartungsfreier Raum ist, den die Freiwilligen mit ihren eigenen Bedeutungen füllen können.

Literaturverzeichnis

- Destatis (2024): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der ausgeübten Tätigkeit der Klassifikation der Berufe am 30. Juni 2024. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/berufsbereiche-geschlecht.html?templateQueryString=sozialversicherungspflichtige+Berufe> (16.4.2024).
- Engels, Dietrich; Huth, Susanne (2016): Ergebnisse der gemeinsamen Evaluation des Bundesfreiwilligendienstes (BFDG) und der Jugendfreiwilligendienste (JFDG). In: *Voluntaris*, 4. Jg., Heft 1, S. 8–45.
- Fischer, Jörn (2011): Freiwilligendienste und ihre Wirkung – vom Nutzen des Engagements. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61. Jg., Heft 48, S. 54–62.
- Fischer, Jörn (2016): Auf dem Weg zur Freiwilligendienstquote von zehn Prozent – Freiwilligendienste im aktuellen Freiwilligensurvey. In: *Voluntaris*, 4. Jg., Heft 2, S. 214–218.
- Heublein, Ulrich; Hutzsch, Christopher; Schmelzer, Robert (2022): Die Entwicklung der Studienabbruchquoten in Deutschland. Hannover. https://doi.org/10.34878/2022.05.dzhw_brief (14.8.2025).
- Mayring, Philipp (2000): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 7. Auflage. Weinheim.
- Müller, Franziska; Kiegelmann, Mechthild (2025): Das transformative Potential von internationalem freiwilligen Engagement unter der Lupe – eine biographische Perspektive. Unveröffentlichtes Manuskript für die 2. ZEFFF Tagung.
- Uhly, Alexandra; Neises, Frank (2023): Vorzeitige Vertragslösungen in der dualen Berufsausbildung, Bundesinstitut für Berufsbildung. https://www.bibb.de/dokumente/pdf/dazubi_informationsbeitrag_vertragsloesungen-befunde-massnahmen-ueberblick.pdf (1.3.2025).

Das transformative Potential von internationalem freiwilligem Engagement aus biografischer Perspektive

Franziska Müller¹

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht die transformative Kraft von internationalem Engagement anhand einer biografischen Betrachtung von Engagement innerhalb des Lebenswegs von Freiwilligen. Internationalem Engagement wird eine verändernde Kraft auf die Freiwilligen zugeschrieben, z. B. im Hinblick auf Perspektivwechsel oder eine erhöhte gesellschaftliche Verantwortung. Es wird jedoch hinterfragt, dass diese Veränderungen automatisch erfolgen. In diesem Beitrag wird dargestellt, inwiefern Freiwillige ihr internationales Engagement rückblickend als wichtigen Baustein ihres Lebenswegs konstruieren. Die Untersuchungsergebnisse weisen auf eine zentrale Bedeutung von Vorerfahrungen hin. Die Autorin argumentiert, dass internationales Engagement als spezielle, zeitlich eher begrenzte Engagementerfahrung, häufig in der Phase der späten Adoleszenz, nicht allein schon als Auslöser für Transformation zu interpretieren sei. Eine biografische Betrachtung kann hier wichtige Einblicke liefern.

Schlagwörter

Internationales Engagement; Bedeutungszuschreibungen; Transformatives Lernen; Biografie; Qualitative Forschung

1. Einleitung

„Das ist jetzt wirklich n Prozess von drei bis dreieinhalb Jahren“ (Tim, Z. 197–198). So beschreibt ein Studienteilnehmer einen persönlichen Orientierungsprozess, dem er weitreichende Auswirkungen auf Einstellungs- und Verhaltensänderungen in seinem Leben zuschreibt. Sein internationales Engagement ist für ihn ein wichtiger Teil dieses Prozesses, bildet aber nicht den Ausgangspunkt.

Die relevante Frage nach der gestaltenden Kraft von Engagement ist auch im Kontext von internationalem Engagement präsent (Fischer 2024). Mit internationalem Engagement sind im vorliegenden Beitrag Auslandsfreiwilligendienste sowie kürzere Formen im Rahmen von Einsätzen mit

1 Institut für Psychologie, Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Doktorandin, muel-ler.fra@gmx.de.

Hilfsorganisationen gemeint. Die pädagogische Rahmung solcher Einsätze bilden häufig Ansätze transformativen Lernens wie z. B. Phasenmodelle zu Critical Whiteness im Kontext von Nord-Süd-Freiwilligendiensten (Wille 2020) oder dem Transformational Learning nach Mezirow im Kontext von internationalem Service Learning (Kiely 2004). Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass sie auf das transformative Potenzial von Erfahrungen im Engagement hinweisen, z. B. im Hinblick auf Perspektivwechsel, Stereotypenabbau oder eine erhöhte gesellschaftliche Verantwortung.

Ob diese gewünschten Veränderungen jedoch automatisch durch internationales Engagement erreicht werden, wurde bereits mehrfach kritisch hinterfragt (Kiely 2004). Im Gegenteil besteht sogar die Gefahr, dass Stereotype sich noch verfestigen (Polak et al. 2017; Richter 2018; Mangold 2012). Zudem sind Wirkungen in diesem Kontext methodisch schwer erfassbar (Fischer 2024; Fischer 2011).

Das Ziel dieses Beitrags, der Teil eines Dissertationsprojektes ist (Müller in Vorbereitung), ist eine Annäherung an das transformative Potenzial von internationalem freiwilligem Engagement über die Analyse retrospektiver Bedeutungszuschreibungen von Nord-Süd-Freiwilligen. Auf diese Weise werden die relevanten Einflüsse auf den weiteren Lebensweg von Freiwilligen aus einer subjektiven Perspektive erkundet. Diskutiert wird diese Forschung anhand von zwei ausgesuchten Beispielen. Die Ergebnisse der Untersuchung weisen auf eine zentrale Bedeutung von Vorerfahrungen in Form von wahrgenommenen Einflüssen durch die Herkunftsfamilie und eigenen Erfahrungen hin (Müller in Vorbereitung).

2. Methodischer Ansatz

Im Fokus der Studie standen ursprünglich kurzfristige Auslandsaufenthalte mit Engagementbezug im Rahmen eines Studiums (internationales Service Learning). Zum Zeitpunkt der Erhebung gab es noch wenig systematisch aufbereitete Informationen zu solchen Programmen². Internationale Freiwilligendienste hingegen existieren seit vielen Jahrzehnten (Fischer 2024) und sind umfangreich evaluiert (AKLHÜ e. V. 2025). Um auch Einblicke in eine etabliertere Form von internationalem Engagement zu gewinnen,

2 Ein Beispiel ist die Herbsttagung 2014 des Hochschulnetzwerks Bildung durch Verantwortung e. V. mit dem Thema: „Mit Service Learning in die Welt – Lernen abseits von Erasmus und Co.“

wurden Freiwilligendienste mit in das Sample integriert. Die Studienteilnehmenden wurden bewusst so ausgewählt, dass sich ein breites Spektrum an Organisationsformen (Freiwilligendienste, Hilfsorganisationen, Anderer Dienst im Ausland), an Ländern des Globalen Südens und an Tätigkeitsfeldern (Humanitäre Hilfe, Bauprojekte, Sozial- und Bildungsbereich) ergab (Light et al. 2009: 53–55). Alle Projekte hatten einen Bezug zu Entwicklungszusammenarbeit. Die Engagementdauer der Studienteilnehmenden war unterschiedlich lang (zwei Wochen bis 18 Monate).

Ein Sampling, das so unterschiedliche Formen des internationalen Engagements umfasst, besitzt mehrere Vorteile. Zum einen kann die biografische Bedeutung in Zusammenhang mit der Länge eines Aufenthaltes gedeutet werden. Zum anderen lassen sich auch Unterschiede zwischen Organisationsformen besser herausarbeiten, z. B. hinsichtlich der Frage, inwiefern sich der Einfluss eines im Freiwilligendienst gegebenen Bildungssettings in Bedeutungszuschreibungen niederschlägt – auch im Vergleich zu Hilfsorganisationen, bei denen die Bildung der Freiwilligen nicht explizit im Vordergrund steht.

In einer explorativ angelegten qualitativen Studie wurden im Zeitraum 2017/2018 biografische Interviews mit insgesamt elf Freiwilligen aus Deutschland im Alter von 27 bis 59 Jahren (Durchschnittsalter: 30 Jahre) geführt.³ Mit Ausnahme einer Person hatten alle Teilnehmenden Abitur und ein Studium absolviert. Das internationale Engagement fand in diesen Fällen vor, während oder nach dem Studium statt bzw. in dem einen Fall nach fast zehnjähriger Berufstätigkeit. Zum Zeitpunkt des Engagements waren die Studienteilnehmenden zwischen 18 und 30 Jahre alt (Durchschnittsalter: 23 Jahre). Die folgenden Auswahlkriterien waren entscheidend: (1) Das Engagement sollte im Ausland stattgefunden haben, (2) es sollte mindestens ein halbes Jahr zurückliegen und (3) die Freiwilligen sollten zum Zeitpunkt des Interviews bereits berufstätig sein.

Da eine eindeutige Zuordnung von Wirkungen des internationalen Engagements auf die Freiwilligen schwierig ist, wurde eine subjektive Perspektive eingenommen, um sich dem Themenkomplex zu nähern. Die Methode des biografisch-narrativen Interviews (Rosenthal 1995) ermöglicht es dabei, die zugeschriebenen Einflüsse von internationalem Engagement auf die Lebenswege von Freiwilligen über einen möglichst langen Zeitraum hin-

3 Weitere Forschung mit längerfristigen Perspektiven könnte eruieren, inwiefern im Rückblick von älteren ehemaligen Freiwilligen die früheren Auslandserfahrungen als Freiwillige noch als bedeutsam rekonstruiert werden.

weg nachvollziehen zu können und trotzdem die Machbarkeit innerhalb eines zeitlich begrenzten Dissertationsvorhabens zu gewährleisten. Darüber hinaus eignet sie sich, um der engen Verbindung von Engagement und Biografie (Jakob 1993; Benedetti 2015; Müller 2020) gerecht zu werden.

Neun der elf Interviews wurden mittels Narrationsanalyse (Schütze 2016) für eine Detailanalyse im Rahmen der Gesamtstudie ausgewertet. Schwierig zu interpretierende Stellen wurden zusätzlich mit dem Extended Listening Guide (Kiegelmann 2024) analysiert, der es erlaubt, gerade in vielschichtigen und zunächst unverständlichen oder widersprüchlichen Äußerungen der Studienteilnehmenden Prozesse der subjektiven Bedeutungsgewinnung nachzuvollziehen (Müller et al. 2024).

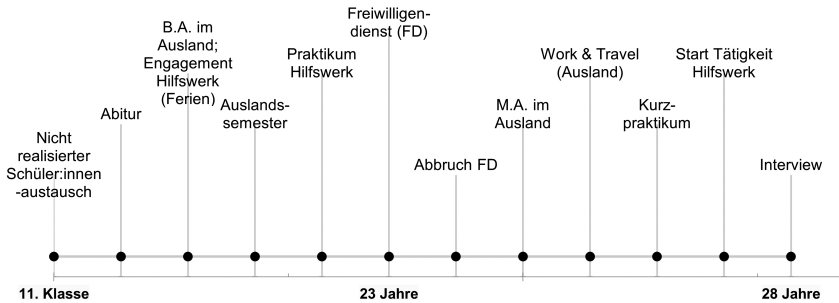
3. Ergebnisse

Alle Befragten schrieben ihren Erfahrungen im internationalen Engagement, unabhängig von der Dauer des Auslandsaufenthaltes, retrospektiv eine insgesamt sehr wichtige Bedeutung für ihren weiteren Lebensweg zu. Welche Rolle das Engagement in der jeweiligen Biografie spielte, war dabei individuell sehr unterschiedlich (Müller in Vorbereitung).

Darüber hinaus lassen sich in den Schilderungen der befragten Freiwilligen viele Kontinuitäten rekonstruieren, etwa in Bezug auf eigenes vorheriges Engagement, Praktika in sozialen Bereichen oder berufliche Tätigkeiten der Eltern in sozialen Bereichen. Diese wurden von den Freiwilligen ebenfalls als wichtig empfunden. Als mögliche Gründe für den jeweils individuellen weiteren Lebensweg stellten die Befragten, neben dem internationalen Engagement, vielfältige Bezüge zu eben diesen Erfahrungen her, die dem internationalen Engagement zeitlich vorgelagert waren (Müller in Vorbereitung).

Zur Illustrierung dieser Befunde dienen zwei beispielhafte Fälle, die im Folgenden auszugsweise skizziert werden: Julia und Tim.

Abbildung 1: Zeitachse „Julia“



Quelle: eigene Darstellung.⁴

Julia ist insofern typisch für das Studiensample, als dass, ihren Angaben zufolge, ihre Eltern Akademiker:innen sind, sich engagieren und sozialen Berufen nachgehen. Sie hat zudem selbst studiert und hatte vor dem internationalen Engagement bereits eigene Engagementerfahrungen gesammelt und soziale Praktika absolviert. Julias Profil entspricht damit dem Durchschnittsprofil von Weltwärts-Nord-Süd-Freiwilligen (Uzbonn 2020). Die Vielzahl an Auslandserfahrungen innerhalb ihres Lebenswegs (s. Abb. 1) ist sicher weniger typisch. Sie ist zudem ein besonderer Fall, da sie ihr internationales Engagement – einen Freiwilligendienst in einem afrikanischen Land im Bildungsbereich mit Kindern in prekären Situationen – aufgrund belastender Erlebnisse vor Ort nach einiger Zeit abgebrochen hat. Sie beschreibt diese Erfahrungen als ausschlaggebend für die anschließende Wahl ihres Masterstudiums, in dem sie die Probleme ihres Ziellandes aus struktureller Perspektive weiter analysieren wollte:

Ähm in dem Moment (.) hab ich mich eigentlich nur hilflos gefühlt, wie wie das System so funktioniert und ähm wie die Strukturen eben sind und dass man da ähm als Einzelperson nicht gegen ankommt. [...] und dann hab ich mir gesagt: okay, ich möchte besser [...] verstehen, wie Systeme, wie Strukturen denn funktionieren und deswegen hab ich, glaub ich, [Masterfach] studiert ähm danach und hab gesagt: ich möchte rausfinden, wie ich für mich mit meinen Fähigkeiten und p/persönlichen Stärken dazu beitragen kann das System so ein bisschen, ein BISSchen zu

4 Die unterschiedlichen Höhen der einzelnen biografischen Ereignisse stellen keine Hierarchien dar.

ändern vielleicht oder ein BISSchen (.) gerechter zu machen in der Welt.
(Julia, Z. 813–821)

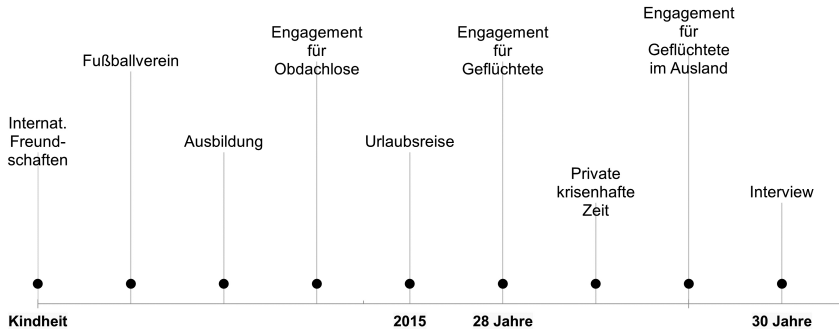
Zudem berichtet sie davon, dass die genannten krisenhaften Erfahrungen und deren Bewältigung einen stärkenden Einfluss auf ihre Persönlichkeit hatten. Diese Bewältigung gelang aus ihrer Sicht vor allem deswegen, weil sie sich nach ihrer Rückkehr proaktiv vielfältige Unterstützung gesucht hat. Als Negativbeispiel führt sie einen befreundeten Freiwilligen an, der seine krisenhaften Erfahrungen lange nicht verarbeiten konnte.

In Julias Fall kann demnach von einem besonders starken und letztendlich positiven Einfluss ihrer Erfahrungen auf ihren weiteren persönlichen und beruflichen Werdegang ausgegangen werden. Dennoch konstruiert sie zumindest ihren beruflichen Weg nach dem Freiwilligendienst als anschlussfähig an Richtungen, die sich bereits vor dem Dienst angedeutet hatten (z. B. Engagementtätigkeiten und Praktika bei unterschiedlichen Hilfswerken) (Müller in Vorbereitung):

[D]ie verschiedenen Stationen, glaub ich, [...] die ich gemacht habe und die trotzdem irgendwo n roten Faden ergeben. Dann natürlich irgendwo das Fachliche, also ähm wobei glaub ich weniger das [Master-]Studium als das [Bachelorstudium] vorher irgendwie für die [Stelle] wichtig war. Ähm ja schon auch Freiwilligendienst und Auseinandersetzung irgendwie mit [...] Entwicklungszusammenarbeit, definitiv. Auch das/ich kannte schon die Strukturen von [der Organisation]. (Julia, Z. 1393–1400)

Auf die Frage nach den Gründen, die aus ihrer Sicht ausschlaggebend waren für ihre berufliche Anstellung zum Zeitpunkt des Interviews, nennt sie den Freiwilligendienst als eine Station neben anderen (Müller in Vorbereitung).

Abbildung 2: Zeitachse „Tim“



Quelle: eigene Darstellung.

Der Fall Tim ist besonders, da Tim nicht aus einem akademischen Elternhaus kommt und einen Ausbildungsberuf im Handelsbereich wählte. Auch er bezieht sich bei der Rekonstruktion seines Lebenswegs auf viele bedeutende Erfahrungen vor dem internationalen Engagement (s. Abb. 2). Ein Beispiel für diese Bezüge ist sein Weg hin zu einem konsumkritischen Verhalten: Als eine Folge seines Auslandsaufenthaltes im Rahmen des internationalen Engagements in der Versorgung von Geflüchteten benennt Tim Veränderungen in seinem Konsumverhalten in Bezug auf Lebensmittel und Kleidung: „Aber ich hab natürlich einiges geändert. [...] Ich kann halt keine Lebensmittel wegwerfen [...]“ (Tim, Z. 430–432). Dabei macht er aber deutlich, dass ihm vergleichbare Gedanken zu nachhaltigem Konsum erstmalig bereits auf einer Urlaubsreise vor dem Auslandsaufenthalt kamen.

Tim konstruiert sein internationales Engagement als eingebettet in einen langjährigen, für ihn teils krisenhaften Orientierungsprozess hin zu einem nachhaltigen und gesundheitsbewussten Lebensstil. Sein internationales Engagement im Ausland kann als Intensivierung seines Engagements für Geflüchtete im Inland interpretiert werden, das für ihn auch im Sinne einer sinnvollen Ablenkung in persönlich schwierigen Zeiten bedeutsam war (Müller in Vorbereitung): „[I]ch hatte halt auch ne wichtige Aufgabe. Ich bin morgens zur Arbeit, die nicht so wichtig war und war dann mittags hier im Ehrenamt unterwegs und das hat mich, glaub ich, [...] auf Trapp gehalten“ (Tim, Z. 814–816).

4. Diskussion

Im Mittelpunkt des Artikels stand eine Annäherung an das transformative Potential von internationalem freiwilligem Engagement über die Analyse retrospektiver Bedeutungszuschreibungen. Bei der zugrundeliegenden Studie stand die Beantwortung der folgenden Forschungsfrage und ihrer Unterfragen im Mittelpunkt (Müller in Vorbereitung): Welche Bedeutungen schreiben Freiwillige ihren Erfahrungen im internationalen freiwilligen Engagement aus der Retrospektive zu? Welche Bezüge zeigen sich zu den Bereichen des beruflichen Werdegangs, des späteren gesellschaftlichen Engagements sowie anderen Bereichen wie z. B. dem Alltag?

Dieser Beitrag fokussierte auf das transformative Potential von internationalem freiwilligem Engagement (Kiely 2004) in beruflicher und persönlicher Hinsicht.

Die Ergebnisse zeigen: Die Freiwilligen schreiben ihren Erfahrungen im internationalen Engagement in den im Rahmen der Studie betrachteten Formen eine wichtige Bedeutung für ihr weiteres Leben zu. Dabei stellen sie zahlreiche, teils sehr unterschiedliche Bezüge her – z. B. zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung oder ihrem weiteren beruflichen Werdegang (Müller in Vorbereitung). Die Ergebnisse weisen jedoch auch darauf hin, dass Erfahrungen im internationalen Engagement, auch wenn sie intensiv sind und zu subjektiv weitreichenden Veränderungen führen können, lediglich als ein Baustein neben anderen Eingang in die biografische Rekonstruktion finden. Die Studienteilnehmenden konnten die besonderen und teilweise einschneidenden Erfahrungen aus der Retrospektive in ihren Lebensweg integrieren – selbst dann, wenn sie stark krisenhaft waren. Auch verwiesen die Befragten auf andere Vorerfahrungen und wahrgenommene Einflüsse, die dem internationalen Engagement zeitlich vorgelagert waren (Müller in Vorbereitung).

Es wird daher argumentiert, dass internationales freiwilliges Engagement als spezielle, zeitlich eher begrenzte Engagementerfahrung, die typischerweise in der Phase der späten Adoleszenz oder dem jungen Erwachsenenalter stattfindet, nicht allein schon als Auslöser für Transformation zu interpretieren ist. Dies legt den Schluss nahe, dass Engagementerfahrungen und deren transformatives Potenzial nicht losgelöst, sondern im Kontext der Biografie der Freiwilligen betrachtet werden sollten. Unsere Ergebnisse sind damit anschlussfähig an die Arbeit von Hinrichsen, die für Teilnehmende des Freiwilligen Sozialen Jahres konstatiert, dass biografisches Lernen „abhängig von vergangenen Erfahrungen, antizipierten Zukünften und bio-

graphischen Sinnkonstruktionen“ (Hinrichsen 2020: 495) ist. Sie zeigt die Relevanz einer biografischen Perspektive als alternativer Betrachtungsweise zu Evaluationen und Motivationsanalysen auf (Hinrichsen 2020: 495–496).

Die Ergebnisse der Studie sind aus der konstruktivistischen Perspektive der Biografieforschung zu betrachten. Es geht dabei nicht um eine Darstellung des Geschehenen, sondern darum, „wie sich diese Erfahrungen de[n] Erlebenden darbieten“ (Rosenthal 1995: 200). Für die Beantwortung der Forschungsfrage des vorliegenden Beitrags war die subjektive Rekonstruktion zur Bedeutungserfassung des internationalen Engagements zentral, da u. a. die zum Zeitpunkt des Interviews aktiv ausgeübte Berufstätigkeit mit reflektiert werden konnte. Am Beispiel von Julia lässt sich erkennen, dass ein internationaler Freiwilligendienst aus der Perspektive einer Berufstätigen durchaus biografisch als beruflich relevant gedeutet werden kann. Eine als stimmig wahrgenommene Lebensgeschichte, wie sie sich auch in den vorliegenden Ergebnissen zeigt, ist nach Alheit und Dausien (2000: 274) darauf zurückzuführen, dass Individuen trotz ständiger Veränderungen von außen als „Akteur[:innen] und Planer[:innen]“ der eigenen Biografie auftreten möchten. Sie ergibt sich nicht zufällig, sondern entsprechend einer „intuitiv verfügbaren generativen Struktur“ der eigenen Biografie (Alheit/Dausien 2000: 275). Im Umkehrschluss bedeutet dies aber nicht, dass jede Erfahrung positiv in die eigene Biografie integriert werden kann (Alheit/Dausien 2000: 276; Schütze 2016). Dies heißt: Auch wenn die Konstruktion einer gewissen biografischen Kontinuität durch die Methode der biografischen Interviews begünstigt werden kann, ist sie nicht zwingend das Ergebnis. Dass eine Integration der Erfahrungen aus dem internationalen Engagement auch misslingen kann, dafür sensibilisiert die Studie von Mundorf (2000) mit Teilnehmenden christlicher Freiwilligendienste im Ausland. Einige Rückkehrer:innen äußerten dort den Wunsch nach einem weiteren Auslandsaufenthalt, um zukünftig Lebens- und Verhaltensweisen zu realisieren, die sie im internationalen freiwilligen Engagement kennengelernt hatten, aber die sie nach eigener Aussage in Deutschland nicht umsetzen konnten. Mundorf interpretiert dies als Idealisierung des Erlebten aufgrund nicht ausreichend verarbeiteter Erfahrungen. Das Ausland wird hier zur Projektionsfläche für in Deutschland nicht integrierbare Werte (Mundorf 2000: 101–104).

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie weisen auch auf die Wichtigkeit von frühem freiwilligem Engagement als Voraussetzung für weiteres späteres Engagement hin und benennen gleichzeitig Faktoren, die einen Einstieg

begünstigen wie z. B. vorhandene Engagementerfahrungen im Elternhaus (Düx et al. 2009: 212–225; Polak et al. 2017). Geht es aber um die Frage, inwiefern der internationale Engagementsaufenthalt die Freiwilligen zu verantwortlichem Handeln befähigt, wie es z. B. von Weltwärts angestrebt wird (Polak et al. 2017), so lässt sich ein positiver Effekt aufgrund der Bedeutung vielfältiger Vorerfahrungen⁵ nur eingeschränkt feststellen. Für einen Einfluss auf das Engagementverhalten, so legen es die Ergebnisse nahe, sind demnach frühere Berührungen mit Engagement entscheidender. Das internationale Engagement kann in diesem Zusammenhang vielmehr als Folge von vorherigem Engagement interpretiert werden.

Insgesamt plädiert der Beitrag für eine nüchterne Perspektive auf den möglichen Einfluss von internationalem freiwilligem Engagement auf die Freiwilligen: Die ihm zugeschriebenen Bedeutungen sind eingegrenzt und individuell sehr unterschiedlich. Es ist zudem eine langfristige biografische Einbettung auch von teilweise sehr kurzen, wenn auch intensiven, Erlebnissen in persönlich sensiblen Phasen zu beobachten. Diese Einschätzung bestätigen auch die Ergebnisse anderer Studien. Richter (2018: 21) beispielsweise spricht in diesem Zusammenhang von einem „zurückhaltenderen Anspruch hinsichtlich der erwarteten Lernwirkungen“. Es kann zudem aufgezeigt werden, dass in der Gesamtschau der Erfahrungen, von denen Freiwilligendienste einen Teil bilden, auch längere Orientierungsphasen biografisches Potenzial entfalten und sogar Abbrüche sich als konstruktive Lernerfahrungen erweisen können, wenn sie entsprechend verarbeitet werden. Damit lässt sich für Freiwillige ein möglicherweise subjektiv erlebter und ggf. von außen aufgebauter Leistungsdruck relativieren. Freiwilligendienste sind in diesem Sinne einerseits ein Ort der Selbstentfaltung⁶, andererseits sollten sie nicht darauf reduziert werden – die Angebote sollten einen Mehrwert vor Ort schaffen.

Die Teilnehmenden wurden teilweise gezielt im Hochschulkontext (Service Learning) rekrutiert. Dies hat sicher dazu beigetragen, dass überdurchschnittlich viele Akademiker:innen im Sample vertreten waren. Das Bewusstsein für die Schaffung von Zugängen zu Auslandsfreiwilligendiensten für viele unterschiedliche Gruppen ist in den letzten Jahren gestiegen (für Weltwärts: Polak et al. 2017). Betrachtet man allein den Bildungsab-

5 Laut Polak et al. sind Weltwärts-Freiwillige schon vor der Teilnahme „überdurchschnittlich häufig ehrenamtlich engagiert“ (2017: 91).

6 Für ihre kritische Betrachtung und Rückmeldungen danke ich den Teilnehmenden des Panels „Freiwilligendienste“ auf der 2. ZEFFF-Tagung „Umbruch, Druck, Transformation? – Gegenwart und Zukunft des Engagements“, Berlin, 2025.

schluss, so ist die Gruppe der Teilnehmenden mit Abitur jedoch noch immer die größte (AKLHÜ e. V. 2025: 29–32). Damit Engagement demokratische Partizipation und Teilhabe unterschiedlicher Zielgruppen ermöglichen kann (BMFSFJ 2024: 8), ist weitere Forschung mit heterogeneren Teilnehmenden notwendig. So könnten möglicherweise niedrigschwellige lokale Engagementangebote von großer Bedeutung für Personen sein, die sich finanziell eine Auszeit z. B. vom Berufsleben durch einen Auslandseinsatz nicht leisten können oder für die aufgrund fehlender Vorbilder und Strukturen freiwilliges Engagement weniger naheliegend ist. Nach den Ergebnissen des AKLHÜ e. V. scheinen zudem Freiwilligendienste auf privatrechtlicher Basis diesbezüglich offener zu sein, da sie zeitlich flexibler sind und keine Altersbegrenzung haben (AKLHÜ e. V. 2025: 31). Schließlich ist zu prüfen, ob Auslandsaufenthalte ggf. flexibler in anderen Kontexten, außerhalb von Engagementsinsätzen, ermöglicht und unterstützt werden können.

Literaturverzeichnis

- AKLHÜ e. V. – Netzwerk und Fachstelle für internationale personelle Zusammenarbeit (2025): Freiwillige in internationalen Freiwilligendiensten 2023. https://www.entwicklungsdienst.de/fileadmin/AKLHUE_Relaunch/AKLHU___JB-2023_WEB_NEU_250512.pdf (15.7.2025).
- Alheit, Peter; Dausien, Bettina (2000): Die biographische Konstruktion der Wirklichkeit. Überlegungen zur Biographizität des Sozialen. In: Hoerning, Erika M. (Hrsg.): Biographische Sozialisation. Stuttgart, S. 257–283.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Bundestagsdrucksache 20/14120. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (2.5.2025).
- Benedetti, Sascha (2015): Engagement, Biographie und Erwerbsarbeit. Eine biographieanalytische Studie zur subjektiven Bedeutung gesellschaftlichen Engagements. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11314-8>.
- Düx, Wiebken; Sass, Erich; Prein, Gerald (2009): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. 2. Auflage. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91984-3>.
- Fischer, Jörn (2024): Freiwilligendienste im Ausland. Engagement zwischen Helfen und Lernen. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, S. 269–277, doi.org/10.5771/9783748936497.
- Fischer, Jörn (2011): Freiwilligendienste und ihre Wirkung. Vom Nutzen des Engagements. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 48, S. 54–62.

- Hinrichsen, Merle (2020): Das FSJ als biographischer Zwischenraum. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-29200-3>.
- Jakob, Gisela (1993): Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Wiesbaden, <https://doi.org/10.1007/978-3-663-07671-1>.
- Kieglmänn, Mechthild (2024): Development of an extended version of the Listening Guide research methodology for use in transnational research. In: *The Journal of Social Issues Research*, 73. Jg, S. 1–13, <https://omu.repo.nii.ac.jp/records/2000363> (14.8.2025).
- Kiely, Richard (2004): A Chameleon with a Complex. Searching for Transformation in International Service-Learning. In: *Michigan Journal of Community Service-Learning*, S. 5–20.
- Light, Richard J.; Singer, Judith D.; Willett, John B. (2009): *By Design. Planning research on higher education*. Cambridge.
- Mangold, Katharina (2012): 'Struggling to Do the Right Thing'. Challenges during international volunteering. In: *Third World Quarterly*, 33. Jg., Heft 8, S. 1493–1509, <https://doi.org/10.1080/01436597.2012.698137>.
- Müller, Franziska (in Vorbereitung): Die biographische Bedeutung von internationalem freiwilligem Engagement aus der Sicht von Freiwilligen (unveröffentlichte Doktorarbeit).
- Müller, Franziska (2020): Zur subjektiven Bedeutung von internationalem freiwilligem Engagement aus der Sicht ehemaliger Freiwilliger. Ein Literaturüberblick im Forschungsfeld. In: Bonus, Stefanie; Fischer, Jörn; Gille, Christoph; Haas, Benjamin; Richter, Sonja; Wenzel, Jan (Hrsg.): *Entwicklungspolitische Freiwilligendienste im Fokus der Forschung*. Baden-Baden, S. 53–62, <https://doi.org/10.5771/9783748903932-53>.
- Müller, Franziska; Rosari, Sasmita; Höhn, Jessica; Springmann, Marie-Luise; Kieglmänn, Mechthild (2024): Disentangling Meaning in Hard-to-Understand Data through Expanding the Listening Guide. In: Tseliou, Eleftheria; Demuth, Carolin; Georgaca, Eugenie; Gough, Brendan (Hrsg.): *The Routledge International Handbook of Innovative Qualitative Psychological Research*. New York, S. 125–137, <https://doi.org/10.4324/9781003132721>.
- Mundorf, Margret (2000): Christliche Freiwilligendienste im Ausland. Lernprozesse und Auswirkungen auf die Lebensentwürfe junger Menschen; eine qualitative Studie. Münster/New York/München/Berlin.
- Polak, Jan Tobias; Guffler, Kerstin; Scheinert, Laura (2017): *Weltwärts-Freiwillige und ihr Engagement in Deutschland*. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit. Bonn.
- Richter, Sonja (2018): Lernen zwischen Selbst und Fremd. Zur Qualität von Lernprozessen in Freiwilligendiensten im Globalen Süden. In: *Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik*, 41. Jg, Heft 1, S. 17–22, <https://doi.org/10.25656/01:18953>.
- Rosenthal, Gabriele (1995): *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*. Frankfurt/Main.

- Schütze, Fritz (2016): Biographieforschung und narratives Interview. In: Schütze, Fritz; Fiedler, Werner; Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Prozessanalyse. Grundlagen der qualitativen Sozialforschung. Leverkusen, S. 55–74.
- Uzbonn (2020): Ergebnisse der Freiwilligenbefragung 2020 zum weltwärts-Programm (Nord-Süd). https://www.weltwaerts.de/files/media/dokumente_dc/de/Organisationen/Freiwilligenbefragungen/Nord-Sued/2020/Freiwilligen_Befragung_2020_Nord-Sued.pdf (15.8.2025).
- Wille, Laura (2020): Critical Whiteness im Freiwilligendienst: eine rassismuskritische Analyse der Privilegienreflexion Weißer Freiwilliger. <https://www.uni-frankfurt.de/130968505.pdf> (15.8.2025).

Das Europäische Solidaritätskorps zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Stärkung von freiwilligem Engagement in Zeiten der Krise

Eva Feldmann-Wojtachnia¹

*Das Europäische Solidaritätskorps ist das Bekenntnis
zu einem sozialen Europa
(Europäisches Solidaritätskorps 2025)*

Zusammenfassung

In angespannten Zeiten wollen sich junge Menschen mit den gesellschaftlichen Herausforderungen auf ihre Weise auseinandersetzen und möglichst selbst aktiv werden. Die EU bietet mit dem *Europäischen Solidaritätskorps* (ESK) (2018–2027)² hierzu einen passenden Rahmen. Mit einem Freiwilligendienst können sich junge Menschen in Europa mit einem der vier thematischen Schwerpunkte des Programms – Inklusion, Partizipation, Digitale Transformation, Wandel und Nachhaltigkeit – befassen und so mit einem eigenen Beitrag solidarisch in der Gesellschaft aktiv werden. Der Artikel untersucht die intendierten Wirkungen des EU-Programms und stellt aktuelle Studienergebnisse aus dem europäischen Forschungsnetzwerk RAY zur Diskussion. Der Fokus richtet sich dabei auf das Solidaritätsverständnis, das junge Menschen ihrem Engagement zugrunde legen, und die nötigen Rahmenbedingungen, damit dies Wirkung in der Gesellschaft entfalten kann.

Schlagwörter

Solidarität; gesellschaftliches Engagement; Europäischer Freiwilligendienst; Inklusion; soziale Gerechtigkeit; Partizipation

1 Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), Leiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Mitglied des deutschen Forschungsteams RAY DE für die wissenschaftliche Begleitforschung der EU-Jugendprogramme Erasmus+ Jugend und das Europäische Solidaritätskorps, eva.feldmann@lrz.uni-muenchen.de.

2 Verordnung EU 2018/1475.

1. Einleitung

Solidarität ist einer der Grundwerte der Europäischen Union und Grundprinzip unseres Sozialstaats. Wir erleben derzeit eine multiple Krisenlage, in der Demokratie und gesellschaftliche Solidarität stark herausgefordert sind. Gerade junge Menschen haben noch immer mit den Nachwirkungen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Sie sind von der Klimakrise, von Inflation und der regressiven Wirtschaftslage betroffen und verunsichert durch Terrorismus, den russischen Angriff auf die Ukraine und den Krieg im Nahen Osten. Viele Jugendliche befürchten eine sich vertiefende gesellschaftliche Spaltung aufgrund von steigender Armut, sinkender Lebensqualität und dem zunehmenden Populismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Europa (Shell 2024: 47–80). Die demokratische Wertebasis, wie sie in Artikel 2 des EU-Vertrags von Lissabon³ festgeschrieben ist, erschließt sich für junge Menschen nicht von selbst. Sie muss erlebt und neu verhandelt werden.

Dennoch steht die überwiegende Mehrheit Jugendlicher grundsätzlich positiv zu Staat und Gesellschaft und sieht für sich Zukunftschancen. Gleichzeitig sieht über die Hälfte der Jugendlichen vielerorts einen Verbesserungsbedarf und ist kritisch eingestellt im Hinblick auf staatliche Maßnahmen (Shell 2024: 16–17).

Jugendliche positionieren sich inzwischen deutlicher als in den Jahren zuvor. Sie sind politischer geworden, was nicht zuletzt die Wahlergebnisse der Europawahl 2024 sowie der Bundestagswahl 2025 zeigen sowie eine hohe Beteiligung bei den zahlreichen Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechtsradikalismus, Hass und Hetze. Junge Menschen sind größtenteils – zu 75 % – mit der Demokratie eher oder sehr zufrieden. Die Bereitschaft zu einem konkreten persönlichen Engagement ist leicht angestiegen und zeigt sich bei 40 % der Jugendlichen (Shell 2024: 18). Politisches Engagement erfährt dabei eine etwas höhere Bedeutung vor der leicht rückläufigen sozialen Orientierung für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen (Shell 2024: 21). Grundsätzlich gibt es eine breite Zustimmung zu Europa, 84 % der Befragten befürworten Deutschlands Mitgliedschaft

3 Artikel 2 EUV: Art. 1. Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Art. 2. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

in der EU (Shell 2024: 97). Sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen zu helfen, hält die Mehrheit der Jugendlichen (58 %) für sehr oder eher wichtig (Shell 2024: 104).

Solidarität kann entsprechend verschiedener Heuristiken verstanden und operationalisiert werden: je nach Perspektive entlang sozialer, philosophisch-politischer oder ethischer Bezugspunkte (SALTO European Solidarity Corps 2020). Einen einheitlichen Begriff zu entwickeln und zu messen ist weder möglich, noch entspricht dies dem Grundverständnis der EU. Solidarität ist daher als eine Handlungsmaxime im politischen System aufzufassen, für die das Subsidiaritätsprinzip und eine immanente Handlungsfreiheit gelten. Dem freiwilligen Engagement im zivilgesellschaftlichen Raum kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Solidarität heißt, für Minderheiten, soziale Randgruppen und Hilfsbedürftige einzutreten und Spaltungen und Benachteiligungen in der Gesellschaft nicht einfach hinzunehmen. Allerdings ist Solidarität etwas völlig anderes als Hilfsbereitschaft. Sie adressiert soziale Ungleichheit und beinhaltet im Kern eine Widerstandserfahrung gegen Ungerechtigkeit (Feldmann-Wojtachnia 2024).

Solidarität und Stärke sind in der aktuellen Krisenlage zum Schlüssel für Resilienz und die innere sowie äußere Handlungsfähigkeit der EU geworden (Fücks/Steenblock/Pütz o. J.: 10). Es stellt sich aber die Frage nach der Bereitschaft zu einem solchen Handeln. Das Grundprinzip ‚Solidarität‘ der EU muss sich konkret als ‚gelebte Solidarität‘ in Europa und vor Ort beweisen. Hierzu bietet die EU jungen Menschen einen Rahmen. Aus diesem Blickwinkel heraus diskutiert der Beitrag folgende Fragen:

- Auf welche Weise ermöglicht die EU jungen Menschen, sich freiwillig zu engagieren und dabei solidarisch in die Gesellschaft zu wirken?
- Inwieweit greifen die Teilnehmenden diesen Fokus auf? Wie verstehen sie Solidarität und auf welche Weise werden sie aktiv?
- Wie wird der Inklusionsgedanke, der dem europäischen Solidaritätsverständnis immanent ist, umgesetzt?

Um aktiv zu werden sind Rahmenbedingungen und jugendgerechte Angebote entscheidend. Auch wenn junge Menschen die Europäische Union (EU) befürworten und Solidarität für einen wichtigen Grundsatz für das demokratische Miteinander halten, finden Jugend und Europa beim freiwilligen Engagement nicht automatisch zueinander. Angesichts zunehmender nationalistischer Tendenzen sei es wichtig, den europäischen Gemeinschaftsgedanken unter jungen Menschen durch die EU-Jugendprogramme

zu stärken – so lautet die Einschätzung des Jugendbeirats der deutschen Nationalen Agentur JUGEND für Europa (JfE 2025a: 1).

In Zeiten der Krise betont eine große Mehrheit der Jugendlichen die hohe Eigenverantwortung für das Gelingen ihres Lebens und die Realisierung ihrer Pläne (Shell 2024: 30). Gerade jetzt sich einsetzen – so lautet das Motto auch bei denjenigen, die im Europäischen Solidaritätskorps (ESK) aktiv werden. Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag, inwieweit es der EU gelingt, jungen Menschen ein adäquates Angebot zu machen und dabei dem eigenen Partizipations- und Inklusionsanspruch gerecht zu werden.

2. Europäisches Solidaritätskorps (ESK) – das Freiwilligenprogramm der EU

Das Europäische Solidaritätskorps ist – neben Erasmus+ Jugend – eines der beiden Jugendprogramme der EU (2019–2027) und dient der Umsetzung der europäischen Jugendpolitik. Beide Programme ermöglichen Beteiligung sowie Lernmobilitäten für junge Menschen. Mit dem ESK wird der europäische Freiwilligendienst gefördert. Hierdurch sollen der gesellschaftliche Zusammenhalt, solidarisches Handeln und ein demokratisches und nachhaltiges Europa gestärkt werden. Das Programm richtet dabei den Fokus auf folgende Prioritäten:

- Inklusion und Vielfalt
- Teilhabe am demokratischen Leben, gemeinsame Werte und bürger-schaftliches Engagement
- Ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz
- Digitaler Wandel (EU-Kommission 2025: 6–8).

Die Förderstruktur unterscheidet zwei Formen des Engagements: einen Freiwilligendienst im europäischen Ausland und Solidaritätsprojekte im Inland. Zu den zentralen Charakteristika des Programms gehören:

- Respekt der europäischen Werte und der europäischen Dimension
- Individuelle Freiwilligentätigkeit und in Gruppen
- Nicht-formales und informelles Lernen und dessen Anerkennung
- Mehrsprachigkeit
- Schutz, Gesundheit und Sicherheit der Teilnehmenden
- Hineinwirken in die Gesellschaft und Sichtbarmachung der Ergebnisse (EU-Kommission 2025a: 8–10).

Um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, gilt es, Europa vor Ort erfahrbar zu machen und jungen Menschen einen Rahmen zu bieten, in dem sie ihr Engagement, Solidarität und eigene Ideen einbringen können. Das Programm richtet sich an *alle* jungen Menschen in Europa. Die Evaluierung zeigt allerdings, dass sich deutlich häufiger junge Frauen mit einem höheren Bildungsniveau aus sozio-ökonomisch gefestigten Verhältnissen beteiligen (BMFSFJ 2024b: 7). In Deutschland waren im Zeitraum 2021–2023 mehr als 5.000 Teilnehmende im ESK-Freiwilligendienst oder mit einem eigenen Solidaritätsprojekt engagiert, davon über 2.000 junge Menschen in einem individuellen Freiwilligendienst und etwa 1.700 Teilnehmende in Freiwilligenteams. Vier von zehn Teilnehmenden waren „junge Menschen mit geringeren Chancen“⁴, deren Zugang durch verschiedene Hürden erschwert ist (BMFSFJ 2024a: 6).

Das europäische Forschungsnetzwerk RAY (Research based Analysis of European Youth programmes)⁵ begleitet die europäischen Jugendprogramme wissenschaftlich und untersucht die Wirkungen. Mittels einer standardisierten, mehrsprachigen Online-Befragung und in qualitativen Studien wurden auch die Effekte und Ergebnisse der Aktivitäten des ESK im Zeitraum 2021–2023 aus Sicht der Teilnehmenden und der beteiligten Organisationen europaweit untersucht. Im Folgenden wird anhand dieser transnationalen und nationalen RAY-Daten erörtert, wie sich die normativen Vorgaben der EU zur Umsetzungswirklichkeit der Freiwilligenprojekte verhalten.

2.1 Motivation für die Teilnahme

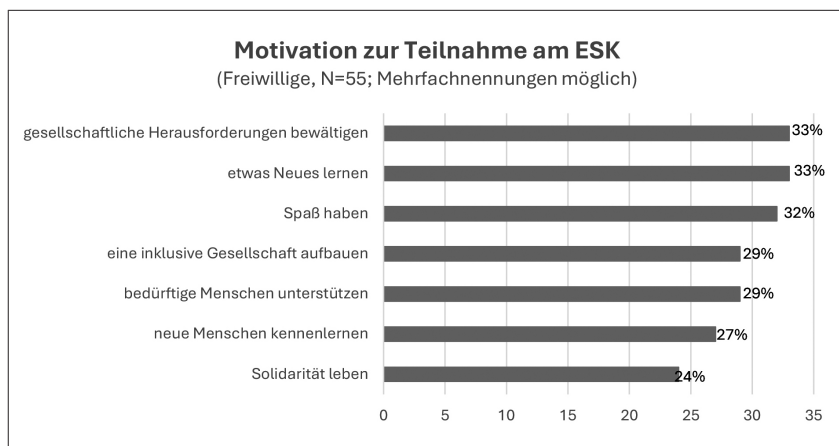
Junge Menschen engagieren sich über ihre privaten Kreise hinaus, wenn ihnen ein Thema wichtig ist (Bertelsmann Stiftung 2024: 19–22). Gleichzeitig wollen sie sich ausprobieren, etwas Neues lernen, Bekanntschaften schließen und auch etwas Sinnvolles für die Gesellschaft tun. Die Gründe für die Teilnahme an einem Freiwilligendienst sind vielfältig. Sie sind ein Bündel, zusammengesetzt aus den Wünschen, erkannten Missständen in der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, selbst wirksam zu werden und mit

4 Der Begriff hat sich in der europäischen Jugendpolitik für die Beschreibung von Benachteiligung durchgesetzt; im Englischen ‚Young People with Fewer Opportunities‘ (YPFO), weitere Erläuterungen siehe SALTO (2025).

5 Dem RAY-Netzwerk gehören die Nationalen Agenturen und ihre Forschungspartner aus 34 Ländern an; ausführlicher siehe RAY (2025).

anderen jungen Menschen gemeinsam Spaß zu haben. Auch ist dies dem Bedürfnis nach Zusammengehörigkeit geschuldet. Für die Teilnahme am ESK spielen zudem der Inklusionsgedanke, die Hilfeleistung für Schwächere und solidarisches Handeln eine spezifischere, gleichermaßen wichtige Rolle für die Motivation zur Teilnahme (Abbildung 1).

Abbildung 1: Motivation der Teilnehmenden beim ESK



Quelle: RAY_DE 2024; bisher unveröffentlichte Daten, eigene Darstellung.

Für das Verständnis von Solidarität besteht keine verbindliche Definition seitens des Programms. Solidarität hat für junge Freiwillige im ESK viele Gesichter: Empathie, Bürgerschaft, Menschenrechte und Inklusion sind dabei zentral (SALTO 2020). Quantitative und qualitative RAY-Studien zeigen, dass soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Themen und gelebte Solidarität für die Teilnehmenden wichtige Gründe für ihr Engagement im ESK sind. Sie fassen den Solidaritätsgedanken weit und verbinden diesen mit einer klaren Handlungskomponente und dem Ziel, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Diese Ergebnisse korrespondieren mit der normativen Idee und den Vorgaben des Programms und verdeutlichen die intendierte Wirkung. Mögliche weitere Motivationsfaktoren zu untersuchen, wäre z. B. in einer Panelstudie interessant, um ein noch umfassenderes Bild zu erhalten.

Die Projekte im ESK reagieren in vielerlei Hinsicht auf die aktuelle Krisenlage. Im Rahmen ihres Freiwilligendienstes und besonders mit eigenen Solidaritätsprojekten vor Ort zeigen sich die Teilnehmenden oft mit margi-

nalisierten und benachteiligten Gruppen solidarisch. Sie engagieren sich für die Inklusion von Geflüchteten und Migrant:innen, interkulturelle Verständigung und die Förderung von Toleranz gegenüber verschiedenen Traditionen, Kulturen und Religionen. Ebenfalls, wenn auch nicht ganz so häufig, werden sie aktiv für Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel, aber auch grundsätzlich für soziale Gerechtigkeit und die Stärkung von Demokratie und Partizipation (Feldmann-Wojtachnia 2024: 8–11).

2.2 Erfahrungen und Einschätzungen der Akteure

Aus den RAY-Studien geht hervor, dass 75 % der Verantwortlichen aus dem Projektteam der Auffassung sind, dass ihr Projekt dazu beigetragen hat, die Solidarität in Europa zu stärken, junge Menschen und Organisationen zusammenzubringen, eine inklusivere Gesellschaft aufzubauen und das Engagement mit solidarischen Aktionen zu verstärken. Interessanterweise erfuhr das Ziel, mit den Projekten die Demokratie in Europa zu stärken, deutlich weniger Unterstützung. Nur knapp ein Drittel der ESK-Akteure sieht hier ihren Beitrag. Ordnet man die RAY-Ergebnisse den drei Hauptanliegen des ESK zu, ergibt sich folgende Zustimmung bezüglich der Zielerreichung in den Projekten (Tabelle 1).

Tabelle 1: Zustimmung der Projektverantwortlichen zu den Hauptanliegen des ESK

<i>Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken</i>	<i>Solidarisches Handeln über Grenzen hinweg fördern</i>	<i>Ein demokratisches und nachhaltiges Europa festigen</i>
73 % eine inklusivere Gesellschaft aufbauen 70 % soziale Inklusion stärken 44 % gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken	75 % Stärkung der Solidarität 73 % Engagement für solidarisches Handeln 62 % Chancengleichheit fördern 49 % Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen 42 % gesellschaftlichen und humanitären Herausforderungen begegnen	69 % Stärkung der aktiven Bürgerschaft 42 % nachhaltige Entwicklung fördern 32 % Demokratie in Europa stärken
Schlüsselfaktor Inklusion	Schlüsselfaktor Solidarität	Schlüsselfaktor Partizipation

Quelle: RAY 2025 (Horta Herrenaz et al. 2025: 36–37); eigene Darstellung.

Nach Einschätzung von 83 % der Projektverantwortlichen konnten die Freiwilligenprojekte auch eine Wirkung in der lokalen Gemeinschaft entfalten. Das Potential von Freiwilligentätigkeit wurde dort bewusst wahrgenommen und die interkulturelle Dimension des ESK wertgeschätzt. 85 % der Befragten sehen zudem ein grundsätzliches Interesse der lokalen Gemeinschaft, ähnliche Projekte zu unterstützen (Horta et al. 2025: 36–37).

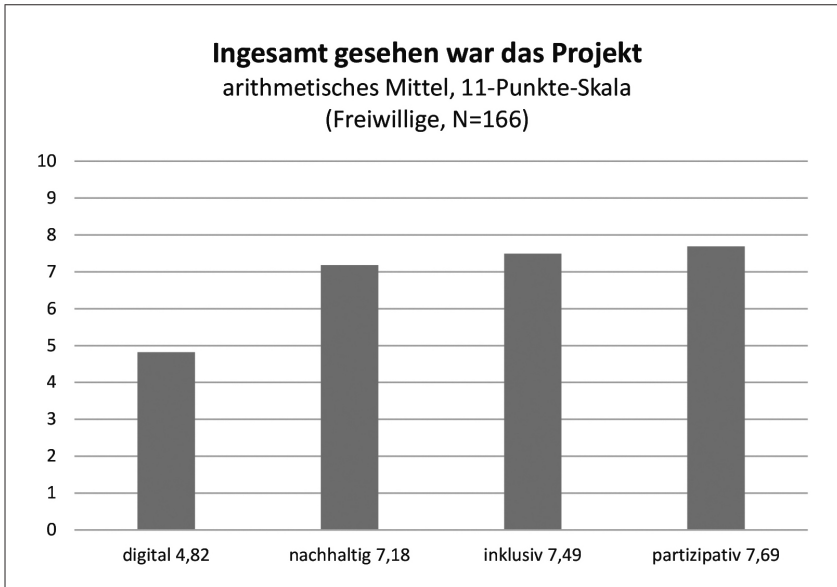
3. Umsetzung der Programmprioritäten

In den Einrichtungen, in denen die Freiwilligen ihren Dienst absolvieren, bieten sich unterschiedlichste Möglichkeiten zum Engagement. Mit den vier horizontalen Prioritäten des ESK ‚Inklusion und Vielfalt‘, ‚Digitaler Wandel‘, ‚Ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz‘, ‚Teilhabe am demokratischen Leben, gemeinsame Werte und bürgerschaftliches Engagement‘ hat das ESK klare Ziele formuliert. Die Schwerpunktsetzung entspricht den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sowie den Grundprinzipien und Bedarfen der Akteure im Jugend- und Engagementbereich. Partizipation, Inklusion und Nachhaltigkeit spielen in vielen Projekten eine beachtliche Rolle. Digitalisierung war vor allem während der Coronapandemie und den damit verbundenen Beschränkungen von großer Bedeutung und hat mittlerweile eine geringere, vor allem unterstützende Funktion eingenommen.

Im RAY SOC_DE Survey geben die Befragten an, dass Partizipation und Inklusion in den Projekten eine große Rolle spielen, knapp gefolgt von Nachhaltigkeit (Abbildung 2). Freiwillige bewerten das Projekt, an dem sie teilgenommen haben, zu je 74 % als partizipativ und inklusiv und zu 68 % als nachhaltig. Trotz der hohen Zustimmung sollten künftige Untersuchungen ein Augenmerk darauf richten, dass knapp ein Viertel der Befragten den Rahmen für das Engagement im Projekt als nicht ausreichend partizipativ bzw. nicht nachhaltig empfindet.

Zum ‚Digitalen Wandel‘ gehen die Meinungen bei der Projektbewertung auseinander. Hier erstrecken sich die Antworten über das gesamte Spektrum von „überhaupt nicht“ bis „sehr stark“, sodass sich ein Mittelwert von 4,87 ergibt. Dies verweist darauf, dass es noch der Klärung bedarf, inwieweit die Digitalisierung eine eher unterstützende Funktion hat oder – mit entsprechender Förderung und Ausstattung – eine prioritäre Rolle einnehmen müsste.

Abbildung 2: Zustimmung der Freiwilligen zu den Programmprioritäten



Quelle: RAY SOC_DE 2023; bisher unveröffentlichte Daten.

In sechs Case Studies (2023) hat das deutsche Forscher:innenteam (RAY_DE) die Umsetzung der Prioritäten auch qualitativ unter die Lupe genommen. Sie bestätigen die quantitativen Ergebnisse und leuchten die Hintergründe aus. Es wird deutlich, dass den Aufnahme- bzw. Entsendeorganisationen die vier Prioritäten bekannt sind und sich diese mit den Zielsetzungen der Einrichtungen grundsätzlich decken. Aus Sicht der Projektleitungen greifen sie ineinander. Manche Prioritäten werden jedoch weniger konkret verstanden und umgesetzt als andere. Am stärksten verbunden sehen sich die Befragten mit dem Schwerpunkt ‚Inklusion und Vielfalt‘, der als ein Querschnittsthema und konstituierendes Merkmal für die eigene Arbeit angesehen wird (Feldmann/Tham 2023b: 7).

Dies ist für die Mehrheit der Befragten eng mit dem Solidaritätsverständnis verknüpft. Die Maßnahmen sollen für jeden zugänglich sein, unabhängig vom persönlichen oder sozialen Hintergrund. Soziale Benachteiligung oder andere Hindernisse zu überwinden, aber auch kulturelle Vielfalt sichtbar zu machen und so zu einem friedlichen Miteinander beizutragen, sehen die Träger als ein wichtiges Ziel von Solidarität an. Allerdings handelt es sich oft um ein eher implizites Verständnis von Inklusion bzw. um eine

thematische Ausrichtung, die sich auf einen spezifischen Bereich von Inklusion bezieht. Eine gezielte inhaltliche Auseinandersetzung vor dem Hintergrund des ESK findet mit den Freiwilligen in den untersuchten Projekten nicht statt. Auch ist dort die für den jugendpolitischen Bereich bestehende Inklusionsstrategie der EU nicht bekannt.

Der Programmschwerpunkt ‚Teilhabe am demokratischen Leben‘ ist für die Befragten wichtig, viele ihrer Angebote verfolgen dieses Ziel. Allerdings wird in den Interviews deutlich, dass der Beitrag des ESK zur Stärkung von Demokratie und politischem Bewusstsein nicht explizit den Freiwilligen vermittelt bzw. mit diesen reflektiert wird. Vor dem Hintergrund der Krise und im Sinne nicht-formaler Lernerfahrungen der an aktiver Bürgerschaft orientierten europäischen Jugendarbeit, in dessen Rahmen das Programm verortet ist, ist dies jedoch ein zentrales Anliegen. Am ehesten wird die Thematik aus Sicht der Befragten während der Begleitseminare behandelt. Der Bereich ‚Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz‘ (jetzt umbenannt in ‚Ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz‘) ist bei der inhaltlichen und praktischen Umsetzung des ESK am wenigsten präsent, wenngleich er als wichtig erachtet wird.

Die Ergebnisse machen deutlich: Die von der EU intendierte gesellschaftliche Wirkung und das Verständnis hierfür können noch deutlich verstärkt werden. Damit den Freiwilligen über ihre individuellen Lernerfahrungen hinaus die gesellschaftspolitische Dimension ihrer Arbeit bewusst wird, muss Reflexions- und Austauschprozessen im Rahmen des Freiwilligendienstes deutlich mehr Raum gegeben werden – denn diese spielen eine entscheidende Rolle für die Bereitschaft, sich auch im Follow-up zu engagieren (Gadinger/Fennes/Berger 2025: 20–25).

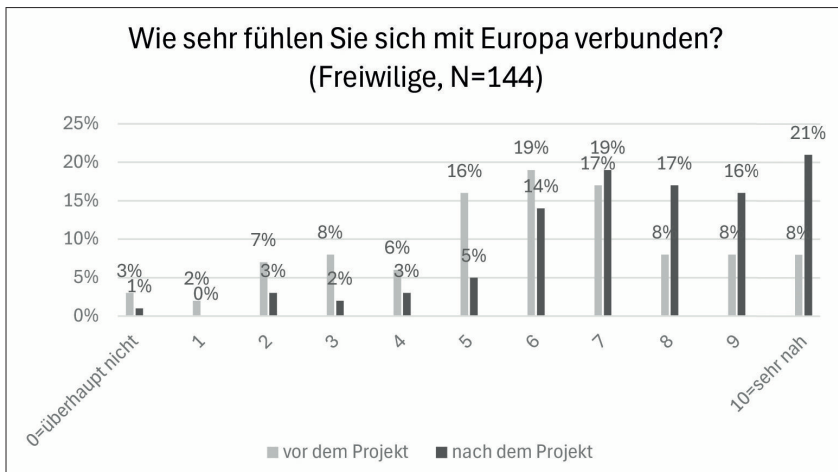
4. Gestärktes europäisches Bewusstsein

Durch das Kennenlernen anderer Menschen, Kulturen, Sprachen, Länder, Gewohnheiten und Eigenheiten lernen die Freiwilligen ihre eigene Person und Identität differenzierter zu reflektieren und wahrzunehmen. Dies trägt einerseits zur Persönlichkeitsbildung bei. Andererseits fördert es die Akzeptanz der Vielfalt Europas und stärkt das Bewusstsein der europäischen Werte (IJAB 2013). Insbesondere benachteiligte Teilnehmende, die geringere sozio-ökonomische Chancen besitzen oder einer Minderheit angehören, müssen Überwindung und Mut aufbringen, um sich auf andere Menschen und Lebensweisen einzulassen. Die RAY-Studien zeigen, dass ihr Selbstver-

trauen deutlich durch die Teilnahme gestärkt werden kann. Durch den Freiwilligendienst werden sie empowert, gewinnen an Offenheit und gehen ihr eigenes Leben aktiver an. Entscheidend dafür, dass die europäische Dimension zu einem Push-Faktor wird, ist eine pädagogisch qualifizierte Begleitung. Die zentrale Bedeutung von Fachkräften und die Einbettung des Freiwilligendienstes in den Kontext der nicht-formalen europabezogenen Jugend- und Bildungsarbeit spielen eine maßgebliche Rolle dabei, einer potenziellen Reproduktion von Stereotypen oder Verstärkung von Rassismen entgegenzuwirken.

Im RAY SOC_DE Survey geben 70 % der Freiwilligen an, dass ihr Zugehörigkeitsgefühl zu Europa nach der Teilnahme an dem Projekt stärker geworden ist (Abbildung 3). Durch ihre Tätigkeit in den Aufnahmeorganisationen und die Auseinandersetzung mit einem neuen Umfeld gewinnen sie Einblicke in die gesellschaftspolitische Vielfalt Europas. Je weniger sich die Teilnehmenden vor dem Projekt mit Europa verbunden fühlten, umso größer war die dokumentierte Veränderung. Für Jugendliche mit einer generell europaaaffinen Haltung sind auf der Skala naturgemäß keine großen quantitativen Veränderungen mehr messbar. Qualitative RAY-Studien zeigen für sie jedoch eine höhere Intensität und ein tieferes, stärker reflektiertes Europa-Verständnis.

Abbildung 3: Verbundenheit der Freiwilligen mit Europa vor und nach dem Projekt



Quelle: RAY SOC_DE 2023, bisher unveröffentlichte Daten.

5. Fazit: Hoffnungsträger Europäischer Freiwilligendienst ESK?

Die RAY-Studien belegen, dass die intendierte Verbindung von Engagement und implizitem, nicht-formalem Lernen im Sinne einer aktiven europäischen Bürgerschaft den Bedürfnissen der Befragten im Freiwilligendienst gerecht wird. Auch führt das Engagement beim Freiwilligendienst in Europa und in den Solidaritätsprojekten zu einem stärkeren Europabewusstsein bei den Beteiligten. Wie die RAY-Forschung zeigt, prägen die nicht-formalen Lern- und Partizipationserfahrungen im Rahmen der Europäischen Jugendprogramme die Biografie junger Menschen nachhaltig (Bárta/Fennes/Gadinger 2019). Das ESK bietet ihnen die Möglichkeit, die sozialen und interkulturellen Kompetenzen sowie ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und sich gleichzeitig für andere zu engagieren. Die im Programm gesetzten Prioritäten entsprechen den Themen der Freiwilligen wie auch den zentralen Anliegen in der Jugend- und Sozialarbeit sowie jenen der Akteure der Entsende- und Aufnahmeorganisationen aus dem Engagementbereich.

Freiwilliges Engagement und Solidaritätsprojekte können in Krisenzeiten gerade jungen Menschen einen wichtigen Raum dafür bieten, in Dialog mit Gesellschaft und Politik zu treten und sich mit eigenen Ideen einzubringen. Allerdings müssten sie eine breitere Beteiligung und Resonanz erlangen, um ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Evaluierungen zeigen, dass die Teilnahmevoraussetzungen nicht für alle jungen Menschen ausreichend niederschwellig sind, wenn sie keine Organisation im Rücken haben, die ihnen bei der Beantragung und Administration unterstützend zur Seite steht. Um dem von der EU intendierten Inklusions- und Diversitätsgedanken im ESK gerecht zu werden, müssen die Zugangs- und Beteiligungsstrukturen vereinfacht und damit zugänglicher für junge Menschen werden. Es gilt klarer auszubuchstabieren, welche Hindernisse besonders „jungen Menschen mit geringeren Chancen“ im Wege stehen. Auch ist zu klären, welche Zielgruppen unter diesen Begriff gefasst werden, wie sie von einem Freiwilligendienst in Europa erfahren können und gemäß ihrem Bildungsstand, spezieller Bedürfnisse und ihrer Herkunft besser und zielgruppenspezifischer erreicht und in das Programm integriert werden können. Der aktuelle Engagementbericht des Bundes verweist eindrucksvoll auf den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Engagement, wonach „Menschen mit niedrigem Einkommen, ohne deutschen Pass, mit Behinderung oder mit niedrigem Bildungsabschluss [...] deutlich unterrepräsentiert“ (BMFSFJ 2024a: 84) sind. Diese Hürden gelten ebenfalls für die Teilnahme am ESK.

An den entscheidenden Stellen ist für diese Problematik durchaus ein Bewusstsein vorhanden und es wurden auf der europäischen und nationalen Ebene Maßnahmen zur Veränderung der Teilnehmer:innenstruktur und zur Sensibilisierung für diese Thematik ergriffen.⁶ Künftig wird sich der europäische Freiwilligendienst aber weiterhin daran messen lassen müssen, ob er seinem eigenen Inklusionsanspruch, zugänglich für *alle* jungen Menschen zu sein, besser gerecht werden kann und Teilnehmende aller gesellschaftlicher Schichten und Bildungshintergründe erreicht. Dies geht Hand in Hand mit einer entsprechenden Qualifizierung und gezielten Ansprache der im Jugend- und Freiwilligensektor tätigen Fachkräfte.

Die Frage eines solidarischen, demokratischen Europas wird angesichts der aktuellen Krisenlage mehr und mehr auf dem Prüfstand stehen. Ab 2028 steht die Neuauflage der EU-Jugendprogramme Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps an, deren Ausrichtung und weitere Entwicklung bereits jetzt intensiv diskutiert werden. Die Zwischenevaluierungen haben vielfältige positive Wirkungen gezeigt. Beide Programme fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa und den Einsatz für europäische Werte. Der europäische Freiwilligendienst ist mit seinen Fachkräften und engagierten jungen Menschen, die sich für ein friedliches und sozial gerechtes Miteinander einsetzen und in die Gesellschaft hineinwirken, ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Sektor. Er kann Zugänge schaffen, wo politische Akteure in der aktuellen Krise und in Zeiten von Krieg und gesellschaftlicher Spaltung keine Wege der Verständigung finden. Vor diesem Hintergrund gilt es, das Potenzial, das das ESK für junge Menschen und ihr bürgerschaftliches Engagement in und für Europa bisher beinhaltet, bei der Neuauflage des Erasmus+ Programms (2028–2034) angesichts der geplanten Zusammenfassung beider EU-Jugendprogramme unter dem Gesamtdach Erasmus+ (EU-Kommission 2025b) in dieser Spezifik weiter zu festigen und mit ausreichenden Mitteln auszustatten. Wer Frieden will, muss Frieden vorbereiten.

6 Vgl. EU-Kommission (2025a) sowie die Strategische Partnerschaft zur Inklusion der nationalen Agenturen für Erasmus+ Jugend und das ESK (JfE 2025b), die Erarbeitung einer neuen Strategie für die inklusive Umsetzung der EU-Jugendprogramme mit konkreten Empfehlungen und Anliegen (JfE 2025c).

Literaturverzeichnis

- Bačlija Knoch, Snežana; Nicodemi, Susie (2020): 4Thought for Solidarity. SALTO Solidarity. Wien.
- Bárta, Ondřej; Fennes, Helmut; Gadinger, Susanne (2019): Exploring Erasmus+ Youth in Action. Long-term effects of Erasmus+ Youth in Action on participation and citizenship. Final Transnational Analysis 2019. Research Report on Interviews and Surveys between 2015 and 2018 (RAY LTE). Wien.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2024): Junges Engagement für sozialen Wandel. Ergebnisse einer Befragung junger Menschen zu politischen Einstellungen und politischem Engagement. Gütersloh.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024a): Deutscher Bericht über die Durchführung und die Wirkung des Europäischen Solidaritätskorps (2021–2027). Zwischenevaluierung des Programms. Bonn.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024b): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Bundestagsdrucksache 20/14120. <https://ds.server.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (8.8.2025).
- Eick, Johannes; Strecker, Tanja (2021): RAY SOC Research Report 2022–2023. Wien. https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2023/10/RAY-SOC_Programmatic-Study_20231004.pdf (1.3.2025).
- Eick, Johannes; Strecker, Tanja (2023): A closer look at Solidarity projects. RAY Factsheet. https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2023/10/RAY-SOC_Factsheet-Solidarity-Projects_20231004.pdf (1.3.2025).
- Europäische Kommission (2025a): European Solidarity Corps Guide. 2025 Call. Version 1/2025. Brüssel.
- Europäische Kommission (2025b): Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of Regions on the interim evaluation of the 2021–2027 European Solidarity Corps and final evaluation of the 2018–2020 European Solidarity Corps. Brüssel, 1.4.2025, COM(2025) 144final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0144> (2.9.2025).
- Europäische Kommission (2025c): Proposal for a Regulation of the European Parliament and the Council establishing the Erasmus+ programme for the period 2028–2023, and repealing Regulations (EU) 2021/817 and (EU) 2021/888. Brüssel, 16.7.2025, COM(2025) 549final. (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025PC0549>) (5.9.2025).
- Europäisches Solidaritätskorps (2025): Das Europäische Solidaritätskorps. www.solidaritaetskorps.de (15.8.2025).
- Feldmann-Wojtachnia, Eva (2024): In Krisenzeiten die Welt verändern – aber wie? Solidaritätsprojekte in Europa. Herausgegeben von SALTO Solidarity. Wien (CC BY-NC-ND 4.0).

- Feldmann-Wojtachnia, Eva; Tham, Barbara (2024): Inklusiv. Partizipativ. Nachhaltig. Digital. Erasmus+ Jugend wirkt! In: IJAB (Hrsg.): Datenreport Internationale Jugendarbeit 2021. Bonn, S. 132–143.
- Feldmann-Wojtachnia, Eva (2023): Internationale Jugendbegegnungen in Zeiten von Krieg und Krisen. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, 2. Jg, S. 34–40.
- Feldmann-Wojtachnia, Eva; Tham, Barbara (2023a): Solidarität – Schlüsselbegriff für eine zukunftsorientierte Jugendarbeit in Europa. In: IJAB (Hrsg.): Forum Jugendarbeit international 2019–2022. Bonn, S. 124–136.
- Feldmann-Wojtachnia, Eva; Tham, Barbara (2023b): Wo steht das Europäische Solidaritätskorps in Deutschland? Einblicke und Einschätzungen anhand von sechs Case Studies zum Freiwilligendienst. München (unveröffentlichtes Studienpapier).
- Feldmann-Wojtachnia, Eva; Tham, Barbara (2023c): Die Rolle der Digitalisierung in der Jugendarbeit. Ergebnisse aus dem RAY MON DE Survey sowie aus fünf Case Studies zu Projekten der EU-Jugendprogramme in Deutschland. München (unveröffentlichtes Studienpapier).
- Feldmann-Wojtachnia, Eva; Tham, Barbara (2021): The understanding of solidarity of young people in the European Solidarity Corps. Solidarity Projects as potential and space for social and community involvement. Wien (CC BY-NC-ND 4.0).
- Fücks, Ralf; Steenblock, Rainer; Pütz, Christine: Solidarität und Stärke (o. J.): Zur Zukunft der EU. Berlin. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/Solidaritaet_und_Staerke.pdf (10.7.2025).
- Gadinger, Susanne; Fennes, Helmut; Berger, Alfred (2025): Long-term effects of Erasmus+ Youth in Action on participation and citizenship – *extension*. RAY LTE-ext. Transnational Research Report. Berlin (CC BY-NC-SA 4.0). https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2025/01/RAY-LTE-EXT_Transnational-Research-Report.pdf (3.7.2025).
- Horta Herranz, Andrea et al. (2025): RAY-SOC 2021–2023. Effects and outcomes of the European Solidarity Corps. Transnational Analysis. Berlin (CC-BY-SA 4.0) https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2025/01/RAY-SOC_Research-Report-20212023.pdf (1.3.2025).
- IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.; Forscher-Praktiker-Dialog Internationale Jugendarbeit (Hrsg.) (2013): Internationale Jugendarbeit wirkt. Forschungsergebnisse im Überblick. 2. Aufl. Bonn/ Köln.
- JUGEND für Europa (JfE) – Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und das Europäische Solidaritätskorps (Hrsg.) (2025a): Positionspapier des Jugendbeirats von JUGEND für Europa zur neuen Programmgeneration. www.jugendfuereuropa.de (14.8.2025).
- JUGEND für Europa (JfE) – Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und das Europäische Solidaritätskorps (Hrsg.) (2025b): Strategische Partnerschaft für Inklusion (Strategic Partnership for Inclusion, SPI). <https://www.jugendfuer.europa.de/ueber-jfe/projekte/spi/> (15.8.2025).

- JUGEND für Europa (JfE) – Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend und das Europäische Solidaritätskorps (Hrsg.) (2025c): Neue nationale Strategie für die inklusive und diversitätssensible Umsetzung der EU-Jugendprogramme und von Erasmus+ Sport. <https://www.jugendfuereuropa.de/news/11278-neue-nationale-strategie-fuer-die-inklusive-und-diversitaetssensible-umsetzung-der-eu-jugendprogramme-und-von-erasmus-sport/> (15.8.2025).
- RAY (2025): Research-based analysis of European youth programmes. www.researchyouth.net (1.3.2025).
- Reder, Michael; Stüber, Karolin-Sophie (2020): Solidarität in der Krise. Für ein Verständnis politischer Solidarität in Corona-Zeiten im Anschluss an H. Arendt. In: Zeitschrift für Praktische Philosophie, 7. Bd., Heft 2, S. 443–466.
- SALTO European Solidarity Corps (Hrsg.) (2020): 4Thought for solidarity. Wien.
- SALTO (2025): Who are we talking about? <https://www.salto-youth.net/rc/inclusion/archive/archive-resources/inclusiongroups/inclusionoffenders/InclusionOffendersWho/> (15.8.2025).
- Shell Deutschland GmbH (Hrsg.) 2024: JUGEND 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. 19. Shell Jugendstudie. Weinheim.
- TUI Stiftung (Hrsg.) (2025): Junges Europa 2025. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. Hannover. https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2025/07/2025_0630_YouGov_Ergebnisbericht_TUI_Stiftung_Junges_Europa_2025_DE_final.pdf (4.7.2025).

Perspektiven auf ein Gesellschaftsjahr

Der journalistische Sound der Dienstpflicht-Debatte

Gerd Placke¹

Zusammenfassung

Es sind vor allem Journalisten und Publizisten in den Babyboomer-Altersgruppen, die seit 2018 die Idee einer Dienstpflicht propagieren. Ihr Generationenzusammenhang bringt die „kulturellen Triebkräfte“ in der aktuellen Debatte um die Zukunft der Freiwilligendienste hervor.

Der vorliegende Artikel liefert einen Beitrag zur Frage, welche Mechanismen aktuell die Debatte um die Freiwilligendienste und ihre Zukunft bestimmen. Er stellt die Narrative und öffentlichkeitswirksamen Faktoren vor, die das freiwillige Engagement insgesamt einem Rechtsfertigungsdruck aussetzen, der es in die Defensive gegenüber Verpflichtungsdiskursen bringt.

Schlagwörter

Freiwilligendienste; Dienstpflicht; Wehrpflicht; bürgerschaftliches Engagement; Ehrenamt

1. Einleitung

In der bundesdeutschen Debatte um die Wiedereinsetzung einer Wehr- bzw. die Einführung einer Dienstpflicht dominieren sicherheits-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Aspekte den öffentlichen Diskurs. Diese Ebene wird durch einen untergründigen „Sound“ begleitet, so die Ausgangsthese dieses Beitrags. Unter diesem metaphorischen Begriff sind Argumentationsweisen zu verstehen, die Einstellungen der Autor:innen zum Ausdruck bringen. Diese haben nicht zwingend Verbindungen zu ihren anderweitigen gesellschaftspolitischen Einstellungen. So ist es zu erklären, dass auch linke oder liberale Autor:innen für eine Dienstpflicht votieren und konservative Publizisten gegen die Pflicht sein können. Woran dies liegt, ist ein Thema der folgenden Auseinandersetzung.

Es ist festzustellen, dass die Dienstpflicht-Debatte durch einen „journalistischen Sound“ gekennzeichnet ist. Die Tages- und Wochenzeitungen,

1 Dr., Bertelsmann Stiftung, Senior Project Manager, gerd.placke@bertelsmann-stiftung.de.

Journale und Online-Formate konzentrieren sich in den Zeiten der „Aufmerksamkeitsökonomie“ (Georg Franck) auf prägnante Argumentationen.

Es sind bundesweit bekannte Funktionseliten, Politiker:innen, Vertreter:innen von Stiftungen und eben Journalist:innen und Publizist:innen, die die Idee einer Dienstpflicht in einem befürwortenden Sinne propagieren. Es dominieren die Altersgruppen um die Babyboomer. In der überwiegenden Zahl sind es Männer, die die Debatte führen. Journalistinnen sind hier Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Sie alle wirken „feuilletonistisch“ in den deutschen Tageszeitungen, reagieren schlagfertig auf Podien, sie gastieren in Talkshows oder tauchen in Social-Media-Formaten auf.

Neben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), verstanden als Tageszeitung, die sich gesamtredaktionell dem Thema aufgeschlossen gegenüber zeigt, können Bernhard Schlink, Heribert Prantl und Richard David Precht als die wirksamsten Befürworter dieser Idee betrachtet werden. Precht und Prantl wirken neben ihrer Alltagsarbeit auch mittels erfolgreicher Buchpublikationen. Schlink hat als früherer hochrangiger Richter und Professor bei diesem grundgesetzlich sowie menschenrechtlich relevanten Thema Verbindungen zu entsprechenden Netzwerken.

Ihr Generationenzusammenhang bringt die „kulturellen Triebkräfte“ (Stöcker 2024) in der Debatte hervor. Sie verfahren wie „Platzanweiser“, wenn sie der jungen Generation gesellschaftliche Einsätze zuweisen, an denen sie obligate Dienste zu vollziehen haben. Ihren eigenen Generationenzusammenhang entbinden sie von solchen Ansprüchen. Ihre Beiträge zur Dienstpflicht berühren den zivilgesellschaftlichen Diskurs um die Freiwilligendienste und ihre Zukunft.

Im Folgenden werden die Faktoren vorgestellt, die das freiwillige Engagement im Allgemeinen und die Freiwilligendienste im Besonderen einem Rechtsfertigungsdruck aussetzen, der sie in Defensive gegenüber Verpflichtungsdiskursen bringt. Dazu werden einige Protagonist:innen einer Dienstpflicht vorgestellt und insbesondere ein „programmatischer“ Artikel von Bernhard Schlink. Anschließend wird der generationelle Zusammenhang tiefer analysiert.

2. Die Platzanweiser

Die FAZ, die Süddeutsche Zeitung (SZ), Die Zeit und Der Spiegel (resp. Spiegel-Online) sind die entscheidenden Plattformen der hergebrachten Medienwelt in der Debatte. Entsprechend ihrer Traditionen bilden sie

einen jeweiligen Ausschnitt ab. Die FAZ als einflussreichstes Pressemedium der Republik stellt hier einen gewissen Sonderfall dar. Trotz des Umstandes, dass es in der Redaktion keine vehementen Pflicht-Befürworter:innen zu geben scheint, die sich immer wieder exponieren, bietet die FAZ ihnen ihre Seiten immer wieder als Plattform an. Unter ihnen sind:

- Christoph Bertram (Jg. 1937) – Journalist und Politikberater
- Lars Brocker (Jg. 1967) – Jurist. Präsident des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz und des entsprechenden Oberverwaltungsgerichts
- Veronika Grimm (Jg. 1971) – Wirtschaftswissenschaftlerin
- Nils Gründer (Jg. 1997) – ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP)
- Serap Güler (1980) – Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU)
- Winfried Kluth (Jg. 1959) – Professor für Öffentliches Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Norbert Lammert (Jg. 1948) – Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Carsten Linnemann (Jg. 1977) – Generalsekretär der CDU
- Boris Rhein (Jg. 1972) – Hessischer Ministerpräsident
- Wolfgang Schäuble (Jg. 1942) – in vielen Funktionen tätiger Politiker (CDU)
- Peer Steinbrück (Jg. 1947) – in vielen Funktionen tätiger Politiker (SPD)
- Gregor Thüsing (Jg. 1971) – Rechtswissenschaftler

Es fällt auf, dass es hauptsächlich männliche Debattierende aus bestimmten Alterskohorten sind, denen Platz für Pro-Dienstpflicht-Positionen eingeräumt wird. Eine Dominanz von Beitragenden, die der CDU nahestehen, ist nicht zu leugnen.

3. Bernhard Schlinks programmatischer Beitrag zur Debatte

Im Windschatten der Positionierung von Annegret Kramp-Karrenbauer brachten Heribert Prantl (2020) und Bernhard Schlink ab 2018 erste ausführliche Beiträge zu einer Dienstpflicht hervor. Schlinks Artikel in der FAZ vom 3. Dezember 2020 möchte ich eingehend analysieren. Er argumentiert in paradigmatischer Absicht. Seine Thesen in der Tradition des Republikanismus, der der „Tugend der Bürger“ einen höheren Wert gegenüber individuellen Rechten einräumt, sollen mit Argumenten einer kommunitaristischen Sichtweise normativ konfrontiert werden, die das

gemeinschaftliche Leben, das Aktivbürgertum und den Gemeinsinn theoretisch und praktisch betont.

Schlink greift auf eine Beschreibung der aktuellen Situation zurück, die auf Metaphern eines „gesellschaftlichen Zerfalls“ rekurriert:

Man redet nicht miteinander, [...] erlebt keinen Zusammenhalt und will auch keinen erleben. Das erscheint erträglich, solange die Anderen, die Abgehängten, die Ungebildeten, die religiösen Eiferer, die Politikverdrossenen, die Systemverweigerer, die Extremisten entweder eine Minderheit sind oder sich nicht politisch artikulieren. [...] Politik allein kann gesellschaftliche Verwundungen nicht heilen. Sie muss [...] Einrichtungen, Räume und Kontexte schaffen, in denen die Gesellschaft sich selbst heilt. (Schlink 2020)

Allein der letzte Satz entzündet eine grundlegende Kontroverse, denn es ist eine offene Frage, ob die staatliche Politik in einer freiheitlichen pluralen Gesellschaft diese ihr zugeschriebene Macht aus sich selbst heraus hat und – falls dem so ist – diese auch nutzen sollte oder ob der Staat diese Politiken nicht eher im responsiven Verhältnis zur Zivilgesellschaft entwickelt. Das in der Zivilgesellschaft versammelte Engagement ist doch eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie, nicht die Folge staatlichen Handelns. Man erkennt in Schlinks Worten eine Betonung der gebieterischen staatlichen Priorität, die überzogen erscheint. Eine solche Einsetzung gesellschaftlicher Macht ist aber für seine Darlegung bedeutsam, weil sie darauf hinausläuft zu betonen, dass es nur mutiger Entscheidungsträger:innen bedürfe, um die naheliegende Lösung durchzusetzen.

Die bei Autoren wie Schlink grassierende Skepsis gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen kann man zudem am Thema des bürgerschaftlichen Engagements festmachen. Schlink behauptet, dass das Engagement abnehme, viele (junge) Menschen in ihrer „Blase“ lebten u. a. m. Diese Mythen sind rhetorische Dauerläufer. Nicht, dass es keine Herausforderungen im Engagement zu meistern gäbe, aber: Früher haben sich Menschen nicht stärker eingebracht als gegenwärtig. Allerdings hat der „Strukturwandel des Ehrenamts“ (Olk 1988) es schwieriger gemacht, das Engagement von heute auszumachen, weil es immer mehr an anderen Orten als in Vereinen stattfindet, weil es projektorientierter geworden ist und dergleichen mehr. Es findet im Blick auf die junge Generation eben dort statt, wo es arrivierte sowie unkundige Ältere nicht vermuten (Schachler u. a. 2024).

Der Jurist Schlink weiß: Nur eine in solcher Weise markierte gesellschaftliche Not rechtfertigt nach dem Grundgesetz Zwangsdienste. Solche

Verweise auf eine steigende Polarisierung, wo vielleicht nur „Fragmentierungen“ (Mau/Lux/Westheuser 2023: 30) vorliegen, machen überhaupt erst den Rekurs auf eine Durchsetzung der Pflicht möglich, denn das Grundgesetz hat hohe Anforderungen an einen staatlich aufgezwungenen Arbeitszwang (Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages 2023). Selbst wenn Schlink „die Bedeutung der Pflicht in der freiheitlichen Demokratie“ (2020) in den Vordergrund stellt, ist dieser Sicht eine andere Interpretation auf staatliche Verpflichtungen gegenüberzustellen.

Der bundesdeutsche Staat geht aufgrund seiner besonderen historischen Erfahrungen und aufgrund einer entsprechenden Rechtstradition entgegen den Behauptungen von Schlink sorgsam mit staatsbürgerlichen Pflichten um. Neben den genannten Pflichten gibt es wenige weitere allgemeine Pflichten, die jede und jeden ereilen. Die anderen Verpflichtungen innerhalb des Pflichtendiskurses des Grundgesetzes sind weit weniger gravierend. Im Grundgesetz kommt mehr zum Ausdruck, dass es ungeschriebene und „sittliche Pflichten“ gibt, zum Beispiel, „seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie das Wohl der Gesamtheit“ es erfordert (Heilbrunner/Kreuzer 2000: 396–397).

Dass Pflichten im Grundgesetz nicht dominant sind, sieht man an einer zentralen staatlichen Herausforderung: Die Wehrpflicht, verstanden als obligatorischer Solidardienst zur Verteidigung, ist in Deutschland mit einer Besonderheit behaftet, die eine enorme grundgesetzliche Einschränkung der Pflicht darstellt. Weil es im Kriegsfall um das eigene Leben und das anderer Menschen geht und es sich bei einer Wehrpflicht daher um einen sehr gravierenderen Freiheitseingriff handelt, kann man bei uns aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe grundgesetzlich garantiert verweigern (nach Artikel 4 Absatz 2 GG).

Aus den vermeintlichen, von Schlink behaupteten Tatsachen, dass ehemals die Wehrpflicht oder der Zivildienst den Betroffenen „enorme Erkenntnisse“ vermittelt habe und ein solcher Dienst „Sinn gemacht hat“, er „für Weichenstellungen im Leben gesorgt hat“, lässt sich nicht schließen, andere zu einem solchen Dienst zwingen zu können. Die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft bringt es mit sich, den Menschen einzuräumen, auf andere Weise solche Erfahrungen zu machen. Überdies ist es sicherlich so, dass nicht jeder diese guten Erfahrungen gemacht hat: Was ist denn, wenn der frühere Zivildienst Betroffenen nichts gebracht hat? Ergibt sich daraus in gleicher Weise die zwingende Konsequenz, dass jeder bzw. jedem verboten werden muss, sich auf eine solche Erfahrung einzulassen? Diese Umkehrung zeigt die Anmaßung Schlinks, die in der Überhöhung „guter

Erfahrungen“ enthalten ist. Es gibt kein von allen geteiltes und kohärentes ethisches Wissen, aus dem man folgern kann, wie andere Menschen ihr Leben zu führen haben. Eine ethische Herleitung wird hier aus Mangel an Evidenz durch Rhetorik ersetzt, die die Bürgerinnen und Bürger entmündigt.

Schlink behauptet, dass die Freiwilligendienste den Zivildienst zahlenmäßig nicht kompensiert hätten, also staatlicher Druck zu mehr Einsatz führe als Freiwilligkeit. Dagegen ist zu sagen, dass seit vielen Jahren immerhin fast 100.000 junge Menschen einen Freiwilligendienst leisten – auch der Zivildienst hatte zu Höchstzeiten „nur“ 130.000 Beteiligte – und dass sie dies unter weit schlechteren Rahmenbedingungen (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben o. J.) tun als die Zivildienstleistenden der Vergangenheit – letztere erhielten einen höheren Sold, konnten vielfach eine eigene Wohnung bezahlt bekommen und anderes mehr.

Auch den Pfl egenotstand bindet Schlink in seine Argumentation ein. Er unterstellt, dass das Wohl unseres Sozialstaates von jungen Freiwilligen, ersatzdienstleistenden Wehrpflichtigen oder in Zukunft Pflichtdienstleistenden abhängt und damit von denjenigen, die wenig vorbereitet sowie ausgebildet sind für diese Tätigkeiten. Diese Denkweise ist schlicht abwegig. Wie soll in einer Sozialwirtschaft diesen Differenzierungsgrads mit zig Millionen Mitarbeitenden die Qualität ihrer Arbeit von unqualifizierten Noviz:innen abhängen?

Hinter diesen Folgerungen versteckt sich die Herleitung, ohne Wehrpflicht oder Dienstpflicht würden wir nicht genügend junge Menschen für die Gewährleistung des Gemeinnützigen finden. Als ob die Jugend einen Nachholbedarf an Engagement hätte – sie stellt tatsächlich neben den 30- bis 49-Jährigen die engagierteste Gruppe dar (Simonson u. a. 2022: 4). Wenn man einen Einsatz für die Gesellschaft attraktiv machen will, muss man ihn mit attraktiveren Rahmenbedingungen ausstatten – das ist die Logik der sozialen Marktwirtschaft. Es ist der mangelnde politische Investitionswillen, der die Ursache dafür ist, dass für solche Aufgaben zu wenige Menschen gefunden werden.

Schlink unterstellt, dass die Dienstpflicht ein Ort „gesellschaftlicher Werte“ sei:

Das Dienstjahr hilft [...] bei der Entscheidung für Beruf und Studium [...] Oft sind Abiturienten und Abiturientinnen mit der Entscheidung überfordert und verbummeln das Jahr nach dem Abitur [...]. [I]ndem der Dienstleistende gefordert wird [...], gewinnt er Klarheit, wo seine

Stärken und wo seine Schwächen liegen, was er später einmal machen und was er nicht machen will. (Schlink 2020)

Hier kommt erneut ein paternalistisches Politikverständnis zum Ausdruck. Der erste Wert, den eine Dienstpflicht vermittelt, ist entgegen diesem Bild „Unterordnung“. Verantwortungsübernahme ist nur in freiheitlichen Umständen möglich. In einem erzwungenen Dienst gibt man Verantwortung ab. Dies ist eine gesicherte Erkenntnis aus Selbstentlastungen von Kriegsverbrecher:innen – trotz höchster Ämter stellen sie sich als wehrlose Befehlsempfänger:innen dar, die ihrer ethisch gebotenen Verantwortung nicht nachkommen konnten. Weiterhin ist dieses Argument ein Indiz dafür, dass die Vertreter:innen solcher Aussagen kein großes Vertrauen in die Kraft der Partizipation setzen.

4. Abschied von den „Boomern“?

Dieser Artikel macht eine argumentative Koalition der Pflichtbefürworter:innen am Begriff der „Babyboomer“ fest. Dies ist gleichzeitig ein wissenschaftliches Bild für eine Generation, eine Metapher und durch die Kurzform „Boomer“ ein ironisches Klischee. Was ist das generationell Verbindende dieser Kohorte?

Heinz Bude gibt in seinem Essay „Abschied von den Boomern“ hierzu Hinweise (Bude 2024). Es sind die Erfahrungssätze, dass sie stets zu viele waren, dass sie es schwer hatten, sich gegen die 68er-Generation zu behaupten. Im Vergleich zu diesen waren sie bejahender zu den Verhältnissen, bekamen aber ebenso die ersten krisenhaften Risse in der Wohlstandsgesellschaft am eigenen Leibe zu spüren (Tschernobyl, AIDS).

Die für unser Thema verbindende Erfahrung der Männer dieser „Generation der Vielen“ liegt in der Frage eines verpflichtenden Dienstes, die sich für sie in der erzwungenen Auseinandersetzung der Alternative zwischen Zivildienst und Bundeswehr manifestierte. Diese aufgezwungene Alternative ist Teil ihrer Generationenerfahrung und spielt doch kaum eine Rolle in Budes Buch. Genau genommen reicht dieser Erfahrungshorizont auch über die Generation der Babyboomer hinaus und betrifft alle Männer bis zum Einberufungszeitraum 2010. Für die Allermeisten von ihnen prägte die unvermeidliche Auseinandersetzung mit der Frage „Zivildienst oder Bundeswehr?“ den Lebensphasen-Übergang von der Schule in die Ausbildung, in das Studium oder in den späteren Beruf bei Ablösung vom Elternhaus. Dieser Umstand könnte auch erklären, warum sich wenige Publizistinnen

in diese Arena begeben. Die Männer haben die erzwungene Entscheidung am eigenen Leibe erfahren und verbreiten heute eine aktualisierte Stimmung dieser Erfahrung in ihren Evokationen.

Dass Bude die Relevanz dieser Erfahrung nicht benennt, macht einen Webfehler in seinem Buch aus. Und noch mehr: Er verkennet, dass die prominenten Boomer keinen „Abschied“ aus Funk, Fernsehen und den sozialen Medien nehmen. Ihre relative Fitness, ihre zu stillende Eitelkeit, „es noch zu können“, der demografische Wandel allgemein und ihr daraus selbstgerecht abgeleitetes Gebot, über die Altersgrenze hinaus zu arbeiten – all dies lässt sie sich festbeißen an den großen Themen der „Zeitenwende“. In einer „Geste des Festhaltens an einer vormals stabilen und kohärenten Weltsicht“ greifen sie zur „moralischen Knute“, um ihre Dominanz aufrechtzuerhalten (Gumbrecht 2019: 59). Entsprechend zwingen sie der jungen Generation vermeintlich unausweichliche Veränderungen auf und befreien sich von den sie selbst betreffenden Veränderungsnotwendigkeiten des Übergangs in die letzte Lebensphase. Dabei maßen sie sich an, über die jungen Menschen verfügen zu können, die aus ihrer Sicht das spätere Siechtum der Babyboomer in der Pflichterfüllung zu kompensieren haben.

Diese Platzanweiser plädieren dann eben auch nur in wenigen Ausnahmen für einen Pflichtdienst für Ältere, weil das ja für sie selbst beinhalten müsste, für ein Jahr die Seite zu wechseln, obwohl man doch noch „so viel“ in den gewohnten medialen Wirkungsstätten bewirken kann (Schröder 2024). Mit anderen Worten: „Wirksam wird Jugendpolitik erst dann, wenn die älteren Generationen bereit sind, Gestaltungsmacht zu teilen oder gar abzugeben“ (Böllert 2022).

Wie verhält es sich bei denjenigen Dienstpflicht-Befürwortern, die sich ehemals für die Bundeswehr entschieden hatten? Für sie verblasst das Bild ihrer Generationengenossen, das ihnen zuschrieb, sie hätten die schlechtere Wahl getroffen: Sie waren Befehl- und Gehorsamsprinzipien unterworfen sowie der Gefahr ausgesetzt, jemanden töten zu müssen oder getötet zu werden. Ihr kompensierender Blick auf die Entwicklung gibt ihnen den Eindruck, dass auch sie durch den „Sieg“ des Westens die richtige Wahl getroffen hatten und einen Beitrag zur Blocküberwindung geleistet haben. Aus dieser Lesart der eigenen Biografie erscheint der Dienst „sinnvoll“, obwohl er damals von ihnen oft als absurd wahrgenommen wurde.²

2 Die hier präsentierte Argumentation stellt eine Sicht der West-Bundesländer dar und müsste eigentlich durch eine entsprechende Sicht der Sozialisation Ostdeutscher er-

Und die „Zivis“ von damals? Sie sonnen sich in ihren „einmaligen“ Erfahrungen. Doch handelt es sich hier um die Nostalgie der über 50-Jährigen: Jede Nuance des damals Ungerechten wird sublimiert. Der Zivildienst wird vor dem Hintergrund der nunmehr von ihnen akzeptierten Pflicht zur Empfehlung für die junge Generation. Verbreitet ist die Ignoranz gegenüber den damaligen Rahmenbedingungen und den eigenen früheren Zweifeln im Angesicht der Ambivalenzen im Zivildienst.

Ihr Rückgriff auf die Erfahrungen im Zivildienst beruht demnach auf Zuschreibungen, die sie verzerrt wiedergeben. So hatte der Zivildienst im Gegensatz zu den Jugendfreiwilligendiensten keinen eigenständigen Charakter. Er war vollständig in die militärische Zivilverteidigungsstrategie der Bundesrepublik integriert und nicht zivilgesellschaftlich im Sinne eines „Engagement-Lernens“ ausgerichtet. Entgegen mancher Aussage hatte er ganz und gar nicht Bestandteile eines „Friedensdienstes“. Er war nur dort „zivil“, wo es die Durchführung des Dienstes notwendig machte.

Die im Zivildienst geleisteten Tätigkeiten hatten zu einem hohen Prozentsatz die Funktion von Hilfsdiensten. Viele Einsatzstellen hatten nur geringfügig Anteile, die Begegnung und soziales Lernen anboten. Zum Beispiel war es im Zivildienst grundsätzlich verboten, mit „ganz normalen“, psychisch oder physisch nicht beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. Einsatzstellen in Jugendeinrichtungen oder in Regelschulen waren im Zivildienst grundsätzlich verboten, weil der Gesetzgeber darin die Gefahr einer politischen Indoktrination durch die Kriegsdienstverweigerer sah (BMFSFJ 2002; BMFSFJ 2011).³ Der Ersatzdienst war nur ein Angebot zur Aufrechterhaltung der Wehrpflicht, um diejenigen einberufen zu können, die den Kriegsdienst mit der Waffe verweigerten.

Sicherlich wird es so gewesen sein, dass dieser Einsatz vielen Männern die Chance geboten hat, sinnvolle Erfahrungen zu machen, Verantwortung zu übernehmen, Ambiguitätstoleranz zu entwickeln, berufliche Weichenstellungen vorzunehmen etc. Er konnte in der subjektiven Wahrnehmung gut gewesen sein. Aber: Viele verharmlosen den ambivalenten Charakter ihres Ersatzdienstes. Man kann diese Sentiments als Überkompensation werten. Es ist daran zu erinnern: Erst im Laufe der 1970er Jahre wurden Zivildienstleistende langsam zunehmend akzeptiert, weil zigtausende junge

gänzt werden. Ist die Debatte um eine Dienstpflicht im Wesentlichen eine Debatte von Publizisten westdeutscher Herkunft?

3 Hier findet man eine Auflistung der Einrichtungen, in denen Zivildienstleistende arbeiten durften.

Männer ab dann den Dienst an der Waffe verweigerten und „die zivile Sache“ Schritt für Schritt als normal anerkannt wurde. Und doch galten Zivildienstleistende noch weit darüber hinaus vielen als „Drückeberger“, die vermeintlich „unmännliche“ Arbeiten zu verrichten hatten. Es wird überhaupt nicht begriffen, dass die jungen Männer damals dankbar waren, dass sie nicht zur Bundeswehr mussten und dass sie beweisen wollten, dass sie keine Drückeberger sind (Hackler 2022: 14–16). Allein dies wird sich mithilfe einer Dienstpflicht nicht wiederholen lassen. Diese würde bei den Dienstverpflichteten ein anderes Motivationssetting generieren, das weniger Antriebswillen nach sich ziehen könnte.

Mit besonderer Verve sei ebenso auf den „gerichtsähnlichen Prüfapparat“ hingewiesen, der bis 1983 für Kriegsdienstverweigerer galt:

Vor staatlichen Kommissionen hatte der Verweigernde schlüssig zu erklären, warum er den Waffendienst nicht mit seinen Grundauffassungen [...] vereinbaren konnte. Die Beweislast lag [...] beim Antragsteller. [...] Kritiker sprachen damals von einer Gewissensinquisition. [...] [F]ür Jugendliche aus bildungsfernen Schichten [...] [bedeutete die] Anhörung eine riesige psychologische Hürde. (Bernhard 2016)

Der Zivildienst hatte noch an anderen Stellen überaus harte Regelungen. Allein das folgende Beispiel desavouiert ihn vollends als Bild für eine Renaissance von Pflichtdiensten: So konnte die „eigenmächtige Abwesenheit“ vom Dienst an mehr als drei vollen Kalendertagen mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren verfolgt werden. Grundsätzliche „Dienstflucht“ konnte mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet werden.⁴

Die Ignoranz dieser Tatsachen und die anderen Beschönigungen ähneln jenen vorangegangener Generationen, die mit dem immergleichen Spruch, dass dieses oder jenes noch niemandem geschadet habe, Punkte machen wollten – was in jenen Zeiten der 68er und der Babyboomer als der „Muff unter den Talaren“ geschmäht wurde. Der Verweis der Babyboomer auf den Zusammenhalt, der bedroht sein soll, ist aus diesen Gründen ein Anliegen des arrivierten „Zentrums“ (Lessenich 2022: 75–77). Junge Menschen müssen sich die Frage stellen, warum sie sich für eine Fortschreibung des Gegebenen verpflichten sollen, wenn ihnen in eben dieser Gesellschaft wenig Chancen eingeräumt werden, sich proaktiv zu entscheiden.

4 Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer § 52 und §53.

Die Darlegungen der Platzanweiser bekommen auf diese Weise den Charakter einer wuchtigen autoritären Eindämmung. Ihr Plädoyer nimmt die Form eines „Schmerzschrei[s]“ (McCormick 2023) eines (Teils des) Establishments an, bei dem sich die Forderungen vieler Autoren von ihren eigenen konservativen, liberalen oder progressiven Mustern entkoppelt haben (beispielsweise Kessler 2025).⁵ Die Debatte kann man insofern als intergenerationelle Variante des „Winner-takes-it-all“-Effekts deuten. Wenn man den Meinungsumfragen mit großen Zustimmungswerten für eine Dienstpflicht glauben darf, scheint es den Älteren argumentativ zu gelingen, die gesellschaftlichen Erträge auf Kosten der nachwachsenden Altersstufen für sich zu reklamieren. Entsprechend bleiben die Pro-Dienstpflicht-Publizist:innen in Bezug auf eine faire Verteilung von Lasten zwischen den Generationen bislang eine Antwort schuldig.

Literaturverzeichnis

- Bernhard, Patrick (2016): Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst. <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/216758/kriegsdienstverweigerung-und-zivildienst/> (15.1.2025).
- Böllert, Karin (2022): Jung sein in einer alternden Gesellschaft heißt in Widersprüchen aufzuwachsen. In: WWU Newportal 28. März 2022. <https://www.uni-muenster.de/news/view.php?cmdid=12459> (15.1.2025).
- Bude, Heinz (2024): Abschied von den Boomern. München.
- Bundesamt für Familie und Zivilgesellschaftliche Aufgaben (o. J.): Einberufungen zum Zivildienst.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2002): Zivildienst und Arbeitsmarkt. Band 222. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familien, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.) (2011): Abschlussbericht des Forschungsprojektes „Zivildienst als Sozialisationsinstanz für junge Männer“. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/95570/313522443782c173bab457d5439b5e40/zivildienst-als-sozialisationsinstanz-fuer-junge-maenner-dat-a.pdf> (15.8.2025).
- Simonson, Julia et al. (2022): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/freiwilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf> (15.8.2025).

5 Ein linksliberaler Autor spricht sich in einer linksliberalen Zeitschrift für die Dienstpflicht aus, deren Schreckensbild durch ein neues Erbrecht gemildert werden soll. Kessler ist Jahrgang 1953.

- Gumbrecht, Hans Ulrich (2019): Brüchige Gegenwart. Reflexionen und Reaktionen. Ditzingen.
- Hackler, Dieter (2022): Debatte: Ja! – Verpflichtendes Gesellschaftsjahr: Nein! Der Vorschlag eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres erfordert eine ausführliche Debatte in der Gesellschaft. In: Evangelische Verantwortung. Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Ausgabe 7+8, S. 14–16.
- Hailbronner, Kay; Kreuzer, Christine (2000): Staats- und europarechtliche Aspekte der Einführung von Jugendgemeinschaftsdiensten. In: Guggenberger, Bernd (Hrsg.): Jugend erneuert Gemeinschaft. Freiwilligendienste in Deutschland und Europa. Eine Synopse. Baden-Baden, S. 388–429.
- Kessler, Wolfgang (2025): Pflichtdienst und Grunderbe: Warum wir beides brauchen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 33–36. <https://www.blätter.de/ausgabe/2025/januar/pflichtdienst-und-grunderbe-warum-wir-beides-brauchen> (15.8.2025)
- Lessenich, Stephan (2022): Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs. München.
- Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Frankfurt.
- McCormick, John (2023): Machiavelli und der populistische Schmerzensschrei. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt.
- Olk, Thomas (1988): Zwischen Hausarbeit und Beruf. Ehrenamtliches Engagement in der aktuellen sozialpolitischen Diskussion. In: Müller, Siegfried; Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Das soziale Ehrenamt. Nützliche Arbeit zum Nulltarif. Weinheim/München, S. 19–36.
- Prantl, Heribert (2020): Innere Sicherheit. Ein soziales Pflichtjahr wäre eine gute Sache – für alle. In: Süddeutsche Zeitung, 18./19.7.2020. <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/195136> (12.9.2025).
- Schachler, Vivian; Gille, Christoph; Fischer, Jörn (Hrsg.) (2024): Wandel im Engagement. Empirische Erkenntnisse zu Digitalisierung, gesellschaftlicher Partizipation und Förderstrukturen. Sonderband Voluntas.
- Schlink, Bernhard (2020): Ein Jahr für Europa. Eine europäische Dienstpflicht für alle kann dem Gemeinwesen einen neuen Geist geben. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.2020. <https://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-dienstpflicht-ein-jahr-fuer-europa-17081928.html> (12.9.2025).
- Schröder, Kristina (2024): Zu Beginn des Ruhestands: Soziales Pflichtjahr für Baby-Boomer? Bayerischer Rundfunk. 25.6.2024.
- Stöcker, Christian (2024): Männer, die die Welt verbrennen. Ullstein Ebooks.
- Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages (2023): Allgemeine Dienstpflicht. Aktualisierung der Dokumentation WD 3 – 3000 – 043/22.

Jenseits der Wehrpflicht. Stochern im normativen Nebel eines „Gesellschaftsdienstes“

Holger Backhaus-Maul¹, Lina Hehl², Klara Kümpfel³

Zusammenfassung

Dieser Beitrag rekonstruiert und analysiert die aktuelle Diskussion über einen freiwilligen oder pflichtigen „Gesellschaftsdienst“ in Deutschland anhand der Positionen ausgewählter Akteure aus Parteipolitik, Bundesministerien, Non-Profit-Organisationen und Wissenschaft. Darauf aufbauend schlägt der Beitrag vor, anstelle eines pflichtigen „Gesellschaftsdienstes“ Lernen im Engagement (Service Learning) im deutschen Bildungssystem zu verankern.

Diesem Beitrag liegt eine Recherche zur Vorbereitung einer thematisch breit angelegten Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung zugrunde (Backhaus-Maul/Hehl 2025).

Schlagwörter

„Gesellschaftsdienst“; Engagement; parteipolitische Akteure; Reform; Service Learning

1. Von der Aussetzung der Wehrpflicht zur Forderung nach Einführung eines pflichtigen „Gesellschaftsdienstes“

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 und mit dem vorläufigen Ende der Ost-West-Konfrontation wurden in Deutschland im Jahr 2011 die in Art. 12a des Grundgesetzes (GG) verankerte Wehrpflicht und auch der daraus abgeleitete Wehrersatz- beziehungsweise Zivildienst ausgesetzt. Seitdem bestehen Möglichkeiten zu einem freiwilligen Wehrdienst in der Bundeswehr (Haß 2016) und – in deutlich erweitertem Umfang – zur Teilnahme an thematisch unterschiedlich akzentuierten Freiwilligendiensten im In- und Ausland (Jakob 2024). Infolge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine wird in Deutschland über ‚Kriegstüchtigkeit‘ und die Wiedereinsetzung der verfassungsrechtlich verbrieften Wehrpflicht diskutiert. Im Windschatten dieser Diskussion haben

1 Dr., Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, holger.backhaus-maul@fgz-risc.de.

2 M. A., Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, lina.hehl@fgz-risc.de.

3 B. A., Goethe-Universität Frankfurt am Main, kuempfel@em.uni-frankfurt.de.

einige Akteure ihr weitergehendes Anliegen platziert: einen „verpflichtenden Dienst an der Gesellschaft“ (Bundespräsidialamt 2023).

Der vorliegende Beitrag sichtet den ‚normativen Nebel‘ und unterscheidet a) zwischen einer – hier nicht interessierenden – Debatte über die Wiedereinsetzung der verfassungsrechtlich verankerten Wehrpflicht und b) einer Diskussion über den Sinn und Zweck eines neu zu schaffenden „Gesellschaftsdienstes“ für alle Bürger:innen. Wehrpflicht und ziviler Ersatzdienst können qua einfacher parlamentarischer Mehrheit wieder in Kraft gesetzt werden. Mit einem pflichtigen „Gesellschaftsdienst“ für alle Geschlechter und Altersgruppen hingegen würde ‚Neuland‘ betreten werden. Dabei ist zu bedenken, dass Pflicht- und Zwangsarbeit europarechtlich verboten ist und verfassungsrechtlich für die Einführung eines pflichtigen „Gesellschaftsdienst“ eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag erforderlich wäre.

Diesem Beitrag liegt eine Recherche von Programmen, Konzeptionen, Forschungsberichten und Expertisen zur Vorbereitung einer thematisch breiter angelegten Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung zugrunde (Backhaus-Maul/Hehl 2025).

Im Folgenden werden wesentliche Aspekte der aktuellen Diskussion über einen „Gesellschaftsdienst“ anhand der Positionen ausgewählter wichtiger Akteure u. a. aus den Bereichen Parteipolitik, Bundesministerien, Non-Profit-Organisationen und Wissenschaft skizziert (2.) und abschließend bilanziert (3.).

2. Positionen und Begründungen

Im Mittelpunkt der Dokumentenanalyse steht eine systematische Rekonstruktion der Positionen und Begründungen für einen pflichtigen oder freiwilligen „Gesellschaftsdienst“ von der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 bis zum November 2024. Alle verwendeten Quellen sind unter dem am Ende dieses Beitrags genannten Link abrufbar. Auf Grundlage des Materials wurden die unterschiedlichen Akteurspositionen herausgearbeitet und entlang der Kategorien parteipolitische Akteure, Bundesministerien, Non-Profit-Organisationen, Jugendorganisationen sowie fachliche und wissenschaftliche Expertisen systematisiert.

Die Befunde werden im Folgenden zunächst deskriptiv dargestellt und anschließend analysiert. Bei der Auswahl der Akteure wurden insbesondere die Häufigkeit ihrer Beteiligung in der öffentlichen Debatte über einen

„Gesellschaftsdienst“ sowie ihre machtpolitische Stellung in der liberalen repräsentativen Demokratie berücksichtigt. In der Folge ist die Auswahl der präsentierten Akteure nicht umfassend und es fehlen fachlich einschlägige Akteure, die sich in dieser Debatte bisher enthalten gezeigt haben. Die Reihung der Akteure erfolgt von Zustimmung zu einem „Gesellschaftsdienst“ bis zu dessen Ablehnung. Die Darstellungen der Akteurspositionen verweisen auch auf die Pluralität der Meinungen innerhalb der einzelnen Gruppierungen sowie auf deren Veränderungen im Zeitverlauf.

2.1 Parteipolitische Akteure

Die *Alternative für Deutschland* (AfD) fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht mit der Ergänzung um ein „Gemeinschaftsdienstjahr“ (AfD 2021: 68), das Anwendung für diejenigen Männer und Frauen finden solle, die sich gegen einen Wehrdienst entscheiden. Zudem will die AfD ein „Gemeinschaftsdienst-Jahr“ (AfD 2020) für alle Schulabgänger:innen, das etwa im Pflegebereich, im Technischen Hilfswerk, in der Feuerwehr oder in der Bundeswehr absolviert werden kann.

Die *Christlich Demokratische Union Deutschlands* (CDU) plädiert für ein „verpflichtendes Gesellschaftsjahr“: „[Der] Dienst für das Gemeinwohl“ sei „eine große Chance, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken“ sowie Lernerfahrungen zu machen und die „Spaltung in der Gesellschaft“ zu überbrücken (CDU 2023). Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr sei für Schulabgänger:innen eine Chance, wirke verbindend und könne Menschen verschiedener Milieus, Religionen und Generationen zusammenbringen (CDU 2024: 37–38). Für das verpflichtende Gesellschaftsjahr würden einheitliche Regelungen im gesamten Bundesgebiet benötigt werden (CDU 2024: 37–38). Die stellvertretende Vorsitzende der *Jungen Union*, Anna Köhler, unterstreicht mit Bezug auf eigene (sic!) Erfahrungen: „[E]s tut jedem [...] gut, wenn er sich für die Gesellschaft einsetzt – und wenn er aus der Schule herauskommt, einfach etwas anderes noch macht [...Denn es gehört dazu,] wenn man auch mal etwas zurückgeben kann“ (CDU 2023). Auch die *Christlich-Soziale Union in Bayern* (CSU) spricht sich in einer Resolution für eine „verpflichtende Gesellschaftszeit“ aus. Sie biete „die Chance, notwendige soziale, zivile und militärische Sicherheitsstandards auf Dauer zu sichern [und trage] zudem zu einem neuen Aufbruch unserer Gesellschaft bei und [würde] Zugpferd für von Fachkräftemangel betroffene soziale Berufe sein“ (CSU 2024: 2). In einem Diskussionsbeitrag im

Auftrag der CDU-nahen *Konrad-Adenauer-Stiftung* (KAS) wird hingegen darauf hingewiesen, dass kritische Stimmen eine Dienstpflicht als einen „unzulässigen Eingriff“ in die individuellen Lebensplanungen und Freiheiten junger Menschen darstellen und dass die sozialen Dienste anstelle „unwilliger und unqualifizierter“ Dienstverpflichteter mehr finanzielle und politische Unterstützung benötigen würden. Gleichzeitig wird erklärt, dass ein verpflichtender Gesellschaftsdienst jungen Menschen die Möglichkeit bieten würde, Lebenserfahrungen zu sammeln und Einblicke in verschiedene Berufe zu erhalten sowie die Sozialkompetenzen auszubauen. „Aus der Dienstpflicht würde dann eine Chancenzeit“ (Klauser 2022; KAS 2024).

Die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD) positioniert sich mit einem Beschluss des Bundesparteitages (2019) ablehnend gegenüber einem sozialen Pflichtjahr (SPD 2019: 352). Stattdessen will die SPD, dass junge Menschen Zeiten und Räume erhalten, sich innerhalb und außerhalb der Schule zu engagieren und „selbst bestimmt aktiv zu sein“ (SPD 2019: 352). „Wir stehen auch weiterhin für eine Politik, die Engagement ermöglicht und in seiner Vielfalt fördert. Alle Überlegungen zu einem sozialen Pflichtjahr lehnen wir klar ab!“ (SPD 2019: 352). Weiterhin wird betont, dass ein Pflichtdienst die Probleme im Sozialbereich und in der Bundeswehr, so Sönke Rix (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 2021–2025), nicht beheben könne:

Wir brauchen stattdessen jetzt die Strukturen, um zuverlässig alle jungen Menschen eines Jahrgangs zu erreichen und sie mit dem Thema Engagement für Gesellschaft oder Staat zu konfrontieren. Wer sich dann – freiwillig – für eine Tätigkeit im zivilgesellschaftlichen Bereich oder bei der Bundeswehr entscheidet, muss wiederum auch ein Stellenangebot bekommen. Hier ist der Staat in der Pflicht (Deutscher Bundestag 2018: 4958; Rix 2024).

Dirk Wiese (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion seit 2020) hingegen erklärt, dass allgemein das Miteinander und der Respekt schwinden würden und plädiert dafür, dass „offen“ über die Vorschläge Frank-Walter Steinmeiers debattiert werden müsse, insbesondere „wann ein solcher Dienst für mehr Miteinander und Respekt absolviert werden könnte und wer alles infrage kommt“ (Der Spiegel 2023). Nach dem Statement von Dirk Wiese stellte Katja Mast (Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion) jedoch klar, dass die SPD keinen sozialen Pflichtdienst planen würde (Tagesschau 2023). Zudem zeigt sich auch Lars Klingbeil (SPD-Parteivorsitzender seit 2021) offen für eine Debatte über

Dienste im sozialen, kulturellen oder militärischen Bereich und hält es für sinnvoll, dass junge Menschen einen Dienst für ihr Land leisten:

Jede junge Staatsbürgerin und jeder junge Staatsbürger sollte sich einmal mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob sie sich einen Dienst für das Land vorstellen können [...] Das kann bei der Bundeswehr sein oder eben im sozialen oder kulturellen Bereich. Dahin sollten wir zurückkommen (Zeit Online 2024).

Die Jungsozialist:innen (Jusos) bezeichnen die Diskussion als „Stellvertreterdebatte“, die politische Missstände kaschieren solle. Ein „Gesellschaftsdienst“ stelle eine unverhältnismäßige Einschränkung der individuellen Freiheit dar; es sei ungerecht, „das auf dem Rücken der jungen Generation auszutragen“. Die Jusos kritisieren, dass sich ein solcher Pflichtdienst ausschließlich auf die junge Generation bezieht (Deutschlandfunk 2018).

Die Linke spricht sich auf Landes- und Bundesebene mehrheitlich gegen die Wehr- und jegliche Dienstpflicht aus (Die Linke Niedersachsen 2018; Die Linke Sachsen-Anhalt 2022; Die Linke Thüringen 2018; Dietze 2018). Anstelle eines „Gesellschaftsdienstes“ sollten die Anreize für Freiwilligendienste verbessert und freiwilliges Engagement gefördert werden. Eine konträre Position innerhalb der Linken vertritt Bodo Ramelow (Thüringer Ministerpräsident, 2020–2024), der die Umwandlung der Wehrpflicht in ein „allgemeines gesellschaftliches Pflichtjahr“ vorschlägt: „Mir geht es zuallererst um ein verpflichtendes soziales oder gesellschaftliches Jahr, in dem jede oder jeder zwischen 18 und 25 Jahren einen solidarischen Dienst an der Gesellschaft tun soll“ (Zeit Online 2022).

Die Freie Demokratische Partei (FDP) vertrat 2021 die Position, dass junge Menschen selbst über ihre Zukunft entscheiden und nicht gegen ihren Willen zu einem „Zwangsdienst“ verpflichtet werden sollten, und forderte eine Stärkung des freiwilligen Engagements (FDP 2021: 42). „Wir brauchen keine allgemeine Dienstpflicht, denn unser Staat soll Freiheit garantieren und nicht als Vormund oder Erzieher auftreten [...]“. Aus unserer Sicht verstößt eine Dienstpflicht gegen das Grundgesetz. Sie wäre auch volkswirtschaftliche Ressourcenverschwendung“, so Christian Lindner (Parteivorsitzender, 2013–2025) (FDP 2019). Auch Stephan Thomae (stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 2017–2021) forderte bessere Anreize für den Bundesfreiwilligendienst anstelle der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht (FDP 2019). Marco Buschmann (Bundesminister der Justiz, 2021–2024; FDP-Generalsekretär seit 2024) konstatierte, dass junge Menschen in eine Ausbildung, ein Studium oder einen Beruf gehören wür-

den und nicht in eine „Beschäftigungstherapie“ (FDP 2022). Bettina Stark-Watzinger (Bundesministerin für Bildung und Forschung, 2021–2024; stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP seit 2023) meinte, dass sich bereits viele in die Gesellschaft einbringen würden, was wiederum gefördert werden sollte: „Aber das kann nur aus einer freien Entscheidung entstehen. Wir haben nicht das Recht, über die Lebensläufe der jungen Menschen zu entscheiden“ (FDP 2022). Die *Jungen Liberalen* bezeichneten die Dienstpflicht als „aus der Zeit gefallen“, forderten deren endgültige Abschaffung und kritisierten, dass die Debatte auf Kosten der jungen Generation geführt werde (JuLis 2019). „Die Träumereien mancher konservativer Politiker, durch diese der ‚Jugend von heute‘ dadurch vermeintlich ‚Anstand und Manieren‘ beibringen zu können, sind heute genauso deplatziert wie bei der Aussetzung der Wehrpflicht vor zwölf Jahren“ (JuLis 2023).

Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich ablehnend gegenüber einem Pflichtdienst und argumentieren, dass dieses Vorhaben Regelungen des internationalen Völkerrechts widersprechen würde, nicht mit dem Grundgesetz zu vereinen sei und erhebliche Kosten verursachen würde (Bündnis 90/Die Grünen 2022). In einem gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion verfassten Antrag an den Deutschen Bundestag heißt es, dass ein System zur Stärkung von Freiwilligendiensten notwendig sei, um die Bereitschaft für „freiwilliges Engagement“ zu fördern: „Die erfreulich hohe Bereitschaft und Motivation junger Menschen, sich freiwillig zu engagieren, eine starke Nachfrage [für ein FSJ und FÖJ] und nicht zuletzt rechtliche Gründe entziehen zudem jeder Diskussion um einen allgemeinen sozialen Pflichtdienst die Grundlage“ (Deutscher Bundestag 2012: 1–3). Bündnis 90/Die Grünen beruft sich dabei auf die Fachexpertise großer Sozialverbände sowie auf wissenschaftliche Erkenntnisse des Freiwilligensurveys aus dem Jahre 2019. Vorliegende Studien, die aber weder genannt noch erläutert werden, würden darauf hindeuten, dass eine Dienstpflicht weniger freiwilliges Engagement zur Folge haben würde (Bündnis 90/Die Grünen 2022).

2.2 Bundespräsidialamt und Bundesministerien

Das *Bundespräsidialamt* bzw. *Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier* (SPD) plädiert seit 2022 für „einen verpflichtenden Dienst an der Gesellschaft“ und begründet dieses damit, dass dieser den „Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“ sowie die Demokratie stärke, da Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven miteinander in Berührung kommen würden.

Ein verpflichtender Dienst sei daher eine Antwort auf die „soziale Zersplitterung“ (Bundespräsidialamt 2023; 2024; Bundespräsident 2024). Zudem stelle der verpflichtende Dienst keine Einschränkung der individuellen Entfaltung dar, sondern sei Ausdruck der Stärke der „modernen freien Gesellschaft“, in der Individuen gemeinsam etwas bewirken und sich zu verantwortungsbewussten Persönlichkeiten entwickeln könnten (Bundespräsidialamt 2023).

Ebenso äußerte sich die ehemalige *Bundesministerin für Verteidigung* (BMVg) Annegret Kramp-Karrenbauer (2019–2021), die den „Gesellschaftsdienst“ als Möglichkeit der Orientierung für junge Menschen beschrieb (Bayer 2024). Sie betonte, „dass es vor allem bei Jugendlichen [...] ein Bedürfnis nach Zusammenhalt und Sinnhaftigkeit gibt“, der „Gesellschaftsdienst“ sei „ein Chancenjahr für jeden, der daran teilnimmt“ (Kramp-Karrenbauer 2019). Der Dienst müsse alle Geschlechter und Menschen mit verfestigtem Aufenthaltstitel in Deutschland umfassen. Mit einem „Gesellschaftsdienst“ könne ein gemeinsames Staatsbürgerverständnis geschaffen werden (Bayer 2024). Ihr Nachfolger im Amt des Verteidigungsministers (Boris Pistorius) präsentierte im Juni 2024 ein neues Konzept für den Wehrdienst, das darauf abzielt, die „Kriegstüchtigkeit“ der Bundeswehr durch eine hinreichend erhöhte Personalstärke zu erhöhen (BMVg 2024a; BMVg 2024b).

Das *Bundesministerium des Inneren und für Heimat* (BMI) und das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) zeigen sich in dieser Debatte – entgegen ihrer fachlichen Zuständigkeit etwa in den Bereichen Rettungswesen und Zivilschutz oder auch Engagementpolitik – bemerkenswert zurückhaltend. Stattdessen sprechen sie sich entsprechend der Politik ihrer Ministerien für die Stärkung des Ehrenamtes aus (BMI 2024) oder heben die Bedeutung von Jugendfreiwilligendiensten hervor (BMFSFJ 2024). Diese Programme böten jungen Menschen nicht nur die Möglichkeit, „etwas Nützliches zu tun, indem sie sich für die Gesellschaft engagieren, sondern [...] auch Orientierung“ (BMFSFJ 2024).

2.3 Non-Profit-Organisationen: Wohlfahrtsverbände

Das *Deutsche Rote Kreuz e. V. (DRK)* lehnt ein Pflichtjahr nicht grundsätzlich ab und würde bei einer Einführung als Anbieter bereitstehen, „wenn die Wahl des Anbieters frei ist“ (DRK 2018).

Die *Diakonie Deutschland – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung* (DW) lehnt eine Dienstpflicht ab und argumentiert, dass sie Freiheits- und Grundrechten widerspräche und dem Fachkräftemangel nicht entgegenwirken würde. Vielmehr würde sie Kosten für die Organisation und Verwaltung verursachen, wovon bereits ein Bruchteil sinnvoller und zweckmäßiger in den Ausbau von bestehenden Freiwilligendiensten investiert werden könne (DW 2022).

Der *Deutsche Caritasverband e. V. (DCV)* fordert ein „Dienstrecht statt einer Dienstpflicht“ sowie „einen Rechtsanspruch auf staatliche finanzielle Förderung“ für Freiwilligendienste, die als Lern- und Orientierungsjahr die Selbstwirksamkeit stärken würden (Hiller 2024).

2.4 Jugendorganisationen und Verbände der Jugendarbeit

Sowohl der *Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)*, der *Deutsche Bundesjugendring (DBJR)* als auch die *Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd)* positionieren sich gegen einen Pflichtdienst. Dieser widerspreche der Europäischen Menschenrechtskonvention, wäre eine kostspielige und aufwändige Verwaltungsaufgabe, könne zu einer Abwertung sozialer Berufe führen und sei ein Eingriff in die Lebensplanung und Freiheitsrechte junger Menschen (BDKJ 2024). „Die Diskussion um den Pflichtdienst zeigt einmal mehr, wie die Situation und Interessen junger Menschen von der Politik nicht ernst genommen werden“ (DBJR 2024). Junge Menschen müssten nicht zu sinnvollen Tätigkeiten „gezwungen“ werden, da sich bereits viele freiwillig engagieren würden (BDKJ 2024). Es sei eine Fehlannahme, dass junge Menschen der Gesellschaft etwas „schulden“ oder „zurückgeben“ müssten. Vielmehr hätte die junge Generation in den letzten Jahren bereits in besonderer Weise Einschränkungen erleben müssen (ijgd 2023).

2.5 Fachliche und wissenschaftliche Expertise

Das *Markt- und Meinungsforschungsunternehmen IPSOS* führte 2024 eine Studie zum Thema „Einführung eines verpflichtenden Dienstes“ durch. Im Ergebnis befürworten 73 % der Deutschen, davon 77 % der Männer und 69 % der Frauen, die Einführung eines sozialen Pflichtdienstes; selbst bei den jüngeren Befragten (18–25 Jahre) lag der Anteil der Befürworter:in-

nen bei 66 % (Ipsos 2024: 1). Die Mehrheit der Befürworter:innen votiert für eine geschlechtsunabhängige Verpflichtung und etwa die Hälfte der Befragten sieht die Notwendigkeit einer Pflicht nur für junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 25 Jahren (Ipsos 2024: 1). Am sinnvollsten wird ein Pflichtdienst in den Bereichen Pflege, Obdachlosenhilfe und Katastrophenschutz erachtet (Ipsos 2024: 1).

In einer Studie der *Hertie-Stiftung* zum Thema „Gesellschaftsdienst für alle. Ein Garant für mehr Zusammenhalt?“ wird kritisiert, dass in der Debatte um einen neuen freiwilligen oder pflichtigen „Gesellschaftsdienst“ die Frage nach dem Zweck und der Umsetzbarkeit vernachlässigt werde und Daten zur Bewertung der Wirksamkeit eines „Gesellschaftsdienstes“ fehlten (Haß/Nocko 2024). Damit der „gesellschaftliche Zusammenhalt“ durch einen „Gesellschaftsdienst“ gestärkt wird, müsse dieser von den Bürger:innen als „sinnvoll und gerecht“ erachtet werden (Haß/Nocko 2024). Die Autor:innen empfehlen für die Umsetzung und Konkretisierung der Idee eines „Gesellschaftsdienstes“ in Deutschland vor allem die Rezeption und Auswertung der entsprechenden Erfahrungen in Europa (Haß/Nocko 2024).

In einem Policy Paper der *Bertelsmann-Stiftung* (2024) wird kritisiert, dass die Debatte um einen verpflichtenden oder freiwilligen „Gesellschaftsdienst“ verkürzt geführt werde und dass die Debatte Anlass dafür sein könne, die Dienste in Deutschland weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu machen (Fischer 2024: 4). „Anstatt einer Pflicht, die den individuellen Lebensweg einschränkt und verfassungsrechtlich bedenklich ist, schafft ein Recht auf ein Gesellschaftsjahr ein Angebot, das auf Eigeninitiative und Freiwilligkeit basiert. Der Staat verpflichtet nicht, er ermöglicht“ (Fischer 2024: 11). Durch ein individuelles Recht auf ein „Gesellschaftsjahr“ würden Zugangshürden zu Freiwilligendiensten gesenkt und Teilhabemöglichkeiten gestärkt (Fischer 2024: 9).

Eine Kurzexpertise des *ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung* im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen beschäftigt sich mit den volkswirtschaftlichen Kosten einer Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und eines sozialen Pflichtjahres. Sie stellt verschiedene Szenarien eines Pflichtdienstes dar und berechnet die jeweiligen volkswirtschaftlichen Kosten (Adema et al. 2024). Demnach sei bei Einführung eines sozialen Pflichtjahres u. a. mit einem Rückgang des privaten Konsums in Höhe von rund 79 Mrd. Euro zu rechnen (Adema et al. 2024).

Das *Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung* (ZEW) kritisiert die Dienstpflicht unter Verweis auf die negativen arbeitsmarkt- und fi-

nanzpolitischen Folgen. Es argumentiert, dass eine Dienstpflicht den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Wirtschaft verschärfen würde, da ein ganzer Jahrgang dem Arbeitsmarkt erst mit einem Jahr Verspätung zur Verfügung stünde (ZEW 2024).

3. Analyse und Perspektiven

Angesichts geopolitischer Krisen und Kriege wurde in Deutschland das Thema „Gesellschaftsdienst“ im ‚Windschatten‘ der Diskussion über die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht aufgeworfen. Dabei ist es sachlich und vor allem verfassungsrechtlich geboten, die Themen Wehrpflicht und „Gesellschaftsdienst“ sorgfältig voneinander zu trennen (Backhaus-Maul/Hehl 2025).

Die Forderung nach einem – pflichtigen oder freiwilligen – „Gesellschaftsdienst“ wird seit einigen Jahren von parteipolitischen Akteuren sowie vor allem vom Bundespräsidialamt forciert, ohne aber überhaupt dessen verfassungsrechtliche Voraussetzungen sowie erheblichen administrativen, organisationalen und finanziellen Ressourcenbedarfe zu klären. Zum Erhebungszeitpunkt (November 2024) argumentieren vor allem Parteien des Rechts-Mitte-Spektrums (AfD, CSU, CDU) tendenziell für eine Verpflichtung, während Parteien des Mitte-Links-Spektrums (FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke) eher für Freiwilligkeit plädieren. Insbesondere im Falle der SPD erweist sich der Versuch einer Zuordnung als schwierig, wenn man etwa die Schlüsselrolle des SPD-Mitglieds und Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier in Rechnung stellt, der einen pflichtigen „Gesellschaftsdienst“ befürwortet. Auf Bundesebene zeigt sich das Bundespräsidialamt in dieser Debatte als zentraler und machtvoller Akteur, während sich das BMVg aktuell auf die Wehrpflicht und das BMI und das BMFSFJ auf die Freiwilligkeit des Engagements und den Ausbau von Freiwilligendiensten konzentrieren. Die thematisch einschlägigen Non-Profit-Organisationen, d. h. vor allem die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, plädieren – wie BMI und BMFSFJ – für den Ausbau von Freiwilligendiensten und sprechen sich gegen einen pflichtigen „Gesellschaftsdienst“ aus. Allenfalls das im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz besonders aktive DRK vertritt eine andere Position und zeigt sich einem pflichtigen „Gesellschaftsdienst“ gegenüber aufgeschlossen.

Die zentralen und ‚tonangebenden‘ Akteure in der Debatte über einen „Gesellschaftsdienst“ sind somit das Bundespräsidialamt und im Bundestag

vertretene Parteien. Ihre Forderungen sind – wie dargelegt – normativ aufgeladen und enthalten diffuse Verantwortungszuweisungen an die Bevölkerung im Allgemeinen und junge Menschen im Besonderen. Dabei verzichten die Beteiligten weitgehend auf rationale Begründungen und wissenschaftliche Bezüge. So werden in der Debatte über einen „Gesellschaftsdienst“ etwa Begrifflichkeiten der öffentlichen und medialen Diskussion, wie Spaltung, Zersplitterung, Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt, fortlaufend verwandt, aber sie werden weder sachlich erläutert und präzisiert noch mit der entsprechenden wissenschaftlichen Debatte verknüpft (Deitelhoff et al. 2020).

Auffällig ist an dieser Diskussion, dass sie weitgehend ohne Beteiligung junger Menschen stattfindet und dabei paternalistisch über die für sie folgenreiche Entscheidung diskutiert wird. Als Beispiel sei auf die populistische Zuschreibung verwiesen, dass die junge Generation der Gesellschaft etwas ‚zurückgeben‘ müsse. Derartige Behauptungen widersprechen wissenschaftlichen Befunden, wie etwa den Engagementberichten der Bundesregierung sowie dem Freiwilligensurvey und einschlägigen Jugendstudien, die kurioserweise von denselben Akteuren mit in Auftrag gegeben wurden und eine hinreichende Beteiligung junger Menschen im freiwilligen Engagement konstatieren (BMFSFJ 2012; 2017; 2020; Simonson et al. 2022). Dieser Sachverhalt verweist auf die grundsätzliche Frage, ob wissenschaftliche Erkenntnisse in der Diskussion über einen „Gesellschaftsdienst“ überhaupt von referenzieller Bedeutung für parteipolitische Akteure sind.

Letztlich erweist sich – so die vorliegende Akteursanalyse – die normativ geprägte Debatte über einen „Gesellschaftsdienst“ in mehrfacher Hinsicht als „nebulös“ und unkonkret: 1) Die notwendigen Instrumente, Verfahren, Ressourcen und Maßnahmen zur Umsetzung eines „Gesellschaftsdienstes“ werden nicht aufgezeigt, 2) die potenziell ‚Dienenden‘ werden nicht genannt und 3) die Einsatzfelder bleiben unbestimmt.

Angesichts dieser Unklarheiten in der Debatte über einen fiktiven „Gesellschaftsdienst“ drängt sich der Verweis auf eine konkrete und bewährte Handlungspraxis geradezu auf. Das sachliche Kernanliegen der Protagonist:innen eines „Gesellschaftsdienstes“ – dass sich junge Menschen verbindlich engagieren sollen, um dabei elementare Lernerfahrungen zu machen und auch Dienstleistungen für die Gesellschaft zu erbringen – wäre durch eine ‚einfache‘ Reform des deutschen Bildungssystems möglich: Die flächendeckende Einführung von „Lernen im Engagement“ (Service Learning) in deutschen Schulen und Hochschulen (Backhaus-Maul/Jahr 2021; 2023) ist ohne verfassungsrechtliche Änderungen und ohne

einen nennenswerten administrativen, organisationalen und finanziellen Ressourcenaufwand leicht und schnell realisierbar – vorausgesetzt, das föderale deutsche Bildungssystem ist reformfähig.

Literaturverzeichnis

- Backhaus-Maul, Holger; Hehl, Lina (2025): „Gesellschaftsdienst“ und Wehrpflicht – zwei Seiten einer Medaille? Rekonstruktion und Analyse politischer Debattenstränge. FES-Analyse. Bonn. <https://collections.fes.de/publikationen/id/1913010> (19.11.2025).
- Backhaus-Maul, Holger; Jahr, David (2023): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Engagement. In: Ertugrul, Baris; Bauer, Ullrich (Hrsg.): Sozialisation und Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Frankfurt am Main/New York, S. 233–258.
- Backhaus-Maul, Holger; Jahr, David (2021): Service Learning im deutschen Bildungssystem. In: Schmohl, Tobias; Philipp, Thorsten (Hrsg.): Handbuch Transdisziplinäre Didaktik. Bielefeld, S. 289–299.
- Deitelhoff, Nicole; Groh-Samberg, Olaf; Middel, Matthias (Hrsg.) (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog. Frankfurt am Main/New York.
- Haß, Rabea (2016): Der Freiwillige Wehrdienst in der Bundeswehr. Ein Beitrag zur kritischen Militärsoziologie. Wiesbaden.
- Jakob, Gisela (2024): Freiwilligendienste. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, S. 69–80.
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2022): Freiwilliges Engagement in Deutschland: der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9> (15.8.2025).

Quellenverzeichnis

<https://paedagogik.uni-halle.de/arbeitsbereich/rvo/publikationen/verzeichnis-gesellschaftsdienst/>

Zugangshürden senken und Teilhabe ermöglichen: Der Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst

Jörn Fischer¹

Zusammenfassung

Dieser Artikel ist ein Beitrag zur Diskussion um ein (verpflichtendes) Gesellschaftsjahr. Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienst verfolgt das Ziel, Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu erhöhen und die Finanzierung der Dienste auf feste Füße zu stellen. Ein Rechtsanspruch auf einen Dienst würde auch das Verhältnis zwischen Staat und Jugendlichen verändern. Den Jugendlichen würde signalisiert, dass ihr Engagement nicht bloß erwünscht oder geduldet ist, sondern staatlicherseits sogar ermöglicht wird. In der Umsetzung des Rechtsanspruchs plädiert dieser Beitrag für ein kombiniertes Modell, das den individuellen Anspruch auf Zugang für Jugendliche mit einem institutionellen Anspruch auf Förderung für Träger verbindet. Der individuelle Rechtsanspruch stärkt die Nachfrage, der institutionelle Anspruch die Angebotsseite.

Schlagwörter

Freiwilligendienste; Gesellschaftsjahr; Jugendliche; Rechtsanspruch; Teilhabe; Chancengerechtigkeit

1. Einleitung

Die Gesellschaft braucht mehr Zusammenhalt, die Bundeswehr braucht mehr Soldaten, der Arbeitsmarkt braucht mehr Fachkräfte. Die Debatte um ein (verpflichtendes) Gesellschaftsjahr ist in vollem Gange. Aber was brauchen eigentlich die Jugendlichen? Die jugendpolitische Antwort ist: einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst. Dabei stellt das Recht auf einen Dienst eine Erweiterung des Leitprinzips der Freiwilligkeit sowie eine Umkehrung des Leitprinzips der Pflicht dar. Der Staat verpflichtet nicht die jungen Bürgerinnen und Bürger zu einem Dienst – er verpflichtet sich selbst, allen dienstwilligen Jugendlichen einen Gesellschaftsdienst zu ermöglichen. Aus „Alle müssen“ wird „Alle müssen können“.

An Forderungen nach der Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienst (FWD) mangelt es nicht – sowohl von zivilgesellschaftlichen Akteuren (BAK FSJ et al. 2024; BBE 2024; BDKJ 2024; DBJR 2024)

1 Dr., Universität zu Köln.

als auch aus unterschiedlichen Richtungen in der Politik (Jusos 2024: 33; CDU/CSU 2021: 133; Leithäuser 2018; Funke 2024). Doch die Frage nach seiner konkreten Umsetzung bleibt bislang weitgehend unbehandelt. Dabei ist gerade die konkrete Ausgestaltung entscheidend dafür, welche Wirkmechanismen ein Rechtsanspruch in der Praxis entfalten kann – etwa hinsichtlich der Zugangsgerechtigkeit für Jugendliche oder der finanziellen Planungssicherheit für Träger. Dieser Beitrag macht konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung des Rechtsanspruchs und plädiert für ein kombiniertes Modell, das zugleich Chancengerechtigkeit ermöglicht und die Finanzierung der Dienste langfristig absichert.

2. Warum ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst?

2.1 Chancengerechtigkeit und Teilhabe ermöglichen

Der Rechtsanspruch auf einen FWD ist ein Instrument zur Herstellung von Chancengerechtigkeit. Er setzt an der grundlegenden Frage an, wer tatsächlich Zugang zu gesellschaftlichem Engagement erhält – und unter welchen Bedingungen. Denn obwohl Freiwilligendienste formal allen jungen Menschen offenstehen, die die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, zeigt sich in der Praxis: Der Zugang zu Freiwilligendiensten ist oft von persönlichen Voraussetzungen abhängig. Jugendliche mit geringerer formaler Bildung, aus sozioökonomisch benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund sind in den Freiwilligendiensten immer noch unterrepräsentiert. Gleichzeitig könnten gerade diese Gruppen besonders von den sozialen, bildungsbezogenen und biografischen Potenzialen eines Freiwilligendienstes profitieren.

Ein Rechtsanspruch würde diese Zugangshürden nicht ursächlich beseitigen. Aber er würde allen jungen Menschen den Anspruch auf einen Platz garantieren – unabhängig von ihren individuellen Ressourcen oder bestehenden Netzwerken. Er würde ein Signal senden, dass gesellschaftliches Engagement kein Privileg derjenigen ist, die über die nötigen sozialen oder kulturellen Kapazitäten verfügen, sich auf einen FWD zu bewerben und sich durchzusetzen. Vielmehr würde der Staat anerkennen, dass alle jungen Menschen ein Recht auf Engagement im Gemeinwesen haben – unabhängig von Herkunft, Bildung oder finanziellen Ressourcen.

In einer Zeit, in der viele Jugendliche Orientierung, Anschluss und sinnstiftende Erfahrungen suchen und soziale Ungleichheiten zugleich zuneh-

men, wäre ein Rechtsanspruch ein Hebel für mehr Gerechtigkeit. Er würde dafür sorgen, dass „freiwillig“ nicht gleichbedeutend mit „privilegiert“ ist. Der Anspruch würde das Versprechen einlösen, dass jeder junge Mensch, der sich engagieren möchte, dies auch tun kann – ohne Ausschluss, ohne Hürden, ohne Vorbedingungen. Gleichzeitig gilt es anzuerkennen, dass ein Rechtsanspruch die strukturellen oder auch individuellen Zugangshürden zu einem FWD nicht automatisch mit einem Federstrich beseitigen kann.

So verstanden, ist der Rechtsanspruch eine demokratische Maßnahme: Er kann Räume eröffnen, in denen junge Menschen sich als wirksam und zugehörig erleben können – und zwar prinzipiell für alle, nicht nur für die ohnehin gut Integrierten.

2.2 Staat-Bürger-Beziehung

Ein Rechtsanspruch auf einen FWD verändert die Beziehung zwischen Staat und Jugendlichen auf subtile, aber grundlegende Weise. Er ist Ausdruck einer anerkennenden und ermöglichenden Staat-Bürger-Beziehung. Ein individueller Rechtsanspruch auf einen FWD signalisiert, dass Engagement nicht bloß erwünscht oder geduldet ist, sondern strukturell ermöglicht und sogar garantiert wird. Damit entsteht eine neue Qualität in der Beziehung zwischen dem Staat und seinen heranwachsenden Bürgern und Bürgerinnen. Diese Qualität gewinnt gerade vor dem Hintergrund besondere Bedeutung, dass junge Menschen gegenwärtig überdurchschnittlich oft Parteien an den Rändern des Links-Rechts-Spektrums wählen. Es zeigen sich Tendenzen politischer Entfremdung oder Orientierungslosigkeit, das Vertrauen in die Regierung ist gering (von Görtz/Langness 2024: 5–6). Gleichzeitig stehen viele junge Menschen einem sinnstiftenden Engagement sehr positiv gegenüber (DKJS 2020: 24). Ein Pflichtdienst, in dem der Staat Jugendliche vor allem als Ressource betrachtet, wird hingegen mehrheitlich kritisch gesehen (Grimm/Groß 2023).

Der Staat tritt durch die Einführung eines Rechtsanspruchs nicht nur als Förderer oder Regulierer auf – er wird zum Ko-Produzenten des Engagements der Jugendlichen. Er wirkt ermöglichend, nicht nur steuernd.

Ein Rechtsanspruch auf einen FWD verändert das Verhältnis von Staat und Jugendlichen daher von einem paternalistischen hin zu einem partizipatorischen Modell. Er signalisiert jungen Menschen: Euer Engagement ist gewollt, wird ernst genommen – und der Staat steht dafür ein.

2.3 Wirkung multiplizieren

Die positiven Wirkungen eines FWD sind gut erforscht. Zahlreiche Studien bestätigen, dass Freiwilligendienste positiv auf Individuen, soziale Einrichtungen und Gesellschaft wirken (Fischer 2011; 2021).

Die Wirkung eines Freiwilligendienstes manifestiert sich bei den Jugendlichen selbst auf vielfältige Weise. Hier geht es um Kompetenzerwerb, berufliche Entwicklung und Orientierung, aber auch um Persönlichkeitsentwicklung – siehe dazu exemplarisch den Beitrag von Rampke (2025) in diesem Band.

In den Einsatzstellen wirken die Freiwilligen mit ihrer Arbeitskraft. Auch wenn sie Hauptamtliche nicht ersetzen, stellen sie eine qualitätsvolle Unterstützung der Fachkräfte dar, entlasten bei der täglichen Arbeit und geben neue Impulse. Soziale Einrichtungen wertschätzen auch die Rolle von Freiwilligendiensten im Rahmen der Personalgewinnung: Gute Freiwillige sind immer auch gute potenzielle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Dabei muss sich die Rekrutierungsfunktion des Dienstes nicht auf hauptamtlich Mitarbeitende beschränken. Ehemalige Freiwillige werden auch identifiziert als potenzielle Ehrenamtliche oder als zukünftige Spenderinnen bzw. Spender (Wunderlich 2010: 64).

Auf gesellschaftlicher Ebene bringen Freiwilligendienste unterschiedliche Milieus zusammen (z. B. in einer Seminargruppe sowie in der Einsatzstelle) und sind daher geeignet, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und das Gemeinschaftsgefühl über Milieugrenzen hinweg zu stärken.

Schließlich sind Freiwilligendienste ein wichtiger Erfahrungsraum für Partizipation und Engagement (Deutscher Bundestag 2024: 81–82). Sie wirken oft als Katalysator für ein Engagement, das zeitlich weit über den eigentlichen Dienst hinausreicht, auch wenn sie nicht notwendigerweise ursächlich für dieses sind (Fischer/Haas 2012; Grgic/Lochner 2024: 545–547).

Zugegeben: Die positiven Wirkungen eines Freiwilligendienstes lassen sich auch ohne einen Rechtsanspruch erzielen. Es gilt jedoch: Die durch einen Rechtsanspruch zu erwartende Verdopplung der Anzahl der Freiwilligen (Jax 2023: 356; BAK FSJ et al. 2024) vervielfacht eben auch die positiven Wirkungen der Freiwilligendienste.

3. Nachfrage und Angebot als analytischer Rahmen

Um das Instrument des Rechtsanspruchs und seine möglichen Effekte theoretisch einzuordnen, eignen sich die Konzepte von Angebot und Nachfrage. Dieses Kapitel identifiziert die Faktoren, die die Nachfrage der Jugendlichen nach einem Dienst bzw. die Bereitstellung eines Angebots von Einsatzstellen durch die Träger beeinflussen. Es macht deutlich: Ein Rechtsanspruch bedient die Nachfrage, befördert aber auch das Angebot.

3.1 Nachfrage

Mit Nachfrage ist das grundsätzliche Interesse junger Menschen an einem FWD gemeint – nicht an einem konkreten Platz, sondern an der Idee des Dienstes an sich. Um die Nachfrage gezielt steuern zu können ist entscheidend, ob ein Faktor eher neues Interesse erzeugt oder bestehendes Interesse unterstützt. In einer Situation, in der es generell an Nachfrage nach Freiwilligendiensten mangelt, sind Faktoren gefragt, die diese überhaupt erst wecken. Umgekehrt sind in einer Situation hoher Nachfrage jene Aspekte wichtig, die Jugendliche bei ihrer Entscheidung unterstützen.

- *Anzahl der Jugendlichen:* Die potenzielle Nachfrage wird durch die Zahl der Jugendlichen bestimmt, die für einen FWD in Frage kommen – meist gleichgesetzt mit den jährlich rund 800.000 Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Diese Zahl variiert je nach demografischer Entwicklung und durch schulpolitische Entscheidungen, etwa bei Umstellungen von G8 auf G9. Sie zeigt das nominelle Potenzial, sagt aber noch nichts darüber aus, wie viele tatsächlich einen Freiwilligendienst antreten möchten.
- *Größe und Vielfalt des Angebots:* Die Vielfalt der Einsatzbereiche – etwa sozial, ökologisch oder militärisch – spiegelt sich in den unterschiedlichen Interessen Jugendlicher. Je größer und breiter das Angebot, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen einen passenden Platz in einer Region ihrer Wahl finden. Ein vielfältiges Angebot erhöht die Attraktivität des Freiwilligendienstes insgesamt und kann selbst Nachfrage erzeugen.
- *Motivation der Jugendlichen:* Die grundsätzliche Bereitschaft junger Menschen, einen FWD zu leisten, hängt stark von ihrer persönlichen Einstellung ab. Der Wunsch, etwas Sinnvolles zu tun, sich gesellschaftlich zu engagieren oder neue Erfahrungen zu sammeln, entsteht oft durch

familiäre Prägung oder schulische Sozialisation. Studien weisen darauf hin, dass das Interesse seitens der Jugendlichen beträchtlich ist (DKJS 2020: 36) und das Freiwilligenpotenzial „keineswegs ausgeschöpft“ (Jax 2023: 360). Gleichzeitig herrscht jedoch ein Informationsdefizit zu den Möglichkeiten sozialen Engagements (Ipsos 2024: 18).

- *Information, Beratung und Werbung:* Ein FWD kann nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn man ihn kennt. Die Verbreitung von verständlichen und zugänglichen Informationen über Schulen oder offizielle Schreiben, persönliche Beratung zu Einsatzmöglichkeiten und Werbung, die die Sinnhaftigkeit eines Freiwilligendienstes vermittelt, spielen dabei eine zentrale Rolle.
- *Attraktivität der Rahmenbedingungen:* Ein FWD steht in Konkurrenz zu anderen Optionen nach der Schule – etwa zu einer Ausbildung, einem Studium oder einem Work-and-Travel-Aufenthalt im Ausland. Die Rahmenbedingungen des FWD müssen deshalb überzeugen. Hinsichtlich der konkreten Tätigkeiten gehören dazu vielfältige Einsatzbereiche, die den unterschiedlichen Interessen der jungen Menschen entsprechen. In den Einsatzstellen selbst sind klare Aufgabenbeschreibungen, individuelle Anleitung und eine sinnhafte Tätigkeit wichtig. Weiterhin sollte der Dienst Mitgestaltungsmöglichkeiten bieten und pädagogisch begleitet sein. Flexible Arbeitszeit- und Teilzeitmodelle erhöhen für bestimmte Zielgruppen ebenfalls die Attraktivität. Aber auch monetäre Aspekte sind wichtig: Attraktivitätssteigernd sind zuvorderst ein auskömmliches Taschengeld auf Bafög-Niveau (BAK FSJ et al. 2024), ggfs. Mobilitätszuschüsse sowie die Bereitstellung von Unterkunft bzw. Mietzuschüssen. Ferner spielen nicht-monetäre Faktoren wie erlebte Wertschätzung, persönliche Wirksamkeit und die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Relevanz des Dienstes eine große Rolle. Besonders dann, wenn materielle Grundbedürfnisse gedeckt sind, rücken diese ideellen Aspekte stärker in den Vordergrund.
- *Zugang und Auswahlverfahren:* Selbst ein bekanntes und attraktives Angebot bleibt wirkungslos, wenn der Zugang zu ihm erschwert ist. Derzeit ist die Teilnahme an einem FWD an Selektionsmechanismen gebunden. Das bedeutet: Auch geeignete Jugendliche können abgelehnt werden, wenn es zu wenige Plätze gibt. Diese Selektion ist ein struktureller Ausschlussmechanismus und kann soziale Ungleichheiten verstärken. Ein individueller Rechtsanspruch auf einen FWD – gekoppelt an eine flexible Ausweitung des Platzangebots – könnte helfen, strukturelle Barrieren

zu überwinden und den Zugang auch für benachteiligte Zielgruppen zu eröffnen.

3.2 Angebot

Mit dem Angebot sind die verfügbaren Einsatzplätze gemeint, bereitgestellt durch Träger und Einsatzstellen – meist im gemeinwohlorientierten Bereich. Der Fokus liegt auf den strukturellen Bedingungen, die auf aggregierter Ebene beeinflussen, ob und in welchem Umfang solche Plätze entstehen und verfügbar sind.

- *Bedarf an Freiwilligen:* Freiwillige gelten als ergänzende Unterstützung für die Einsatzstellen, nicht als Ersatz für regulär Beschäftigte. Dennoch melden viele Träger und Einrichtungen, dass ihr deutlicher Bedarf an Freiwilligen oft nicht gedeckt werden kann – nicht nur aus Mangel an geeigneten Bewerbern und Bewerberinnen, sondern weil die Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel gedeckelt ist.
- *Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen:* Freiwilligendienste werden staatlich gefördert. Ohne diese Förderung wäre die Durchführung von Freiwilligendiensten im derzeitigen Umfang und in der derzeitigen Form nicht möglich. Die Höhe der jährlich für Freiwilligendienste in den Haushalten von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten Mittel unterliegt politischen Konjunkturen – über die Etats entscheiden die Parlamente. Es sind also keine sachlich-fachlichen Kriterien, die das Angebot eines Freiwilligendienstes einschränken – es sind mangelnde finanzielle Ressourcen. Ein Rechtsanspruch auf Förderung jedes Freiwilligenvertrags könnte hier Abhilfe schaffen. Er würde garantieren: Alle Freiwilligendienstplätze werden gefördert.
- *Attraktivität für Träger:* Wie attraktiv die Inanspruchnahme einer Förderung für Träger ist, hängt maßgeblich von den Rahmenbedingungen ab. Ein Rechtsanspruch auf Förderung entfaltet nur dann Wirkung, wenn die Förderhöhe angemessen ist und die Beantragung nicht mit übermäßiger Bürokratie verbunden ist, die Ressourcen bindet. Attraktiver wird die Förderung auch dann, wenn sie nicht nur den Dienst selbst und seine pädagogische Begleitung umfasst, sondern auch vorbereitende Maßnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit und Auswahlverfahren einschließt.
- *Information und Sichtbarkeit:* Auch auf Angebotsseite ist Information wichtig. Viele gemeinwohlorientierte Einrichtungen kennen die Fördermöglichkeiten oder Rahmenbedingungen nicht im Detail oder scheuen

den organisatorischen Aufwand. Eine bessere Information – etwa durch gezielte Ansprache, niedrigschwellige Beratung oder öffentlichkeitswirksame Beispiele – kann dazu beitragen, dass mehr Träger sich beteiligen und neue Einsatzstellen entstehen.

3.3 Zwischenfazit

Ein Rechtsanspruch wirkt auf der Nachfrageseite vor allem auf den Faktor Zugang, auf der Angebotsseite insbesondere auf die Verfügbarkeit einer finanziellen Förderung. Die zwei dem Rechtsanspruch zugrunde liegenden Prinzipien „Alle, die wollen, erhalten einen Platz“ und „Jeder Vertrag wird gefördert“ sind wirkmächtige Hebel – aber keine Allheilmittel. Auch die anderen Einflussfaktoren auf Angebot und Nachfrage müssten gezielt bearbeitet werden, um das Potenzial des Freiwilligendienstes vollständig zu entfalten. Klar ist auch: Wenn durch die Einführung eines Rechtsanspruchs mit einem deutlichen Zuwachs an Freiwilligen zu rechnen ist, muss das System, das die Freiwilligendienste organisiert und pädagogisch begleitet, im gleichen Maß mitwachsen.

4. Ausgestaltung eines Rechtsanspruchs

Die konkrete Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf einen FWD wirft wichtige Gestaltungsfragen auf, deren Beantwortung Implikationen für den Wirkmechanismus des Rechtsanspruchs haben. Zuvorderst ist die Frage zu klären, worauf sich der Anspruch bezieht: Was ist der Anspruchsgegenstand? Zweitens muss geklärt werden, wer ihn geltend machen kann: Wer ist anspruchsberechtigt?²

2 Die Frage der rechtlichen Umsetzung ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. Ein Rechtsgutachten der Bertelsmann Stiftung kommt jedoch zu dem Schluss, dass der Bund einen Rechtsanspruch auf einen FWD ohne eine Verfassungsänderung gesetzlich verankern könnte – trotz des föderalen Zuständigkeitsdickichts zwischen Bund und Ländern (Krebs 2025).

4.1 Anspruchsgegenstand

Drei Varianten sind dokumentiert:

- *Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienstplatz*: Dieser Ansatz stellt die Jugendlichen in den Mittelpunkt. Er bedeutet, dass jede Person, die einen Dienst leisten möchte, einen Platz erhalten muss (DRK 2023: 1; Deutscher Bundestag 2023: 2). Der Anspruch richtet sich also auf die tatsächliche Möglichkeit, einen FWD zu leisten – unabhängig davon, ob gerade Plätze verfügbar sind. Die Forderung ist eng mit den Zielen der Teilhabe und Zugangsgerechtigkeit verbunden: Alle, die wollen, sollen auch können.
- *Rechtsanspruch auf Förderung*: Der Rechtsanspruch auf Förderung konzentriert sich auf die Finanzierungsseite und fordert, dass der Bund alle zustande kommenden Freiwilligenvereinbarungen fördert (BAK FSJ et.al. 2024; BDKJ 2024; BBE 2024: 3; Welskopp-Deffaa 2025; AKLHÜ 2023). Hier liegt der Fokus auf der finanziellen Absicherung der Dienste. Für jeden geschlossenen Vertrag gäbe es einen automatischen Anspruch auf staatliche Förderung – ohne Deckelung oder Kontingente. Dieser Vorschlag zielt auf die langfristige finanzielle Planungssicherheit für Träger und auf die institutionelle Verstetigung der Freiwilligendienste. Er ist auch eine Reaktion auf die chronisch unsichere Finanzierung der bestehenden Programme (BAK FSJ 2024).
- *Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst*: Diese unspezifische Formulierung wird häufig als politische Forderung verwendet, bleibt jedoch hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung zurückhaltend (DBJR 2024; Caritas 2024). Oft bleibt offen, ob damit der garantierte Zugang zu einem Platz oder die gesicherte Finanzierung gemeint ist.

4.2 Anspruchsberechtigte

Je nach Anspruchsgegenstand variieren auch die potenziell Anspruchsberechtigten:

- *Jugendliche*: In der Argumentation um einen Rechtsanspruch auf einen FWD werden häufig die Begriffe „Teilhabe“ (Jax 2023: 356) oder „Zugangsgerechtigkeit“ (GIF 2024: 3) angeführt. Aus dem Blickwinkel dieser Zielvorstellungen ist es folgerichtig, dass die Jugendlichen anspruchsberechtigt sind. „Jeder junge Mensch, der die Schulzeit beendet hat, sollte

ein Jugendfreiwilligenjahr in Deutschland leisten können. Damit das gelingen kann, muss der Staat ein hinreichend attraktives Angebot machen“, forderte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seinerzeit (BMFSFJ o.J.: 3). Das Positionspapier des Deutschen Bundesjugendrings fordert: „Alle jungen Menschen, die sich engagieren möchten, sollen einen Zugang zu den Freiwilligendiensten erhalten“ (DBJR 2024), und die Vision 2030 formuliert: „Jedem interessierten (jungen) Menschen wird ein passendes Angebot unterbreitet“ (BAK FSJ et al. 2024). Aus dieser Perspektive liegt es nahe, die Jugendlichen als eigentliche Zielgruppe der Freiwilligendienste als Anspruchsberechtigte zu definieren. Folgerichtig ist der Anspruchsgegenstand ein Freiwilligendienstplatz (siehe 4.1.).

- *Träger*: Schon heute sind die Träger die Empfänger der staatlichen Fördermittel. Im Fall eines Rechtsanspruchs auf Förderung würde dies so bleiben.

4.3 Ein kombiniertes Modell als Lösung

Bei näherer Betrachtung zeigt sich: Die beiden Ansätze – individuelle Zugangsgarantie für Jugendliche und institutionelle Förderungsgarantie für Träger – verhalten sich komplementär zueinander. Ein individueller Anspruch auf einen Dienstplatz ist nur dann realisierbar, wenn er tatsächlich eingelöst werden kann – wenn also genügend geförderte Plätze zur Verfügung stehen. Umgekehrt nützt ein Anspruch auf Förderung wenig, wenn nicht genügend Jugendliche Interesse an einem Dienst zeigen oder ihnen strukturelle Hürden im Weg stehen. Dieser Beitrag plädiert daher für ein kombiniertes Modell, das den Anspruch auf Zugang für Jugendliche mit einem Anspruch auf Förderung für Träger verbindet. Der individuelle Rechtsanspruch stärkt die Nachfrage, der institutionelle Anspruch die Angebotsseite. Beide sollten sich im Gleichschritt entwickeln.

5. Fazit

In Zeiten, in denen die öffentliche Debatte zunehmend von Forderungen nach einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr geprägt ist, ist ein individueller Rechtsanspruch auf einen FWD eine ernstzunehmende Alternative. Er kehrt das Prinzip der Verpflichtung um: Der Staat verpflichtet junge

Menschen nicht zu einem Dienst – er verpflichtet sich selbst, allen jungen Menschen einen Dienst zu ermöglichen, die sich in diesem Rahmen engagieren wollen.

Ein solcher Rechtsanspruch ist ein Instrument zur Steigerung von Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Er stellt sicher, dass nicht Herkunft, Bildungshintergrund oder soziale Netzwerke darüber entscheiden, ob junge Menschen Zugang zu einem Dienst erhalten. Vielmehr wird der FWD zu einem verlässlichen Angebot für alle – unabhängig von individuellen Voraussetzungen. In einer Zeit, in der gerade benachteiligte Jugendliche Schwierigkeiten haben eine Einsatzstelle zu finden oder sich einen FWD leisten zu können, schafft der Rechtsanspruch die Grundlage für einen fairen und gleichberechtigten Zugang.

Darüber hinaus kann ein solcher Anspruch das Verhältnis zwischen jungen Menschen und dem Staat positiv beeinflussen. Wenn der Staat nicht nur Erwartungen an Engagement formuliert, sondern Engagement aktiv ermöglicht, signalisiert er Anerkennung, Respekt und Vertrauen. Dies stärkt das Gefühl politischer Wirksamkeit und gesellschaftlicher Zugehörigkeit – und damit zentrale Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie.

Das vorgeschlagene Modell – die Kombination aus persönlichem Anspruch für Jugendliche und institutionalisierter Fördergarantie für Träger – berücksichtigt sowohl die Bedarfe der Zielgruppe als auch die Anforderungen der Anbieter von Freiwilligendiensten. Damit verbindet es zwei Ziele: Es garantiert jungen Menschen verlässliche Teilhabechancen und bietet Trägern eine verlässliche und dauerhafte Finanzierungsgrundlage. So lässt sich der wachsenden Nachfrage ein entsprechendes quantitatives, aber auch qualitatives Angebot entgegensetzen.

Literaturverzeichnis

AKLHÜ – Netzwerk und Fachstelle für internationale personelle Zusammenarbeit (2023): LHÜ-Feature: Rechtsanspruch auf angemessene Förderung eines Gesellschaftsjahres im In- oder Ausland. <https://www.entwicklungsdienst.de/news/news/lhue-feature-rechtsanspruch-auf-angemessene-foerderung-eines-gesellschaftsjahres-im-in-oder-ausland/> (10.7.2025).

BAK FSJ – Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr (2024): Bundeshaushalt 2025 – Kürzungen in Höhe von 40 Mio. Euro geplant. <https://bak-fsj.de/2024/10/bundeshaushalt-2025-kuerzungen-in-hoehe-von-40-mio-euro-geplant/> (10.7.2025).

- BAK FSJ – Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr; Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) e. V.; Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V.; Arbeiterwohlfahrt Bundesverband; Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND); ASC Göttingen von 1846 e. V.; Tafel Deutschland e. V.; Deutsches Rotes Kreuz e. V.; FÖF e. V.; Malteser Hilfsdienst e. V.; Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.; Bund der Deutschen katholischen Jugend (BDKJ); Deutscher Caritasverband e. V.; AKLHÜ e. V.; Internationaler Bund; Naturschutzbund Deutschland (NABU); Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.; ventao; Evangelische Freiwilligendienste; Paritätischer Gesamtverband; Deutsche Sportjugend; Evangelisches Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst (EFEF); Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Katholischer Verbund Internationale Freiwilligendienste; Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.; Evangelische Mission Weltweit e. V. (2024): Vision 2030 – Vision für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit. https://www.rechtauffreiwilligendienst.de/fileadmin/redakteure/downloads/Freiwilligendienste_Positionen_1224.pdf (10.7.2025).
- BBE – Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2024): Policy-Paper zur Bundes-Engagementstrategie. Schwerpunkt Freiwilligendienste. https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/03_Themenfelder/Policy_Paper/BBE_Policy-Paper_Freiwilligen_dienste.pdf (10.7.2025).
- BDKJ – Bund der Deutschen Katholischen Jugend (2024): Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes: Bürgerschaftliches Engagement und Solidarität stärken. <https://www.bdkj.de/aktuelles/artikel/rechtsanspruch-auf-foerderung-eines-freiwilligendienstes-buergerschaftliches-engagement-und-solidaritaet-staerken> (10.7.2025).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o. J.): Unser Konzept für ein Jugendfreiwilligenjahr. https://www.paritaetischer-freiwillige.de/fileadmin/user_upload/Konzept_Jugendfreiwilligenjahr.pdf (10.7.2025).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. Bundestagsdrucksache 20/14120. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/141/2014120.pdf> (8.8.2025).
- Caritas (2024): Rechtsanspruch auf Freiwilligendienste muss kommen! <https://www.caritas.de/presse/pressemeldungen-dcv/rechtsanspruch-auf-freiwilligendienste-muss-kommen-6fb6cb62-0aad-4f2f-a53f-425208c908ef> (15.8.2025).
- CDU/CSU (2021): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf> (10.7.2025).
- DBJR – Deutscher Bundesjugendring (2024): Freiwilligkeit stärkt Demokratie und den Zusammenhalt – für einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst statt eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres. <https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2024/DBJR-Position-Freiwilligendienste.pdf> (10.7.2025).
- Deutscher Bundestag (2023): Petition 150963. Bundesfreiwilligendienst. Steigerung der Attraktivität der Freiwilligendienste. <https://epetitionen.bundestag.de/epet/petition/pdfdownload?petition=150963> (10.7.2025).

- DKJS – Gemeinnützige Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (2020): u_count gemeinsam Gesellschaft gestalten. Was junge Menschen brauchen, um sich zu engagieren. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/156628/19a06ac4face2cff62048391b9a0eaa/u-count-gemeinsam-gesellschaft-gestalten-data.pdf> (15.8.2025).
- DRK – Deutsches Rotes Kreuz (2023): Freiwilligendienste: Einfache Formel für Engagement und Zusammenhalt. In: Brennpunkt Wohlfahrt, Heft 01. https://drk-wohlfahrt.de/fileadmin/Publikationen/230324_Brennpunkt_Wohlfahrt_FSJ_01.pdf (10.7.2025).
- Fischer, Jörn (2011): Freiwilligendienste und ihre Wirkung – vom Nutzen des Engagements. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 61. Jg., Heft 48, S. 54–62.
- Fischer, Jörn (2021): Aus Differenz wird Kompetenz und Toleranz? Die Wirkungen internationaler Freiwilligendienste auf die Freiwilligen. In: IJAB (Hrsg.): Internationaler Jugendaustausch wirkt. Forschungsergebnisse und Analysen im Überblick. https://ijab.de/fileadmin/redaktion/PDFs/Shop_PDFs/ijab_reader_aufgabe_03_-_Inhaltsverzeichnis.pdf, S. 160–170.
- Fischer, Jörn; Haas, Benjamin (2012): Im Rucksack: Motivation. Internationale Freiwilligendienste als Katalysator für späteres Engagement in Deutschland. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 159. Jg., Heft 6, S. 225–228.
- Funke (2024): Bundesfamilienministerin Lisa Paus fordert das Recht auf einen Freiwilligendienst. <https://www.funkemedien.de/de/presse/im-interview-mit-der-bild-der-rau-bundesfamilienministerin-lisa-paus-fordert-das-recht-auf-einen-freiwilligendienst-brauchen-mehr-als-90-000-plaetze> (10.7.2025).
- GIF – Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste (2024): Positionspapier zur Bundestagswahl 2025. Für eine starke Zukunft: Internationale Freiwilligendienste als Fundament für Demokratie und Zusammenhalt. https://www.entwicklungsdienst.de/fileadmin/user_upload/2024-12-GIF-Positionen-BTW-2025.pdf (10.7.2025).
- Görtz, Regina von; Langness, Anja (2024): Jung.Kritisch.Demokratisch. Perspektiven auf die Herausforderungen unserer Zeit. Hrsg. von Bertelsmann-Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jung-kritisch-demokratisch> (10.7.2025).
- Grgic, Marianna; Lochner, Susanne (2024): Jugendfreiwilligendienste: Nischendasein oder Wegweiser für späteres Engagement junger Frauen und Männer? In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 19. Jg., Heft 4, S. 533–564.
- Grimm, Veronika; Groß, Christian (2023): Dienstpflicht ja, wenn.... In: DIE ZEIT, 42/2023. <https://www.zeit.de/2023/42/allgemeine-dienstpflicht-debatte-freiwilligendienst-altersspanne/komplettansicht> (10.7.2025).
- Ipsos GmbH/Berufliche Schule für Medien und Kommunikation (2024): Der Dienst für Morgen. Zusammenhalt durch Pflicht? Unveröffentlicht.
- Jax, Claudio (2023): Ein Gesellschaftsjahr für alle. In: Voluntaris, 11. Jg., Heft 2, S. 356–367.
- Jusos (2024): Jugendwahlprogramm für die Bundestagswahl 2025. https://jusos.de/wp-content/uploads/2024/11/A1_Leitantrag.pdf (10.7.2025).

- Krebs, Klaus (2025): Rechtsanspruch auf ein Gesellschaftsjahr. Eine verfassungsrechtliche Einordnung zur Ermöglichung einer Zuständigkeit und Förderung des Konzepts durch den Bund. Hrsg. von Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Rechtsgutachten_Freiwilligendienste_Krebs.pdf (10.7.2025).
- Leithäuser, Johannes (2018): Altmaier fordert Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/altmaier-fordert-rechtsanspruch-auf-freiwilligendienst-15734577.html> (10.7.2025).
- Rampke, Babett (2025): Wie wirkt Freiwilligendienst? Eine Dokumentation erster empirischer Ergebnisse der Ehemaligen-Studie der Freunde Waldorf. In: Walter, Andrea; Haas, Benjamin; Kewes, Andreas; Mangold, Katharina; Schlicht, Julia (Hrsg.): Umbruch, Druck, Transformation? Gegenwart und Zukunft des Engagement. Baden-Baden, S. 315–345.
- Welskop-Deffaa, Eva (2025): Ein freiwilliges Gesellschaftsjahr für alle. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.6.2025.
- Wunderlich, Daniela (2010): Was erwarten die Wohlfahrtsverbände vom Freiwilligen Sozialen Jahr? In: Schmidle, Marianne; Slüter, Uwe (Hrsg.): Das Freiwillige Soziale Jahr zeigt Wirkung! Freiwilligenbefragungen im Kontext der Qualitätsentwicklung im FSJ. Düsseldorf/Freiburg i. Br., S. 63–72.